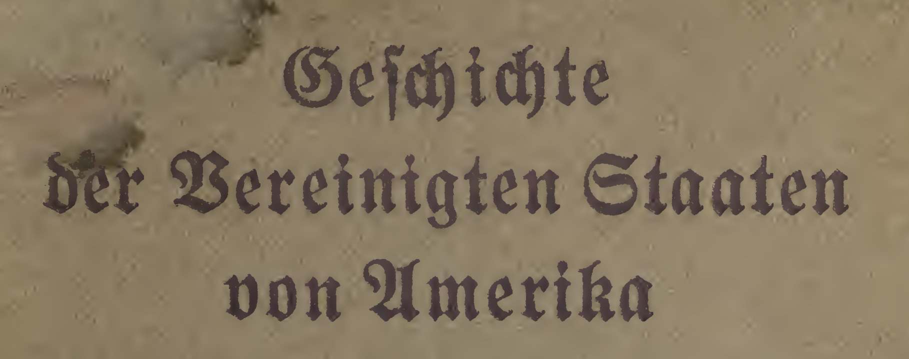


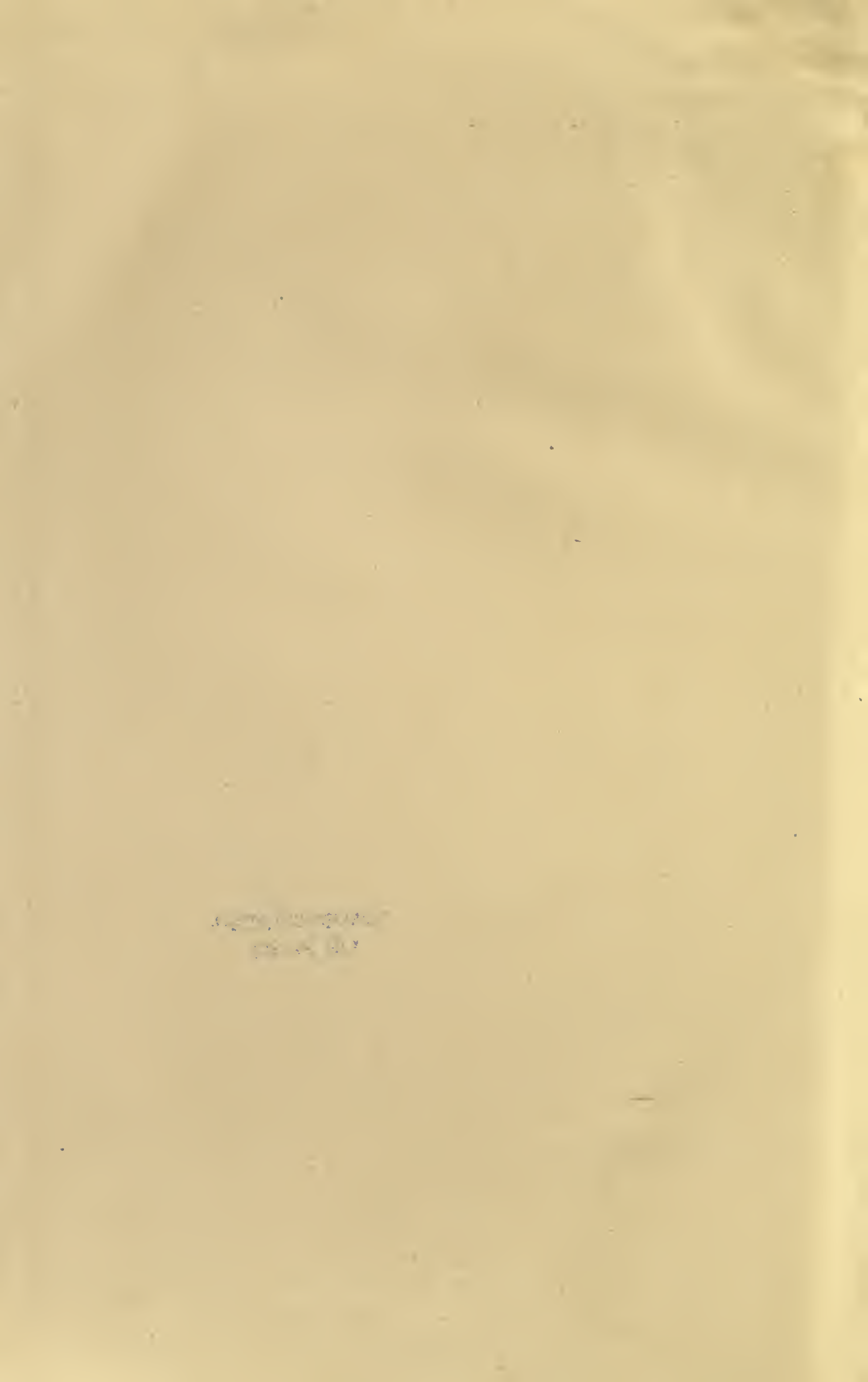
Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika

Von

Friedrich Luckwaldt

Zweiter Band





Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika

Von

Friedrich Luckwaldt

Zweiter Band

Der Kampf um Einheit und Weltgeltung
1848—1920





Berlin und Leipzig
Vereinigung wissenschaftlicher Verleger
Walter de Gruyter & Co.
vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung — J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung — Georg Reimer — Karl J. Trübner — Veit & Comp.
1920

Berlin und Leipzig 1920.

Druck von C. Haberland, Leipzig.

Inhalt des zweiten Bandes

Fünfzehntes Kapitel. **Imperialismus und Reform** S. 182—228

Sechzehntes Kapitel. **Wilson und der Weltkrieg** . . S. 229—309

Elftes Kapitel

Die Freibodenbewegung. Das Kompromiß von 1850 und sein Zerfall

Das Jahr 1848, das in der Geschichte der meisten europäischen Völker so tief einschneidet, hat auch in der der Vereinigten Staaten, wennschon das den Zeitgenossen hier nicht so zum Bewußtsein kam, die Bedeutung eines wichtigen End- und Ausgangspunktes. Zunächst in dem mehr äußerlichen Sinn, daß der Frieden mit Mexiko, der damals geschlossen wurde, der Union im wesentlichen die weiterhin festgehaltenen Grenzen gab, dann aber vor allem, indem die gewaltige Gebietserweiterung nach dem Stillen Ozean hin durch eine Reihe von Begleitumständen der Anlaß wurde, damit ganz wie in Europa die Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsformen des kapitalistischen Zeitalters, die sich bis dahin mehr erst vorbereitet hatten, in das Stadium vollen Durchbruchs eintraten.

Gewiß war die Union auch vorher schon in sehr vielen Hinsichten ein modernes Gemeinwesen. Der demokratische Gedanke hatte nirgends so frühe und auffallende Siege errungen, und die Entwicklung von Industrie und Verkehr trug längst ausgesprochene spekulativ-kapitalistische Züge. Aber es fehlte doch nicht an starken Resten von Altväterwirtschaft, Aristokratie, ja Feudalismus. Insbesondere die durchaus un-, ja widermoderne Einrichtung der Sklaverei bestand in einem großen und einflußreichen Teil der Staaten fort und wirkte fortschritthindernd auf den ganzen Bund.

Deshalb war es von epochemachender Bedeutung, daß der Frieden von 1848 eine Lage schuf, die zur Entscheidung über die Frage der Sklaverei drängte.

Der Krieg mit Mexiko war in seinem texanischen Vorspiel wie in seinem Hauptstück wesentlich das Werk südstaatlicher Poli-

tiker gewesen, und für viele von diesen hatte den Ausschlag gegeben, daß es wirtschaftlich und politisch notwendig sei, der Sklaverei neues Gebiet zu gewinnen. Im Norden aber dachten weite Kreise, auch der demokratischen Partei, wennschon sie den Krieg zugelassen, aus Gründen nationalen Hochgefühls vielleicht sogar gern gesehen hatten, in eine solche Ausdehnung der Sklaverei jedenfalls nicht zu willigen. Sie beriefen sich darauf, daß in den mexikanischen Provinzen die Sklaverei gesetzlich verboten gewesen sei und nun unmöglich durch das freieste Volk der Erde eingeführt werden könne. Schon 1846 brachte gerade ein demokratischer Abgeordneter, Wilmot, einen Antrag ein, der die Sklaverei in den neu zu erwerbenden Gebieten für immer ausschließen wollte. Im Repräsentantenhaus fand sich auch eine Mehrheit dafür. Der Senat aber lehnte die Wilmot-Klausel (Wilmot Proviso) ab, und sie wurde nun, immer wieder vorgelegt, auf lange hinaus ein Prüfstein der Stellung zur Sklavenfrage. Calhoun entwickelte die schroff entgegengesetzte Lehre, daß, weil die Territorien Gemeinbesitz aller Staaten wären, der Kongreß überhaupt kein Recht habe, die Bürger gewisser Staaten zu verhindern, sich mit ihrem Eigentum, wozu doch Sklaven gehörten, dort niederzulassen. Andere wollten Einführung oder Ausschluß der Sklaverei der souveränen Entscheidung der Einwohner selbst überlassen, wie man alsbald sagte, eine „Squattersouveränität" (Squatter geringschätziger Ausdruck für den ersten Ansiedler noch ohne festen Rechtstitel) begründen. Wieder andere, unter ihnen der Präsident Polk, hielten für den besten Ausweg, die Linie des Missourikompromisses durch die annektierten Provinzen zu verlängern. So gärten die Meinungen durcheinander. Noch Anfang März 1849 scheiterte ein Gesetz über die Organisierung des Territoriums Californien, weil sich Senat und Repräsentantenhaus nicht einigen konnten.

Inzwischen aber hatten sich dort Verhältnisse entwickelt, die rasches Handeln unerläßlich machten.

Im Januar 1848 war auf den Gütern des großen deutschschweizer Grundherrn Sutter im Sacramentotal beim Bau einer Sägemühle von James Marshall aus New Jersey das erste Gold entdeckt worden. Sutter wünschte die Tatsache, die dann wirklich der Ruin seiner blühenden Unternehmungen werden sollte, geheimzuhalten. Aber die Nachricht verbreitete sich doch rasch und ver-

wirrte allen die Köpfe, zu denen sie drang. Bald ging zunächst einmal in Californien selbst jedermann unter die Goldgräber. Kein Bauer, kein Kaufmann, kein Arbeiter, kein Soldat oder Matrose war mehr zu halten. Die Zeitungen mußten ihr Erscheinen einstellen; Schiffe konnten nicht weitersegeln. Und nicht lange natürlich, so setzte fremder Zustrom ein. Aus Oregon, aus Mexiko, aus Mittel- und Südamerika, von den Sandwichinseln, aus Ostasien kamen die „Argonauten" auf der Suche nach dem goldenen Vließ. An der atlantischen Küste erfuhr man erst seit dem November, was sich auf der andern Seite des Kontinents begab: so schlecht waren noch die Verbindungen. Dann aber begann auch hier die außerordentlichste Abwanderung. Tausende und aber Tausende wagten trotz aller Gefahren und Strapazen die billigere Reise über Land. In endlosen Karawanen, von denen die führende nächtlicherweile die Lagerfeuer der folgenden sehen konnte, zogen sie von Missouri durch die Prärie und das Felsengebirge, nicht ohne daß die Cholera, die sie begleitete, an viertausend Opfer gefordert hätte. Andere schifften sich nach dem Isthmus ein, durchquerten ihn und harrten dann in Panama auf Schiffe, die freilich niemals alle Wartenden aufnehmen konnten. Noch andere endlich ließen sich auf die siebenmonatlange Segelfahrt ums Kap Horn ein. Im Februar 1848 hatte es in Californien nur zweitausend Amerikaner gegeben. Im Juli 1849 waren es fünfzehntausend, im Dezember dreiundfünfzigtausend, und San Francisco, zu Anfang 1849 nur ein kleiner Ort von zweitausend, konnte sich bis zum Ende des Jahres einer Einwohnerschaft schon von zwanzigtausend rühmen. Viele darunter kamen wirklich zu den erwarteten Reichtümern; denn nicht nur wurden einzelne erstaunliche Funde gemacht bis zum Wert von zwölftausend Dollar in einem Tag, auch die Gesamtproduktion überstieg dauernd alles bisher Dagewesene. 1849 konnte für dreiundzwanzig Millionen Dollar, 1850 für mehr als die doppelte Summe Gold ausgeführt werden. Die befruchtende Wirkung, die das auf die Weltwirtschaft im allgemeinen und die amerikanische Volkswirtschaft im besonderen haben mußte, leuchtet ein; bisher hatte den Amerikanern ja nichts so gefehlt wie Metallgeld. Politisch aber war das Bedeutungsvolle, daß in ein Land, wo an sich Plantagenwirtschaft mit Sklaven wohl möglich gewesen wäre, Scharen freier weißer Arbeiter gezogen wurden, und daß für diese

rasch eine Regierung eingerichtet werden mußte. Denn natürlich ging es in den Lagern der Goldsucher wild genug zu. Ein großer Teil von ihnen waren Abenteurer von Haus aus. Bei den anderen aber ließen das erhöhte Lebensgefühl, wie es die Folge großer Gewinne ist, und das Fehlen all der Hemmungen, die in einer gesitteten Umgebung liegen, doch auch, wie die naive Güte, die naive Roheit der Menschennatur hervortreten. Eigentum galt nicht viel und Leben fast noch weniger. Messer und Revolver suchten Rache oder Recht zu schaffen. Es war offenbar hohe Zeit, daß man von Washington her für irgendwelche staatliche Ordnung sorgte.

Vielleicht hätte der alte Präsident Polk angesichts der parlamentarischen Schwierigkeiten trotzdem noch länger gewartet. Aber seine Amtsperiode ging am 4. März 1849 zu Ende. Sie war eigentlich in ihren Erfolgen unverhofft glänzend gewesen. Während er die innere Politik mit fester Hand führte, ein vorbildlicher Verwaltungsbeamter nach dem Zeugnis zweier seiner hervorragendsten Mitarbeiter, war ihm nach außen Größeres gelungen als irgendeinem seiner Vorgänger seit Jefferson. Aber Liebe hatte er sich wenig gewonnen. Weiten Kreisen war er doch nur der scheinheilige Puritaner, der Mann mit Blut an den Händen und der Heiligen Schrift im Mund. Und er selbst litt unter diesem inneren Widerspruch, unter der Sorge und dem Ärger des Krieges, unter den gerechten und ungerechten Angriffen, deren selbst John Quincy Adams während seiner Präsidentschaft nicht mehr und heftigere erfahren hatte. Man sah, wie die Last des Amtes ihn altern und kränkeln machte. Bald nach seinem Abschied von Washington, schon am 15. Juni 1849, ist er, erst dreiundfünfzigjährig, gestorben.

Sein Nachfolger wurde nun doch gerade jener Zacharias Taylor, dessen Aussichten er hatte verderben wollen. Die Whigs hatten sich auf Taylor zwar nicht ganz ohne Mühe geeinigt. Auch Webster und vor allem noch einmal Henry Clay erhoben ernsthafte Ansprüche. Aber der Konvent von Philadelphia (7. bis 9. Juni 1848) ging über sie fort. Nur die Vizepräsidentschaft hätte Webster haben können, und die verschmähte er in begreiflichem, aber unklugem Stolz, so daß sie dem New Yorker Millard Fillmore zufiel. Unter den Demokraten schuf bezeichnenderweise zum erstenmal die Sklavenfrage verhängnisvolle Zwietracht. Offizieller Kandidat war, da Polk verzichtet hatte, der in mannigfachen hohen Stellungen

bewährte Lewis Caß. Der radikale Teil der Partei aber, die „Scheunenverbrenner“ (barnburners), lehnte ihn ab, weil er zu den „Pflaumenweichen“ (dough-faces) gehörte, jenen Nordstaatlern, die doch immer nur ängstlich nach den Wünschen des Südens fragten. Mit unzufriedenen Whigs und Anhängern der alten Freiheitspartei (Bd. I, S. 339) vereinten sie sich auf einem Konvent in Buffalo (August 1848), bekannten sich zu dem Programm: freier Boden, freies Wort und freie Männer und proklamierten den Expräsidenten van Buren, der aus Feindschaft gegen Caß gern seinen Namen hergab, so seltsam gerade seine Aufstellung war. Webster erklärte es für einen guten Witz, daß der Führer der free-spoil, der Freien Beutepartei, auf einmal als Führer der free-soil, der Freien Bodenpartei, auftrete. Als dann am 7. November die Wahlen stattfanden, zum erstenmal überall am gleichen Tag, brachten die „Freibodenmänner“ (free-soilers) zwar in keinem Staat ihre Wahlmänner durch, halfen aber, indem sie in New York und anderswo das Votum für Caß schwächten, den Sieg Taylors wesentlich mitbewirken. Hundertdreiundsechzig gegen hundertsiebenundzwanzig Stimmen führten den bescheidenen Helden von Buena Vista ins Weiße Haus.

Jedermann drängte sich der Gedanke an Harrisons Wahl von 1840 auf. Wieder hatte sich die Nation statt für bewährte Staatsmänner für einen politisch wenig interessierten General entschieden. Ja, der Fall schien jetzt noch seltsamer, insofern Taylor überhaupt nie eine Zivilstellung bekleidet hatte. Aber persönlich war er bedeutender und, obwohl auch schon Mitte der Sechzig, frischer, und dann machte sich geltend, daß er statt aus beengter Zurückgezogenheit fast unmittelbar von Schlacht und Sieg kam. So zeigte er bei aller liebenswürdigen Schlichtheit des Auftretens doch ein starkes Selbstvertrauen. Seine Kenntnis von Menschen und Dingen war freilich lückenhaft; aber eben weil er an den parlamentarischen Streitigkeiten keinen Anteil genommen hatte, fand er sich nicht durch vorgefaßte Meinungen behindert, sondern konnte seinem natürlichen militärischen Scharfblick für das Einfache und Notwendige folgen. Dazu wählte er sich, auch darin der Mann seines Standes, neben den ordentlichen Ministern eine Art persönlichen Adjutanten in dem Senator Seward aus New York, der wie kaum ein anderer von der jüngeren Whiggeneration das Zeug zu einem

politischen Führer hatte. Seward war ein eifriger Verfechter der Wilmot-Klausel. Taylor hatte sich nicht auf sie festlegen mögen. Er stammte aus Virginia und besaß eine Plantage mit Sklaven in Louisiana. Aber der extremen Sklavenhalterpartei schon durch seine heiße Liebe zur Union ferngerückt, nahm er auch keinerlei Interesse an der Ausdehnung der Sklaverei und dachte jedenfalls nicht zuzulassen, daß der Wunsch danach sich der Begründung geordneter Zustände in Californien dauernd entgegenstellte.

Deshalb erteilte er den Californiern durch Mittelsleute den Rat, sich unabhängig vom Kongreß unter Verzicht auf die übliche Vorstufe der Territorialexistenz gleich eine Staatsverfassung zu geben und dann Aufnahme in die Union zu beantragen. Da Ähnliches in Californien ohnehin erörtert worden war, fiel die Anregung auf guten Boden. Am 1. September trat ein Konvent in Monterey zusammen. Bis zum 13. Oktober hatte er eine Verfassung fertig, die die Sklaverei ausschloß, und genau einen Monat später hieß eine Volksabstimmung das Werk feierlich gut.

Taylor konnte, ohne noch diese letzte Tatsache zu kennen, in seiner Jahresbotschaft die vollzogene Tatsache befriedigt verkünden. Auch in Neu-Mexiko leiteten er und sein Kreis eine aussichtsreiche Bewegung auf eigenmächtige Gründung eines freien Staates ein. Aber längst war der Süden aufmerksam geworden und hatte in schroffsten Formen seinen Protest angemeldet. Man meinte dort, das Beste zum Siege über Mexiko getan zu haben. Den weitaus größten Teil der Freiwilligen hatten die Südstaaten gestellt. Da durfte das Ende nicht sein, daß der Norden ohne Rücksicht selbst auf die ihm schon so günstige Linie des Missourikompromisses durch dunkle Manöver die ganze Beute für sich nähme. Lieber kündigte man einen Bund auf, dessen Vorteile so ungleich waren. Der Gedanke der Sezession, der in der letzten Zeit fort und fort bald hier, bald da aufgetaucht war, gewann zum erstenmal wirklich ernstliche Bedeutung. Einer der gemäßigten Abgeordneten des Südens, Stephens, schrieb doch im Dezember 1849 aus Washington: „Leute beginnen ernsthaft davon zu reden, die noch vor zwölf Monaten kaum gewagt hätten, daran zu denken.“ Man zog militärische Rüstungen in Erwägung und traf, wie Calhoun seit Monaten empfahl, Anstalten für einen Konvent der Südstaaten in Nashville, der im Juni 1850 dann auch wirklich, aber schon unter dem

Zeichen der sich anbahnenden Einigung und ohne weitere Folgen zusammentrat. Einstweilen wurde der Politik der vollzogenen Tatsachen, die der Präsident trieb, eine andere vollzogene Tatsache entgegengesetzt. Der Staat Texas schickte ein Milizheer aus, um im Einklang mit den alten Ansprüchen seiner Unabhängigkeitserklärung den ganzen Teil von Neu-Mexiko mit El Paso und Santa Fé in Besitz zu nehmen, der östlich des Rio Grande lag.

Darüber hätte es denn recht wohl zu Blutvergießen und vielleicht doch schon zu allgemeinem Bürgerkrieg kommen können; denn Taylor war entschlossen, den Texanern auf jede Gefahr hin Halt zu gebieten. Er gab Befehl, die Unionstruppen in Neu-Mexiko zu verstärken, und sprach davon, nötigenfalls selbst das Kommando dort zu übernehmen. An seinem Ernst kann kein Zweifel sein. Auch hätte es ihm innerhalb und außerhalb des Kongresses nicht an Gefolgschaft gefehlt. Der langjährige Streit um die Wilmot-Klausel war Ursache geworden, daß sich im Norden die Abneigung gegen irgendwelches Paktieren mit den Sklavenhaltern weit über den Kreis der eigentlichen Abolitionisten verbreitet hatte. So gut wie im Süden gab es hier Leute, die eine kriegerische Auseinandersetzung für nähere oder fernere Zeit ins Auge faßten, weil die Sklavenemanzipation unvermeidlich und auf friedlichem Weg kaum durchzusetzen sei. „Die Krisis ist unmittelbar vor uns“ rief Seward. „Ihr Schatten liegt auf uns. Er verdüstert Parlamente und Kirchen, Haus und Herd.“

Aber freilich die Mehrheit der Bevölkerung wünschte, den Konflikt zu vermeiden, indem sie sich weigerte, die Dinge so schwarz zu sehen. Sehr viele meinten, daß die Eintracht unter den Weißen wichtiger sei als die Freiheit einer doch anscheinend zur Knechtschaft geborenen Rasse. Das Staatswohl müsse den Erwägungen einer vielleicht überdies noch falschen Humanität vorangehen. Nicht wenige auch verweilten bei den wirtschaftlichen Folgen. Was sollte aus Handel und Industrie des Nordens werden, wenn ihnen das Vorzugsrecht auf den Markt des Südens ganz oder auch nur zeitweilig geraubt wurde? Den „Gewissenswhigs“ traten die „Baumwoll- und Handelswhigs“ gegenüber. Namentlich eben die Baumwollfabrikanten wünschten, die Pflanzer, die ihnen als Produzenten und Konsumenten wichtig waren, bei guter Laune zu erhalten.

Nach dem bitteren Wort von Chase: „Die Herren vom Webstuhl verbündeten sich den Herren von der Peitsche.“

Gab es denn kein Mittel, den Streit durch einen Vergleich zu beendigen? Gewiß, an der neuen Verfassung Californiens ließ sich nichts ändern. Dem deutlich bekundeten Willen des Volkes dort durfte man nicht zugunsten der Sklaverei Gewalt antun. Anders aber stand es mit dem Plan Taylors, auch Neu-Mexiko als freien Staat zu organisieren. Dafür lag eine eigentliche Notwendigkeit bei der noch geringen Zahl und dem friedlichen Charakter der Bevölkerung nicht vor. Eine Territorialregierung würde hier sogut genügen wie für die Niederlassung von Deseret oder Utah, die die merkwürdige Sekte der Mormonen seit 1847 mitten im Felsengebirge um den Großen Salzsee herum gegründet hatte. Dann mochte man die Sklavenfrage in beiden Territorien ausdrücklich offen halten, bis sie zu Staaten erwachsen seien. Dabei verlor der Norden kaum etwas; denn die Natur der wasserarmen Gegenden schien der Sklavenwirtschaft einen wirksamen Riegel vorzuschieben, indem sie den Plantagenbetrieb verbot. (Die Möglichkeit der Verwendung von Negern beim Bergbau beliebte man zu übersehen.) Und dem Süden blieb die Demütigung oder, soweit Kongreßmandate in Frage kamen, der Schaden erspart, daß das mit seinem Blut gewonnene Land von vornherein und grundsätzlich seiner „besonderen Einrichtung“ verschlossen wurde. Zugleich büßte der Grenzstreit mit Texas seine gefährliche allgemeine Bedeutung ein. Nachdem das „sektionelle“ Interesse ausgeschaltet war, mochte der Versuch lohnen, dem von böser Finanznot leidenden Staat seine Ansprüche durch eine namhafte Geldsumme abzukaufen. Endlich hatte man die Möglichkeit noch eines weiteren Zugeständnisses an den Süden, das diesem vollends den Argwohn nehmen mußte, als wollte man von Bundes wegen gegen die Sklaverei vorgehen. Die Bundesverfassung und ein Gesetz von 1793 bedingten eine Pflicht zur Auslieferung entlaufener Sklaven. Es war aber eine alte und begründete Klage des Südens, daß die Nordstaaten es damit nicht genau nahmen. Die Gerichte und Behörden versagten. Förmliche Organisationen zur Beförderung flüchtiger Sklaven hatten sich bilden können. Namentlich Quäker betätigten sich eifrig im Dienst dieser sogenannten „Untergrundbahn“, durch die jährlich Tausende die Freiheit erlangten. Deshalb drangen die Sklavenhalter seit

langem auf neue und strengere Bestimmungen, die solche Beihilfe strafbar machten und die Aufgabe der Feststellung und Rückgabe der entlaufenen Neger eigenen Bundeskommissaren an Stelle der unzuverlässigen Staatsbeamten zuwiesen. Ein entsprechendes Gesetz war schon von einer Senatskommission entworfen. Bisher hatte es keine Aussicht auf Annahme gehabt. Jetzt mochte man es immerhin mit in den Kauf geben, etwa indem man das Gewissen des Nordens damit beschwichtigte, daß man gleichzeitig einen andern auch schon beantragten Gesetzentwurf über das Verbot des Sklavenhandels im Bundesdistrikt Columbia verabschiedete. Dann würde alles aufgearbeitet sein, was an unmittelbaren Streitpunkten zwischen den beiden großen Staatengruppen vorlag.

Es war Henry Clay, der dies ganze umständliche Kompromißsystem erdachte. Er hatte nach längerer Pause eben wieder ein Senatsmandat angenommen, und obwohl mit seinen zweiundsiebzig Jahren mannigfach kränkelnd, zeigte er doch die alte Lust und Kunst, die Menschen zu beherrschen. Als echter Vertreter des Grenzstaates Kentucky war er immer ein sogenannter „Bundesretter" (union-saver) gewesen, bemüht um einen Ausgleich zwischen Norden und Süden. 1820 in der Missouri-, 1833 in der Zollfrage hatte er den drohenden Zusammenstoß durch seine geschickte Taktik zu verhindern gewußt. Wie sollte er sich jetzt angesichts offenbar viel größerer Gefahren nicht noch einmal als Friedensstifter versuchen! Daß Taylor eine andere Poltik trieb, war nur ein Anreiz mehr für ihn, da er gegen den glücklichen Rivalen dasselbe Gefühl eifersüchtiger Überlegenheit hatte wie einst gegen Tyler. Am 29. Januar 1850 legte er dem Senat seinen Plan „zur Sicherung von Frieden, Eintracht und Harmonie im Bunde" in einer Reihe von Resolutionen vor.

Die Aufnahme war anfangs sehr geteilt. Von den Sklavenhaltern opponierte Calhoun. Schon gezeichnet von der schweren Krankheit, der er bald darauf (31. März 1850) erliegen sollte, arbeitete er noch eine lange eindringliche Rede aus, um sie, da die Anstrengung des Sprechens für ihn zu groß war, wenigstens in seiner Anwesenheit von einem Parteifreund vorlesen zu lassen (4. März). Auf der Seite des Nordens fehlte im Repräsentantenhaus der alte Chorführer John Quincy Adams. Der war eben an dem Tag, wo die Nachricht von dem Frieden von Guadalupe

Hidalgo anlangte, auf seinem Abgeordnetensitz vom Schlag getroffen worden und achtundvierzig Stunden später achtzigjährig gestorben (23. Februar 1848). An seiner Statt stellte Seward mit viel angefochtenen und viel gerühmten Worten den angeblichen Anrechten des Südens auf Schutz und Raum für die Sklaverei das „höhere Gesetz" der Freiheit der Menschheit gegenüber. Dagegen machte sich Webster in der großen „7. März-Rede", die jeder Amerikaner kennt, und der er selbst die Überschrift „Für den Bund und die Verfassung" gab, den Gedanken des Kompromisses zu eigen, nicht ohne die Abolitionisten als törichte Frauen und noch törichtere Männer zu beschimpfen. Die Rede, so sehr sie ihm von vielen alten Anhängern verdacht wurde, entsprach sicher dem augenblicklichen Empfinden der Mehrheit des amerikanischen Volkes. In Hunderttausenden von Exemplaren wurde ihr Abdruck verkauft, und ein und der andere Handelswhig bekundete sein Entzücken sogar durch den metallischen Tribut, den der große Parlamentarier zum Besten seiner Lebemannsgewohnheiten nur zu gern entgegennahm.

Dennoch war das Schicksal der Clayschen Vorlagen lange unsicher, weil der Präsident sie mit Abneigung, ja mit Hohn behandelte und seine Haltung natürlich auf zahlreiche Kongreßmitglieder einwirkte. Da erkrankte Taylor in der Nacht nach dem Nationalfest vom 4. Juli 1850, bei dessen Feierlichkeiten er sich zu sehr der heißen Sonne ausgesetzt hatte, an einem Darmkatarrh. Ärztliche Hilfe war nicht rasch und wirksam genug. Auch ersparte man ihm nicht politische Aufregung; denn die eben eintreffende Nachricht, daß Neu-Mexiko sich wirklich als freier Staat konstituiert hatte, brachte die Krisis auf ihren Höhepunkt. So gaben die Kräfte des Fünfundsechzigjährigen rasch nach. Am Abend des 9. Juli starb er. Seine letzten Worte zeigten den treuen, schlichten Soldaten: „Ich habe versucht, meine Pflicht zu tun."

Sein Nachfolger Millard Fillmore konnte kaum in seine Fußstapfen treten. Dazu besaß er, der schon an zweiter Stelle ein Verlegenheitskandidat gewesen war, offenbar nicht die genügende Autorität. Auch wies ihn seine ganze milde, vorsichtige, ein wenig ängstliche Natur vielmehr auf die Politik von Clay und Webster hin. Webster ernannte er sogleich zu seinem Staatssekretär. So wurde, während eben noch von kriegerischen Maßregeln die Rede gewesen war, das „Kompromiß von 1850", wenn auch immer noch

mit allerlei Anständen und Aufenthalten, bis Mitte September unter Dach gebracht. Californien erhielt die Anerkennung seiner Staatsverfassung. Neu-Mexiko wurde sie versagt. Wie Utah mußte es sich mit einer Territorialregierung begnügen, indem später etwa daraus zu bildende Staaten aufgenommen werden sollten — diese Fassung ging über Clays Vorschläge hinaus — „mit oder ohne Sklaverei nach Entscheidung der Bevölkerung". Texas wurden zur Freude und nicht ohne Zutun der in seinen entwerteten Anleihen spekulierenden Kapitalisten zehn Millionen Dollar Entschädigung und nun doch ein Teil des begehrten Landes selbst zugesprochen. Auch das Sklavenfluchtgesetz und das Verbot des Sklavenhandels im Bundesdistrikt fanden die nötigen Mehrheiten.

Natürlich verstummten die Gegner nicht gleich. Im Norden äußerte sich laute Unzufriedenheit mit dem Sklavenfluchtgesetz, bei dem zahlreiche Abgeordnete der Regierungspartei sich der Abstimmung enthalten hatten, und kaum weniger mit der Preisgabe der Wilmot-Klausel für Neu-Mexiko und Utah. Man tadelte, daß die Formel „mit oder ohne Sklaverei nach Entscheidung der Bevölkerung" beide Wirtschaftssysteme als gleichwertig hinstelle und der Bundesregierung in einer nationalen Lebensfrage Neutralität vorschreibe. Ein überzeugter Freibodendemokrat wie Chase klagte: „Wolken und Finsternis sind über uns. Die Sklavenhalter haben einen Erfolg gehabt, weit über die kühnsten Hoffnungen hinaus, die sie vor zwölf Monaten hegten." Andererseits diese selbst ließen das keineswegs gelten, schon weil es ihnen nicht gelungen war, wenigstens den Südteil Californiens als Sklavenland abzutrennen. Jefferson Davis, damals Senator für Mississippi, erklärte, daß jeder hervorragende Mann seines Staates das Kompromiß verurteile, und sowohl in Mississippi wie in Südcarolina wurden die Landtage noch im November und Dezember mit Anträgen auf Sezession befaßt, damit Ungleichheit und Herabwürdigung ein Ende hätten.

Indessen kam nichts weiter dabei heraus. Es waren bloße Nachwehen. Im allgemeinen atmete man hüben und drüben erleichtert auf. Fillmore durfte überwiegender Zustimmung sicher sein, wenn er in seiner Jahresbotschaft (3. Dezember 1850) rühmte: „Wir sind aus der weiten und grenzenlosen Aufregung errettet worden, die uns umgab, und haben einen festen, klaren und gesetz-

lichen Grund, auf dem wir ruhen können." Ruhe und Frieden waren der deutliche Wunsch der Nation. Ende der vierziger Jahre hatte etwas von der revolutionären Erregung, die Europa erschütterte, auf die neue Welt übergegriffen. Ein gewisser geheimnisvoller Zusammenhang ist leicht herauszufühlen. Nun zeigte sich auch ein Gegenstück zu der politischen Ermattung der europäischen Reaktionszeit, wenngleich die öffentliche Meinung diese Reaktion laut verdammte und mit den geflüchteten Revolutionshelden, namentlich dem glänzenden Ungarn Kossuth, einen oft lärmenden und herausfordernden Kultus trieb. Das wirtschaftliche Leben, mächtig in Schwung gebracht durch das neue californische Gold, beanspruchte und belohnte alle Kräfte. Warum sollte man sich den guten Geschäftsgang durch einen neuen Streit stören lassen, der letzten Endes auf eine bloße Gefühlssache hinauslief. Eine praktische Frage schien das Kompromiß nicht offen zu lassen. Also wurde es auf und ab als endgültig proklamiert. Die Freibodenleute spielten gegenüber den „Endgültigkeitsleuten" (finality men) kaum noch eine Rolle. Im Senat hatten sie nicht mehr als drei, auch im Repräsentantenhaus nur fünf Vertreter, und bei der Präsidentenwahl von 1852 sank die für sie abgegebene Stimmenzahl gegen 1848 von 292 000 auf 152 000. Demokratische Führer wie Caß und Douglas erklärten, sie würden fortan keine Reden über die Sklavenfrage mehr zu halten brauchen. Auch Clay hatte gleich im September 1850 gesagt: „Ich glaube, daß jetzt im ganzen Land Frieden herrscht, und daß er dauernd ist." Diese Überzeugung, die „Reunion der Union" für alle Zeiten bewirkt zu haben, verließ ihn nicht. Er nahm sie mit ins Grab, als am 29. Juni 1852 der Tod seinem an Erfolgen und Enttäuschungen reichen Leben ein Ziel setzte.

Dagegen konnte er sich kaum verhehlen, daß die Aussichten für seine Partei nicht glänzend seien. Sie sollte ihn nicht lange überleben. Immer war sie in erster Linie eine Partei Henry Clay gewesen. Mehr der große Führer als ein festes Programm hatte sie zusammengehalten. Nur er hatte zugleich den Industriellen des Nordens und den Sklavenbaronen des Südens Vertrauen einzuflößen vermocht. Ein anerkannter Erbe stand nicht bereit. Vielmehr herrschte auf dem Nationalkonvent der Whigs in Baltimore (Mitte Juni 1852) häßlichster Zwist. Fillmore, Webster und

General Scott rangen um die Palme. Das Klügste würde wahrscheinlich gewesen sein, Fillmore aufzustellen, der als Mann des Friedens genehm sein mußte. So hätte es Clay gewünscht. Stattdessen fiel nach zweiundfünfzig ergebnislosen Abstimmungen die Entscheidung für Scott, von dessen Kriegsruhm man sich eine ähnliche Wirkung versprach, wie sie das letztemal der Taylors geübt hatte. Aber Scott war viel zu hochmütig und anspruchsvoll, um dem Volk wirklich zu gefallen. Auch paßte er mit seinem anerkannt streitsüchtigen Temperament nicht in die Stimmung der Kompromißzeit. Endlich seine beiden geschlagenen Rivalen beobachteten, Fillmore eine kühle, Webster eine direkt feindselige Haltung. Webster hatte geglaubt, dem Ziel seines Ehrgeizes ganz nahe zu sein, nachdem er sich dem Süden durch die 7. März-Rede empfohlen und dann als Staatssekretär die Nation im ganzen durch den „Hülsemann-Brief" elektrisiert hatte, der die eigentlich sehr berechtigten Klagen des österreichischen Geschäfsträgers über die Unterstützung der ungarischen Revolutionäre mit der vollen Überlegenheit amerikanischen und republikanischen Selbstgefühls abfertigte*). Daß er nun trotzdem ausfiel, verwand er nicht. Grollend zog er sich in die Einsamkeit seines Landsitzes zurück, um, da seine Gesundheit ohnehin erschüttert war, dort bald darauf (24. Oktober 1852) siebzigjährig zu sterben. Ob er einen guten Präsidenten abgegeben hätte, mag man bezweifeln. Es fehlte ihm, der äußerlich so ganz stolze Männlichkeit schien, in höherem Sinn an Charakter. Einen Mann von gigantischem Intellekt und wurmstichigem Herzen hatte ihn John Quincy Adams genannt. Aber für das öffentliche Leben bedeutete sein Tod doch einen schmerzlichen Verlust. Nachdem auch er Adams, Calhoun und Clay in das Reich der Schatten gefolgt war, waren die großen Tage amerikanischer Parlamentsberedsamkeit unwiderruflich dahin. Schon wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht das Maß der Staatsmänner überhaupt zurückginge.

Auch die Demokraten nämlich entbehrten eines rechten Führers. Sie berieten (ebenfalls im Juni in Baltimore) lange hin und her, und am Ende beim neunundvierzigsten Wahlgang

*) Es hieß da unter anderem, daß, verglichen mit dem Riesenreich der Union, die Besitzungen des Hauses Habsburg nur ein Fleck (a patch) auf der Erdoberfläche seien.

kamen sie, ähnlich wie 1844, auf ein dark horse ab: Franklin Pierce aus New Hampshire. Pierce (1804—1869) war noch verhältnismäßig jung und nicht stark hervorgetreten. Weder als Parlamentarier noch als Freiwilligengeneral im Mexikanischen Krieg hatte er eine eigentliche Leistung aufzuweisen. Aber die bloße Teilnahme an dem Siegeszug von 1847, die doch immer für Mut und Unternehmungslust sprach, gab ihm ein gewisses Relief. Dazu war er ein lebendiger, liebenswürdiger Mensch von gutem Aussehen und vornehmem Anstand. Der große Romanschriftsteller Nathaniel Hawthorne legte in einer eigens verfaßten Wahlkampfsbiographie für Begabung und Wesensart des Freundes ehrendstes Zeugnis ab. Als Neuengländer flößte er dem Norden Vertrauen ein. Dem Süden genügte, daß er auf das Programm des Kompromisses von 1850 verpflichtet war. Dem Volk im ganzen schien seine freundliche Mittelmäßigkeit bessere Gewähr für die gewünschte ruhige Fortentwicklung des Landes zu bieten als die starke Persönlichkeit Scotts. Bei den Wahlen konnten die Whigs, deren Rolle damit endgültig ausgespielt war, nur in vier Staaten ihre Wahlmänner durchbringen. Alle übrigen fielen Pierce zu. Er galt als der fleischgewordene Frieden. Nicht wenige erwarteten sich eine neue Ära des guten Einvernehmens.

Leider aber war die Grundlage dafür denn doch zu brüchig. Das Kompromiß von 1850 schloß ja nicht nur nicht alle Konfliktsmöglichkeiten für später aus, wie sich sehr bald erweisen sollte, sondern enthielt mit dem unglücklichen Sklavenfluchtgesetz selbst einen Konfliktsstoff, an dem sich schon im Augenblick immer von neuem die Agitation entzündete. Das Volk der Freistaaten wollte größtenteils einfach nicht dulden, daß Neger, die bisher unangefochten in seiner Mitte gelebt hatten, nun auf einmal zurückverlangt und nach summarischem Verfahren ausgeliefert würden. An mehr als einem Ort wurden die Gefangenen gewaltsam befreit, Richter verfemt, Sklavenjäger mit förmlichen Steckbriefen verfolgt. Selbst Szenen offenen Aufruhrs fehlten nicht. Schließlich kam es dahin, daß eine Reihe nördlicher Staaten durch eigene „Freiheitsgesetze" das Bundesgesetz faktisch unwirksam machten. Mindestens wurde jeder Fall in der Presse besprochen, und da die Umstände ja oft tragisch genug waren, Selbstmorde und Morde sich ereigneten, fanden sich mehr und mehr auch solche Leute beunruhigt und zum

Nachdenken angeregt, die bisher gemeint hatten, die Sklaverei ginge sie als eine Sache nur des Südens nichts weiter an.

Dazu nun erschien 1852 ein Roman, der gewaltig beitrug, die Gewissen zu schärfen, Onkel Toms Hütte von Harriett Beecher Stowe. Das Buch hatte als Kunstwerk seine großen Schwächen. Die Komposition war unbeholfen und die Motivierung oft einigermaßen kindlich. Onkel Tom selbst in seiner unendlichen Güte blieb an Unwahrscheinlichkeit nicht hinter den Helden anderer Frauenromane zurück. Aber sonst waren genug Menschen und Szenen nach dem Leben. Die Verfasserin verstand schon zu beobachten und zu erzählen. Die patriarchalischen Seiten der Sklaverei kamen nicht ganz zu kurz. Gelegentlich erfreute ein behaglicher Humor. Aber der Hauptinhalt war doch Klage und Anklage. Zahlreiche gut gewählte und wohl mögliche Beispiele illustrierten die Widernatur eines Rechtszustandes, der den lebendigen, empfindenden Menschen zur Sache herabdrückte, und am Schluß standen die erschütternden Worte, deren Prophezeiung eine nur zu nahe Zukunft erfüllen sollte: „Nicht dadurch ist diese Union zu retten, daß wir uns zusammentun, um Ungerechtigkeit und Grausamkeit zu schützen, sondern durch Buße, Gerechtigkeit und Mitleiden; denn das ewige Gesetz, wonach der Mühlstein im Ozean untersinkt, steht nicht fester als jenes stärkere Gesetz, nach dem Ungerechtigkeit und Grausamkeit den Zorn des allmächtigen Gottes auf die Völker herabziehen.“ Der Erfolg war ungeheuer. Noch kein amerikanischer Roman hatte so eingeschlagen. An manchen Tagen wurden bis zu 10 000 Exemplare abgesetzt. Im ganzen sollen 300 000 verkauft worden sein.

Eine ganze Anzahl davon entfiel auf den Süden selbst. Auch dort wollte man das merkwürdige Buch kennen lernen. Aber natürlich die große Mehrheit lehnte es ab, indem sie höhnisch von Onkel Tomitude sprach. Denn die Verherrlichung der Sklaverei, die in den dreißiger Jahren als Widerspruch gegen die abolitionistische Bewegung begonnen hatte, kam jetzt auf ihren Höhepunkt. Der angesehene Schriftsteller William Gilmore Simms in Südcarolina konnte 1853 schreiben: „Vor zwanzig Jahren versuchten nur wenige Leute im Süden die Sklaverei anders als unter dem Gesichtspunkt einer Notwendigkeit zu rechtfertigen. Jetzt zweifeln dort umgekehrt sehr wenige an ihrem vollkommenen R e c h t auf die

Arbeit ihrer Sklaven, ja mehr noch an ihrer moralischen Verpflichtung, sie weiter als Sklaven unterworfen zu halten, solange sie die untergeordneten Wesen bleiben, als die wir sie jetzt sehen, und die sie von allem Anfang an gewesen zu sein scheinen. Das ist ein großes Glück und ganz und gar die Frucht des feindlichen Druckes." Ein anderer, Barnwell, persönlich ein freundlicher und ehrenhafter Mann, sagte zu dem Deutschamerikaner Franz Lieber, Erhaltung der Sklaverei sei die große Aufgabe, die Gott den Südstaaten zugewiesen habe. Eigene Bücher erneuerten den alten Beweis, daß die Sklaverei als Teil der einzigen von Gott direkt ausgegangenen Staatsverfassung in der Bibel begründet sei, oder legten dar, wie sie die belebende Kraft für alle industriellen Unternehmungen Amerikas und Englands abgebe. Auch die natürliche und normale Form des Verhältnisses zwischen einer höheren und einer niederen Rasse, ein sozialer, moralischer und politischer Segen sollte sie sein. Schon erhoben sich Stimmen sogar für Wiederzulassung der Sklaveneinfuhr aus Afrika.

Vollends der Wunsch nach Erwerbung neuen Sklavenlandes kam nicht zur Ruhe. Der Expansionstrieb, der zum Krieg mit Mexiko geführt hatte, wirkte auch nach dem Frieden mannigfach fort. So sahen die fünfziger Jahre eine Reihe von sogenannten Flibustierzügen, friedenstörenden Unternehmungen Privater, die aber allemal bei einzelnen Staatsregierungen verdächtige Duldung oder gar Unterstützung fanden. Ein Abenteurer aus Tennessee, William Walker, versuchte im November 1853 von San Francisco aus einen verunglückten Handstreich gegen das Mexiko verbliebene Niedercalifornien, um später — zeitweilig mit mehr Glück — das Feld seiner Tätigkeit nach Nicaragua zu verlegen (1855 bis 1857); und ein viel ernsthafterer Mann, General Quitman in Mississippi, gab sich im Verein mit einigen kapitalkräftigen Spekulanten jahrelang die größte Mühe um Insurgierung Kubas. Eine erste Expedition (1850) und eine zweite (1851), an denen sich jedesmal einige hundert Amerikaner beteiligten, endeten nun zwar ganz kläglich, die zweite mit der Hinrichtung der Führer Lopez und Crittenden durch die Spanier, und eine dritte (1854) wurde schließlich von den amerikanischen Behörden verhindert. Aber der Plan, sich die Perle der Antillen anzueignen, der ja schon frühere Generationen beschäftigt hatte, blieb auf der Tagesordnung. In der Presse und

im Kongreß wurde er erörtert. Auch die amtliche Welt stellte sich seit dem Amtsantritt von Pierce freundlich. Als 1853 ein neuer Gesandter, Soulé aus Louisiana, nach Madrid geschickt wurde, erhielt er den Auftrag, Spanien zum Verkauf der Insel zu drängen — hundertzwanzig Millionen Dollar schienen kein zu hoher Preis —, und wenn er sich damit wie natürlich einen Korb holte, so veröffentlichte er am 18. Oktober 1854 gemeinsam mit seinen Kollegen in London und Paris, Buchanan und John Y. Mason, das berühmte Ostender Manifest, in dem ganz unverfroren die Frage aufgeworfen wurde, ob nicht Kuba in der Hand Spaniens eine Gefahr für den inneren Frieden und den Bestand der Union sei und also jedes menschliche und göttliche Recht erlaube, mit allen Mitteln seine unverzügliche Erwerbung zu erstreben. Inzwischen war ein wirklicher Landgewinn gegenüber Mexiko gelungen. Der Gadsden-Vertrag von 1853 hatte um den Preis von zehn Millionen Dollar den Eroberungen von 1848 nach Süden hin ein Gebiet hinzugefügt, dessen Umfang von 45 535 englischen Quadratmeilen etwa dem Neuenglands entsprach.

Natürlich sahen viele Nordstaatler all das mit Ärger. Der Gadsden-Vertrag erlangte nur schwer die Ratifikation des Senats. Erst recht die kubanischen Intrigen erregten so starken Widerspruch, daß der Präsident trotz der günstigen Weltlage, die der Krimkrieg schuf, schließlich nichts Entscheidendes zu unternehmen wagte. Immerhin war es nicht das Hinausstreben über die Grenzen der Union, das den faulen Frieden von 1850 störte, sondern der Versuch, der Sklaverei innerhalb des alten Bundesgebiets im Widerspruch mit früheren Abmachungen ein neues weites Feld zu eröffnen.

Die politische und wirtschaftliche Erschließung des Nordwestens hatte, seit 1837 Michigan als erster Staat im Seengebiet errichtet worden war, große Fortschritte gemacht. 1846 hatte Iowa, 1848 Wisconsin Staatenrechte erlangt, und Minnesota war als Territorium organisiert worden. Auch für das Land auf dem rechten Missouriufer nördlich und westlich vom Staat Missouri, das man Nebraska oder Land des Platte nannte, schien eine Territorialverfassung wünschenswert. Seit 1844 war davon die Rede. Aber einmal zeigten sich Bedenken wegen der Rechte der hier noch zahlreichen Indianer, und dann lag das Hindernis vor, daß nach dem

Kompromiß von 1820 die Sklaverei ausgeschlossen war. Dadurch wurde dem Süden die Sache unsympathisch. Insbesondere die Sklavenhalter in Missouri machten das Interesse geltend, daß sie ihrer Neger nicht länger sicher seien, wenn sich an ihrer Grenze ein neues Gemeinwesen auf der Grundlage der Emanzipation bilde. So wurde noch im März 1853 eine Bill über die Einrichtung eines Territoriums Nebraska, die das Repräsentantenhaus passiert hatte, im Senat schließlich nicht erledigt. Als sie deshalb zu Anfang des neuen Jahres der Senator Stephen Douglas von Illinois neu einbrachte, fügte er die aus den Gesetzen von 1850 bekannte Klausel „mit oder ohne Sklaverei" hinzu und gab diesen Worten alsbald die deutlichere Wendung, daß unter Aufhebung des Missourikompromisses alle auf Sklaverei bezüglichen Fragen „der Entscheidung der Einwohner durch ihre geeigneten Vertreter" überlassen bleiben sollten. Zugleich schlug er, mit dem Gedanken, daß eins ein freier, eins ein Sklavenstaat werden könne, statt des ursprünglich in Aussicht genommenen e i n e n die Bildung von zwei Territorien vor, im Norden Nebraska gegenüber von Iowa, im Süden Kansas neben Missouri.

Was ihn dabei eigentlich bestimmte, ist nicht über jeden Zweifel hinaus geklärt. Wahrscheinlich war das erste wirklich der Wunsch, die Sache zu fördern, endlich einmal die Erschließung der zukunftsreichen Gebiete zu ermöglichen, für die er seit einem Jahrzehnt umsonst gearbeitet hatte. Aber daneben spielte fraglos in hohem Grade sein persönlicher Ehrgeiz hinein. Obwohl noch jung: einundvierzig Jahre, und in Erscheinung und Manieren mannigfach den Emporkömmling verratend, hatte sich der „kleine Riese", wie man ihn wegen des Kontrastes seiner untersetzten niedrigen Statur und seiner starken Intelligenz gern nannte, eine Führerstellung in der demokratischen Partei erworben. Namentlich Jung-Amerika schwor auf ihn. Schon 1852 war er als Präsidentschaftskandidat ernstlich empfohlen worden. Damals hatte der Süden ihn abgelehnt. Man fand ihn dort zu unvornehm und demagogisch. Aber vielleicht änderte sich diese Stimmung, wenn er den Sklavenhaltern einen großen Dienst leistete. Von vornherein wurde ihm vorgeworfen, daß die Kansas-Nebraska-Bill „ein Gebot auf die Präsidentschaft" sei.

Jedenfalls trug allein er die Verantwortung. Es mögen

einige Südstaatler mit ihm beraten haben, Toombs und Alexander H. Stephens werden erwähnt, auch hat Jefferson Davis, damals Kriegssekretär, hinter den Kulissen eifrig nachgeholfen. Aber die weitaus meisten Abgeordneten aus dem Süden waren überrascht und nicht alle angenehm. Einigen ging die Bill nicht weit genug; sie hielten fest an dem Satz von Calhoun, daß niemand einen Bürger der Vereinigten Staaten hindern dürfe, mit seinem Sklaveneigentum in ein Territorium einzuwandern, und wollten auch zugunsten der Squattersouveränität keine Ausnahme gestatten. Andere fürchteten Böses davon, daß die halbwegs zur Ruhe gebrachte Sklavenfrage neu aufgerührt werde. Der Virginier Mason sagte, er wünsche das Gesetz nicht, man möge alles beim alten lassen, und Samuel Houston erklärte gar: „Die Leute im Süden legen keinen Wert darauf. Es ist das Schlimmste für den Süden, was je geschehen ist, seit die Union begründet wurde." Allgemein war festzustellen, daß die Abgeordneten aus den Sklavenstaaten sich in der Debatte zurückhielten. Douglas und seine nördlichen Freunde mochten ihre Erfindung allein vertreten.

Um Argumente zeigten sich diese dabei keineswegs verlegen. Logisch betrachtet, konnte die Maßregel als natürliche Folge der Gesetze von 1850 gelten; denn wenngleich der Unterschied bestand, daß Kansas und Nebraska unter das Kompromiß von 1820 fielen und Neu-Mexiko und Utah nicht, so schien doch nach Vernunft und Natur den Ansiedlern dort recht sein zu müssen, was den Ansiedlern hier billig gewesen war. Dazu hatte der ganze Gedanke der Nichtintervention des Bundes und der Volksentscheidung, so unklar und widerspruchsvoll er im Grunde war, auf den ersten Blick vom demokratischen Standpunkt etwas unwillkürlich Bestechendes. Man pries ihn als das „amerikanische Prinzip" schlechtweg, als die schönste Blüte der Selbstverwaltung. Sogar das wurde allen Ernstes hervorgehoben, daß durch die Ausschaltung des Kongresses für diesen in Zukunft jeder Anlaß zu sektionellem Hader fortfiele. Fortan werde die Rede keines Abgeordneten mehr verraten, ob er vom Rio Grande, von den Savannen des Südens oder aus den Fabrikstädten des Nordens stamme.

Solche Illusionen und Sophismen verhalfen der Bill dann zunächst einmal im Senat zu einer überraschend großen Mehr-

heit (37 gegen 14). Im Repräsentantenhaus lagen die Verhältnisse für sie schwieriger. Dort drohte ihr anfangs ein Begräbnis in der Kommission. Da aber der Präsident seinen Einfluß mit dem von Douglas verband, so erfolgte schließlich doch die Annahme mit 113 gegen 100 Stimmen, und am 30. Mai 1854 konnte die Kansas-Nebraska-Akte unterzeichnet werden. Es war ein Unglückstag der amerikanischen Geschichte.

Denn inzwischen hatte im Norden eine gewaltige Agitation eingesetzt. Das Signal hatte schon im Januar der „Appell der unabhängigen Demokraten im Kongreß an das Volk der Vereinigten Staaten" gegeben, der in der Hauptsache aus der Feder von Salmon P. Chase stammte. Darin wurde die Aufhebung des Missourikompromisses als eine ungeheuerliche Verschwörung gegen Menschlichkeit und Freiheit angeklagt und eine allgemeine Protestbewegung ausdrücklich angeregt. Wirklich ging dann Petition auf Petition nach Washington ab, eine unterzeichnet von 3 050 Mitgliedern des neuenglischen Klerus. Die angesehensten Blätter des Nordens, allen voran Horace Greeleys New York Tribune, schrieben täglich gegen den schmählichen Bruch der heiligen Verpflichtung, indem sie etwa die Abgeordneten aus den Freistaaten, die dafür gestimmt hatten, als Neb-rascals (rascal der Schurke) in großgedruckten Lettern der öffentlichen Verachtung preisgaben. Neben zahllosen Versammlungen faßten nicht weniger als zehn Landtage Protestresolutionen, und das gemeine Volk vergnügte sich damit, Douglas und Konsorten in effigie zu verbrennen. Douglas selbst meinte mit grimmem Humor, er könne beim Feuerschein seiner eigenen Bilder von Boston bis Chicago reisen.

Auch blieb es nicht bei solchen bloßen Demonstrationen. Die Gegner des Gesetzes schritten zu Taten. Sie erkannten rasch, daß die Squattersouveränität zweischneidig sei und recht wohl auch gegen die Sklavenhalter gewandt werden könne. Ließ man den Dingen freien Lauf, so war allerdings anzunehmen, daß mindestens Kansas ein Sklavenstaat werden würde, weil für die Einwanderung in erster Linie Missourier in Frage kamen. Aber konnte man nicht künstlich durch Geld und Propaganda genügend Ansiedler aus dem Norden heranziehen, um eine Mehrheit für Ausschließung der Sklaverei zu schaffen? Zuerst Eli Thayer aus Massachusetts entwickelte den Plan, „eine Schutzmauer von freien Herzen und starken Händen um

das Land zu bauen, das die Väter der Freiheit bestimmt hätten". Noch ehe die Bill Gesetz geworden war, im April 1854, gründete er die Massachusetts-Auswanderungs-Hilfsgesellschaft, und wenn deren eigene Leistung hinter den ersten etwas pomphaften Ankündigungen zurückblieb — selbst nach der Erweiterung über ganz Neuengland brachte sie in drei Jahren doch nur 140 000 Dollar auf —, so wirkte die Anregung um so stärker. Hunderte von Kansasbünden und Kansaskomitees entstanden. Teils durch materielle Vorteile verlockt, teils in dem Wunsch, einer großen Sache zu dienen, siedelten sich gleich im ersten Jahr (1854) mehrere tausend auf das Freibodenprogramm eingeschworene Nordstaatler in dem umstrittenen Territorium an.

Natürlich aber sahen die Gegner nicht ruhig zu. Auch im Süden bildeten sich Gesellschaften zur Unterstützung von Auswanderern. Der Landtag von Georgia wies seine Staatsbahn an, ihnen freie Fahrt zu gewähren. Sonst war Alabama sehr eifrig. Und vor allem die Sklavenhalter von Missouri als die Nächstbeteiligten organisierten die Bekämpfung der „Armenhäusler und Negerdiebe", indem ein neugeschaffener Geheimbund der Blauen Logen die Leitung übernahm. Auswanderung war hier nicht unbedingt nötig, nur Grenzüberschreitung im rechten Augenblick. Als die ersten Wahlen für eine Territoriallegislatur stattfanden (30. März 1855), zogen an viertausend „Grenzräuber" (border ruffians), unter denen aber auch manch angesehener Mann war, bewaffnet und mit klingendem Spiel zur Stimmabgabe nach Kansas hinein und erreichten wirklich, daß nur Anhänger der Sklaverei gewählt wurden. Die Freibodenleute warteten eine Zeitlang ab. Als der neue Landtag in Shawnee Mission terroristische Beschlüsse faßte, beriefen sie ganz revolutionär einen Konvent nach Topeka (Oktober 1855) und beschlossen dort eine freie Verfassung. Man mochte an die alte Republik Polen und ihre sich bekämpfenden Konföderationen denken. Jedenfalls entwickelte sich eine Art Bürgerkrieg. Niemand wagte mehr unbewaffnet auszugehen. Unrechtmäßige Verhaftungen, Mißhandlungen, Zerstörung von Eigentum waren an der Tagesordnung. Am 21. Mai 1856 wurde die kleine Stadt Lawrence von den Sklavenhaltern geplündert und teilweise zerstört. Auch Morde fielen nicht selten vor, indem sich hier umgekehrt ein Mann des Nordens, der Fanatiker John Brown, den furchtbarsten

Namen machte. Ein Gouverneur nach dem andern scheiterte an der Aufgabe, Frieden herzustellen. Ebensogut könne man den Teufel in der Hölle regieren. Bald wurde auf und ab vom „blutenden Kansas" gesprochen, und die Schüsse, die auf seinen Prärien gewechselt wurden, fanden fortgesetzt ihr Echo im ganzen Land. Alle moralischen Begriffe verwirrten sich. Es geschah im Norden, daß Geistliche für die Beschaffung von Gewehren für Kansas sammelten. Andererseits ein Südländer, Senator Brooks aus Südcarolina, sonst ein höflicher und gebildeter Mann, überfiel eben im Anschluß an eine Kansas-Debatte am 22. Mai 1856 im Sitzungssaal des Senats den Massachusettssenator Charles Sumner, einen der angesehensten Führer der Gegenpartei, um ihn für einen freilich übermäßig scharfen Angriff auf seinen alten Oheim Butler zu züchtigen, und richtete ihn mit Stockschlägen so arg zu, daß er Jahre brauchte, um auch nur einigermaßen zu gesunden. Dabei wurde Brooks' Tat von seinen Landsleuten nicht nur entschuldigt, sondern gefeiert. Die Spannung zwischen Norden und Süden, die man sich gerühmt hatte, mit der Zauberformel der Squattersouveränität aus der Welt schaffen zu wollen, war so arg wie vor dem Kompromiß von 1850. Ja, jetzt zuerst wurde eine große Partei ganz und gar auf den Gegensatz nördlicher und südlicher Interessen gegründet.

Bei der Abstimmung über die Kansas-Nebraska-Akte hatte sich völlige Parteizerfahrenheit gezeigt. Ein Teil der Demokraten war dagegen, ein Teil der Whigs aus dem Süden war dafür eingetreten. Ohne die zwölf Stimmen der letzteren hätte die Bill im Repräsentantenhaus scheitern müssen. So steigerte sich bei den Whigs der Nordstaaten die Unzufriedenheit, die von der Niederlage von 1852 zurückgeblieben war, bis zum Wunsch nach Auflösung der alten Organisation. Man redete und schrieb für eine neue Partei, die alles zusammenfassen müsse, was den Sklavenhaltern nicht dienstbar sei. Dabei war natürlich an die Freibodenleute, aber auch an gewisse demokratische Kreise gedacht, bei denen man seit der Kundgebung von Chase und Genossen ähnliche Tendenzen annehmen durfte. Noch im Laufe des Sommers von 1854 fanden in zahlreichen Staaten des Nordens, namentlich des Nordwestens, Konvente zum Zweck einer Verschmelzung statt, die dann mehr oder weniger vollständig gelang. Zunächst nannten sich die Verbündeten einfach nur Anti-Nebraska-Leute. Sehr bald aber setzte sich die

von verschiedensten Seiten angeregte positive Bezeichnung: Nationalrepublikaner durch, mit der man an die Traditionen Thomas Jeffersons als des „ersten großen Freibodenmannes“ anzuknüpfen vorgab. Die Wahlerfolge waren nicht schlecht. Immerhin schreckte doch viele der ausgesprochen „sektionelle“ Zuschnitt. Von vornherein war die Befürchtung, daß die neue Partei den Bürgerkrieg bringen werde, und es konnte ihr deshalb, während die Whigs freilich allmählich verschwanden, von anderer Seite eine anscheinend gefährliche Konkurrenz erwachsen.

Sehr früh hatten sich in den Vereinigten Staaten „nativistische“ Bestrebungen geltend gemacht, das heißt Bestrebungen zum Schutz der eingeborenen weißen Bevölkerung. Denn es gab natürlich von jeher Leute, die sich durch den wirtschaftlichen Wettbewerb oder den politischen Einfluß der Einwanderer geschädigt fühlten. Dazu trat, indem immer mehr katholische Iren herüberkamen, die Sorge wegen der wachsenden Macht der römischen Kirche, deren hierarchische Organisation als Gefahr für die republikanische Freiheit erschien. So waren schon 1834 und 1842 lokale Parteibildungen mit dem Programm „Amerika den Amerikanern“ versucht worden, und von 1847 bis 1849 hatte ein nativistischer Abgeordneter im Kongreß gesessen. Seitdem waren durch die europäischen Revolutionen Umfang und Übel der Einwanderung unheimlich gesteigert worden. Das eine Jahr 1850 brachte 370 000, 1854 gar 427 000 Ankömmlinge. Dennoch überraschte zuerst, mit welcher elementaren Gewalt sich 1854 auf einmal an vielen Orten die Gegenbewegung durchsetzte. Man erfuhr, daß sich ein geheimer Orden zur Bekämpfung der katholischen Kirche und der Neubürger gebildet habe. Seine Mitglieder durften auf Fragen Unberufener nur mit einem „Ich weiß nichts“ (I know nothing) antworten. Solche geheimen Orden üben auf den Amerikaner immer einen starken Reiz. In keinem Land hat es ihrer so viele, so seltsame und so einflußreiche gegeben. Jetzt kam in Betracht, daß die Organisation einen bequemen Unterschlupf für alle bot, die mit den alten Parteien unzufrieden waren und vor der neuen republikanischen noch zurückschreckten. Sogar im Süden, wo von unmittelbarer Schädigung durch die Einwanderung nicht die Rede sein konnte, gewannen die Knownothings Anhänger, weil doch in den Einzelstaaten, ganz wie in der Union, der Parlaments- und Verwaltungs-

mechanismus auf das Zweiparteiensystem zugeschnitten war und die Whigs als zweite Partei abgewirtschaftet hatten. Überall hörte man den als Losung angenommenen Befehl Washingtons: „Stellt heute nacht niemand außer Amerikanern auf Wache." Eine lange Reihe von Staaten gerieten in die Hand der „Amerikanischen Partei", wie sie sich nunmehr nannte. Schon schmeichelte sie sich allen Ernstes mit der Hoffnung, sogar bei der Präsidentenwahl von 1856 zu siegen. Indem sie am frühesten (Februar 1856) ihren Konvent hielt, stellte sie — bezeichnend für den Zusammenhang mit den gemäßigten Whigs — den Expräsidenten Fillmore als Kandidaten auf.

Indessen ein Teil ihrer Mitglieder aus dem Norden sprang ab, weil das Wahlprogramm den Sklavenhaltern zu sehr entgegenkam, und nominierte Oberst Frémont, der, ohne politisch hervorgetreten zu sein, durch seine Forschungsreisen im wilden Westen und seinen Anteil an der Eroberung Californiens nationalen Ruhm gewonnen hatte. Das gab den Republikanern eine Chance, die auszunutzen sie nicht lange zögerten. Ihr erster Nationalkonvent, der im Juni 1856 in Philadelphia tagte, machte sich, statt eine der Parteigrößen, Chase, Seward oder McLean, zu erheben, ohne viel Überlegen die aussichtsreiche Kandidatur des „Pfadfinders" zu eigen. Im übrigen beschloß er ein Wahlmanifest, das sich mit feierlichen Worten zu den Grundsätzen Washingtons und Jeffersons, der Unabhängigkeitserklärung und der Verfassung bekannte und dem Kongreß das Recht und die Pflicht zuwies, Sklaverei als Rest barbarischer Zeiten in allen Territorien zu verbieten. Eine entschiedenere Sprache ließ sich nicht denken. Hoffnungsvolle Stimmung und starke Begeisterung beherrschten die Versammlung, deren Mitglieder das sichere Gefühl hatten, daß ihnen die Zukunft gehöre. Nie hatte eine Partei glänzender debütiert.

Dem demokratischen Konvent in Cincinnati fehlte diese Zuversicht und Einigkeit. Pierce war den nördlichen Delegierten nicht mehr genehm: sie drohten für den Fall seiner Aufstellung mit Sezession. Von Douglas wieder wollte trotz der Kansasakte der Süden nichts wissen. So fiel die Mehrheit einem Kompromißkandidaten, James Buchanan, zu. Ausschlaggebend dabei war, daß Buchanan aus Pennsylvanien stammte, also am besten die sonst unsicheren Stimmen dieses vielleicht entscheidenden Staates

gewinnen konnte. Doch kam auch in Betracht, daß er, damals schon fünfundsechzig Jahre alt, in vielfachen Staatsdiensten als Parlamentarier, Minister, Diplomat den Ruf eines ruhigen, klaren, verbindlichen Mannes erworben hatte. An den jüngsten inneren Kämpfen war er, weil gerade Gesandter in London, nicht beteiligt gewesen. Daß er das Ostender Manifest unterzeichnet hatte, versöhnte den Süden mit seiner an sich nicht so ganz willkommenen Erhebung, ohne ihm bei der großen Masse der Demokraten des Nordens zu sehr zu schaden. Der Nation im ganzen mochte er sich durch seine vermittelnden Neigungen empfehlen.

Tatsächlich zeigten die Wahlen, daß auch viele Nichtdemokraten ihn als das kleinere Übel, als die geringere Gefahr für den Fortbestand der Union vorgezogen hatten. Er blieb mit 1 850 960 Volks- und 174 Elektoralstimmen glänzend Sieger. Die Republikaner brachten zwar auch eine beträchtliche Stimmenzahl auf: 1 334 553 und 114. Aber da noch 885 960 Volksstimmen für Fillmore abgegeben wurden, war das doch nur ein Drittel des Gesamtvotums, und nicht alle teilten den Optimismus Horace Greeleys, der prophezeite, daß dem Bunkershill des neuen Freiheitskampfes ein Saratoga und ein Yorktown folgen würden. Der neue Präsident konnte in seiner sonst sehr taktvollen und versöhnlichen Inaugurationsrede am 4. März 1857 mit deutlicher Beziehung auf die Republikaner die Hoffnung ausdrücken, daß die von dem Vater dieses Landes so sehr gefürchteten geographischen Parteien, die die Sklavenfrage habe erwachsen lassen, bald wieder ganz verschwinden würden.

Aber wenn er dabei auf eine bevorstehende Entscheidung des Obersten Bundesgericht hinwies, die den Streit beilegen würde, so sollte gerade diese den angeblich nicht mehr zu fürchtenden Republikanern zahlreiche neue Anhänger zuführen.

Ein Sklave aus Missouri, Dred Scott, führte seit 1847 einen Prozeß um seine Freiheit, indem er geltend machte, daß er mit seinem Herrn, einem Militärarzt, zwischen 1834 und 1838 erst in Illinois, dann im Gebiet von Minnesota gelebt habe, wo nach Staatsgesetz beziehungsweise nach dem Missourikompromiß von 1820 Sklaverei ausgeschlossen war. Die Sache lag schwierig, weil er doch 1838 zunächst ohne Protest in den Sklavenstaat Missouri zurückgekehrt war. Das Obergericht von Missouri stieß ein gün-

stiges Urteil unterer Instanz um. Dred Scott wurde darauf von seinen politischen Hintermännern vermocht, vor das Forum der Bundesjustiz zu gehen, und schließlich kam sein Fall vor das Oberste Bundesgericht. Dieses war im Lauf der Zeit fast ganz mit Demokraten besetzt worden, unter denen wieder die meisten aus den Südstaaten stammten. Insbesondere der greise Präsident, Roger B. Taney, übrigens ein guter Jurist und hochgebildeter, ernster, vornehmer Mann, lebte als Sohn einer alten katholischen Familie Marylands durchaus in den Anschauungen der Sklavenhalter. So ließ er sich jetzt bestimmen, die Gelegenheit zu einem großen Schlag gegen die Freibodenleute zu benutzen. Er entschied zunächst einmal, daß Dred Scott abzuweisen sei, weil ein Neger, auch ein freigelassener, nicht Bürger im Sinn der Verfassung sei, also das Bundesgericht überhaupt nicht in Anspruch nehmen könnte. Die Väter der Verfassung hätten die Schwarzen als durchaus untergeordnete Wesen betrachtet, deren Rechte der weiße Mann nicht zu beachten brauche. — Das hätte genügt und wäre gerade eine hinreichende Herausforderung des Nordens gewesen. Taney und der Mehrheit seiner Mitrichter aber kam es auf etwas Wichtigeres an. Der Fall ließ sich so konstruieren, daß er die Frage nach der Verfassungsmäßigkeit des Missourikompromisses einschloß. Taney erörterte diese also ausführlich und nahm dabei weit über Douglas hinaus die ganz radikalen Theorien Calhouns auf. Die Union habe nicht das Recht, die Sklaverei in irgendeinem der seit 1787 gewonnenen Territorien zu verbieten. Denn diese Territorien gehörten allen Staaten, und es dürften deshalb die Bürger keines Staates gehindert werden, mit ihrem Eigentum, wozu durchaus und in jedem Sinn auch Sklaven rechneten, dorthin zu übersiedeln. Selbst für die Squattersouveränität blieb danach kein Raum mehr.

Die Folge war, daß die Dred Scott-Entscheidung, mit der man die Republikaner treffen wollte, in viel höherem Maß für die Demokraten eine Verlegenheit wurde. Douglas gab seine alte Stellung nicht einfach preis. Er wußte, daß er dann einen großen Teil seiner Anhänger im Norden verlieren würde. Vielmehr erklärte er in einer Wahlrede in Freeport am 28. August 1858, was immer das Oberste Bundesgericht sage, praktisch habe es die Bevölkerung jedes Territoriums in der Hand, durch „unfreundliche Gesetzgebung“ die Sklaverei auszuschließen, weil diese sich nirgendwo

einen Tag oder eine Stunde halten könne, wenn sie nicht durch lokale Polizeivorschriften gestützt sei. Aber lag dann im Sinn der Dred Scott-Entscheidung der Bundesregierung nicht die Pflicht ob, für solche Polizeivorschriften zu sorgen? Die Sklavenhalter forderten es sogleich. Ein Sklavengesetzbuch für die Territorien wurde fortan ein Punkt ihres Programms. Der Zwiespalt zwischen den Demokraten des Nordens und des Südens tat sich nur bedrohlicher auf.

Auch die Ereignisse in Kansas hatten ihn inzwischen erweitert. Die freie Einwanderung dorthin war immer mehr angewachsen. Die Parteigänger der Sklaverei befanden sich längst in unverkennbarer Minderheit. Doch machten sie, von Washington aus beraten und unterstützt, Ende 1857 einen letzten verzweifelten Versuch, ihr Wirtschaftssystem gesetzlich festzulegen. Ein mit sehr zweifelhaftem Recht berufener Konvent in Lecompton, zu dem ihre Gegner überhaupt nicht mitgewählt hatten, beschloß eine entsprechende Verfassung und schrieb für die des Scheines wegen zugelassene Volksabstimmung darüber Formen vor, die die Freibodenpartei wieder außerstand setzten, daran teilzunehmen. Präsident Buchanan empfahl trotzdem, Kansas als Staat aufzunehmen. In der Presse des Nordens aber erhob sich ein Sturm, und im Kongreß wandte sich kein Geringerer als Douglas gegen die offenbare Fälschung des Grundgedankens seiner Kansasakte, wie sie das Minderheitswerk von Lecompton darstellte. Unter bitteren Worten hinüber und herüber trennten sich die Demokraten bei der Abstimmung. Obwohl sie in beiden Häusern die große Mehrheit hatten, wurde die sofortige Zulassung von Kansas als Sklavenstaat abgelehnt. Vielmehr beschloß man nach langen Verhandlungen, erst noch einmal dessen Volk über die Lecompton-Verfassung zu hören; und wenn man dabei manches vorkehrte, um ihm ein zustimmendes Votum zu entlocken: für den andern Fall sollte von Staatenrechten einstweilen überhaupt noch nicht die Rede sein, so verfingen die unwürdigen kleinen Mittel nicht. Das Plebiszit vom 3. August 1858 ergab nur 1 788 Stimmen dafür und 11 088 dagegen. Es litt keinen Zweifel mehr, daß Kansas, wie es dann am 29. Januar 1861 geschah, ein freier Staat werden würde.

Natürlich wuchsen über diesen Dingen Zuversicht und Kampfeslust der Republikaner, die durch die Niederlage von 1856 anfangs doch stark erschüttert worden waren. Einige erwogen zwar,

die Spaltung unter den Demokraten mehr schlau als groß in der Art auszunutzen, daß man mit Douglas paktierte. Horace Greeley soll sogar für 1860 eine Unterstützung von Douglas' Präsidentschaftskandidatur durch die Partei in Erwägung gezogen haben. Indessen diese Pläne wurden gleich in ihren ersten Anfängen vereitelt. Zunächst hätte es sich darum gehandelt, Douglas' gerade bevorstehender Wiederwahl zum Senator in Illinois keine Schwierigkeiten zu bereiten, und dazu waren die Parteiführer dort trotz aller guten Ratschläge nicht zu vermögen. Vielmehr stellten sie ihm einen der Ihren, Abraham Lincoln, gegenüber. Lincoln war damals noch in weitesten Kreisen unbekannt. Als er Douglas zu einem über den ganzen Staat hin an verschiedenen Orten fortzusetzenden Redetournier herausforderte, höhnte man über den Kampf zwischen dem „kleinen Riesen" und dem „großen Zwerg". Aber bald lauschte alle Welt in Amerika voll Spannung auf die Worte, die dabei fielen. „Das Schauspiel", sagt Karl Schurz, der es mit erlebte, „erinnerte an die alten Sagen, wo vor zwei in Schlachtordnung aufgestellten Heeren die wackersten Kämpen zwischen den Reihen still zuschauender Krieger im Zweikampf den Streit ausfochten." Noch nie hatte ein lokaler Wahlkampf solch allgemeines Interesse erregt. Sogar New Yorker Zeitungen brachten spaltenlange Berichte. Douglas hielt sich gut. Auch rettete er schließlich sein gefährdetes Mandat. Aber Lincoln trieb ihn doch mehrfach in die Enge, erzwang insbesondere jene für die demokratische Partei so unbequeme Erklärung von Freeport über die Dred Scott-Entscheidung und legte seinerseits mit so viel Klarheit und logischer Schärfe das republikanische Programm dar, daß er nicht nur sich selbst einen Namen machte, sondern der Partei den Rücken stärkte. Jedes Paktieren in der großen Grundfrage der Ausschließung der Sklaverei aus den Territorien lehnte er ab. All seine Reden durchzog wie ein roter Faden der Satz, mit dem er die Kandidatur übernommen hatte: „Ein Haus, das gegen sich selbst geteilt ist, kann nicht stehen*). Ich glaube, dies Staatswesen kann nicht dauern als halb sklavisch und halb frei. Ich erwarte

*) Die Worte sind Bibelzitat nach Matthäus 12, 25. Der Luthersche Text lautet: Und eine jegliche Stadt oder Haus, so es mit sich selbst uneins wird, mag nicht bestehen. Der englische: and every city or house divided against itself shall not stand.

nicht, daß die Union aufgelöst wird. Ich erwarte nicht, daß das Haus einfällt, aber ich erwarte, daß es aufhören wird, geteilt zu sein. Es wird ganz das eine oder das andere werden. Entweder werden die Gegner der Sklaverei ihre weitere Verbreitung aufhalten und ihr einen Platz anweisen, wo die öffentliche Meinung sich bei dem Glauben beruhigen darf, daß sie auf dem Weg zu schließlicher Auslöschung ist, oder ihre Anwälte werden sie vorwärts treiben, bis sie gleicherweise gesetzlich ist in allen Staaten, alten wie neuen, nördlichen wie südlichen."

Einige Wochen später dann sagte das anerkannte Haupt der Partei, Seward, in etwas anderer Form faktisch dasselbe. „Es handelt sich", erklärte er am 25. Oktober 1858 in Rochester, „um einen ununterdrückbaren Konflikt zwischen dauernden und entgegengesetzten Gewalten, und die Sache liegt so, daß die Vereinigten Staaten früher oder später entweder ganz eine sklavenhaltende Nation oder ganz eine Nation freier Arbeit werden müssen. Entweder werden die Baumwoll- und Reisfelder Südcarolinas und die Zuckerpflanzungen Louisianas schließlich von freier Arbeit bestellt und Charleston und New Orleans Märkte nur noch für legitime Ware werden oder die Gerstenfelder und Weizenfelder von Massachusetts und New York müssen von ihren Farmern wieder der Bebauung durch Sklaven und der Zucht von Sklaven überlassen und Boston und New York neuerdings Märkte werden für den Handel in Menschenleibern und Menschenseelen."

Solche Worte mußten um so größeres Aufsehen erregen, als Seward allgemein für den nächsten Präsidentschaftskandidaten der Republikaner galt. Schon vorher hatte man von südstaatlichen Politikern hören können, wenn 1860 ein Abolitionist, ein „schwarzer Republikaner", gewählt würde, bliebe nur die Sezession. Jetzt machte sich der führende Staatsmann der Baumwollstaaten, Jefferson Davis, mit großem Nachdruck die Drohung zu eigen. Vollends der geniale Agitator William L. Yancey, dessen Reden das jubelnde Entzücken jedes südlichen Publikums erregten, bemühte sich um die Bildung einer „Liga vereinter Südländer", die im richtigen Augenblick die von ihm seit einem Jahrzehnt für unerläßlich gehaltene Revolution bewirken sollte. Alle Schonung nordstaatlicher Empfindlichkeit hörte auf. Selbst jene äußerste Forderung der Freigabe des afrikanischen Sklavenhandels wurde

immer lauter und rücksichtsloser von den ernsthaftesten Leuten vertreten, während die Staatsbehörden unter der Hand ohnehin bereits die Negereinfuhr in ziemlichem Umfang geschehen ließen. Daneben blieben die Annexion Kubas und Eroberungen auf Kosten Mexikos und der mittelamerikanischen Republiken beliebte Themen, die auch der Präsident in verschiedenen Botschaften zustimmend erörterte. Im Sommer 1859 wurde ein eigener Geheimbund der Ritter vom goldenen Zirkel mit dem Ziel der Gewinnung neuen Sklavenlandes gegründet. Wichtiger für den Augenblick war, daß die geschäftlichen Beziehungen zum Norden sich minderten. Schon weil fortgesetzt keine loyale Durchführung des Sklavenfluchtgesetzes zu erreichen war, beschlossen viele Pflanzer, ihren Warenbedarf nicht mehr bei den Yankees, sondern in Europa zu decken, was dadurch erleichtert wurde, daß seit 1846 ein recht niedriger, 1857 für einige Positionen noch weiter ermäßigter Zolltarif in Kraft war. Mindestens wurden schwarze Listen aufgestellt von solchen Firmen, deren Leiter Republikaner waren. Auch nordstaatliche Zeitungen und Zeitschriften verfielen dem Boykott. Der Geist der Zwietracht fraß sich tiefer und tiefer ein.

Im Herbst 1859 dann erhielt er durch ein höchst außerordentliches Ereignis neue Nahrung. Am 17. Oktober wurde das Land durch die Nachricht erschreckt, daß in der Nacht zuvor der aus Kansas bekannte John Brown mit achtzehn Mann das Unionsarsenal von Harpers Ferry in Virginia weggenommen habe, um einen Sklavenaufstand zu erregen. Brown war ein unheimlicher Mensch. Am besten vielleicht trafen die sein Wesen, die ihn einen auferstandenen Cromwellianer nannten. Wie er von einem der Pilgerväter von 1620 abstammte, besaß er noch ganz die alttestamentliche, düster gefärbte Frömmigkeit der ersten Puritaner. Für das bürgerliche Leben eignete er sich wenig. Mit seiner zahlreichen Familie, die er übrigens wie ein Patriarch regierte, kam er aus geschäftlichen Schwierigkeiten nicht heraus. Sein unsteter Sinn ging auf Kampf im Dienst des Herrn, und zwar ersah er sich als Feind sehr früh die Sklaverei. Die Vorstellung, daß er die Aufgabe habe, diese „Summe aller Schändlichkeiten“ auszurotten, beherrschte ihn, je länger, desto mehr, mit dem Zwang eines Wahnes. Sie ließ ihn, obwohl er sonst ein Mann von Herz war, in Kansas ohne Bedenken und Reue wahre Schandtaten des Raubes und Mordes be-

gehen. Auf seinen Kopf wurde ein Preis gesetzt. Aber er blieb in Freiheit und fand, da eine eigentümliche Gewalt von seiner geschlossenen Persönlichkeit ausging, fortgesetzt angesehene und vermögende Gönner in New York und Neuengland. Die gaben ihm auch das nötige Geld, als er 1858 den Plan entwickelte, seine Operationen in die alten Sklavenstaaten zu verlegen, um zunächst einmal in Virginia und dann in allmählicher Folge weiter die Sklavenbefreiung zu erzwingen. Alle Einwendungen schlug er mit dem Wort nieder: „Ist Gott für mich, wer mag wider mich sein?" Schon sah er sich an der Spitze eines gewaltigen Heeres und entwarf eine sehr merkwürdige provisorische Verfassung, um das eroberte Land in Ordnung zu halten. Im Juli 1859 mietete er unter falschem Namen eine Farm in der Nähe von Harpers Ferry und häufte dort einen ansehnlichen Waffenvorrat auf: 200 Gewehre, 200 Pistolen und 950 Piken, mit denen die Sklaven ausgerüstet werden sollten. Genossen allerdings hatte er um so weniger. Nur dreizehn Weiße und fünf Farbige begleiteten ihn, als er in der Nacht von Sonntag, dem 16. Oktober, zum Angriff schritt. Das Arsenal und die Ortschaft wurden leicht besetzt und eine Reihe angesehener Männer, darunter ein Urenkel Washingtons, als Geiseln aufgebracht. Aber Sklaven stellten sich keine. Ohne von irgendwelcher Seite Hilfe zu erhalten, sah sich der alte Fanatiker von einer stündlich anwachsenden Menge Miliz umzingelt, zu der schließlich auch reguläre Truppen unter Oberst Lee kamen. Schon am Dienstag Morgen (18. Oktober) war alles aus. Seine zwei Söhne und die Mehrzahl seiner Begleiter lagen tot. Er selbst, auch schwer verwundet, wurde gefangengenommen. Natürlich machte man ihm den Prozeß. Das Gericht, nach würdiger Verhandlung, verurteilte ihn zum Tod; und am 2. Dezember fand unter Aufbietung eines militärischen Apparates, der die Kritik herausforderte, in Charlestown (Virginia) die Hinrichtung wirklich statt. Browns Haltung war ruhig, fast heiter. All seine Äußerungen zeigten das triumphierende Bewußtsein, daß seine „Ermordung" der großen Sache mehr nützen würde, als die gelungene Tat es gekonnt hätte.

Auch täuschte er sich darin nicht. Wenn schon die Führer der republikanischen Partei sich alle Mühe gaben, ihn von ihren Rockschößen abzuschütteln, der großen Masse der Sklavereigegner galt

er als Held und Märtyrer. Wie gewöhnlich in politisch aufgeregten Zeiten zeigte sich eine Verdunkelung der sittlichen Begriffe. Man sah nicht das Verbrecherische des Anschlags, sondern nur das anscheinend Edle der Beweggründe und warf den virginischen Behörden Grausamkeit vor, während sie doch nichts getan hatten, als die gerechte Strafe an einem Mann zu vollstrecken, der den Tod zahlreicher unschuldiger Menschen veranlaßt — ihrer fünf waren bei Harpers Ferry umgekommen — und den Süden mit der gefürchtetsten aller Gefahren bedroht hatte. Am Tag der Hinrichtung fanden auf und ab in den Städten des Nordens Protestversammlungen oder gar Trauergottesdienste statt. Selbst edelste Geister, Whittier, Longfellow, Thoreau, Franz Lieber, bezeugten ihre Teilnahme. Emerson benutzte die Gelegenheit einer Rede über den „Mut", um vor dem „neuen Heiligen" den Hut zu ziehen, „so rein und tapfer, wie nur je einer durch Menschenliebe in Kampf und Tod getrieben worden ist". Andere verglichen ihn sogar mit dem Heiland im Stil des verstiegenen Wortes von Victor Hugo: Pro Christo sicut Christus. Und all das war keine vorübergehende Aufwallung. Der Gedanke, daß John Brown gemordet sei und gerächt werden müsse, blieb in weiten Kreisen lebendig. Als dann der große Kampf um die Sklaverei wirklich heraufzog, konnte das grimme Kriegslied vom alten John Brown, dessen Leib modernd im Grabe läge, aber dessen Geist voranmarschierte, immer aufs neue Tausende und aber Tausende von Unionsstreitern zu Schlacht und Sieg begeistern.

Im Süden wurde der schreckhafte Eindruck, den die Tat von Harpers Ferry gemacht hatte, durch die Haltung der öffentlichen Meinung in den freien Staaten noch mächtig verstärkt. Man beschuldigte ganz offen die republikanische Partei einer nicht bloß moralischen Mitschuld. Bis in den Kongreß hinein wurde die Anklage erhoben. Der Senat setzte eine eigene Untersuchungskommission nieder. Überhaupt war die Session von 1859/60 die stürmischste, die das Kapitol von Washington noch gesehen hatte; denn auch die Tatsache, daß nicht weniger als achtundsechzig republikanische Abgeordnete das aufreizende Buch eines Armen Weißen über die Zustände in den Sklavenstaaten, Helpers „Drohende Krisis des Südens" (Impending crisis of the South), in einem eigenen Rundschreiben empfohlen hatten, gab Anlaß zu leiden-

schaftlich bewegten Debatten. Es dauerte zwei Monate, ehe die Sprecherwahl zustande kam. Die gröbsten Beleidigungen flogen hinüber und herüber. Viele Abgeordnete versagten sich gegenseitig den Gruß. Fast alle hatten Waffen, Pistolen und Jagdmesser, bei sich, um für den Fall von Tätlichkeiten gerüstet zu sein. Ein für seine Person höchst friedliebender Senator des Südens, Hammond, klagte: „Wenn der Angriff auf den Sklavenhalter nicht aufhört, kann keine Macht der Erde einen blutigen Kampf hier und das Auseinanderbrechen der Union verhindern.“ Und der alte General Scott meinte traurig, der Zustand des Landes raube ihm fast den Schlaf.

Inzwischen nahte der unheilschwangere Moment der Präsidentenwahl heran. Die Vorbereitungen begannen sehr früh. Schon auf den 23. April 1860 hatten die Demokraten ihren Nationalkonvent angesetzt. Damit erschienen sie als die ersten auf dem Plan, und ohnehin war klar, daß bei ihnen die eigentliche Entscheidung liegen würde. Gelang es ihnen, für den Wahlkampf ihre auseinandergeratenen Reihen wieder zu schließen, so war ein republikanischer Sieg mit all seinen angedrohten Konsequenzen sehr unwahrscheinlich; denn trotz mancher Erfolge hatten die Republikaner bisher weder im Senat noch im Repräsentantenhaus eine Mehrheit erlangt. Leider aber standen die Aussichten für eine Versöhnung an sich nicht gut — noch eben hatte sich im Senat der Gegensatz zwischen Douglas und Jefferson Davis in voller Schärfe herausgestellt —, und nun kam als erschwerender Umstand hinzu, daß man zum Ort der Tagung Charleston, die alte Hochburg des Sezessionsgedankens, gewählt hatte. Gerade hier, wo alle Einflüsse der Umgebung ihnen den Rücken stärkten, mochten die südlichen Delegierten sich nicht einen ihnen nicht genehmen Mann aufdrängen lassen. Als eine Mehrheit für den Programmentwurf ihrer nördlichen Parteigenossen entschied, der die Aufstellung von Douglas ermöglichen sollte, nahmen das die Abgeordneten von Alabama, Mississippi, Louisiana, Südcarolina, Florida, Texas und Arkansas zum Vorwand, um, ehe noch die Personenfrage direkt erörtert worden war, wahrscheinlich doch voreilig die Versammlung unter Protest zu verlassen (30. April). Nächsten Tages folgten noch die Georgier. Ein neuer Konvent, der auf den 18. Juni nach Baltimore einberufen wurde, verschlimmerte dann nur die Lage,

indem nun auch die meisten Delegierten von Virginia, Nordcarolina, Tennessee, Kentucky und Maryland austraten. Die Zurückgebliebenen nominierten Stephen Douglas. Der Süden einigte sich auf Breckinridge aus Kentucky, der bisher Vizepräsident gewesen war.

Keiner von beiden hatte die geringste Hoffnung, eine absolute Mehrheit von Wahlmännern zu gewinnen. Die einzige günstige Möglichkeit vom demokratischen Standpunkt war vielmehr, daß überhaupt keine absolute Mehrheit zustande kam und die Entscheidung also wie 1825 dem Repräsentantenhaus zufiel; hatten doch auch die Reste der alten Whigs und der Knownothings, jetzt unter dem Namen einer konstitutionellen Unionspartei und mit dem Programm von Frieden und Einigkeit, Anfang Mai in Baltimore einen eigenen Kandidaten, Bell aus Tennessee, nominiert, dem sicher manch guter Patriot alter Schule und manch ängstlicher Geschäftsmann seine Stimme gab.

Die Republikaner waren ebenfalls im Mai (16.), aber in Chicago zusammengekommen, das so zum erstenmal, wie seitdem häufig, die Ehre genoß, Sitz eines Nationalkonvents zu sein. Alle Welt erwartete, daß Seward proklamiert werden würde. Aber einige hatten Bedenken, weil er, obwohl persönlich untadelhaft, durch seinen Anhang zu tief in die korrupte Staatspolitik von New York verflochten sei; und andere, in größerer Zahl, fürchteten, die vielzitierten Äußerungen vom ununterdrückbaren Konflikt oder gar vom höheren Gesetz (vgl. S. 10 u. 29) würden seiner Wahl in den zweifelhaften Staaten des Nordens, Indiana, Illinois, New Jersey und Pennsylvania, im Wege stehen, die 1856 sich noch nicht hatten gewinnen lassen. So wurden doch ernsthafte Mitbewerber genannt, zwar nicht Chase, der sich zu unrecht Hoffnung machte, aber der Missourier Bates und Abraham Lincoln. Lincolns Kandidatur war die außerordentlichste, die Amerika noch gesehen hatte. Er hatte noch nie ein Bundesamt und nur ein einziges Mal ein Mandat zum Kongreß inne gehabt. Auch militärischer Heldentaten konnte er sich nur insoweit rühmen, als er als junger Mann in den Indianerkrieg gegen Black Hawk mitgezogen war. Dazu war er von geringer Herkunft und ohne Manieren. Sein Ruf beruhte durchaus nur auf jenem Redetournier mit Douglas und einigen weiteren Reden, die er danach in den Küsten-

staaten gehalten hatte. Anderswo deshalb als in Chicago wäre die Partei kaum auf ihn verfallen. Hier aber zeigte sich der Einfluß der Örtlichkeit mit ähnlich welthistorischer Wirkung wie auf dem demokratischen Konvent in Charleston. Weil doch die ganze Umwelt ohne Tradition und Kultur und trotzdem voll glücklichsten Lebens war, wurde an sich der Entschluß leichter, es mit einem begabten Neuling zu versuchen. Dazu konnte die große Popularität zu voller Geltung kommen, die der ehrliche Abraham (honest Abe) unter seinen engeren Landsleuten erworben hatte. An Zahl und Lungenkraft übertrafen seine Anhänger noch die von Thurlow Weed glänzend eingedrillten Bataillone Sewards. Die riesige Holzhalle des Wigwams, wo vor Tausenden von Zuschauern die Delegierten berieten, erzitterte minutenlang von ihren Hochrufen, und bei der Psychologie solcher Massenversammlungen ist sicher, daß dadurch viele gewonnen wurden. Allerdings auch Intrigen spielten hinein. Der Vertreter von Lincolns Interesse, David Davis, nahm keinen Anstand, den schwankenden Abordnungen von Pennsylvania und Indiana auf eigene Hand Ministerportefeuilles für ihre leitenden Männer in Aussicht zu stellen. So konnte Lincoln, wenn er beim ersten Wahlgang mit 102 Stimmen weit hinter Sewards 173½ zurückblieb, schon beim zweiten aufrücken und beim dritten die Führung übernehmen, bis schließlich seine Kandidatur einstimmig verkündet wurde (18. Mai).

Das Volk von Chicago begrüßte das Resultat mit einem Jubel, der selbst den Donner der Kanonen vom Dach des Wigwams noch übertönte. Von den Politikern war anfangs mancher bedenklich. Die Preisgabe des anerkannten Parteiführers zugunsten eines unerprobten kleinen Volksmannes schien unrecht und unklug. Aber indem Seward selbst unter vorbildlicher Zurückdrängung seiner persönlichen Gefühle sich mit Eifer in die Agitation warf, kam diese bald überall in glücklichsten Zug. „Der ganze Norden", schreibt Karl Schurz, „schien in Bewegung zu geraten. Besonders in den kleineren Städten und in den Landdistrikten hatte es den Anschein, als ob niemand viel anderes zu tun habe, als Versammlungen beizuwohnen, Reden anzuhören, in Paraden mitzumarschieren und nach Dunkelwerden Fackeln zu tragen." Im Mittelpunkt der meisten Reden und Schriften stand dabei die Sklavenfrage. Wieder Schurz, damals der Tätigsten einer, urteilt: „Ich

glaube, es kann ohne Übertreibung gesagt werden, daß es niemals in der Geschichte dieser Republik eine politische Bewegung gegeben hat, in welcher das rein moralische Motiv so stark — ja so vorherrschend und entscheidend war." Immerhin kam der Partei auch das zugut, daß sie der seit 1846 wenig geschützten und infolge einer großen Wirtschaftskrisis von 1857 schwer darniederliegenden Industrie höhere Zölle versprach. Pennsylvanien wenigstens wurde allererst dadurch gewonnen; und da sich der Sieg hier wie gewöhnlich schon bei der Gouverneurswahl Anfang Oktober herausstellte, wirkte er wieder auf alle jene Elemente in den anderen Staaten, die ohne eigene Überzeugung den Wunsch hatten, auf der gewinnenden Seite zu sein. Trotzdem erhielt Lincoln am 6. November nur eine sehr relative Mehrheit von Volksstimmen. Seinen 1 857 610 standen 1 291 574 für Douglas, 850 082 für Breckinridge und 646 124 für Bell, insgesamt also 2 787 780 Stimmen gegenüber, wobei noch zu bedenken ist, daß in Südcarolina, das natürlich für Breckinridge votierte, noch immer keine Volksabstimmung stattfand. Aber weil doch seine Wählermassen fast ausschließlich im Norden konzentriert waren, hatten sie ausgereicht, um ihm dort mit einziger Ausnahme des geteilten New Jersey sämtliche Staaten und dadurch eine allerdings absolute Mehrheit von Wahlmännern: 180 zu sichern. Douglas hatte allein Missouri mit 12, Bell Kentucky, Tennessee, Virginia und halb New Jersey mit 39, Breckinridge alle übrigen Südstaaten mit 72 Stimmen erobert.

Der erste Siegesrausch der Republikaner war stark. Als eine Erlösung, als der Triumph der Freiheit wurde das Ergebnis gefeiert. Die Drohungen des Südens hatte man während des Wahlkampfes überwiegend nur verhöhnt. Auch jetzt noch beunruhigten sie wenig. Allzu oft waren sie in den letzten elf Jahren gehört worden. Aber stand nicht diesmal vielleicht doch ernster Entschluß dahinter? Würde das „erlöste" Land nicht, ehe es allerdings zur „Freiheit" kam, durch eine der furchtbarsten Katastrophen der Weltgeschichte hindurch müssen? Wenige Tage und Wochen schon sollten die Antwort geben.

Zwölftes Kapitel

Der Bürgerkrieg

Die Geschichte kennt viele Kriege, bei denen der Entschluß zur Schilderhebung nur dem Gefühl des Bedrohtseins entsprang. Der amerikanische Bürgerkrieg ist einer davon. Er erschien äußerlich als die freie, frevelhafte Tat der Südstaaten. Diese aber meinten vielmehr, durch die Entwicklung des Nordens gezwungen zu sein und nach jeder Hinsicht nur in Abwehr zu handeln.

Als der Bund begründet wurde, waren Norden und Süden an Macht ziemlich gleich gewesen, und wenn die Verschiedenheit des Klimas, der Wirtschaftsverfassung, der Zusammensetzung der Bevölkerung freilich einen gewissen Gegensatz bedingte, so hinderte doch schon die Einfachheit aller Verhältnisse, daß er sich allzu scharf herausstellte. In den Mittelstaaten konnte er sich geradezu ausgleichen.

Der Aufschwung seitdem hatte das in steigendem Maß geändert. Der Norden nahm voll teil an der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung, die die alte Welt im neunzehnten Jahrhundert mit so großer Schnelligkeit umgestaltete, ja ging ihr in manchen Punkten noch voran. Die vollständigste Demokratie stellte sich her. Die Industrialisierung machte Fortschritte. Großstädte entstanden, Kapitalien häuften sich auf. Namentlich in den fünfziger Jahren wurde das Tempo rasend. Die Entdeckung des californischen Goldes erzeugte ein förmliches Gründungsfieber. Das Land bedeckte sich mit Eisenbahnen, deren es 1860 fünfmal soviel gab wie vor 1848, und sie wieder wurden Wünschelruten, um Schätze aus dem Boden zu locken. Eine beispiellose Einwanderung sorgte für Menschen. Wo im Nordwesten vor kurzem noch Prärie gewesen war, kamen gleichsam über Nacht volkreiche Gemeinwesen

auf. Wisconsin, das 1840 30 945, 1850 305 391 Einwohner gehabt hatte, zählte 1860 775 881, Minnesota wuchs in dem einen Jahrzehnt von 1850 bis 1860 von 6 077 auf 172 023.

Dem Süden ging es, absolut betrachtet, derweilen auch nicht schlecht. Die stets lebhaftere Nachfrage nach Baumwolle brachte schweres Geld in die Taschen seiner Pflanzer. Sie konnten immer neues Land in Anbau nehmen; und die Ausdehnung nach Westen hielt lange mit der der freien Staaten Schritt. Der Zulassung von Michigan (1837) und Jowa (1846) entsprach die von Arkansas (1836) und Texas (1845). Auch Florida wuchs sich zum Staat aus (1845). Danach aber blieb man schon rein äußerlich zurück, weil sich das Sklavenheer nicht genügend vermehrte, um dem Zustrom europäischer Arbeiter im Norden die Wage zu halten, und eine weiße Einwanderung durch das Bestehen der Sklaverei beschränkt war. Vollends die Intensität der Wirtschaft war weit geringer. Industrie gab es besonders in den eigentlichen Baumwollstaaten fast gar nicht. Neger in Fabriken zu beschäftigen, erschien unlohnend vom Standpunkt des Gewinns und gefährlich vom Standpunkt der Disziplin. Die Pflanzer entmutigten geradezu Versuche dieser Art. In Charleston durfte lange keine Dampfmaschine aufgestellt werden. Die Zustände behielten überwiegend einen rein agrarischen Zuschnitt. Wer vom Norden in den Süden reiste, hatte wohl das Gefühl, um ein Jahrhundert zurückversetzt zu werden: so wenig war man gegen die Kolonialzeit vorgeschritten. Das Eisenbahnnetz war ungenügend entwickelt und wurde schlecht betrieben. Kanäle fehlten ganz, die Flußläufe waren nicht reguliert, die Wege in der schlechten Jahreszeit oft unpassierbar. Nicht viel mehr als ein halbes Dutzend Orte erhoben sich über das Niveau einer Landstadt. Wirkliche Großstädte waren darunter nur New Orleans, Louisville und St. Louis, von denen wieder mindestens das letzte mehr dem Westen zugerechnet werden mußte. Charleston, das im achtzehnten Jahrhundert mit New York und Boston hatte wetteifern können, kam, wennschon immer noch eine Stätte erlesensten Luxus, nicht über 40 000 Einwohner hinaus. Unternehmungslustige Elemente wanderten mehr und mehr nach dem Norden ab. Auch Kapital, das im Süden erworben war, suchte gern im Norden vorteilhaftere Anlage. Und wie das Geschäft, stockte das geistige Leben. Der Süden hatte den Den-

kern und Dichtern New Yorks und Neuenglands beschämend wenig gegenüberzustellen. Das Schulwesen lag darnieder. Besonders für Volksschulen wurde wenig getan. Ein Zehntel der weißen Bevölkerung konnte überhaupt nicht lesen oder schreiben, und ein großer Teil der andern machte so gut wie keinen Gebrauch von den schlecht erlernten Künsten. Zeitungen, Zeitschriften, Bücher wurden weit weniger begehrt. 1850 gab es im Süden nur 24 Verlagsbuchhändler gegen 321 im Norden. Natürlich beklagten das manche Südländer selbst. Unter Ärzten, Lehrern, Anwälten, vor allem Kaufleuten, zeigte sich vielfach eine gewisse Opposition gegen die großen Sklavenhalter, die die Entwicklung des Landes zurückhielten und durch ihren Hochmut persönlich verletzten. Man mag an die Eifersucht des Bürgertums auf das Junkertum in den östlichen Provinzen Preußens erinnern. Auch von den Armen Weißen murrte mancher. Ein Buch wie Helpers „Drohende Krisis" (vgl. S. 32) traf schon hier und da auf verwandte Stimmungen. Der herrschenden Klasse aber waren die Zustände an sich recht. Was die Pflanzer vom Norden und seiner unruhigen Geschäftigkeit wußten, reizte sie gar nicht zur Nachahmung. Auf ihren stattlichen Landsitzen, an der Seite schöner und graziöser Frauen, von Sklaven und abhängigen Weißen mit der gleichen Ehrfurcht bestaunt, selbst oft hochgebildet und fast immer von guten Formen, liebten sie, sich dem englischen Adel zu vergleichen, und hatten die Befriedigung, daß auch die alte Welt sie als Aristokratie anerkannte. Der geldmachende Yankee erschien ihnen durchaus als ein untergeordnetes Wesen, auf das sie herabsahen, wie der Ritter auf den Pfeffersack. Gern legten sie dar, daß er von den sächsischen Bauern und Kleinbürgern Englands oder dem Abhub des kontinentalen Europa herstamme, während sie den eigenen Ursprung — meist mit sehr zweifelhaftem Recht — auf die stolzen normannischen Barone zurückführten. Ihre ganze Kultur, obwohl wesentlich doch nur abgeleitet, galt ihnen für überlegen. Man konnte nicht selten die Nordländer als Barbaren bezeichnen hören.

Dabei kam noch ein sehr wichtiges Moment in Betracht. Soweit Männer der beiden Sektionen persönliche Fühlung miteinander nahmen, geschah es überwiegend in der Politik: auf Nationalkonventen, in Bundesbehörden, im Kongreß, und der nordstaatliche Politiker stand im Durchschnitt wirklich recht weit unter dem

südstaatlichen. Im Süden war die Arbeit für den Staat immer noch eine der vornehmsten Aufgaben des Gentleman. Ämter und Mandate vererbten sich einigermaßen in den großen Familien. Im Norden dagegen hatte die Demokratie schon vielfach die besseren Elemente zurückgeschreckt. Geschäftspolitiker, die alles mit Geld und für Geld machten, Leute ohne Moral oder Erziehung oder ohne beides drängten sich vor. Auch war ein ewiges Kommen und Gehen. Die Wählerschaften liebten es, ihre Vertreter zu wechseln, damit möglichst viele an die Staatskrippe gelangten. Das gab den Südländern, die meist durch lange Wahlperioden blieben, neben jenem Gefühl der Überlegenheit dann zugleich ein sehr erhebliches tatsächliches Übergewicht. Es zeigte sich durchaus die Herrscherbegabung alter Aristokratien, die ihre politische Vormacht festzuhalten verstehen, lange über den Augenblick hinaus, wo die wirtschaftlichen Vorbedingungen dafür verschwunden sind. Bis 1850 hatte eigentlich der Süden die Union regiert. Damals berechnete Webster, daß drei Viertel aller höheren Bundesämter in seinen Händen seien, und sicher war nur während dreier Amtszeiten unter fünfzehn ein Präsident aus dem Norden am Ruder gewesen.

Seitdem aber glitt die Führung sichtlich nach der andern Seite hinüber. Es war notwendig geworden, 1852 und 1856 einen Nordländer zum Präsidenten zu machen. Auch eben 1860 hatte nicht einmal die Mehrheit der Demokraten den Anspruch des Südens anerkannt. Der Norden begann offenbar seiner Macht bewußt zu werden, und diese Macht war bedrohlich. Seine Bevölkerung überstieg mit neunzehn Millionen die des Südens von zwölf um drei Fünftel, wobei noch zu bedenken war, daß von den zwölf Millionen nur acht Millionen Weiße waren. Entsprechend hatte er im Repräsentantenhaus 147 gegen 90 Abgeordnete, und im Senat war das erst so sorglich behütete Gleichgewicht nach der Zulassung von Californien als Freistaat nicht mehr herzustellen gewesen. Vielmehr hatten noch Minnesota (1858) und Oregon (1859) Staatenrechte erlangt, so daß 36 Senatoren auf den Norden, nur 30 auf den Süden kamen und die Zahlen der Präsidentenwähler 183 und 120 waren. Dabei stand die Aufnahme eines neuen Freistaates, Kansas, unmittelbar bevor.

Aussichten, die eigene Position demgegenüber zu verbessern, hatte man nicht. Die letzte Wahl lehrte, daß der Norden jeder Aus-

dehnung der Sklaverei widerstrebte. Selbst Eroberungen in Mexiko oder Kuba würden also, wenn sie sich überhaupt durchsetzen ließen, dem Süden ebensowenig Vorteil bringen wie der Krieg von 1846/48, mit dem er schließlich nur die Geschäfte des Nordens besorgt hatte. Die Sklavenstaaten konnten aus der Minorität nicht mehr herauskommen, und würden sie trotzdem in ihren Rechten geschützt werden? Der Süden hatte von jeher den Argwohn gehabt, daß der Norden die Bundesverfassung benutzen wolle, um ihm Gewalt anzutun. Zuerst Jefferson und Madison hatten mit den Kentucky- und Virginia-Resolutionen Alarm geschlagen, damals in Abwehr der freiheitsfeindlichen Gesetzgebung der Föderalisten. Dann hatte Calhoun die Nullifikationsbewegung in Fluß gebracht, damit das Pflanzerinteresse nicht der Industrie des Nordens geopfert würde. Inzwischen war die Sklavenfrage in den Mittelpunkt der Erörterung getreten. Die öffentliche Meinung des Nordens griff die Grundlage des südlichen Wirtschaftssystems mit jedem Jahr schonungsloser an. Sklavenhalten sollte die Sünde der Sünden sein. Selbst leitende Männer, wie Seward und der erwählte Präsident, machten kein Hehl mehr aus dem Wunsch, das Ärgernis verschwinden zu sehen. Dabei versicherten sie freilich, nur die natürliche Entwicklung, keinen gesetzgeberischen Eingriff im Auge zu haben. Der Bund könne und dürfe nichts gegen den Fortbestand der „besonderen Einrichtung" in den Einzelstaaten unternehmen. Aber schon wurde die Möglichkeit erörtert, den Sklavenhandel von einem Staat zum andern zu verbieten, was zugleich für die Sklavenzüchter in den Grenz- wie für die Pflanzer in den Golfstaaten ein vernichtender Schlag gewesen wäre. Das Recht des Herrn an seinem entlaufenen Sklaven fand nicht mehr den verfassungsmäßigen Schutz, da eine Reihe von Einzelstaaten das Sklavenfluchtgesetz faktisch außer Kraft setzten, und der Ausschluß der Sklavenhalter aus allem neuen Bundesland bildete geradezu den vornehmsten Programmpunkt der Partei, der die Mehrheit der nördlichen Wähler ihre Stimmen gegeben hatte.

Das war vom Standpunkt der Südstaatler ein offenbarer Mangel an bundesfreundlicher Gesinnung, ein Verstoß gegen Geist und Buchstaben der Bundesverfassung, die auf einem Ausgleich der gegenseitigen Interessen beruhte. Sie hingen gewiß auch an der alten Fahne der Sterne und Streifen und den mancherlei ruhm-

vollen Erinnerungen der gemeinsamen Geschichte. Aber von jeher und namentlich, seit Calhoun seine große dialektische Begabung in den Dienst der These gestellt hatte, hatte ihnen die Union doch als ein bloßer Vertrag zwischen souveränen Staaten gegolten, von dem diese zurücktreten durften, wenn sie ihn für verletzt hielten. Weder das äußere noch das innere Recht schien im Weg zu stehen, daß sie sich rechtzeitig von ungroßmütigen Genossen löſten, die sie sonst politisch knechteten und wirtschaftlich ausbeuteten; denn auch die alte Tarifbeschwerde drohte wieder aufzuleben.

Vielleicht genügte es überdies, Ernst nur zu zeigen, damit der Norden einlenkte. Die allgemeine Meinung war, daß er den Süden nötiger brauche als dieser ihn. Schon 1853 hatte einer der angesehensten südlichen Publizisten, de Bow, auseinandergesetzt: „Der Norden und Europa ebenfalls sind in der Macht der Baumwollpflanzer des Südens ... Wenn wir den Nordstaaten den südlichen Handel abschnitten, würden wir ihre Kaufleute und Fabrikanten zugrunde richten, einen Bankzusammenbruch und eine Geldkrisis hervorrufen, die ihre Phantasie sich kaum ausmalen kann.“ Seitdem hatte die Wirtschaftskrisis von 1857 diese Auffassung noch bestärkt, insofern damals im Norden und Westen eine Unternehmung nach der andern verkracht war und nur die gute Baumwollernte des Südens im nächsten Jahr eine Besserung ermöglicht zu haben schien. Deshalb meinte jetzt (1860) Senator Hammond aus Südcarolina, der nicht einmal zu den Heißspornen gehörte: „Ich habe den festen Glauben, daß der sklavenhaltende Süden die gebietende Macht der Erde ist, daß niemand uns als Feind entgegentreten wird. Es mag bei uns einige Zeit Unruhe geben, aber Baumwolle, Reis, Tabak und Schiffsbaumaterial beherrschen die Welt, und wir haben Verstand genug und sind Teutonen genug, um erfolgreich durchzuhalten. Der Norden ohne uns würde ein mutterloses Kalb sein, das herumblökt und an Räude und Hunger stirbt.“

Wenn aber der Bluff doch versagen und Kampf nötig werden sollte, so fürchtete der Durchschnittspflanzer auch den nicht. Er schwor darauf, daß der Südländer es mit drei Yankees aufnehmen könne. Selbst Jefferson Davis soll sich in öffentlicher Rede gerühmt haben, er wolle, wenn es zum Krieg käme, alles Blut austrinken, das südlich der Mason- und Dixonslinie etwa vergossen würde. Nur war es offenbar nicht geraten, zu lange zu warten.

Jedes Jahr vergrößerte das Übergewicht des Nordens. Schon jetzt hatte man schlechtere Bedingungen, als sie 1850 gewesen wären.

Ohne die letzte Erwägung hätte nichts gezwungen, gleich 1860 loszuschlagen; denn die Wahl Lincolns war nur ein Sturmzeichen, noch keine unmittelbare Bedrohung. Der neue Präsident hatte weder im Volk noch im Repräsentantenhaus noch im Senat eine Mehrheit. Selbst wenn er wollte, würde er gar nicht in der Lage sein, eine Abolitionistenpolitik zu treiben. Nicht einmal die Ausschließung der Sklaverei aus den Territorien war angesichts der Haltung des Obersten Bundesgerichts möglich. Die Amtszeit des Republikaners verlief wahrscheinlich in unfruchtbaren Konflikten, und nach ihrem Ende konnte wieder ein Demokrat ins Weiße Haus einziehen.

Natürlich fehlte es nicht an Leuten, die diese Gründe geltend machten. Aber zunächst einmal in Südcarolina nahm ihnen die Aktionspartei das Recht über den Kopf. Der Gouverneur dort hatte den zum Zweck der Präsidentenwahl versammelten Landtag eigens zusammenbehalten, damit er für den Fall des republikanischen Sieges ungesäumt einen Konvent zur Erörterung der Beziehungen zwischen dem Staat und der Union beriefe. Als dann die Nachrichten über Lincolns Wahl einliefen, wurde der entscheidende Beschluß alsbald (10. November) wirklich gefaßt. Der Stadt Charleston und des ganzen Staates bemächtigte sich revolutionäre Erregung. Miliz und Freiwillige traten unter Waffen. Fahnen mit der Zwergpalme und dem Einzelstern lösten die Sterne und Streifen ab. Freiheitsbäume wurden errichtet, und überall erklangen die Weisen der Marseillaise, die auf den Kampf zur Erhaltung der Sklaverei freilich schlecht genug paßte. Widerstand wagte sich kaum hervor. Der Konvent, der am 17. Dezember seine Sitzungen begann, nahm am 20. bereits einstimmig unter Glockengeläut, Kanonenschüssen und ungeheurem Volksjubel eine Sezessionsordonnanz an, durch die der Akt über den Beitritt zum Bunde vom 23. Mai 1788 feierlich rückgängig gemacht wurde. Inzwischen hatten, bis auf Texas, wo Samuel Houston als Gouverneur es einstweilen noch verhinderte, auch die anderen Baumwollstaaten, Georgia, Florida, Alabama, Louisiana, Mississippi, Konventswahlen ausgeschrieben, und wenn die Stimmung hier geteilter war, wenn eine nicht geringe Zahl von Unionsfreunden widersprach,

so stand doch von vornherein zu fürchten, daß sie dem Beispiel der Schwesterrepublik bis zum verhängnisvollen Ende folgen würden.

Nur raschestes und geschicktestes Handeln auf der Gegenseite hätte das Feuer allenfalls noch ersticken können. Dafür aber fehlten alle Vorbedingungen. Die öffentliche Meinung im Norden war vollkommen uneins und unklar. Man hatte sich in Sicherheit hineingeredet und wurde deshalb von der Gefahr im ersten Augenblick einigermaßen überwältigt. An der New Yorker Börse gab es wiederholt Paniken. Die Banken zogen ihre Außenstände ein und wechselten vielfach ihre Noten nicht mehr gegen Gold um. Die Kurse wichen, und die Geschäfte stockten. Nicht wenige, die für Lincoln gestimmt hatten, bedauerten auf einmal das unselige Votum. Bei verschiedenen Gemeindewahlen in Neuengland zeigte sich ein auffallender Rückgang der republikanischen Stimmen. Wenn einige freilich verlangten, man solle es machen wie Jackson 1832/33 und Gewalt androhen, so sagten sich die meisten doch, daß die Lage unvergleichlich ernster sei als damals, und bebten vor der Möglichkeit eines Bürgerkrieges zurück. Selbst Horace Greeley, bis dahin einer der lautesten Rufer im Streit, riet jetzt, die irrenden Schwestern in Frieden ziehen zu lassen. Andere empfahlen Zugeständnisse und Versöhnung. Überall wurden in diesem Sinn sogenannte Unionmeetings (Einigkeitsversammlungen) veranstaltet. Hinsichtlich der Rechtsfrage konnten Zweifel sein. Machtmittel besaß man wenig. Die Staatskassen waren leer infolge einer Reihe von schlechten Geschäftsjahren. An Soldaten standen gerade 16 000 Mann zur Verfügung und meist noch in entfernten Garnisonen. Ein großer Teil ihrer Offiziere sympathisierte überdies mit dem Süden. Ebenso die Bundes*beamten* dort waren unzuverlässig. Aber auch die oberste Bundesregierung lag ja noch in den Händen eines vom Süden bestellten Präsidenten und seines in der Mehrheit südlichen Kabinetts. Es zeigte sich wieder einmal das Mißliche des Umstandes, daß, während der neue Präsident schon Anfang November faktisch gewählt ist, der alte noch in voller Amtsgewalt, aber ohne Autorität vier ganze Monate an seiner Stelle bleibt. Buchanan betrachtete die Wahl Lincolns selbst als ein Unglück und eine Unbill. Warum sollte er, ohnehin eine ruheliebende, schwache Natur, ernsthaft mit einer Situation ringen, an der er sich bewußt war, unschuldig zu sein? Noch nach Wochen schrieb er, die

Krisis habe ihm den Schlaf keiner Nacht und den Genuß keiner Mahlzeit gekostet. Das zeigt einen Mangel an Verantwortungsgefühl und Urteil, der ihn als Staatsmann unter allen Umständen richtet, wie sehr seine persönliche Ehrenhaftigkeit außer Frage stehen mag. In seiner Botschaft bei Eröffnung des Kongresses (3. Dezember) zog er sich auf die Formel zurück, daß Sezession Revolution sei, daß aber die Bundesverfassung keine Möglichkeit biete, Zwang gegen einen Staat zu üben, und wußte deshalb nur ein Kompromiß vorzuschlagen.

Für solch Kompromiß war auch bei den Abgeordneten Stimmung. Repräsentantenhaus und Senat setzten Verständigungsausschüsse ein, und der ehrwürdige Senator Crittenden aus Kentucky, ein politischer Schüler Henry Clays, formulierte (18. Dezember) Vorschläge, die in der Hauptsache darauf hinausliefen, durch einen unabänderlichen Verfassungszusatz, wie schon 1850 angeregt war, das Missourikompromiß auf alle Territorien auszudehnen, indem auch sonst noch allerlei Garantien für den Fortbestand der Sklaverei geschaffen wurden. Die Douglas-Demokraten traten unbedingt dafür ein. Die Südländer wollten akzeptieren, sobald die Republikaner sich einverstanden erklärten. Von diesen scheint Seward zeitweilig nicht ganz abgeneigt gewesen zu sein. Aber den meisten war der Gedanke unerträglich, daß sie, nachdem sie auf das Freibodenprogramm hin gesiegt hatten, am Ende vielmehr die Sklaverei befestigen sollten. Auch sagten sie sich mit Recht, daß man Gefahr laufe, die Union zu „mexikanisieren", wenn man den Vorgang setze, daß die Minorität durch Appell „von den Wählern an die Gewehre" (from the ballot to the bullet) Zugeständnisse erzwingen könne. Dieselbe Ansicht hatte Lincoln, der natürlich schon gehört wurde. Er meinte zu sehen, daß der Kampf unvermeidlich sei, und wenn man ihm jetzt durch Preisgabe des südlichen Territoriums auswiche, dann über dem dadurch angereizten Verlangen der Pflanzer nach Expansion ausbrechen werde. Das einzige, was er zugestehen wollte, und was dann auch die Partei bot, war ein anderer, rein negativer Verfassungszusatz, der ausdrücklich und für alle Zeit jeden Angriff des Bundes auf die Sklaverei in den Einzelstaaten ausschloß.

So mußten schon um die Jahreswende die Aussichten auf eine Einigung für sehr traurig gelten, wenn auch noch weiter verhan-

delt wurde und der Vorschlag einer Volksabstimmung über das Crittenden-Kompromiß auftauchte, der vielleicht Annahme verdient hätte. Am 5. Januar deshalb vereinten sich die Senatoren aus den Baumwollstaaten und Arkansas, um möglichste Beschleunigung der Sezession und nachfolgende Gründung eines neuen Bundes anzuraten. Wahrscheinlich bedurfte es solcher Mahnung nicht mehr. Die Bewegung war ohnehin in vollem Fluß. Am 9., 10. und 11. Januar beschlossen Mississippi, Florida, Alabama, am 19. Georgia, am 26. Louisiana den Austritt und wählten Abgeordnete für einen Generalkonvent, der vorläufig Verfassung und Behörden ihrer Konföderation feststellen sollte. Am 1. Februar folgte Texas. Überall gab es Opposition. In Georgia brachte sie 39 123 gegen 50 243, in Louisiana 17 296 gegen 20 448 Stimmen auf. In Alabama beobachtete namentlich das Volk des gebirgigen Nordens eine unionsfreundliche Haltung. Es ist möglich, daß im Grunde nur eine entschlossene Minorität diese wie alle Revolutionen machte. Aber die Abneigung gegen den Norden, das Gefühl, benachteiligt und beleidigt zu sein, war so allgemein, daß die Gegner immer nur für Aufschub eintraten und verhältnismäßig leicht überwunden wurden. Jedenfalls trieben die Dinge sehr bald zur Krisis. Am 4. Februar kam der Generalkonvent in Montgomery, der Hauptstadt von Alabama, zusammen. Fünf Tage genügten ihm, um eine provisorische Verfassung zu geben und Präsidenten und Vizepräsidenten zu wählen: Jefferson Davis aus Mississippi, unbestritten den ersten Mann des Südens, und Alexander H. Stephens aus Georgia, einen ursprünglichen Feind der Bewegung, mit dessen Erhebung man den Gemäßigten ein Kompliment machte. Bis zum 11. März dann war auch das endgültige Verfassungsinstrument fertig. Es schloß sich in der Hauptsache so sklavisch an die alte Unionsakte an, daß man aus dieser Abhängigkeit einen Beweis gegen die Berechtigung der Sezession hat herleiten wollen. Insbesondere fand sich die Staatensouveränität zwar gleich eingangs feierlich anerkannt, aber nicht eigentlich weiter entwickelt. Unter den technischen Verbesserungen, deren einige, meist recht zweckmäßige, vorgenommen wurden, beanspruchte den ersten Rang das Verbot der Wiederwahl des Präsidenten und die Verlängerung seiner Amtszeit auf sechs Jahre. Einen tiefer greifenden Unterschied aber bedeutete lediglich, was gegen Schutzzölle und Aufwendungen für

innere Verbesserungen — die alten Beschwerdepunkte — und zugunsten der Sklaverei festgesetzt wurde. Diese erschien hier ganz ungescheut mit ihrem rechten Namen und erhielt vermehrten Rechtsschutz, namentlich in etwa neu zu erwerbendem Bundesland. Auffallen mußte, wenn man der früheren Agitation gedachte, daß der afrikanische Sklavenhandel verboten blieb, ja daß der Kongreß bevollmächtigt wurde, sogar die Einfuhr von Sklaven aus den Vereinigten Staaten zu verhindern. Es hatte auch ernste Meinungsverschiedenheiten darüber gegeben. Aber am Ende hielt die Mehrheit den Artikel für notwendig mit Rücksicht auf die europäischen Mächte, deren Sympathien man brauchte, und noch mehr wegen der bisher nicht sezedierten Sklavenstaaten im Norden. Man wollte die Sklavenzüchter dort darüber beruhigen, daß der Südbund ihnen nicht durch Vermehrung des Angebots die Preise verdürbe, und sie andererseits mit der Möglichkeit schrecken, daß ihnen bei Verharren in der alten Union der Markt der Golfstaaten gesperrt werden könnte.

Einstweilen war ja noch keineswegs sicher, wieweit die Bewegung nach Norden würde ausgreifen können. Optimisten hofften, alles Land diesseits der Mason- und Dixonslinie unter der neuen Flagge zu vereinen, ja vielleicht noch darüber hinaus Teile von Ohio, Indiana, Illinois und Pennsylvania zu gewinnen, derart, daß die Hochlande zwischen dem Ohio und den großen Seen die Grenze bildeten. In Wirklichkeit aber lagen die Dinge ganz offenbar nicht so günstig. In Maryland, in Missouri, selbst in Kentucky, vom kleinen Delaware ganz zu geschweigen, spielte die Sklaverei keine eigentlich beherrschende Rolle. Die Gesellschaftsverfassung war dem Norden fast mehr als dem Süden verwandt. Auch in Virginia, Nordcarolina, Tennessee gab es Gegenden, wo kleine Bauernwirtschaften überwogen. Bei der letzten Wahl hatten deshalb Tennessee, Virginia, Kentucky und Missouri nicht dem Kandidaten des Südens, sondern dem Vermittlungsmann Bell oder Douglas ihre Stimmen gegeben. Lincolns Sieg wurde sicher fast allgemein beklagt. Auch fehlte es namentlich in Virginia, Nordcarolina, Tennessee von vornherein nicht an Anwälten der Sezession. Ein virginisches Blatt, der Richmond Enquirer, hatte sich seit langem durch Hetzartikel hervorgetan. Aber ohne das Vorgehen der Baumwollstaaten wäre die Bewegung nirgends in Fluß gekommen, und selbst

danach zeigte sich vorherrschend Abneigung gegen äußerste Entschlüsse. In Maryland konnte Gouverneur Hicks die Berufung eines Konvents verhindern. In Kentucky entschied schon der Landtag dagegen. Die anderen Staaten schrieben Wahlen aus. Aber die brachten in Missouri eine vernichtende Niederlage der Sezessionisten, die nicht ein Mandat eroberten, und ergaben auch sonst überall konservative Mehrheiten. In Virginia galten nur 30 von 150 und in Nordcarolina 38 von 120 Abgeordneten als Freunde sofortiger und unbedingter Trennung. In Tennessee und Arkansas war das Verhältnis ähnlich. Natürlich ließ sich voraussehen, daß, wenn Krieg ausbräche, wenigstens die letzten vier Staaten die Partei des Südens nehmen würden. In Nordcarolina erklärte das der Landtag schon Anfang Februar einstimmig. Interesse und Gefühl wiesen gleichmäßig diesen Weg. Freunde des Nordens gab es sehr wenige. Aber das Volk wünschte, daß ihm die Wahl erspart bleiben möge, indem die südlichen Brüder mit gesicherten Rechten in den Bund zurückkehrten.

Entsprechend erließ Virginia am 19. Januar an alle Staaten des Bundes die Einladung zu einer Friedenskonferenz in Washington, deren Aufgabe sein sollte, Union und Konstitution in dem Geist wiederherzustellen, in dem sie von den Vätern der Republik geschaffen worden wären. Die Konferenz kam auch zustande. Unter dem Vorsitz des Expräsidenten Tyler begann sie an demselben 4. Februar ihre Sitzungen, wo der Kongreß von Montgomery eröffnet wurde; und die Fülle verdienter Staatsmänner unter ihren Mitgliedern erweckte noch einmal mancherlei Hoffnungen. Obwohl die Beratungen bei verschlossenen Türen stattfanden, wurden sie mit größter Spannung verfolgt. Aber nicht nur die Baumwollstaaten waren ferngeblieben, auch Michigan, Minnesota, Wisconsin hatten keine Vertreter geschickt; und wenn man sich am Ende (27. Februar) wirklich auf eine Reihe von Vorschlägen einigte, im wesentlichen das Crittenden-Kompromiß mit einigen Schutzwehren gegen südliche Expansionsgelüste, so gingen diese der Mehrheit der Südstaatler nicht weit genug — Virginia selbst protestierte — und der Mehrheit der Republikaner zu weit. Der Kongreß, dessen Zustimmung ihnen doch erst Gesetzeskraft gegeben hätte, verhielt sich ablehnend. Er mußte am 3. März seine Tagung schließen, ohne die ersehnte Ver-

söhnung gefördert zu haben. Ein alter Abgeordneter des Nordens, der sich selbst eifrig darum bemüht hatte, Thomas Corwin, klagte: „Auf beiden Seiten stehen sie wie die Bulldoggen, bereit und begierig auf den Kampf. Wir können nur bitten, daß Gott das Recht schützen möge.“

Dazu vollzog sich nun jetzt der Präsidentenwechsel, um dessentwillen der Sturm heraufgezogen war. Am 4. März übergab Buchanan sein Amt an Abraham Lincoln. Er hatte, beraten von energischen Männern, unter denen sich der Generalanwalt Stanton erstmals Beachtung gewann, seit Ende Dezember zwar eine festere Haltung gegen den Süden angenommen, aber wenn ihm darüber die alten Sympathien dort verloren gegangen waren, wuchsen ihm im andern Lager keine zu. Mancher nannte ihn einen Verräter. Niemand ließ ihn mehr, wie er einst gern gepriesen war, als Weisen gelten; denn auch, wer selbst keinen Rat weiß, pflegt zu verlangen, daß die Regierung einen habe. Die Frage war nur, ob der neue Präsident besser sein würde. Kam nicht zu der schwersten Lage, die das Land je gesehen, der seltsamste Mann, den es je an die Spitze gestellt hatte?

Abraham Lincoln konnte auf den ersten Blick ein Publikum, wie es in Washington zu seiner Einführung versammelt war, kaum anders als befremden. Er war ein riesenhafter, knochiger Mensch — sechs Fuß und vier Zoll — mit überlangen, schlenkernden Gliedmaßen, die es begreiflich machten, wenn demokratische Blätter den Abe (Abkürzung für Abraham) gern in Ape (Affe) travestierten, und mit einem dunklen Gesicht, das, tief durchfurcht und grob — wie in Holz — geschnitten, durch eine Fülle ungebändigten Haares über der Stirn und um die Wangen noch bäurischer erschien. Seine Kleider saßen schlecht. Seine Bewegungen waren eckig. Seine Stimme überschlug sich leicht, seine Aussprache war nicht immer korrekt. Alles deutete darauf hin, daß er aus kleinsten Verhältnissen stammte. Freilich hatte er etwas von dem Blut der Herrenkaste in sich, die zu stürzen er berufen war. Seine Mutter, der er trotz ihres frühen Todes ein dankbares Andenken bewahrte, war die natürliche Tochter eines Pflanzers aus Kentucky, aber sein Vater war ein Armer Weißer des Staates, der nicht lesen und schreiben konnte und, obwohl er von Kentucky nach Indiana und von Indiana nach Illinois auswanderte, nichts Rechtes vor sich brachte. So

wuchs der Knabe in ziemlicher Not und Vernachlässigung heran. Auch dauerte es lange, bis er — von Natur unstet und ziellos wie der Vater — einen Beruf fand. Nacheinander und durcheinander war er Farmarbeiter, Kaufmannsgehilfe, Schiffsknecht, Lotse, Soldat, selbständiger, aber bald bankrotter Krämer, Feldmesser und Postmeister. Schließlich als er sich den Dreißigern näherte, half ihm die Beliebtheit, deren er sich bei den Genossen erfreute, Rechtsanwalt und Staatsabgeordneter zu werden. Er konnte für kurze Zeit sogar als Kongreßmitglied nach Washington gehen und gewann, nachdem er eine Jugendgeliebte hatte begraben müssen, die Hand eines Mädchens aus besserer Familie. Aber wie er mit der anspruchsvollen Gattin nie recht harmonierte, wuchs er in die neue Stellung nicht nach jeder Richtung hinein. Sie genierte ihn nicht. Überall und gegen alle benahm er sich mit vollendeter Selbstverständlichkeit und Unbefangenheit. Die irrten sich durchaus, die ihm Menschenfurcht gegenüber Vornehmeren vorwarfen. Aber schon deshalb verfiel er in den andern Fehler des Emporkömmlings, sich gehen zu lassen. Kneipe und Straße behielten Anziehung für ihn. Er liebte es fortgesetzt, breit behaglich mit den Nachbarn zu schwatzen, Geschichten zu hören und zu erzählen. Gelegentlich entschlüpfte ihm ein gewöhnlicher oder falscher Ausdruck. Seine Witze waren oft nicht die feinsten, und das wiehernde Lachen, mit dem er sie begleitete, verletzte empfindliche Ohren. Noch lange, nachdem er ins Weiße Haus eingezogen war, erschien er dem und jenem Besucher als „Einfaltspinsel" oder „Hanswurst". Er selbst gestand 1858 einmal zu, daß er in Sachen der äußeren Politur nie ein Gentleman werden würde. Ja, streng genommen, handelte es sich nicht nur um einen Mangel an äußerer Politur. Auch mehr in der Tiefe seines Wesens blieb etwas vom Naturkind, ja Naturburschen. Er war ein ausgesprochener Westmann (westerner). Die ungeregelten Jugendjahre, das Leben an den Grenzen der Kultur mit formlosen Menschen in primitivsten Verhältnissen hatten bei ihm keine Gewöhnung an Ordnung und kein sicheres Gefühl für das jeweils Schickliche aufkommen lassen. Es sollte geschehen, daß er eine entscheidende Kabinettssitzung mit der Verlesung eines Kapitels aus einem humoristischen Buch einleitete oder mit einer Anekdote unterbrach; und gleich seine ersten Ansprachen auf der Reise nach Washing-

ton befremdeten durch einen familiären Ton, der weder zu der ernsten Lage noch zu seiner hohen Stellung stimmte. Nie, selbst in Amerika nicht, hatte sich ein leitender Staatsmann so wenig auf offizielle Haltung verstanden. Nur zu leicht überschritt er die Grenze, wo der Scherz vor dem Ernst und die Herablassung vor der Würde zurückzutreten hat.

Seine Bildung wies große Lücken auf. Auf der Schule hatte er nichts gelernt als lesen, schreiben und ein bißchen rechnen. Wenn er dann eine Zeitlang eifrig über alles Gedruckte hergefallen war, so hatte das doch nicht viel sein können, und später zeigte er, der zwar lesefroh, aber kaum eigentlich wissensdurstig war, mehr Neigung, sich in alte Lieblingsbücher zu vertiefen — neben der Bibel namentlich die Dramen Shakespeares und die Gedichte von Burns — als immer neue heranzuziehen. Von Sprachen, Kunst, auch Geschichte und Volkswirtschaft wußte er wenig. Selbst Andrew Jackson war kaum ärmer an Kenntnissen gewesen, und Lincoln besaß, wie es schien, nicht die Gewohnheit und Sicherheit des Befehlens, die den alten General trotzdem zu einem geborenen Beherrscher der Menschen gemacht hatte.

Er war in seinen Privatverhältnissen gelegentlich von einer Unschlüssigkeit gewesen, die ans Lächerliche streifte, indem er etwa nach seiner Verlobung dem Selbstmord nahekam, zum festgesetzten Hochzeitstag nicht erschien und am Ende doch heiratete. Mindestens fehlte ihm die Rücksichtslosigkeit, die als ein Erfordernis des Staatshandwerks angesehen zu werden pflegt. Er hatte ganz das weiche Herz des kleinen Mannes. Leicht befiel ihn tiefe, lähmende Melancholie, und sein Rechtsgefühl war so ausgeprägt, daß er keinen Prozeß fortführte, sobald er den Glauben an die Gerechtigkeit der ihm anvertrauten Sache verlor. Starke Initiative konnte da kaum erwartet werden. Er hatte sich bisher mehr treiben lassen, als den Versuch gemacht, sein Schicksal selbst zu gestalten.

Indessen war doch das dunkle, bald quälende, bald erhebende Gefühl in ihm, daß er zu großen Dingen bestimmt sei. Sehr früh äußerte er den Wunsch, mit irgendeiner Tat zum Wohle der Menschheit in der Geschichte verzeichnet zu werden. Und es gab von jeher Leute, die an ihn glaubten. Am Ende ging ein eigener Reiz aus von seinen merkwürdigen Augen, die bald schelmisch aufblitzten und bald wieder so todestraurig blickten, als sähen sie das

ganze Weh des Menschenloses. Sie verrieten ein eigentümlich reiches, gesteigertes Innenleben von geheimnisvollen Einsichten und Kräften. Lincolns Geist war nicht so weit und geschmeidig wie der Jeffersons und nicht so erfinderisch und abgeklärt wie der Franklins, aber er übertraf den einen an Sicherheit und den andern an Tiefe. Schon die Natur hatte ihn offenbar mit einem ungewöhnlich scharfen Denkvermögen ausgestattet, und erst einmal das Studium Euklids, das er in seiner Landmesserzeit begann, später Theorie und Praxis des Rechts waren hinzugekommen, um ihn zu einem großen Logiker zu machen. Wenn er in seinen Reden und Briefen, vom Nächstliegenden, oft Trivialen anfangend, in langsamem, bequem mit Ruhepunkten ansteigendem Gedankengang zu Schlüssen von überraschender Wahrheit und Originalität gelangte, so ist nicht ganz ohne Grund an Sokrates erinnert worden. Er hatte wirklich eine starke philosophische Ader. Nur ging er nicht aufs Abstrakte. In weite Fernen zu blicken, reizte ihn weniger, wie er etwa auch zwar ein frommgestimmter, aber kein irgend gläubiger Mensch war. Sein eigentliches Studium waren die Zusammenhänge des täglichen Lebens, in dessen verwirrendem Durcheinander er die einfachen und wesentlichen Linien suchte. Das gab ihm eine vorbildliche Geduld — alles verstehen heißt alles verzeihen — und eine erstaunliche Spürkraft. Niemand nahm die kleinen und großen Schwächen seiner Mitmenschen williger hin, auch wo sie sich in direkter Kränkung äußerten: kaum je fuhr er auf, nie trug er nach; und niemand wußte sie besser zu behandeln. Seine Gegner sprachen von Bauernschlauheit, aber dafür waren zu viel natürliche Güte und vornehme Gesinnung in ihm, und überhaupt handelte es sich um ein Geschick höherer Art. Er trat hier durchaus an Thomas Jeffersons Seite, der Plebejer neben den Aristokraten. Auch er hatte eine gleichsam instinktive Fühlung mit der umgebenden Welt, und diese Fühlung vor allem machte ihn zum Staats- und zum Volksmann. „Lincolns Stärke", sagt Karl Schurz, sonst eher mit einer gewissen Unterschätzung, „bestand nicht in seinem Genie, denn eigentliches Genie besaß er nicht. Er war stark, weil er die lebendige Verkörperung der Volksdenkweise war. Er fühlte instinktiv die Überzeugungen und Entschlüsse des Volks heraus, weil sie in ihm denselben Entwicklungsprozeß durchmachten wie in den Massen, und was er sagte und tat, war der

Volksgedanke, in der Volkssprache gesprochen und in der Volksweise ausgeführt." Wenn er nicht von vornherein über einer Situation stand, hatte er doch die Fähigkeit, auch in die schwerste hineinzuwachsen.

Über die Größe der Aufgabe, die ihn erwartete, gab er sich keinen Täuschungen hin: sie sei schwieriger als die Washingtons, klagte er seinen Freunden in Springfield beim Abschied. Aber er griff sie mit bemerkenswerter Sicherheit und Ruhe an. Es kam ihm zustatten, daß er von dem verwirrenden Hin und Her der Kompromißverhandlungen draußen in der Provinz nicht so unmittelbar und täglich berührt worden war. Sein Weg liege so klar vor ihm wie eine Chaussee, sagte er wohl, er sei bezeichnet durch die Verfassung. Seine Antrittsrede entwickelte in würdigen Sätzen, daß der Bund unauflöslich und die Sezession ungesetzlich sei. Dann versicherte sie freilich mit nicht ganz glücklichem Ausdruck, daß er eine „Invasion" der unbotmäßigen Staaten nicht beabsichtige, schon um ihnen Zeit zu ruhiger Überlegung zu lassen, kündigte aber den festen Entschluß an, die Bundesforts in ihrem Gebiet besetzt zu halten.

Und das war der Punkt, auf den im Augenblick alles ankam. Die Sezessionsstaaten hatten im Lauf des Winters die meisten Arsenale und Befestigungen in ihre Hand gebracht, die sich innerhalb ihrer Grenzen befanden. Wesentlich nur über Fort Pickens in Florida und Fort Sumter in Südcarolina wehte noch die Unionsflagge. Sumter, auf einer Insel im Hafen von Charleston gelegen, war ein wichtiges und starkes Werk mit reichlichem Geschütz und einer Garnison von 247 Mann unter Major Robert Anderson. Die Sezessionisten hatten zu seiner Bezwingung Truppen zusammengezogen und Batterien errichtet; Feindseligkeiten waren aber nur insofern vorgefallen, als sie Anfang Januar ein Schiff am Einlaufen verhindert hatten, das von New York Verstärkung für die Verteidiger bringen wollte. Seitdem herrschte eine Art Waffenstillstand auf der Grundlage, daß das Fort weder entsetzt noch angegriffen werden sollte. Im Süden hoffte man auf friedliche Übergabe, und der Kommandant selbst war dafür; denn, obwohl ein tapferer und unionstreuer Mann, hatte er als Kentuckier und Gatte einer Georgierin einen natürlichen Abscheu vor dem Bürgerkrieg gegen seine eigenen Landsleute. Indem nun Lincoln jenen

Passus in seine Antrittsrede aufnahm, gewann die Lage auf einmal dennoch ein drohendes Aussehen. Auch jetzt wurde zwar nicht gleich Ernst gemacht. Seward, den der Präsident als Staatssekretär an seine Seite berufen hatte, und einige andere Minister auch sprachen für die Räumung des Forts. Wenn man den offenen Bruch so vermiede, bliebe die Möglichkeit, daß die Grenzstaaten die Treue wahrten und die Sezessionisten, in der Vereinzelung ohnmächtig, den Weg zur Union zurückfänden. Lincoln selbst scheint bedenklich geworden zu sein. Überdies hinderte ihn der Ansturm der Ämterjäger, der großen Politik folgerichtige Aufmerksamkeit zuzuwenden. Er klagte wohl, während das Haus brenne, müsse er sich mit Leuten abgeben, die ihn um Wohnungen darin quälten. So konnte geschehen, daß den Südländern Mitte März und noch später durch Mittelsleute ziemlich bündige Versprechungen wegen Fort Sumter gemacht wurden. Schließlich aber unter dem Druck der immer ausgesprocheneren öffentlichen Meinung kam der Präsident auf sein ursprüngliches Programm zurück. Am 8. und 9. April gingen einige Schiffe mit Soldaten und Vorräten nach Sumter ab. Die Expedition war für den militärischen Zweck durchaus unzureichend. Aber politisch brachte sie die Dinge ins Rollen. Auf die Nachricht davon beschloß die Regierung der Konföderation, Gewalt zu gebrauchen, und nach Verhandlungen mit Anderson, die vielleicht nicht ganz geschickt geführt wurden, begann am 12. April morgens um halb fünf das Bombardement. Es dauerte, von der Bevölkerung Charlestons in einer Art festlicher Aufregung verfolgt, den ganzen Tag über und bis in die frühen Nachmittagsstunden des nächsten. Dann, nachdem die Werke vollkommen zusammengeschossen waren, kapitulierte Anderson und schiffte sich mit seinen Leuten, von denen er merkwürdigerweise trotz Flammen und Kugeln keinen verloren hatte, unter allen militärischen Ehren am 14. nach New York ein.

Es war das entscheidende Ereignis und wurde als solches sogleich von allen empfunden. Ungewißheit und Zögerung hatten ein Ende. Im Norden verstummte der Streit zwischen Kompromißfreunden und -gegnern. Noch am 14. stellte sich Stephen Douglas dem Präsidenten feierlich zur Verfügung, um bis zu seinem leider schon am 3. Juni erfolgenden Tod wirklich namhafte Dienste zu leisten. Auch Buchanan ließ seine volle Sympathie

ausdrücken. Das Gefühl, daß man den Angriff auf die geheiligte Bundesflagge rächen müsse, durchdrang arm und reich, alt und jung, Demokraten und Republikaner. Patriotische Umzüge und Versammlungen wurden veranstaltet, patriotische Spenden gezeichnet, und der Ruf zu den Waffen, den Lincoln gleich am 15. April, zunächst allerdings nur für 75 000 Freiwillige, erließ, fand gerade bei den Besten bereitwilliges Gehör. Historisch Gebildete meinten feststellen zu können, daß die Stimmung ebenso tief und ernst und noch einmütiger sei als in der heroischen Zeit von 1775.

Nur herrschte im Süden ganz ähnlicher Enthusiasmus. Auch dort atmete alles Kampflust und Siegeszuversicht. Der Vizepräsident Stephens schrieb befriedigt, solch Maß von Volksbegeisterung sei nie zuvor im Land gesehen worden. Und was das Wichtigste war, der größere Teil der bisher noch schwankenden Grenzstaaten ging nun zu den aufständischen Brüdern über. Der virginische Konvent, dessen Mehrheit vorher gegen die Sezession gewesen war, beschloß sie jetzt schon am 17. April. Daß Nordcarolina und Arkansas folgen würden, war keinen Augenblick zweifelhaft. In Tennessee wurde eine vermittelnde Partei, die von Neutralität redete, bald beiseite geschoben. In Kentucky und Missouri lehnten die Gouverneure wenigstens entrüstet und in verletzendster Form die Aufforderung des Präsidenten ab, ihr Milizkontingent zu stellen. Selbst Maryland sympathisierte mehr mit den Konföderierten als mit den Yankees. Die Bundesregierung in Washington, rings umgeben von feindlicher oder doch unfreundlicher Bevölkerung, schwebte gleichsam in der Luft. Es brauchte keine hohle Renommisterei zu sein, wenn der Kriegssekretär der Konföderierten verkündigte, in kurzem werde die neue Fahne über dem Kapitol wehen. Einige Tage bestand die augenscheinlichste Gefahr. Hätten die Sezessionisten ohne Verlust eines Augenblicks die vor Sumter vereinten etwa 6 000 Mann mit der Eisenbahn nach Norden gezogen, etwas virginische Miliz hinzugenommen und dann vor dem 25. April, das heißt vor der Ankunft der ersten 10 000 Freiwilligen aus Massachusetts und New York, den Angriff eröffnet, so ist schwer zu sehen, wie die Hauptstadt zu verteidigen gewesen wäre, und ihre Eroberung wieder hätte die Aussichten sowohl auf Anerkennung durch die europäischen Mächte wie auf den Beitritt aller Sklavenstaaten gewaltig vermehren müssen.

Aber es fehlte die rechte Entschlossenheit. Weil doch das ganze Unternehmen der Sezession mehr defensiv als offensiv gedacht war, lag ein sofortiger kühner Vorstoß nicht in der Sinnesrichtung der Mehrzahl, so eifrig einzelne dafür plädierten. Insbesondere in Virginia war man nach den Kompromißversuchen der eben vergangenen Wochen auf solch Äußerstes nicht gleich vorbereitet. Man begnügte sich, das Arsenal von Harpers Ferry und die Werft von Gosport bei Norfolk fortzunehmen, die innerhalb der Staatsgrenzen lagen. Der große Augenblick, der erste und vielleicht einzige, wo die Konföderation sich wirklich hätte durchsetzen können, blieb ungenutzt. Sie wartete ab, bis es dem Norden gefallen würde, ihr Gebiet feindlich zu überziehen, und da dazu längere Vorbereitungen nötig waren, begann der Krieg, der vier Jahre dauern und durch die Weite des Schauplatzes, die Höhe der Kosten und die Zahl der Streiter alles bisher Erlebte in Schatten stellen sollte, merkwürdig genug mit drei Monaten fast vollständiger Waffenruhe.

Inzwischen jedoch verstärkte sich bereits die Stellung der Union in entscheidendster Weise. Indem Freiwilligenregiment auf Freiwilligenregiment aus dem Norden nach Washington zog, wurde zunächst einmal möglich, in Maryland alle Abfallsgelüste zu unterdrücken. Mitte April noch hatten die Bürger von Baltimore sich dem Truppendurchmarsch mit Gewalt widersetzt und die Behörden die Zerstörung einiger wichtiger Eisenbahnbrücken veranlaßt. Nun, dank der militärischen Unterstützung, gewannen die unionstreuen Elemente leicht die Oberhand. Der eigentlich sezessionistische Landtag vertagte sich Mitte Mai, ohne einen Beschluß gefaßt zu haben, und der Gouverneur fand sich bereit, dem Präsidenten die verlangte Miliz zur Verfügung zu stellen. Nicht ganz so glatt, aber schließlich auch günstig verliefen die Dinge in Missouri. Dort hatte die Sache der Sklavenstaaten namentlich in der Oberschicht zahlreiche und tätige Anhänger. Man erinnere sich der Rolle, die die Missourier in den Kansaswirren spielten. Aber mit Hilfe vor allem der Deutschen, die in und um St. Louis in großer Zahl — nicht viel unter 80 000 — wohnten, konnte Frank P. Blair, der Führer der Republikaner, die feindlichen Bestrebungen des Gouverneurs C. F. Jackson vereiteln. Am 10. Mai wurden dessen Truppen im Camp Jackson zur Ergebung gezwungen, und bis Ende Juli war sichergestellt, daß der Staat eine unionstreue Regierung erhielt,

wennschon ein Teil der Bevölkerung weiter die Gegner unterstützte und vielerorten ein förmlicher Kleinkrieg andauerte. Um die gleiche Zeit durfte auch der dritte der noch zweifelhaften Staaten, Kentucky, im wesentlichen für gewonnen gelten. Er hatte von Sezession von vornherein nichts wissen wollen; denn die auf die Herrlichkeit Gesamtamerikas gerichteten Bestrebungen seines vornehmsten Bürgers, Henry Clay, waren unvergessen. Nicht zufällig bemühte sich ein Kentuckier, Crittenden, am eifrigsten um ein Kompromiß. Aber der menschlichen und wirtschaftlichen Beziehungen zum Süden gab es zu viele, als daß nicht die große Mehrheit der Bevölkerung vor dem Gedanken zurückgeschreckt wäre, nach dem Fehlschlagen dieses Kompromisses den Brüdern dort den Krieg zu machen. Die Ansicht drang durch, daß man Neutralität proklamieren und den Ausbruch ernster Feindseligkeiten verhindern müsse, worauf nach einigen Jahren sich alles von selbst wieder einrenken würde. Präsident Lincoln, der für den Staat seiner Geburt besonderes Wohlwollen und Verständnis hatte, begriff diese Haltung. Er verzichtete auf jede Anwendung von Zwang und ließ nur unter der Hand durch geeignete Mittelsleute die entschlossenen Unionsfreunde, die natürlich nicht fehlten, politisch und militärisch organisieren. So wurde möglich, daß im Juli ein gutgesinnter Landtag gewählt wurde, der nach einigen weiteren Wochen allen Neutralitätsgelüsten entsagte. Darauf war sicher von Einfluß, daß die Sezessionisten, wie an der Westgrenze des Staates, in Missouri, auch an der Ostgrenze Terrain verloren hatten. Doch nicht ganz Virginia war der Konföderation zugefallen. Die Old Dominion hatte nie mehr in letzter Zeit ein recht einiges Gemeinwesen vorgestellt. Den alten Grafschaften an der Küste waren die neuen jenseits der Berge fremd und feindlich geworden, die wenig Sklaven hatten und mit ihren Wirtschaftsinteressen viel mehr nach Ohio und Pennsylvanien neigten. Sie klagten seit langem über ungenügende Vertretung in der Legislatur, die nur zum Nutzen der Barone arbeite. Der Beschluß der Sezession, gegen den sie stimmten, führte zum Bruch. Nachdem man sich der militärischen Unterstützung durch die Unionstruppen in Ohio unter General McClellan vergewissert hatte, trat am 11. Juni in Wheeling ein von vierzig Grafschaften beschickter Kongreß zusammen, um einen eigenen unionstreuen Staat, Westvirginia, zu begründen.

Mit alledem bekam die an und für sich bedeutende Übermacht des Nordens etwas fast Überwältigendes. Die Konföderierten konnten seinen vierundzwanzig Staaten nur elf, seinen zweiundzwanzig Millionen Menschen nur neun entgegenstellen, von denen überdies nur fünfeinehalbe Weiße waren. Diese waren freilich in sich geschlossener, schon weil die Verteidigung stärker zusammenhält als der Angriff: der Parteiengegensatz, der im Norden sehr bald wieder auflebte, fehlte. Auch gaben sie durchschnittlich ein besseres Soldatenmaterial ab; die Pflanzer waren geborene Führer, und die Armen Weißen, abgehärtet, waffengeübt, bedürfnislos, übertrafen an militärischer Brauchbarkeit die meisten Fabrik- und Farmarbeiter des Unionsheeres. Namentlich die Kavallerie war im Anfang weit überlegen. Aber mit der Artillerie und mit der Ausrüstung überhaupt sah es um so schlechter aus. Man hatte nicht die Fabriken, um Waffen und Monturstücke rechtzeitig und ausreichend im eigenen Land herzustellen, und die Einfuhr aus Europa war unsicher. Präsident Lincoln hatte schon am 19. April die Küsten der Sezessionsstaaten in Blockadezustand erklärt. Gelang es, diese Blockade effektiv zu machen, so mußte sie neben der Behinderung der Waffenbeschaffung die weitergreifende Wirkung haben, die ganze auf den Absatz übers Meer begründete Volkswirtschaft des Südens zum Absterben zu bringen, seine Bürger verarmen zu lassen und seinen Staatskredit zu vernichten. Wo wollte er mit seinem ohnehin wenig entwickelten Bankwesen auf die Dauer die ungeheuren Mittel hernehmen, die der moderne Krieg verlangt, und die der Norden seinerseits leicht beschaffen konnte?

So lag eine wirkliche Gewinnchance für ihn immer nur in der Möglichkeit, daß die beiden großen europäischen Seemächte, England und Frankreich, sich zu seinen Gunsten einmischten. Sie hatten vom Standpunkt der Politik wie des Handels ein offenbares Interesse an der Unterstützung des Sonderbundes, der das Schwergewicht des amerikanischen Einflusses verminderte und ihren gewerblichen Erzeugnissen einen freieren Markt bot. Auch schien England mit seiner gewaltigen Textilindustrie die Behinderung der Baumwolleinfuhr nicht für lange ertragen zu können. Es erkannte zum großen Ärger der Nordstaaten durch seine Neutralitätsproklamation vom 13. Mai den Konföderierten die Eigenschaft von Kriegführenden (statt von bloßen Rebellen) zu, und als am 8. No-

vember 1861 ein Unionsschiff, San Jacinto, den britischen Postdampfer Trent in der Bahamastraße anhielt und zur Auslieferung zweier sezessionistischer Diplomaten, Mason und Slidell, zwang, die sich in Havanna auf ihm eingeschifft hatten, wäre die Regierung der Königin zur Kriegserklärung gegen die Vereinigten Staaten geschritten, wenn Lincoln nicht nach einigem Zögern den völkerrechtswidrigen Akt rückgängig gemacht und die Gefangenen freigegeben hätte. Aber nachdem dieser sehr kritische Trent-Zwischenfall beigelegt war, begnügte man sich, der Handelsschiffahrt des Konkurrenten dauernden Schaden zuzufügen, indem man durch die Finger sah, daß auf englischen Werften unter Verletzung der Neutralitätspflichten eine Reihe von Kreuzern für konföderierte Rechnung gebaut wurden, die, allen voran die berühmte Alabama, trotz ihrer geringen Zahl eine außerordentliche Menge von Kauffahrern aufbrachten und die amerikanischen Reeder zwangen, den größeren Teil ihrer Flotte zu verkaufen oder stillzulegen. In Sachen der Intervention erfolgte höchstens einmal ein halber Anlauf. Wie mannigfach sich im Parlament und in der Presse die natürlichen Sympathien des Adels mit seinen Standesgenossen oder die Wünsche gewisser Handelskreise geltend machten, und wie gewaltigen Umfang die Not der arbeitslos werdenden Textilarbeiter annahm, das Ministerium scheute schließlich immer davor zurück, für eine Sache das Schwert zu ziehen, die letzten Endes die Sache der Sklaverei schien und als solche beim einfachen Volk höchst unpopulär war. Einzig Napoleon III., der die Konjunktur zu seinem mexikanischen Abenteuer ausnutzte, betrieb wiederholt und ernstlich eine Aktion zugunsten der Konföderierten, und er konnte ohne England um so weniger etwas Entscheidendes tun, als Rußland, aus anderen, europäischen Gründen mit ihm verfeindet, demonstrativ die Partei der Union nahm.

Unter diesen Umständen wäre für die Südstaaten weitaus das Beste gewesen, wenn eine entscheidende Niederlage sie gleich im Anfang zu einem Frieden gezwungen hätte, für den damals noch keine harten Bedingungen gestellt werden konnten. Aber das Schicksal, gleichsam damit das große Problem der amerikanischen Geschichte endgültig gelöst würde, ließ sie statt dessen zunächst einmal Jahr auf Jahr Angriff nach Angriff ihrer übermächtigen Gegner siegreich abschlagen.

Der Hauptschauplatz des Krieges war das Land, von dem aus die Angelsachsen ihre Eroberung des Kontinents begonnen hatten. Alsbald, nachdem Virginia der Konföderation beigetreten war, hatte diese ihren Regierungssitz nach Richmond verlegt. Die beiderseitigen Hauptstädte lagen sich damit in einer Entfernung von nur 150 Kilometer Luftlinie gegenüber, und indem die Sezessionisten nach Washington, die Unionisten nach Richmond strebten, war die ganz natürliche Folge, daß auf dem Raum zwischen beiden die blutigsten Kämpfe vorfielen.

Den ersten Schlag führte der Norden. Seine Freiwilligen waren zwar noch ohne jede Disziplin, in dem bunten Durcheinander ihrer Phantasieuniformen mehr für einen Fest- als für einen Feldzug geeignet, und der Oberkommandierende, noch immer der greise General Scott, riet deshalb dringend zum Abwarten. Aber öffentliche Meinung und Presse, deren schädliche Einwirkung sich noch oft genug zeigen sollte, wurden ungeduldig. Die Zeitungsschreiber wollten Taten sehen. Sie gaben die Parole aus, daß der auf den 20. Juli angesetzte Zusammentritt des Konföderationskongresses in Richmond verhindert werden müsse, und der Präsident entschied nach eingehenden Beratungen in ihrem Sinn. Die Sezessionisten hatten zwei Heere in Virginia, ein größeres, 22 000 Mann, unter Beauregard bei dem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Manassas hinter dem Fluß Bull Run und ein kleineres, 9 000 Mann, unter Joseph E. Johnston einige Märsche entfernt im Shenandoahtal. In Washington nun wurde beschlossen, daß General McDowell mit 30 000 Mann Beauregard angreifen sollte, während General Patterson mit 20 000 Johnston beschäftigte. McDowell ließ es nicht an sich fehlen. Nachdem er am 16. Juli aufgebrochen war, begann er am 21., einem glutheißen Sonntag, eine gut angelegte Umgehungsschlacht. Dabei aber stieß er schon nicht mehr nur auf Beauregard. Patterson, ein ängstlicher alter Herr, hatte die Fühlung mit Johnston so vollständig verloren, daß dieser seine Truppen teils zu Fuß, teils mit der Eisenbahn dem Waffenbruder zuführen konnte. Der größere Teil focht von vornherein mit, der andere erschien im kritischsten Moment der frühen Nachmittagsstunden auf dem Schlachtfeld und bewirkte, daß die Unionsregimenter, die am Morgen ganz tapfer und erfolgreich gekämpft hatten, nun aber ermüdet waren, auf einmal allen Mut verloren. Die völligste Panik

brach aus. Alles lief, was es laufen konnte. 28 Geschütze, 5 000 Gewehre und 10 Fahnen fielen in die Hände der Konföderierten. Über 1 500 lagen tot oder verwundet. 1 300 gaben sich gefangen. Der Rest war nach den Worten des Oberbefehlshabers nur noch ein wirrer, demoralisierter Pöbelhaufen, als er, untermischt mit Zivilisten, die einen Sieg hatten mitfeiern wollen und nun in die Niederlage hineingerissen wurden, am Montag in Washington anlangte. Dabei verfügte der Feind über keine Kavallerie und war selbst zu sehr außer Ordnung gekommen, um an eine ernstliche Verfolgung oder gar die Eroberung der Bundeshauptstadt denken zu können, die dieser und jener auch jetzt wieder wünschte.

Natürlich waren Enttäuschung und Beschämung im Norden groß. Jede Niederlage hätte gewurmt, und nun erst diese Flucht, die allem recht zu geben schien, was die Presse des Südens von der Feigheit des Nordens geschrieben hatte. Man wurde schmerzlich inne, daß es mit der bloßen Hurrastimmung nicht getan sei, daß die Soldatenspielerei wirklichem Krieg Platz gemacht habe. Aber nur ganz wenige Stimmen doch erhoben sich für einen faulen Frieden. Vielmehr geschah, wofür die Geschichte des stammverwandten englischen Volkes so zahlreiche Beispiele bot: der erste Mißerfolg wurde die Quelle von Energien, die den schließlichen Sieg sicher stellten.

Am 4. Juli war der Kongreß zu außerordentlicher Tagung zusammengetreten. Da die Abgeordneten aus dem Süden fehlten — nur der Senator Andrew Johnson aus Tennessee, der noch eine vielumstrittene Rolle spielen sollte, hatte seinen Sitz behalten —, verfügten die Republikaner über eine große Mehrheit in beiden Häusern, und unter ihren leitenden Männern waren besonders viel Neuengländer, deren ganze Art ein rücksichtslos entschlossenes Vorgehen begünstigte. Von zweiundzwanzig Kommissionen hatten elf, und gerade die wichtigsten, Yankees als Präsidenten. Lincoln fand alle Unterstützung, die er wünschen konnte. Er hatte in den Wochen vorher auf eigene Hand schon mancherlei Rüstungsmaßregeln getroffen, zweimal Freiwillige aufgerufen, Heer und Flotte verstärkt und kleinere Anleihen aufgenommen. Das hieß der Kongreß nachträglich gut. Außerdem erklärte er sich ausdrücklich bereit, jede Summe und jede Menge Soldaten zu bewilligen, die zur Unterdrückung der Rebellion nötig sei, und begann

einstweilen mit 500 000 Freiwilligen und 250 Millionen Dollar, indem durch Erhöhung von Zöllen und Einführung einer Grundsteuer wenigstens in bescheidenem Maß für eine Steigerung der regelmäßigen Staatseinnahmen gesorgt wurde. Das Zivil tat offenbar seine Schuldigkeit. Die Frage war nur, ob sich Militärs finden würden, um von Menschen und Geld den geeigneten Gebrauch zu machen.

Hier mußten natürlich große Schwierigkeiten sein. Feldherrn erwachsen oft sehr rasch. Das hatten die französischen Revolutionskriege gezeigt und sollte gerade der amerikanische Bürgerkrieg noch wieder lehren. Aber improvisieren lassen sie sich doch nicht. Das stehende Heer der Union hatte nur eine vergleichsweise sehr kleine Zahl höherer Offiziere ausbilden können, und von diesen waren noch dazu sehr viele und gute zu den Konföderierten übergegangen, allen voran Robert E. Lee und die beiden Johnstons, Albert Sidney und Joseph Edmund, die, obwohl an sich gegen die Sezession, doch die höhere Pflicht in der Verteidigung ihres Heimatstaates Virginia sahen. Immerhin blieben nicht wenige der alten Fahne treu oder kehrten sogar, wenn sie vorher aus Überdruß wegen des langweiligen Friedensdienstes in bürgerliche Berufe übergetreten waren, zu ihr zurück. Einer der jüngsten und tüchtigsten darunter war der damals vierunddreißigjährige George B. McClellan. Der hatte 1846 den üblichen Lehrgang der Kriegsschule von Westpoint gerade rechtzeitig durchgemacht, um sich im mexikanischen Krieg als Ingenieuroffizier seine Sporen zu verdienen. Er war dann auf einer Studienreise nach Europa zur Zeit des Krimkrieges mit den dortigen Heereseinrichtungen bekannt geworden, und wenn er bald danach (1857) seine Hauptmannscharge mit einer gut bezahlten Stelle bei einer Eisenbahngesellschaft vertauscht hatte, so bewarb er sich bei Ausbruch des Bürgerkrieges doch natürlich wieder um ein militärisches Kommando. Gute Verbindungen ebenso wie seine anerkannten Fähigkeiten verschafften ihm gleich Anfang Mai die Stellung eines Generalmajors und Kommandanten des Ohiodepartements. Als solcher hatte er das Glück, namhafte Dienste bei Aufrichtung und Verteidigung des neuen Staates Westvirginia leisten zu können. Namentlich zwei an sich nicht besonders schwere Siege bei Rich Mountain und Carrick's Ford (11. und 13. Juni) wurden hoch gepriesen, und nach dem Unglückstage von Bull Run bezeichnete

ihn die öffentliche Meinung als den geeigneten Mann, um die Scharte auszuwetzen. Noch Ende Juli übernahm er den Oberbefehl der um Washington versammelten Streitkräfte, die er bald nach französischem Muster die Potomac-Armee taufte. Seine persönliche Bekanntschaft verstärkte zunächst das günstige Vorurteil, das man für ihn hegte. Der „kleine Mac" sah gut aus, trat sicher auf mit jener leichten Beimischung von Arroganz, die man der Uniform zu verzeihen pflegt, verstand Offiziere und Gemeine gleich trefflich zu nehmen, war unermüdlich im Sattel und sehr eifrig auch bei der Arbeit am grünen Tisch, an die ihn seine besondere Vorbildung gewöhnt hatte, ohne übrigens die Freuden heiterer Geselligkeit zu verschmähen. Seine Soldaten vergötterten ihn, obwohl er sie weder mit Exerzieren noch mit Schanzen verschonte. Minister und Präsident bezeigten ihm beinahe schon Unterwürfigkeit, für die er mit kaum verhehlter Nichtachtung quittierte, und der einzig kritisch Gestimmte, General Scott, wurde veranlaßt, mit allen Ehren von einem Amt zurückzutreten, das seinen fünfundsiebzig Jahren offenbar zu schwer war. Eben McClellan selbst löste ihn als Höchstkommandierender ab. Schon verglichen ihn seine Schmeichler mit Napoleon.

Nun leistete er nach der Seite der Organisation wirklich Großes. Wenn man bedenkt, wie eigentlich alles neugeschaffen werden mußte, verdient es volle Anerkennung, daß er bis Ende Oktober eine gut ausgerüstete und gut verpflegte Armee von 150 000 Mann zusammen hatte, die dann noch ständig weiter wuchs. Und als Feldherr tat er vielleicht auch nicht so unrecht, angesichts der notwendigerweise noch mangelhaften Ausbildung und Disziplin keine vorzeitige Angriffsbewegung zu unternehmen, sondern sich damit zufrieden zu geben, daß die Hauptstadt gesichert war und die Konföderierten Mitte Oktober nach Manassas zurückgingen. Immerhin war diese Taktik mehr vorsichtig als groß. McClellan hatte eine Neigung, Schwierigkeiten und Gefahren zu entdecken, die schlecht zu seinen Diktatorgebärden paßte. Woche auf Woche verrann, und die Losung war immer nur: Alles ruhig am Potomac. Darüber fand natürlich ein Stimmungsumschlag statt. Man hatte sich einen Hannibal erwartet und wurde ungeduldig, bestenfalls einen Fabius am Werk zu sehen. Die Zeitungen begannen zu kritisieren. Der Kongreß, der eine eigene „Kommission für die Kriegführung"

einsetzte, verlangte Rechenschaft. Im Kabinett wich Anfang Januar der unfähige und bequeme Kriegssekretär Cameron dem sehr fähigen und sehr unbequemen Edwin M. Stanton, der, selbst eine draufgängerische, brutale Natur, für Zögern und Abwarten bei anderen kein Verständnis hatte. Auch der Präsident drängte auf Taten. Durch seinen viel verspotteten Allgemeinen Kriegsbefehl Nr. 1 vom 27. Januar 1862 kündigte er für den Geburtstag Washingtons (22. Februar) einen Vormarsch aller Armeen an. Wirklich rückte McClellan dann wenigstens Anfang März auf die Nachricht von einer rückläufigen Bewegung des Feindes einige Märsche nach Virginia hinein. Aber statt den direkten Landweg weiter zu verfolgen, wie man in Washington gewünscht hätte, verlangte und erreichte er, daß sein Heer zu Schiff durch die Chesapeakebai auf die Halbinsel zwischen York- und Jamesfluß überführt wurde, um von da mit kürzerer Linie über leichteres Terrain gegen Richmond zu operieren; und was immer die Vorzüge dieses Planes sonst sein mochten, die nächste Folge war neuer Zeitverlust. Der Jahrestag der Kapitulation von Sumter (14. April) nahte heran, ohne daß die Hauptstellung der Konföderierten auch nur angegriffen worden wäre.

Nach anderen Richtungen freilich hatte sich deren Lage doch schon weiter verschlechtert. Das Wichtigste war, daß sich die Überlegenheit der Union zur See voll herausstellte. Im ersten Anfang des Krieges hatte die Bundesflotte noch nicht viel bedeuten wollen. Sie zählte nur vierzig größere Dampfer, von denen vierundzwanzig über die Welt verstreut waren und acht ohne Bemannung auf den Werften in Reserve lagen. Dazu nahmen von 1 563 Seeoffizieren 321 den Abschied, um dem Süden dienen zu können. Aber der hohe Stand der Handelsmarine und des Schiffbaus ermöglichte dem Marineminister Welles und seinem in erster Linie verdienten Unterstaatssekretär Kapitän Fox, in kurzer Zeit eine Seemacht zu entwickeln. Während alle irgend geeigneten Kauffahrer in Hilfskreuzer verwandelt wurden, lieferten die Werften in eiliger Arbeit richtige Kriegsschiffe und Kanonenboote, bei denen man nach den Plänen des Schweden John Ericsson alsbald mit Panzerung Versuche machte. Die Konföderierten taten demgegenüber, was sie tun konnten. Sie rüsteten Kaperschiffe aus und bauten auch eine kleine Flotte. Ja, es war ein gepanzertes Fahr-

zeug ihrer Konstruktion, die Merrimac, freilich mehr eine schwimmende Batterie als ein Schiff, das durch die leichte Vernichtung von zwei ungeschützten feindlichen Schiffen auf der Reede von Hampton Roads am 8. März 1862 erstmals die Furchtbarkeit der neuen Waffe erwies, um nächsten Tages den in der ganzen Welt beachteten wesentlich unentschiedenen Kampf mit dem kleineren, auch noch sehr unvollkommenen Unionspanzer Monitor zu haben. Aber im allgemeinen fehlte es dem Süden zu sehr an Schiffbaumaterial, an Ingenieuren und an seefahrender Bevölkerung, als daß er sich mit dem Norden erfolgreich hätte messen können. Er mußte sich nicht nur die Blockade seiner Küsten, sondern teilweise ihre Besetzung gefallen lassen. Zuerst, noch Ende August, bemächtigte sich die Bundesflotte des wichtigen Hatteras Inlet in Nordcarolina, Anfang November Port Royals in Südcarolina. In den ersten Monaten des neuen Jahres folgte die Eroberung von Roanoke Island, New Berne, Fort Macon und Fort Pulaski, so daß an der Ostküste wesentlich nur noch Wilmington, Charleston und Savannah als freie Häfen übrig blieben, auf die die Bewachung konzentriert werden konnte. Schon aber zog sich ein schweres Ungewitter auch über der Golfküste zusammen. Bei Ship Island, halbwegs zwischen Mobile und New Orleans, wurden ein Landungskorps und eine Flotte versammelt. Das Kommando lag bei Kapitän Farragut, einem alten Seemann halb spanischen Blutes, der fast noch als ein Kind im Seekrieg gegen England Dienste getan und seitdem in allen Meeren seinen Namen bekannt gemacht hatte. Jetzt wagte er in den frühen Morgenstunden des 24. April, an den beiden starken Sperrforts St. Philipp und Jackson vorbei und zum Trotz einer freilich recht buntgemischten Flottille der Konföderierten, „mit hölzernen Schiffen und eisernem Herzen“ die Durchfahrt durch die Mississippimündung zu erzwingen. Tags darauf ankerte er vor New Orleans, das am 1. Mai auch von den Landtruppen unter General Butler besetzt wurde. Es war eins der ganz großen Ereignisse des Krieges, ein würdiges, nur noch heldenhafteres Gegenstück zu Jacksons vielgefeiertem Sieg von 1815. Die Konföderation verlor ihre volkreichste Stadt und die Herrschaft über den unteren Mississippi. Farragut dampfte alsbald mit einem Teil seiner Schiffe bis Vicksburg aufwärts und konnte dort (1. Juli) eine Flottille von Kanonenbooten unter Kapitän

Davis begrüßen, die, flußabwärts fahrend, am 6. Juni bei Memphis in ungleichem Kampf ihre sezessionistischen Gegner vernichtet hatte.

Das wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht inzwischen auch zu Land am mittleren Mississippi die Waffen der Union siegreich gewesen wären. Der Feldzug im Westen hatte zwar nicht viel glücklicher begonnen als der im Osten. Der Pfadfinder und Präsidentschaftskandidat von 1856 Frémont, der das Kommando in St. Louis erhielt, erwies sich als vollkommen unfähig, eine leichte Beute unehrlicher Armeelieferanten und politischer und militärischer Glücksritter, die seiner Eitelkeit zu schmeicheln wußten. Er verschuldete, daß der vielversprechende General Lyon am 10. August 1861 bei Wilson's Creek Niederlage und Tod fand, und wurde, nachdem er sich durch eine allzu radikale Proklamation im Sinn der Sklavenbefreiung auch politisch mißliebig gemacht hatte, Anfang November unter ziemlichem Aufsehen entfernt. Sein Nachfolger Halleck aber, ein gelehrter, etwas umständlicher Berufsoffizier, wußte wieder Ordnung zu schaffen. Dazu besaß er in Ulysses Simpson Grant (1822—1885) einen Unterführer, der schließlich alle Kameraden ausstechen sollte. Grant war bis dahin im Leben ziemlich gescheitert. Von seinem wohlhabenden Vater, einem Gerber in Ohio, ohne starke eigene Neigung auf die Kriegsschule von Westpoint geschickt, hatte er sich dort keinen Ruf für Fähigkeiten oder gar Fleiß erworben, und wenn er aus dem mexikanischen Krieg nicht ohne Lorbeer zurückgekehrt war, so hatte er einige Jahre später den Offiziersrock ausgezogen, um sich mit sehr wenig Glück erst als Farmer, dann als Grundstücksagent zu versuchen. Am Ende, verschuldet, dem Trunk ergeben und halbwegs mißachtet, mußte er froh sein, im Ledergeschäft des Vaters und der Brüder mit unterzukriechen. Niemand suchte etwas Besonderes hinter dem unansehnlichen, formlosen, schäbig gekleideten Mann. Auch war er wirklich keine geniale Natur. Aber er besaß einen klaren, ruhigen Kopf und trotz aller Fehlschläge ein zähes, eigensinniges Selbstvertrauen, dem keine Aufgabe zu schwer und kein augenblicklicher Mißerfolg endgültig erschien. Die zwei Bände „persönlicher Erinnerungen“, die er kurz vor seinem Tod niederschrieb, ohne alle Pose oder Phrase, ganz schlicht und gemeinverständlich, zeigen in jeder Zeile gesammelte Kraft und Intelligenz. Bei Ausbruch des

Bürgerkrieges stellte er sich natürlich zur Verfügung. Er wurde Oberst eines Illinois-Regiments und bald Brigadegeneral. Als solcher gewann er durch Draufgängertum gleich anfangs Beachtung, wennschon nicht überall Lob; und vom 6. bis 16. Februar 1862 gelang es ihm, unterstützt von einigen Kanonenbooten unter Commodore Foote, das Zentrum der konföderierten Stellung im Westen, die Forts Henry und Donelson, zu erobern, die die schmale Lücke zwischen dem Tennessee und dem Cumberland hatten sperren sollen. Die Tat erregte ungeheuren Jubel. General Sherman hat später bekannt, sie sei für ihn nach Zeiten der Verzweiflung der erste Lichtstrahl gewesen. Man wurde nicht müde, sich erzählen zu lassen, wie an dem eigentlich entscheidenden Tag, dem 15., nach einem unerwarteten Angriff der Konföderierten der rasch herbeigeeilte General das schon halb verlorene Gefecht durch seine eiserne Ruhe wiederhergestellt, und wie er dann die Anfrage des feindlichen Führers wegen der Bedingungen einer Kapitulation mit der Forderung unbedingter und unverzüglicher Übergabe (unconditional and immediate surrender) beantwortet habe, von der die Umdeutung seiner Vornamen U. S. in Unconditional Surrender blieb. Wirklich streckten etwa 14 000 Mann die Waffen, und die weitere Folge war, daß die Sezessionstruppen unter Preisgabe von Nashville, der Hauptstadt Tennessees, eiligst nach Süden in die Nähe des Eisenbahnknotenpunktes Corinth zurückgenommen werden mußten.

Albert Sidney Johnston, der sie kommandierte, sah sich, obwohl einer der glänzendsten Feldherrn der Konföderation, von allen Seiten mit Vorwürfen überhäuft; Präsident Davis aber hielt zu ihm und sandte ihm so namhafte Verstärkungen unter Beauregard, daß er Anfang April zu einem Rückstoß ansetzen konnte. Grant war nicht darauf vorbereitet. Seine Regimenter lagen in zerstreuten, unübersichtlichen und ungeschützten Quartieren, größerenteils auf dem linken Tennesseeufer um die Kirche von Shiloh, gegenüber Pittsburg Landing. Er selbst wohnte einige Meilen entfernt in Savannah (Tennessee). Deshalb brachte der erste Schlachttag, 6. April, empfindliche Verluste. Eine ganze Division ergab sich, und am Abend, nach zwölfstündigem, beinahe regellosem Kampf im dichten, regennassen Busch hatten die Konföderierten auf der ganzen Linie Boden gewonnen. Aber Johnston, der sich, vielleicht unter dem

Eindruck der erlittenen Schmähungen, allzu sehr ausgesetzt hatte, war gefallen — sein Heldentod gilt im Süden als das pathetischste und eins der verhängnisvollsten Ereignisse des Krieges —, Reserven waren nicht mehr zur Hand, und andererseits zog den Unionstruppen eine ganz frische Armee unter Buell zu. So wandte sich am nächsten Morgen das Blatt. Nachdem er noch acht Stunden der Übermacht standgehalten hatte, befahl Beauregard gegen 2 Uhr mittags den Rückzug. Grant durfte sich den Sieg zuschreiben. Nur erntete er diesmal kein Lob. Man rechnete den guten Ausgang anderen zu, obwohl sich seine Kaltblütigkeit und Entschlußkraft wieder durchaus bewährt hatten, und machte ihn voll verantwortlich für die freilich ungeheuren Opfer: 13 000 an Toten, Verwundeten und Gefangenen. Sein Stern schien so rasch zu sinken, wie er aufgestiegen war. Halleck ging persönlich zur Armee ab und übernahm den Oberbefehl, indem er den ihm längst unsympathischen Untergebenen als Zweitkommandierenden kalt stellte. Damit kam ein Geist methodischer Langsamkeit in die Operationen. Mühsam, mit dem Spaten in der Hand, in ganz kleinen Märschen — weniger als 40 Kilometer in mehr als einem Monat —, arbeiteten sich die schließlich etwa 100 000 Mann Unionstruppen gegen Beauregards 50 000 vor. Immerhin wurde das wichtige Corinth am 30. Mai ohne Schwertstreich eingenommen, und wenn Halleck dann nicht, wie er vielleicht gekonnt hätte, die Gelegenheit benutzte, um im Bund mit den Schiffen von Farragut und Davis (S. 66) die letzten feindlichen Stützpunkte am Mississippi, vor allem Vicksburg, zu erobern, so entwarf er dafür weit aussehende Pläne eines Vorstoßes gegen Osten, der alles Land bis zu den Alleghanies zum Gehorsam zurückbringen sollte. Ehe aber mit der Ausführung mehr als ein erster Anfang gemacht war, wurde er am 11. Juli als Oberkommandierender nach Washington berufen. Auf dem virginischen Schauplatz nämlich waren die Dinge gar nicht nach Wunsch gegangen.

Die Schuld daran lag nicht nur, nicht einmal in der Hauptsache an McClellan. Die besondere Natur der amerikanischen Verhältnisse brachte es mit sich, daß politische, zivilistische Einflüsse fort und fort die militärischen kreuzten. Das geschah schon im Westen und mußte im Osten wegen der größeren Nähe der Bundeshauptstadt noch häufiger vorkommen. Der Präsident, der eifrig

strategische Bücher las und freilich oft ein erstaunlich richtiges Urteil zeigte, griff gelegentlich mit direkten Befehlen ein. Erst recht Stanton fühlte sich als amerikanischer Carnot. Auch der und jener Kongreßmann redete mit, und ganz allgemein war notwendig, bei Verleihung von Kommandos auf parlamentarische Verbindungen Rücksicht zu nehmen. So erhielt der unfähige Frémont noch einmal ein eigenes kleines Heer in den virginischen Bergen, weil die radikalen Republikaner es verlangten. Andererseits McClellan schadete fast mehr noch als seine Zögerungstaktik seine Parteistellung. Als alter Demokrat und Freund eines schonenden Vorgehens in der Sklavenfrage galt er für nicht loyal gegen die Regierung, die er im Fall eines Sieges am Ende gar hätte stürzen können. Namentlich Chase als Schatzsekretär intrigierte unausgesetzt gegen ihn. Schon am 11. März wurde er auf die Befugnisse eines Oberbefehlshabers der Potomac-Armee beschränkt, und wenn man seinen Gedanken des Halbinselfeldzugs nach vielem Hin und Her annahm, bewilligte man ihm doch nicht alle seiner Meinung nach dafür notwendigen Streitkräfte. Vielmehr wurden, weil sonst Washington bedroht sei, in Nordvirginien starke Truppenteile zurückbehalten, die, unzweckmäßig verteilt und schlecht befehligt, bald (seit Mitte Mai) das Opfer eines weit kleineren konföderierten Heeres unter General Stonewall Jackson werden sollten. Nicht mehr als 100 000 Mann landeten Anfang April bei Festung Monroe. Mit größerer Kühnheit hätte McClellan nun freilich auch so wohl ans Ziel kommen können. Die Gegner waren im ersten Augenblick überrascht. Sie hatten nur etwa 10 000 Mann bei Yorktown am Eingang der Halbinsel zu stehen. McClellan aber verlor, statt ihre Linien im Sturm zu durchbrechen, einen vollen Monat mit einem förmlichen Belagerungskrieg. Erst Anfang Mai besetzte er den schließlich ohne Kampf geräumten Platz, der durch die Kapitulation von Cornwallis (1781) in der Geschichte des Landes einen so berühmten Namen hatte. Dann schob er langsam und methodisch unter größeren Gefechten bei Williamsburg (5. Mai) und Fair Oaks (31. Mai, 1. Juni) seine Truppen bis auf sieben Kilometer an Richmond heran. Aber inzwischen waren zu dessen Schutz etwa 80 000 bis 90 000 Mann vereint, und für den verwundeten Joseph E. Johnston hatte am 1. Juni der größte Feldherr des Krieges, Robert E. Lee, das Kommando übernommen, ein

wirklicher Edelmann aus alter virginischer Familie und ein längst erprobter Berufsoffizier, dem, wenn er der Union treu geblieben wäre, auch diese ihr Schicksal hatte anvertrauen wollen. Lee war wie McClellan aus dem Ingenieurkorps hervorgegangen und hatte deshalb ein besonderes Geschick in der Auswahl und Befestigung von Stellungen. Er ließ zunächst fleißig schanzen, während anhaltendes Regenwetter eine Pause in den Operationen bedingte. In der letzten Juniwoche jedoch fühlte er sich stark genug, um von seinen Erdwerken aus mit dem kleineren Teil seiner Truppen die Hauptmacht der Gegner in Schach zu halten und mit dem größeren über deren rechten Flügel herzufallen, der durch den Chickahominy abgetrennt war. Die Folge war die blutige „Siebentageschlacht" (25. Juni bis 1. Juli). McClellan wurde besiegt, aber geistesgegenwärtig und geschickt gab er nur die Landverbindung mit Washington preis und verlegte seine Basis nach links an den Jamesfluß, wo er bei Harrison's Landing immer noch in ziemlicher Nähe von Richmond eine gute Stellung einnahm. Hätte man ihn dort belassen und ausreichend verstärkt, so wäre nichts verloren gewesen. Das Vertrauen, ja die Liebe der Truppen zu ihrem jungen General waren unverändert. Er selbst hatte ersichtlich zugelernt. Aber in Washington kamen, indem auch Halleck sogleich gegen ihn wirkte, die ihm feindlichen Strömungen zum Sieg. Anfang August erhielt er den niederschmetternden Befehl, sein Heer wieder einzuschiffen und über den Aquia Creek, einen kleinen Nebenfluß des unteren Potomac, mit einer neugebildeten „Armee von Virginia" unter Pope zu vereinigen. Keine Gegenvorstellungen halfen. Mitte des Monats mußten die Truppen die Halbinsel verlassen. Ehe aber dann noch mehr als ein Teil von ihnen zu Pope hatte stoßen können, wurde dieser, der in einer Reihe taktloser Proklamationen schon reichlich Vorschußlorbeeren genommen hatte, von Lee in der zweiten Schlacht von Bull Run (30. August) mit ähnlich vernichtender Wucht geschlagen wie McDowell dreizehn Monate zuvor, und jetzt waren die Konföderierten fähig und gewillt, ihre Vorteile zu verfolgen. Anfang September überschritten sie den Potomac und rückten zwar nicht gegen Washington, dessen Umgebung zu stark befestigt war, aber doch einige Märsche nach Maryland hinein. Baltimore, sogar Philadelphia schienen bedroht. Der und jener rühmte sich, daß man den Frieden in Independence Hall diktieren werde; denn

gleichzeitig zogen zwei andere Heere des Südens unter Kirby Smith und Bragg gegen Kentucky heran und setzten Louisville und Cincinnati in Schrecken. Überall in den Grenzlanden des Nordbundes wurden eiligst Verteidigungsanstalten getroffen.

Nun erwies sich die unmittelbare Gefahr schließlich als nicht gar so groß. In Kentucky und Maryland unterblieb die Erhebung zugunsten der Eindringlinge, auf die diese gehofft hatten. Trotz aller sezessionistischen Sympathien fühlte sich die Bevölkerung doch nicht genügend bedrückt, um Leben und Eigentum an ihre „Befreiung" zu setzen. Und ohne solche Unterstützung war Lee für eine weitere Offensive zu schwach. Sobald McClellan, dessen Stern noch einmal aufleuchtete, mit überlegenen Streitkräften gegen ihn anrückte, wurde seine Lage kritisch. Es kam am 17. September 1862 zu der bisher furchtbarsten Schlacht am Antietambach bei Sharpsburg, in der hüben und drüben an 12 000 Mann getötet und verwundet wurden, ein Viertel beziehungsweise ein Sechstel der beiden Heere; und obwohl der Sieg der Unionstruppen nicht unbestritten war, ging die konföderierte Hauptmacht einige Tage später auf das südliche Potomacufer zurück.

Immerhin ihre Kavallerie unter dem glänzenden Stuart unternahm schon im Oktober einen Einfall ins südliche Pennsylvanien, bei dem sie unter anderm die Magazine von Chambersburg zerstörte. In Kentucky wurde mit wechselndem Erfolg gekämpft. Die Staatshauptstadt Frankfort sah das Schauspiel der Amtseinführung eines konföderierten Gouverneurs; und der Eindruck blieb also, daß es nicht gut um die Sache der Union stände. Der englische Schatzkanzler Gladstone erklärte am 7. Oktober in öffentlicher Rede den schließlichen Sieg des Sonderbundes für gewiß.

Auch im eigenen Lager mehrten sich die Stimmen gegen die Fortsetzung des aussichtslosen Krieges. Am Ende waren die Opfer, zu denen er zwang, größer, als das Land sie tragen konnte. Schon zählten die Menschen, die Leben und Gesundheit verloren hatten, nach Zehntausenden. Am 3. April war sehr übereilt ein Befehl ergangen, die Rekrutierung einzustellen, weil man Truppen genug habe. Anfang Juli aber hatte die Regierung bereits nicht weniger als 300 000 Freiwillige neu verlangt, und da der erste Eifer doch erkaltet war, ließ sich voraussehen, daß man nach nicht langer Zeit zur Zwangsaushebung werde schreiten müssen, wie der Süden be-

reits getan hatte. Wirklich ist dann am 3. März 1863 ein Konskriptionsgesetz — nach französischem Muster mit Stellvertretung — gegeben worden. Dazu kam die Schädigung zahlreicher Wirtschaftsinteressen. Schon Ende Dezember 1861 hatten Banken und Staatskassen die Einlösung von Noten gegen Gold ganz eingestellt. Am 25. Februar 1862 wurde in Gestalt unverzinslicher Schatzscheine eigentlich verfassungswidrig ein Papiergeld mit Zwangskurs geschaffen, zunächst 150 Millionen Dollar, worauf wie gewöhnlich Gold und Waren erst langsam, dann rasch im Preis stiegen und in alle Geschäfte, große und kleine, eine ungesunde Spekulation eindrang. Auch war auf dem einmal betretenen Weg natürlich kein Einhalten. Schon im Juli wurden neue 150 Millionen emittiert, während das Goldagio siebzehn Prozent betrug. Weder Anleihen, die mit sieben Prozent verzinst werden mußten, noch Steuern schienen die zwei Millionen täglicher Kosten decken zu können. Doch wurde die Steuerschraube empfindlich genug angezogen. Ein Gesetz vom 1. Juli 1862 führte über die schüchternen Anfänge des Vorjahres weit hinaus eine Fülle von hohen direkten und indirekten Auflagen ein. Rentner, Beamte, Gelehrte, auch manche Gewerbetreibenden waren gezwungen, ihre Lebenshaltung aufs äußerste einzuschränken, und sahen mit Ingrimm, wie dafür Börsenleute und Großunternehmer von ihrer und des Staates Not reich wurden; denn Spekulation, Armeelieferungen und verbotener Handel mit den Rebellen begründeten große Vermögen. Es ist später behauptet worden (vielleicht übertreibend), daß ein Viertel oder doch ein Fünftel aller Kriegsausgaben unter den Begriff Korruption gefallen und die Nation um mehr als 700 Millionen Dollar einfach betrogen worden sei. Gleich anfangs waren die Klagen so laut und allgemein, daß der Kriegsminister Cameron, dessen persönliche Schuld allerdings nicht wirklich erwiesen war, seinen Abschied nehmen mußte. Selbst Offiziere im Feld führten das Schwert doch nicht überall mit reinen Händen. Böse und nur allzu begründete Gerüchte liefen etwa um über die Art, wie General Butler sein Kommando in New Orleans zu schamloser Bereicherung ausnutzte. Butler war zugleich ein Tyrann, der in einem berüchtigten Tagesbefehl den Damen der Stadt die Behandlung öffentlicher Dirnen androhte, wenn sie fortführen, seine Soldaten zu beleidigen. Biest Butler wurde er seitdem genannt. Und überhaupt

entwickelte nicht der Krieg einen sehr merkwürdigen Despotismus, der dann auch vor loyalen Bürgern keineswegs immer halt machte? Das altgeheiligte Privileg des Habeascorpus wurde im Bereich ganzer Staaten durch den Präsidenten zeitweilig aufgehoben. Das Militär konnte Verdächtige willkürlich gefangensetzen, und Stanton, der als Kriegssekretär dies Recht in letzter Instanz übte, ließ, hart und heftig, wie er war, tatsächlich tausende solcher willkürlichen Verhaftungen oft von angesehensten Männern, nicht selten auf falsche Anzeigen Mißgünstiger hin, vornehmen. Hier und da richtete sich eine Art Schreckensherrschaft auf. Ein Mitglied des Obersten Bundesgerichts, Benjamin R. Curtis, ein alter Whig, protestierte in einer eigenen eindrucksvollen Broschüre (Oktober 1862) gegen den Mißbrauch der „Ausübenden Gewalt", durch den der Präsident und seine Satrapen absolute Herren über Leben, Freiheit und Eigentum der Volksgenossen würden. Erst recht die Demokraten, die anfangs zur Regierung gehalten hatten, gingen größerenteils wieder in Opposition, indem einige Gruppen, die nach einem kupfernen Abzeichen doppeldeutig sogenannten Copperheads (Stiefelschlangen), fast Landesverrat trieben. Das Feldgeschrei wurde: „Die Verfassung, wie sie ist, und der Bund, wie er war." Bei den allgemeinen Wahlen vom Herbst 1862 erlitten die Republikaner in zahlreichen Staaten, New York, New Jersey, Pennsylvania, Indiana, Illinois, Ohio, Wisconsin, bedenklichste Niederlagen. Wesentlich nur Neuengland rettete eine Mehrheit für die Regierung. Man konnte von einem Mißtrauensvotum gegen den Präsidenten und seine Partei sprechen.

Das aber fiel umso peinlicher auf, als Lincoln gerade kurz vorher den entscheidendsten Schritt des Krieges getan und für die aufständischen Landesteile die Sklavenbefreiung vorläufig angekündigt hatte. Er war entgegen den Vorurteilen des Südens keineswegs schon als Abolitionist in sein Amt eingetreten. Ausdrücklich versprach er bei der Einführung am 4. März 1861, daß er weder direkt noch indirekt etwas gegen die Sklaverei unternehmen werde, wo sie bestände. Auch der Ausbruch der Feindseligkeiten änderte diese Haltung nicht. Es war ganz nach seinem Sinn, wenn noch Ende Juli 1861 der Kongreß in feierlichem Beschluß festlegte, daß der Krieg nicht geführt werde, um die Rechte oder Einrichtungen der Südstaaten zu vernichten oder zu beschränken. Immer wieder

betonte er, das Kriegsziel sei Herstellung der Union, die Sklavenfrage komme nur mittelbar in Betracht. Tatsächlich aber stellte sie sich im Fortgang der militärischen Operationen auf Schritt und Tritt. Da der Krieg auf dem Boden der Sklavenstaaten ausgefochten wurde, kamen die Truppen vielfach mit Negern in Berührung. Sie sahen Sklaven in ihr Lager fliehen, die sie dann abgeneigt waren auszuliefern (selbst loyale Herren verlangten das meist vergebens), oder noch häufiger, sie erbeuteten welche auf verlassenen Gütern und konnten offenbar nicht wohl selbst Sklavenhalter spielen. Die Generäle halfen sich von Fall zu Fall. Butler, dem es nicht an Mutterwitz und praktischem Sinn fehlte, entschied gleich im Anfang, als er noch in Festung Monroe kommandierte, mit einem bald geflügelten Wort, Sklaven seien „Konterbande", weil sie bei Verschanzungen benutzt würden, und brauchten deshalb nicht zurückgegeben zu werden. Später in New Orleans errichtete er gar eigene Negerregimenter. Andere waren zurückhaltender. Von McClellan wußte man, daß er gegen die Emanzipation sei. Auch Halleck zeigte sich konservativ. Dagegen hatte Frémont schon am 30. August 1861 für Missouri die Freilassung aller Sklaven verkündet, deren Herren nicht unionstreu seien, und eine ähnliche, nur noch weitergehende Proklamation erließ General Hunter am 9. Mai 1862 für ganz Südcarolina, Florida und Georgia, obwohl er nur ein paar Küstenpunkte besetzt hielt. Lincoln desavouierte beide. Aber ein großer Teil, vielleicht die Mehrheit der republikanischen Partei spendete ihnen Beifall. Als Frémont doch nicht nur wegen seiner Proklamation versetzt wurde, gab es im Westen fast eine Revolution. Man verstand nicht, warum, wenn der Süden doch für Erhaltung der Sklaverei stritt, der Norden nicht offen ihre Abschaffung auf seine Fahne schreiben durfte. Solch Bekenntnis schien die Begeisterung daheim erhöhen und zugleich die drohende Intervention des Auslands verhindern zu müssen. Denn niemals würden die arbeitenden Klassen in England dulden, daß ihre Regierung dem Werk der Sklavenbefreiung in den Weg trete. Neben den alten Kämpen Sumner und Chase machte vor allem Karl Schurz dies Moment geltend, indem er eigens seinen bequemen Gesandtenposten in Madrid verließ, um dem Präsidenten seine europäischen Eindrücke mitzuteilen und dann im Heer Dienst zu nehmen. Massenversammlungen wurden veranstaltet, durch die es oft wie

eine religiöse Bewegung ging. Horace Greeley überschrieb einen emanzipationsfreundlichen Artikel seiner New York Tribune: „Das Gebet von zwanzig Millionen". Lincoln sah die wachsende Agitation nicht ungern. Was ihn zurückhielt, war ja nicht irgendwelcher Zweifel an der Güte der Sache — wenn Sklaverei kein Unrecht sei, gebe es überhaupt keins, erklärte er. Ihm lag nur daran, den Krieg mit möglichst breiter und geschlossener Front zu führen und deshalb die Empfindlichkeiten der Demokraten, erst recht aber die Interessen der Grenzstaaten zu schonen. Am liebsten wäre ihm eine stufenweise Aufhebung der Sklaverei unter Entschädigung der Eigentümer gewesen. In diesem Sinn ließ er den Kongreß im April 1862 beschließen, daß die Vereinigten Staaten jedem Einzelstaat, der allmähliche Sklavenbefreiung verfüge, Geldhilfe leisten würden, um die öffentlichen und privaten Unzuträglichkeiten der Maßregel auszugleichen. Wenn nicht 400, wie er gewünscht hätte, doch 300 Dollar für jeden emanzipierten Neger wurden in Aussicht gestellt. Aber nicht einmal Delaware, wo nur noch 1 798 Sklaven waren, geschweige denn Maryland, Kentucky, Missouri rührten sich. Und die Weiterwirkung auf die Konföderation blieb natürlich erst recht aus. Dazu trat der Rückschlag in den militärischen Operationen ein. Der Präsident mußte sich überzeugen, daß mit halben Maßregeln nichts getan sei. Die Sklaven waren geradezu ein Element der Stärke für den Feind. Sie bebauten seine Äcker und ermöglichten ihm so, fast den letzten Mann ins Heer einzustellen. Konnte man angesichts der offenbaren Gefahr des Vaterlandes diesen Zustand länger dulden, während man vielleicht die Macht besaß, mit ein paar Federstrichen aus Arbeitern für die Sezession Streiter für die Bundeseinheit zu machen? Schon John Quincy Adams hatte einst, am 25. Mai 1835, dargelegt, daß, sobald die Südstaaten Schauplatz eines Bürger-, Sklaven- oder auswärtigen Krieges würden, die Kriegsvollmachten der Verfassung dem Bunde jede Einmischung in die Sklavereiverhältnisse erlaubten. Ob das richtig war, ist sehr zweifelhaft. Aber Lincoln glaubte, daß die Befugnis bestände, und nahm sie für sich als den Oberstkommandierenden von Heer und Flotte in Anspruch. Den Kongreß zu bemühen, schien ihm aus verfassungsrechtlichen und politischen Gründen falsch, obwohl das Parlament durch ein strenges Konfiskationsgesetz gerade schon selbst bis dicht an die Grenze der Sklavenbefreiung in den Re-

bellenstaaten herangegangen war. Zuerst im Juli sprach er seinen Ministern von der Absicht einer vorläufigen Proklamation. Damals erwirkte Seward einen Aufschub, indem er einwandte, daß der Schritt nicht in einer Zeit allgemeinen Mißlingens erfolgen dürfe, wo man weniger den Negern eine Wohltat zu erweisen als um ihre Hilfe zu betteln scheine. Als dann aber die Schlacht am Antietam die Waffenehre wiederhergestellt hatte, kam Lincoln sogleich auf die Sache zurück. Mit feierlicher Rede zeigte er am 22. September dem Kabinett seinen unabänderlichen Entschluß an, und obwohl wieder Bedenken geltend gemacht wurden, unterzeichnete er noch selbigen Tages die berühmte Proklamation, nach der vom 1. Januar 1863 ab in jedem Staat oder Staatsteil, wo sich das Volk in Aufstand befinde, alle Sklaven für immer frei sein und durch Heer und Flotte in ihren neuen Rechten geschützt werden sollten. Pünktlich zum neuen Jahr, da die Frist natürlich ungenützt verstrich, folgte dann das wirkliche Emanzipationsedikt, jetzt mit namentlicher Aufführung der von ihm betroffenen Gebiete. Es brachte neu die Erklärung, daß Freigelassene von genügender Eignung in den Kriegsdienst der Vereinigten Staaten aufgenommen werden würden, und es schloß in jenem biblisch gehobenen Ton, den amerikanische Staatsmänner in großen Momenten gern anschlagen: „Und für diesen Akt, von dem ich aufrichtig glaube, daß er ein Akt der Gerechtigkeit ist, verstattet von der Verfassung auf Grund militärischer Notwendigkeit, rufe ich das billige Urteil der Menschheit an und die gnädige Hilfe des allmächtigen Gottes."

Die Worte zeigten, daß der Präsident sich der Größe seiner Tat voll bewußt war. Er hatte das wahre und notwendige Ziel des Kampfes bezeichnet, den fortan kein fauler Friede mehr enden konnte, und das Verdammungsurteil über die Sklaverei doch nicht nur für die Rebellenstaaten, sondern faktisch für den ganzen Umfang der Union gesprochen. Früher oder später mußte die „Kriegsmaßregel" Verfassungsrecht auch in den loyalen Gebieten werden. Allerdings war der Rechtsboden sehr unsicher, und selbst die augenblickliche Zweckmäßigkeit ließ sich bezweifeln; denn die Proklamationen entfachten im Norden den alten Haß weiter demokratischer Kreise gegen die Abolitionisten: sollte man Gut und Blut opfern, um Sklaven zu befreien und Freie zu versklaven? Und im Süden machte die ausdrückliche Bedrohung mit dem Rassenkrieg den

Widerstand nur einiger und entschlossener. Durchaus nirgends wurden die Pflanzer durch Furcht vor Aufständen ihrer Sklaven gelähmt. Immerhin hatten sie wirklichen Schaden insofern, als zahlreiche Neger, schließlich 180 000, in die feindliche Armee eintraten. Daß der Norden diese Hilfe erbat und annahm, bleibt eine Schmach. Es ist erstaunlich, daß keiner der leitenden Männer ein Gefühl dafür hatte, daß man die niedere Rasse nicht gegen die alten Volksgenossen aufbieten dürfe. Ein Schein der Rechtfertigung lag darin, daß die Konföderierten, freilich in sehr beschränktem Umfang, Indianer als gelegentliche Bundesgenossen benutzt hatten. Sonst konnte man nur auf die Notlage hinweisen, die zwinge, jedes verfügbare Mittel anzuwenden.

Gerade die Wochen zwischen dem 22. September 1862 und dem 1. Januar 1863 hatten ja einen neuen empfindlichen Rückschlag gebracht. Anfang November war McClellan endgültig gestürzt worden. Der Präsident, der ihm wieder Saumseligkeit vorwarf, enthob ihn aus ganz nichtigem Anlaß im ungeeignetsten Moment des Kommandos und übertrug es einem seiner Unterführer, Burnside. Burnside hatte es lange nicht annehmen wollen. Er fühlte sich der Aufgabe nicht gewachsen und war es auch nicht. Sein Feldzug war nach dem Urteil von Karl Schurz, der ihn mitmachte, „eine Reihe von groben Fehlern, Unglücksfällen und schlecht entworfenen oder schlecht ausgeführten Plänen". Um sich nicht dem Tadel des Zauderns auszusetzen, ging er, ohne viel zu manövrieren, an den Rappahannock vor und griff am 13. Dezember Lee an, der auf dem andern Ufer bei der Stadt Fredericksburg eine seiner berühmten starken Stellungen hatte. Die Truppen fochten tapfer, aber obwohl sie erheblich überlegen waren, 113 000 gegen 78 000, vermochten sie nichts gegen die feindlichen Verschanzungen. Zu ganzen Bataillonen wurden die Sturmkolonnen von Artillerie- und Kleingewehrfeuer niedergemäht. Als die glücklicherweise frühe Winternacht dem Morden ein Ziel setzte, waren über 12 000 Mann tot oder verwundet. Hätte Lee kräftig nachgestoßen, so wäre eine völlige Katastrophe kaum abzuwenden gewesen. Auch ohne das war die Armee halb aufgelöst und in geradezu meuterischer Stimmung. Burnside, schwer getroffen von der allgemeinen Mißachtung und fast verzweifelt über das unnütz vergossene Blut, wünschte doch einen zweiten Versuch zu machen. Kein Abreden seiner Generäle,

kein warnender Hinweis auf die schlechte Stimmung der Soldaten half. Anfang Januar 1863 ergriff er von neuem die Offensive. Da hatte der Himmel ein Einsehen. Anhaltender Regen löste den von Mann und Roß weithin zerstampften Boden dermaßen auf, daß jedes Vorwärtskommen unmöglich war. „Burnside steckt im Dreck" war der höhnische Kommentar der öffentlichen Meinung. Der Präsident konnte ihn nicht länger halten. Die Wahl des Nachfolgers hatte Schwierigkeiten. Am Ende (25. Januar) verfiel man wieder auf einen der Korpsführer der Potomac-Armee, John Hooker. Dieser hatte sich durch Entschlußkraft und Tapferkeit in der Schlacht den Ehrennamen Fighting Joe erworben. Er war ein schöner, eindrucksvoller Offizier. Aber sowohl gegenüber McClellan wie jüngst gegenüber Burnside hatte er eine bedenkliche Neigung zu Ungehorsam und Kritik, ja zu Illoyalität gezeigt. Noch Grant in seinen Erinnerungen nennt ihn einen gefährlichen Menschen. Auch den Präsidenten hatte er bitter getadelt und von der Notwendigkeit einer Diktatur gesprochen. Lincoln quittierte darüber mit einem humorvollen und gütigen, wennschon für ein Staatsoberhaupt etwas merkwürdigen Brief, indem er ihn bat, für Siege zu sorgen: dann wolle er es auf eine Diktatur ankommen lassen. Wirklich nun schienen sich eine Zeitlang gute Aussichten auf solche Siege zu eröffnen. Es gelang Hooker, Ordnung und Selbstvertrauen in die Armee zurückzubringen. Insbesondere erwarb er sich große Verdienste um die Ausbildung der Kavallerie, die von jetzt an der konföderierten allmählich gleichwertig wurde. Und als er Ende April die Operationen wieder aufnahm, geschah es zunächst auch mit Geschick und Glück. Aber nachdem er durch eine gut geplante und gut ausgeführte Flankenbewegung gegen den oberen Rappahannock die Feinde in eine Lage gebracht hatte, in der es für sie nach den Worten seines eigenen großsprecherischen Tagesbefehls nur ruhmlose Flucht geben sollte oder sichere Niederlage, verlor er angesichts eines Gegenstoßes von Lee so völlig den Kopf, daß er haltmachte und auf denkbar ungünstigstem Boden in dem unübersichtlichen Gelände der mit dichtem Unterholz bewachsenen sogenannten „Wildnis" den Angriff erwartete. Die Folge war in den Nachmittagsstunden des 2. und den Morgenstunden des 3. Mai die blutige Niederlage von Chancellorsville. Die Konföderierten siegten nicht so leicht wie bei Fredericksburg. Mit dem schwertge-

waltigen Peter Jackson, gleichsam einem wiederauferstandenen Puritaner- oder Hugenottengeneral, büßten sie einen ihrer fähigsten Feldherrn ein, dessen Fehlen noch oft schmerzlich bemerkt wurde. Auch sonst waren ihre Verluste groß: 12 463 Mann. Aber die Unionstruppen litten noch wesentlich mehr. Das überwiegend deutsche elfte Korps, auf das der erste Angriff traf, wurde infolge von schlechten Anordnungen der Oberleitung vollkommen geworfen, nicht ohne daß die Presse in nationalistischer Gehässigkeit seine „Feigheit“ sehr mit Unrecht für alles Unglück verantwortlich gemacht hätte. Den anderen Korps ging es nachher nicht viel besser. In traurigster Verfassung mußte das Heer bis zum 6. Mai hinter den Fluß zurück, den es eine Woche zuvor mit Gesang und Scherz überschritten hatte. Lee rückte nicht gleich nach, indem er wieder wie im Dezember die Chancen aus der Hand gab, die eine entschlossene Verfolgung geboten hätte. Er nahm sich Zeit für Organisationsänderungen und Heranziehung von Verstärkungen. Dann aber versuchte er noch einmal, den Krieg aus dem traurig verwüsteten Heimatstaat in das Land des Gegners zu tragen, wo allein der Sieg den ersehnten Frieden bringen konnte. Anfang Juni begann er den Vormarsch. Mitte des Monats rückten seine Vortruppen in Maryland ein. Gegen Ende streiften sie bis an den Susquehanna, und er selbst stand an der Grenze Pennsylvaniens. Die Staatshauptstadt Harrisburg schien in unmittelbarster Gefahr. Auch in Pittsburg und Philadelphia rüstete man fieberhaft, um einen möglichen Angriff abzuwehren, während das Landvolk ängstlich flüchtete. Im ganzen Norden herrschten Aufregung und Scham. Vielerorten und von angesehensten Männern wurde stürmisch die Rückberufung von McClellan verlangt, der allein noch retten könne und werde. Dazu mochte sich Lincoln nicht entschließen: es wäre einer Abdankung sehr nahe gekommen. Wohl aber nahm er ein Abschiedsgesuch Hookers an und ersetzte ihn durch Meade (27. Juni). Der neue Armeeführer empfahl sich äußerlich wenig: ein steifer, wortkarger Mann, der mit seinem hageren, bärtigen, bebrillten Gesicht mehr einem Schulmeister als einem Offizier ähnlich sah, wie er denn auch als Angehöriger des Ingenieurkorps bis zum siebenundvierzigsten Jahr nie Frontdienst getan hatte. Weder bei seinen Kameraden noch bei seinen Leuten erwarb er sich je Beliebtheit. Aber er besaß einen sicheren Blick, namentlich für Auswahl von Stellungen, und ruhige

Entschlossenheit in Gefahr. Lee hielt ihn von vornherein für einen immerhin gefährlicheren Gegner, als Hooker und Burnside gewesen waren. Er konzentrierte seine Truppen und bereitete sich auf die Schlacht vor, die Meade seinerseits zu liefern gewillt war. Beide hatten das Gefühl, daß Außerordentliches auf dem Spiel stände. Siegten die Konföderierten, so schien bei der stark erschütterten Stimmung in weiten Teilen des Nordens nicht ausgeschlossen, daß sie die Anerkennung des Südbundes erzwangen. Es konnte ein Wendepunkt der amerikanischen Geschichte werden. Sicher war es der Höhepunkt des Krieges.

Trotzdem entspann sich der Kampf nicht nach einem festen Plan, sondern durch ein zufälliges Zusammentreffen der Vortruppen am 1. Juli bei der kleinen Stadt Gettysburg, deren Namen fortan jedem Kind in Amerika geläufig werden sollte. Die Konföderierten waren anfangs in Überzahl und drängten die Feinde unter schweren Verlusten zurück. Aber sie unterließen, wie sie doch wohl gekonnt hätten, gleich noch am ersten Schlachttag den Höhenzug des sogenannten Kirchhofrückens hinter der Stadt zu besetzen. So fand Meade eine von Natur starke Position, als er in der Nacht selbst an Ort und Stelle erschien. Bis zum nächsten Vormittag waren dort über 90 000 Mann mit reichlichem Geschütz versammelt. Lee hatte weniger, vielleicht nur 70 000. Deshalb wurde ihm geraten, lieber nicht frontal zu attackieren, sondern das gefahrlosere Manöver eines Flankenmarsches zu versuchen. Aber er verließ sich auf die unwiderstehliche Stoßkraft seines Heeres, doch wohl des schönsten, das während des ganzen Bürgerkrieges ins Feld gezogen ist. Hielten die Truppen sich für unbesieglich, warum sollte er geringeres Vertrauen haben? Nach einigem Zögern, das wahrscheinlich schädlich war, befahl er am späten Nachmittag des 2. Juli den allgemeinen Angriff. Der Erfolg war nicht gleich ungünstig. Um freilich hohen Preis wurden einige kleine Vorteile errungen. Er konnte den am Abend unentschieden abgebrochenen Kampf am frühen Morgen des 3. noch immer mit Siegeshoffnungen erneuern. Aber als dann, vorbereitet durch eine mehrstündige bange Gefechtspause und eine folgende ohrenbetäubende Kanonade, zwischen 2 und 3 Uhr der berühmte Vorstoß der 15 000 Konföderierten Picketts die Entscheidung erzwingen sollte, wies ihn das überlegene, ruhige Feuer der Unionstruppen glatt ab. Man denkt an den ersten

Sturm der preußischen Garde auf St. Privat. Tadellos gerichtet, mit fliegenden Fahnen wie zu einer Parade, gingen die Regimenter durch das liebliche Tal vor. Als eine ungeordnete, verzweifelte, zusammengeschossene Masse wälzten sie sich, nachdem sie beinahe schon an die feindlichen Schanzen herangekommen gewesen waren, eine halbe Stunde später unter den Hurrarufen der aufatmenden Verteidiger zurück. Viele meinen, daß, wenn Meade einen Gegenangriff unternommen hätte, die ganze Armee Lees in die Flucht mitgerissen worden wäre. Da er den Mut dazu nicht fand, blieb Lee noch den ganzen 4. bei Blitz, Donner und Regen auf dem Schlachtfeld. Erst in der Nacht zog er ab und gelangte bis zum 14. Juli sicher nach Virginia zurück.

Den Zivilstrategen in Washington war das eine bittere Enttäuschung, die die erste Freude über den Gettysburger Sieg bald erheblich trübte. Sie meinten, Meade hätte unter allen Umständen den schwächeren und entmutigten Gegner vor dem Übergang über den Potomac stellen müssen. Gerade auch der Präsident äußerte sich sehr bitter über die Armee, die das Ende des Krieges in der hohlen Hand gehalten und diese nicht geschlossen hätte. Wie weit er damit vom militärischen Standpunkt recht hatte, ist schwer zu sagen. Denkbar wäre immerhin, daß eine neue Schlacht Lees Armee vernichtet hätte, und das hätte dann wirklich das Ende des Krieges sein, die Konföderierten zur Unterwerfung bestimmen können; denn gleichzeitig mit dem unglücklichen Ausgang ihrer Offensive nach Norden war im Südwesten ein anderes, ganz großes Unglück über sie hereingebrochen. Sie hatten die letzten Stützpunkte am Mississippi verloren.

Die Herrschaft über den Mississippi war für beide kriegführende Teile von der äußersten Bedeutung. Der Norden brauchte sie für den freien Absatz der Erzeugnisse seiner westlichen Staaten; denn wenn diese seit dem Ausbau des Eisenbahnsystems auch nicht mehr ausschließlich auf den Transport zu Wasser angewiesen waren, bot der Flußweg doch in vielen Fällen den Vorzug geringerer Umstände und Kosten. Andererseits der Süden sah eine Lebensfrage darin, daß ihm nicht die Verbindung mit Texas abgeschnitten wurde, von wo er Fleisch und Getreide und über Mexiko europäische Waffen bekam. Nun hatten schon die Operationen vom Frühling 1862 den größeren Teil der Stromlinie den Unionsheeren aus-

geliefert. Sie besaßen an der Mündung New Orleans und am Mittellauf Memphis und Columbus. Aber die Stadt Vicksburg und 200 Kilometer Luftlinie südlich Port Hudson am Unterlauf hatten, weil der Feldzug damals stockte, die Konföderierten behauptet. Das war um so wichtiger, als gerade bei Vicksburg die eine der beiden westöstlichen Eisenbahnlinien des Sonderbundes an den Strom heran und auf dem andern Ufer weiterführte. Die Stadt lag an einer der ganz wenigen Stellen, wo der gewundene Fluß unmittelbar auf die steilen Uferhöhen der sogenannten Bluffs trifft. So beherrschte sie weithin das Land. Wasserarme, Kanäle und Sumpfstrecken erschwerten eine Annäherung auch von Norden und Osten, und Kunst steigerte noch die natürlichen Hindernisse. Den ganzen Sommer und Herbst wurde in weitem Umkreis eifrig gegraben und gebaut. Das Unionsheer störte die Arbeiten zunächst nicht. Obwohl mit Hallecks Berufung nach Washington das Kommando am Mississippi auf Grant übergegangen war, dauerte es bis Anfang November, daß der Feldzug gegen die Festung eingeleitet wurde, und auch dann gab es lange nur Mißerfolge. Weder mit Märschen und Gefechten noch mit Angriffen der Flottille noch mit beschwerlichen Wasserbauten kam man dem Ziel näher. Die Gesundheit der Truppen litt unter Regen, Überanstrengung, schlechter Unterkunft und Verpflegung. Ihre Stimmung wurde verzagt und unzufrieden. Die Zeitungen brachten das falsche Gerücht auf, daß Grant in sein altes Laster zurückgefallen sei, und verlangten die Abberufung des Trunkenboldes und Heerverderbers. Aber während sie sonst schon manchen General gestürzt hatten — Sherman schrieb mit begreiflichem Ärger: „wenn die Presse das Land regiert, mag sie auch die Schlachten schlagen" —, gelang es diesmal glücklicherweise nicht. Lincoln hatte McClellan zu unrecht fallen lassen. Die Gerechtigkeit gebietet festzustellen, daß er es war, der Grant hielt. „Ich kann den Mann nicht entbehren. Er schlägt sich," hatte er im Frühling nach Shiloh gesagt. Nun meinte er gemütlich: „Ich denke, wir lassen ihn noch ein wenig." Das Vertrauen belohnte sich. Mitte April machte sich Grant an die Ausführung eines geradezu genialen Planes, der namentlich seinen natürlichen Offensivgeist in hellstes Licht stellt. Unter Preisgabe all seiner nördlichen Verbindungen verlegte er seine Operationen in den zugänglicheren Süden der Stadt, wo er etwa nur hoffen

konnte, von den in New Orleans und gegen Port Hudson stehenden Truppen gestützt zu werden. Während Kanonenboote und Transportschiffe, das Wagnis Farraguts wiederholend, ohne allzu schwere Verluste an den Batterien vorbeifuhren, rückte das Heer in weitem Umweg über das rechte Flußufer nach Bruinsburg und von da wieder nordwärts. Die Konföderierten, völlig überrascht, fanden sich in der neuen Lage nicht zurecht. Sie hatten zwei Heere, ein größeres, 40 000, unter Pemberton bei Vicksburg selbst und ein kleineres, 15 000, unter dem wieder genesenen Joseph E. Johnston bei der Staatshauptstadt von Mississippi, Jackson. Rechtzeitig vereint, wären sie Grant mehr als gewachsen gewesen. Grant aber ließ es nicht zu solcher Vereinigung kommen. In einer Reihe von Gefechten, die man geglaubt hat, mit Napoleons italienischem Feldzug von 1796 vergleichen zu können, warf er sich schnell erst auf den einen, dann auf den andern der Feinde, und das Ende war, daß Mitte Mai Pemberton in Vicksburg eingeschlossen wurde, während Johnston nicht mehr die Macht hatte, Entsatz zu versuchen. Ein Sturm, zu dem sich Grant durch die Ungeduld seiner Truppen bestimmen ließ, war unnütze Blutverschwendung. Schon der Hunger mußte die viel zu starke Garnison nach einigen Wochen bezwingen. Dazu kam eine der furchtbarsten Beschießungen, die die Kriegsgeschichte bis dahin kannte. Am 3. Juli verstand sich Pemberton angesichts der Erschöpfung der Soldaten und der namenlosen Leiden der Zivilbevölkerung zu Kapitulationsverhandlungen, und ausgerechnet am Nationalfeiertag der Unabhängigkeitserklärung (4. Juli) wurden sie auf immerhin leidliche Bedingungen hin abgeschlossen. An 30 000 Mann streckten die Waffen. Die unvermeidliche Folge war, daß bald darauf (9. Juli) auch Port Hudson übergeben wurde. Am 16. kam nach mehr als zweijähriger Pause der erste Handelsdampfer von St. Louis in New Orleans an. Lincoln konnte schreiben: „Die Zeichen sind besser. Der Vater der Ströme geht wieder unbelästigt ins Meer."

Inzwischen hatte, um die Erfolge des Jahres voll zu machen, ein drittes Unionsheer, die sogenannte „Cumberland-Armee", vielversprechende Operationen gegen den Westabhang der Alleghanies begonnen. Jener Offensivstoß der Konföderierten nach Kentucky im Herbst 1862 (S. 71) war bald zum Stehen gebracht worden. Sie hatten sich nach Tennessee zurückziehen müssen und dort um

die Jahreswende in der mehrtägigen Schlacht von Murfreesborough (30. Dezember bis 3. Januar), ohne gerade besiegt zu werden, doch schwere Verluste erlitten. Dann folgten lange Monate der Ruhe. General Rosecrans (Rosenkranz), der seit Ende Oktober die Bundestruppen kommandierte, war bei großer Begabung doch einigermaßen Schwierigkeitsmacher. Erst am 24. Juni gab er dem Drängen auf endlichen Vormarsch nach. Das Ergebnis war zunächst glänzend. Ohne ernstlichen Kampf, nur durch meisterhafte Flankenbewegungen drängte er den ihm gegenüberstehenden Bragg aus einer Position in die andere zurück, bis er am 9. September sogar in Chattanooga einziehen konnte, das als wichtiger Eisenbahnknotenpunkt Osttennessee und die Verbindungen nach Virginia und Georgia beherrschte. Sein Name nach solcher Leistung strahlte hell. Ein neuer, ganz großer Feldherr schien entdeckt, wie denn die Kriegswissenschaft seinen Feldzug noch heute unter die strategisch besten des Krieges rechnet. Aber seinem lebendigen, anschlägigen Geist fehlten Ruhe und Sicherheit. Als Bragg durch Verstärkungen aus Virginia instand gesetzt wurde, schließlich doch eine Schlacht zu bieten, ganz in der Nähe von Chattanooga am Chickamauga, zu deutsch: Todesfluß, zeigte er der unerwarteten Lage gegenüber weder Überblick noch Mut. Seine Rechte und sein Zentrum wurden völlig geworfen. Nur die feste Haltung des starken linken Flügels unter General Thomas, dem „Felsen von Chickamauga", wie er fortan hieß, wandte eine Katastrophe ab (19. und 20. September). Die Konföderierten besetzten die beherrschenden Höhen im Osten und Süden von Chattanooga und rechneten, die Gegner durch Verlegung der hauptsächlichsten Zufuhrstraße zu verlustreichem Rückzug, vielleicht zur Kapitulation zwingen zu können. Wirklich schien die Lage des Unionsheeres höchst kritisch. Pferde und Maultiere fielen zu Tausenden aus Mangel an Futter. Es ließ sich voraussehen, daß bald weder Kavallerie noch Artillerie verfügbar sein würde. Aber die Regierung in Washington sorgte für rechtzeitige Hilfe. Der Kriegssekretär Stanton hat nie größere und nützlichere Energie entwickelt als in diesen Wochen, wo er übrigens durch eine Erkältung bei einer Dienstreise den Grund zu der Krankheit legte, die ihn wenige Jahre nach dem Frieden dahinraffte. Von der Potomac-Armee wurden zwei Korps auf weiten Umwegen mit Eisenbahn nach Chattanooga geschickt. Ebenso ein großer Teil

der Eroberer von Vicksburg erhielt Marschorder dahin, und Grant persönlich wurde gebeten, den Oberbefehl zu übernehmen. Am 23. Oktober traf er nach beschwerlicher Reise im Lager ein. Noch ein voller Monat verging, ehe die Zufuhr hergestellt und das Heer wieder in Verfassung war. Dann, am 23. November, befahl er den Angriff auf die feindlichen Stellungen. Diese waren an sich sehr fest, aber es fehlte an Verteidigern, da ein ganzes Armeekorps und das beste zur Unzeit detachiert war. So brachten schon die Kämpfe der ersten beiden Tage Erfolge. Vollends am dritten (25. November) geschah eine der wunderbarsten Waffentaten nicht nur dieses Krieges. Ohne höheren Befehl, allein auf die Verantwortung einiger Unterführer — das Verdienst wird unter anderm dem deutschen Brigadegeneral Willich zugeschrieben — erstürmten einige Infanterieregimenter im Zentrum die steilen, für unersteiglich gehaltenen Hänge des Missionary Ridge. Danach gab es für die Konföderierten kein Halten mehr. Unter Hinterlassung von 6 000 Gefangenen und 42 Kanonen wichen sie zurück. Statt den Nördlichen ein Saratoga oder Yorktown bereitet zu haben, mußten sie zusehen, wie sich der Feind, unterstützt durch die dort unionstreue Bevölkerung, in Osttennessee festsetzte, und für die Sicherheit auch von Alabama und Georgia fürchten. Also machte ihnen die Niederlage den tiefsten Eindruck. Grant meint, wenn Publikum und Presse sich ebenso frei hätten äußern dürfen wie im Norden, würde Chattanooga die letzte Schlacht des Krieges gewesen sein.

Dieser legte ja doch der Bevölkerung der Südstaaten noch ganz unvergleichlich größere Opfer auf. Zunächst drückte die Blutsteuer schwer. Die Wehrpflicht war zwar nicht ganz allgemein. Das Gesetz vom 16. April 1862 erlaubte die Stellvertretung, von der bis zum Herbst 1863 mindestens 50 000 Gebrauch machten. Auch bestanden eine lange Reihe von Befreiungen für Beamte, Industriearbeiter, gewisse Handwerker. Aber diese Befreiungen wurden mehr und mehr eingeschränkt, und wenn anfangs nur die Männer zwischen 18 und 35 Jahren der Konskription unterlagen, wurde die Altersgrenze schon im September 1862 auf 40 und im Juli 1863 auf 45 Jahre heraufgesetzt, indem man schließlich (17. Februar 1864) noch eine Jugend- und Alterswehr aufstellte, nach dem höhnischen Wort der Gegner „Wiege und Grab plün-

derte". Natürlich kamen nicht alle willig. Man hörte murren, es sei des reichen Mannes Krieg und des armen Mannes Schlacht. In den Gebirgsgegenden zeigte sich wohl sogar offener Widerstand gegen die Aushebung. Auch waren Desertionen erstaunlich häufig; denn für die Soldaten war schlecht gesorgt. Es fehlte an Kleidern und Schuhen, an Decken, nicht selten an Nahrung, da die Heeresverwaltung ungeschickt war und schon wegen der unzureichenden Eisenbahnverbindungen mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Selbst für die hohe Generalität war oft Schmalhans Küchenmeister. Nur lebten die Daheimgebliebenen nicht besser. Weil doch der Süden wirtschaftlich nie auf eigenen Füßen gestanden hatte, führte die Blockade seiner Küsten dahin, daß sich im ganzen Land mehr und mehr Verhältnisse entwickelten wie in einer belagerten Festung. Selbst Brot und Fleisch waren nicht überall in genügender Menge vorhanden, und an Salz herrschte so empfindlicher Mangel, daß die Lehmfußböden der Räucherkammern abgekratzt wurden, um die Ablagerungen des aus dem Pökelfleisch herabgetropften Salzwassers wieder zu benutzen. Kaffee und Thee konnten sich nur die Reichen leisten, weil sie mit der hohen Risikoprämie des Schmuggels oder des Blockadebruchs belastet waren. Selbst in den Lazaretten wurden sie schließlich nur auf besondere Vorschrift des Arztes verabreicht. Schlimmer noch war die Knappheit gewisser Medikamente, wie Chinin oder Morphium. Man hatte nicht genug Kohle, deshalb auch nicht genug Gas, für den Winter und nicht genug Eis für den Sommer. Kleiderluxus verbot sich ganz. Eine vermögende Familie schaffte sich in drei Jahren überhaupt keine neuen Sachen an. Selbst in den besten Häusern wurde wieder gesponnen, gewebt und geschneidert. Ledernes Schuhwerk wurde vielfach durch leinenes oder hölzernes ersetzt. Vollends Lederhandschuh sah man kaum noch. Die größte Seltenheit aber stellte das Metallgeld dar. Der vorhandene Vorrat war bald für Waffenkäufe ins Ausland gewandert, und neues konnte wegen der Unterbindung der Ausfuhr nicht eingehen. Eine Anleihe in Europa brachte gegen Wucherzinsen doch nur wenige Millionen. Also blieb nichts als Papier. Bundesregierung und Einzelstaaten wetteiferten in der Ausgabe von Schatzscheinen und Noten. Schon 1863 waren allein von Bundeswegen 700 Millionen Dollar in Umlauf. Zwangskurs wurde nicht dekretiert. Man mochte sich nicht wie der

Norden über das Verfassungsbedenken fortsetzen. So kam die natürliche Entwertung voll zur Geltung. Ende 1862 war ein Papierdollar immerhin noch einem drittel, Ende 1863 nur noch einem zwanzigstel Dollar in Gold gleich. Geschäfte wurden nicht ungern im Weg einfachen Tausches vollzogen, der geringere Möglichkeiten des Betruges oder Verlustes bot. Auch die Regierung selbst sah sich in der Notwendigkeit, auf die Methoden der Naturalwirtschaft zurückzugreifen. Nachdem sie gleich anfangs auf innere Anleihen Feldfrüchte in Zahlung genommen hatte, verlangte sie zuerst im Frühling 1863 die Entrichtung von Steuern in der Form eines Zehnten der Ernte und ermächtigte die Armee, in Fällen dringender Not Lebensmittel zu requirieren, indem dafür nicht der Markt-, sondern ein einseitig festgelegter, außerordentlich viel niedrigerer Richtpreis angewiesen wurde. Das kam in vielen Fällen einer Beschlagnahme sehr nahe und erregte böses Blut. Auch der Süden hatte seine Opposition und seine Friedenspartei. Namentlich in Nordcarolina war sie eine ernste Verlegenheit. Aber mit den nördlichen Copperheads ließ sie sich freilich nicht vergleichen. Dazu war den Südländern die politische Disziplin zu sehr in Fleisch und Blut übergegangen und hielt gerade die Not zu sehr zusammen. Während staatliches Einschreiten gegen Andersgesinnte sehr viel seltener war als im Norden, machte sich der moralische Zwang der herrschenden Meinung weit stärker geltend. Präsident Davis erfuhr gewiß mancherlei Kritik: von seinem Vizepräsidenten Stephens, auch von den Gouverneuren von Georgia und Nordcarolina. Aber er regierte faktisch unumschränkt, und wenn er seine großen Fehler hatte, Unverträglichkeit, Eigensinn und eine unglückliche Hand in militärischen Personalfragen, so war er doch ein kluger, hochgestimmter Mann von einem unerschütterlichen Mut, der ihm vielleicht um so mehr historische Größe gibt, als ihn zu allen Aufregungen hinzu oft körperliche Leiden quälten. Trotz Gettysburg und Vicksburg und Chattanooga, trotz Blockade, Geldnot und Schwierigkeit des Heeresersatzes hoffte er die Dinge zum guten Ende führen zu können, solange nur das Zentrum seiner Macht, Richmond, behauptet wurde.

Und die Aussichten dafür schienen zunächst ja nicht schlecht zu sein. Die feindliche Potamac-Armee machte den ganzen Sommer, Herbst und Winter über keine weiteren Fortschritte. Sie lagerte

noch im Frühling 1864 in denselben Gegenden, wo die Offensiven von McDowell und Pope, von Burnside und Hooker zum Stehen gekommen waren. Dann aber trat ein Wechsel in ihrer Leitung ein. Nach den Siegen von Vicksburg und Chattanooga bezeichnete die öffentliche Meinung Grant als den Mann, der die Rebellion am sichersten niederzwingen würde. Mit dem Rang eines Generalleutnants, der in Amerika sehr viel mehr besagen will als in Europa, und den vor ihm nur Washington und Winfield Scott bekleidet hatten, erhielt er Anfang März den Oberbefehl über alle Landstreitkräfte der Union. Seine erste Sorge war, die zu weit getriebene Zersplitterung zu beseitigen, die bisher verhindert hatte, daß die Übermacht des Bundesheeres voll zur Geltung kam. Von den siebzehn selbständigen Kommandos, die er vorfand, ließ er eine ganze Reihe eingehen. Im wesentlichen drei Armeen sollten den Feind stellen. Im Westen gleichsam als rechter Flügel seine eigene bisherige Armee, die gegen Atlanta anzusetzen war, im Zentrum die Potomac=Armee mit dem alten Marschziel Richmond und mehr im Osten von Festung Monroe aus als linker Flügel zwei Armeekorps, etwa 50 000 Mann, unter Butler, die ebenfalls auf die virginische Hauptstadt losrücken würden. Er selbst erwog anfangs, bei seinen alten Truppen zu bleiben. Sehr bald aber entschied er sich, sie dem fähigsten seiner Unterführer, Sherman, anzuvertrauen und zur Potomac=Armee abzugehen. Darin sprach sich keine Geringschätzung gegen Meade aus, dem er alle Ehren und die meisten Obliegenheiten seiner Stellung beließ. Seine Erinnerungen geben als Grund vielmehr die Einsicht an, daß nur ein Mann von seiner Autorität dem ewigen schädlichen Dreinreden der Regierung widerstehen könne. Anfang Mai befahl er den Vormarsch über den Rapidan. Seine Armee war der Lees bedeutend überlegen, mindestens einige 90 000 gegen einige 60 000 Mann. Aber er hatte als Feldherr kaum das Maß seines Gegners und besaß auch nicht in dem Grade das Vertrauen seiner neuen Untergebenen, die, von starkem Korpsgeist erfüllt, gegen alle „Westlichen" ein entschiedenes Vorurteil hegten. So begann der Feldzug nicht viel glücklicher als der Hookers ein Jahr zuvor. Die erbitterten Kämpfe in der Wildnis am 5. und 6. Mai 1864, fast genau auf dem Schlachtfeld von Chancellorsville, brachten schwere Verluste und keinen Sieg. Ebenso bei Spottsylvania am 10. und 12. Mai

gelang es trotz furchtbarer Opfer schließlich nicht, die Stellung der Konföderierten zu nehmen. Der Unterschied gegen 1863 war nur, daß Grant ganz wie bei Vicksburg den eisernen Willen hatte, durchzuhalten. Wenn auf beiden Seiten Zehntausende außer Gefecht gesetzt würden, rechnete er richtig, daß der Schaden für die Konföderierten vergleichsweise größer und also die beste Taktik sei, weiter auf sie „einzuhämmern". Statt zurückzugehen, wagte er im Hinblick auf seine Überlegenheit, die durch Heranziehung von Verstärkungen noch vermehrt wurde, den Feind nach links hin überflügelnd, im Vormarsch zu bleiben. Eine Erkrankung Lees erleichterte ihm die Aufgabe. Bis Anfang Juni war er an den Chickahominy, den Schauplatz von McClellans Siebentageschlacht, vorgedrungen. Schon telegraphierte er nach Washington, Lee sei geschlagen und der Erfolg sicher. Da gab es einen empfindlichen Rückschlag. Ein schlecht vorbereiteter Sturm auf die konföderierten Schanzen bei Cold Harbour, am Morgen des 3. Juni, wurde glatt abgewiesen. In einer Stunde waren 4 000 Unionsleute niedergestreckt. Im Ganzen hatte Grants Heer bis dahin mehr als 50 000 Mann eingebüßt. Sein Feldherrntalent wurde wieder einmal ernstlich bezweifelt.

Auch tat er gerade jetzt etwas sehr Gefährliches. Den Spuren McClellans folgend, verlegte er seine Operationsbasis nach Süden an den Jamesfluß, wo Genral Butler inzwischen City Point ganz in der Nähe von Richmond besetzt hatte. Die Bewegung selbst glückte, da Lee sie nicht störte. Mitte Juni standen 150 000 Mann gegen die südlichen Verbindungen des Feindes. Aber die Stadt Petersburg, die diese beherrschte, trotzte wiederholten Angriffen — wieder wurde sehr viel Blut unnütz vergossen —, und während so Richmond zunächst noch ganz sicher blieb, bot die unvorsichtige Entblößung von Nordvirginia Lee die Möglichkeit, durch ein detachiertes Korps von 20 000 Mann unter Early vielmehr Washington unmittelbar zu bedrohen. Nach einem raschen Marsch durch das Shenandoahtal, das als „gedeckter Weg" zwischen Richmond und Maryland den Konföderierten schon manchmal gute Dienste getan hatte, überschritt Early am 6. Juli bei Shepherdstown den Potomac. Panischer Schrecken ging vor ihm her. Glücklicherweise warf sich ihm am 9. Juli am Monocacy in der Nähe von Frederick General Wallace mit bunt zusammengewürfelten Truppen ent-

gegen und hielt ihn, allerdings um den Preis einer Niederlage und großer Verluste, einen Tag auf. Sonst wäre die Bundeshauptstadt unweigerlich in seine Hände gefallen. Auch so gab es sehr bange Momente, als er am Morgen des 11. vor den Toren erschien. Man hielt ein Schiff bereit, damit Präsident und Minister flüchten könnten. Aber eben rechtzeitig kamen Verstärkungen, die Grant auf dem Seeweg gesandt hatte, und nach einigen Vorpostengefechten, bei denen sich Lincoln selbst die Kugeln um die Ohren pfeifen ließ, zogen die Konföderierten in der Nacht auf den 13. ab. Nur konnten sie bei der Planlosigkeit, die unter den Generälen in Washington herrschte, nicht gleich ganz unschädlich gemacht werden. Noch am 30. Juli besetzte eine Kavallerieabteilung die Stadt Chambersburg in Pennsylvanien und legte einen Teil von ihr in Asche, da sie die geforderte Kontribution von 100 000 Dollar in Gold nicht zahlte.

Der Eindruck von alledem auf die öffentliche Meinung des Nordens war der denkbar schlechteste. Bis weit in die Reihen der Republikaner zeigte sich Kriegsüberdruß. Schon im Sommer 1863 hatten die ersten Zwangsaushebungen zu sehr ernsten Unruhen geführt. New York war damals (Mitte Juli 1863) tagelang in den Händen eines wütenden Pöbels gewesen, der Eigentum zerstörte und die Neger als die Ursache des verhaßten Kriegsdienstes mißhandelte. Jetzt verlangte der Präsident eine halbe Million neuer Truppen, und neuer Widerstand wurde vorausgesehen. Auch der Bedarf an Geld blieb ungeheuer. Während doch Steuern und Zölle fortgesetzt erhöht wurden, allein die Einkommensteuer auf fünfzehn Prozent, mußte der Schatzsekretär die Staatsschuld auf zweiundeinehalbe Milliarde Dollar angeben, und trotz aller Zwangsmaßregeln schritt die Entwertung der Schatzscheine fort. Mitte Juli 1864 brachten 100 Dollar in Gold 285 in Papier. Dabei waren erst zwei konföderierte Staaten, Tennessee und Arkansas, ganz erobert, schien also, solange nur die Waffen sprächen, ein Ende nicht abzusehen. Horace Greeley schrieb an Lincoln, neun Zehntel des Volkes wünschten den Frieden fast auf jede Bedingung hin. Er selbst begann Unterhandlungen mit Agenten der Konföderation in Kanada und empfahl einen einjährigen Waffenstillstand, während dessen eine allgemeine Nationalversammlung zusammentreten möge. Nicht weniger Franz Lieber und Karl Schurz, die für die

eigene Person kriegerisch blieben, hielten den Ausblick für dunkel. Besonders die bevorstehende Präsidentenwahl machte ihnen Sorge. Wie, wenn die Demokraten siegten? Lincoln erfreute sich keineswegs der allseitigen Anerkennung und Beliebtheit, die der seitdem mit ihm getriebene Kultus erwarten lassen könnte*). Selbst in seiner Partei war er den einen zu radikal, weil er an der Forderung der Sklavenemanzipation festhielt, und den anderen zu konservativ, weil er die zurückgewonnenen Gebiete nicht einfach als erobertes Feindesland behandeln wollte. Viele stießen sich überdies immer noch an seinen mangelnden Formen. Im Kongreß hatte er wenig Freunde. Im Kabinett stand ihm der Schatzsekretär Chase, der dann auch Ende Juni seinen Abschied nahm, kritisch, ja feindlich gegenüber. Der Nationalkonvent in Baltimore hatte ihn Anfang Juni trotzdem fast einstimmig wieder aufgestellt. Aber bald nachher, als die Wahlbewegung gar keinen Schwung zeigte, setzten eifrige Bemühungen ein, ihn zum Verzicht auf eine Kandidatur zu bewegen, die ja doch aussichtslos sei. Andererseits die Demokraten waren sehr zuversichtlich. In General McClellan, dem vornehmsten Opfer der herrschenden Partei, meinten sie einen sehr starken Kandidaten gefunden zu haben. Dazu appellierten sie an die Friedenssehnsucht. Das Programm, das ihr Nationalkonvent in Chicago Ende August formulierte, erklärte ganz unumwunden, daß nach bald vierjährigem vergeblichen Bemühen, die Union durch das Experiment des Krieges herzustellen, Gerechtigkeit, Menschlichkeit, Freiheit und öffentliches Wohl sofortige Bemühungen um eine Einstellung der Feindseligkeiten forderten.

Indem aber stand ein Umschlag vor der Tür, der die Behauptung von der Vergeblichkeit des Krieges bald geradezu lächerlich erscheinen ließ. Zunächst hatte sich schon Anfang August der Norden wieder einmal seiner Flotte freuen können. In den frühen Morgenstunden des 5. August hatte Farragut unter womöglich noch drohenderen Umständen mit womöglich noch mehr persönlichem Heldenmut die Großtat von New Orleans wiederholt. An drei Forts

*) Immerhin mag notiert werden, daß Schurz an Petrasch schon am 12. Oktober 1864 schreibt (Lebenserinnerungen III. 246): „Ich will eine Prophezeiung machen, die vielleicht in diesem Augenblick sonderbar klingen wird. In fünfzig Jahren, vielleicht schon viel früher, wird Lincolns Name auf der Ehrenliste der amerikanischen Republik dicht neben den Washingtons geschrieben werden."

vorbei, mitten durch Minen hindurch und auf das starke Panzerschiff der Tennessee los, war er in die Bucht von Mobile eingefahren. Ergänzende Landoperationen sicherten die Frucht dieses Sieges. Vor Ende des Monats fand sich der letzte gute Hafen der Südküste für die Konföderierten gesperrt. Und sehr viel Wichtigeres noch bereitete sich etwas weiter nordöstlich in den Gebirgen von Georgia vor. Dort hatte Sherman zur selben Stunde wie Grant in Virginia, Anfang Mai, von Chattanooga aus seine Operationen begonnen. Er verfügte über ein krieg- und sieggewohntes Heer von 100 000 Mann, das nicht an äußerer Haltung, aber an Offensivgeist der Potomac-Armee überlegen war. Zudem war er selbst doch wohl der beste Feldherr auf der Unionsseite, von entschiedener Genialität, die schon in den beweglichen Zügen des großen, sehnigen Mannes und seiner sprudelnden, witzigen Unterhaltung sich andeutete, im Zivilleben nicht selten hastig und unausgeglichen, so daß man an seinem Verstand zweifelte, im Feld aber vorsichtiger und methodischer als Grant, zu dessen blindem Drauflosgehen er sich bei aller neidlosen Freundschaft doch ausdrücklich in Gegensatz stellte, ein kühner Stratege und ein bedächtiger Taktiker, von früherer langjähriger Tätigkeit als Leiter einer Kriegsschule auch mit der Theorie seines Berufes voll vertraut. Ihm gegenüber stand Joseph E. Johnston, der Ende 1863 Bragg abgelöst hatte, mit einigen 70 000 Mann. Auch Johnston galt für einen ausgezeichneten General. In der Schätzung der Konföderierten kam er gleich hinter Lee, den er nur in der Kunst der Menschenbehandlung entfernt nicht erreichte. So gab es einen sehr interessanten Feldzug, der recht zeigte, wieviel beide Teile gegen den Anfang des Krieges zugelernt hatten. Das nächste Ziel der Unionstruppen war Atlanta am Ostabhang der Alleghanies, wichtig als Eisenbahnknotenpunkt und nicht weniger wegen der dort angelegten Waffenfabriken. Der Weg führte über reichlich 200 Kilometer schwierigen Gebirgslandes, und Johnston hatte seiner ganzen Länge nach befestigte Stellungen vorbereiten lassen, in denen er die Feinde aufhalten wollte. Sherman verstand, ihn unter täglichen Kämpfen mit seiner Übermacht nach rechts zu überflügeln und so Schritt für Schritt von Dalton nach Resaca, von Resaca nach Allatoona, von Allatoona nach Marietta und von Marietta hinter den Chattahoochee zurückzudrücken. Vor Mitte Juli lagerten beide

Heere ganz in der Nähe von Atlanta. Immerhin war für die Konföderierten noch nichts verloren. Johnston hatte Sherman einmal bei Marietta am 27. Juni, als er allzu hitzig in der Front angriff, eine empfindliche Schlappe beigebracht und wartete nur auf die Gelegenheit, einen ähnlichen Fehler schwerer zu rächen. Schon war sein Plan dafür fertig. Da berief Jefferson Davis, mit dem er sich immer schlecht vertragen hatte, ihn ab und übertrug das Kommando dem sehr viel weniger geschickten Hood. Die Folge war, daß nun wirklich, wie man in Richmond wünschte, die Konföderierten die Offensive ergriffen. Aber in den blutigen Schlachten vom 20., 22. und 28. Juli erreichten sie nichts, und bis zum 1. September fanden sie sich so völlig mattgesetzt, daß sie Atlanta räumen mußten. Am 3. September konnte Lincoln gleichsam in Antwort auf die Plattform des demokratischen Nationalkonvents eine Proklamation erlassen, die wegen der jüngsten Siege bei Mobile und in Georgia einen Bitt- und Danktag ausschrieb.

Die nächsten Wochen dann brachten ähnliche Erfolge an einer Stelle, wo sie naturgemäß noch unmittelbarer interessierten. Anfang August war der Oberbefehl der um Washington versammelten Truppen endlich an einen fähigen Mann, den noch ganz jugendlichen (dreiunddreißigjährigen) Reitergeneral Philipp Sheridan übergegangen, und dieser focht, nachdem er erst auch nichts Rechtes hatte ausrichten können, seit Mitte September mit entschiedenem Glück gegen das schwache Korps von Early, das nunmehr aufhörte, eine Drohung zu sein. Namentlich die Schlacht am Cedar Creek bei Winchester am 19. Oktober, wo er durch sein persönliches Eingreifen Niederlage in Sieg verwandelte, wurde in Prosa und Versen lebhaft gepriesen. Daß er daneben das fruchtbar schöne Shenandoahtal, den Schauplatz seiner Kämpfe, im Stil der Melac und Duras mit Raub und Brand heimsuchte, den friedlichen Bewohnern Vieh, Getreide, sogar Ackergerätschaften nahm und weithin die Felder verwüstete, rechneten ihm Regierung und öffentliche Meinung auch nur als Verdienst an, wie es denn in seinen Instruktionen begründet war. Der Paradiesgarten Virginias sollte zur „kahlen Wüste" gemacht werden, in der selbst die Krähe sich Futter mitnehmen müßte, damit er nicht länger die Verproviantierung Richmonds und Vorstöße auf Washington erleichterte. Phil Sheridans Name war in aller Munde. Mit Sherman zusammen half

er Mißmut und Kleinmut aus den Geistern fortfegen. Man glaubte mit einemmal wieder Grant, der schon Mitte August verkündet hatte, zu raschem und gutem Ende brauche es nur der einmütigen Entschlossenheit des Nordens. Noch ehe die Präsidentenwahl stattfand, war entschieden, daß sie keine Gefahr mehr sein würde.

Wirklich gab dann der 8. November Lincoln den Sieg. Die Demokraten brachten dafür, daß sie als Landesverräter denunziert und nicht immer nur mit geistigen Waffen bekämpft worden waren, eine sehr stattliche Stimmenzahl auf. Um noch nicht eine halbe Million (407 342) blieben sie hinter Lincolns 2 216 067 Stimmen zurück, und man mochte fragen, ob nicht auch rein äußerlich nur die Soldaten, denen man erlaubt hatte mitzuwählen, ihren „Vater Abraham“ herausgehauen hätten. Aber er erhielt immerhin 350 000 Urwählerstimmen mehr als 1860, und von den Wahlmännern waren alle bis auf die 21 von Delaware, New Jersey und Kentucky für ihn. So durften dieselben Leute, die ihn noch im August als „schon geschlagen“ bezeichnet hatten, von einem Triumph reden. Jedenfalls war die Fortsetzung des Krieges bis zum äußersten gesichert. Die letzte große Hoffnung der Konföderierten hatte getrogen.

Was für sie folgte, war ein einziger furchtbarer Todeskampf.

Die schwersten Wunden dabei schlug ihnen die Hand Shermans. Er hatte sich nach der Einnahme von Atlanta einige Zeit zuwartend verhalten; denn Hood war nicht nach Osten ins Flachland, sondern nach Südwesten ausgewichen, um sich auf seine Verbindungen zu werfen. Dadurch entstand für das Unionsheer eine nicht unbedenkliche Lage. Jefferson Davis prophezeite ihm bereits öffentlich eine ähnliche Katastrophe wie die Napoleons in Rußland. Der Unterschied war nur, daß Sherman sich nicht auf die Straße angewiesen fand, auf der er gekommen war, sondern sich durch fruchtbares Land unter günstigen klimatischen Bedingungen einen neuen Weg an die See bahnen konnte, die, von der Unionsflotte beherrscht, am Ende auch eine genügende Operationsbasis bot. Gegen Hood brauchte er dann nur die in Tennessee ohnehin stehenden Besatzungs- und Etappentruppen mit einem Restteil seines Heeres zu vereinigen. Der Plan beschäftigte ihn sehr bald. Mobile, Pensacola, Charleston und Savannah erschienen als mögliche Zielpunkte. Schließlich entschied er sich für Savannah. Bedenken,

die eigentlich überall, namentlich aber in Washington, hervortraten, überwand er. Anfang November hatte er die ersehnte Erlaubnis von Grant. Er zerstörte die unhaltbare Eisenbahn von Atlanta nach Chattanooga, überließ die schwierige Aufgabe der Abwehr Hoods General Thomas, der nach einigen bangen Momenten gegen Ende des Jahres in einer Reihe blutiger Kämpfe dann wirklich mit dem nach Tennessee vorgedrungenen Gegner fertig wurde, und begann selbst mit der Hauptmasse des Heeres, 62 000 erlesenen Leuten, aber nur wenig Geschütz (65) und Train, in zwei großen Haufen den Marsch an die Küste (15. November).

Für die Soldaten war es eine vergnügliche Sache. Auf irgendwelchen ernsten Widerstand stießen sie nicht. Das Wetter war schön und das Land, durch das sie zogen, gut angebaut. Das Lied vom Marsch durch Georgia: As we were marching through Georgia, sollte das populärste des Krieges werden. Um so trauriger stellten sich die Dinge für die weißen Einwohner. Der Krieg war von vornherein mit großer Erbitterung geführt worden; und zwar von den Unionstruppen mehr als von den Konföderierten, weil diese im Norden eine ihnen freundliche Partei wußten, die sie nicht verletzen durften, während jene sich gegenüber der geschlossenen Masse der „Rebellen" in der Rolle des rächenden Richters fühlten. Sehr früh erhielten die Bundesgeneräle Befehl, die feindliche Bevölkerung „ohne Handschuh" anzufassen. Namentlich die Zerstörung von Fabriken war etwas ganz Übliches. Indessen System kam doch erst 1864 und, wie es scheint, durch Grant in die Sache. Ihm galt es angesichts der unbequemen Friedensstimmung weiter nördlicher Kreise für eine Forderung militärischer und politischer Klugheit, das geduldigere Volk des Südens die Leiden des Krieges so schwer fühlen zu lassen, daß es sich in Verzweiflung gegen die Tyrannei der herrschenden Clique erhebe. Sherman, obwohl persönlich nicht ohne Sympathien für den Süden, wo er vor dem Krieg eine Zeitlang gelebt hatte, ging voll auf diese Grundsätze ein. Schon in Atlanta hatte er die Einwohnerschaft vertrieben und drei Viertel der Häuser in Brand gesteckt, indem er Beschwerden mit dem rohen Wort abwies, Krieg sei Krieg und nicht Popularitätssuchen. Nun erklärte er für seine Absicht, „Wege, Pferde und Volk" gänzlich zugrunde zu richten und Georgia „heulen zu machen". Seine Soldaten wurden angewiesen, „liberal zu fou-

ragieren", und befolgten den Wink um so rücksichtsloser, als man sich furchtbare Dinge erzählte über Leiden durch Hunger und Obdachlosigkeit, denen ihre gefangenen Kameraden im Schreckenslager von Andersonville eben in Georgia ausgesetzt gewesen waren*). Außer dem nackten Leben ließen sie den Leuten im weiten Umkreis wenig oder nichts**). Sherman selbst stellte befriedigt fest, daß sie für 100 Millionen Dollar Schaden angerichtet hätten. Dabei war allerdings die Zerstörung der Eisenbahnen mitgerechnet und der Verlust durch Befreiung der Sklaven. Diese strömten zu vielen Tausenden herbei, um „den Engel des Herrn" zu begrüßen, und anfangs gern willkommen geheißen, wurden sie, indem sie mitzogen, schließlich eine entschiedene Verlegenheit für das Heer. Doch gelang es Shermans Energie, eine sehr anständige Marschleistung durchzusetzen. Durchschnittlich wurden täglich nicht viel weniger als zwanzig Kilometer zurückgelegt. Schon am 10. Dezember lagerte die Armee vor den Toren Savannahs. Zehn Tage später räumten es die Konföderierten, und Sherman konnte am 22. Dezember an Lincoln telegraphieren, er lege ihm als Christgeschenk die Stadt Savannah mit 150 schweren Geschützen und 25 000 Ballen Baumwolle zu Füßen. Nicht die schwerste, aber die glänzendste Unternehmung des Bürgerkrieges war glücklich vollbracht.

Fragte sich, was mit der siegreichen Armee nun am besten geschehen würde. Grant hatte den Gedanken, sie über See an den Jamesfluß zu sich heranzuziehen. Sherman aber, schon um seine Selbständigkeit nicht zu verlieren, machte wieder einen kühneren

*) In diesem Lager, das etwa für 10000 Mann Platz hatte, waren zeitweilig 32911 Gefangene zusammengedrängt. Die Zustände, die sich aus solcher Überfüllung ergaben, waren entsetzlich und erregten im Norden so nachhaltige Wut, daß noch nach dem Frieden der persönlich kaum verantwortliche Kommandant, Kapitän Wirz, wegen Mordes zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde. Es muß aber gesagt werden, daß die Unionsbehörden selbst nicht ohne Schuld waren, insofern sie den vom Süden gewünschten Gefangenenaustausch verweigerten, und daß sie die gefangenen Konföderierten trotz ihrer viel größeren Hilfsmittel im ganzen durchaus nicht besser behandelten, 30218 Unionssoldaten, die in der Gefangenschaft starben, stehen 25976 konföderierte gegenüber.

**) Grant erzählt in seinen Erinnerungen als guten Witz die folgende Anekdote: Es war Befehl, alle Bluthunde zu erschießen. Ein Soldat nahm daraufhin den Lieblingspudel einer Dame fort und wies deren Einwand, daß es sich doch um keinen Bluthund handele, höhnisch ab: man könne nicht wissen, was aus dem Tier noch werden würde, wenn man es zurücklasse.

Vorschlag. Er bat, sich den Weg nach Virginia zu Land bahnen zu dürfen. Dann ließ sich das Strafgericht, das über Georgia ergangen war, auch auf die Carolinas ausdehnen, von denen namentlich Südcarolina als der eigentliche Urheber des ganzen Kampfes den Gegenstand besonderen Hasses bildete. Charleston, das sich bisher vielfacher Angriffe noch immer erwehrt hatte, würde zur Kapitulation gezwungen und Lee schließlich zwischen zwei Feuer gebracht werden. Grant sah das ein. Über irgendwelche Empfindungen der Eifersucht war er erhaben. „Nur zu gern" gab er seine Zustimmung. Nachdem der Januar mit den notwendigen Vorbereitungen hingegangen war, brach das Heer am 1. Februar auf.

Inzwischen war die Aufgabe beider Generäle durch eine Aktion an anderer Stelle erleichtert worden, bei der auch die Flotte noch einmal eine sehr bedeutende Rolle spielte. Von allen Häfen der Ostküste hatte keiner für die Konföderierten annähernd ähnliche Wichtigkeit wie Wilmington in Nordcarolina. Die Blockade ließ sich hier nicht durchführen. Fortgesetzt gingen große Mengen von Waren und Kriegsbedarf ein, noch seit dem 26. Oktober 1864 über 8½ Millionen Pfund Fleisch, 1½ Millionen Pfund Blei, beinahe 2 Millionen Pfund Salpeter, 546 000 Paar Schuhe, 69 000 Gewehre und 43 Kanonen. Die Armee Lees wurde großenteils auf diesem Weg erhalten. So erkannte Grant die Notwendigkeit, die Einfahrt in den Hafen vom Land aus zu sperren, indem er das Fort Fisher wegnähme, das die Mündung des Cape Fearflusses beherrscht. Noch im Dezember wurde ein starkes Geschwader mit einem Landungskorps abgesandt. Der Erfolg war anfangs nicht der gewünschte. General Butler, der damit seine militärische Laufbahn unrühmlich beschloß, gab nach einem ersten Versuch um Weihnachten die Sache voreilig auf. Mitte Januar aber geschah unter anderer Führung ein neuer Angriff, und nach dreitägigem Bombardement mit Generalsturm wurde das Fort, weil es weder Munition noch Verteidiger genug hatte, am 15. Januar überwältigt, worauf auch die Stadt Wilmington nach einiger Zeit besetzt wurde. Das kam in erster Linie natürlich Grant zustatten, insofern die Armee von Richmond nun alsbald in Not geraten mußte; aber eben auch Sherman hatte den Vorteil, für seinen Marsch nach Norden mit einem sicheren Stützpunkt halbwegs zwischen Savannah und Richmond rechnen zu können.

Die Schwierigkeiten sonst waren unvergleichlich viel größer als bei dem militärischen Spaziergang durch Georgia. Die Strecke war länger. Von Savannah bis Goldsborough, das als nächstes Ziel ins Auge gefaßt wurde, sind es nicht viel unter 700 Kilometer. Fünf schiffbare Flüsse mit sumpfigen Ufern wollten überschritten sein, und die schlechte Jahreszeit mit ihren unendlichen Regengüssen bewirkte, daß die Soldaten fast immer durch Schmutz, sehr häufig durch hohes Wasser waten mußten. Wenn sie trotzdem stetig vorrückten, durchschnittlich vierzehn Kilometer im Tag, so stellte das ihrer Abhärtung und Leistungsfähigkeit ein glänzendes Zeugnis aus. Einer ihrer Feinde sogar verglich sie bewundernd mit dem Heer Julius Cäsars. Nur leider befleckten sie ihren Ruhm durch noch ärgere Roheiten, als sie sie schon in Georgia verübt hatten. Sherman selbst schrieb: „Die ganze Armee brennt von dem unersättlichen Verlangen, sich an Südcarolina zu rächen; ich zittere beinahe, wenn ich an sein bevorstehendes Schicksal denke, aber ich weiß, daß es alles verdient hat." Fast ohne einen Finger zu rühren, ließ er die Zerstörungs- und Plünderungssucht seiner Leute sich austoben: „Ein Rebell hat kein Recht, nicht einmal das Recht, zu leben, ausgenommen mit unserer Erlaubnis." „Ehe wir aus Südcarolina heraus waren," erzählte er später, „hatten sich die Soldaten dermaßen angewöhnt, alles auf der Marschlinie zu zerstören, daß oft das Haus, in dem ich mein Hauptquartier gehabt hatte, schon brannte, ehe ich noch ganz heraus war." Die Leute brieten ihren Speck auf silbernen Tellern und tranken feine Weine aus silbernen Pokalen. Auch Juwelen nahmen sie und nicht nur aus verlassenen Häusern. Karl Schurz, der im Sommer 1865 Südcarolina bereiste, stellte fest: „Shermans Spuren waren furchtbar. Meilenweit glich die Straße einem breiten schwarzen Streifen von Verwüstung. Hecken und Zäune waren verschwunden, hier und dort zeigten schwärzliche Trümmerhaufen, aus denen vereinzelt noch Schornsteine phantastisch emporragten, die Stellen an, wo behagliche Wohnstätten gestanden hatten; die Felder waren von dichtem Unkraut überwachsen." Columbia, die freundliche kleine Hauptstadt des Staates, ging mit zahlreichen Schätzen der Kunst und des Luxus fast ganz in Flammen auf (17. Februar). Charleston, das am nächsten Tag kapitulierte, hatte zu den Leiden vielfacher Beschießungen, von denen es vorher bereits betroffen worden war, wenig-

stens Plünderung und einzelne Brände zu erdulden, wennschon die „zufällige Zerstörung" ausblieb, die Halleck Sherman anempfohlen hatte. Die Bevölkerung sah nicht überall ruhig zu. Es bildeten sich Guerillabanden, die Grausamkeiten grausam erwiderten. Auch ein kleines Heer unter Joseph E. Johnston, dessen Wiederberufung die öffentliche Meinung stürmisch verlangt hatte, warf sich endlich Mitte März, schon in Nordcarolina, den Eindringlingen entgegen. Gefechte am 16., 19. und 21. März verliefen nicht unrühmlich für die Konföderierten. Aber Sherman aufzuhalten, war unmöglich. Am 23. März hatte er Goldsborough erreicht, wohin von Wilmington aus namhafte Verstärkungen ihm entgegengesandt waren. Die Armee mochte sich dort einige Ruhe gönnen. Er selbst begab sich zu Schiff ins Hauptquartier, um mit Grant und dem gerade auch anwesenden Präsidenten die weiteren Operationen zu besprechen (27. März). Er war überzeugt, daß sie die letzten sein würden.

Nicht weniger unter den Konföderierten herrschte das Vorgefühl nahen Endes. Der größere Teil ihres Landes war in Feindeshand. Ihre Noten hatten keinen Wert mehr. Man zahlte sechzig und mehr Dollar in Papier für einen in Gold. Ihre Heere, nicht mehr besoldet, kaum noch ernährt, schmolzen durch Desertionen zusammen. Schon wußten sie sich keinen andern Rat, als Negerfreiwillige aufzubieten. Am 13. März nahm ihr Kongreß ein entsprechendes Gesetz an.

Allerdings blieben dessen Bestimmungen, ängstlich und halbherzig besonders hinsichtlich der dann unvermeidlichen Emanzipation, sehr weit hinter dem zurück, was der Präsident und General Lee für notwendig hielten. Viele Abgeordnete empfanden doch, welch Hohn für die Sache des Sonderbundes in dem Aufruf der Sklaven lag. Sie hätten eine friedliche Unterwerfung vorgezogen. Unterhandlungen darüber waren im Anfang des Jahres durch die private Vermittlung des Unionspolitikers Francis P. Blair, eines Veteranen aus der Jacksonzeit, angeknüpft worden, und Lincoln, der am 3. Februar in Hampton Roads persönlich drei Friedensgesandte der Konföderation empfing, hatte in versöhnlichen Worten alle mögliche Schonung, namentlich Frist und Entschädigung für die Sklavenbefreiung, versprochen. Da er aber natürlich an dieser selbst festhielt und nicht von Regierung zu Regierung abschließen, sondern nur Unterwerfung entgegennehmen wollte, hatte Davis,

der immer noch auf Unabhängigkeit hoffte, das, was er bedingungslose Übergabe nannte, doch wohl zum dauernden Schaden des Südens zurückweisen können. In eindrucksvoller Rede in der Afrikanischen Kirche von Richmond erklärte er, mit der Konföderation leben und sterben zu wollen. Keinerlei Gegenvorstellungen erschütterten seinen großartigen Eigensinn. Er klammerte sich an die Hoffnung, daß Lee, selbst wenn er die Hauptstadt etwa preisgeben müsse, Grant hinter sich lassen und, mit Johnston vereint, Sherman schlagen werde.

Tatsächlich bestand wohl eine solche Möglichkeit. Grant lebte den ganzen Winter in ewiger Furcht, eines schönen Tages die Schanzen vor seiner Front von Richmond bis Petersburg leer zu finden, und begann, um den Gegner rechtzeitig zu fassen, seine Operationen, sobald der in der Regenzeit aufgeweichte Boden nur einigermaßen aufgetrocknet war, ohne Shermans Mitwirkung abzuwarten. Er hatte sich seit dem Sommer dank seiner doppelten Übermacht langsam, aber sicher unter mannigfachen Kämpfen gegen die südlichen Verbindungen Lees vorgearbeitet. Nur noch die wichtige Eisenbahn nach Danville war in dessen Händen. Jetzt setzte er sich das Ziel, auch diese fortzunehmen. Die ersten Tage seit dem 29. März brachten keine Lorbeeren. Die Presse in Richmond höhnte schon, und die Bevölkerung beruhigte sich. Am 1. April aber erfocht Sheridan auf dem linken Flügel den glänzenden Sieg von Five Forks, und am nächsten Morgen durchbrach ein allgemeiner Sturm die feindlichen Linien an drei Stellen. Petersburg und damit auch Richmond waren nicht länger zu halten. Jefferson Davis, dem man während des Vormittagsgottesdienstes in der St. Paulskirche das Telegramm brachte, floh mit den Behörden. Furchtbare Szenen der Verwirrung und Zerstörung spielten sich ab. Lee selbst versuchte, sein Heer nach Danville zu retten. Aber sei es, daß er in diesen letzten Tagen nicht auf der Höhe seines Könnens stand, sei es, daß nur die Entmutigung seiner Leute schuld war und der zufällige Aufenthalt durch das Verirren eines Lebensmitteltransports, die Unionstruppen, die nie besser geführt wurden und nie besser kämpften und marschierten, verlegten ihm erst die Straße nach Süden und bald auch den Rückzug nach Westen in die virginischen Berge. Die Armee löste sich auf. Schließlich waren nur noch 28 000 Mann bei der Fahne. So blieb nichts übrig, als auf die Kapitulations-

verhandlungen einzugehen, die Grant schon am 7. April anbot. Am 9. kamen beide Generäle in Appomattox Court House zusammen: Grant unscheinbar, gekleidet wie ein einfacher Soldat, nur mit den Generalsabzeichen auf der Schulter, ohne Säbel, den er beim Reiten nicht zu tragen pflegte, mit schmutzbespritzten Stiefeln, Lee hochgewachsen und vornehm, in glänzender, ganz neuer Uniform, auch als Besiegter von ruhiger Würde. Die Unterhaltung verlief ohne Peinlichkeit. Am Schluß formulierte Grant in einem Brief seine übrigens milden und ehrenvollen Bedingungen, und Lee in einem andern Brief nahm sie an.

Neun Tage später (18. April) schloß General Johnston einen Unterwerfungsvertrag mit Sherman, nachdem Präsident Davis, kampfeslustig bis zuletzt, ihn vergebens zum Ausharren zu bestimmen gesucht hatte. Die Befürchtung, daß die sonst noch im Lande stehenden kleinen Heere einen Guerillakrieg beginnen würden, erwies sich als unberechtigt. Auch sie, immerhin noch einige sechzigtausend Mann, ergaben sich im Laufe des Mai. Der große Kampf war zu Ende.

Er hatte den Amerikanern selbst und der staunenden Welt draußen gezeigt, welch ungeheure militärische Leistung sich aus einem Volk herausholen ließ, von dem die Meinung gewesen war, daß es sich so recht nur auf die Dollarjagd verstände. Von einigen dreißig Millionen Einwohnern hatten gut drei Millionen, also etwa ein Zehntel die Waffen getragen, mehr als zwei Millionen auf seiten des Nordens, mehr als eine auf seiten des Südens, und wenn anfangs die natürlichen Mängel des Milizheeres, geringe Ausdauer und geringe Manövrierfähigkeit freilich sehr sichtbar gewesen waren, so verdienten, indem der Krieg die Schule des Krieges wurde, die späteren Leistungen etwa der Armeen Lees und Shermans die volle Beachtung der militärischen Fachleute der alten Welt. Namentlich die Art, wie die Errungenschaften der modernen Technik, Eisenbahn und Telegraph, für militärische Zwecke ausgenutzt wurden, enthielt wertvolle Lehren, und epochemachend wirkte die Verwendung von gepanzerten Schiffen im See- und Flußkrieg, während ein mißlungener Versuch der Konföderierten mit Unterseebooten allerdings zunächst keine Folgen hatte. Ein genauer Vergleich mit europäischen Verhältnissen verbot sich schon dadurch, daß die riesigen Entfernungen und der wenig dichte An-

bau des Landes ganz andere Schwierigkeiten der Unterkunft und der Verpflegung mit sich brachten. So geschah es, daß auf den einzelnen Schlachtfeldern die Massenhaftigkeit des Gesamtaufgebotes nicht zur Geltung kam. Wir finden im allgemeinen nur Heere von 100 000 Mann und weniger. Mehr als 200 000 haben sich kaum je gegenübergestanden. Keine Schlacht reichte nach Zahl der Kämpfer an Leipzig oder Königgrätz oder Sedan heran. Und größer als der Abgang durch Kampfverluste war der durch Krankheiten, zu denen schon die Notwendigkeit häufigen Biwakierens Anlaß gab. Von den Unionstruppen sind 224 586, von den Konföderierten über 150 000 an Krankheiten gestorben. Insgesamt verloren über 600 000 Soldaten das Leben.

Umsonst gebracht waren solche Opfer nicht. Wieder wie durch die Kriege gegen England und im Grunde ja auch den Krieg gegen Mexiko wurde die natürliche Aufwärtsbewegung der Nation mächtig beschleunigt. Mit der überlebten Einrichtung der Sklaverei fiel zugleich das große Hindernis wirklich einheitlicher Politik und Volkswirtschaft. Der Gedanke des Bundesstaats triumphierte endgültig über den des Staatenbunds, und der Bundesstaat stand nach außen gebietender als je da. Alsbald erreichte man ohne Anwendung von Gewalt, nur durch Drängen und Drohen, daß Napoleon III. das Kaiserreich Mexiko preisgab, zu dessen Schöpfung er die Selbstzerfleischung der Union geglaubt hatte benutzen zu dürfen.

Im Innern war für den Norden ebenfalls ein Aufschwung sicher, wenigstens in materieller Hinsicht. Schon während des Krieges hatten doch nur einzelne Kreise gelitten, das wirtschaftliche Leben im ganzen war bei der geringen Behinderung von Ausfuhr und Einfuhr nicht nur ungestört fortgegangen, sondern durch den starken Heeresbedarf und den spekulativen Reiz des Goldagios und Papiergeldes geradezu angeregt worden. Kapitalisten und Großunternehmer hatten goldene Tage gehabt. Diese goldenen Tage sollten nach dem so vollständigen Sieg andauern. Eine Zeit der Hochkonjunktur stand bevor.

Freilich nur die Sieger hatten Anteil daran, nicht auch die Besiegten. Für den Süden waren die Aussichten traurig. Er hatte nicht bloß eine militärische und politische Niederlage erlitten, von der sich ein Volk rasch erholen kann, wie alsbald das Beispiel Frank-

reichs nach 1871 zeigte. Vielmehr die Grundlagen seines wirtschaftlichen und sozialen Lebens waren verrückt. Die Aufhebung der Sklaverei ohne Übergangsbestimmungen und ohne Entschädigung stellte die bisher herrschende Klasse vor Aufgaben, die sie schon wegen des gleichzeitigen Verlustes so vielen Kapitals selbst dann schwer hätte lösen können, wenn man den Südstaaten erlaubt hätte, ihre Angelegenheiten selbständig zu ordnen. Zu allem Überfluß aber verknüpfte sich diese eine mit der anderen Frage nach den Bedingungen ihrer Wiederzulassung in die Union, und das Unglück nicht nur des Südens, sondern des ganzen amerikanischen Volkes wollte, daß eben im Moment des Sieges der einzige Mann dahingerafft wurde, der dem Sieg seinen Stachel hätte nehmen können, der Einsicht und Einfluß genug besaß, um an beide Fragen in versöhnendem Sinn heranzugehen. Am 14. April 1865 wurde Abraham Lincoln ermordet.

Lincoln hatte all die Kriegsjahre hindurch schwer an der Last seines Amtes getragen. Die Verantwortung und Arbeit, die Wechselfälle des Kampfes, die Angriffe der Feinde und der schmerzlichere Tadel der Freunde hatten ihn sichtlich altern lassen. Der immer melancholische Ausdruck seiner Züge konnte sich zum Abgehärmten steigern. Aber er hatte sich frei gehalten von jeder Verbitterung. Er war der gerechte, menschenliebende „alte Abe" geblieben, der verstand und verzieh und mehr Schicksal als Schuld sah. Auch taten die sehr unrecht, die ihn einen Tyrannen, König Abraham, schalten. Die fast unumschränkte Gewalt, die er kraft der Kriegsvollmachten der Verfassung ausübte, löste doch keine despotischen Neigungen in ihm aus, wennschon er solchen bei einzelnen seiner Mitarbeiter, wie Stanton, vielleicht zuviel Spielraum lassen mochte. Er entschied freilich lieber nur nach Beratung mit seinen Ministern, als daß er den Kongreß befragte, für den er, schon weil er nicht aus ihm hervorgegangen war, nur ein bescheidenes Maß von Neigung aufbrachte. Aber was das Volk im ganzen anlangte, vertraute er mehr der Überredung als dem Befehl, indem er etwa in offenen Briefen seine Politik zu erläutern suchte. Nie vergaß er, daß er der erste Beamte einer Demokratie war. Einzelne seiner Handlungen waren verfehlt. Er selbst besaß zu wenig Eitelkeit und Eigenrichtigkeit, um das zu leugnen, aber alles in allem ist man sich einig, daß niemand besser oder auch nur eben so gut die Nation

durch die große Krisis siegreich hätte hindurchbringen können. Gerade das, was gelegentlich an ihm getadelt wurde, die Überschlichtheit des Auftretens und das Hinauszögern und Hin- und Herüberlegen wichtiger Entschließungen kam unter den besondern amerikanischen Verhältnissen seiner Regierung zustatten. So ging die Fühlung mit dem Volk nicht verloren. Er schien zu folgen, wo er führte, folgte wohl auch wirklich einmal und konnte deshalb Opfer auferlegen und Mißerfolge erleiden, ohne daß die Opposition je zur Revolution wurde. Nicht nur neben den glänzenden bürgerlichen Staatsmännern seines Kabinetts, Seward, Chase, Stanton, auch neben den ruhmgekrönten Generälen Sherman und Grant behauptete er sich unbestritten als der erste, als der eigentliche Sieger. Seine Stellung war bei Ende des Krieges stärker als je. Ob er sie im Frieden ganz hätte bewahren können, ist schwer zu sagen. Wahrscheinlich hätte der Kongreß auch unter ihm den Versuch gemacht, sich entschiedener zur Geltung zu bringen. Aber die Leitung wäre ihm geblieben, und er hätte sie geübt mit dem Ziel, die Wunden zu heilen, die er hatte schlagen müssen. So sehr er gegen ein vorzeitiges Paktieren mit der Konföderation gewesen war, so sehr war er für Nachsicht gegen die Konföderierten, die er ausdrücklich als seine Mitbürger bezeichnete. Am liebsten hätte er ihnen eine bescheidene Entschädigung für die befreiten Sklaven ausgewirkt. Noch im Februar 1865 regte er, freilich ohne Beifall zu finden, die Sache im Kabinett an. Mindestens aber wünschte er die Besiegten möglichst bald und vollständig in ihre Selbstverwaltungsrechte wieder einzusetzen. In diesem Sinn hatte er bereits von Fall zu Fall die Angelegenheiten der von der Sezession verlorenen Gebiete geregelt und meinte jetzt am 14. April, es gelte die Bewegungsfreiheit bis zum Zusammentritt des Kongresses im Dezember zu benutzen, um die Staaten des Südens neu zu beleben.

Noch am selben Tag ereilte ihn das Verhängnis. Der 14. April wurde als der Jahrestag jener Kapitulation von Sumter, die den Anfang des Krieges bezeichnet hatte, überall als das Siegesfest begangen. In Sumter selbst hißte derselbe Anderson, der damals den Befehl gehabt hatte, inzwischen zum General avanciert, unter eindrucksvollen Zeremonien die Unionsflagge. Auch in Washington gab es Feiern, bei denen Lincoln im Mittelpunkt stand. Am Abend besuchte der Präsident mit seiner Gattin und einigen Be-

gleitern Fords Theater, um das Lustspiel „Unser Vetter aus Amerika“ anzusehen. Die Vorstellung war im besten Gang. Da gegen 10 Uhr öffnete sich die Tür der rechten Proszeniumsloge des ersten Ranges, in der Lincoln saß, ein junger Mann, der Schauspieler John Wilkes Booth trat herein, feuerte aus nächster Nähe eine Pistole gegen das Haupt des Präsidenten, der sofort zusammenfiel, wehrte durch einen Messerstich einen der Begleiter ab, der ihn halten wollte, schwang sich über die Brüstung, um auf die Bühne zu springen, und obwohl er sich dabei mit seinen Sporen in der zur Dekoration ausgehängten Fahne verfing, stürzte und das Wadenbein brach, raffte er sich sogleich wieder auf, schwenkte mit den berühmten Worten des Wappens von Virginia: Sic semper tyrannis das blutige Messer gegen die Zuschauer und verschwand in den Kulissen, von wo er über die ihm bekannte Hintertreppe den Ausgang gewann. Alles rascher fast, als sich sagen und auffassen läßt. Die Tat war ein politischer Mord. Booth wollte den Süden rächen und handelte nicht für sich allein, sondern im Rahmen einer Verschwörung, die auch gegen die anderen Mitglieder der Regierung gerichtet war, wie denn in derselben Nacht ein glücklicherweise nicht ganz gelungener Anschlag auf den Staatssekretär Seward versucht wurde. Booth fiel nicht lebend in die Hände seiner Verfolger. Nachdem er zunächst auf einem bereitgehaltenen Pferde entflohen und einige Tage unter furchtbaren Schmerzen herumgeirrt war, wurde er am 26. April in einer Scheune aufgespürt und, da er sich wehrte, erschossen. Gegen seine Genossen aber fand ein Prozeß statt. Vier, darunter eine Frau, wurden gehängt, drei zu lebenslänglichem Kerker verurteilt.

Über dem Opfer hatte sich inzwischen längst das Grab geschlossen. Lincoln war, obwohl ihm die Mörderkugel durchs Gehirn ging, nicht gleich tot gewesen. Während seine Familie und die Würdenträger des Staates das Bett des Bewußtlosen umstanden, kämpfte sein starker Körper noch stundenlang. Erst am Morgen, zweiundzwanzig Minuten nach 7 Uhr, hörte das Herz auf zu schlagen. Die Leiche wurde zunächst in der Rotunde des Kapitols aufbewahrt, dann mit großem Pomp durch die Hauptstädte der Staaten New York, Pennsylvania, Ohio und Indiana nach Illinois geführt, fast in der Art, wie im mittelalterlichen Deutschland wohl die Särge verstorbener Kaiser von

Kirche zu Kirche reisten. Endlich am 4. Mai fanden Abraham Lincolns sterbliche Überreste die letzte Ruhe auf dem Kirchhof von Oak Ridge im heimatlichen Springfield.

Sein Geist aber lebte fort und wird fortleben in fernste Zeiten. Gerade das tragische Ende auf dem Höhepunkt des Erfolges hat bewirkt, daß die Liebe, die man ihm im Leben zollte, je länger, je mehr zur Vergötterung sich steigerte. Doch kein anderer seiner Präsidenten steht dem Herzen des amerikanischen Volkes so nahe. Nicht Washington, dessen kühlere, vornehmere Art menschlich weniger anmutete, nicht Jefferson, dessen Leben mit jeder Tragik auch die letzte Größe fehlte, erst recht nicht Andrew Jackson, dessen Popularität schließlich mehr dem Tage angehörte. Über das noch hinaus, was er wirklich war, hat man ihn zum Vertreter alles Guten und Großen, alles Ernsten und Heiteren, alles Nachdenklichen und Tüchtigen im Nationalcharakter gestempelt. Insbesondere das Ideal der amerikanischen Demokratie will man nirgends so restlos verkörpert sehen. Nicht nur durch sein Wirken, sondern gerade auch durch seine Persönlichkeit gehört er der amerikanischen Geschichte an. Seine Spuren werden solange in den Vereinigten Staaten zu finden sein wie in Deutschland die Luthers, Friedrichs und Bismarcks.

Freilich die nächste Entwicklung vollzog sich nicht in Bahnen, die er gebilligt hätte.

Dreizehntes Kapitel

Die Rekonstruktion und der neue Süden

Schon während des Krieges war im Norden die Frage eifrig erörtert worden, ob die Südstaaten trotz der Empörung im Bund geblieben oder ausgeschieden seien, ob man also ihre Rechte nur als bis zur Herstellung der Ordnung ruhend oder als verwirkt anzusehen habe. Für das letzte ließen sich die Beschlüsse der südstaatlichen Konvente bei der Sezession anführen, die ausdrücklich den alten Verfassungszusammenhang für aufgehoben erklärt hatten. Das andere war, streng genommen, die notwendige Folge aus der Lehre von der Unauflösbarkeit der Union, mit der die Nordstaaten den Angriff auf die Konföderation nur hatten rechtfertigen können. Aber wie die Dinge lagen, mußte jetzt die erste Auffassung dem Süden und die zweite dem Norden lieber sein; denn nahm man an, daß die Majoritäten einzelner Bürger, die die Rebellion beschlossen hatten, nicht imstand gewesen waren, die Staaten ihrer Bundesmitgliedschaft zu entkleiden, so konnte man zwar jenen einzelnen Rebellen in größerem oder geringerem Umfang ihre Rechte aberkennen, aber die Rechte der Staaten an sich, ihre Selbstverwaltung, ihre Vertretung im Kongreß, ihre Teilnahme an der Präsidentenwahl, lebten sozusagen von selbst wieder auf, gehörten zu einem ordnungsmäßigen Funktionieren der Bundesgewalt. Waren dagegen die Staaten wirklich aus dem Bund ausgetreten, so hatten sie, wie alsbald gesagt wurde, Selbstmord begangen. Sie hatten überhaupt keine rechtliche Existenz, sondern waren erobertes Land, mit dem die Gesamtheit der übrigen Staaten machen konnte, was sie wollte, bis zu einer ganz neuen Anordnung der Staatsgrenzen; und ihre Wiederzulassung zu den alten Rechten durfte nur

durch besondere Kongreßbeschlüsse erfolgen, für die dann natürlich besondere Bedingungen zu setzen waren.

Lincoln hatte eine theoretische Stellungnahme zu dem Problem als müßig, ja als schädlich abgelehnt. Noch in seiner letzten öffentlichen Rede am 11. April sagte er, es sei sogar leichter, ohne Entscheidung der Rechtsfrage das richtige Verhältnis der Südstaaten zum Bund praktisch wiederherzustellen. Indessen seine Taktik war, die Staaten, ob sie nun im Augenblick draußen oder drinnen waren, jedenfalls sobald wie möglich „heimzuführen". Wenn nur die Häupter der Sezession durch die Forderung eines Treueides und andere beschränkende Bestimmungen von den Wahlen ausgeschlossen würden, mochten besondere Konvente oder auch die alten Landtage, vorbehaltlich der Billigung durch die Bundesregierung, aber doch im wesentlichen selbständig, die Bedingungen ihres Wiedereintritts in die Union regeln. Das wichtigste Ergebnis des Krieges, die Aufhebung der Sklaverei, war dabei leicht sicherzustellen. Am 31. Januar 1865 hatte der Kongreß nach mancherlei Hin und Her mit der nötigen Zweidrittelmehrheit beider Häuser beschlossen, den Staaten das sogenannte dreizehnte Amendement vorzulegen, wonach weder Sklaverei noch unfreiwillige Knechtschaft, ausgenommen als Strafe für Verbrechen, in den Vereinigten Staaten oder irgendeinem ihrer Hoheit unterworfenen Ort möglich sein sollte. Es verstand sich von selbst, daß von den Südstaaten die Zustimmung zu diesem Verfassungszusatz verlangt wurde.

Aber weiten republikanischen Kreisen genügte das nicht. Die Vormacht der Partei war schon in den Nordstaaten nicht unbestritten. Selbst während des Krieges hatten die Demokraten sie oft hart genug bedrängt, obwohl die außerordentlichen Vollmachten der Regierung ihre Agitation behinderten. Ließ man nun die Sezessionsstaaten zu, ohne für eine republikanische Wählerschaft zu sorgen, so konnten die Demokraten von dort als ihrem alten Hauptquartier aus leicht die Herrschaft über den Bund zurückgewinnen; und das würde bedeuten, daß die Rebellion, die im Krieg geschlagen war, im Frieden zum Sieg käme. Es war denkbar, daß eine demokratische Kongreßmehrheit Entschädigungen und Pensionen für die konföderierten Soldaten, ja daß sie die Annullierung (Repudiation) der ihrer Ansicht nach zu verfassungswidrigem Zweck aufgenommenen Kriegsschuld der Union beschloß. Und mit mehr

Recht noch durfte man ungünstige Wirkungen in den Südstaaten selbst fürchten. Was würde dort aus den Negern werden, deren Hilfe man angerufen und ausgenutzt hatte, oder auch aus den weißen Unionsfreunden, die sich hervorgewagt hatten, sobald die Armeen des Nordens in ein aufständisches Gebiet eingerückt waren? Mit dem Bürgerkrieg konnten die Leidenschaften des Bürgerkriegs offenbar nicht gleich auch zur Ruhe kommen. Die Rebellen waren unterworfen, aber sie fühlten sich nicht besiegt. Man hatte ihnen ihren Wohlstand, aber nicht ihren Stolz nehmen können. Namentlich die Frauen, deren Einfluß doch groß war, zeigten sich unversöhnlich. Ein Nordstaatler wurde angesehen wie ein Deutscher in Frankreich nach 1871. Vollends die Verräter in den eignen Reihen betrachtete und behandelte man als unreine Tiere, und undenkbar erschien nicht nur dem Pflanzer, sondern gerade auch dem armen Weißen, daß der emanzipierte Neger in Zukunft gleiches Recht mit ihm haben sollte. Man würde die Aufhebung der Sklaverei formell hinnehmen, aber alles tun, um auf dem Verwaltungswege eine ihr ähnliche Abhängigkeit der niederen Rasse herzustellen. Das sahen die Republikaner im Norden voraus, und das glaubten sie in ihrer großen Mehrheit nicht zulassen zu dürfen; denn für sie war der Krieg nun einmal je länger, je mehr aus einem Krieg für die Erhaltung der Union ein Krieg für die Befreiung des Negers geworden. Wie es Karl Schurz mit deutscher prinzipieller Schärfe damals ausdrückte: „Die Union der politischen Form nach wiederherzustellen, ist eine Kleinigkeit. Die ehemaligen Rebellen leisten den Treueid mit Vergnügen und sind begierig, wieder in die alten Rechte der staatlichen Selbstregierung unter der Konstitution einzutreten. Aber damit ist unser Zweck nicht erfüllt. Die Union soll rekonstruiert werden auf Grund der Resultate der großen *sozialen* Revolution, die sich im Süden vollzogen hat. Auf den Ruinen der Gesellschaft der Sklavenarbeit soll die Gesellschaft der freien Arbeit gegründet und aufgebaut werden."

So gab es Schwierigkeiten und Gegensätze, die unter allen Umständen die Jahre nach dem Bürgerkrieg zu einer Zeit ernster innerer Kämpfe hätten machen müssen, und die Kämpfe konnten überdies leicht noch durch ein besonderes Moment unnötig erschwert werden. Der Krieg hatte die Stellung des Präsidenten auf Kosten des Kongresses in einer Weise gehoben, die dem Geist der Ver-

fassung unzweifelhaft nicht entsprach. Er war fast ein Diktator geworden. Deshalb hatte sich schon während des Krieges mancherlei Widerspruch geregt, und es war vorauszusehen, daß nach dem Frieden der Kongreß versuchen würde, seine alten Rechte in vollem Umfang wiederzugewinnen. Selbst Lincoln mit all seinem Ansehen und all seinem Takt würde Mühe gehabt haben, einen Konflikt zu vermeiden. Nun aber wollte das Unglück, daß Lincolns Nachfolger, Andrew Johnson, ein Mann ohne Ansehen und ohne Takt war und doch nicht gesonnen, von den Ansprüchen des Amtes das geringste nachzulassen.

Von Johnson hat der Deutschamerikaner Franz Lieber gegen Ende seiner Präsidentschaft geschrieben, der ernsthafte und philosophische Geschichtsschreiber werde zur Verzweiflung gebracht werden, wenn er solchen Charakter verstehen wolle, einen Mann mit der ganzen Dreistigkeit, die Unwissenheit und Mangel an Scham bei Leuten geringer Herkunft meist erzeugten, voll heftiger Lust zu argumentieren und disputieren, wie sie kleine Geister oft jucke, schlau, wie Wiesel wären, ohne Mäßigkeit, Patriotismus und Seelengröße. Ganz so hart urteilen die „ernsthaften und philosophischen Geschichtschreiber" heute doch nicht. Andrew Johnson besaß auch seine guten Eigenschaften. Ein Armer Weißer aus ganz kleinen Verhältnissen, der erst von seiner Frau schreiben lernte, hatte er es vom Schneidergesellen, dank einer natürlichen Beredsamkeit und einem offenen Kopf, in seinem Adoptivstaat Tennessee früh zu einer politischen Rolle gebracht, war 1843 mit fünfunddreißig Jahren in das Repräsentantenhaus eingezogen, 1853 Gouverneur von Tennessee, 1857 Senator geworden und hatte in dieser Eigenschaft dadurch Aufsehen erregt, daß er, obwohl sein Staat aus der Union austrat, und obwohl er persönlich der demokratischen Partei angehörte, 1861 trotz Abmahnungen und Drohungen sein Mandat beibehielt. Der nächste Lohn war gewesen, daß Lincoln ihn 1862 zum Kriegsgouverneur von Tennessee machte. Da er dann als solcher Energie und Geschick zeigte, stellte ihn der republikanische Nationalkonvent, um den „Kriegsdemokraten"*) ein Kompliment zu machen, 1864 als Vizepräsidenten auf. Ohne Bedenken allerdings

*) So nannte man diejenigen Demokraten, die die Kriegspolitik der Regierung unterstützten.

geschah das nicht; denn niemand konnte übersehen, daß es Johnson an äußerer Würde und innerer Ausgeglichenheit fehlte. Er war ein Emporkömmling von der prahlerischen und anspruchsvollen Art, der ohne Gefühl für die Mängel seiner Bildung und Erziehung aus seiner glänzenden Laufbahn die Vortrefflichkeit all seiner Ansichten und Handlungen ableitete. Namentlich dadurch zeigte er den kleinen Mann, daß er vollkommen hemmungslos war. Schon als Kongreßmitglied hatte er durch eine gewisse Pöbelhaftigkeit seiner Angriffe vielfach Anstoß erregt, und dann in der bösen, aufregenden Kriegszeit als Gouverneur war er überdies dem Laster des Trinkens verfallen. Man erzählte sich, daß er selbst am Morgen seiner Eidesleistung nach Lincolns Tod nicht nüchtern gewesen sei.

Politisch erwartete man von ihm zunächst eine schroffe Haltung gegen die Südstaatler. Wiederholt war er früher mit Reden und Taten den Pflanzern entgegentreten, die ihm dafür unverhohlene Verachtung gezeigt hatten. Auch führte er in den ersten Tagen eine Reihe heftiger, fast blutdürstiger Reden: Brandstiftung, Raub und Mord seien Frevel, aber Hochverrat ein noch schlimmerer Frevel, der mit Tod, Kerker oder Konfiskation bestraft werden müsse, so daß einige Prediger bereits für nötig hielten, ihn ängstlich um Mäßigung zu beschwören. Aber sehr bald wurde er anderen Sinnes. Den Grund dafür haben seine Feinde darin gefunden, daß die Südstaatler durch fleißige Besuche im Weißen Haus seiner Eitelkeit geschickt zu schmeicheln gewußt hätten, der alte Arme Weiße sei der gesellschaftlichen Gewandtheit derer erlegen, in denen er eben doch die „Herren" verehrt habe. Von Einfluß mag das gewesen sein. Wichtiger aber war wohl, daß die Mehrheit seines Kabinetts, namentlich der Staatssekretär Seward, für eine Fortsetzung der von Lincoln eingeleiteten Versöhnungspolitik eintrat. Genug, der neue Präsident erließ am 29. Mai eine Amnestieproklamation, die der Masse der südstaatlichen Bevölkerung gegen Leistung eines den Bundeszusammenhang und die Sklavenemanzipation sichernden Treueides allgemein Verzeihung ankündigte und auch den zunächst noch ausgenommenen Personen von vierzehn besonders schuldigen Klassen freundliche Berücksichtigung etwa eingereichter Begnadigungsgesuche verhieß. Die so wieder zu Gnaden angenommenen Bürger sollten dann unter Leitung von provisorischen Gouverneuren, die Johnson ernannte, Konvente wählen, „um die ver-

fassungsmäßigen Beziehungen zur Bundesregierung wiederherzustellen."

Im Süden beschritt man gern den damit gewiesenen Weg. Im Spätsommer und Herbst traten außer in Texas, wo die Entwicklung ein paar Monate länger brauchte, überall die gewünschten Konvente zusammen, erklärten in mehr oder minder entschiedener Form die Sezessionsbeschlüsse von 1861 für null und nichtig, verleugneten, wie ebenfalls verlangt war, die Kriegsschulden ihrer Staaten und anerkannten die Aufhebung der Sklaverei als vollzogene Tatsache. Danach wurden ordentliche Landtage und Abgeordnete für den Unionskongreß gewählt. Bis Anfang Dezember schien die Rekonstruktion vollzogen. Der Präsident empfing von vielen Seiten Glückwünsche und Zustimmungsadressen.

Indessen der Erfolg war doch wohl von vornherein recht äußerlich. Die „Rebellen" demütigten sich in der Form, um in der Sache möglichst viel von ihrer alten Macht zu retten. Von wirklicher Versöhnung war nicht die Rede. Sie leisteten den vorgeschriebenen Treueid; aber weder hegten sie freundliche Gefühle für die Union, noch ließen sie die Freiheit der Neger ehrlich gelten. Es war charakteristisch, daß das Nationalfest vom 4. Juli im ganzen Süden nur von den Schwarzen gefeiert wurde, die sich dabei von den Weißen vielfach gewaltsam gestört fanden; eine Reihe von jenen Konventen weigerten sich, die verhaßte Unionsflagge über ihren Versammlungsräumen zu hissen, und die Wahlen von Abgeordneten und Beamten fielen großenteils auf Männer, die in der Konföderation eine Rolle gespielt hatten, wie Georgia sogar den ehemaligen Vizepräsidenten Stephens in den Vereinigten Staaten-Senat delegierte. Soldaten und Offiziere der Besatzungstruppen und fast noch mehr die in Geschäften zureisenden Zivilisten aus dem Norden stießen fast durchweg auf feindselige Ablehnung. Was aber die Neger anlangte, so gab der Präsident umsonst den guten Rat, Beschwerden der nordstaatlichen Radikalen dadurch vorzubeugen, daß man wenigstens all denen das Stimmrecht erteilte, die lesen und schreiben könnten oder über Eigentum im Wert von 250 Dollar verfügten. Man betonte mit Leidenschaft, daß die Regierung eine Regierung des weißen Mannes bleiben müsse. Während des Krieges war, solange keine Unionstruppen in der Gegend erschienen, das Verhältnis der beiden Rassen ein durchaus gutes gewesen.

Unter dem Einfluß der Emanzipation aber zeigte sich fast überall ausgesprochene Feindseligkeit. Die Schwarzen wollten vielfach nicht mehr arbeiten, sie verließen die Pflanzungen, zogen in Banden im Land umher und verübten allerlei Unfug, auch Diebereien und Sittlichkeitsverbrechen. Die Weißen schritten natürlich dagegen ein, und da der Krieg ihre an sich schon vorhandene Neigung zur Gewalttätigkeit noch bedeutend gesteigert hatte, ging es nicht ohne blutige Ausschreitungen ab. Morde und Verstümmelungen von Negern waren an der Tagesordnung. Der und jener Nordstaatler, der im Süden reiste, erwartete eine Bartholomäusnacht, sobald die Bundestruppen aufhörten, ihre Hand schützend über der schwarzen Rasse zu halten.

Nun mochte solche Furcht übertrieben sein. Vernichtung der Neger lag nicht im Interesse der Weißen. Wohl aber waren sie nicht gewillt und konnten sie nicht gewillt sein, ihre ehemaligen Sklaven einfach als freie Arbeiter anzuerkennen. Die Bundesregierung hatte kurz vor dem Ende des Krieges ein Freigelassenenamt (Freedmen's Bureau) begründet, um die praktischen Schwierigkeiten der Einführung des neuen Arbeitssystems an Ort und Stelle zu lösen. Die Einrichtung war gut gemeint und hat hier und da auch wohl nützlich gewirkt. Im ganzen aber waren die Beamten nicht glücklich gewählt. Zum nicht geringen Teil waren sie wirklich, wie ein oppositioneller Abgeordneter vorausgesagt hatte, gescheiterte Prediger, „zu faul, um zu arbeiten, und ein wenig zu ehrlich, um zu stehlen". Einige versprachen den Negern eine Teilung des Landes ihrer Herren, andere gefielen sich bei jeder Gelegenheit in taktlosen Reden gegen die Weißen, und ganz allgemein zeigten sie wenig Verständnis für die Tatsache, daß die Arbeiterfrage im Süden zugleich eine Rassenfrage sei. So wurde die Tätigkeit des Freigelassenenamtes für die Südstaatler nur ein Anlaß mehr, möglichst früh und möglichst entschieden den Negern einen Platz anzuweisen, der die soziale und politische Herrschaft des weißen Mannes sicherstellte. Die neuen Landtage ließen es eine ihrer ersten Sorgen sein, die Rechtsverhältnisse der Freigelassenen zu regeln. Die durchgehende Tendenz dabei war, an Stelle der Sklaverei eine Art Hörigkeit zu begründen. Insbesondere sollten minderjährige Neger, die Waisen waren oder von ihren Eltern nicht unterhalten wurden, durch das Vormundschaftsgericht als Lehr-

linge ausgetan werden können. Ebenso waren Vagabundierende, Subsistenzlose oder Kontraktbrüchige zu Zwangsarbeit einzustellen, und in einem wie dem andern Fall hatte der Richter die Ansprüche der früheren Herren auf solche Zwangsdienste in erster Linie zu berücksichtigen. Soweit das nicht zutraf, sorgte eine Beschränkung der Gewerbefreiheit dafür, daß die Schwarzen sich der Plantagenarbeit nicht in größerem Umfang entzögen. Sie durften ohne besondere Erlaubnis oder besonderen Befähigungsnachweis kein Handwerk treiben und keinen Laden aufmachen. Ein Staat, Mississippi, schloß sie sogar von der Pachtung von Land aus. Auch waren Mischehen verboten. Florida bedrohte den Neger, der ein Verhältnis zu einer weißen Frau habe, mit 1 000 Dollar Strafe, Prügel und Pranger. Überhaupt gab es für den Schwarzen vielerorten Körperstrafen, denen der Weiße nicht unterworfen war, und seine Rechte vor Gericht als Zeuge unterlagen einigen Beschränkungen.

All das erscheint uns heute und aus der Ferne nicht gar so unbillig. Für die große Masse der Neger traf die ganze Gesetzgebung wahrscheinlich sogar das Richtige. Aber die nicht ganz wenigen feinerorganisierten und höherstrebenden Elemente, die unter ihnen, namentlich unter den Mischlingen, doch auch waren, hätten sich freilich am Grab all ihrer durch den Krieg erweckten Hoffnungen gesehen, und die sentimentalen Negerfreunde im Norden, die ihr Urteil über die Rasse immer gerade nach diesen Elementen formten, empfanden als unerhört, daß die „Rebellen" es wagten, das Resultat all der Kämpfe und Opfer der letzten vier Jahre mit ein paar Federstrichen größerenteils zu vernichten. Man hat deshalb getadelt, daß die Südstaaten nicht verstanden hätten zu warten oder, wenn Warten vielleicht nicht möglich war, Mäßigung zu üben. Selbst Johnson fand in ihrer Politik so etwas wie Trotz und Herausforderung.

Doch ist es fraglich, ob sie selbst bei mehr Vorsicht das kommende Verhängnis hätten abwenden können. Denn noch, ehe die meisten der neuen Negergesetze erlassen waren, hatten beide Häuser des Anfang Dezember zusammengetretenen Kongresses eine gemeinsame Kommission eingesetzt „zur Prüfung der Lage in den vormals sogenannten Konföderierten Staaten von Amerika" und dadurch ihre Absicht bekundet, das Werk der Rekonstruktion, das der Präsident als abgeschlossen präsentierte, nachzuprüfen und umzu-

modeln. Der Antrag ging aus von dem greisen Thaddeus Stevens, einem verbissenen Parteimann, der gegen die Sklavenhalter einen geradezu persönlichen Haß hatte und, überhaupt eine ungroßmütige, scharfe Natur, im Kampf gegen sie jedes Mittel für recht hielt. Auf ihm in erster Linie ruht auch die Verantwortung für die weitere Politik des Kongresses: er war der anerkannte Führer der Republikaner im Repräsentantenhaus. Im Senat unterstützte ihn am eifrigsten Sumner, der aus fanatischer Menschenliebe für die Schwarzen am Ende den einfachsten Gerechtigkeitssinn gegen die Weißen verlor, und dem die Zukunft der Union und der Menschheit an der fortdauernden Herrschaft der republikanischen Partei zu hängen schien. Endlich auch ein Mann außerhalb des Parlaments, Karl Schurz, übte Einfluß. Er war vom Präsidenten Mitte Juni mit dem Auftrag betraut worden, die Verhältnisse im Süden zu studieren. Johnson versprach sich dabei eine Unterstützung seiner Politik. Der Kriegssekretär Stanton aber, von dem der Gedanke der Sendung vielleicht ausgegangen war, riet Schurz zur Annahme mit den verdächtigen Worten, seine Berichte würden, wenn sie nicht die Handlungsweise des Präsidenten bestimmten, für die Beratungen des nächsten Kongresses die größte Wichtigkeit haben. Tatsächlich nun sah Schurz, der nach eigenem Geständnis mit vorgefaßten Meinungen ging, die Dinge vollkommen anders als Johnson. Die Weißen des Südens erschienen ihm als ein gänzlich verkommenes, demoralisiertes Volk, das nur durch eiserne Gewalt in Rand und Band gehalten werden könnte. Andererseits über die Neger urteilte er günstig und erblickte in der Verleihung des Stimmrechts an sie den einzigen Weg für die notwendige Umbildung der südlichen Gesellschaft. Sein Bericht, glänzend geschrieben und mit reichlichem Beweismaterial ausgestattet, war von Anfang bis zu Ende eine äußerst wirksame Verurteilung der Rekonstruktionsmaßregeln des Präsidenten. Johnson, erschreckt über das, was er angerichtet, suchte ein Gegengewicht zu schaffen, indem er Grant veranlaßte, rasch ebenfalls eine kleine Rundreise in die Rebellenstaaten zu machen, und durch ihn versichern ließ, daß die Mehrzahl der einsichtigen Männer im Süden die gegenwärtige Lage in gutem Glauben anerkennten. Aber auch Grant mußte doch zugeben, daß es unmöglich sei, die Bundestruppen aus den unterworfenen Gebieten zurückzuziehen; und welchen Wert hatte

eine Rekonstruktion, die mit den Waffen geschützt werden mußte? Ging es an, die Südstaaten der Militärgewalt des Präsidenten unterworfen zu lassen und ihre Vertreter in den Kongreß aufzunehmen, der doch unabhängig von diesem selben Präsidenten sein sollte? So hielt man sich lieber an Schurz als an Grant. Man ließ die Abgeordneten der von Johnson rekonstruierten Staaten nicht zu und machte seinerseits Gesetze, von denen man sich eine bessere Ordnung im Süden, zunächst aber Zeitgewinn versprach. Die Organisation des Freigelassenenamtes wurde ausgebaut (6. Februar) und eine Bill über die bürgerlichen Rechte angenommen, die die Rechtsgleichheit der Schwarzen sicherstellen sollte (13. März). Johnson belegte beide Vorlagen mit seinem Veto. Aber bei der zweiten brachten die Republikaner die nötige Zweidrittelmehrheit beider Häuser auf, die das Veto beseitigte (9. April), im Senat freilich nur, nachdem sie durch sehr unschöne Mittel einen demokratischen Senator für New Jersey seines Mandates beraubt hatten. Es war ein in der Verfassungsgeschichte der Vereinigten Staaten unerhörter Vorgang; denn noch nie war ein Veto überstimmt worden. Der Kongreß hatte nun freie Hand. Seine Rekonstruktionspolitik trat an die Stelle der Johnsonschen. Am 30. April erstattete die gemeinsame Kommission ihren Bericht. Der ging dahin, daß die Kapitulation Grants vor Lee und Shermans vor Johnston ein geringeres Unglück gewesen sein würde, als die Art der Rekonstruktion durch den Präsidenten; denn besiegte Feinde dürften nicht nach ihrem eigenen Belieben und auf ihre eigenen Bedingungen das Recht erhalten, sich an der Gesetzgebung für ihre Besieger zu beteiligen. Ehe man die Rebellenstaaten zulasse, müsse Bürgschaft für künftige Ruhe und Sicherheit geschaffen werden. Der praktische Vorschlag, der hinter solchen und anderen fast deklamatorischen Worten stand, betraf einen einschneidenden Verfassungszusatz. Der Kongreß stimmte zu, indem er sogar noch einige wichtige Verschärfungen beschloß, und Anfang Juni wurde den Staaten in der üblichen Form das vierzehnte Amendement zur Annahme unterbreitet. Es legte zunächst noch einmal fest, daß kein Staat Gesetze erlassen oder durchführen dürfe, die die Rechte oder Freiheiten seiner Bürger kürzten, beseitigte also noch etwas feierlicher als das Gesetz über die bürgerlichen Rechte die jüngste Negergesetzgebung des Südens. Dann stellte es sicher, daß die Rechts-

gültigkeit der Bundesschuld nicht in Frage gezogen und andererseits keine zur Unterstützung der Rebellion eingegangene Schuld oder Verpflichtung, auch keine Entschädigung für emanzipierte Sklaven bezahlt werden sollte. Ob es solcher Garantien noch bedurfte, konnte bezweifelt werden. Um so wichtiger waren zwei andere Bestimmungen. Wenn in irgendeinem Staat irgendwelchen Bürgern das Stimmrecht bei Bundes- oder Staatswahlen versagt oder verkürzt wurde, so mußte er sich eine verhältnismäßige Verminderung seiner Vertretung im Kongreß gefallen lassen. Nach der Verfassung kamen drei Fünftel der Sklaven für die Berechnung der Kongreßmandate in Ansatz. Indem die Sklaven freie Bürger wurden, war eine Neuordnung unumgänglich. Die jetzt vorgeschlagene war für den Süden ungünstig: er verlor, wenn er den Negern das Stimmrecht vorenthielt, 16 von 61 Mandaten; unbillig war sie nicht. Eine wirkliche Härte dagegen bedeutete der Paragraph, daß keine Person, die an der Rebellion teilgenommen habe, obwohl sie früher als Bundes- oder Staatsbeamter oder Offizier einen Verfassungseid geleistet habe, Senator oder Abgeordneter sein oder irgendein bürgerliches oder militärisches Amt in den Vereinigten Staaten oder in einem Einzelstaat bekleiden dürfe, es sei denn, daß durch Beschluß einer Zweidrittelmehrheit beider Häuser des Kongresses dies Unvermögen aufgehoben werde. Das bedeutete nicht weniger und nicht mehr als die dauernde politische Entrechtung aller bisher führenden Männer des Südens.

Die Südstaatler konnten es, ohne ihrer Ehre etwas zu vergeben, kaum annehmen. Auch hätte ihnen das Opfer wahrscheinlich nicht einmal etwas genützt. Denn der Kongreß hatte sorgfältig vermieden, sich für diesen Fall irgendwie zur Anerkennung der rekonstruierten Staatsregierungen zu verpflichten. Deren Schicksal hing vielmehr ganz und gar davon ab, ob die allgemeinen Abgeordnetenwahlen, die im Herbst stattfinden mußten, zugunsten der bisherigen Mehrheit oder des Präsidenten ausfallen würden, und da ließ sich kaum etwas Gutes erwarten; denn der Präsident hatte im Lauf der letzten sechs Monate von den Sympathien, die er im Dezember 1865 noch vielfach genoß, einen erschreckend großen Teil eingebüßt. Namentlich eine taktlose Rede, die er am 22. Februar 1866 beim Empfang einer Glückwunschdeputation gehalten hatte, war mit Erfolg gegen ihn ausgebeutet worden. Die öffentliche Meinung

stand ersichtlich mehr hinter dem Kongreß als hinter ihm. Indessen gab er sich selbst fortgesetzt der Täuschung hin, der gesunde Sinn des Volkes werde trotz aller Preß- und Parlamentsagitation für ihn entscheiden. Für das beste Mittel, den Umschwung herbeizuführen, hielt er eine Rundreise durch die mittleren Staaten, die er im August, begleitet von Grant, Farragut und einigen Ministern, also im vollen Glanz seines hohen Amtes antrat. Aber sie begann unter ungünstigen Vorzeichen, indem kurz vorher blutige Unruhen in New Orleans den alten Haß gegen die Rebellen mächtig belebt hatten, und besiegelte schließlich nur seine Niederlage. An einigen Orten wurde er feindlich empfangen, an anderen, wo ihm das Publikum zujubelte, ließ er sich durch sein unglückliches Improvisationstalent zu Äußerungen hinreißen, die einem Agitator dritten Ranges, aber nicht einem Präsidenten nachgesehen werden konnten, wie er denn selbst ausdrücklich sagte, er kümmere sich nicht um seine Würde. Die Gegner sprachen höhnisch von Zirkus und Clownproduktionen. Auch die alten Anklagen wegen Betrunkenheit wollten sie neuerdings bestätigt finden. Endlich machte es einen schlechten Eindruck, daß er Hunderte von Beamten entließ, die für die Kongreßpolitik eingetreten waren, um sie durch ihm ergebene Leute, nötigenfalls aus den demokratischen Reihen, zu ersetzen. Damit hatte er die schlimmste Sünde begangen, die es in Amerika für einen Politiker gibt, Untreue gegen die eigene Partei. Als Judas, als der Nachfolger nicht des gemordeten Abraham Lincoln, sondern des noch immer nicht abgeurteilten Jefferson Davis wurde er hingestellt. Der Wahlkampf nahm Formen an, die selbst alte Praktiker in Erstaunen setzten: eine solche Flut von Haß und Hohn erhob sich gegen den Präsidenten, und das Ende war, daß er vollends in die Minderheit geriet. Seine Gegner durften für den neuen, vierzigsten Kongreß auf 143 gegen 49 Mandate rechnen, während das Verhältnis im Senat 42 zu 12 war. Die Zweidrittelmehrheit, die das Einspruchsrecht des Präsidenten hinfällig machte, war über den 3. März 1867 hinaus für den Rest von Johnsons Amtsdauer sichergestellt. Die republikanische Partei besaß unumschränkte Gewalt. Der Präsident und der von ihm beschützte Süden waren in ihre Hand gegeben, und sie war nicht gesonnen, ihre Allmacht mit Schonung oder auch nur mit Anstand zu gebrauchen. Ein wahres Schreckensregiment setzte ein.

Das persönliche Schicksal des Präsidenten interessiert dabei weniger. Man ignorierte sein Veto, man nahm ihm mit sehr gewagter Auslegung der Verfassung das bisher stets geübte Recht der Beamtenentlassung und übertrug die ihm zustehende Verfügung über das Heer in offenbarer Verletzung der Verfassung an den militärischen Oberbefehlshaber, General Grant. Am Ende, da er immer noch gewisse Möglichkeiten behielt, Hindernisse zu bereiten, verfiel man auf den Gedanken, im Wege des Staatsprozesses seine Absetzung zu erwirken. Nachdem schon im Dezember 1866 und Januar 1867 davon die Rede gewesen war, beschloß das Repräsentantenhaus am 23. Februar 1868 mit 128 gegen 47 Stimmen bei 16 Enthaltungen, die feierliche Anklage beim Senat zu erheben. In elf Punkten wurden dem Präsidenten mehr oder minder schwere Verletzungen seiner Amtspflicht vorgeworfen. Nichts Geringeres als der Versuch einer Militärverschwörung gegen den Kongreß sollte ihm zur Last fallen, und so absurd der Vorwurf war, er wurde außerhalb und innerhalb des Hauses vielfach geglaubt; hielten ihn einige ganz ernsthaft doch sogar der Mitschuld an der Ermordung Lincolns für dringend verdächtig. Wohl nie in neueren Zeiten ist Parteiverblendung weiter gegangen. Eine ungeheure Aufregung ergriff nicht nur Amerika, sondern teilte sich auch der alten Welt mit. Deutsche Finanzkreise zum Beispiel fürchteten revolutionäre Unruhen, so daß die Kurse der amerikanischen Papiere fielen. Der Prozeß dauerte bis Anfang Mai, übrigens ohne daß Johnson in Person vor seinen Richtern erschienen wäre. Am Ende hatten 35 Senatoren den traurigen Mut, ein Schuldig zu sprechen. Aber die notwendige Zweidrittelmehrheit war das nicht; denn außer den zwölf Demokraten stimmten trotz Drohungen und Lockungen aller Art sieben Republikaner zu Johnsons Gunsten, übrigens nicht ohne für diesen „Abfall“ noch lange schwer leiden zu müssen. Während also Karl Schurz Ende März geschrieben hatte, die Verurteilung Johnsons sei sicher, wurde er vielmehr freigesprochen. Der „Hochverräter“ konnte sein Amt weiterführen. Er tat es in einer Art, die i h m mehr als seinen Feinden die Achtung der Nachwelt zugewandt hat, erledigte fleißig die laufenden Geschäfte und versuchte, was irgend in seiner Macht stand, um die Leiden zu mindern, die die Kongreßpolitik über den unglücklichen Süden brachte.

Viel freilich vermochte er nicht. Zu genau und zu mitleidlos arbeitete die Maschine der republikanischen Zweidrittelmehrheit. Jener Beschluß über das vierzehnte Amendement im Juni 1866 war nur ein Anfang und im Sinn der Partei eine Halbheit gewesen; denn mit allerlei Einschränkungen ließ er doch die Möglichkeit einer Fortdauer der bisherigen Staatsregierungen. Erst in der Wintertagung von 1866 auf 1867 wurde ganze Arbeit getan. Während des Wahlkampfes hatte sich mehr und mehr der Gedanke durchgesetzt, den wir aus dem Bericht von Schurz kennen, die Schwierigkeiten der Rekonstruktion durch das Negerstimmrecht zu lösen. Das war zwar eigentlich etwas Ungeheuerliches. Selbst die Nordstaaten versagten mit nur sechs Ausnahmen ihren Negern die Teilnahme an den Wahlen. Wie wollte man es da rechtfertigen, sie den in ihrer Masse so unendlich viel tiefer stehenden Schwarzen des Südens zu gewähren, von denen nur ein winziger Teil lesen und schreiben konnte, die fast sämtlich der einfachsten politischen Vorstellungen unfähig waren? Wenn man dem ehemaligen Sklaven das Stimmrecht gab und dem Pflanzer als Rebellen es nahm, so machte man den Knecht zum Herrn und den Herrn zum Knecht und verstieß um so mehr gegen Vernunft und Gerechtigkeit, als man in dem niederen Stand auch die niedere Rasse erhöhte. Aber unklarer Idealismus bei den einen, klare Einsicht in den Vorteil der Partei bei den anderen und mehreren ließen alle Bedenken zurückstellen. Der Neger war Staatsbürger und Mitmensch, und der Neger konnte sicher leicht bestimmt werden, republikanische Kandidaten zu wählen. Darauf kam es an. Nach den Gefühlen der weißen Bevölkerung fragten die Sumner und Stevens nicht. Die hatte vor Gott und den Menschen Strafe verdient. Mochte sie sie finden. Also riß der Kongreß den Rekonstruktionsbau von 1865 nach anderthalbjährigem Bestehen einfach nieder, um ihn auf dem Grund des Negerstimmrechts neu zu beginnen. Er erklärte die von Johnson anerkannten Regierungen schlankweg für nicht gesetzlich und nur provisorisch und errichtete über ihnen, als handelte es sich um eben unterworfenes Land, eine Militärdiktatur, die in fünf Bezirken von zuverlässigen Generälen ausgeübt werden sollte. Unter deren weitgehender Aufsicht und Einwirkung mochten dann in jedem Staat Wahlen zu Konventen stattfinden, bei denen allen seit einem Jahr ansässigen Bürgern über einundzwanzig Jahren das Stimm-

recht zu gewähren war ohne Rücksicht auf Rasse, Farbe und früheren Stand, aber mit Ausschluß der im vierzehnten Amendement bezeichneten Rebellen. Die neuen Konvente hatten Verfassungen zu entwerfen, für die die dauernde Anerkennung jenes allgemeinen Stimmrechts ausdrücklich vorgeschrieben wurde, und die überdies der besonderen Genehmigung erst der Wählerschaften, dann des Kongresses bedurften. Erfolgte diese Genehmigung und wurde endlich noch das vierzehnte Amendement ratifiziert, so waren die Sezessionsstaaten zur Vertretung im Kongreß wieder zuzulassen. So bestimmte das „Gesetz zur Herstellung wirksamer Regierungen für die insurgierten Staaten", wie es gegen das Veto des Präsidenten am 2. März 1867 endgültig angenommen wurde.

Es las sich übel, und übler noch stellte es sich in der Durchführung. Schon das Militärregiment war eine harte Prüfung für eine Bevölkerung, die die Gewohnheit fast unbeschränkter Selbstverwaltung hatte. Die Generäle setzten in großem Umfang Beamte ab und ein: Richter, Bürgermeister, sogar ein paar Gouverneure, sie erließen Verordnungen mit Gesetzeskraft, indem sie etwa die im Süden noch heute allgemeine Scheidung von Schwarz und Weiß auf Bahnen und Schiffen unter Strafe stellten, schrieben gelegentlich Steuern aus und belästigten auch wohl hier und da die ihnen natürlich feindliche Presse. Immerhin schwere Mißgriffe waren selten und wurden dann womöglich von Johnson und Grant abgestellt. Wenn einige Offiziere Takt und Verständnis vermissen ließen, versuchten die meisten, den Weißen des Südens in ihrer Art gerecht zu werden, so daß man von wohlwollendem Despotismus hat sprechen können. In einer Bittschrift, die die Konservativen von Alabama Anfang 1868 an den Kongreß richteten, heißt es bezeichnend: „Setzen Sie, wenn Sie wollen, Ihre eigene Gewaltherrschaft über uns fort. Schicken Sie zu uns herunter ehrenhafte und aufrechte Männer von Ihren eigenen Leuten, von der Rasse, der Sie und der wir angehören, und unangenehm, entgegen weiser Politik und den Einrichtungen des Landes, tyrannisch, wie das sein mag: keine Hand wird sich bei uns erheben, um ihrer Autorität mit Gewalt zu widerstehen. Aber wir flehen Sie an: legen Sie Ihre Herrschaft über uns nicht nieder, um uns der vernichtenden Brutalität und der widernatürlichen Tyrannei einer fremden und niedrigeren Rasse auszuliefern." Aber gerade dazu war man da-

mals bereits auf dem besten Weg. Während des Sommers von 1867 waren überall die neuen Wählerlisten aufgestellt worden. Dabei ergab sich in fünf von den zehn in Betracht kommenden Staaten*), in Alabama, Florida, Louisiana, Mississippi und Südcarolina, eine starke Mehrheit der Neger; in Virginia und Georgia hielten sie den Weißen fast genau die Wage, nur in Nordcarolina, Texas und Arkansas blieben sie trotz aller gesetzlichen und ungesetzlichen Ausschließungen von Weißen in entschiedener Minorität. Für die sehr nötige Organisation des schwarzen Stimmviehs sorgte der vom Militär und dem Freigelassenenamt eifrig unterstützte Geheimbund der Unionsliga. So brachten die Wahlen für die Konvente im Herbst und Spätherbst überall einen vollständigen Sieg der Republikaner. Südcarolina, der Staat der stolzesten Pflanzer, erlebte gleich jetzt die Schmach, daß sich 63 Farbige neben nur 34 Weiße setzten. Sonst überwogen noch die Weißen, aber es waren zumeist eingewanderte Agitatoren oder Glücksritter oft sehr zweifelhafter Herkunft und Art, für die südländische Verachtung alsbald den Spottnamen Carpetbagger (etwa: Schnappsack) fand. Entsprechend verliefen die Verhandlungen der Konvente während des Winters durchaus im Sinne des Rekonstruktionsgesetzes. Verfassungen nach seiner Vorschrift wurden ausgearbeitet und angenommen, und wenigstens in sechs Staaten, Arkansas, den beiden Carolinas, Florida, Georgia und Louisiana, ging auch die nachfolgende Volksabstimmung glatt. In Alabama hatten es die Weißen, die ja die Fortdauer des Militärregiments der Rekonstruktion vorzogen, einzurichten gewußt, daß sich nur eine Mehrheit der Abstimmenden, nicht, wie das Gesetz verlangte, die Mehrheit der Wahlberechtigten für die Verfassung erklärte. Aber die republikanische Partei im Kongreß war nicht übergewissenhaft in der Anwendung des von ihr selbst geschaffenen Rechtes. Sie behandelte auch die Verfassung von Alabama als gültig und ließ am 25. Juni 1868 den Staat zugleich mit jenen sechs anderen zu den alten Rechten unter der Bundesverfassung zu. Virginia, Mississippi und Texas mußten noch bis Anfang 1870 warten, Virginia, weil keine Volksabstimmung vorgenommen, Mississippi, weil sie ungünstig ausgefallen

*) Tennessee war, nachdem es das vierzehnte Amendement ratifiziert hatte, schon am 24. Juli 1866 in den Bund wieder aufgenommen worden.

war, und Texas, weil die ganz anarchischen Zustände im Lande Verzögerung schufen.

Einen sehr wesentlichen Unterschied bedeutete das nicht, und sicher keinen Unterschied zugunsten der eher rekonstruierten Staaten; denn die äußerlich normalen Verhältnisse, die nun eintraten, waren ja faktisch noch viel anormaler als das Militärregiment. Für die bisher herrschende Klasse kamen Jahre, die in mancher Hinsicht noch bitterer waren als der Krieg mit allen seinen Opfern und Enttäuschungen, wo sie nach den Worten eines ihrer edelsten Männer, Lamar, alles Schiffbruch leiden sahen, was sie für wahr und dauernd gehalten hatten, und unter dem Bann des niederdrückenden Gefühls standen, daß, was sie auch tun möchten, das Schicksal ihres Landes nicht in ihrer eigenen Hand sei. „Nie," sagte ein Südländer späterer Tage, Bischof Galloway, „hat ein stolzes Volk solche Unwürdigkeiten erlitten und solche Demütigung und Herabsetzung auszuhalten gehabt." Gewiß soll man nicht alles tadeln, was nach 1868 im Süden geschah. Das Schulwesen, namentlich für die Neger selbst, erfuhr wirkliche Verbesserung, und mit der industriellen Aufschließung wurde durch Eisenbahnbau und sonst ein bei aller Verschwendung nützlicher Anfang gemacht. Auch fehlte es nicht an Beamten und Abgeordneten, die es ernst und ehrlich meinten und Geist und Tatkraft besaßen. Endlich waren Grad und Dauer der Mißwirtschaft in den einzelnen Staaten verschieden. Georgia und Nordcarolina zeigten freundlichere Zustände als Südcarolina und Louisiana und Alabama. Aber im ganzen sah man doch auf und ab das „Bild der Barbarei, die durch physische Kraft die Kultur überwältigt, und des Sklaven, der im Saale des Herrn praßt und den Herrn unter seinen Fuß tritt", um einen hervorragenden republikanischen Zeitgenossen, J. S. Pike, zu zitieren. Unfähigkeit und Unehrlichkeit feierten Orgien, wie sie schamloser nicht gedacht werden konnten. „Der Löwe hatte seine Zeit gehabt. Jetzt hatten der Fuchs, der Schakal und der Wolf die ihre." (Parkman.)

Am meisten ins Auge fielen dabei die Neger. Sie stellten überall eine große Anzahl der Abgeordneten und Beamten. In Südcarolina hatten sie durch zwei Sessionen eine Dreifünftelmehrheit. Die Präsidenten beider Häuser, der stellvertretende Gouverneur und der Schatzsekretär waren farbig. Ähnlich forderten und

erhielten sie in einer Reihe anderer Staaten einen vollen Anteil an den höchsten Ämtern. Acht drangen bis 1875 sogar in den Bundeskongreß vor. Vollends auf den mittleren Stufen als Friedensrichter, Richter, Milizoffiziere und dergleichen begegneten sie häufig. Viele der neuen Würdenträger waren ehemals Sklaven gewesen, nicht wenige konnten weder lesen noch schreiben, ausgenommen etwa ihren Namen, den man sie zu malen lehrte. In Südcarolina sollen nach und nach zweihundert solcher Analphabeten zu Friedensrichtern ernannt worden sein. Auch in Alabama war es ähnlich. Und wo etwa die Unbildung weniger kraß war, fehlte doch fast immer das Gefühl für politischen Anstand. Das Amt galt in erster Linie als Mittel, sich das Leben angenehm zu machen. Wie hätten Leute, die noch vor wenigen Jahren auf offenem Markte gehandelt waren, Käuflichkeit als einen Makel empfinden sollen? Ein alter Neger in Nordcarolina meinte, als er zum erstenmal klingenden Lohn für eine Abstimmung einstrich, mit behaglicher Selbstverspottung, er sei in seinem Leben elfmal verkauft worden, aber jetzt zuerst habe er den Preis für sich erhalten. In New Orleans pflegten die Eisenbahnagenten in der Vorhalle des St. Charles-Hotels, wo der Landtag tagte, einander gemütlich zu fragen: „wie hoch stehen heute Negerstimmen?“ Anderswo hatte sich die Gewohnheit fester Tarife herausgebildet.

Indessen handelte es sich bei solchen Preisen doch immer nur um vergleichsweise kleine Trinkgelder gegenüber den Riesengewinnen, die die Weißen mit Hilfe der Neger mehr hinter den Kulissen auf Kosten der Südstaaten machten. Nicht gegen die Neger in erster Linie hat sich die sittliche Entrüstung zu richten, sondern gegen die Carpetbagger und Scalawags, mit welchem letzten etymologisch unsicheren Wort man im Gegensatz zu den Einwanderern aus dem Norden die Renegaten aus den eigenen Reihen zu bezeichnen pflegte, und zwar spielten die größere Rolle wieder die Carpetbagger, ehemalige Soldaten des Bundesheeres, Angestellte des Freigelassenenamtes, Prediger, Händler, Zeitungsschreiber. Auch der Süden fand sich jetzt mit jener Art anrüchiger Berufspolitiker beglückt, an die der Norden sich längst gewöhnt hatte. Viele waren nicht schlimmer als die Leute von Tammany Hall in New York; aber ihre Diebereien machten mehr von sich reden, weil sie in einem ärmeren Lande geschahen und die Natur der Negerwähler weniger

zu Rücksichten auf den äußeren Schein nötigte. Sie raubten sozusagen auf offener Straße.

Wege zu unerlaubter Bereicherung gab es viele. Der direkteste war, daß man sich unverhältnismäßig hohe Gehälter oder Gratifikationen aussetzen ließ. In Mississippi stiegen die Verwaltungskosten so von einer halben Million auf anderthalb (1871). Als in Südcarolina der Sprecher Moses bei einer Rennwette 1000 Dollar an einen Abgeordneten verloren hatte, beantragte dieser einfach und erreichte auch, daß Moses für seine würdige Leitung der Geschäfte eine besondere Anerkennung in Höhe der Summe bewilligt wurde. In dasselbe Kapitel gehörte, daß Abgeordneten unter dem und jenem Vorwand Gelder für Ausstattung ihrer Privatwohnungen angewiesen wurden. In einem Fall soll solche Anweisung einem Bordell zustatten gekommen sein. Mit anscheinend besserem Recht konnte der Staatssäckel für eine würdige Einrichtung des Sitzungsgebäudes in Anspruch genommen werden; wieder der Landtag von Südcarolina gab dafür 200 000 Dollar aus. Der tatsächliche Wert der angeschafften Möbel wurde später auf 17 715 geschätzt. Ein Spiegel im Zimmer des Sprechers stand mit 750 Dollar zu Buch. Ähnlich unsinnige Summen zahlte man für Drucksachen, indem hier noch der Wunsch mitspielte, die Presse zu gewinnen. In Georgia betrug dieser Etatsposten bis 60 000 Dollar, in Südcarolina 184 000 das Jahr. Immerhin, das waren vergleichsweise Lappalien. Mehr ins Große ging der Betrug, wo es sich um „produktive" Anlagen handelte. Südcarolina beschloß, für die Ansiedlung von Negern Land zu kaufen. Angewiesen wurden über 800 000 Dollar; davon verschwand etwa ein Viertel glatt, und für den Rest erwarb man Güter, die vielleicht 100 000 wert waren. In Louisiana bildete die Regulierung des Mississippi eine unerschöpfliche Quelle von Profiten für Regierung und Unternehmer, und den Gipfel erreichte die Mißwirtschaft ganz allgemein beim Bau neuer Eisenbahnen, der als die einzige Rettung aus der ökonomischen Misere angepriesen wurde. Geschickte Projektenmacher ließen sich Millionen in Staatsanleihen bewilligen für Linien, die zuweilen überhaupt nicht, meist schlecht und immer mit viel geringerem tatsächlichen Kostenaufwand gebaut wurden, um am Ende jedenfalls nicht zu rentieren. Nordcarolina gab für 14 Millionen Eisenbahnobligationen aus, ehe auch nur eine Schiene

gelegt war. Die Süd-Nordalabamabahn kostete dem Staat vier Millionen und war zwei wert. Mit der Alabama-Chattanoogabahn stand es noch schlimmer, und in Florida wurden von vier Millionen Dollar, mit denen der Staat den Bau der Linie Jacksonville-Pensacola-Mobile unterstützte, drei entwendet. Da nun überdies bei der Aufnahme der Anleihen Abgeordnete, Regierungsbeamte, Makler ihr Geschäft machen wollten und die großen Bankhäuser des Nordens in die Zahlungsfähigkeit der Südstaaten wenig Vertrauen hatten, also Wucherzinsen bis zu 20 Prozent und mehr gefordert und bewilligt wurden, wuchs die Schuldenlast um das Vielfache des Standes von 1868. Südcarolina hatte, ehe es unter die Carpetbaggerregierung kam, etwa 5,8 Millionen Schulden. Bis 1873 wurden es 24 bis 25. Die gleiche Höhe erreichte Alabama, nachdem es vier Jahre zuvor etwas über 8 Millionen gehabt hatte. Louisiana übernahm der republikanische Gouverneur Warmoth 1868 mit einer Schuld von 6 Millionen. Als er zurücktrat (1872), hatte er sie auf etwa 48 vermehrt, aber er selbst war aus einem Habenichts ein Nabob geworden. Auch die Schulden der Kommunen, die nicht weniger geplündert wurden, stiegen ins Unerträgliche. New Orleans hatte 1875 für sich allein Verpflichtungen im Nennwert von 22 Millionen.

Die notwendige weitere Folge war, daß die Steuern, die bis zum Krieg sehr niedrig gewesen waren, eine gewaltige Erhöhung erfuhren. Eben in New Orleans hatte ein Kaufmann mit 6000 Dollar Einkommen 1 500 Steuern zu bezahlen. In Südcarolina verfünffachte sich das Gesamtsteuersoll bis 1874, in Mississippi wurde die Grundsteuer im gleichen Zeitraum zum Vierzehnfachen emporgetrieben. Die Neger traf das nicht. Auch die Carpetbagger wußten sich zu drücken oder zu entschädigen. Um so mehr litten die alten Herren des Landes. Das Ende des Krieges hatte sie ohnehin am Grabe ihres Wohlstands gefunden. Haus und Hof waren vielfach zerstört; die Neger entliefen; was an Geldkapital etwa dagewesen war — viel war es ohnehin nie gewesen —, hatten Papiergeldwirtschaft und die nun für ungültig erklärten Anleihen aufgefressen, neue Barmittel ließen sich, wenn überhaupt, nur zu 20 und 30, ja 70 und 80 Prozent beschaffen. „Bei uns", schrieb ein Südländer, „herrscht eine Armut, deren sich niemand schämt, und über die sehr wenige klagen. Ihre Allgemeinheit läßt sie leichter ertragen."

Man sah Pflanzersöhne, die sich als Holzhauer und Wasserträger ein kärgliches Brot verdienten, und manche ehemals stolze Herrschaftskutsche diente in trauriger Verwahrlosung als Lohnfuhrwerk. Dennoch hatte man sich mit der Zähigkeit der angelsächsischen Rasse daran gemacht, die verfallene Wirtschaft allmählich wieder aufzubauen, da ja doch das Land wenigstens geblieben war und die Baumwolle unter der Nachwirkung des Krieges zunächst hohe Preise brachte. Da drohten nun jetzt die Anforderungen des Steuerfiskus, die Frucht aller Arbeit zu vernichten. Das Land entwertete unter ihrem Einfluß fast überall um die Hälfte, mancherorten um zwei Drittel oder drei Viertel. Die neuen Männer sahen das nicht ungern. Der und jener bekannte sich zu der Absicht, durch die fortgesetzte Erhöhung der Grundsteuer eine Expropriation der Großgrundbesitzer zugunsten der armen Weißen und vor allem der Neger herbeizuführen. Auch fand tatsächlich unter der vereinten Wirkung der Aufhebung der Sklaverei und der Steuerpolitik der Rekonstruktionszeit in ziemlichem Umfange eine Mehrung der kleinen und mittleren Betriebe statt. Nicht ganz wenige Pflanzer gaben den Kampf mit dem Steuererheber auf, wanderten aus nach Mittel- und Südamerika oder zogen in die Nordstaaten oder nach Texas, das noch immer zu sehr Neuland war und eine verhältnismäßig zu geringe Negerbevölkerung hatte, um nicht bessere Lebensbedingungen zu bieten als die Staaten östlich des Mississippi. Aber die meisten hingen doch an der alten Heimat und der alten Stellung, und am Ende fanden sie Mittel, sich jene zu retten und diese zurückzugewinnen.

Auf dem ordentlichen Weg durch Wahl und Gericht konnte das freilich nicht geschehen. Die Wahlen wurden von den Carpetbaggerregierungen „gemacht", indem sie die Weißen durch ihre schwarze Miliz einschüchterten oder die Abstimmungsergebnisse fälschten, wo es etwa noch nötig, die Negermehrheit nicht ohnehin sicher war. Und die Gerichte unter parteiischen und ungebildeten Vorsitzenden mit Geschworenen vielfach der schwarzen Rasse versagten meist bei Anklagen gegen Beamte, oder wenn sie einmal verurteilten, so intervenierte der Gouverneur und begnadigte. Gouverneur Moses in Südcarolina fertigte, selbstverständlich gegen gute Bezahlung, in zwei Jahren 457 Begnadigungen aus. So blieb nichts übrig, als sich mit List und Gewalt Recht zu verschaffen. A corsaire cor-

saire et demi wurde die Parole. Es begann die Bewegung, die mit dem Namen Ku Klux Klan bezeichnet zu werden pflegt. Der Ku Klux Klan wurde schon 1866 im südlichen Tennessee begründet, und zwar von Leuten schottisch-irischen Stammes, woran das „Klan" erinnert, während Ku Klux eine scherzhafte Umbildung des griechischen Kyklos ist. Er war einer der in Amerika so beliebten gesellig-politischen Geheimbünde, die ernsthafte Zwecke hinter grotesken Formen und Namen verbergen. Nach einer Verfassung, die er sich auf einem großen Konvent in Nashville 1867 gab, stand an der Spitze des ganzen „unsichtbaren Kaiserreiches" ein Großhexenmeister (Grand Wizard). Die Staaten waren „Königreiche" unter einem Großdrachen und acht Hydras, die Grafschaften Provinzen unter einem Großgiganten und vier Kobolden, als Zwischenglied zwischen Königreich und Provinz schob sich die „Herrschaft" (Dominion) mit einem Großtitanen und sechs Furien ein. Die niederste Einheit bildete die „Höhle". Ihre Mitglieder hießen Gespenster. Zeremonien und Tracht waren auf den gleichen Ton des Spukhaften gestimmt. Die Reiter, die nächtlicherweile auf schwarzverhängten Rossen Stadt und Dorf unsicher machten, steckten aus den Falten ihres langen, wallenden, oft weißen Gewandes Knochenhände oder Gewehrläufe hervor, zeigten unter der hohen spitzen Mütze einen Totenschädel und gaben vor, die Geister gefallener konföderierter Soldaten zu sein. Die Versammlungen fanden gern an schaurigen Orten statt, die Erlasse wurden nach „schwarzer Epoche" und „furchtbarer Stunde" datiert oder „finsterer Monat, blutiger Mond, schwarze Nacht, letzte Stunde". Warnungen erfolgten auf hunderterlei unheimliche Arten, angefangen vom Einschneiden oder Anmalen der berühmten drei K bis zu dunklen Inseraten und ausführlichen totenkopfverzierten Briefen. Dabei stand hinter all solchem anscheinenden Unfug eine sehr planvolle und umsichtige Leitung. Großhexenmeister war ein bekannter und angesehener General, Forrest, der allerdings recht klein und schimpflich als Sklavenhändler begonnen hatte. Er veranschlagte die Zahl der Mitglieder auf 550 000, während es doch noch eine Reihe verwandter, auch sehr ausgedehnter Geheimbünde gab, namentlich „die Ritter von der weißen Kamelie" in den Golfstaaten. 1869 wurde das „unsichtbare Kaiserreich" wohl aus taktischen Gründen formell für aufgelöst erklärt, aber ein großer Teil

der Organisation und die ganze Richtung blieb. Diese ging zunächst auf Begründung einer Art Femjustiz ähnlich der der sogenannten Regulatoren, die in neubesiedelten Gebieten Amerikas seit langem eine bekannte Erscheinung waren. Man fällte Urteile und vollstreckte sie durch Mißhandlungen aller Art, in besonders schweren Fällen auch durch Mord. Daneben jedoch zeigte sich sehr früh und trat allmählich ganz in den Vordergrund die Absicht, die politische Herrschaft in den Südstaaten für die Weißen zurückzuerobern. Es ist nicht ohne Grund an die Rolle der jeunesse dorée in der französischen Revolution nach dem 9. Thermidor erinnert worden. Man suchte die Neger durch Einschüchterung oder wirtschaftlichen Druck zur Stimmenthaltung oder Abstimmung in konservativem Sinn zu zwingen und ihren weißen Führern den Boden heiß zu machen. Natürlich wehrten sich diese, brachten ihre schwarze Miliz in Aktion oder riefen die Hilfe von Bundestruppen und Bundesgerichten an. Anfangs wurde solche Hilfe auch bereitwilligst geleistet, indem der Kongreß 1870 und 1871 sehr strenge Ausnahmegesetze erließ, die Verhängung des Belagerungszustandes und Aufhebung der Habeascorpusakte erlaubten. Die Carpetbaggerregierungen konnten sich außer in Tennessee, Nordcarolina und Georgia, wo sie schon 1870 und 1871 erlagen, noch bis in die Mitte der siebziger Jahre behaupten. Auf die Dauer aber verhalfen zwei Momente der Freiheitsbewegung der Weißen zum Siege. Im Süden trat eine Spaltung zwischen Carpetbaggern und Scalawags ein. Weil die Neger je länger, je mehr einen ihrer Zahl entsprechenden Anteil der Ämter verlangten, fanden nicht wenige der eingeborenen Beutepolitiker ein Haar in der Verbindung mit ihnen und suchten Anschluß an ihre Stammesgenossen. Zugleich aber begann sich auch im Norden in dem Maße, wie die vom Bürgerkrieg zurückgebliebene Feindseligkeit schwand, das natürliche Gemeinsamkeitsgefühl der Rasse zu regen. Er sei jetzt für eine Emanzipation der Weißen, schrieb ein Nordstaatler (Lowell) 1876 mit gutem Humor. Schon vorher (1872) war ein Gesetz durchgegangen, das die Bestimmungen des vierzehnten Amendements über die Entrechtung der „Rebellen" in der Hauptsache aufhob. Die öffentliche Meinung nahm mehr und mehr Anstoß daran, daß Bundestruppen verwandt wurden, um ungebildete Neger und zweifelhafte Ehrenmänner am Ruder zu erhalten. Kongreß und Prä-

sident mochten und durften die Hilferufe der Carpetbagger nicht länger mehr erhören, und die Folge war, daß 1874 Alabama, Arkansas und Texas, 1875 Mississippi, 1876/77 auch die letzten drei Staaten Florida, Louisiana und Südcarolina „erlöst" wurden. Leicht freilich war es auch so nicht geworden. In Louisiana gab es fast eine Art Bürgerkrieg, ja eine eigentümliche Verkettung der Umstände bewirkte, daß wochenlang das Ganze des Bundes deswegen in ernstesten Streit verwickelt wurde.

Sonst war der Gang der Dinge in Washington seit Johnsons Abschied (3. März 1869) immerhin friedlicher, wennschon keineswegs ganz glatt und befriedigend gewesen. Der neue Präsident war General Grant. Grant gehörte von Haus aus nicht zur republikanischen Partei. Vielmehr hatte er das geringe politische Interesse, das er überhaupt zeigte, vor dem Bürgerkrieg auf seiten der Demokraten betätigt. Aber die Republikaner hatten ihn, schon damit sich nicht die Gegner seines populären Namens bemächtigten, doch als Kandidaten aufgestellt und mit anständiger, aber nicht imponierender Mehrheit (3 015 071 gegen 2 709 615 Volks- und 214 gegen 80 Wahlmännerstimmen) natürlich auch durchgebracht. Grant führte sich ein mit einem begeistert aufgenommenen: „Laßt uns Frieden haben". Der Konflikt zwischen Weißem Haus und Kongreß hörte auf, aber es ergab sich bald zum Mißvergnügen vieler Republikaner, daß den Vorteil davon nicht die Kongreßmehrheit hatte. Vielmehr mußte sie nun allerlei Rücksichten nehmen. Mit dem Konvent-Spielen war es nichts mehr. Grant war viel zu sehr Soldat, ans Befehlen gewöhnt, um einen bequemen Parteipräsidenten abzugeben. Gleich die Art, wie er sein Kabinett zusammenstellte mit Hinblick mehr auf die Fähigkeiten oder die persönliche Ergebenheit der Minister als auf ihren Einfluß in der Partei, zeigte, daß er Herr im Haus sein wollte, und es dauerte dann nicht lange, bis sich die Anklage des persönlichen Regiments, ja des Cäsarismus erhob. Namentlich im Senat, der sich unter Johnson als die eigentliche Regierung gefühlt hatte, gab es alsbald Äußerungen der Empfindlichkeit. Man fand sich nur schwer bereit, dem Präsidenten die seinem Vorgänger entzogene Macht der Beamtenentlassung wieder einzuräumen, und machte einen Strich durch den Lieblingsplan seiner auswärtigen Politik, San Domingo für die Vereinigten Staaten zu gewinnen. Gerade der Führer des Senats bei dem

Rekonstruktionswerk, Sumner, geriet darüber in ein ausgesprochenes Mißverhältnis zu Grant, und dies Zerwürfnis wirkte zersetzend auf die ganze republikanische Partei. Der Präsident nämlich suchte Rückhalt bei einigen anderen Parteihäuptlingen. Morton in Indiana, Conkling in New York, Chandler in Michigan, Cameron in Pennsylvanien und Butler in Massachusetts konnten dank seiner Protektion Gnaden und Ämter in ihrem Bereich als wahre Selbstherrscher verteilen, und da sie sämtlich zum Typ des Boß gehörten, benutzten sie solchen Einfluß in sehr rücksichtsloser, vielfach unnobler Weise. Die Geschädigten schrien dann natürlich über Korruption. Auch schien man wirklich auf einem Tiefstand der politischen Moral angelangt. Die großen Reichtümer, die die glänzende Wirtschaftsentwicklung in den Händen von Geschäftsleuten, Industriebaronen, Landspekulanten, Eisenbahnkönigen sich anhäufen ließ, lockten Abgeordnete und Beamte vielfach vom Wege der Pflicht. In New York konnte sich unter dem berüchtigten Tammanyhäuptling Tweed 1869 bis 71 ein System von Bestechungen und Unterschleifen entwickeln, bei dem immer gleich Millionen gestohlen wurden. Im Kongreß saßen nicht wenige Herren, die sich die Zustimmung zur Privilegierung von Eisenbahngesellschaften durch ansehnliche Gratisüberweisungen von Aktien bezahlen ließen. Namentlich bei der Finanzierung der großen Union-Pacific-Bahn, die 1869 fertig wurde, durch den Credit Mobilier, waren hübsche Gewinne für die Volksvertreter abgefallen. Einige der allerersten Namen wurden in Verbindung mit diesem 1872 ans Licht gebrachten sogenannten Credit-Mobilier-Skandal genannt. Der Vizepräsident Colfax konnte seinetwegen nicht wieder aufgestellt werden. Von den Ministern aber ließ sich der Kriegssekretär Belknap auf dunkle Geschäfte mit Lieferanten ein, die ihn, als sie aufgedeckt wurden, 1875 zu schleuniger Niederlegung seines Amtes zwangen. Auch der Verkauf von Waffen aus den amerikanischen Zeughäusern an die französische Republik (1870) war ein sehr unrühmlicher Handel. Ein Republikaner, Hoar, sagte während der Untersuchung gegen Belknap, er höre von den freundlichsten Lippen, daß das einzige, worin die Vereinigten Staaten alle anderen überträfen, die in ihnen herrschende Korruption sei.

Grant selbst war ein anständiger Mensch. Als 1875 die Betrügereien des sogenannten Whisky-Ringes ans Licht kamen,

der in verständnisvoller Zusammenarbeit von Beamten und Großbrennern die Bundeskasse um vier Millionen Dollar geschädigt hatte, gab er die bestimmte Weisung, keinen Schuldigen entwischen zu lassen. Aber in einer gewissen kindlichen Arglosigkeit, wie sie ihm in manchen Dingen eigen war, trug er kein Bedenken, von recht dunklen Ehrenmännern Geschenke anzunehmen, und zeigte seinen Mitarbeitern ein nicht immer angebrachtes Vertrauen. So erhoben sich doch früh Zweifel an seiner Integrität, und indem die Empfindlichkeit über sein oft verschlossenes Wesen und eigenmächtiges Handeln hinzutrat, entstand eine Bewegung gegen seine Wiederaufstellung. Anfang 1872 erschienen mit einer Massenversammlung in Jefferson City in Missouri die sogenannten Liberalrepublikaner oder unabhängigen Republikaner auf dem Plan. Sie verlangten eine Reform des Beamtenrechts unter möglichster Beseitigung des Beutesystems und Einführung von Befähigungsnachweisen, traten für eine Versöhnungspolitik im Süden ein, die insbesondere die Wahlrechtsbeschränkungen für die ehemaligen Rebellen beseitigen müsse, und empfahlen in der Mehrzahl auch eine Ermäßigung der allzuhohen Schutzzölle. Ihr glänzendster Mann war Karl Schurz, der mit dem ganzen Idealismus des deutschen Freiheitskämpfers von 1848 die amerikanische Politik auf Grundsätze statt auf Interessen stellen wollte. Anfangs ging die Absicht mehr dahin, innerhalb der alten republikanischen Partei für einen neuen Mann zu wirken. Sehr bald aber wurde klar, daß das aussichtslos sei. Die Mehrheit der Republikaner im Kongreß und im Land stand fest zu Grant, der von seiner Popularität wenig eingebüßt hatte. Also entschloß man sich, einen eigenen Kandidaten zu nominieren, der dann von den Demokraten angenommen und zum Siege gebracht werden mochte. Am 1. Mai trat zu diesem Zweck ein Nationalkonvent in Chicago zusammen. Schurz präsidierte und hielt eine sehr schöne Rede. Als praktischer Politiker aber versagte er. Er selbst schreibt bezeichnend: „Man sagte mir oft, daß ich einen ausschlaggebenden Einfluß auf die Auswahl der Kandidaten ausüben könne, und wahrscheinlich war das richtig. Ich tat es aber nicht, denn ich hielt es für einen kleinlichen Ehrgeiz, die Rolle eines Präsidentenmachers zu spielen, und ich hegte den Wunsch, die Nomination möge als natürliches Ergebnis eines höher gerichteten Gemeingeistes erscheinen." Davon war nun gerade gar nicht die

Rede. Es gab genau dieselben Intrigen und Machenschaften wie auf anderen Konventen auch, und das wenig glückliche Ergebnis war, daß Horace Greeley als Kandidat aufgestellt wurde. Greeley war unbestritten der erste Journalist des Landes, dessen New York Tribune seit einem Menschenalter eine Macht neben Kongreß und Präsidenten bildete, aber eine Einspännernatur voller Wunderlichkeiten, ohne Erfahrung und Eignung in Verwaltungssachen, den deutschen Wählern, auf deren Stimmen man doch rechnete, als Temperenzler unheimlich, als Schutzzöllner für alle die wenig annehmbar, die von der neuen Partei Tarifreform erhofft hatten, und den Demokraten gegenüber durch viele bitterböse Artikel früherer Zeit kompromittiert, wenn er sich auch neuerdings als verständnisvollen Freund des Südens mannigfach bewährt hatte. So erhielt Greeley zwar die volle offizielle Unterstützung des demokratischen Nationalkonvents, aber nicht auch die aller demokratischen Wähler, und die Absplitterung von der republikanischen Partei war weit geringer, als selbst die Vorsichtigsten geschätzt hatten. Greeley konnte verhältnismäßig nicht einmal soviel Stimmen aufbringen wie der demokratische Kandidat von 1868. Um 762 991 blieb er hinter Grant zurück. Seit ewigen Zeiten war keine so schwere Niederlage mehr dagewesen, Greeley, der zunächst recht hoffnungsvoll gewesen war und sich mit äußerster Kraft in die Agitation gestürzt hatte, nahm sich den Mißerfolg so zu Herzen, daß er, hart getroffen allerdings auch durch den Tod seiner geliebten Frau, noch im Monat der Wahl (29. November 1872) erst einundsechzigjährig starb.

Aber auch die Freude der Sieger, die anfangs sehr laut und herausfordernd war, sollte nicht lange dauern. Die vier Jahre der zweiten Präsidentschaft Grants gelten als eine der unerquicklichsten Perioden der amerikanischen Geschichte. Die Wahl von 1872 hatte stattgefunden unter dem Zeichen und der starken Einwirkung ausgesprochener Hochkonjunktur. Das Geld lag auf der Straße. Die Staatsschulden konnten abgetragen oder konvertiert werden. Privatunternehmungen selbst der abenteuerlichsten Art fanden leichten und billigen Kredit. Ein wahres Gründungsfieber, ähnlich, aber wohl noch stärker, als es gleichzeitig in Deutschland beobachtet wurde, grassierte. Namentlich der Eisenbahnbau nahm außerordentlichsten Umfang an. Nachdem eben erst eine Trans-

kontinentalbahn fertiggestellt war, war schon sehr ernstlich die Rede von einer zweiten mehr nördlichen Linie. Daneben wurden immer neue Verbindungsstrecken und Seitenlinien ausgeführt oder projektiert: im ganzen sind in fünf Jahren für 1,7 Milliarden Dollars Eisenbahnen gebaut worden, und überall verband sich mit der Verkehrs- die Landspekulation, die nicht selten sogar der eigentliche Zweck war. Riesenvermögen wurden gemacht. Nie hatte sich Amerika so als das Land der unbegrenzten Möglichkeiten gefühlt. Da trat nun, nachdem in der alten Welt der Krach schon im Mai 1873 begonnen hatte, im September auch in der neuen die Wirtschaftskrisis ein, die auf Überspekulation immer folgt. Am 18. September mußte das große Bankhaus Jay Cooke und Kompagnie seine Zahlungen einstellen, und während der nächsten Tage, Wochen, Monate jagte eine Hiobspost die andere. Banken, Fabriken, Eisenbahn- und Landgesellschaften fallierten. Kredit gab es kaum noch. Das Geld stieg in seinem Wert gegen die Waren, so daß sich der in Zeiten der Kreditstörung stets übliche Ruf nach Mehrausgabe papierener Zahlungsmittel durch die Regierung erhob, und neben dem Kaufmann und Industriellen litt auch der Landwirt, der bei niedriger werdenden Preisen das zu hoch bezahlte oder überschuldete Gut nicht mehr halten konnte. Hunderttausende von Existenzen wurden vernichtet. Natürlich aber machte man für den ganzen Jammer, obwohl er nur zum kleinsten Teil ihre Schuld war, doch in erster Linie die Regierung verantwortlich. Bund, Einzelstaaten und Kommunalverwaltungen sollten ihre Aufsichtsrechte nicht genügend gebraucht oder gar mißbraucht haben. Die Anklagen wegen Korruption, die in den fetten Jahren nur wenige ernstlich erregt hatten, fanden in den mageren ein großes, strafeforderndes Publikum. War es nicht etwa ein Skandal, daß die Volksvertreter sich 1873, ehe der 42. Kongreß auseinanderging, noch rasch eine Diätenerhöhung von 5 000 auf 7 500 Dollar jährlich beschlossen hatten mit rückwirkender Kraft für die letzten zwei Jahre? Gerade diese „Gehaltsgaunerei" (salary grab) machte unendlich viel böses Blut. Bei den Neuwahlen von 1874 büßten viele Abgeordnete ihre Zustimmung dazu mit dem Verlust ihres Mandats. Zum erstenmal seit dem Bürgerkrieg erlangten die Demokraten die Mehrheit im Repräsentantenhaus, sogar eine sehr stattliche Mehrheit von 168 gegen 107, und wenn im Senat die

republikanische Partei noch das Übergewicht behauptete, so war wenigstens ihre Zweidrittelmehrheit auch dort dahin. Die Staatswahlen des Jahres 1875 zeigten keine veränderte Tendenz. Alles ließ für die Präsidentenwahl von 1876 einen gründlichen Partei- und Systemwechsel erwarten.

Um ihn abzuwenden, hätten einige republikanische Parteiführer nicht ungern ein drittes Mal Grant aufgestellt, indem sie rechneten, daß der Zauber seines Namens immer noch groß genug sei, um die mancherlei Unzulänglichkeiten seiner Verwaltung übersehen zu lassen. Die Verfassung verbot eine dritte Wahl ja nicht, und wenn das Herkommen dagegen war, so hatte man sich im Parteiinteresse schon über größere Hindernisse hinweggesetzt. Grant selbst wäre wohl bereit gewesen, die Kandidatur anzunehmen, obwohl er sich nicht darum bemühte. Aber die Demokraten beherrschten nicht umsonst das Repräsentantenhaus. Sie brachten eine Resolution gegen den unweisen, unpatriotischen, freiheitsgefährlichen Plan ein, der dann auch viele Republikaner zustimmten. Der nächstbeste Kandidat für diese schien Blaine zu sein, ein Epigone Websters, von großer Beredsamkeit, reichem Geist und einer persönlichen Anziehungskraft, der selbst diejenigen schwer widerstehen konnten, die ihn für unaufrichtig und bestechlich hielten. So nahm man ziemlich allgemein an, daß der Nationalkonvent, der im Juni 1876 in Cincinnati zusammentrat, für ihn entscheiden würde. Auch wünschte die Mehrheit der Delegierten wirklich seine Wahl. Aber sein böser Stern wollte, daß er kurz zuvor durch die Enthüllungen der sogenannten Mulliganbriefe in dringenden Verdacht geschäftlicher Verwertung seines parlamentarischen Einflusses geraten war, und daß er während des Konvents einen Sonnenstich bekam, was seinen Gegnern Gelegenheit gab, die Furcht zu erregen, er möchte während seiner Amtszeit sterben. Allerlei taktische Künste taten das übrige. Genug, wie bei so manchem Nationalkonvent vorher und nachher siegte nicht der Favorit, sondern ein dark horse, Rutherford B. Hayes, der als Gouverneur von Ohio am Ort selbst große und verdiente Popularität genoß.

Auch die Demokraten stellten einen Gouverneur auf: Samuel Jones Tilden von New York. Das schien ein glücklicherer Griff; denn Tilden war durch die Art, wie er die Betrügereien des Tweed-Ringes aufgedeckt und verfolgt hatte, in den Mittelpunkt des natio-

nalen Interesses gerückt worden. Obwohl der Sechzigjährige bis vor ganz kurzem als gesuchter Anwalt und gewandter Geschäftsmann mehr für die Mehrung des eigenen Vermögens als für den Staat getan hatte und in vielen Punkten nur eine neue Auflage des von ihm hoch verehrten van Buren war, hatte er sich jetzt geschickt als großen Reformer in Szene gesetzt. Vielen galt er als der Herkules, der allein den Augiasstall nun auch der Bundesverwaltung reinigen könnte. Von Hayes, der freilich ebenfalls Reformen versprach und persönlich eher mehr Garantien bot, meinte man doch, daß er zu sehr unter dem Einfluß der alten republikanischen Bosse stehen werde, um die „gründliche Änderung" zu gewährleisten, die die Forderung des Tages war. So war das Ergebnis eines aufregenden Wahlkampfes, daß Tilden eine unzweifelhafte Mehrheit der Volksstimmen erhielt, selbst nach der ihm ungünstigsten Zählung 4 284 885 gegen 4 033 950 für Hayes. Auch an Staatsstimmen rechneten die Demokraten ein ansehnliches Plus für ihn heraus, und sogar einige republikanische Zeitungen gaben anfangs seinen Sieg zu. Aber ein führendes New Yorker Blatt, die New York Times, hatte die Kühnheit, die Wahl vielmehr von Hayes mit 185 gegen 184 Stimmen zu behaupten, da drei der Tilden zugerechneten Staaten, Florida, Louisiana und Südcarolina, in Wahrheit republikanisch gewählt hätten, und die republikanische Parteileitung zögerte nicht, sich diesen Standpunkt zu eigen zu machen. Unregelmäßigkeiten waren in allen drei Staaten vorgekommen. Weder die Republikaner noch die Demokraten hatten Wahlbeeinflussungen und Wahlfälschungen verschmäht. Indessen ließ sich eine republikanische Mehrheit nur für Florida und Südcarolina mit einigem Grund feststellen. In Louisiana bedeutete die Entscheidung der staatlichen Wahlprüfungskommission zugunsten der republikanischen Wahlmänner einen nackten Rechtsbruch, und die Demokraten zeigten deshalb keine Neigung, sich ohne weiteres um den Siegespreis betrügen zu lassen. Mit Leidenschaft hielten sie den Anspruch auf die Präsidentschaft aufrecht. Die Lage war schwierig, fast verzweifelt. Die Bestimmungen der Verfassung über die Stimmenzählung ließen verschiedene Deutungen zu. Die Praxis war seit 1865 gewesen, umstrittene Stimmen nur dann zu rechnen, wenn beide Häuser des Kongresses einwilligten. Aber daran wollten die Republikaner jetzt nicht mehr gebunden sein. Sie beherrschten den Senat, die Demo-

kraten das Repräsentantenhaus. Eine Einigung schien unmöglich. Drohungen mit Bürgerkrieg wurden laut. Auch trafen einige Staaten, ja die Bundesregierung wirklich militärische Vorkehrungen. Da fand man nach langem Hin und Her Ende Januar den Ausweg, aus je fünf Vertretern beider Häuser und des Obersten Bundesgerichts einen besonderen Ausschuß, die sogenannte Elektoralkommission, einzusetzen, in die vierzehn Mitglieder (die zehn Kongreßleute und vier von den Bundesrichtern) zu gleichen Teilen aus der republikanischen und demokratischen Partei gewählt wurden, während das fünfzehnte durch die vier Bundesrichter zu kooptieren war. Die Demokraten hofften, ihre gute Sache in dieser Kommission durchdrücken zu können, da gerechnet war, der fünfzehnte, ausschlaggebende Mann würde der keiner Partei verpflichtete Richter David Davis sein. Aber Davis wurde vielleicht infolge einer republikanischen Intrige gerade im entscheidenden Augenblick von Illinois in den Bundessenat gewählt, wonach er nicht wohl mehr einen Sitz in der Kommission annehmen konnte, und der für ihn eintretende Bradley stellte sich aus juristisch technischen Gründen auf die Seite der Republikaner, so daß diese die Mehrheit erhielten und die Elektoralkommission in allen Fällen für Hayes entschied. Empörung und Enttäuschung auf demokratischer Seite lassen sich denken. Man schrie über Rechtsbeugung und Verrat und erzählte sich eine häßliche Geschichte, daß Bradley sein Votum einfach verkauft habe. Auch machte man Anstalten, durch allerlei Obstruktionsmittel die Proklamierung des republikanischen Präsidenten doch zu verhindern. Zugleich aber wurde hinter den Kulissen über eine Art Kompromiß verhandelt, zu dem Hayes klug genug war, die Hand zu bieten. Die Demokraten gaben jeden ernsten Widerstand gegen den Beschluß der Elektoralkommission auf und erhielten dafür die Zusage, daß der neue Präsident die Bundestruppen aus dem Süden zurückziehen und die Staatsregierungen in den drei umstrittenen Staaten ihren Parteifreunden überlassen werde.

Damit war das wichtigste Ergebnis vorweggenommen, das der Amtsantritt Tildens hätte haben können. Die Rekonstruktionspolitik der Republikaner empfing ihren letzten tödlichen Stoß. Der Sieg der eingeborenen Weißen über Neger und Carpetbagger war jetzt erst sicher und endgültig. Darin liegt die weltgeschichtliche

Bedeutung der Wahl von 1876. Darum datiert man von ihr den Anfang einer neuen, glücklicheren Epoche für die Südstaaten.

Nicht freilich, daß sich die alte Pflanzerherrlichkeit irgend wiederhergestellt hätte. Die Tage der Latifundienwirtschaft waren mit der Sklavenemanzipation unwiderruflich dahin. Die Grundherren mußten von ihrem Land verkaufen: die Zahl der Güter hat sich noch von 1870 bis 1900 im allgemeinen verdoppelt, in manchen Staaten verdrei- und -vierfacht, und die Durchschnittsgröße ist entsprechend heruntergegangen, in Alabama von 222 auf 92,7, in Südcarolina ganz ähnlich von 222 auf 90, in Georgia von 388 auf 117,6 Acker. Oder sie taten es an kleine Pächter aus, deren es 1900 über eine Million gab, und die entweder eine feste Rente oder häufiger wie die französischen Halbbauern (métayers) einen Teil der Ernte abliefern. Damit entfiel die Notwendigkeit für sie, selbst auf dem Lande zu leben. Auch fanden sie unter den veränderten Verhältnissen keinen Reiz mehr darin. Die alten Herrenhöfe wurden also vielfach nicht wiederhergestellt oder verödeten. Die großen Familien zogen, wenn sie nicht ganz auswanderten, wenigstens in die Städte, und ihre Söhne wandten sich dort gelehrten Berufen oder gewerblichen und Handelsunternehmungen zu. Schon Krieg und Blockade hatten das Emporkommen einer südlichen Industrie begünstigt. Im Frieden dann machte sie unter dem Schutz der hohen Bundeszölle weitere Fortschritte, die seit den siebziger Jahren sogar sehr merkbar wurden. Die reichen Eisen- und Kohlenlager der Gebirgsgegenden wurden zur Begründung einer blühenden Schwerindustrie ausgenutzt, und die Baumwollmanufaktur wuchs so rasch, daß sie heute für billige Stoffe den inneren Markt beherrscht und ein gutes Drittel aller in der Union tätigen Spindeln zählt gegen nur etwa ein Zwanzigstel vor 1860. Daneben spielen Zucker- und Zigarrenfabriken eine beträchtliche Rolle. Da nun die Auflösung der geschlossenen Hauswirtschaft der großen Güter unwillkürlich zu einer Vermehrung auch von Kleingewerbe und Kleinhandel führte, waren die Voraussetzungen für eine mehr städtische Entwicklung gegeben mit den Folgeerscheinungen wieder besserer Schulen und regeren Geisteslebens. Immerhin hielt sich diese Entwicklung in Grenzen. Außer New Orleans, das trotz seiner 366 000 Einwohner an Bedeutung gegen die Hafenstädte der Ostküste unverkennbar verloren hat,

hatten die alten Sezessionsstaaten bis 1900 doch nur drei wirkliche Großstädte um 100 000 Einwohner herum aufzuweisen: Atlanta, das sich gern das südliche Chicago nennt, Richmond und Memphis; 1915 waren noch Nashville in Tennessee, Birmingham in Alabama und die texanischen Städte Dallas, Fort Worth, Houston und San Antonio hinzugekommen; aber in zwei Staaten, Nordcarolina und Mississippi, gab es noch damals keine Stadt auch nur über 50 000 Einwohner. Der Prozentsatz der städtischen Bevölkerung betrug hier nach der letzten Statistik von 1910 nur 14,4 beziehungsweise 11,5. Auch in Arkansas (12,9) und Südcarolina (14,8) war er ganz niedrig, um selbst in den städtereichsten Staaten Texas, Florida und Louisiana, nicht über 24,1, 29,1 und 30 zu steigen, während der Unionsdurchschnitt 46,3 war.

Im ganzen eben blieb der ländliche Charakter vorherrschend. Der Reichtum des Südens beruhte weiter in erster Linie — zu zwei Dritteln — auf der agrarischen Produktion, und da wieder besonders auf der Baumwolle. 1879 wurde zuerst die Rekordernte von 1860 übertroffen, die 4 861 000 Ballen betragen hatte. 1880 erntete man 6 605 750, und 1890 10 425 000, 1914 in einem besonders guten Jahr 16 134 930, wobei in Betracht kommt, das die Erfindung des künstlichen Düngers erlaubt hat, auch weniger guten Boden zu benutzen. Von den andern alten Stapelartikeln wurden Tabak und Zucker ebenfalls reichlich gewonnen, 1900 für 40 und 50 Millionen Dollar, während sich beim Reis unter der dauernden Nachwirkung der Zerstörung so vieler Reisfelder im Krieg eine beträchtliche Abnahme (nur noch 6,5 Millionen Dollar Ertrag) zeigte. Eine neue ergiebige Erwerbsquelle erschloß sich in dem früher vernachlässigten Obst- und Gemüsebau, der 1900 allein einige achtzig Millionen Dollar abwarf. Der Körnerbau, der anfangs stark zurückging, konnte sich seit den neunziger Jahren einigermaßen erholen. Das Interesse der Viehzüchter wandte sich in der Hauptsache dem Rindvieh zu, von dem man 1900 15 Millionen zählte gegen 8½ im Jahre 1860. Die Schweinezucht hielt sich ungefähr: 17,3, die Schafzucht nahm ab: 5 Millionen. (Die entsprechenden Zahlen im Deutschen Reich waren 1900: Rindvieh 19, Schweine 16¾, Schafe 9¾ Millionen.) Im ganzen wurde 1900 berechnet, daß sich der Wert der landwirtschaftlichen Erzeugnisse gegen 1880 fast verdoppelt habe, von 660 auf 1272 Millionen Dollar.

Das war an sich recht befriedigend, und den Südländern kehrten denn auch je länger, je mehr Vertrauen und Hoffnung zurück. Schon 1884/85 fand Karl Schurz bei einer Reise durch die Sezessionsstaaten „die Gegenwart voll gedeihlichen Wohlstandes und die Zukunft vielversprechend". Aber freilich der Abstand vom Norden, der schon vor 1860 sichtbar gewesen war, vergrößerte sich nur immer mehr. Das Verhältnis war ähnlich wie das der Ost- und Westprovinzen im Deutschland Wilhelms II. Obwohl der eine Teil absolut fortschritt, blieb er doch, weil der andere Siebenmeilenstiefel anzog, relativ entschieden zurück. Wer von Norden her die Mason- und Dixonslinie überschritt, sah immer noch ein ärmeres Land mit spärlicherer Besiedlung, geringerem Komfort, schlechteren Verkehrseinrichtungen und durchschnittlich niedrigerem Bildungsstand der Bevölkerung. Ein Grund dafür lag im Klima, das nun einmal nicht die gleiche Arbeitsanspannung erlaubt, der andere und wichtigere in dem Vorhandensein des starken Negerelements. Daß der Süden am Neger krankte, hatten einsichtige Volkswirte von jeher auseinandergesetzt. Die Abolitionisten hatten geglaubt, den Schaden durch das Radikalmittel der Emanzipation kurieren zu können. Nun zeigte sich aber zunächst einmal, daß der freie Neger die weiße Einwanderung oder Zuwanderung, deren Fehlen früher beklagt war, ganz ebenso oder gar noch mehr abschreckte als der Sklave. Zwar war die Lage der kapitalarmen Weißen durch die Einschränkung der Latifundienwirtschaft wirklich besser geworden, sie konnten jetzt auf dem Lande als Pächter oder Kleinbesitzer rasch eine leidlich selbständige Existenz gewinnen, und noch größere Möglichkeiten für gutes Fortkommen vielleicht bot die Entstehung eines gesunden Mittelstandes in den Städten. Aber weder der Europäer noch der Amerikaner aus dem Norden überwand die gefühlsmäßige Abneigung gegen das enge Zusammenleben mit einer niederen Rasse, auch ließ sich nicht übersehen, daß der Wettbewerb des bedürfnislosen, für Organisation wenig geeigneten Negers den Preis der Arbeit niedrig hielt, indirekt selbst in solchen Betrieben, von denen er herkömmlicherweise ausgeschlossen ist, wie in den Baumwollfabriken. Obwohl deshalb vieles geschah, um Einwanderer ins Land zu ziehen, blieb das Ergebnis ungenügend. Die Zahl der Fremdgeborenen ist verhältnismäßig heute niedriger als 1860, in einigen Staaten ist sie sogar absolut

zurückgegangen, und die Zuwanderung aus dem Norden hat erst in den allerletzten Jahren einen gewissen Aufschwung genommen, von dem sich noch nicht sagen läßt, ob er andauern und zunehmen wird. Die angelsächsische Rasse hat sich so im Süden sehr viel reiner erhalten als in den anderen Teilen der Union. Darauf ist sie stolz. Aber sie stellt nicht soviel Menschen, wie es zu voller Ausnutzung der reichen Naturschätze des Südens bedürfte, und die Ersetzung der fehlenden weißen Arbeitskraft durch Schwarze ist gegen die Sklavenzeit in mancher Richtung erschwert. Die Neger nämlich, von Natur träge, unstet, sorglos, wie sie sind, arbeiten im Stand der Freiheit sehr viel weniger als unter den Augen und der Peitsche des Aufsehers, man hat sagen wollen: nur ein Drittel soviel. Zugleich nehmen sie in geringerem Maß zu, weil Ausschweifungen, Geschlechtskrankheiten, hier und da auch wohl bewußte Beschränkung die Fruchtbarkeit der Ehen mindern, mehr noch, weil die interessierte Sorge des Herrn für die Aufzucht des Nachwuchses fehlt, die Kindersterblichkeit also sehr groß ist. Man hat berechnet, daß ohne die Emanzipation die Zahl der Neger von 1863 bis zum Ende des Jahrhunderts sich verdreifacht haben würde, während sie sich tatsächlich nur etwa verdoppelte. Jedenfalls ist ihre Vermehrung langsamer als die der Weißen. Von 1890 bis 1900 betrug sie in den ehemaligen Sklavenstaaten nur 17,2 Prozent gegen 25,2.

Nun wurde diese von rein wirtschaftlichem Standpunkt vielleicht bedauerliche Tatsache aus anderen triftigen Gründen, je sicherer sie sich herausstellte, von den Weißen freilich mit einem Gefühl der Befreiung begrüßt. Denn das Verhältnis der beiden Rassen verlor nichts von der Gespanntheit der Rekonstruktionsjahre. Die einzelnen mochten nicht selten ganz gut miteinander auskommen, die Oberschicht ihren schwarzen Dienern und Arbeitern patriarchalisches Wohlwollen zeigen und auch die einfachen Leute, denen das unwillkürlich schwerer wurde, den Negernachbarn mit herablassender Freundlichkeit behandeln. Aber im ganzen galt allen Klassen der Weißen als erste Forderung der Selbstachtung und Selbstbehauptung, sich von den Farbigen als von Menschen niederer Ordnung grundsätzlich abzuschließen. Nicht nur verboten sie Mischehen weiter durchaus, in Kirche und Schule, auf Bahnen und Schiffen, an Stätten der Arbeit und des Vergnügens, in Hotels

und Restaurants verlangten und erreichten sie Trennung. Ein Bundesgesetz von 1875, das demgegenüber die gleichen Rechte aller Bürger wahren wollte, wurde nie ernstlich durchgesetzt und 1883 vom Obersten Bundesgericht für verfassungswidrig erklärt. Natürlich litten die höherstrebenden Farbigen schwer unter der sozialen Ächtung, und solche Höherstrebenden gab es in wachsender Anzahl: vor allem Lehrer und Geistliche (1900 22 000 und 1 500), aber auch Rechtsanwälte und Ärzte, Plantagenbesitzer, Fabrikanten, Großkaufleute. 1910 konnte das Vermögen der schwarzen Rasse auf insgesamt 400 bis 500 Millionen Dollars geschätzt werden. Negerbanken, Negergewerkvereine wurden begründet. Auch das Schulwesen nahm einen beträchtlichen Aufschwung. Der Prozentsatz der Analphabeten unter der männlichen Bevölkerung über zehn Jahren, der 1870 83,5 gewesen war, betrug 1900 nur noch 47,4. Aber an und für sich ist diese Zahl immer noch recht ungünstig. Die Masse verharrt auf einem sehr niedrigen Stand geistiger und moralischer Kultur. Ordnung, Zucht, ausdauernder Fleiß sind dem Durchschnittsneger außer durch Zwang schwer beizubringen. Viele leben nicht besser als das Vieh, lassen Haus und Wirtschaft verkommen, streichen im Lande umher oder bevölkern die Gefängnisse, in denen sie unverhältnismäßig stark vertreten sind (nach der Statistik von 1910 in Louisiana mit 1 945 unter 2 400, in Südcarolina mit 1 463 unter 1 691, in Mississippi gar mit 2 048 unter 2 283 Sträflingen). Besonders gefürchtet ist ihre Neigung zu Sittlichkeitsverbrechen gegen weiße Frauen, und diese allererst rufen dann jene Lynchjustiz hervor, die wieder den Weißen Unehre macht und zuweilen in Massenmord und Plünderung der Negerviertel ausartet.

So ist keinerlei Aussicht, daß die sogenannte Farbenlinie (colour-line) je verschwinde. Im Gegenteil, sie vertieft sich stets nur mehr, indem neuerdings auch die Neger in ihren stolzeren Vertretern für bewußte Abschließung und wirtschaftliche und geistige Sonderentwicklung wirken. Dem sozialen aber entspricht der politische Gegensatz. Die Erinnerung an die Schrecken des Negerregiments in der Rekonstruktionszeit hat sich als so unauslöschlich erwiesen, daß für die überwältigende Mehrheit der Weißen des Südens alle anderen Erwägungen hinter der einen beherrschenden zurücktreten, die Farbigen von jeder Macht im Staat fernzuhalten. Leicht war das anfangs nicht. Die Neger hatten bis 1890

die Mehrheit der Bevölkerung in drei Staaten und haben sie noch immer in zweien: Mississippi und Südcarolina. Es bedurfte also aller Künste der Wahlkreisgeometrie, tausenderlei kleiner Listen bei der Wahlhandlung, nicht selten sogar offener Gewalt oder Stimmfälschung, um ihren Einfluß auf die Wahlen auszuschalten. 1890 zeigten die Republikaner, die damals den Präsidenten und die Mehrheit beider Häuser für sich hatten, starke Neigung, die Gunst der Lage zu benutzen, um im Interesse ihrer Partei den an den Negern begangenen Stimmraub oder -betrug weiterhin unmöglich zu machen. Sie brachten ein Gesetz ein, das wenigstens die Bundeswahlen im Süden unter Aufsicht und Schutz von Bundesbeamten und nötigenfalls Bundestruppen stellte. Aber am Ende gelang es den Demokraten, durch geschickte parlamentarische Taktik den Schlag abzuwenden, und im Süden zog man die Lehre daraus, die Entrechtung der Neger lieber nicht länger nur auf dem „Verwaltungsweg" durchzuführen, sondern gesetzlich zu regeln. Nun schien dem freilich ein beträchtliches Hindernis entgegenzustehen. 1870 war als Schlußstein der Rekonstruktionsgesetzgebung der Verfassung ein fünfzehntes Amendement hinzugefügt worden: „Das Stimmrecht von Bürgern der Vereinigten Staaten soll von den Vereinigten Staaten oder irgendeinem Staat nicht versagt oder verkürzt werden mit Rücksicht auf Rasse, Farbe oder früheren Stand der Knechtschaft." Damit hatten die Republikaner damals geglaubt, das Stimmrecht ihrer schwarzen Schützlinge für alle Ewigkeit zu sichern. Aber der juristische Scharfsinn ihrer Gegner entdeckte jetzt eine Hintertür. Es mußte gehen, Bedingungen für die Ausübung des Wahlrechts festzusetzen, die, ohne formell Rasse, Farbe oder früheren Stand der Knechtschaft zu betreffen, doch faktisch wenigstens den größten Teil der Neger ausschlossen. Zuerst eine neue Verfassung für Mississippi bestimmte noch 1890, daß niemand wählen dürfe, der unfähig sei, die Bundesverfassung zu lesen oder zu verstehen, und eine Reihe von anderen Staaten folgten mit ähnlichen „Verfassungsänderungen" nach dem „Mississippiplan", indem sie nur zum Besten der ungebildeten Weißen diesen und jenen Vorbehalt machten, zum Beispiel die sogenannte Großvaterklausel, wonach niemand ausgeschlossen werden sollte, der selbst oder dessen Vater oder Großvater vor dem 1. Januar 1867 das Stimmrecht besessen hatte. Die Wirkung war die gewünschte.

Die Zahl der stimmberechtigten Neger sank auf ein Zehntel und weniger, und an irgendwelche politische Einwirkung konnten sie nicht mehr denken.

Was die Stevens und Sumner durch ihre Rekonstruktionsgesetze verhindern wollten, hat sich so doch herausgestellt. Der Süden, der geschlossene Süden (the solid South), ist die uneinnehmbare Hochburg der demokratischen Partei geworden. Es gibt in den Südstaaten, wenn sich nicht einmal unter den Demokraten selbst streitende Faktionen bilden, herkömmlicherweise überhaupt kaum noch einen Parteikampf. Das hat manche Vorzüge. Die Verwaltung ist im Süden vielfach besser, namentlich sparsamer als im Norden, aber der Nachteil ist, daß das politische Leben an Interesse verliert, und damit wieder hängt zusammen, wennschon nicht damit allein, daß der Süden, der so lange das stärkste Kontingent zu den Staatsmännern der Union stellte, seit dem Bürgerkrieg vergleichsweise wenig politische Talente hervorgebracht hat.

Der Süden hat die bösen Nachwirkungen von Krieg und Rekonstruktion sonst überwunden: er wächst, blüht und gedeiht, aber die Rolle, die er einst in der Union spielte, hat er nicht wieder erlangt und wird er nicht wieder erlangen. Die amerikanische Geschichte ist auch nach 1877 im Osten und im Westen gemacht worden.

Vierzehntes Kapitel

Wirtschaftskämpfe

Man kann häufig hören, die amerikanische Geschichte sei letzten Endes bloße Wirtschaftsgeschichte. Das ist sonst irreführend. Die politischen Hergänge sind zwar wie überall mit wirtschaftlichen verflochten und durch wirtschaftliche bedingt. Diese Verflechtung und Bedingtheit wird wohl auch gelegentlich deutlicher als in den europäischen Staaten. Mehr läßt sich aber nicht sagen. Nur nach 1877 kamen zwei Jahrzehnte, wo wirtschaftliche Kämpfe unter unverkennbarer Zersetzung des besonderen politischen und Parteilebens die Entwicklung ganz überwiegend beherrschten, wie etwas sehr Ähnliches gleichzeitig in Deutschland beobachtet wurde.

Der Streit um die Wahl von Hayes hatte die alten Leidenschaften des Bürgerkrieges noch einmal in voller Stärke auflodern lassen. Sie beruhigten sich auch nicht gleich. Die ganze Amtszeit des Präsidenten über wollten die gegenseitigen Anklagen wegen Betrug und Gewalt nicht verstummen, und noch viel später fanden sich immer wieder Republikaner, die, wie der amerikanische Ausdruck ist, das blutige Kriegshemd schwenkten, während die Demokraten des Südens fortfuhren, die Erinnerung an die Helden der konföderierten Sache demonstrativ zu pflegen. Aber es war doch nur ein stets schwächer werdender Nachhall. Der Krieg wurde in wachsendem Maß Geschichte.

Hayes selbst zeigte von Anfang an, daß er wünschte, einen Strich unter die Vergangenheit zu ziehen. Er übertrug das wegen seiner Patronage so wichtige Postministerium einem früheren Rebellen, David M. Key, und machte zum Staatssekretär des Innern Karl Schurz, den Führer der Liberalrepublikaner, die schon 1872 für ein Programm der Versöhnung eingetreten waren. Daß

daneben als Finanzminister ein strammer republikanischer Parteimann, John Sherman, ins Kabinett berufen wurde, war insofern erklärlich, als Sherman längst die erste Finanzautorität des Kongresses, auch ein Landsmann des Präsidenten war. Gerade Sherman gewann dann freilich großen Einfluß. Er hat, selbst unzweifelhaft der bedeutendere von beiden, in seiner Selbstbiographie den Freund und Vorgesetzten mit großer Wärme gelobt: sein gesundes Urteil und sein unbeirrtes Festhalten an dem einmal für recht Erkannten, und sicher besaß Hayes, wenn keine glänzenden, viele treffliche Eigenschaften. Zumal seine unbedingte innere Vornehmheit sichert ihm die Sympathien der Nachwelt, die in diesem Punkt meist richtiger und feiner fühlt als die Zeitgenossen. Fraglicher ist, ob man, wie Sherman tut, auch seine Regierung als „eine der wohltätigsten und befriedigendsten in der Geschichte der Republik" bezeichnen darf.

Ein Großes freilich gelang. Zum 1. Januar 1879 wurde die Bareinlösung der Schatzscheine der Vereinigten Staaten aufgenommen und damit fast vierzehn Jahre nach seinem Ende die schlimmste Nachwirkung des Bürgerkrieges auf dem Gebiet der Finanzen beseitigt.

Die Union war seinerzeit noch im ersten Kriegsjahr zu einer Papierwährung gekommen, indem sie seit dem 25. Februar 1862 unverzinsliche Schatzscheine mit gesetzlicher Zahlungskraft ausgab, die dann natürlich das bessere Geld, Gold und Silber, aus dem freien Verkehr verdrängten. Von diesen nach ihrer Farbe sogenannten Greenbacks (Grünrücken) liefen am Ende des Krieges 459 Millionen Dollar um. Nun versuchte die Regierung sie allmählich durch Umwandlung in verzinsliche Anleihen einzuziehen, und der Kongreß stimmte zunächst zu, so daß sich bis Anfang 1868 ihr Betrag auf 356 Millionen verminderte. Doch regten sich sehr bald Zweifel an der Zweckmäßigkeit solcher Reduktion. Wenn man unverzinsliche Noten einzog und verzinsliche Schuldtitel dafür hergab, so schien man den Kapitalisten ein unverdientes Geschenk zu machen, die erwerbenden Stände aber doppelt zu belasten, weil sie die Zinsen für die Anleihen durch Steuern aufbringen mußten und andererseits infolge der Verminderung des Geldes mit Verteuerung des Geldes, also mit einem Herabsinken der Preise für die Erzeugnisse ihres Fleißes zu rechnen hatten. Den Verteidigern der „Kon=

traktion", des wenigen, guten und teuren Geldes, stellten sich in wachsender Zahl und wachsender Entschiedenheit die Inflationisten entgegen, deren Interesse viel, schlechtes und billiges Geld war. Sie priesen die Greenbacks als „Volksgeld", als das ideale Zahlungsmittel, wobei daran erinnert werden mag, daß noch heute eine ganze nationalökonomische Schule die sogenannte absolute Währung, das rein vom Gesetz geschaffene, von Gold und Silber unabhängige, „autogene" Geld für das Richtige hält. Der Kongreß verbot schon am 4. Februar 1868 alle weitere Einziehung von Schatzscheinen. Ja, die Wirtschaftskrisis von 1873 führte sogar dahin, daß, um der Geldknappheit zu steuern, sechsundzwanzig Millionen neu ausgegeben wurden. Eine noch weitere Vermehrung im nächsten Jahr scheiterte nur an dem Veto Grants. Die Folge war, daß, obwohl die Lage der Bundesfinanzen längst durchaus normal war, das Goldagio gegenüber den Noten nicht verschwinden wollte. Ein Dollar in Papier war bestenfalls neunzig Cents in Gold und gelegentlich noch erheblich weniger wert. Die Spekulation wurde ermutigt, das solide Geschäft gestört, und der Kredit im Ausland, auch das politische Ansehen litt. Das wurde auf die Dauer denn doch als unerträglich empfunden. Man fragte sich, ob es nicht möglich sei, ohne die Greenbacks ganz zu beseitigen, sie neuerdings zu vermindern und die verminderte Menge von einem bestimmten Zeitpunkt an in Gold einlösbar zu machen, sie also den Banknoten der europäischen Staaten gleichzustellen. Namentlich Sherman, damals Vorsitzender des Finanzausschusses im Senat, interessierte sich für diese Lösung und brachte am 14. Januar 1875 ein entsprechendes Gesetz, die Resumptionsakte, zur Annahme. Sie sah neben einer Ersetzung der papierenen Scheidemünze durch silberne eine allmähliche Verminderung der Schatzscheine auf den Mindestbetrag von 300 Millionen Dollar vor und verpflichtete die Zweigstelle des Schatzamtes in New York, sie vom 1. Januar 1879 an gegen Gold einzuwechseln. Obwohl das nun den eigentlichen Hartgeldleuten keineswegs genug tat, war der Widerstand im Land gegen die Abschaffung der Papierwährung auch in dieser Form noch sehr heftig. Eine kleine, aber rührige Partei, die sogenannte Greenbackpartei, die sich bis 1884 hielt und 1876 bei der Präsidentenwahl 81 000 Stimmen abgab, wurde eigens darauf begründet. Wiederholt sah sich der Kongreß vor

Anträge auf Zurücknahme des Gesetzes gestellt, und am 31. Mai 1878 kam er ihnen wenigstens soweit nach, daß die Verminderung der Schatzscheine schon bei dem damaligen Stand von 347 Millionen, übrigens für die Dauer, gestoppt wurde. Aber das Prinzip der Bareinlösung blieb bestehen, und Sherman tat in kluger, umsichtiger Detailarbeit alles, um es zum bestimmten Zeitpunkt durchzuführen. Noch 1875 und 1876 hatte sich die Goldprämie gehalten, 1877 sank sie rapide, im Januar auf 6,3, im Oktober auf 2,8. Im April betrug sie noch 0,6, und am 17. Dezember, vierzehn Tage vor dem Inkrafttreten des Einlösungsgesetzes hörte sie ganz auf. Als dann der mit Spannung und nicht ohne Sorge erwartete 1. Januar 1879 herankam, wurde nicht Gold abgehoben, sondern im Gegenteil Gold herzugebracht; denn nachdem Gold nicht mehr wert war als Papier, entzog man sich gern der Last, es aufzubewahren. Der erste Tagesbericht wies 400 000 Dollar Einzahlung auf gegen 135 000 Auszahlung. Selbst manche Tadler Shermans, die ihn früher als den Stranddieb (the wrecker) geschmäht hatten, bekannten sich geschlagen, zumal der gefürchtete Preisfall nicht eintrat. Die Gefahr, die dem Geldwesen der Vereinigten Staaten von Seiten des Papiers gedroht hatte, war beseitigt.

Dafür aber erhob sich bereits eine neue von anderer Seite. Die Agitation der Greenbackers wurde von der der Silberleute abgelöst.

Die Vereinigten Staaten hatten ursprünglich Doppelwährung gehabt. Da aber das Wertverhältnis von Gold und Silber auf 1 : 16 normiert wurde, was das Silber nach der damaligen Lage des Metallmarktes benachteiligte, war dieses wenig geprägt und viel ausgeführt worden. Es ist ein nationalökonomisches Gesetz, daß das überwertete das unterwertete Geld verdrängt. Bis zum Bürgerkrieg hatte sich *faktisch* die Goldzahlung hergestellt, und nach dem Krieg (1873) war auch gesetzlich bestimmt worden, daß der Silberdollar, der „Dollar der Väter“, aufhören sollte, Währungsgeld zu sein. Nun trat aber gleichzeitig eine Wertverminderung des Silbers ein. Anstoß dazu gab die Einführung der Goldwährung im Deutschen Reich, die in Skandinavien und Holland Nachahmung fand und die lateinische Münzunion wenigstens zur Einschränkung und schließlich Einstellung neuer Silberprägungen bestimmte. Aber ein wichtiger Grund war auch, daß die Silberproduktion überall

und besonders in den Staaten des amerikanischen Westens, Colorado und Nevada, eine riesige Zunahme erfuhr. Schon in dieser Tatsache lag dann, daß der Preisfall des Silbers gerade in Amerika Gegenstand lebhafter Klagen und Anklagen werden mußte. Alle Besitzer von Silberminen verlangten Rückkehr zur Doppelwährung derart, daß jedermann frei Silber prägen lassen dürfe mit gesetzlicher Zahlungskraft nach dem alten Wertverhältnis. Und für solche Forderung fanden sie dann natürlich leicht die Unterstützung jener größeren Kreise, die, um ihre Schuldenlast zu erleichtern und die Preise ihrer gewerblichen oder landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu erhöhen, eine Vermehrung der Zahlungsmittel an sich wünschten. Das „Verbrechen von 1873", die Beseitigung des Silberdollars als Währungsgeld, wurde alsbald in allen Tonarten verurteilt, und 1878 bereits nahm der Kongreß ein Gesetz an, die Bland-Allisonbill, das es rückgängig machte. Nicht nur erhielt der alte Silberdollar seine Zahlungskraft zurück, sondern es wurde bestimmt, daß das Schatzamt jeden Monat für mindestens zwei und höchstens vier Millionen Dollar Barrensilber kaufen müsse, um daraus neue Dollars zu prägen. Das Repräsentantenhaus hatte sogar noch weiter gehen und die freie Prägung durch Private erlauben wollen. Nur mit Mühe hatte sie Sherman abgewandt. Auch ohne dies Äußerste aber war die Maßregel schon im Augenblick sehr bedenklich, da der Silberdollar nach dem Weltmarktpreis nur noch 92 Cents wert war. Vollends für später mußten sich, wenn der Silberpreis trotzdem weiter fiel, ernsteste Schwierigkeiten ergeben.

Hayes, der das voraussah, legte sein Veto ein. Aber es wurde mit Glanz überstimmt. Der Kongreß stand ohnehin meist gegen ihn. Im Repräsentantenhaus saß von vornherein eine demokratische Mehrheit, im Senat kam sie 1879 zustande, und auch unter den Republikanern beobachteten manche eine mehr oder weniger frondierende Haltung. Während der ganzen Amtszeit des Präsidenten hörten parlamentarische Kämpfe und Intrigen nicht auf, die, wenn sie heute wenig Interesse mehr bieten, damals die Leidenschaften sehr stark erregten. Auch sonst waren es keine ruhigen und glücklichen Jahre. Die Arbeiterbewegung begann unbequem zu werden. Im Juli 1877 hielt ein großer Eisenbahnerstreik vierzehn Tage lang Pennsylvanien und die Nachbargebiete in Atem. In Philadelphia und Pittsburg trugen sich förmliche Straßen-

schlachten zu. In Pittsburg wurden für drei Millionen Dollar Eigentum zerstört. Im Nordwesten derweilen machten Indianerunruhen Sorge, die sich seit einigen Jahren daraus entwickelt hatten, daß die Weißen, durch Eisenbahnbau und Entdeckung von Mineralschätzen herangezogen, immer ungestümer in die Jagdgründe und Reservationen der Rothäute eindrangen. Es gelang, durch General Miles dem gefährlichsten der Stämme, den Sioux, 1877 eine entscheidende Niederlage beizubringen und so die „Niedermetzelung" von General Custer und seiner kleinen Schar zu rächen, die im Sommer 1876 ungeheures Aufsehen erregt hatte. Aber die dann einsetzende Neuordnung der indianischen Besitzverhältnisse im Westen zeigte die üblichen Fehler von Ungeschick und Rücksichtslosigkeit. Namentlich der traurige Fall der Ponca-Indianer, die aus ihren freundlichen Heimstätten im südöstlichen Dakota zugunsten der Sioux vertrieben wurden, nur weil sie amtlicher Leichtsinn bei Abfassung des Vertrages mit dem andern Stamm übersehen hatte, gab in Amerika und außerhalb begründeten Anlaß zu heftiger Kritik. Ernstere, blutige Wirren fielen in Colorado mit den Utahs vor. Noch weiter westlich an der californischen Küste wuchs die volkstümliche Bewegung gegen die immer bedrohlichere Einwanderung der Chinesen und zwang den Präsidenten, in Verhandlungen mit China einzutreten, die dann allerdings wirklich eine Einschränkung der Kulieinfuhr erreichten. Aus dem Süden endlich kamen fortgesetzt Klagen der Neger über Vergewaltigung durch die wieder Herr im Haus gewordenen Weißen. Hayes trug ihnen insoweit Rechnung, als er eine Reihe von Beschlüssen der demokratischen Kongreßmehrheit mit seinem Veto belegte, die darauf hinausliefen, der Bundesregierung schlechthin jede Kontrolle über die Wahlen im Süden zu entziehen. Indessen unterließ er doch, sich wirklich einzumischen, und genehmigte schließlich ein Gesetz, das die Verwendung von Bundestruppen zu Polizeizwecken beinahe vollständig ausschloß. Vom Standpunkt der Parteipolitik war das eine klägliche Halbheit. Er versöhnte die Demokraten nicht und enttäuschte die Republikaner. Außer einem kleinen Kreis vorurteilsfreier Männer verstand ihn niemand recht. Wenige Präsidenten sind so unpopulär gewesen.

Seine Wiederaufstellung wäre deshalb 1880 selbst dann nicht in Frage gekommen, wenn er sich nicht schon 1876 grundsätzlich

selbst dagegen erklärt hätte. Sehr schwierig aber war die Frage, wer dann statt seiner nominiert werden sollte. Darüber entwickelten sich innerhalb der republikanischen Partei die heftigsten Kämpfe und Rivalitäten. Der natürlichste Kandidat wäre auch jetzt wieder Blaine gewesen. Aber Conkling, sein alter Nebenbuhler, und einige andere eifersüchtige Parteihäupter inszenierten, um ihn auszuschalten, eine Bewegung für Grant, unter dem sie sicher zu sein glaubten, alle faktische Gewalt in die Hände zu bekommen. Grant hatte 1877 eine Reise um die Welt angetreten und war dabei an europäischen und asiatischen Höfen wie ein Fürst empfangen worden. Das machte auf die für fremdes Lob so empfänglichen Amerikaner einen außerordentlichen Eindruck. Ihre eigene Achtung vor dem Altpräsidenten stieg mächtig. Als er Ende 1879 zurückkehrte, glich seine Fahrt von San Francisco quer durch den Kontinent einem Triumphzug. An seiner persönlichen Popularität konnte kein Zweifel sein, und die 1876 mit Erfolg erhobenen sachlichen Bedenken wegen der Unzulässigkeit einer dritten Amtszeit glaubten die Grantfreunde durch die Sophisterei beseitigen zu können, daß das Herkommen nur eine Aufstellung des zweimal gewählten Präsidenten unmittelbar nach Ablauf der zweiten Wahlperiode verbiete; sei inzwischen ein anderer am Ruder gewesen, so dürfe man schon wieder auf ihn zurückgreifen. Wirklich gelang es denn, als Anfang Juni der republikanische Nationalkonvent in Chicago zusammentrat, für Grant die relative Mehrheit zu gewinnen. Auf ihn fielen 304, auf Blaine 284, auf Sherman, der sich auch ernstlichste Hoffnungen machte, 93 Stimmen, während sich die übrigen zersplitterten. Aber darüber hinaus stieg seine Stimmenzahl nicht, Blaine oder Sherman hätten siegen können, wenn sich ihre Anhänger auf den einen oder den andern geeinigt hätten. Da das nicht geschah, verliefen 35 Wahlgänge resultatlos. Am Ende gab es eine völlige Überraschung. Man nahm wieder wie 1876 einen Außenseiter, General Garfield, der freilich als Führer der Grantgegner von vornherein eine leitende Rolle im Konvent gespielt hatte, als Präsidentschaftskandidat aber zunächst gar nicht in Frage gekommen war. Er erhielt beim sechsunddreißigsten Wahlgang die Stimmen, die bisher für Blaine und Sherman gewesen waren, und damit die absolute Mehrheit, so daß er beim siebenunddreißigsten nach altem Brauch einstimmig proklamiert werden

konnte. Eine schlechte Wahl war das nicht, zumal vom Standpunkt der Agitation. Garfield galt seit zehn Jahren für einen der ersten Parlamentarier. Von stattlichem Äußeren, großer natürlicher Beredsamkeit und guter Bildung, hatte er sich im Kongreß viel Freunde erworben. Da er am Bürgerkrieg mit entschiedener Auszeichnung, zuletzt als Divisionsgeneral, teilgenommen hatte, empfahl er sich den alten Soldaten, die längst in einem großen Kriegerverein, der Grand Army of the Republick, organisiert, einen bedeutenden Faktor für die Parteipolitik bildeten, und auf die Masse wirkte anziehend, daß er eine echt amerikanische Laufbahn hinter sich hatte, als Bauernknecht, Zimmermann, Maultiertreiber, Schiffer tätig gewesen war, um dann vom Universitätspedellen Student, Professor, Rechtsanwalt, Abgeordneter und General zu werden. So wurde es möglich, den „Kanalschiffsjungen" (canal-boat-boy) zum Siege zu bringen, obwohl auch die Demokraten in der Person des glänzenden und liebenswürdigen Generals Hancock, eines Berufsoffiziers, einen sehr zugkräftigen Kandidaten gefunden hatten. Die Mehrheit an Staatsstimmen war sogar recht stattlich: 214 gegen 155, während die Zahl der Volksstimmen für beide ungefähr gleich war: 4 439 415 und 4 436 014. Der ganze Süden hatte zum erstenmal wieder geschlossen demokratisch gewählt.

Die neue Regierung war faktisch eine Regierung Blaines. Garfield ernannte ihn zum Staatssekretär und unterordnete sich meist seinem stärkeren Geist und Willen. Andererseits geriet er alsbald nicht ohne Schuld seines zu Übereilung neigenden Temperaments in einen heftigen Konflikt mit der Grantclique. Weil er ein wichtiges Bundesamt in New York ohne Rücksicht auf Conkling, ja mit einem bei diesem verhaßten Mann besetzte, sagte ihm der hochmütige Senator Fehde an und legte demonstrativ sein Mandat nieder. Das machte eine Sensation, wie man sie heute und im Hinblick auf europäische Verhältnisse nur schwer versteht. Mit ungeheurem Eifer wurden Recht und Unrecht beider Standpunkte erörtert, und zwar waren die Sympathien von vornherein mehr auf Seiten Garfields. Sehr bald dann vollends führte ein blutiges Ereignis, das man nicht ganz ohne Grund in Verbindung mit der Sache brachte, zu fast allgemeinen leidenschaftlichen Anklagen gegen seine Feinde. Am 2. Juli 1881 wurde der Präsident, der nichtsahnend, „lustig wie ein Junge" nach Blaines berühmter Toten-

rede, das Weiße Haus verlassen hatte, auf dem Bahnhof der Baltimore- und Potomac-Eisenbahn in Washington von einem halbverrückten Menschen besseren Standes, Charles J. Guiteau, mit Pistolenschüssen angefallen aus Rache dafür, daß er seine Bewerbung um ein höheres Amt nicht berücksichtigt hatte. Ins Rückgrat getroffen, war er nicht gleich tot; noch wochenlang bemühten sich die Ärzte um ihn, während sich im ganzen Volk die herzlichste Teilnahme und Sorge zeigte. Am Ende aber war alles umsonst. Nachdem er sich aus Washington noch an den Strand des geliebten Meeres hatte bringen lassen, starb er dort in Elberon (New Jersey) am 19. September. Das tragische Ende von Lincoln hatte ein Gegenstück (nicht das letzte!) gefunden, und wieder erhoben sich Zweifel, ob der zur Nachfolge Berufene irgend dazu geeignet sei. Auf dem Konvent in Chicago im letzten Sommer war das fast schon Übliche geschehen. Man hatte die Nominierung des Vizepräsidenten benutzt, um denen ein Zugeständnis zu machen, die mit der Wahl des Präsidentschaftskandidaten nicht einverstanden gewesen waren. Ein Mann der Grantpartei, Chester A. Arthur, war neben den Gegner der Grantpartei gesetzt worden. Nun genoß Arthur (1831 bis 1886) in seiner Heimat New York entschiedene Beliebtheit. Er besaß Bildung, Geschäftsgewandtheit, gute Manieren. Vom Bürgerkrieg her führte er, obwohl er keinerlei Frontdienst getan hatte, doch den Titel General. Aber noch jüngst (1877) hatte ihn Präsident Hayes seines Amtes an der Spitze der New Yorker Zollverwaltung enthoben, weil dort große Unregelmäßigkeiten aufgedeckt worden waren. Nicht gerade seine persönliche, aber seine politische Moral war verdächtig. Er galt für einen typischen New Yorker Maschinenpolitiker. So hatte seine Aufstellung gleich manches Befremden erregt, und zeigte sich jetzt ziemlich allgemein die Furcht vor einem korrupten Parteiregiment. Das Gestirn Conklings, meinte man, der Arthurs Wahl angeregt hatte, würde die Szene beherrschen. Aber wenn schon Arthur von den Ministern seines Vorgängers die meisten, darunter Blaine, gehen ließ, so erhielt gerade Conkling doch keinen Platz im Kabinett: er hat, obwohl er erst 1888 starb, eine politische Rolle nicht mehr gespielt. Auch gab sich der neue Präsident ersichtliche und meist erfolgreiche Mühe um eine anständige und sparsame Verwaltung, die er, taktvoll und verbindlich von Natur, im ganzen wahrscheinlich

sogar besser leitete, als sein ungestümer Vorgänger vermocht hätte. Ja, es wurde unter ihm und mit seinem vollen Einverständnis ein erster gesetzgeberischer Schritt getan, um aus dem nackten Beutesystem bei der Ämterbesetzung wenigstens in etwas herauszukommen.

Bestrebungen nach dieser Richtung waren längst im Gange, da sich kein leidlich unbefangener Beobachter mehr verhehlen konnte, daß die Beamtenschaft der Union nicht das Maß von Amtseignung und Unbestechlichkeit besaß wie in den fortgeschritteneren europäischen Staaten. Gleich, nachdem das Ende des Bürgerkrieges erlaubt hatte, sich mit Reformfragen zu beschäftigen, war (Dezember 1865) ein Antrag auf Neuregelung des Zivildienstes unter Zugrundelegung des europäischen Prüfungssystems gestellt worden, und dieser Antrag kehrte seitdem jedes Jahr wieder. Aber zunächst fand er keine Mehrheit. Zu viele Parlamentarier hatten ein Interesse daran, ihren alten Einfluß auf die Vergebung von Ämtern zu behaupten. Also priesen sie das demokratische Ideal des Ämterwechsels (rotation in office) und stellten dem zweifelhaften Wert der Examina für Auswahl des Tüchtigen den unzweifelhaften Vorteil der steten Entlassungsmöglichkeit des Untüchtigen gegenüber. Erst 1871 ging ein Beschluß durch, der den Präsidenten zu gewissen vorbereitenden Maßregeln ermächtigte. Grant setzte auch eine Kommission ein. Aber diese stieß beim Kongreß alsbald auf neuen Widerstand. Obwohl das Wahlmanifest der Republikaner von 1872 sich ausdrücklich für eine Reform aussprach, die Ehrlichkeit, Tüchtigkeit und Treue zur Vorbedingung für Anstellungen machen sollte, währte es bis zum Amtsantritt von Hayes, daß ein ernstlicher Besserungsversuch unternommen wurde. Hayes, auf den hier namentlich Karl Schurz einwirkte, richtete in ziemlichem Umfang Prüfungen ein und verbot andererseits die tätige Teilnahme von Beamten an allen Wahlkämpfen. Indessen gar so viel war damit nicht gewonnen. Es handelte sich nur um Verwaltungsmaßregeln, die jeder neue Präsident abändern konnte. Eine feste gesetzliche Grundlage fehlte durchaus. Da öffnete nun das Attentat auf Garfield durch einen enttäuschten Ämtersucher weitesten Kreisen die Augen für die Schäden des alten Systems. Auch kam in Betracht, daß die Republikaner je länger, je mehr fürchteten, die Präsidentschaft mit der Verfügung über die Bundesämter zu verlieren. Genug, der Kongreß ging endlich ernsthaft

an die Sache heran, und bis zum 6. Januar 1883 wurde die sogenannte Pendletonakte fertig. Sie schuf eine Behörde von drei Zivildienstkommissaren, von denen immer nur zwei einer Partei angehören durften, und gab ihr die Vollmacht, für gewisse Gruppen von Ämtern feste Anstellungs- und Beförderungsregeln aufzustellen, die sie dem Spiel der Parteien in der Hauptsache entzogen. Anfangs wurden nur etwa 14 000 Stellen davon betroffen, darunter die meisten Ämter in den Zentralbehörden von Washington. Mit der Zeit aber dehnte man den Bereich des „Verdienstsystems" sehr wesentlich aus. Immer neue Kategorien von Ämtern kamen auf die Liste des sogenannten „klassifizierten Dienstes", und heute sind etwa zwei Drittel der Bundesämter nur durch Prüfungen zu erlangen, wenn auch natürlich nicht ohne, daß politische Protektion daneben eine Rolle spielte. Auch blieb der wohltätige Einfluß der Pendletonakte nicht auf die Bundesverwaltung beschränkt. Eine Reihe von Staaten und Städten entschlossen sich, ähnliche Maßnahmen zu treffen. Das Gesetz ist also ein dauernder Ruhmestitel für die Verwaltung von Präsident Arthur.

Weniger glücklich ging ein Reformversuch nach anderer, wirtschaftspolitischer Richtung aus. Der Präsident und seine Ratgeber verschlossen sich nicht der Erkenntnis, daß die Tarifgesetzgebung der Union allmählich in hohem Grade reformbedürftig geworden war. Ihre Grundlage bildete der Morrilltarif, der unmittelbar vor Ausbruch des Bürgerkrieges im Februar 1861 zustande gekommen war. Der hatte von vornherein eine gemäßigt schutzzöllnerische Tendenz gehabt: ohne die Sezession der freihändlerischen Senatoren aus dem Süden wäre er nicht durchgegangen, und im Laufe des Krieges dann waren sehr wesentliche Erhöhungen der einzelnen Positionen bis zum Doppelten und Dreifachen beschlossen worden. Der vornehmste Grund dafür war die Notwendigkeit, Geld zu beschaffen: eigentlich nur durch den Ertrag der Zölle, die in Gold zahlbar waren, erhielt sich der Kredit der Union im Ausland einigermaßen. Doch spielten natürlich auch protektionistische Motive hinein. Man betonte die Pflicht, die einheimische Industrie, die infolge so vieler neuer innerer Steuern kostspieliger arbeitete, mit der ausländischen, durch keine Kriegslasten behinderten konkurrenzfähig zu erhalten. Also entstand um den amerikanischen Markt eine Zollmauer, die ihresgleichen suchte. Auch im Frieden

wurde sie mehr aus- als abgebaut, indem etwa für Wolle (1867), für Kupfer (1869), für Marmor und Nickel (1870) Zollerhöhungen eintraten. Die Republikaner, die doch bis 1875 die absolute Macht hatten, waren in ihrer großen Mehrheit immer schutzzöllnerisch gewesen. So beriefen sie sich darauf, daß nach Aufhören der Heereslieferungen viele Fabriken schließen müßten, wenn nicht der innere Markt ganz oder überwiegend zu ihrer Verfügung bliebe, und verstanden sich nur einmal 1872 zu einer teilweisen Reduktion um zehn Prozent, die 1875 auch noch wieder rückgängig gemacht wurde. Aber es fehlte doch nicht an sehr starken Gegenströmungen. Ein großer Teil der Landwirte im Westen und Süden waren, weil sie für ihre Erzeugnisse keinen fremden Wettbewerb zu fürchten hatten, noch immer durchaus freihändlerisch gesinnt, wie während der großen Zollkämpfe in der Zeit vor dem Krieg. Die hohen Schutzzölle erschienen ihnen einfach als ein Tribut, den sie in Gestalt höherer Preise für all ihre Gebrauchsgegenstände an die Industriebarone entrichteten. Solche Auffassung setzte sich um so fester, je mehr sich innerhalb der Industrie die Konzentration der Betriebe entwickelte, die Einzelunternehmung von der Aktiengesellschaft abgelöst wurde und wieder die Aktiengesellschaften zu Trusts zusammentraten, um Monopolpreise zu diktieren. Dabei hatten die Freihändler *ein* schwer zu widerlegendes Argument. Sie konnten darauf hinweisen, daß die hohen Zölle ursprünglich allererst mit der Finanzlage des Staates gerechtfertigt worden waren, und daß diese inzwischen längst aufgehört hatte, sie zu erfordern. Trotz ausgiebiger Schuldentilgung, reichlichen Pensionszahlungen und fast verschwenderischen Aufwendungen für öffentliche Unternehmungen ergaben sich Überschüsse, die nur in den schlechten Jahren nach 1873 vorübergehend aussetzten. Im Rechnungsjahr 1880/81 betrugen sie 100, 1881/82 mehr als 145 Millionen Dollar. Das war ein ungesunder Zustand. Die Aufhebung der meisten inneren Verbrauchssteuern wurde unabweisbar, und schon, weil viele von ihnen mit Zöllen zusammenhingen, kam gleichzeitig die Frage der Tarifreform zu ernstlicher Verhandlung. Der Präsident ernannte 1882 eine Kommission zu ihrer Prüfung. Diese war gut zusammengesetzt und brachte auch einen recht guten Gesetzentwurf zustande, der, ohne dem Schutzprinzip zu entsagen, doch namhafte Ermäßigungen enthielt und wieder Sinn und System herstellte, die im Morrilltarif infolge so

vieler oft willkürlicher und zufälliger Zusätze verlorengegangen waren. Dann aber mußte der Kongreß gehört werden, und es begann der bei jeder Zollverhandlung in jedem Land unvermeidliche Wettstreit der Interessenten. „Was sie kaufen müssen, wollen sie als Rohmaterial frei haben, und was sie verkaufen, soll geschützt werden," schrieb Sherman. Das Ende war, daß zwar einige Zölle ermäßigt wurden, zum Beispiel auf Wolle und Roheisen, im allgemeinen aber eher eine Erhöhung gegen den alten Zustand eintrat und auch das ganze System arg zu Schaden kam. Der Tarif von 1883 legte nicht, wie er gesollt hatte, den Streit zwischen Freihandel und Schutzzoll bei, sondern bewirkte vielmehr, daß dieser auf Jahre hinaus die Parteipolitik fast in erster Linie bestimmte.

Gleich bei der Präsidentenwahl von 1884 spielte er eine gewisse Rolle, wennschon sie mehr noch ein allgemeiner Machtkampf der republikanischen und demokratischen Organisationen war mit dem seit 1872 üblichen Schlagwort „Reform". Die Republikaner versagten Arthur die Ehre einer Wiederaufstellung, es war ihm trotz allem nicht gelungen, seine New Yorker Vergangenheit vergessen zu machen. Vielmehr nominierten sie ohne viel Überlegen diesmal nun doch Blaine; Blaine freute sich nur noch wenig darüber: er faßte von vornherein kein rechtes Vertrauen in seinen Sieg, und die Partei hatte den Schaden, daß die liberalrepublikanischen Sezessionisten von 1872, die 1876 und 1880 wieder mit den alten Genossen gestimmt hatten, lieber, als einen in ihrem Sinn Bemakelten zu wählen, für den demokratischen Kandidaten eintraten. Das war Grover Cleveland (1837 bis 1909), ein verhältnismäßig noch junger und für Washington neuer Mann, der die allgemeine Aufmerksamkeit erst 1882 auf sich gezogen hatte, indem er, bis dahin ein geschätzter Anwalt und Lokalpolitiker in Buffalo, mit der unerhörten Mehrheit von 190 000 Stimmen zum Gouverneur von New York gewählt worden war. Auf den ersten Blick mochte es kühn erscheinen, solchen Neuling gegen einen der meist genannten Staatsmänner des Landes setzen zu wollen. Aber eben weil er an der Bundespolitik noch keinen Anteil genommen hatte, bot er auch keine Angriffsflächen, und seine Tätigkeit als Gouverneur hatte genügt, bei ihm einen ungewöhnlich unabhängigen Sinn, klaren Kopf und festen Willen erkennen zu lassen. Der Wahlkampf war von größter Heftigkeit und reicher an persönlichen Schmähungen

als die beiden letztvergangenen. Blaines Bestechlichkeit, Clevelands Junggesellensünden mußten herhalten. Der Ausgang hing an einem Haar. Als die Ergebnisse der Wahl festgestellt wurden, zeigte sich, daß für Sieg oder Niederlage entscheidend war, wem die 36 Staatsstimmen von New York zugerechnet werden mußten, und das ließ sich bei annähernd gleicher Höhe des republikanischen und demokratischen Votums und zahlreichen offenbaren Unregelmäßigkeiten der Wahlhandlung wirklich sicher nicht ausmachen. Am Ende rechneten die Demokraten, die ja die New Yorker Staatsregierung in der Hand hatten, für sich ein Mehr von 1 100 Stimmen heraus bei über 1 100 000 abgegebenen. Der Staat fiel also Cleveland zu, der nun 219 gegen 182 Wahlmänner stellte. Natürlich konnte es nicht fehlen, daß die Republikaner über Betrug schrien. Die Wahl Clevelands war nicht zweifelloser als die von Hayes 1876, aber so weit hatten sich die Parteileidenschaften jetzt doch beruhigt, daß kein ernstlicher Versuch gemacht wurde, sie anzufechten.

Dabei betrachteten doch nicht ganz wenige Republikaner die Erhebung des Demokraten als ein nationales Unglück. Der Süden sei wieder im Sattel. Vielleicht werde es zu einer Wiedereinführung der Sklaverei kommen. Eine Wirtschafts-, eine Regierungskrisis wurde prophezeit, ein Systemwechsel mindestens wie nach dem Amtsantritt von Jefferson und Jackson. Aber davon konnte im Ernst nicht die Rede sein. Alle Verhältnisse lagen jetzt doch viel fester als 1801 und 1829. Schon weil die Republikaner die Mehrheit im Senat behielten, konnten die demokratischen Bäume nicht in den Himmel wachsen. Auch war der neue Präsident weit mehr eine konservative als eine revolutionäre Natur.

Cleveland gehört zu den stärksten und eigenartigsten Männern, die im Weißen Haus residiert haben. Seine Wahl war fast noch mehr ein anscheinend unzulässiges Experiment gewesen als die Lincolns; denn noch vor ganz wenigen Jahren hatte außer einem kleinen Kreis von Nachbarn und Freunden niemand von ihm gewußt. Er hatte nie ein Abgeordnetenmandat innegehabt, so daß ihm politische Erfahrung fehlte, und obwohl er aus guter Predigerfamilie stammte, wies auch seine allgemeine Bildung große Lücken auf, da er durch den frühen Tod des Vaters gezwungen worden war, gleich von der Schule weg in eine Advokatenlehre zu gehen,

ohne eine Universität zu besuchen, später aber eine ausgedehnte Praxis ihm wenig Zeit und Lust zur Lektüre gelassen hatte. Eigentlich nur die Bibel und seine Rechtsbücher waren ihm vertraut, woraus man den eigentümlich schweren und einförmigen, aber auch kraftvollen Stil seiner amtlichen Kundgebungen hat erklären wollen. Etwas Glänzendes besaß er nicht. Er war kein Redner, und seine geselligen Gaben lernten nur die Allernächsten kennen. Fernerstehenden erschien er leicht förmlich und zurückhaltend. Das Geheimnis seines Erfolges lag in einer ausgesprochenen, selbst- und pflichtbewußten, gelegentlich auch einmal trotzigen und eigensinnigen Männlichkeit. Felsenfest blieb er bei dem einmal für richtig Erkannten ohne Rücksicht auf Feind oder Freund. „Ob alle schwankten, niemals schwankte er," konnte ihm ein befreundeter Dichter (Gilder) übers Grab nachrufen. Schon als er ein Jahr lang die Verwaltung von Buffalo leitete, taufte ihn das Volk den „Vetobürgermeister". Wie manchen kraftvollen Mann reizte es ihn geradezu, sich der allgemeinen Strömung entgegenzuwerfen, namentlich, wenn es sich um Fragen nicht der bloßen Zweckmäßigkeit, sondern des Rechtes und der Rechtlichkeit handelte. Sein moralisches und Rechtsgefühl war überaus lebendig, ja angriffslustig. Er wolle die Präsidentschaft rein haben oder gar nicht, sagte er wohl. Schon damit war gegeben, daß er weniger vielleicht, als irgendein anderer großer Präsident der Union seit Washington, im Banne seiner Partei war. Vor seiner zweiten Wahl hat er ausdrücklich erklärt, er werde Präsident des ganzen Landes sein und nicht einer einzelnen Gruppe oder Klasse. Aber auch gleich seine erste Inaugurationsrede war auf einen ähnlichen Ton gestimmt und machte deshalb bis in die Reihen der Republikaner hinein einen günstigen Eindruck.

Trotzdem konnte es natürlich nicht fehlen, daß der Übergang der Macht auf einen demokratischen Präsidenten mancherlei für die Gegner unerwünschte Folgen hatte. Die Demokraten waren nun seit einem Menschenalter von allen Bundesämtern ausgeschlossen gewesen und deshalb „sehr hungrig und sehr durstig", wie einer ihrer Redner offen eingestand. Schon im Interesse einer gleichmäßigeren Ausnutzung aller politischen Talente des Landes gebot sich eine gewisse Berücksichtigung ihrer Ansprüche, insbesondere war notwendig, den Süden zu bedenken, der unmöglich dauernd

von jedem Anteil an der Bundesregierung ferngehalten werden konnte, nachdem er ihr einst so ausgezeichnete Männer gestellt hatte. So wurden im Laufe von zwei Jahren doch etwa zwei Drittel der alten Beamten entlassen oder, wo sie nur auf Zeit angestellt waren, nicht wieder ernannt; und nicht nur die Republikaner schrien wehe, auch die Reformer um Karl Schurz machten kein Hehl aus ihrer schmerzlichen Enttäuschung, zumal natürlich mancher Tüchtige sein Amt verlor und mancher Untüchtige berufen wurde. Aber gegenüber dem strengen Beutesystem war es doch immer ein Gewinn, daß wenigstens ein Drittel seine Stellen behielt. Cleveland gab die Ideale der Zivildienstreform, zu denen er sich als Kandidat bekannt hatte, als Präsident keineswegs preis, sondern ließ sich angelegen sein, den Bereich der Pendletonakte sehr wesentlich zu erweitern, trotz des Widerstandes, den er gerade bei einigen der ersten Männer seiner Partei fand. Während seiner beiden Präsidentschaften ist das Verdienstsystem auf etwa 70 000 neue Stellen ausgedehnt worden.

Auch sonst zeigte er sich ersichtlich bestrebt, im großen und im kleinen ein Reformpräsident zu werden. Überall wurden Mißstände aufgespürt und abgestellt. Im Kongreß hatte sich angesichts der großen Überschüsse seit einigen Jahren eine sehr liberale und laxe Praxis in der Bewilligung von Pensionen an alte Soldaten herausgebildet. Die Ansprüche wurden durch Vermittlung eigener Agenten erhoben, die sie oft erst künstlich erweckten, und von den Abgeordneten fast ohne Prüfung der vielfach erlogenen oder übertriebenen Angaben bewilligt, einmal in einer Sitzung fünfhundert zugleich. Die Folge war, daß der Pensionsetat gewaltig anschwoll, von 27 Millionen Dollar im Jahr 1878 auf 66 im Jahr 1883. Clevelands Ordnungs- und Geschäftssinn nahm daran Anstoß. Er ließ sich die Mühe nicht verdrießen, in zweifelhaften Fällen selbst die Akten einzusehen, und legte auf Grund seiner Feststellungen dabei vielfach, im ganzen 233 mal, ein Veto gegen die ihm übersandten Einzelpensionsgesetze ein. Erst recht ein allgemeines Gesetz, das allen bedürftigen Veteranen oder Veteranenfamilien, auch wenn nur drei Monate Dienst nachgewiesen wurden, Monatsrenten von sechs bis zwölf Dollar auswarf, stieß auf seinen entschlossenen und zunächst erfolgreichen Widerstand. Zu solcher Ablehnung gehörte Mut. Es mußte für seine

Gegner ein wundervoller Agitationsstoff sein, daß er den alten Soldaten ein paar Dollar mißgönnte, nachdem er selbst seinerzeit, statt seine Haut zu Markte zu tragen, sich einen Stellvertreter bezahlt hatte. Auch machte die „Große Armee der Republik“ mancherorten wirklich gegen ihn Front um so mehr, als er in einer unglücklichen Stunde den freilich bald zurückgenommenen Befehl erlassen hatte, den Sezessionsstaaten die im Bürgerkrieg erbeuteten Fahnen herauszugeben. Aber bald gewann man doch selbst in diesen Kriegervereinskreisen bewunderndes Verständnis für eine Gewissenhaftigkeit in der Verwaltung der öffentlichen Gelder, die bis zur offenbarsten Gefährdung der eigenen Popularität ging.

Allgemeinere Anerkennung fand die Art, wie der Präsident das Interesse des Staatsganzen oder einzelner schwächerer Volksgruppen gegen das bisher allmächtige Großunternehmertum wahrnahm. Nicht länger durften die „Viehkönige“ des wilden Westens ungehindert in die Reservationen der Rothäute übergreifen. Vielmehr wurde durch die Dawesakte vom Februar 1887 ein Versuch gemacht, die Besitzrechte der Indianer zu befestigen, indem man den einzelnen die Möglichkeit gab, Sondereigen am Stammesgebiet und Staatsbürgerrecht zu erwerben, und der Erfolg war nicht ungünstig. Seit 1890 weist die Statistik eine Zunahme der vorher immer nur verminderten Urbevölkerung auf. — Auch die widerrechtliche Besitznahme oder vertragswidrige Ausnutzung von Staatsländereien fand ein Ende. Cleveland forderte gleich in seiner ersten Amtsperiode achtzig Millionen Acker Landes zurück. Namentlich die großen Eisenbahngesellschaften wurden davon betroffen. Ihnen ging die Regierung denn noch sonst zu Leibe. Seit langem wurde bitter über ihre willkürliche und ungerechte Tarifpolitik geklagt, die zum eigenen Vorteil oder zum Besten verbündeter Handels- oder Industrieunternehmungen die Frachten für weite Strecken oft lächerlich niedrig und für kurze lächerlich hoch ansetzte, auch den einen Verfrachter am selben Ort vor dem andern bevorzugte, so daß manch Farmer oder Gewerbtreibender in entfernterer Gegend auf Gnade und Ungnade in die Hand seiner Eisenbahn gegeben war. Die Einzelstaaten waren machtlos dagegen, und ein Bundesgesetz zustande zu bringen, hatte ein Abgeordneter aus Texas, Reagan, seit 1878 immer vergebens versucht. Nun unter Cleveland gelang es. Die Akte über den zwischenstaatlichen Verkehr (Interstate

Commerce Act) von 1887 verbot alle Differentialtarife sowie alle Kartelle und Trusts von Linien, die durch mehrere Staaten liefen, und setzte zur Durchführung ihrer Bestimmungen eine Fünfmännerkommission, die Interstate Commerce Commission, ein, die, wenn sie anfangs durch die Gegenwirkung des Obersten Bundesgerichts ziemlich lahmgelegt wurde, im Lauf der Zeit eine sehr große Bedeutung gewinnen sollte.*)

Noch einen andern solchen Ausschuß hätte Cleveland gerne begründet. Er empfahl 1886 in besonderer Botschaft die Einrichtung einer dreigliedrigen „Arbeitskommission", die für alle sich aus dem Verhältnis von Kapital und Arbeit ergebenden Fragen zuständig sein und ein permanentes Schiedsgericht bilden würde. Die Arbeiterbewegung nämlich hatte zur Seite der wachsenden Industrialisierung der amerikanischen Volkswirtschaft immer drohenderen Umfang angenommen. Die Organisation der Ritter von der Arbeit (Knights of Labor), die anfangs der siebziger Jahre begründet worden war und zunächst nur eine bescheidene Rolle spielte, erlangte Mitte der achtziger auf einmal Bedeutung. 1886 rühmte sie sich, 730 000 Mitglieder zu zählen; nicht wenige davon aber, die eingewandert waren, brachten die in den Arbeiterschaften Europas verbreiteten radikal-sozialistischen oder anarchistischen Tendenzen mit. Auch Gewerkschaften nach englischem Muster waren längst entstanden, und aus ihren Kreisen bildete sich 1886 eine zweite geheime Gesellschaft, der Amerikanische Arbeitsbund (American Federation of Labor), die bestimmt war, den Rittern von der Arbeit alsbald den Rang abzulaufen. Die Folge war eine ständige Zunahme der Streiks. Im April 1886 wurde der Westen von einem Eisenbahnerstreik auf den sogenannten Gouldlinien erschüttert, der dem von 1877 nichts nachgab, und im Anschluß an eine andere, kleinere Arbeitseinstellung erlebte Chicago im Mai den „Heumarktsaufruhr": als die Polizei eine Massenversammlung auflösen wollte, wurde eine Bombe geworfen, die sieben Beamte tödlich und viele andere schwerer oder leichter verwundete. Der Schrecken darüber in bürgerlichen Kreisen war gewaltig. Er führte in Chicago selbst zu Bluturteilen, die Justizmorden sehr nahe

*) Entsprechend dieser gesteigerten Bedeutung ist die Zahl ihrer Mitglieder auf neun vermehrt worden.

kamen, und schädigte im ganzen Land die freilich nie sehr großen Aussichten auf Abstellung der Arbeiterbeschwerden. Jene Anregung Clevelands fiel unter den Tisch. Der Kongreß scheute jeden Schritt auf dem Weg zum Staatssozialismus.

Auch in einer weiteren Sache, die dem Präsidenten am meisten am Herzen lag, versagte er sich schließlich dessen Wünschen. Cleveland überraschte im November 1887 alle Welt, indem er die Jahresbotschaft, die herkömmlicherweise sämtliche Fragen der inneren und äußeren Politik behandelt, ausschließlich einer höchst eindringlichen Empfehlung gründlicher Tarifreform widmete. Er war von vornherein der Meinung gewesen, daß es nötig sei, die Zölle von 1883 zu ermäßigen, und hatte das mehrfach in amtlichen Reden und Aktenstücken ausgesprochen, aber zunächst immer in schonender, zurückhaltender Form, sodaß es nicht schien, als stände die Frage im Mittelpunkt seines Interesses. Erst angesichts gewisser ernster Wirtschaftsstörungen im Sommer 1887, die ihn eine große Krisis fürchten ließen, überzeugte er sich, daß höchste Eile und Energie not tue. Im Schatzamt hatten sich fortgesetzt Überschüsse aufgehäuft, zuletzt fast 125 Millionen Dollar, die vollkommen brach lagen, weil Schuldentilgung im ordentlichen Wege der Rückzahlung nicht mehr möglich war — die kurzfristigsten Anleihen liefen immer noch bis 1891 — und gegen ein Aufkaufen der Staatspapiere auf freiem Markt zu dem längst weit über Pari gestiegenen Kurs verfassungsmäßige und praktische Erwägungen sprachen. Insbesondere war zu bedenken, daß jede Verminderung oder Kurssteigerung der Konsols automatisch eine Einschränkung des Banknotenumlaufs zur Folge hatte; denn das nationale Banksystem ohne einheitliche Nationalbank, das man nach so vielen Experimenten in den Nöten des Bürgerkrieges schließlich begründet hatte (Gesetze vom 25. Februar 1863 und 3. Juni 1864), verpflichtete die Banken, die auf Namen und Privilegien von Nationalbanken Anspruch machten, Bundesanleihen beim Schatzamt zu deponieren, und erlaubte ihnen, Noten nur bis zu 90 Prozent von deren Nennwert auszugeben. Deshalb war der beschleunigten Schuldentilgung der letzten Jahre eine erschreckende Abnahme der Banknoten nebenhergegangen, von 320 Millionen (1882) auf 229 (1886) und 167 (1887), die schließlich 1890 erst bei 123 zum Stehen kommen sollte. Im Westen fanden manche Banken vorteilhaft, auf die Notenaus-

gabe fast ganz zu verzichten und ihren Kunden lieber Kontokorrentkredit zu gewähren, der aber nur zu sehr hohen Zinsen (durchschnittlich über 10 Prozent gegen 5 Prozent im Osten) zu haben war, und es herrschte also dort wirklich ein die produktiven Stände bedrückender Mangel an Umlaufsmitteln, der die Agitation für mehr Papier- oder Silbergeld verständlich machte. Cleveland mißbilligte diese Agitation. Er war viel zu sehr New Yorker Geschäftsmann, um nicht ein unbedingter Verteidiger des „gesunden" Geldes zu sein. Aber den Mißstand an sich erkannte er an und wünschte ihn zu beseitigen, indem er der letzten Ursache zu Leibe ging, als die ihm die Überschußwirtschaft unter dem zu hohen Zolltarif erschien. Auch all die anderen unerwünschten Erscheinungen des Wirtschaftslebens, die zunehmende Vertrustung wichtiger Industrien, die Verelendung mancher Schichten der Arbeiterschaft, meinte er aus dem einen Punkt kurieren zu können. Die geltende Zölle waren ihm eine am Volk verübte „unentschuldbare Erpressung", die, wenn sie einigen wenigen lauten und mächtigen Ausbeutern zugute komme, die nationale Energie lähme und die Entwicklung des Landes aufhalte. Und nachdem er sich einmal recht mit dieser Überzeugung erfüllt hatte, konnte ihn kein noch so dringender Rat besorgter Mitarbeiter und Parteigenossen hindern, ihr in einer Art Ausdruck zu geben, die die Tarifreform als die Frage der Fragen in den Vordergrund des politischen Streites schob. Weder die Rücksicht auf seine Wiederwahl zum Präsidenten noch die andere auf die Einheit der Partei ließ er gelten, wo die Zukunft des ganzen Volkes auf dem Spiel stände. Seine Botschaft wurde eine einzige gewichtige Anklage gegen das bisherige Zollsystem. Wohl erklärte er mit Entschiedenheit, daß es sich nicht um Schulmeinungen handelte: „Wir haben es mit einer Lage zu tun, nicht mit einer Theorie (it is a condition that confronts us, not a theory)." Aber seine praktischen Vorschläge gingen doch recht weit nach der Seite grundsätzlichen Freihandels. Alle Zölle auf Rohmaterialen oder Gegenstände allgemeinen Bedarfs wollte er teils aufheben, zum Beispiel für Wolle, teils wesentlich ermäßigen.

Der Kongreß vernahm die Kundgebung mit sehr geteilten Gefühlen. Viele alte Parlamentarier fanden darin wieder einmal den Beweis, daß der Präsident das Terrain in Washington nicht genügend kenne. Die einen machten die Auffassung lächerlich, daß

Überschüsse eine Gefahr seien, andere, die die Gefahr zugaben, erklärten, daß eine Erhöhung der Zölle bis zur Prohibition ein viel wirksameres Gegenmittel sei als eine Herabsetzung, die womöglich, indem sie die Einfuhr vermehre, die Zolleinnahmen doch nur steigen lasse. Sogar ein führendes Mitglied der demokratischen Partei, Randall aus Pennsylvanien, vertrat diesen Standpunkt. Umgekehrt freilich fehlte es auch nicht an mehr oder weniger begeisterter Zustimmung, und jedenfalls konnte eine so ernste Mahnung nicht einfach in den Wind geschlagen werden. Im Repräsentantenhaus wurde ein Zollreformgesetz, die sogenannte Millsbill, eingebracht und schließlich (21. Juli 1888) auch, obwohl nur mit 162 gegen 149 Stimmen angenommen. Aber es war sehr vorsichtig und nicht sehr konsequent, wie es etwa im Interesse der jungen südlichen Industrie Roheisen stärker schützen wollte als Stabeisen und Stahl. Einen irgend gründlichen Wandel hätte es nicht bedeutet, und überdies lehnte es der Senat ab. Die kleine republikanische Mehrheit dort leistete sich sogar das eigenartige Stückchen, einen ganz andern, hochschutzzöllnerischen Tarif an die Stelle zu setzen, in wenig verhülltem Widerspruch zu der Bestimmung der Verfassung, daß Finanzgesetze allemal im Repräsentantenhaus ihren Ursprung nehmen müßten (22. Januar 1889). Die überstürzte Attacke des Präsidenten gegen die Zollschranken hatte mit einer beinahe beschämenden Niederlage geendigt.

Auch war sie inzwischen seiner Wiederwahl verhängnisvoll geworden. Der demokratische Nationalkonvent hatte ihn allerdings mit Akklamation wieder aufgestellt; denn obwohl er vielen alten Parteihäuptern wegen seiner Unabhängigkeit wenig genehm war, besaß er im ganzen doch eine starke Popularität. Das Volk schätzte seine Führereigenschaften. Den Republikanern wurde es schwerer, einen Kandidaten zu finden. Blaine, für den noch einmal viel Stimmung gewesen wäre, wollte im entscheidenden Augenblick nicht. Von einer Europareise schickte er ablehnende Botschaften, an deren Ernst schließlich nicht mehr zu zweifeln war. Und Sherman, der sehr gern gewollt hätte, auch durchaus geeignet gewesen wäre, erhielt infolge von persönlichen Rivalitäten nicht die bestimmt erhoffte Mehrheit. Vielmehr entschied man sich am Ende beim achten Wahlgang für einen verhältnismäßig unbekannten Mann, Benjamin Harrison aus Indiana, der als Enkel des Präsi-

denten von 1841 den Nimbus eines historischen Namens für sich hatte, wennschon er sonst, von Beruf Rechtsanwalt, im Bürgerkrieg bis zum General avanciert, zuletzt einmal für sechs Jahre Bundessenator, doch wesentlich nur als Lokalgröße in Anspruch zu nehmen war. Im Grunde kam auf die Persönlichkeit diesmal so viel nicht an. Es war von vornherein klar, daß der Parteikampf in erster Linie um den sachlichen Gegensatz von Freihandel und Schutzzoll gehen würde. Wirklich gab es eine „Bildungskampagne". Die Redner und Broschürenschreiber spendeten hüben und drüben unheimlich viel volkswirtschaftliche Weisheit. Doch verließ man sich nicht auf die Überredung allein. Die großen wirtschaftlichen Interessen, die im Spiel waren, brachten es mit sich, daß den Wahlkassen ungewöhnlich viel Geld zuströmte. Man rechnete, daß im ganzen sechs Millionen Dollar aufgewandt wurden. Der Ausgang war bis zuletzt sehr ungewiß. Selbst viele Republikaner erwarteten den Sieg Clevelands. Schließlich wirkte ungünstig, daß der englische Gesandte Sir Lionel Sackville-West in eine von den Republikanern gelegte Falle ging und einem Frager, der ihn als früherer britischer Staatsangehöriger um seinen Rat bat, einen die Abstimmung für Cleveland empfehlenden Brief schrieb. Obwohl nun der Präsident sofort — wie man meint, sogar etwas hitzig — die Abberufung des unvorsichtigen Diplomaten verlangte, war der Schaden nicht wieder gutzumachen. Die Gegner hatten einen neuen Beweis für die Anklage, daß Cleveland unamerikanisch sei und englischen Freihandel mit englischen Hungerlöhnen in die neue Welt einführen wolle. Daneben schadete ihm die Gegnerschaft gewisser New Yorker Demokraten, die sich um die Person des intriganten Gouverneurs Hill scharten. Es scheint hier zu sehr dunklen Machenschaften gekommen zu sein. Hill wurde zum Gouverneur wiedergewählt, aber Cleveland verlor mit einem Minus von 13 000 Stimmen das Votum seines eigenen Staates, und das bedeutete dann seine Niederlage überhaupt, da der Empirestaat wieder wie 1884 der Umpirestaat war (Empire Reich, umpire Schiedsrichter). Während er bei der Volksabstimmung eine kleine Mehrheit hatte, 5 538 233 gegen 5 440 216, blieb er mit nur 168 Wahlmännerstimmen gegen die 233 von Harrison weit zurück. Auch bei den Kongreßwahlen schnitten die Demokraten schlecht ab. Ihre knappe Mehrheit im Repräsentantenhaus verwandelte sich in eine knappe

Minderheit: 159 gegen 166. Da nun der Senat republikanisch blieb, waren die Republikaner zum erstenmal seit 1875 in der glücklichen Lage, alle drei Zweige der Bundesregierung unbedingt zu beherrschen.

Daß sie diese Konjunktur rücksichtslos ausnutzen würden, war um so sicherer, als die alten Führer mehr und mehr von jüngeren Kräften, McKinley, Lodge und Reed, abgelöst wurden. Harrison zeigte zwar größere Selbständigkeit und Begabung, als man ihm zugetraut hatte. Er war oft ein recht unbequemer und unliebenswürdiger Herr. Auch berief er als Staatssekretär Blaine an seine Seite, zu dessen Fehlern Bescheidenheit nicht gehörte. Aber der Schwerpunkt der Politik verschob sich doch fast wie in der Rekonstruktionszeit neuerdings in den Kongreß. Als wichtigste Aufgabe stellte sich die Tarifreform. Die Schutzzöllner legten den Ausfall der Wahlen dahin aus, daß sie vom Volk ein Mandat zu voller Ausgestaltung des „amerikanischen Systems" erhalten hätten. Unter Führung von McKinley nahm das Repräsentantenhaus den Entwurf auf, den der Senat der Millsbill entgegengesetzt hatte, und arbeitete ihn zum sogenannten McKinleytarif um, der dann nach Zustimmung von Senat und Präsident am 1. Oktober 1890 Gesetz wurde. Der Versuch der Demokraten, Obstruktion zu üben, wurde von Reed, der zum Sprecher gewählt wurde, durch eine neue, der Minderheit sehr ungünstige Geschäftsordnung vereitelt, die viele zustimmende oder ablehnende Kommentare hervorrief. Noch mehr Sensation natürlich innerhalb und außerhalb der Union machte das Tarifgesetz selbst. Denn es übertraf alles in Amerika bisher dagewesene. Besonders auffallend war der hohe Schutz für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Der Gerstenzoll wurde verdreifacht, der Zoll auf Kartoffeln und Butter erhöht, ein Eierzoll neu eingeführt. Von gewerblichen Artikeln wurden in erster Linie die Erzeugnisse der Textil- und Bekleidungsindustrie heraufgesetzt, daneben gewisse Weißblechwaren. Hier konnte man fast von Prohibitivzöllen sprechen, zumal auch die Bestimmungen über die Art der Verzollung erheblich verschärft wurden. Wenn man theoretisch den Satz aufstellte, daß die Zölle den Unterschied zwischen amerikanischem und fremdem Arbeitslohn ausgleichen müßten, so ging man praktisch zum Teil recht sehr weit darüber hinaus. Selbst Blaine, der seinerzeit die Botschaft Clevelands mit der sogenannten

Pariser Botschaft herausfordernd erwidert hatte, verhehlte nicht ein gewisses Unbehagen. Aber man hörte ihn nicht. Nicht einmal sein Wunsch, durch Gegenseitigkeitsversprechen die Grundlage für Handelsverträge zu gewinnen, fand sinngemäße Erfüllung; der Präsident wurde nur ermächtigt, gegen Staaten, die Reziprozität versagten, Ausnahmezölle für sonst freie Artikel festzusetzen, nicht, als Belohnung für gewährte Reziprozität Zollermäßigungen eintreten zu lassen. Dem Einwand, daß alle Waren sich verteuern müßten, begegnete McKinley mit dem an sich nicht unrichtigen Satz, daß Billigkeit kein Ideal sei: „Ich schätze das Wort ‚billig' nicht. Es ist kein Wort, das hoffen macht, das wärmt, freut und anregt. Es ist die Marke der Armut, ein Anzeichen für Not. Billige Ware bedeutet billige Menschen, und billige Menschen bedeuten ein billiges Land."

Einstweilen jedenfalls war Amerika kein billiges Land. Der Kongreß wirtschaftete aus dem Vollen. Er streute das Geld, als wollte er zeigen, daß er auch mit den größten Überschüssen fertig werden könnte. Das große von Cleveland zurückgewiesene Pensionsgesetz wurde neu eingebracht und von Harrison selbstverständlich gebilligt mit dem Erfolg, daß sich die Zahl der Pensionsberechtigten verdoppelte und die Ausgaben von 87,6 Millionen im Jahre 1889 auf 159 im Jahre 1893 stiegen. 15 Millionen wurden den Einzelstaaten zum Geschenk gemacht in Form der Rückzahlung einer Kriegssteuer von 1861. Für „Flüsse und Häfen" wurden große Summen ausgeworfen, und beträchtliche Aufwendungen erforderte die Flotte, der man nach langer Vernachlässigung seit einigen Jahren wieder Aufmerksamkeit schenkte. Kurz, das Budget wuchs unheimlich. Der Kongreß erwarb sich den Beinamen des Milliardenkongresses.

Doch waren es nicht die direkten Ausgaben, durch die er der Nation am teuersten werden sollte, sondern ein höchst unüberlegtes Herumexperimentieren an der Währung. Diese war schon durch die Bland-Allisonbill von 1878 in ihrer Solidität einigermaßen gefährdet worden (vergleiche oben S. 149). Die darin vorgeschriebenen monatlichen Silberankäufe und -prägungen hatten zur Folge gehabt, daß bis 1889 333½ Millionen an Silberdollars oder den ihnen entsprechenden Silberzertifikaten dem Geldbestand der Union hinzugefügt worden waren. Die waren denn zwar

vom Verkehr bereitwilligst aufgenommen worden, ohne Inflationserscheinungen zu erzeugen, schon weil ja gleichzeitig die Menge der Banknoten zurückging. Aber sie stellten doch nur Kreditgeld dar. Ihr innerer Wert betrug schon 1879 nur noch 87 Cents, hob sich dann 1880 und 1881 noch einmal auf 88 und sank seitdem dauernd, bis er schließlich 1889 auf 72 anlangte. Es war deshalb im Februar 1885 schon einmal angeregt worden, die Silberkäufe einzustellen. Aber das Repräsentantenhaus hatte abgelehnt. Denn das weiße Metall besaß noch immer eifrigste Anwälte, die 1886 sogar umgekehrt die radikale Forderung freier Silberprägung erneuten. Nun blieben sie damit ihrerseits in der Minderheit und wären selbst, wenn sie den Kongreß gewonnen hätten, an dem sicheren Veto Clevelands gescheitert. Seit 1889 aber leuchteten ihnen günstigere Sterne. Der jetzige Präsident war ihnen, obwohl man über seine Haltung nicht klar sah, unzweifelhaft sehr viel weniger abgeneigt. Dazu eroberten sie zunächst einmal den Senat. Es wurden, nachdem die Zahl der Staaten seit dem Bürgerkrieg bisher nur um zwei vermehrt worden war: Nebraska (1867) und Colorado (1876), 1889 gleich vier neue Staaten in den Bund aufgenommen: Nord- und Süddakota, Montana und Washington, denen dann übrigens schon 1890 noch zwei weitere, Idaho und Wyoming, folgten. Diese Gemeinwesen waren noch ganz unentwickelt. Montana hatte nur 132 000 Einwohner, während im allgemeinen doch erst auf 152 000 ein Abgeordneter kam. Aber nach der Bundesverfassung hatten sie um nichts weniger Anspruch auf die zwei Vertreter im Senat, die New York und Pennsylvania auch nur stellten, und natürlich waren ihre Senatoren eifrige Silberleute entsprechend dem allgemeinen Wunsch der westlichen Bevölkerung nach mehr und billigerem Geld oder den besonderen Mineninteressen des Landes. Als deshalb die Regierung eine an sich ganz verständige Reform der Silberverwendung anregte und das Repräsentantenhaus darauf einging, beschloß der Senat vielmehr mit 43 gegen 24 Stimmen am 17. Juni 1890 die Zulassung der freien Silberprägung nach dem längst veralteten Wertverhältnis von 16 : 1. Das Haus lehnte ab, aber die Minderheit war sehr stark; wenn der Senat bei seinem Beschluß blieb, konnte sie sich recht wohl in eine Mehrheit verwandeln, und ob Harrison ein Veto einlegen würde, war ganz ungewiß. So schien das ge-

sunde Geld aufs schwerste bedroht. Seine Freunde wußten sich nicht anders zu helfen, als indem sie die Forderungen der Silberleute wenigstens zum Teil befriedigten. Sie boten an, die monatlichen Silberkäufe wesentlich zu erhöhen, auf 4,5 Millionen Unzen (zunächst ungefähr gleich ebenso vielen Millionen Dollar). Diese sollten dann freilich, wie schon die Regierung vorgeschlagen hatte, nicht mehr ausgeprägt, sondern als Barren aufbewahrt und im Betrag ihres jeweiligen Marktwerts sollten Schatzscheine (treasury-notes) ausgegeben werden, die gesetzliche Zahlungskraft haben und „in Münze", je nach Wahl des Schatzsekretärs in Gold oder Silber, einlösbar sein würden. Wirklich einigten sich beide Häuser auf dieser Grundlage. Am 14. Juli kam die sogenannte Shermanakte zustande. Aber von vornherein war niemand des Flickwerks recht froh. Hüben und drüben hatte man das Gefühl, eigentlich eine Dummheit gemacht zu haben. Die Silberleute hielten sich für geprellt, und die Partei des gesunden Geldes verkannte nicht, daß sie einen weiteren großen Schritt auf der schiefen Ebene der Währungsverschlechterung getan hatte. Die neuen Schatzscheine waren offenbar ein Papiergeld von höchst zweifelhafter Kreditwürdigkeit, das nur so lange al pari mit Gold gehalten werden konnte, wie es der Schatzsekretär in Gold einlöste. Alsbald zeigten ihnen die Kapitalisten im Inland unverhohlenes Mißtrauen und begannen für alle Fälle Gold abzuheben und aufzuspeichern. Erst recht im Ausland fürchtete man eine Entwertung des amerikanischen Geldes durch faktischen Übergang zur Silberwährung und stieß seine amerikanischen Papiere ab, so daß die Zahlungsbilanz ungünstig wurde und Gold nach Europa abfloß (1891: 68 Millionen). Die Goldreserve des Schatzamts schwand sichtlich dahin, während die Schatzscheine sich Monat für Monat um den Wert der 4,5 Millionen Unzen Silber vermehrten; und dies Silber sank nach ganz kurzer Pause unaufhaltsam weiter, weil der Goldpreis durch große Ankäufe emporgetrieben wurde, die Rußland und Österreich zur Überwindung ihrer Papiergeldwirtschaft vornahmen. Im Frühling 1893 war der Silberdollar nur noch 65 Cents wert. So waren die Vorbedingungen für eine schwere Geldkrisis gegeben. In nicht ferner Zeit mußte die Silberfrage alle anderen zurückdrängen.

Zunächst freilich blieb noch die Zollfrage im Vordergrund. Es zeigte sich, daß die Republikaner mit der McKinleybill den

Bogen überspannt hatten. Das Volk fürchtete eine allgemeine Preiserhöhung und ärgerte sich über die Verschwendung der öffentlichen Gelder. Der schlimme Verdacht gründlicher Korruption der regierenden Gewalten gewann wieder einmal Boden. Die Kongreßwahlen von 1890 vollzogen sich unter ungewöhnlicher Mißstimmung und Aufregung. Eine neue, ganz radikale „Volkspartei" trat auf mit einem Programm, das stark sozialistisch gefärbt war. Sie wollte die Macht der Eisenbahngesellschaften durch Verstaatlichung aller Verkehrsmittel und die der Banken durch Ausgabe von mehr Staatspapiergeld und freie Silberprägung gebrochen wissen. Dazu verlangte sie Ausschaltung des spekulativen Zwischenhandels in Land und progressive Einkommensteuer. Ihren besten Rückhalt bildeten die Landwirte im Westen und Süden, die sich zu großen Bünden zusammentaten. Aber auch aus Arbeiterkreisen kam Zuzug. Es gelang ihr, wenigstens acht Abgeordnete durchzubringen. Im übrigen fand ein „Erdrutsch" von den Republikanern zu den Demokraten statt. Jene verloren von 166 Mandaten 88, während diese 236 davontrugen.

In den nächsten anderthalb Jahren beruhigten sich die Geister. Sehr viele der bösen Prophezeiungen, mit denen man den McKinleytarif angegriffen hatte, erfüllten sich schließlich nicht. Das Land lebte sich ganz gut mit ihm ein. So gingen die Republikaner trotz der Niederlage von 1890 1892 doch nicht ohne Hoffnung in den Kampf um die Präsidentschaft. Ihr Nationalkonvent hielt an Harrison fest; obwohl er sich wenig Sympathien erworben hatte, mußte man seine gewissenhafte und vom Parteistandpunkt korrekte Verwaltung anerkennen. Bei den Demokraten zeigte sich einige Opposition gegen eine Wiederaufstellung von Cleveland, schon weil er 1891 die freie Silberprägung mit rücksichtsloser Offenheit als gefährliches und leichtsinniges Experiment bezeichnet hatte. Dazu dauerten die persönlichen Rivalitäten in New York an. Tammany Hall wünschte ihn weniger als irgendeinen anderen. Aber am Ende fand seine Kandidatur doch schon beim ersten Wahlgang die nötige Zweidrittelmajorität; denn es lag der Partei daran, die Silberfrage, in der sie hoffnungslos gespalten war, ruhen zu lassen und noch einmal das Feldgeschrei der Tarifreform zu erproben, wobei dann Cleveland offenbar der gegebene Bannerträger war. Auch die neue Volkspartei erschien mit einem eigenen Kan-

didaten, James B. Weaver aus Iowa, auf dem Plan. In ihrer Wahlkundgebung hieß es, daß die Nation am Rand moralischen, politischen und geschäftlichen Ruins stände: „Bestechung beherrscht die Wahlen, die Landtage, den Kongreß und rührt selbst schon an den Hermelin der Richterbank. Das Volk ist demoralisiert, die Presse in großem Umfang bestochen, die öffentliche Meinung mundtot gemacht, das Geschäft liegt am Boden, unsere Heimstätten sind mit Hypotheken belastet, die Arbeit wird ausgepowert, und das Land häuft sich in den Händen von Kapitalisten. Die Früchte der Arbeit von Millionen werden frech gestohlen, um nie dagewesene Vermögen für einige wenige aufzubauen, und deren Besitzer verachten die Republik und bringen die Freiheit in Gefahr." Solche Worte verfehlten keineswegs ihres Eindrucks. Die Populisten, wie sie gern genannt wurden, brachten mit 1 040 000 die größte Stimmenzahl auf, die noch je einer „dritten Partei" zugefallen war, und stellten 22 Wahlmänner, wobei freilich in Betracht kam, daß in einigen Staaten des Westens, Colorado, Idaho, Kansas, Norddakota und Wyoming, die Demokraten für ihre Liste votierten, um einen Sieg der Republikaner zu verhindern. Dieser List hätte es nicht bedurft. Cleveland wäre auch so gewählt worden. Seine Mehrheit (277 gegen 145 Stimmen) war stattlicher als irgendeine seit 1872. Auch bei den Wahlen zum Kongreß schnitten die Demokraten gut ab. Sie behaupteten das Repräsentantenhaus und gewannen den Senat. Ihre Zeit schien gekommen zu sein. Cleveland trat seine zweite Präsidentschaft unter ganz anders günstigen Umständen an als die erste.

Das Jahr seines Wiedereinzuges ins Weiße Haus war als ein Jahr des Festes gedacht. Im Mai 1893 konnte er die Weltausstellung in Chicago eröffnen, mit der die Vereinigten Staaten die Vierhundertjahrfeier der Entdeckung Amerikas begingen. Der Anlaß war recht geeignet, um sich zu vergegenwärtigen, welch gewaltigen Fortschritt die Union in den wenig mehr als 100 Jahren ihrer selbständigen Existenz gemacht hatte. Die kleine Republik von einst war jetzt mit über 65 Millionen Einwohnern eine der ersten Großmächte der Erde. Und ihre Volkswirtschaft, die anfangs von der alten Welt so mannigfach abhängig gewesen war, übertraf an innerer Geschlossenheit jede europäische. Nur die Reederei hatte nicht gehalten, was sie versprach. Sie hatte den im Bürgerkrieg erlittenen

Rückschlag nicht verwunden. Dagegen war die Landwirtschaft an Vielseitigkeit und Wert ihrer Erzeugnisse längst außer Konkurrenz, die Industrie brachte 1890 9 372 Millionen Dollar Werte hervor gegen nur 1 886 Millionen im Jahre 1860; und für die Blüte des Handels zeugte das Anwachsen des Kapitals der Nationalbanken noch in den letzten dreizehn Jahren seit 1880 von 454 auf 684 Millionen. Den größten Anteil daran hatte der Osten: Neuengland, New York, Pennsylvanien, aber auch der Süden erholte sich, und im Westen rückten nicht nur Ohio und Illinois in die vorderste Linie, fast noch auffallender war die Entwicklung einiger jüngerer Staaten. Kansas, das 1870 364 000 Einwohner gezählt hatte, wies 1890 1 427 000 auf, bei dem benachbarten Nebraska waren die entsprechenden Zahlen 123 000 und 1 059 000, bei Minnesota 440 000 und 1 302 000, bei Washington 24 000 und 349 000. Schon gab es eigentlich keine Grenze mehr, wo die Wildnis anfing. Neuland begann knapp zu werden. Als 1889 Präsident Harrison einem Verlangen nachgebend, dem Cleveland aus Rechtsgründen widerstanden hatte, das bisher den Indianern vorbehaltene Oklahoma der Besiedlung öffnete, sah die Mittagsstunde des 22. April, mit der die Schranken fielen, den Einbruch von 50 000 gierigen Landsuchern auf einmal. Ganze Städte entstanden an einem Tag. Ähnliches ereignete sich im Anfang des nächsten Jahres bei der Freigabe der Sioux-Reservationen in Süddakota. Die Zeit der alten Pioniere, der Hinterwäldler im Blockhaus, ging eben dahin. Die extensive Arbeit am Boden mußte der intensiven weichen. Nicht so sehr äußere wie innere Kolonisation war mehr nötig. Überhaupt schwächte sich der koloniale Charakter des Volkslebens ab, obwohl die fortdauernde Einwanderung und mehr noch die sprachliche Gemeinschaft mit dem alten Mutterland freilich hinderten, daß er ganz verschwand. Längst gab es eine Literatur von entschiedener Eigenart und mannigfachem Reiz. Die Wissenschaft wies manche guten Namen auf. Theater und Musik waren mindestens nicht schlechter als die englischen, und wenn die bildende Kunst auf der Jahrhundertausstellung in Philadelphia (1876) noch einen recht kläglichen Eindruck gemacht hatte, fand man in Chicago, daß auch sie sich neben den europäischen Schwestern recht wohl sehen lassen könnte.

Aber während Zeitungen und Zeitschriften mit solchen und

ähnlichen freundlichen Betrachtungen erfüllt waren, verfolgte die Geschäftswelt mit Sorge die drohenden Anzeichen eines aufziehenden Gewitters, und Ende Juni brach dieses mit einem seit 1873 nicht mehr erlebten Ungestüm herein. Ursache war die Gestaltung des Geldwesens unter der Shermanakte; letzter Anlaß, daß die britische Regierung in Indien am 26. Juni 1893 ihre Münzstätten für die freie Prägung des Silbers sperrte, das bisher dort noch eine Zuflucht gefunden hatte. Auf die Nachricht davon fiel der Preis der Unze Silber am maßgebenden Londoner Markt in weniger als einer Woche von 37½ Pence auf 30½. Der gewaltige Silberschatz der Union war hoffnungslos entwertet. Für die Einlösung ihrer Noten konnte er kaum noch in Betracht kommen, die Goldreserven aber hatten schon im Mai nur noch 95 Millionen betragen, ein bloßes Fünftel der ausstehenden einlösbaren Geldzeichen. Würde sich da die Einlösung überhaupt aufrechterhalten lassen? Das ganze Kreditgebäude wankte. Die Banken bestürmten das Schatzamt, und das Publikum bestürmte die Banken. Nicht weniger als 642 mußten im Lauf des Jahres ihre Zahlungen einstellen. Auch sonst folgte Bankrott auf Bankrott. Der Präsident hatte das kommen sehen und schon Anfang Juni die Absicht angekündigt, eine Extrasitzung des Kongresses zur Aufhebung der Shermanakte zu berufen. Nun am 30. Juni erließ er den Ruf wirklich, damit das Parlament „durch geeignete Gesetzgebung das Land aus gegenwärtiger und künftiger Not rette". Der Kongreß trat auch am 7. August zusammen, und das Repräsentantenhaus ging ohne viel Schwierigkeiten und Aufenthalt auf den Wunsch Clevelands ein. Um so widerspenstiger zeigte sich der Senat. Hier versuchte die Gegenpartei alle Künste der Obstruktion. Eine Dauersitzung von 39 und eine Dauerrede von 15 Stunden fielen vor. Am Ende bedurfte es der ganzen rücksichtslosen Einsetzung des Regierungseinflusses, damit eine winzige Mehrheit am 30. Oktober doch noch die Einstellung der Silberkäufe beschloß. Niemals war Clevelands Freunden seine zähe Energie bewundernswerter erschienen. „Es war e i n Mann", schrieb einer von ihnen, „gegen erschreckende Übermacht und eine gefährliche Verschwörung, der sich niederbeugte und dem Land die Silberlast abnahm." Er selbst aber klagte schon Anfang Oktober 1893, daß diese zweite Präsidentenzeit ihm so viel Gesundheit und Kraft gekostet habe, daß er zweifle, die

Bürde bis zum Ende tragen zu können. Dabei fehlte doch viel, daß mit der Beseitigung der Shermanbill die Sorgen aufgehört hätten. Die Geschäftswelt des In- und Auslandes gewann ihr Vertrauen keineswegs gleich zurück. Goldausfuhr und Goldabhebungen nahmen ihren Fortgang. Vom 1. Juli 1893 bis zum 30. Juni 1897 wurden im ganzen 439 Millionen Dollarscheine zur Einlösung präsentiert, und es bedurfte eigener Anleihen im Betrag von 262 Millionen zu hohen Zinsen, damit die Goldreserve, die einmal (1. Februar 1895) bis auf 41 Millionen sank, immer wieder aufgefüllt werden konnte.

Freilich wäre wohl manches glatter und billiger gegangen, wenn nicht ein verunglückter Versuch der Tarifreform das Wirtschaftsleben noch mehr beunruhigt und Zwiespalt zwischen dem Präsidenten und dem Kongreß geschaffen hätte. Ein Land kann unter hohen Zöllen gedeihen und unter niedrigen. Die hohen oder niedrigen müssen nur die Gewähr längerer Dauer bieten. Es darf nicht fortwährend daran herumgemodelt werden. Deshalb wäre es besser gewesen, wenn Cleveland den McKinleytarif hätte bestehen lassen. Unbequeme Überschüsse, wie sie ihn zu seiner Botschaft von 1887 bewogen hatten, gab es ja nicht länger. Vielmehr drohte ein Defizit, das 1893/94 schließlich sogar 70 Millionen betragen sollte. Aber er war allererst auf das Programm der Tarifreform gewählt worden und hielt es für seine und der Partei Pflicht, das gegebene Wort einzulösen. Er veranlaßte, daß noch im Herbst 1893 eine neue Zollvorlage, die Wilsonbill, ausgearbeitet wurde, die dann das Repräsentantenhaus bis zum 1. Februar 1894 annahm. Sie war keineswegs radikal. Man berechnete, daß sie die Zölle von durchschnittlich 50 nur auf 35½ Prozent herabminderte. Aber sie bedeutete doch eine erhebliche Abweichung von dem geltenden Tarif, indem sie die den Massenkonsum unverhältnismäßig belastenden Gewichtszölle durch die gerechteren Wertzölle ersetzte und eine lange Reihe von Rohmaterialien zollfrei machte. Als Ausgleich möglicher Einnahmeausfälle war neben einer Erhöhung der Getränkesteuern eine Einkommensteuer von zwei Prozent vorgesehen, die Gesellschaften unterschiedslos, Einzelpersonen von 4000 Dollar Einkommen aufwärts treffen wollte. So fand sich das Großunternehmertum doppelt herausgefordert, und das Großunternehmertum besaß eine starke

Verteidigungsstellung im Senat, wo sich unter den wenigen, durch lange Amtsführung miteinander und mit der Geschäftswelt bekannt gewordenen Abgeordneten die Künste direkter und indirekter Bestechung viel besser anwenden ließen als im Repräsentantenhaus. Zwar die Einkommensteuer schluckte man vorläufig. Man behielt ja die Aussicht, daß (wie denn schon 1895 geschah) das Oberste Bundesgericht sie als direkte Steuer für verfassungswidrig erklären würde. Um so entschlossener aber ging man an die Verbesserung des Tarifentwurfs. Eine Reihe von Schutzzolldemokraten trennten sich von ihrer Partei, um mit den Republikanern vereint unter Führung von Gorman eigentlich etwas ganz anderes aus ihm zu machen, so daß man von einer Wilson-Gormanbill sprechen konnte. Wertzölle wurden in Gewichtszölle zurückverwandelt, die Sätze fast durchgängig erhöht, und die Zollfreiheit einiger Artikel, wie Eisenerz und Kohle, wieder beseitigt. Auch setzte der Zuckertrust mit ziemlich offensichtlichen Machenschaften durch, daß für seine Ware ein umständliches System von Zöllen und Prämien errichtet wurde. Der Präsident war enttäuscht und entrüstet. Als das Repräsentantenhaus sich nach einigem Sträuben den Diktaten des Senats fügte, um nicht das ganze Reformwerk scheitern zu lassen, legte er zwar kein Veto ein: eine gewisse Erleichterung war ja erreicht, aber er sah davon ab, seine Zustimmung auszudrücken, so daß die Bill nur Gesetz wurde (28. August 1894), weil die Widerspruchsfrist ungenützt verrann. In bitteren Worten klagte er die Schutzzolldemokraten des Senats an, daß sie die Partei verraten und entehrt hätten.

Für solche Äußerungen fand er die volle Zustimmung des radikalen Flügels, aber in einer andern Sache hatte er es gerade damals gründlich auch mit diesem verdorben. Infolge der Krisis von 1893 gab es überall Lohnkürzungen und Arbeiterentlassungen, die dann natürlich wieder zu Unruhen und Streiks führten. Eine sehr merkwürdige, sektiererisch gefärbte Bewegung der Arbeitslosen kam auf. Der Agitator Coxey aus Ohio begründete die „Armee des Gottesstaats“ (Army of the Commonweal of Christ) und veranstaltete vom 25. März bis 1. Mai 1894 mit einigen hundert Mann einen halb kläglichen, halb grotesken Demonstrationsmarsch nach der Bundeshauptstadt. Ähnliche Züge fanden auch in anderen Landesteilen mehrfach statt und belästigten und beängstigten die

Bevölkerung. Ernstere Sorgen noch schuf ein durch Wochen fortgesetzter Ausstand von 200 000 Bergarbeitern. Das Schlimmste aber war der große Eisenbahnerstreik von Chikago, der ausgehend von Lohnstreitigkeiten in der berühmten Waggonfabrik der Pullman-Gesellschaft, durch das Eingreifen des neu gegründeten Arbeitersyndikats des amerikanischen Eisenbahnbundes (American Railway Union) bald alle Angestellten der nach Chicago führenden Linien erfaßte. Der ganze Verkehr im mittleren Westen wurde unterbrochen, viel Eigentum zerstört, auch einiges Blut vergossen. Die Staatsregierung von Illinois ließ die Dinge gehen, da der sehr radikale Gouverneur Altgeld entschiedene, nach der Vorgeschichte des Streiks übrigens begreifliche Sympathien für die Ausständigen hatte. Einige Tage lang herrschte in Chicago Anarchie. Da griff Cleveland ein. Mit der Begründung, daß es seine Pflicht sei, den Postenlauf und den zwischenstaatlichen Handel zu schützen, sandte er Bundestruppen und proklamierte, als das nicht gleich half, den Belagerungszustand, auf Grund dessen dann einige Verhaftungen erfolgten. Nun (Mitte Juli) brach die Bewegung sogleich zusammen, und es fehlte denn nicht an Beifall für die rasche und energische Aktion des Präsidenten. Aber alles, was zur Arbeiterschaft gehörte oder mit ihr fühlte, war empört, daß er unter Mißachtung der Staaten- und Freiheitsrechte seinen Säbel den Reichen zur Verfügung gestellt habe. Zu den Silberleuten und den Schutzzöllnern hatte er sich eine neue mächtige Klasse von Feinden gemacht.

Wie allgemein die Mißstimmung war, brachten die Herbstwahlen von 1894 erschreckend an den Tag. Es gab wieder einen Erdrutsch, aber diesmal zu ungunsten der Demokraten. Sie büßten über die Hälfte ihrer Sitze im Repräsentantenhaus ein: 116 von 220, und gerieten auch im Senat neuerdings in die Minderheit. Einiges dazu tat ein antikatholischer Geheimbund, die American Protective Association, der, 1887 gegründet, aber erst jetzt recht entwickelt, die Demokraten als Katholiken oder Katholikenfreunde verfolgte, mehr die Volkspartei, die, ohne gerade viel Mandate zu gewinnen, doch fast zwei Millionen Stimmen überwiegend aus demokratischen Reihen auf sich zog. Cleveland war schmerzlich enttäuscht. Niemals glaube er dem Staat besser gedient zu haben als jetzt, schrieb er in Weihnachten 1894 einem Freunde, aber von

keiner Seite finde er die geringste Ermutigung. Tatsächlich war er einsamer als irgendein Präsident seit Andrew Johnson, ein Präsident ohne Partei, wie man sagte. Die Republikaner blieben ihm feindlich, wenngleich einzelne hervorragende Männer unter ihnen, wie Sherman, ihn anerkannten und gelegentlich unterstützten, und die demokratische Partei entwickelte sich mehr und mehr in einer der seinen genau entgegengesetzten Richtung. Ihre Führer meinten zu erkennen, was wohl auch richtig war, daß seine mehr konservative Politik ihnen den Osten nicht gewinnen und den Westen, ja vielleicht den Süden kosten werde. Es ging nicht länger ohne entschiedene Zugeständnisse an die Radikalen ab. Insbesondere die Haltung des Präsidenten in der Währungsfrage schien die Zukunft der demokratischen Sache zu gefährden. Denn die Agitation für freie Silberprägung war seit Einstellung der Silberkäufe nur lauter und umfassender geworden. Eigene Vereine und eine eigene Literatur vertraten mit einem an Fanatismus streifenden Ernst das Evangelium des weißen Metalls, das die Macht der Reichen brechen und ehrliche Arbeit endlich lohnend machen werde. Zum März 1895 schon wurde eine Nationalkonferenz der Silberfreunde nach Washington berufen, um die Präsidentenwahl des nächsten Jahres zu beeinflussen, und es gelang dann den Organisationen in den Einzelstaaten, wirklich durchzusetzen, daß nicht weniger als dreißig demokratische Staatskonvente das Freisilberprogramm annahmen.

Als deshalb Anfang Juli 1896 in Chicago der demokratische Nationalkonvent zusammentrat, war zu erwarten, daß er sich von den Grundsätzen der Clevelandschen Verwaltung lossagen würde, überraschend kam nur die rücksichtslose Offenheit, mit der das geschah. Das Wahlmanifest las sich wie eine Anklage nicht nur der Gegenpartei, sondern des eignen Präsidenten. Hinsichtlich des Währungsstreites verlangte es nicht weniger und nicht mehr als „die freie und unbeschränkte Prägung von Gold und Silber nach dem gesetzlichen Wertverhältnis von 1 : 16, ohne auf Mitwirkung oder Zustimmung irgendeines andern Staates zu warten, und so, daß Silber in gleicher Weise wie Gold vollgültiges gesetzliches Zahlungsmittel für alle Schulden ist, öffentliche wie private". Wirklich durchgeführt, hätte das, da das Marktverhältnis von Gold und Silber inzwischen 1 : 31 geworden war, reine Silberwährung unter Verdrängung des Goldes, eine Erschütterung des ganzen Kredit-

gebäudes und eine allgemeine Preisrevolution bedeutet. Aber die einen wollten das gerade, und den anderen verblendete Leidenschaft das Urteil. Die Stimmung der Versammlung war erhitzt wie vielleicht in keinem Nationalkonvent zuvor. „Wir bitten nicht länger, wir beschwören nicht länger, wir petitionieren nicht mehr, wir werfen ihnen den Handschuh hin," rief ein Abgeordneter. „Sie sollen nicht auf die Stirn der Arbeit diese Dornenkrone drücken, sie sollen nicht die Menschheit kreuzigen an einem Kreuz von Gold." Und gerade dieser Redner, William Jennings Bryan, gewann sich den jubelndsten Beifall. Er war noch jung: 37 Jahre. Einen eigentlichen Namen besaß er noch nicht, obwohl man ihn von einer kurzen Tätigkeit im Repräsentantenhaus als vielversprechendes Talent kannte. Selbst sein Mandat zum Nationalkonvent war umstritten. Dennoch, auf die eine Rede hin, faßte man ihn als Kandidaten ins Auge und nominierte ihn im fünften Wahlgang wirklich unter Zurücksetzung des verdienten alten Führers der Silberleute, Bland, der sonst die besten Aussichten gehabt hätte. Von Einfluß darauf wie namentlich auch auf die Formulierung des Parteiprogramms war der Wunsch, die Volkspartei für die demokratische Sache zu gewinnen. Wirklich machte sich diese die Kandidatur Bryans zu eigen. Von links her war nichts zu befürchten. Wohl aber gab es eine Sezession nach rechts. Die Golddemokraten verweigerten die Heeresfolge und stellten einen besonderen Kandidaten auf. Ihre Zahl war nicht groß, aber eine Reihe der bekanntesten, und was schwerer ins Gewicht fiel, der reichsten Männer der Partei gehörten zu ihnen. Cleveland selbst und sein Kabinett verhehlten nicht ihre Sympathien.

Auch unter den Republikanern übrigens kam es zu einer Spaltung. Sie hatten schon vor den Demokraten ihren Nationalkonvent Mitte Juni in St. Louis gehabt und sich dabei für Aufrechterhaltung des Goldstandards gegen freie Silberprägung erklärt „außer auf Grund internationaler Abkunft mit den führenden Handelsvölkern der Welt, die wir uns verpflichten zu fördern". Der Zusatz war ein Kompliment für die Silberleute, aber diese wußten recht wohl, daß er wertlos war, und vierunddreißig von ihnen veranstalteten einen pathetischen Auszug, um dann nachher zu Bryan überzugehen. Offizieller Kandidat wurde McKinley, der schon 1892 starken Anhang gehabt hatte und längst zu den bekanntesten

und beliebtesten Führern der Partei zählte. Sein Name schien ein Programm vor allem in der Zollfrage zu bedeuten, doch legte er in seinem Annahmeschreiben zur Überraschung vieler den Hauptnachdruck auf die Verteidigung der Währung, und der Wahlkampf wurde dann fast ausschließlich mit dem Feldgeschrei „hie Gold, hie Silber" ausgefochten. Auf beiden Seiten machte man die außerordentlichsten Anstrengungen in dem Gefühl, daß jetzt die endgültige Entscheidung über die zukünftige Währung der Union fallen werde. Bryan stürzte sich persönlich mit Ungestüm in die Agitation. In 14 Wochen reiste er 18 000 Meilen und hielt 600 Reden vor insgesamt etwa 5 Millionen Menschen, die er fast überall zu leidenschaftlichsten Beifallsäußerungen hinriß. McKinley, in bewußtem vornehmen Gegensatz zu solchem Demagogentum, blieb zu Haus und ließ andere für sich arbeiten. Die Spannung auf den Ausgang war ungeheuer nicht nur in Amerika, auch in der alten Welt. Gerade in Deutschland, wo die Not der Landwirtschaft eine sehr rührige bimetallistische Bewegung ausgelöst hatte, wurde eifrig für den einen oder den andern Kandidaten Partei genommen. Kein Geringerer als Fürst Bismarck ließ sich zu einer Kundgebung im Sinn Bryans bewegen. Dessen Wahl schien lange durchaus möglich. Am Ende errang doch McKinley einen großen Sieg. Mit 7 104 779 Volksstimmen gegen 6 502 925 für Bryan hatte er eine Mehrheit von 601 854. Die Wahlmännerzahlen waren 271 gegen 176.

Das gute Geld war gerettet und den Vereinigten Staaten wie mittelbar der Welt eine schwere Krisis erspart. Die Agitation der Silberfreunde hörte nicht auf, aber nie wieder kamen sie dem Sieg so nahe. Nach langer sorgfältiger Vorbereitung und mancherlei Wechselfällen erging am 14. März 1900 die sogenannte Goldstandardakte, die den Golddollar von 25,8 Gran zur maßgebenden Werteinheit machte. Alles Staatspapiergeld mußte fortan in Gold eingelöst werden, von dem möglichst 150 und mindestens 100 Millionen Dollar als besondere Reserve zu halten waren. Die Silbermünzen verloren darum nicht ihre sonstige gesetzliche Zahlungskraft und wurden nicht zurückgezogen. Vielmehr wurden in gewissem Umfang Neuprägungen aus dem nun einmal aufgehäuften Silberschatz vorgesehen, damit es nur ja nicht an Umlaufsmitteln fehle. Auch erleichterte man in der gleichen Absicht die Gründung

von Nationalbanken und die Ausgabe von Noten mit dem Erfolg, daß der Bestand an diesen schon vom 13. März bis 31. Oktober 1900 von 254 auf 332 Millionen Dollar anwuchs, um 1914 die Höhe von 715 zu erreichen. Da nun zu dem allen die ständige Zunahme der Goldproduktion große Goldprägungen herbeiführte, in den drei Jahren 1899, 1900 und 1901 von 312 Millionen Dollar, konnte von Geldknappheit nicht mehr die Rede sein. Man trat auch ohne freie Silberprägung in eine Periode steigender Preise ein.

Dabei spielte dann freilich mit, daß die Zollgesetzgebung neuerdings in hochschutzzöllnerischem Sinn umgestaltet worden war. Obwohl die Wahl von 1896 eigentlich nur die Verurteilung des demokratischen Währungsprogramms bedeutet hatte, gaben die Republikaner natürlich vor, darin zugleich und erst recht das Urteil über die Zollermäßigungen von 1894 zu sehen. Noch ehe McKinley sein Amt wirklich antrat, arbeitete die Finanzkommission des Repräsentantenhauses unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dingley ein neues Zollgesetz aus. Die üblichen Meinungsverschiedenheiten mit dem Senat brachten dann zwar noch unerwünschten Aufenthalt, aber bis zum 24. Juli 1897 war der Dingleytarif Gesetz. Er ging noch etwas sogar über den McKinleytarif hinaus, durch Vermehrung der zollpflichtigen Waren wie durch Erhöhung einzelner Sätze, und wenn er eine Ermäßigung durch Reziprozitätsverträge versprach, so sollte die schutzzöllnerische Senatorenclique dafür sorgen, daß solche Verträge schließlich allemal verworfen wurden. Für die europäischen Industrieländer war das hart. Auch in Amerika klagten nicht wenige. Doch blieben die neuen Verhältnisse nun wenigstens für ein Jahrzehnt stabil.

Die Nation fand sich von den Wirtschaftskämpfen durch andere Aufgaben, vor allem der auswärtigen Politik, mehr in zweiter Linie der inneren Reform, abgelenkt.

Fünfzehntes Kapitel

Imperialismus und Reform

Die auswärtigen Angelegenheiten hatten in der Geschichte der Vereinigten Staaten immer nur sehr gelegentlich eine größere Rolle gespielt. Vollends in dem Menschenalter nach dem Ende des Sezessionskrieges schienen sie ganz hinter den Problemen der inneren Entwicklung zurückzutreten. Es machte sich geltend, daß mit den Südstaatlern gerade die Kreise besiegt waren, die ein Interesse an der Ausdehnung des nationalen Machtbereichs gehabt hatten. Gewiß besaß auch der Norden einige Anhänger einer entschlossenen Außenpolitik. Der große Staatssekretär Seward, der das von Lincoln übertragene Amt unter Johnson fortführte, lebte und webte in Plänen umfassender Gebietserweiterung. Wenn er im April 1861 einen Augenblick den merkwürdigen Gedanken entwickelt hatte, den Bürgerkrieg dadurch im Keim zu ersticken, daß man die Kampfesleidenschaften nach außen, gegen Frankreich und Spanien und noch andere Mächte, ablenkte, so genügte ihm später der Ruhm nicht, während des großen Ringens jede europäische Einmischung abgewandt und nachher Napoleon III. zu schimpflicher Preisgabe seines mexikanischen Kaiserreichs gezwungen zu haben. Er kaufte im selben Monat, wo die letzten französischen Truppen Mexiko verließen, (März 1867) Rußland seinen amerikanischen Besitz Alaska für 7 200 000 Dollar ab. Die Summe erscheint heute lächerlich gering, schon allein angesichts des Goldes, das aus diesen „unfruchtbaren Regionen" gezogen worden ist, damals galt sie für so ungeheuer, daß recht allgemein geglaubt wurde, der ganze Handel habe nur den Zweck, Rußland für seine freundliche, mit mancherlei Aufwendungen verbundene Haltung im Bürgerkrieg zu belohnen und zu entschädigen. Doch lag Seward sicher allererst an

der Erwerbung selbst, schon weil sich dadurch die Aussichten zu verbessern schienen, daß auch Kanada, fortan von zwei Seiten umfaßt, im Laufe der Zeit zu den Vereinigten Staaten als seinen rechtmäßigen Schwestern heimfände. Einstweilen hätte er gern der Erwerbung im Norden eine kleinere im Süden hinzugefügt. Er bereitete einen Vertrag mit Dänemark über den Ankauf von St. Thomas vor. Aber im Senat, der schon den Alaskavertrag ungern angenommen hatte, erhob sich unter Führung von Sumner ein unüberwindlicher Widerstand, und derselbe Widerstand zeigte sich, als nach dem inzwischen eingetretenen Regierungswechsel Präsident Grant mit seiner ganzen Hartnäckigkeit durch zwei Jahre (1869 bis 1871) die Annexion von San Domingo betrieb. Karl Schurz zum Beispiel, der gerade Senator war, trat eifrigst dagegen auf. Der Erwerb und Besitz solcher tropischen Länder mit einer fremdartigen, nicht assimilierbaren Bevölkerung würde dem ganzen Wesen der amerikanischen Regierungsform äußerst nachteilig sein. „Spielen Sie nicht mit Dingen, die die Zukunft dieser großen Nation vergiften können, hüten Sie sich vor den Tropen.“ Solche Gedanken waren damals in Amerika und außerhalb weit verbreitet. Noch herrschte in der Welt das Ideal des Freihandels. Wenn aber doch Hoffnung war, daß eines schöneren Tages alle Nationen frei ihre Güter tauschten, was hatte es dann für einen Sinn, Gut und vielleicht Blut an die Gewinnung oder Behauptung abgelegener Wirtschaftsgebiete zu wenden? Selbst in England fragte man sich ernstlich, ob Kolonien nicht mehr Schaden und Kosten als Nutzen brächten; und für die Vereinigten Staaten kam das sehr ernste Bedenken hinzu, wie sich fremdartige Völker in den auf Selbstverwaltung gegründeten Verfassungsbau einfügen ließen. Man hatte an der Negerfrage im Süden genug. Die Stimmung war und blieb auswärtigen Abenteuern abgeneigt. Selbst als auf Kuba, für dessen Annexion einst so viel agitiert worden war, ein 1868 ausgebrochener Aufstand jahraus, jahrein bis 1878 nicht zur Ruhe kommen wollte, schmuggelten wohl einzelne Amerikaner Waffen oder fochten gar als Freibeuter mit, aber die Regierung hielt sich zurück. Nicht einmal die Hinrichtung von einigen fünfzig Mann des amerikanischen Freibeuterschiffs Virginius im Jahr 1873 führte trotz aller unberechtigten Empörung, die sie erregte, zu ernsteren Verwicklungen. Gegen England, das noch immer als Feind galt,

beliebte man zeitweilig eine ernste Sprache, übrigens doch auch nur, um im Vertrag von Washington 1871 für die streitigen Fragen der Alabama-Entschädigungen, der Wassergrenze gegen Britisch-Columbia und der Fischereirechte in den Gewässern Neufundlands und Neuschottlands einer schiedsrichterlichen Regelung zuzustimmen. Sonst war die auswärtige Politik ausgesprochen friedlich. Man schien keinerlei Großmachtsehrgeiz zu haben. Für die Flotte, die während des Bürgerkrieges so entscheidende Dienste getan hatte, geschah seitdem rein nichts. Noch 1883 bestand sie aus wenigen ganz unmodernen Holzschiffen.

Aber von diesem Jahr an ging es dann freilich wieder aufwärts mit ihr. Fast jährlich wurden Neubauten beschlossen und ausgeführt. Der Geist der achtziger Jahre war eben schon verschieden von dem der siebziger, und wieder nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern in der ganzen Welt. Die großen Tage des Freihandels und des Manchestertums waren vorbei. Der moderne Industriekapitalismus steigerte die Gütererzeugung so, daß der Absatz schwierig zu werden begann. Die Nationen gerieten in einen mehr und mehr erbitterten Konkurrenzkampf, sie schlossen ihr altes Wirtschaftsgebiet in wachsendem Maß durch Zölle ab und suchten sich nach außen nun doch wieder durch Gewinn von Kolonien und Einflußsphären den Rang abzulaufen. Was niemand recht geglaubt hatte, die alten merkantilistischen Lehren des 17. und 18. Jahrhunderts kamen in etwas veränderter Form wieder zu neuer Geltung und nahmen politisch die Richtung auf den sogenannten Imperialismus, das Streben nach einem Größeren Britannien, Größeren Deutschland, Neuen Frankreich, allslawischen Rußland. Die Vereinigten Staaten konnten davon um so weniger unberührt bleiben, als sich gerade in ihnen der Industriekapitalismus besonders stark und aggressiv entwickelte. Die Industriekapitäne mußten mit der Zeit in die Rolle eintreten, die die Sklavenbarone ehemals gespielt hatten, und sich zu Vertretern jenes Wunsches nach Beherrschung des ganzen Erdteils mit all seinen Inseln und umgebenden Gewässern machen, der eigentlich vom Anfang der Unionsgeschichte an je und je am amerikanischen Volksgeist erkennbar gewesen war. Ein erster erklärter Imperialist war Blaine. Ihm lag mehr, als an dem kleinen Streit der inneren Politik, an Wiederbelebung der amerikanischen Schiffahrt, Aus-

dehnung des amerikanischen Handels und Machtentfaltung, weshalb eine der Einwendungen gegen seine Präsidentschaftskandidatur zu sein pflegte, daß sein wilder Ehrgeiz Ruhe und Frieden stören werde. Insbesondere die panamerikanische Idee hatte es ihm angetan. Schon als er 1881 unter Garfield ein erstes Mal das Staatssekretariat übernahm, bereitete er einen panamerikanischen Kongreß vor. Nur der Tod des Präsidenten, der ihm sein Amt kostete, hinderte, daß aus der Sache etwas wurde. Unter Harrison dann aber kam er sogleich darauf zurück. Die Einladungen wurden erlassen, und im Oktober 1889 trat „der Kongreß der drei Amerikas" in Washington zu mehrmonatiger Tagung zusammen. Blaine präsidierte mit vielem Glanz. Schöne Reden, Feste, Besichtigungsreisen wurden nicht gespart. Auch gelang es, als dauernde Einrichtung die sogenannte „Geschäftsstelle amerikanischer Republiken" (Bureau of American Republics) zu begründen, die in bescheidenem, aber allmählich erweitertem Rahmen das Werk gegenseitiger Annäherung durch Auskünfte, Forschungen, Schriftenaustausch gefördert hat und seit 1910 den stolzeren Titel Pan-American Union trägt. Darüber hinaus stellten Resolutionen den Bau einer panamerikanischen Eisenbahn von Norden nach Süden, schiedsgerichtliche Erledigung von Streitigkeiten, Vereinbarungen über Zoll- und Münzfragen und andere gute Dinge in Aussicht. Ein Mißerfolg also war der Kongreß nicht. Er hat 1901/02 in Mexiko, 1906 in Rio de Janeiro, 1910 in Buenos Aires und, nachdem der Weltkrieg eine für 1914 beabsichtigte Zusammenkunft verhindert hatte, 1920 in Washington wiederholt werden können. Aber die innige politische und wirtschaftliche Verbindung womöglich in einem Zollverein, die Blaine vorschwebte, wollte sich freilich nicht herstellen. Der Warenaustausch Südamerikas mit Europa war zu rege und beruhte auf zu natürlichen Bedingungen gegenseitiger Abhängigkeit, als daß er sich so leicht nach anderer Richtung hätte ablenken lassen. Dazu fehlte es an rechter Sympathie zwischen den auf ihr unverfälschtes Kaukasiertum stolzen Nordamerikanern und den Mischvölkern des südlichen Kontinents. Temperament, Lebensgewohnheiten, Sprache, Religion trennten mehr, als die gemeinsame republikanische Staatsform vereinte. Die Mittel- und Südamerikaner fühlten sehr wohl heraus, daß das lockend dargebrachte Bundesverhältnis doch nicht

von gleich zu gleich sei, sondern „der große Bruder" ein Schutz- und Aufsichtsrecht für sich in Anspruch nehme, das sie, stolz und ungebärdig von Natur, keineswegs anzuerkennen gesonnen waren. Noch Blaine selbst geriet 1891 in einen sehr heftigen Konflikt mit Chile, bei dem er das schwere Geschütz eines Ultimatums auffahren mußte. Überhaupt war seine auswärtige Politik eigentlich mehr eifrig als erfolgreich. Nacheinander verletzte er Deutschland: in der Samoafrage, England und Italien. Am Ende wurde sogar Präsident Harrison bedenklich und sah es kaum ungern, daß der Minister im Juni 1892 ziemlich unvermittelt seinen Abschied nahm. Dann freilich beschloß Harrison seine Amtszeit mit einem Stück, das ganz das Gepräge Blainescher Staatskunst trug. Er begünstigte eine Revolution des amerikanischen Elements auf Hawaii gegen die kürzlich zur Regierung gelangte Königin Liliukalani (Januar 1893) und schloß mit der provisorischen Regierung einen Annexionsvertrag (15. Februar 1893). Die Inselgruppe, die damit an die Union gekommen wäre, besaß unzweifelhaften Wert. Sie eignete sich für den Anbau von Reis und Zucker, die in ziemlichen Mengen gewonnen wurden, war beliebt als Ausgangspunkt für Walfischjäger und stellte vor allem eine wichtige Zwischenstation für den Handel nach Ostasien dar. Auch gehörte sie längst zur amerikanischen Interessensphäre. Seit 1792 gab es Amerikaner in Hawaii. 1842 erklärte Präsident Tyler bereits, die Vereinigten Staaten könnten nie die Besetzung der Inseln durch eine fremde Macht zugeben. In den siebziger Jahren wurde ihnen ein Handelsvertrag auferlegt, der auf eine wirtschaftliche Aneignung hinauslief, und in den achtziger Jahren ließ man sich Pearl Harbor als Marinestation verpachten. Der Annexionsvertrag bedeutete also nichts als die freilich überstürzte Vollendung eines zu drei Vierteln fertigen Gebäudes. Aber die Bedenken gegen den förmlichen Erwerb von Kolonien hatten noch zu viel Macht; und die Art, wie die grundlegende Revolution herbeigeführt worden war, wollte empfindlicheren Gewissen nicht recht gefallen. Der Senat verschob seinen Beschluß bis zum Amtsantritt von Cleveland, und dieser besann sich nicht, den Vertrag zurückzuziehen. Am liebsten hätte er die gestürzte Königin wieder eingesetzt. Nur weil sie keine Amnestie gewähren wollte, blieb die provisorische Regierung und damit die Möglichkeit für die Vereinigten Staaten, unter

einem andern Präsidenten und anderen Verhältnissen auf die Sache zurückzukommen.

Auch sonst fanden die Imperialisten in Cleveland einen entschlossenen Gegner. Er war im Grund noch ein Mann der alten liberalen Schule mit dem Ideal eines auf Freiheit, Recht, Brüderlichkeit begründeten Menschheits- und Völkerglücks. Das Streben nach nationalen Sondervorteilen auf Kosten der anderen erschien ihm nicht weniger verwerflich als das nach persönlichen. Schon seine erste Präsidentschaft 1885 hatte er mit der Verwerfung eines fertigen Vertrages begonnen, der damals dem Gewinn eines ausschließlichen Schutzrechtes über einen möglichen Nicaraguakanal galt, und seine Haltung mit den bezeichnenden Worten begründet, eine solche Handelsstraße müsse zum Besten der Welt da sein, ein Pfand für die Menschheit, kein Gegenstand der Herrschaft für eine einzelne Macht, der zu Feindseligkeiten einladen und ein Preis kriegerischen Ehrgeizes werden könne. Der bloße Gedanke an Krieg war ihm schrecklich. Sein ganzes Interesse galt der Schiedsgerichtsbewegung. Deren Förderung hatte er nach seiner eigenen, zunächst überraschenden Aussage dann auch bei dem einzigen Schritt im Sinn, der den ungesuchten Beifall der Jingos fand. Als ein alter Grenzstreit zwischen Venezuela und Britisch-Guyana in großer Schärfe wieder auflebte, Venezuela unter Berufung auf die Monroedoktrin die Hilfe der Vereinigten Staaten anrief und England sich gegen alle Vermittlungsvorschläge ziemlich spröde verhielt, forderte er (17. Dezember 1895) in einer auffallend scharfen Botschaft vom Kongreß die Einsetzung einer Untersuchungskommission, damit, wenn sie gegen England entschiede, die Union „mit allen in ihrer Macht stehenden Mitteln" den englischen Übergriff zurückwiese. Das war mehr schneidig als geschickt. Englische Börsenmanöver, die sogleich einsetzten, kosteten die amerikanische Finanzwelt Hunderte von Millionen Dollar an Kursverlusten, und die Beilegung des Streits erfolgte schließlich in einer für England materiell sehr günstigen Weise. Aber den Grundsatz schiedsgerichtlicher Erledigung nahm das britische Kabinett freilich an, schon weil gleichzeitig die Krügerdepesche des deutschen Kaisers einen Krieg mit Deutschland als möglich erscheinen ließ. Ja, es willigte in den Abschluß eines allgemeinen Schiedsgerichtsvertrages (11. Januar 1897). Cleveland sah darin einen ungeheuren Fort-

schritt, wie ja denn tatsächlich seitdem die Beziehungen zwischen London und Washington nie wieder ernstlich getrübt worden sind. Keiner von den mancherlei Fehlschlägen seiner Regierung kränkte ihn mehr, als daß sich im Senat nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit für die Ratifikation fand.

Während diese Dinge spielten, war trotz seiner ernstlichen Bemühungen, ihn zu verhindern, an ganz anderer Stelle ein Krieg im Entstehen. Seit Anfang 1895 wütete ein neuer Aufstand auf Kuba. Dort hatten die Spanier nach 1878 zwar anscheinend namhafte Selbstverwaltungsrechte bewilligt. Aber an der Tatsache, daß eine dünne Oberschicht von spanischen Beamten, Großkaufleuten und Plantagenbesitzern die große Masse der kreolischen Bevölkerung bedrückte und die nichtspanischen Einwanderer niederhielt, war nichts Wesentliches geändert worden. So blieb die Unzufriedenheit, und der Wiederausbruch der Revolution konnte nicht überraschen. Von Madrid aus trat man ihr sogleich mit bedeutender Energie entgegen. Eine stattliche Heeresmacht wurde entfaltet; und die Aufständischen erlitten im offenen Kampf auch eine Reihe von Niederlagen, aber die Natur des Landes erlaubte ihnen einen Kleinkrieg, dem die Spanier mit den Waffen allein um so weniger beikommen konnten, als das ungewohnte Klima vielfache Krankheiten unter den Truppen erzeugte. Als deshalb Anfang 1896 der harte und habsüchtige General Weyler das Amt des Gouverneurs übernahm, verfiel er auf das durchgreifende Mittel, die aufständischen Gebiete wüst zu legen und die Bevölkerung vom Land in die Städte, in Konzentrationslager, zusammenzutreiben. Die Engländer haben bald danach im Burenkrieg und die Amerikaner bei Bekämpfung des Filipino-Aufstandes ganz Ähnliches getan. Es bleibt auch kaum ein anderer Weg. Aber natürlich liegt auf ihm erschütterndes Elend. Da es unmöglich ist, die von Haus und Hof gelösten Menschen — in Kuba schließlich 400 000 — gesundheitsgemäß unterzubringen und ausreichend zu beköstigen, werden die Konzentrationslager Stätten des Grauens, wo die Not ständiger Gast ist und der Tod reiche Ernte hält. Selbst streng sachliche Schilderungen müssen das Mitleid der Unbeteiligten erregen. In den Vereinigten Staaten äußerte sich dieses Mitleid um so leidenschaftlicher, als die Amerikaner, wie die Engländer, zwar gewöhnt sind, ihre eigenen Feinde rücksichtslos niederzuschlagen, aber nicht

sehen können, daß irgendwo Menschen durch andere gequält werden. Die Zeitungen überboten sich also in Entrüstung über die kubanischen Greuel, indem noch manches hinzu erfunden oder übertrieben wurde. Tag für Tag entstellte, log, hetzte die gelbe Presse. Hearsts New York Journal hat sich später ausdrücklich gerühmt, den Krieg gemacht zu haben. Dabei kam, so ehrlich das Menschlichkeitsempfinden des großen Publikums sein mochte, für die eigentlichen Drahtzieher natürlich stark in Betracht, daß die amerikanische Finanz erhebliche Interessen auf der Insel hatte: für etwa 50 Millionen Dollar, die durch den Bürgerkrieg in großem Umfang geschädigt und in noch größerem gefährdet waren, während die Begründung eines Protektorats durch die Union ihren Wert leicht vervielfältigen konnte. Und auch vom rein politischen Standpunkt war der Wunsch begreiflich, die schon von so vielen Staatsmännern der älteren Zeit heiß begehrte „Perle der Antillen" zu gewinnen, zumal ihr Besitz jetzt nicht nur für die Beherrschung der Einfahrt in den Golf von Mexiko, sondern für die Sicherung des geplanten Isthmuskanals von entscheidender seestrategischer Bedeutung schien. Obwohl Cleveland pflichtgemäß eine Verordnung erließ, die jede Unterstützung der Aufständischen verbot, fand diese ganz wie bei früheren Gelegenheiten, nur noch planmäßiger und in größerem Umfang statt. Gelder wurden gesammelt, Waffen gesandt, Freiwillige gingen herüber. In zwei Jahren zählte man 42 solcher Expeditionen. In New York saß eine eigene Regierungskommission der Aufständischen, die sogar Anleihen, wie es hieß, für 1 500 Millionen Franks, aufnahm. Diese Anleihen, natürlich zu einem lächerlich geringen Kurs emittiert, waren dann für die amerikanischen Geldleute ein wundervolles Spekulationspapier, zu zehn Prozent erworben, mochten sie, wenn die Empörung gelang, Vollwert erhalten. So verband sich mit der Agitation für Kuba schmutzigste Gewinnsucht. Besonders bedenklich war, daß solche kubanischen Schuldverschreibungen auch umsonst an Abgeordnete verteilt wurden. Es kann kein Zweifel sein, daß nicht wenige Kongreßmitglieder dadurch für eine Intervention gewonnen wurden. Jedenfalls drängte der Kongreß ungeduldig vorwärts. Gleich nach der Entsendung Weylers beschlossen beide Häuser mit riesigen Mehrheiten, daß die Vereinigten Staaten sich bei Spanien für die Unabhängigkeit Kubas verwenden sollten. Cleveland gab dem Druck so weit nicht nach. Mißbilligend äußerte

er sich im vertrauten Kreis über die Epidemie des Wahnsinns, die das Land ergriffen hätte. Immerhin bot er (April 1896) in Madrid seine Vermittlung an zur Herstellung des Friedens auf der Grundlage erweiterter Selbstregierung und erklärte, als dies Angebot ziemlich schroff abgelehnt wurde, in seiner letzten Jahresbotschaft mit deutlicher Drohung, es könnte mit der Zeit eine Lage entstehen, wo die Pflichten gegen Spanien vor höheren Pflichten zurücktreten müßten.

Darüber kam der Präsidentenwechsel heran. Von vornherein war klar, daß er der Sache des Friedens nicht günstig sein würde; denn das republikanische Wahlprogramm hatte ausdrücklich eine kräftigere auswärtige Politik verlangt: die Union müsse Hawaii beherrschen, den Nicaraguakanal besitzen, das dänische Westindien kaufen und die Unabhängigkeit Kubas durchsetzen. Auch wurde wirklich ein neuer Annexionsvertrag mit Hawaii vorbereitet. Aber er traf auf unerwartet starken Widerspruch, so daß die Erwerbung der Inseln erst im Juli 1898 in etwas anderer Form mit kleiner Mehrheit gutgeheißen wurde. Ebenso bezüglich Kubas ging die Entwicklung weniger rasch, als die überzeugten Imperialisten gewünscht hätten. McKinley persönlich war nicht kriegerisch, der alte Sherman, den er als Staatssekretär neben sich berief, erst recht nicht, und wenn sie trotzdem Spanien ziemlich bedrängten, so fand dort eine Regierungs- und Systemänderung statt, die unvorhergesehene Möglichkeiten für eine Einigung bot. Das spanische Volk war des Krieges auf Kuba längst überdrüssig. Man rechnete nach, daß er über eine Milliarde und, allein an Toten, 52 000 Soldaten gekostet habe. In manchen Städten widersetzte sich die Bevölkerung dem Ausmarsch neuer Truppen in das gewisse Verderben. Die hohe Geistlichkeit warnte, der Hof wurde besorgt. Als deshalb der konservative Ministerpräsident Canovas del Castillo am 8. August 1897 einem anarchistischen Mordanschlag erlag, berief die Königin-Regentin den Liberalen Sagasta und ließ durch ihn die Hand zur Versöhnung bieten. Weyler wurde durch den wohlmeinenden General Blanco ersetzt und Kuba volle Selbstregierung mit einem eigenen Ministerium versprochen. Einstweilen erleichterte man das Los der Unglücklichen in den Konzentrationslagern und setzte alle amerikanischen Untertanen in Freiheit, die wegen Teilnahme an der Empörung verhaftet waren, obwohl es sich da-

bei meist nicht um Originalamerikaner handelte, sondern um Eingeborene, die nur, um besser geschützt zu sein, das amerikanische Bürgerrecht erworben hatten. Solche Zugeständnisse konnten in Washington nicht einfach ignoriert werden. McKinley erklärte in seiner Jahresbotschaft, wenigstens abwarten zu wollen. Die Welt glaubte, eine Entspannung feststellen zu dürfen.

Aber sehr bald zeigte sich, daß die Geister doch schon zu sehr erhitzt waren. Auf Kuba war niemand mit der in Aussicht stehenden Autonomie zufrieden, nicht die spanische Partei, der sie zu weit ging, und noch weniger die Aufständischen, die volle Unabhängigkeit verlangten. Der Bürgerkrieg hörte nicht auf. Selbst in Havana gab es ernste Unruhen. Und in Amerika fuhren die interessierten Kreise mit ihrer Hetzarbeit unbeirrt fort. So veröffentlichte das New York Journal am 9. Februar 1898 einen gestohlenen Privatbrief des spanischen Gesandten Dupuy de Lôme, der sich in sehr unehrerbietigen Äußerungen über Person und Politik des Präsidenten erging. Natürlich entfesselte das den gewünschten Sturm der Entrüstung. Die Regierung verlangte mit zweifelhaftem Takt in schroffster Form die Abberufung des Sünders. Spanien verstand sich dazu. Der Zwischenfall war äußerlich erledigt. Sogleich aber trat ein anderer, unendlich viel ernsterer ein, der den Jingos endgültig Oberwasser gab. Die Vereinigten Staaten hatten Ende Januar, obwohl ihr Konsul dort dringend zu Aufschub riet, ein Kriegsschiff, die Maine, zu sehr unerbetenem Besuch nach Havana geschickt. Nun geschah es auf bis heute unerklärte Art, daß die Maine am Abend des 15. Februar an ihrem Ankerplatz infolge einer Explosion versank und 260 Mann der Besatzung mit in die Tiefe riß. Natürlich erhob sich in der ganzen Union die Anklage, daß das Schiff das Opfer eines spanischen Anschlags geworden sei, und als eine sofort eingesetzte Untersuchungskommission als Ursache der Katastrophe die Explosion einer Mine feststellte (21. März), war trotz der bestimmten spanischen Ableugnung die Frage für die öffentliche Meinung entschieden. Man überlegte nicht, daß die Tat vom spanischen Standpunkt Wahnsinn gewesen wäre, und ob sie nicht eher die Aufständischen oder amerikanische Kriegsinteressenten begangen haben könnten, um die ersehnte Einmischung herbeizuführen. Vielmehr rief man fast allgemein, besonders laut im Süden und Westen, nach Rache und Krieg. McKinley hätte wohl

auch jetzt noch zunächst gern das Äußerste vermieden. Ganz ehrlich hatte er vor einem Jahr bei seiner Einführung gesagt, fast in allen Fällen sei Frieden einem Krieg vorzuziehen. Aber ein Mann mehr rascher Auffassung als starker eigner Meinung, mehr der Gelegenheit als des Grundsatzes, ließ er sich während der letzten Verhandlungen allmählich unverkennbar von der Ungeduld und Kriegslust des Kongresses und der Presse fortreißen. Spanien gab sehr weit nach, nur zu langsam, mit zuviel an sich begreiflicher Sorge um seine Ehre. Der amerikanische Gesandte in Madrid, General Woodford, sagte später, man habe, abgesehen von den Philippinen, alle Resultate des Krieges haben können, ohne einen Schuß zu tun und einen Mann zu verlieren, und auch Cleveland urteilte, die Zugeständnisse Spaniens seien so groß gewesen, daß die Kriegserklärung der Union nicht zum Ruhm gereiche. Insbesondere die hauptsächlichste amerikanische Forderung, ein Waffenstillstand für die Insurgenten, wurde nach anfänglichen Vorbehalten und Zögerungen am 10. April fast bedingungslos bewilligt. Inzwischen jedoch hatte der Präsident schon die entscheidende Botschaft an den Kongreß angedroht und vorbereitet, und er übersandte sie am 11. April ohne Rücksicht auf die neueste Wendung. Sie erbat die Ermächtigung zum Gebrauch der See- und Landstreitkräfte, damit „im Namen der Menschlichkeit und Zivilisation", und, wie denn doch hinzugefügt war, „zum Schutz der gefährdeten amerikanischen Interessen" mit Gewalt der Frieden in Kuba hergestellt werden könne. Dann vergingen noch acht Tage, da im Senat die Forderung erhoben wurde, daß die Vereinigten Staaten von vornherein und ausdrücklich allen eigennützigen Absichten auf die Insel entsagen sollten, und die Einigung mit dem Repräsentantenhaus darüber Schwierigkeiten machte. Am 19. April aber war der Beschluß fertig, daß der Präsident von Spanien die sofortige Anerkennung von Kubas Freiheit und Unabhängigkeit zu fordern und nötigenfalls mit den Waffen zu erwirken habe. Das war der Krieg. Am 20. April noch verließ der spanische Geschäftsträger Washington, am 21. der amerikanische Gesandte Madrid. Die förmlichen Kriegserklärungen folgten am 24. und 25.

In den Vereinigten Staaten zweifelten nur wenige an der Gerechtigkeit der amerikanischen Sache. In der alten Welt dagegen überwogen, außer in England, die unfreundlichen Urteile.

Man verstand den kastilischen Stolz, der sich gegen die Preisgabe alter, ruhmvoll erworbener Herrschaftsrechte sträubte, die Mischung von Menschenliebe und Geschäft und Angriffslust bei den Amerikanern verstand man nicht. Die spanische Regierung hatte deshalb vor Ausbruch des Krieges auf vermittelndes Dazwischentreten aller oder einiger europäischer Großmächte gehofft. Auch unterstützten der Papst und der Kaiser von Österreich ihre Bemühungen in diesem Sinn. Am Ende aber, da keiner der am Seehandel interessierten Staaten den Zorn der Union auf sich ziehen mochte, kam nichts heraus, als daß die Vertreter von Deutschland, England, Frankreich, Italien, Österreich und Rußland sich am 6. April in corpore zum Präsidenten begaben, um eine gemeinsame Note zu überreichen, die mit ein paar lahmen Sätzen an die Gefühle der Menschlichkeit und Mäßigung appellierte und von McKinley ebenso nichtssagend beantwortet wurde. Später hat sich England den Amerikanern gegenüber gerühmt, die anderen Mächte, namentlich Deutschland, von einer entschiedeneren Stellungnahme zurückgehalten zu haben. Dazu stimmt nicht recht, daß gerade der britische Botschafter Pauncefote in zwölfter Stunde, nach dem spanischen Zugeständnis wegen des Waffenstillstands, noch einen weiteren Kollektivschritt anregte, von dem Deutschland nichts wissen wollte. Im Jahr 1902 ist von englischer und deutscher Seite manches über diese Fragen hin und her geschrieben worden, ohne daß sich ein klares Bild des wirklichen Zusammenhangs ergäbe. Aber soviel steht freilich fest, daß die englische Presse und das englische Kabinett während der ganzen letzten Phase des Streites mit Spanien ostentativ an Amerika heranrückten. Nach so manchen Mißverständnissen zwischen der Mutter- und der Tochternation erlebte man, wie ein Franzose bissig schrieb, einen akuten Anfall von Angelsachsentum. Verse wurden ausgegraben, die Tennyson vor 46 Jahren zum Preis der gigantic daughter of the West geschrieben, dann aber nie wieder hatte abdrucken lassen: we know thee most, we love you best, und Tennysons Nachfolger in der Würde des poeta laureatus, Austin, sang ein neues hohes Lied auf den Bund der beiden angelsächsischen Reiche. Allgemein war in England der Wunsch, daß die Amerikaner siegen möchten, und man sprach ihn um so lauter und lärmender aus, als man richtig rechnete, ihn erfüllt zu sehen.

Sonst wurde vielfach geglaubt, daß Spanien sich mit Erfolg werde wehren können. Die Vereinigten Staaten besaßen sogut wie kein stehendes Heer. Wenig mehr als 26 000 Mann waren in festem Solde. Nun wurde zwar beschlossen, sie auf 62 000 zu vermehren, und der Präsident rief sogleich 125 000, später noch einmal 75 000 Freiwillige auf, die meist aus den Staatsmilizen kamen, also schon über einige militärische Übung verfügten. Aber es mußten doch Wochen vergehen, bis irgendeine ernste Unternehmung mit ihnen begonnen werden konnte. Auch fehlte es an sehr vielem, was zur Bewaffnung, Bekleidung, Verpflegung und Unterkunft der Truppen gehörte. Selbst moderne Gewehre, Geschütze, rauchloses Pulver waren knapp. Wesentlich besser stand es um die Flotte, an der in den letzten Jahren eifrig gearbeitet worden war. Sie umschloß neben älteren oder verfehlten Konstruktionen eine Reihe guter moderner Schiffe, diese waren ausgezeichnet gehalten, und schon der tätige Unterstaatssekretär Roosevelt hatte dafür gesorgt, daß durch Übungsfahrten und Schießübungen Offiziere und Mannschaften für die Aufgaben des Ernstfalls geschult waren. Indessen auch die spanische Flotte galt für nicht schlecht, in einigen ihrer Schiffstypen sogar für überlegen. Man wußte nicht, welch entsetzlicher Schlendrian trotz der drohenden Kriegsgefahr bis zuletzt in ihrer Verwaltung geherrscht hatte, daß das Maschinenpersonal großenteils aus Ausländern bestand, die jetzt entlassen werden mußten, daß viele Schiffe reparaturbedürftig waren, die Reparatur anderer auf den Werften nicht fertig wurde und die Anstalten für die Kohlenversorgung keineswegs genügten. So traten selbst bei den Amerikanern gewisse Sorgen hervor wegen eines Angriffs auf ihre schlecht geschützten Küsten oder doch wegen einer empfindlichen Störung ihres Seehandels, und ziemlich allgemein erwarteten sie, daß der Kampf ernst und lang sein werde.

In Wirklichkeit wurde es einer der kürzesten und unblutigsten Kriege, die die Weltgeschichte kennt.

Gleich der Anfang ließ das ahnen. Die Unionsregierung führte den ersten Schlag nicht gegen Kuba: dafür mangelte noch das Expeditionskorps, sondern in Ostasien. Commodore Dewey, der mit einem Geschwader von fünf Kreuzern und zwei Kanonenbooten in Hongkong vor Anker lag, erhielt den Befehl, nach den Philippinen zu fahren und die spanische Flotte dort zu zer-

stören. Schon am 30. April abends lief er in die Bucht von Manila ein und stellte die an Zahl überlegenen feindlichen Schiffe am frühen Morgen des 1. Mai zur Schlacht. Diese hatten den Vorteil der Unterstützung durch die Küstenbatterien von Cavite. Sonst waren sie, unzureichend bestückt, ungepanzert und mit vielen leicht entzündbaren Holzteilen, fast wehrlos gegen das amerikanische Feuer. Dewey konnte sie, ohne ein Schiff, ja ohne einen Mann zu verlieren, von 5[15] bis 7[35] und nach einer „Frühstückspause", die der Ergänzung der Munition diente, von 11[16] bis 12[40] in aller Ruhe zusammenschießen. Am Ende blieb keins übrig, das noch die Löwenflagge gezeigt hätte. Es war ein Seesieg ganz ohnegleichen. Die Welt staunte, in Spanien gab es Unruhen, Amerika überließ sich für einige Tage lautestem Jubel. Präsident und Kongreß tauschten feierlich Glückwünsche aus.

Aber noch war nicht alle Sorge behoben. Die Philippinen waren am Ende nur Nebenkriegsschauplatz und die Schiffe dort das schlechteste und älteste Material, das Spanien besaß. Es war bekannt, daß ein anderes spanisches Geschwader von vier großen ganz modernen Schlachtkreuzern und zwei Zerstörern unter dem tüchtigen Admiral Cervera Ende April von den Kapverdischen Inseln aus in See gegangen war. Wohin, wußte niemand. Das Publikum fürchtete vielfach, eine amerikanische Küstenstadt möchte das Ziel sein, und in New York erregte deshalb das Erscheinen eines verdächtigen Schiffes auf der Reede wahre Panik. Die Regierung nahm richtiger an, daß Cervera schon aus Kohlenmangel zunächst nach Westindien steuern werde. Aber was würde dort geschehen? Würde es gelingen, ihn zu umstellen und zu vernichten, oder würde er seinerseits das wertvolle Schlachtschiff Oregon abfangen, das, von San Francisco um das Kap Horn herum unterwegs, auch gerade in den westindischen Gewässern sein mußte? Einige Tage vergingen in äußerster Spannung, die sich auch den europäischen Zeitungslesern mitteilte. Bald sollte das Geschwader bei Cadiz, bald bei den Kanarischen Inseln, bei Martinique oder in den neuenglischen Gewässern gesichtet sein. Am Ende kam Nachricht, daß Cervera am 19. Mai in Santiago auf Kuba eingelaufen sei. In Spanien und anderswo galt das zunächst als Erfolg. Die Bevölkerung von Santiago war wie außer sich vor Jubel. Sie holte das Geschwader mit festlich geschmückten Booten ein, sie flaggte,

illuminierte, brannte Feuerwerk ab, und der Erzbischof redete davon, daß die spanische Flagge auf dem Kapitol von Washington aufgepflanzt werden solle. Aber Cervera selbst war nicht wohl bei solchen Feiern. Er war nach Santiago gekommen, nur weil er keine Kohlen mehr hatte und der Zustand seiner Schiffe die Weiterfahrt ohnehin gefährlich machte. An sich gefiel ihm der Ankerplatz gar nicht; denn Santiago war durch die ganze Länge der Insel von Havana, dem Mittelpunkt des spanischen Verteidigungssystems, getrennt, und der Hafen ließ sich wegen der schmalen Einfahrt vom Feind leicht beobachten und sperren. In der Tat erschien nach Aufenthalten, die später einen Anklagepunkt gegen Admiral Schley bilden sollten, am 28. Mai ein Blockadegeschwader auf der Höhe von Santiago. Es begann ein Bombardement, und am Morgen des 3. Juni wurde ein altes amerikanisches Kohlenschiff, die Merrimac, von Leutnant Hobson und einer kleinen Freiwilligenschar unter dem Feuer der spanischen Geschütze in der Hafeneinfahrt versenkt. Hobsons Tat war die volkstümlichste des Krieges. Der junge Held wurde maßlos gefeiert. Der praktische Wert war nicht gar so groß, die Fahrrinne war nicht wirklich gesperrt. Aber Cervera mochte doch nicht wieder auslaufen, und für die Amerikaner bot sich die Möglichkeit, durch Operationen vom Lande her seiner Flotte beizukommen. Endlich trat doch auch ihr Landheer in Aktion. Es wurde beschlossen, die für Kuba bestimmten Truppen, die einstweilen um Tampa in Florida versammelt waren, bei Santiago einzusetzen. Rasch ging es damit gerade nicht; denn weder Kriegsministerium noch Oberkommando zeigten sich ihrer Aufgabe gewachsen. Während die Einschiffung doch schon in den ersten Tagen des Juni begann, stach die Transportflotte erst am 14. in See. Immerhin waren am 22. Juni etwas über 16 000 Mann auf Kuba zur Stelle, meist Linientruppen, aber auch zwei Freiwilligenregimenter, das eine davon Roosevelts mit so viel wirksamer Reklame umgebene Rauhreiter. Es folgten Kämpfe um die Santiago beherrschenden Höhen, die mehr der Bravour der Leute als dem Geschick der Führung Ehre machten. Die Verluste waren nicht ganz gering: über 1 100 Mann, und die Ergebnisse hätten nicht entscheidend zu sein brauchen. General Shafter, der den Oberbefehl führte, telegraphierte am Morgen des 3. Juli ziemlich kleinlaut nach Washington, er

könne Santiago nicht mit Sturm nehmen und erwäge eine rückgängige Bewegung. Der große Sieg, den man auf den Nationalfeiertag des 4. Juli sozusagen vorbestellt hatte, schien auszubleiben. Die Spanier aber, die nicht wußten, wie es bei ihren Gegnern aussah, hielten Stadt und Hafen für so schwer bedroht, daß Cervera angewiesen wurde, sich auf jede Gefahr hin mit der Flotte durchzuschlagen. Der Admiral kannte den Zustand seiner Schiffe, die wegen mancherlei Schäden, wegen schlechter Kohlen und ungeübter Heizer ihre bestimmungsgemäße Schnelligkeit von 20 Knoten längst nicht mehr hatten. Er erhob Gegenvorstellungen. Als man sie nicht hörte, trat er Sonntag, den 3. Juli, morgens ½10 Uhr die verzweifelte Fahrt an. Die Amerikaner waren im ersten Augenblick überrascht. Der Höchstkommandierende, Admiral Sampson, war gerade zu einer Besprechung mit Shafter fortgefahren. Ob Schley, der für ihn einspringen mußte, die Lage gleich richtig erkannte, ist umstritten. Es gelang den spanischen Schiffen sämtlich, aufs Meer hinauszukommen. Dann aber ereilte sie das Verhängnis. Die amerikanischen Schiffe, jedes für sich glänzend geführt, an Artillerie, Panzerschutz und schließlich auch Schnelligkeit überlegen, taten zuerst die beiden Zerstörer ab. Zwei der Kreuzer, Teresa und Oquendo, wurden auch noch in den ersten drei Viertelstunden auf Strand gesetzt. Die Viscaya hielt sich bis 11 Uhr. Der Colon kam erst um ½2 Uhr und 45 Meilen westlich von Santiago zur Strecke. Ein merkwürdiger Zufall übrigens, daß das letzte Schiff, mit dem die spanische Herrschaft in der neuen Welt unterging, den Namen des Mannes trug, der sie begründet hatte. Der größere Teil der Besatzungen wurde gerettet. Doch fielen 600 Mann als Opfer von Feuer und Wasser, während die Amerikaner nur einen einzigen Toten zu beklagen hatten. Bei aller Verschiedenheit des Einzelverlaufs war es im Gesamtbild das genaue Gegenstück zu der Schlacht vom 1. Mai, nur ehrenvoller für den unterlegenen Teil, der ein Äußerstes gewagt hatte, und diesmal die Entscheidung.

Die Spanier hatten zwar noch ein ganz stattliches drittes Geschwader unter Admiral Camara, das sie bald an den Philippinen und bald bei Kuba einsetzen wollten. Aber viel zu spät seetüchtig geworden, war es jetzt erst bis in den Suezkanal gekommen und wurde schleunigst zurückgerufen, um die Küsten des

Mutterlands gegen einen möglichen amerikanischen Angriff zu schützen. Kuba und die Philippinen blieben sich selbst überlassen. In Kuba kapitulierte die Garnison von Santiago, nachdem das amerikanische Belagerungsheer verstärkt worden war, am 17. Juli auf recht günstige Bedingungen. Die Amerikaner konnten Truppen nach Porto Rico überführen (25. Juli) und von Guanica aus mit leichter Mühe wenigstens den südwestlichen Teil der Insel unterwerfen. Endlich gab es noch einen letzten Erfolg auf den Philippinen, die den ersten gesehen hatte. Die Amerikaner waren dort sehr bald darangegangen, den Flottensieg durch Landoperationen auszubauen. Sie belebten einen kurz zuvor niedergeschlagenen Aufstand der eingeborenen Bevölkerung, indem sie dessen Führer, den jugendlichen Aguinaldo, aus der Verbannung zurückholten, und sandten, sobald es irgend möglich war: den ersten Transport schon am 21. Mai, eigene Truppen von San Francisco herüber. Manila wurde umschlossen. Ein Entsatzversuch scheiterte. Der spanische Kommandant sah keine Möglichkeit eines guten Ausgangs, und da er die Stadt um keinen Preis in die Hände der Aufständischen fallen lassen wollte, traf er gewisse Verabredungen mit den Amerikanern, auf Grund derer diese nach einem sehr unblutigen Sturm am 13. August Manila besetzten.

Schon tags zuvor war, ohne daß die Nachricht rechtzeitig nach den Philippinen hätte gelangen können, der Vorfrieden in Washington unterzeichnet worden. Die Spanier hatten sich Mitte Juli überzeugt, daß jede Fortsetzung des Krieges nur neuen Schaden bringen würde. England bot ihnen ziemlich deutlich seine guten Dienste an, und bei dem Einfluß, den es in Washington besaß, hätte seine Vermittlung vielleicht noch manches retten können, aber man war in Madrid zu sehr entrüstet über die unfreundliche Haltung der britischen Regierung während des Krieges. Noch kürzlich hatte tief verletzt, daß Englands Schutzstaat Ägypten dem Geschwader Camaras die Kohleneinnahme versagt hatte. So wandte man sich lieber an Frankreich, das doch nur Briefträger sein konnte, und die militärische Niederlage fand ihren Abschluß mit einer fast noch vollständigeren auf diplomatischem Gebiet. Die Vereinigten Staaten bewiesen zwar die „außergewöhnliche Großmut“, keine Kriegsentschädigung in Geld zu verlangen. Sonst aber hatte kaum je ein Sieger seinen Vorteil rücksichtsloser ausgenutzt. Der Verzicht auf

die Souveränitätsrechte an Kuba, den Spanien natürlich sofort bot, genügte längst nicht. Der Präsident bedeutete dem französischen Botschafter, daß auch Porto Rico und die übrigen westindischen Inseln Spaniens sowie eine der Ladronen abzutreten wären; ja sogar auf den Verlust der Philippinen eröffnete sich eine zunächst freilich noch unbestimmte Aussicht. In der entscheidenden amerikanischen Note (30. Juli) hieß es, daß die Union Stadt, Bucht und Hafen von Manila besetzen werde bis zum Abschluß eines Friedensvertrages, der das Verfügungsrecht über die Philippinen und ihre Regierung feststellen werde. Keinerlei Einwendungen oder Vorbehalte wurden zugelassen. Die sechs Artikel des Präliminarfriedens (12. August) entsprachen ganz und gar den amerikanischen Diktaten. Für die endgültigen Verhandlungen wurde als Ort Paris, als spätester Anfangstermin der 1. Oktober festgesetzt.

Inzwischen erhielt die öffentliche Meinung Gelegenheit, sich zu den Friedensbedingungen zu äußern. Schon vor dem Krieg, anläßlich der neu vorgeschlagenen Annexion von Hawaii, waren sich Imperialisten und Antiimperialisten leidenschaftlich entgegengetreten. Viele Männer der alten Generation sahen mit Schrecken, welche Gefahren für Freiheit und Frieden und welche Bürden an Steuern die sogenannte Weltpolitik mit sich bringen, wie sie den einzelnen immer mehr zum Sklaven des Staates und des Großkapitals machen würde. Karl Schurz erhob trotz seiner 69 Jahre mit jugendlichem Eifer noch einmal seine Warnerstimme. Andere nicht weniger angesehene, von Holst, Hoar, taten das gleiche. Am 18. August kam eine „nationale Konferenz über die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten“ zusammen und verwarf aus Gründen der Ehre und der Moral, der Verfassungsmäßigkeit und des Handelsinteresses jede Erwerbung überseeischer Gebiete. Aber der Zug der Zeit ging unwiderstehlich den andern Weg. Der rasche und glänzende Sieg fast ohne Opfer und die mancherlei großen und kleinen Heldentaten, deren Erinnerung sich mit ihm verband, hatten die Nation, namentlich das jüngere Geschlecht, in einen wahren Rausch versetzt. Die alten Regeln Washingtons und Jeffersons galten für überholt. Man verlangte nach neuen Aufgaben und Idealen. Die „Provinzialepoche der amerikanischen Geschichte“, wie es auf einmal hieß, sollte geschlossen sein, die Union ihre Stelle unter den Weltmächten, womöglich die erste, einnehmen.

Von diesem Standpunkt aus dann schien es notwendig, den unerwarteten Gewinn, den das Kriegsglück den Vereinigten Staaten mit den Philippinen zugeworfen hatte, in vollem Umfang festzuhalten. Seit dem japanisch-chinesischen Krieg von 1895 war die ostasiatische Frage aufgerollt. Ganz kürzlich noch hatten sich Deutschland Kiautschou, Rußland Port Arthur, England Wei-Hai-Wei und Frankreich allerlei Territorial- und Eisenbahnrechte in Südchina zuweisen lassen. Die Möglichkeit einer völligen Aufteilung des Himmlischen Reiches zeichnete sich ab. Wollte Amerika sie hindern, wie man doch meinte, daß es in seinem Interesse läge, so mußte es selbst irgendwie in Ostasien festen Fuß fassen. Nun hätte ja vielleicht auch die Flottenstation auf den Ladronen und allenfalls noch *eine* der Philippineninseln genügt. Aber wer bürgte dann dafür, daß man dort nicht einen unerwünschten Nachbarn bekam? Konnte nicht eine europäische Macht Spanien die Philippinen abkaufen? Namentlich Deutschland traute man solche Absichten zu, seit es gleich bei Ausbruch des Krieges ein auffallend starkes Geschwader nach Manila gesandt hatte, das Admiral Dewey mannigfach unbequem geworden war. Handels- und Industriekreise hoben des weiteren hervor, daß die Philippinen mit ihren siebeneinhalb Millionen Einwohnern einen Markt abgäben, auf den man um so weniger verzichten dürfe, als Europa in Antwort auf die hohen Zollsätze des Dingleytarifs der Einfuhr amerikanischer Waren wachsende Hindernisse in den Weg legte. Endlich natürlich, weil sich die Amerikaner nach der Richtung immer selbst etwas vormachen müssen, wurden Menschlichkeitsgründe ins Feld geführt. Es sei heilige Pflicht, die Filipinos, deren glänzende Anlagen spanische Pfaffenherrschaft habe verkümmern lassen, mit den Segnungen einer wahrhaft christlichen Kultur zu beglücken. Gerade diese Missionsgedanken gewannen viele. Jedenfalls die Bewegung für eine Annexion der Inseln wuchs täglich, und der Präsident gab ihr gegen eigene anfängliche Bedenken schließlich nach, wie im April der Kriegshetze. Schon als die Friedensgesandten — fünf an der Zahl — nach Paris abgingen (16. September), forderte er die größte der Inseln, Luzon mit Manila, um Ende Oktober Anweisung zu schicken, daß sie den Anspruch auf die ganze Inselgruppe ausdehnen sollten. Spanien protestierte zunächst in sehr hohem Ton, die Forderung sei eine Verletzung des Vorvertrages.

Aber dessen Bestimmungen waren sehr dehnbar, und überdies entschied nicht das Recht, sondern die Macht. Spanien allein konnte an eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten nicht denken, und Hilfe fand es jetzt nicht mehr als im April. So mußten seine Unterhändler froh sein, daß ihnen die Amerikaner wenigstens noch eine Kaufsumme von 20 Millionen Dollar zugestanden. Auch wurde bestimmt, daß für eine Übergangszeit von 10 Jahren spanische Schiffe und Waren zu gleichen Bedingungen wie die amerikanischen zuzulassen seien. Am 10. Dezember war das Pariser Friedenswerk abgeschlossen.

Blieb nur noch die Aufgabe, die notwendige Zweidrittelmehrheit des Senats für die Ratifikation des Vertrages zu beschaffen. Ganz leicht war das nicht, da die Demokraten dort stark vertreten waren und auch ein paar Republikaner die Annexion der Philippinen verurteilten. Am Ende aber, nach Debatten, in denen die Meinungen von Freunden und Gegnern der neuen Weltpolitik stark aufeinander platzten, fanden sich, damit nicht alles ins Ungewisse gestellt würde, zehn Demokraten bereit, gegen ihre innere Überzeugung mit Ja zu stimmen, und der Frieden wurde am 6. Februar 1899 mit 57 von 84 Stimmen gutgeheißen.

Dabei soll schon ein Ereignis eingewirkt haben, das, wenn es die Gefahr eines längeren Zwischenzustands zu erhöhen schien, doch andererseits hätte zeigen können, wie begründet die Bedenken der Annexionsfeinde waren. Am 4. Februar hatten Filipinos und amerikanische Besatzungstruppen vor Manila die ersten Schüsse miteinander gewechselt. Die eingeborene Bevölkerung nämlich, der man in ihrer Oberschicht geistige Beweglichkeit nicht absprechen kann, empfand gar kein Verlangen nach der ihr zugedachten angelsächsisch-protestantischen Zivilisation, sondern wünschte in staatlicher Unabhängigkeit ihre eigene romanisch-katholische Kultur zu entwickeln, auf die sie stolz war. Ihre Führer waren sich bewußt, den Amerikanern die Eroberung von Manila überhaupt erst ermöglicht zu haben, und glaubten nicht ohne Grund, Zusicherungen verantwortlicher Männer zu besitzen, wonach die schon am 3. Juli 1898 ausgerufene Philippinische Republik anerkannt werden würde. Indem sich nun vielmehr ergab, daß die Union statt des uneigennützigen Freundes und Schützers den Herrn spielte, erhoben sie, Aguinaldo voran, die Waffen. Bald entwickelte sich ein regelrechter

Unabhängigkeitskrieg, den man nicht mit amerikanischem Sprachgebrauch einen Aufstand nennen sollte. Die Amerikaner mußten eine bedeutende Truppenmacht in Aktion bringen: über 50 000 und verloren mehr Menschen als im Kampf mit Spanien. Auch wußten sie sich schließlich keinen andern Rat, als dieselben Mittel des Terrorismus anzuwenden, die sie den Spaniern so leidenschaftlich vorgeworfen hatten. Die Greuel auf den Philippinen gaben den Greueln auf Kuba nichts nach, zumal auch Negertruppen gegen die gerade darüber besonders empörten Filipinos geführt wurden. Die Hauptarbeit war bis zum Frühling 1900 getan, aber noch jahrelang wollte der Kleinkrieg nicht abreißen, auch nachdem im Februar 1901 Aguinaldo gefangen genommen worden war, und jedenfalls gelang es nicht, die Filipinos mit der amerikanischen Herrschaft innerlich auszusöhnen.

Diese war an sich nicht eigentlich tyrannisch. Die Regierungskommissionen, wie sie erst der Präsident, dann seit 1902 der Kongreß einsetzte, vergaßen keineswegs ganz das zivilisatorische Ideal, mit dem die Annexion gerechtfertigt worden war. Namentlich der spätere Präsident Taft zeigte sich als Gouverneur (1900 bis 1904) von dem ehrlichen Bestreben erfüllt, die „Mündel der Nation" glücklicher und besser zu machen. Man verbot die von den Geschäftsleuten gewünschte Einführung chinesischer Arbeiter, damit den Eingeborenen keine vernichtende Konkurrenz entstehe, überzog die Inseln mit einem dichten Netz von Schulen, fast als handle es sich um Neuenglandstaaten, und schuf Selbstverwaltungseinrichtungen, die sehr weit, bis zur Berufung eines gesetzgebenden Körpers (1907), gingen. Verkehrswesen, Gesundheitswesen, Gerichtswesen fanden eifrige Pflege. Aber viele Maßregeln waren mehr gut gemeint als psychologisch richtig berechnet. Man schlug alles zu sehr über den amerikanischen Leisten, wie in den Volksschulen etwa Englisch zur Unterrichtssprache gemacht wurde. Dazu war die neue Regierung, schon weil sie mehr regierte, also mehr Organe brauchte, teurer als die spanische, und während so die Steuerlast wuchs, litt das wirtschaftliche Leben außer durch eine Rinderpest, für die die Amerikaner freilich nichts konnten, dauernd darunter, daß Zucker und Tabak, des spanischen Marktes beraubt, schlechteren Absatz fanden. So blieben die Filipinos abgeneigt, und in den Vereinigten Staaten selbst kam die Agitation derer nicht zur Ruhe,

die die Inseln so rasch wie möglich wieder los zu werden wünschten. Noch lange wurde, auch von verantwortlichen Stellen, mit mehr oder weniger Ernst davon gesprochen, zu irgendeinem näheren oder ferneren Zeitpunkt, wenn die Einwohner für Selbstregierung reif geworden seien, die amerikanischen Behörden und Truppen ganz zurückzuziehen. Doch hat sich schließlich selbst die demokratische Regierung Wilsons mit einer Vermehrung der Selbstverwaltungsrechte durch das Gesetz vom 29. August 1916 begnügt. Den Zuständen haftet immer noch etwas Vorläufiges, Versuchsmäßiges an. Die Philippinen, die man nicht einfach nach den Regeln europäischer Kolonialpolitik verwalten möchte und nach Art eines amerikanischen Staates nicht verwalten kann, sind ein störender Fremdkörper im Organismus der Union.

Auch die andere Erwerbung aus dem Krieg mit Spanien, Porto Rico, wurde nicht einfach als Territorium (wie Hawaii schon 1900) oder als Staat eingegliedert, so daß sich aus dem unklaren staatsrechtlichen Zustand „zwischen Inland und Ausland", namentlich bezüglich der Zölle, eine Reihe schwieriger Verfassungsfragen ergaben, die das Oberste Bundesgericht in den sogenannten Inselfällen mehr praktisch als logisch entschied. Die Einwohner sollten nicht schon amerikanische Bürger sein, sondern „Bürger von Porto Rico mit Anspruch auf den Schutz der Vereinigten Staaten". Doch gewährte ihnen der Kongreß von vornherein ein wesentlich größeres Maß von Selbstverwaltung als den Filipinos und hat dieses neuerdings noch erweitert, da keinerlei Abneigung gegen die amerikanische Herrschaft hervorgetreten ist.

Wegen Kubas hatte sich die Union bei der Kriegserklärung die Hände gebunden. Wollte sie nicht als wortbrüchig erscheinen, so mußte sie die Insel wenigstens in der Form unabhängig machen. Es wurde denn auch, nachdem die innere Ruhe soweit hergestellt war, im November 1900 ein Verfassungskonvent berufen, der eine selbständige republikanische Regierung ziemlich genau nach amerikanischem Muster aufrichtete. Doch trug der Bundessenat Sorge, seine Zustimmung dazu an die sehr einschneidenden Bedingungen des sogenannten Platt-Amendements zu knüpfen, die die Souveränität der neuen Republik bezüglich des Abschlusses von Verträgen und der Aufnahme von Schulden einschränkten und den Vereinigten Staaten ganz allgemein das Recht gaben, zum Schutz der Unab-

hängigkeit und inneren Ordnung zu intervenieren. Auch mußten zwei Häfen, Guantanamo und Bahia Honda, als Flottenstationen eingeräumt werden. Damit war die Insel, obwohl die amerikanische Flagge im Mai 1902 eingezogen wurde, doch tatsächlich ein amerikanischer Vasallenstaat. Ja, die Union nahm schon 1906 einen Aufstand gegen den ihr genehmen Präsidenten Palma zum Anlaß, um vorübergehend wieder ganz die Regierungsgewalt zu ergreifen und Truppen hinüberzuschicken, die bis Anfang 1909 blieben, so daß man vielfach glaubte, selbst der Schein kubanischer Unabhängigkeit würde vernichtet werden.

Inzwischen (1905 bis 1907) war es gelungen, das benachbarte San Domingo, auf das schon Grant ein Auge geworfen hatte, ähnlich vollständig unter amerikanischen Einfluß zu bringen. Die bankrotte, von europäischer Einmischung bedrohte Republik wurde gezwungen, ihre Zoll- und Finanzverwaltung amerikanischen Beamten zu übertragen und den Schutz der amerikanischen Flotte anzunehmen, wonach es dann nicht sonderlich mehr überraschte, daß 1916 anläßlich innerer Unruhen ein amerikanischer Gouverneur eingesetzt wurde. Auch Haiti mußte sich im August 1915 zu einem Vertrag bequemen, der seine Zollverwaltung und die Organisation seiner Gendarmerie zunächst für zwanzig Jahre in die Hand der Union legte. Ein Versuch, die wertvolle dänische Insel St. Thomas käuflich zu erwerben, scheiterte 1903 noch an dem Widerspruch des Kopenhagener Parlaments. 1916 aber gab Dänemark unter stärkerem Druck und gegen eine wesentlich höhere Summe den alten Besitz tatsächlich preis; und es durfte angeregt werden, in ähnlicher Weise das Niederländische Westindien, Curaçao und Surinam, aufzukaufen. Der Sinn des Sieges von 1898 war eben, daß die Vereinigten Staaten die Vormacht im Antillenmeer gewonnen hatten, die vordem von England, Frankreich und Spanien so lange umstritten worden war. Dazu konnten sie ihren Einfluß auf dem mittelamerikanischen Festland ausbreiten und den Isthmuskanal als rein amerikanisches Werk unter Ausschluß aller fremden Rechte durchführen.

Der Gedanke, die Landenge zwischen dem Atlantischen und Stillen Ozean zu durchstechen, war sehr alt und gerade auch von amerikanischen Staatsmännern früh mit Interesse verfolgt worden. So hatte 1825, als die junge Republik Nicaragua um Unterstützung

für den Bau des Kanals bat, Henry Clay seine lebhafte Sympathie damit — wie mit allem, was die Zukunft Amerikas betraf — bekundet. Immerhin war damals die Technik für eine Aufgabe von solchem Umfang noch zu unentwickelt und das praktische Bedürfnis noch zu gering. Erst nachdem die Vereinigten Staaten durch die Erwerbung Californiens ihr Gebiet am Stillen Ozean mächtig ausgedehnt und die Goldfunde dort den Reise- und Warenverkehr nach der pazifischen Küste in ungeahnter Weise belebt hatten, rückte der Plan ernstlicher in den Vordergrund. Die Unionsregierung, ohne noch selbst das Werk unternehmen zu wollen oder ein Vorzugsrecht für sich zu erstreben, hielt für notwendig, Vorsorge zu treffen, daß auch keine andere Macht ein solches gewänne. In diesem Sinn schloß sie mit England, das nächst ihr am meisten interessiert schien, 1850 den nach den Unterhändlern sogenannten Clayton-Bulwervertrag, in dem sich beide Mächte die volle Neutralität eines etwa zu bauenden mittelamerikanischen Kanals verbürgten. Für den Augenblick genügte das, ja, galt als ein Erfolg. Schon in den siebziger Jahren aber, weil inzwischen die Eröffnung des Suezkanals die technische Möglichkeit des Unternehmens erwiesen hatte, regten sich Zweifel, ob man nicht ein Mehreres zu beanspruchen habe. Die Begründung der Panamagesellschaft durch Ferdinand von Lesseps gab Präsident Hayes Veranlassung, 1880 zu erklären, daß die Union über den Kanal gebieten müsse, weil er sozusagen ein Teil ihrer Küstenlinie sein würde, und unter Garfield und Arthur fanden Verhandlungen mit England statt wegen einer Abänderung des Vertrages von 1850. Nur führten sie zu keinem Ergebnis; und da sich überdies bald voraussehen ließ, daß die französische Kompagnie nicht fertig werden würde, ging das Interesse an der Sache neuerdings stark zurück, obwohl sich 1887 eine amerikanische Gesellschaft für den Bau eines Kanals durch Nicaragua bildete und besondere Ausschüsse zur Prüfung dieses Projekts eingesetzt wurden. Es bedurfte des Krieges mit Spanien, der Sorge um das Schicksal der Oregon (vgl. S. 195) und der Erwerbung der Philippinen, um die militärische, wirtschaftliche und politische Notwendigkeit des Isthmusdurchstichs und seiner vollen Beherrschung durch die Vereinigten Staaten zu erweisen. England, in den Burenkrieg verwickelt und überhaupt von dem Wunsch erfüllt, sich um jeden Preis die Freundschaft der Union zu sichern,

gab den Weg frei. Der Hay-Pauncefotevertrag von 1901 hob den Clayton-Bulwervertrag ausdrücklich auf. Im übrigen legte er zwar noch einmal die Neutralität des Kanals fest und seine freie Benutzung durch alle Nationen zu den gleichen Bedingungen, machte aber die Vereinigten Staaten zu alleinigen Bürgen dafür und überließ ihnen das ausschließliche Recht, ihn zu bauen und zu verwalten, indem sogar das Verbot der Anlegung von Befestigungen fortfiel. Noch bestanden Schwierigkeiten in den Rechten der Panamagesellschaft und dem Mangel eigenen Landbesitzes in Mittelamerika. Aber der Panamagesellschaft konnte man drohen, wenn sie sich zu anspruchsvoll zeige, einfach den Weg über Nicaragua zu wählen, für den sich ohnehin immer noch genug gewichtige Stimmen erhoben. So verkaufte sie Eigentum und Konzession statt für 109 Millionen Dollar, die sie ursprünglich gefordert hatte, schließlich für 40; und als die Republik Colombia einen Vertrag verwarf, den der amerikanische Staatssekretär daraufhin (22. Januar 1903) wegen der „Pachtung" des nötigen Gebietes mit ihrem Gesandten abgeschlossen hatte, wußte man sich in Washington auch schnell Rat. Es wurde einfach veranstaltet, daß sich Anfang November 1903 aus dem colombischen Gesamtstaat eine eigene kleine Republik Panama loslöste, deren erste Tat dann war, für das schon Colombia gebotene Geld: 250 000 Dollar Jahresrente und 10 Millionen Anzahlung der Union den immerwährenden Besitz und die souveräne Verfügung über einen 10 Meilen breiten Landstrich einzuräumen (18. November 1903). Das Urteil der Welt war nicht freundlich. Aber die Regierung leugnete frischweg jeden Anteil an der Revolutionskomödie und genoß ihren Vorteil, um seit 1909 in ähnlicher Weise die Hand auch auf Nicaragua zu legen. Fortan hatten die Ingenieure das Wort. Nach mancherlei Streit über die technisch beste Lösung entschieden sie sich schließlich für einen Schleusenkanal und brachten in ständigem Kampf mit Boden, Klima und Arbeiterverhältnissen das Riesenwerk bis zum 15. August 1914 zu vorläufigem Abschluß. Der Name des Bauleiters Goethals war in aller Munde. Unzählige Bücher, Broschüren und Artikel erörterten die Bedeutung des neuen Wasserweges für Welthandel und Weltpolitik. Dann stellten sich freilich die von einem Teil der Fachkritik gleich vorausgesagten Erdrutsche ein. Zweimal mußte der Kanal auf lange Monate gesperrt werden. Aber es gelang schließlich, durch Ver-

breiterung des Culebradurchstichs der Gefahr Herr zu werden. Seit April 1916 ist der Panamakanal in ungestörtem Betrieb, und man darf hoffen, daß er eine ähnliche zuverlässige Wasserstraße abgeben wird wie der von Suez.

Das wäre für die Vereinigten Staaten schon deshalb von höchster Wichtigkeit, weil sie bei dem ganzen Bau in erster Linie die Möglichkeit im Auge hatten, zu jeder gegebenen Zeit ihre atlantische Flotte rasch nach Ostasien zu werfen. Die Verhältnisse dort spielten, je länger, je mehr eine beherrschende Rolle in ihrer Außenpolitik. „Wir sehen", erklärte der kluge und energische Staatssekretär Hay im November 1901, „unsere Interessen im Stillen Ozean als so groß an wie die irgendeiner anderen Macht und glauben, daß sie zu unbegrenzter Entwicklung fähig sind." Insbesondere warf man sich mit Eifer zum Beschützer Chinas auf. Schon die Besetzung der Philippinen war nicht zuletzt im Hinblick auf diese Mission geschehen. 1899 dann begann die Regierung einen im wesentlichen erfolgreichen diplomatischen Feldzug für den Grundsatz der offenen Tür in China und nächsten Jahres (1900) beteiligte sie sich an der Strafexpedition gegen die Boxer eingestandenermaßen nur deshalb, um desto wirksamer möglichen Eroberungs- und Ausdehnungsplänen anderer Teilnehmer entgegentreten zu können. Immer wieder wurde verlangt, daß das Himmlische Reich unabhängig und ungeteilt bliebe mit gleichen Handelsrechten für alle Fremdvölker. Darüber ergab sich denn anfangs ein starker Gegensatz vor allem zu Rußland, das in früheren Zeiten fast für den besten Freund gegolten hatte. Ein Handelsvertrag mit China von 1903 hatte eine unverkennbare Spitze gegen Rußland, und als 1904 Japan zu den Waffen griff, um die Russen aus der Mandschurei zu vertreiben, waren die Sympathien der öffentlichen Meinung zunächst sehr entschieden auf japanischer Seite, zumal man sich mit Stolz erinnerte, das begabte Inselvolk durch den Flottenbesuch Perrys (1854) gewaltsam in den Weltverkehr eingeführt und weiterhin mannigfach gefördert zu haben. Indessen, der Gang des Krieges erregte bald Zweifel, ob der japanische Lehrling nicht zu groß werden würde. So war es nicht nur uneigennützige Menschlichkeit, wenn Präsident Roosevelt unmittelbar nach der Schlacht von Tsuschima seine Vermittlung anbot und dann tatsächlich bis zum 5. September 1905 den Frieden zustande brachte. Der Vertrag von Portsmouth, auf

amerikanischem Boden und unter mancherlei amerikanischer Einwirkung unterhandelt, entsprach mehr den amerikanischen und englischen als den japanischen Interessen. Namentlich der Fortfall jeder Kriegsentschädigung warf Japan in seiner wirtschaftlichen und politischen Konkurrenzfähigkeit um Jahre zurück. In Japan wußte man das, man fühlte sich um den Lohn des Sieges betrogen und sparte nicht mit Vorwürfen gegen die amerikanische Diplomatie. Es entwickelte sich eine erste Mißstimmung zwischen Tokio und Washington; und sehr bald traten unmittelbarere Beschwerden hinzu, so daß man in der Welt einen japanisch-amerikanischen Krieg fast nur noch als eine Frage kürzerer oder längerer Zeit ansah. Schon 1907 galt er einmal für ganz nahe. Äußerlich im Vordergrund dabei standen gewisse Ausnahmegesetze, durch die der Staat Californien sich der japanischen Einwanderer zu erwehren suchte, und niemand wird leugnen, daß sie mehr waren als der Ausfluß volkstümlicher Vorurteile gegen bedürfnis- und skrupellosere Wettbewerber fremder Rasse. Das Einströmen japanischer Menschen und japanischen Kapitals nach Amerika hatte seine sehr ernste politische Seite. Nicht wenige Japaner träumen von einem Schin-Nihon (Neujapan) an der andern Seite des Stillen Ozeans, das selbst dann eine ungeheure Bedrohung für die Union wäre, wenn seine Gründung zunächst im Bereich des romanischen Amerika, etwa in Mexiko, versucht werden sollte. Immerhin lag der gefährlichere Konfliktsstoff einstweilen doch wohl noch in Ostasien. Japan strebte schon vor dem Weltkrieg danach, das von inneren Wirren zerrissene China allmählich unter seinen ausschließlichen Einfluß zu bringen, und es schien nicht denkbar, daß die Vereinigten Staaten sich das auf die Dauer würden gefallen lassen wollen oder können.

Freilich hat man in Amerika selbst wohl die Frage aufgeworfen, ob sich das Eintreten für die Unabhängigkeit und Integrität Chinas mit der Monroedoktrin vertrüge, die das Interesse der Union auf die Angelegenheiten der westlichen Halbkugel beschränke. Aber dagegen wurde nicht ohne Grund geltend gemacht, daß Monroe nur an das Verhältnis von Amerika und Europa gedacht, Afrika und Asien ganz außer Betracht gelassen habe, und überhaupt war seine Doktrin nicht mehr eine Waffe als eine Fessel? Der neuamerikanische Imperialismus gab ihr eine

Auslegung, die der Union jedes Recht in der übrigen Welt wahrte, um der übrigen Welt jedes Recht in Amerika nur um so entschiedener zu bestreiten. Das nannte man „sie den wachsenden und wechselnden Bedürfnissen anpassen“. Die Regierung mischte sich ganz ungeniert in die inneren Verhältnisse europäischer Staaten, indem sie — an sich gewiß aus sehr achtungswerten und berechtigten Motiven — für die Juden in Rumänien und Rußland eintrat. Sie nahm an den beiden Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 teil, zu deren zweiter sie sogar die amtliche Anregung gegeben hatte. Ebenso schickte sie 1906 Bevollmächtigte zur Marokkokonferenz, die sich denn keineswegs auf eine bloße Beobachterrolle beschränkten, und es geschah mehr nur zur Wahrung des Gesichtes und zur Beruhigung ängstlicher Gemüter, daß bei Unterzeichnung des Protokolls von Algeciras wie nachher noch in einer besonderen Erklärung des Senats die überlieferte amerikanische Politik der Nichtteilnahme an wesentlich europäischen Angelegenheiten vorbehalten wurde.

Um so ernster dagegen war es gemeint gewesen, wenn die Annahme der ersten Haager Beschlüsse 1899 an die weitere Klausel geknüpft worden war, daß nichts darin als eine Preisgabe der herkömmlichen Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber rein amerikanischen Fragen ausgelegt werden dürfe; denn für „diesen Kontinent“ hielt man an den Sätzen Monroes nicht nur fest, sondern verschärfte sie. Schon 1895, noch unter dem friedlichen Cleveland, erklärte der Staatssekretär Olney anläßlich des englisch-venezolanischen Grenzstreites schlankweg, die Vereinigten Staaten hätten oberherrliche Macht in ganz Amerika. Als dann 1902 wegen Venezuela neue Streitigkeiten entstanden, indem Deutschland im Bund mit England und Italien gewisse Schuldforderungen gewaltsam einzutreiben versuchte, die venezolanische Flotte wegnahm und ein Küstenfort zerstören ließ, geriet die öffentliche Meinung in feindselige Aufregung, obwohl der deutsche Botschafter ausdrücklich versichert hatte, daß keine Gebietserwerbung beabsichtigt sei. Der amerikanische Gesandte in Caracas, Bowen, warf sich in anmaßendster Form zum Vermittler auf, und Deutschland mußte in die Verweisung der Angelegenheit vor das Haager Tribunal willigen. Präsident Roosevelt aber, der sich später behaglich rühmte, dem Kaiser den großen Stock gezeigt zu haben, nahm als-

bald Anlaß, gleichsam als Epilog zu den Verhandlungen vor aller Öffentlichkeit die Erklärung abzugeben, der Sinn der Monroedoktrin sei nicht nur, daß die fremden Mächte kein amerikanisches Gebiet erwerben dürften, sondern daß sich die Union auch der Erlangung eines Einflusses widersetze, der in seinen Wirkungen einer territorialen Vergrößerung gleichkomme. Da der Präsident nun aber andererseits natürlich einsah, daß den mittel- und südamerikanischen Republiken kein Freibrief für Raub und Bankrott ausgestellt werden dürfe, fügte er den ergänzenden Satz hinzu, daß die Union in dringenden Fällen anhaltender Rechtsverletzung und Unordnung den amerikanischen Mitstaaten gegenüber eine internationale Polizeigewalt ausüben müßte. Auch besann er sich nicht, die weitgreifende Theorie gegenüber San Domingo praktisch anzuwenden. Das Beispiel fand dann Nachahmung gegenüber Nicaragua und Haiti, und trotz manchen Widerspruchs, der sich erhob, scheint die Rooseveltdoktrin, wie man sie nannte, zu einer dauernden Regel der amerikanischen Politik werden zu sollen.

Überhaupt war der persönliche Einfluß von Roosevelt in allem und jedem stark in Rechnung zu stellen. Man darf zweifeln, ob der Gang der Dinge, wennschon vielleicht mit derselben Richtung, nicht wesentlich langsamer gewesen wäre, wenn der ruhige McKinley, der 1900 ohne viel Schwierigkeiten wiedergewählt worden war, wirklich noch weitere vier Jahre die Regierung geführt und dann einem Mann seines Schlages zur Nachfolge verholfen hätte. Aber schon gleich im Anfang seiner zweiten Amtszeit am 6. September 1901 wurde er bei einem Besuch der panamerikanischen Ausstellung in Buffalo durch den Anarchisten Czolgosc heimtückisch niedergestochen und starb nach kurzem Krankenlager acht Tage später. Die Bahn für Roosevelt als den Vizepräsidenten war frei.

Der neue Herr hatte von vornherein einen sehr viel größeren Namen als die Tyler, Fillmore, Johnson und Arthur, die vor ihm der Tod eines Präsidenten unerwartet zur höchsten Ehre erhoben hatte. Er war bereits ein Mann von nationalem Ruf, obwohl er (geboren 1858) vergleichsweise noch jung war. Als Sohn einer altangesehenen und reichen New Yorker Familie hatte er eine sehr sorgfältige akademische Erziehung genossen. Dann hatte er eine Europareise gemacht, im wilden Westen zwei Jahre lang das ungebundene Grenzerleben der Cowboys gekostet, Bücher geschrieben, viele

Bände Jagd- und Geschichtserzählungen, und eine Reihe von Ämtern mit Auszeichnung bekleidet: in der Zivildienstkommission 1889 bis 1895, als Polizeipräsident von New York 1895 bis 1897 und als Unterstaatssekretär der Marine 1897/98. Selbst ein politischer Gegner wie Cleveland schätzte ihn hoch. Vollends dann die Art, wie er im Krieg gegen Spanien seine Rauhreiter aufstellte und anführte, gewann ihm außerordentliche Volkstümlichkeit. Mit ungeheurer Mehrheit wurde er noch im September 1898 zum Gouverneur von New York gewählt, um auch auf diesem unendlich einflußreichen Posten seine frische Tatkraft zu bewähren. Sammlung und Vertiefung waren freilich nicht seine Sache. Alles, was er trieb, trieb er hastig und oberflächlich, dem unmittelbaren Eindruck hingegeben und mit dem Streben nach raschem, lautem Effekt, als Schriftsteller immer sehr stark Journalist und als Handelnder meist ein wenig Schauspieler. Sein Appetit war besser entwickelt als sein Geschmack und sein Gedärm erschreckend kurz. Selbst viele Amerikaner sollten sich schließlich an seinem lärmenden, raschfertigen, dilettantenhaften Reden über alles und jedes stoßen. Theodor Barth stellte bei einer Amerikareise 1907 fest: „Die Satire behandelt mit Vorliebe die unendliche Vielseitigkeit des Mannes, der heute Geschichte schreibt, morgen eine Flottenparade abnimmt, übermorgen sich über die Reitkünste einiger Offiziere in der Armee mißbilligend ausläßt, bald dem Farmer gute Lehren gibt, wie er seinen Stall einzurichten hat, bald für bessere Behandlung der Frauen plädiert, hier einen Naturforscher abkanzelt, der über das Verhalten von Wölfen und Luchsen eine Meinung hat, die dem erfahrenen Jäger Roosevelt irrig erscheint, dort einem Eisenbahnmagnaten seine kapitalistischen Sünden vorhält. Als der Präsident kürzlich auf eine Anfrage, was er von den diesjährigen Frühlingshüten der Damen hielte, sich nicht für kompetent erklärte, erschien in einer New Yorker Zeitung ein langes Gedicht, in dem die Tatsache gefeiert wurde, daß endlich ein Gegenstand gefunden sei, über den Theodore Roosevelt keine eigene Meinung habe." Ähnlich erregte es später Heiterkeit, als er bei seiner Forschungsreise in das Gebiet des Amazonenstromes einen Zweifelsfluß, River of Doubt, entdeckte, da Zweifel doch etwas ihm sonst ganz Unbekanntes sei. Aber, recht besehen, lag in dieser Freiheit von Zweifel, dieser durch keine Reflexion angekränkelten, ganz naiven Freude am Reden,

Handeln, Aufnehmen und Lärmmachen doch wieder ein Element der Stärke. Die Amerikaner tun sich im allgemeinen und nicht ohne Grund etwas auf ihre Lebendigkeit zugut. Lebendiger aber, beweglicher, tätiger als Roosevelt konnte nicht wohl jemand sein. Man hat mit einem Vergleich, der freilich etwas Schiefes hat, an die Vitalität der Renaissancemenschen erinnert. Seine körperliche und seine geistige Leistungsfähigkeit waren gleich erstaunlich, wobei, die Bewunderung steigernd, in Betracht kam, daß er ein zarter, schwächlicher Knabe gewesen war, der erst durch eisernen Willen Nerven und Muskeln gestrafft hatte. 1904 rühmte ihn sein Mitarbeiter John Hay, der selbst von sehr anderer, feinerer und leiserer Art war, als „zugleich einen Büchermenschen und Weltmann, einen Athleten und einen Denker, einen Soldaten und einen Staatsmann mit dem empfänglichen Gemüt eines Dichters und den stählernen Nerven eines Rauhreiters". Roosevelt selbst bekannte sich immer wieder mit Nachdruck zu dem Ideal eines vollen, tätigen, angespannten Lebens (strenuous life). „Für jeden Mann," sagte er 1899 in Chicago, „muß es ein Genuß sein, Männerwerk zu tun, etwas zu wagen, Widerstand zu bieten und zu arbeiten." Dabei war er durchaus noch kein Kampfhahn, vielmehr frisch, liebenswürdig, von einer gewissen Kindlichkeit, wie sie unwillkürlich Freunde gewinnt und Feinde entwaffnet. An persönlichem Magnetismus stand er hinter keinem der großen Amerikaner, nicht einmal hinter Clay, Webster und Blaine zurück. „We simply love you to death, we love you to death (Wir lieben Sie einfach zum Sterben)", jauchzten ihm die Zuhörer noch 1916 bei einer Wahlrede in New York zu. Natürlich wußte er, welche Gewalt er über die Menschen hatte, und da er sehr ehrgeizig war, warf er sehr früh ein Auge auf die Präsidentschaft. Die alten Berufspolitiker, die ihn mit Neid und Furcht sahen, hielten für nötig, ihm rechtzeitig den Weg zu verstellen. Die Wahl zum Vizepräsidenten, gegen die er sich anfangs sträubte, hatte den Zweck, ihn unter dem Schein einer Ehrung von der großen Bühne in New York zu entfernen und in der Versenkung von Washington verschwinden zu lassen; bietet doch im normalen Verlauf der Dinge kein Amt weniger Gelegenheit zu Auszeichnung als das Amt des Vizepräsidenten. An die Möglichkeit, daß McKinley vor der Zeit sterben könnte, hatten die allzu Klugen nicht gedacht.

Für diese Kreise war deshalb der Mord von Buffalo ein doppelter Schlag. Sonst aber begrüßte man das neue Staatsoberhaupt überwiegend mit Hoffnung und Vertrauen. Roosevelt schien geeignet, nicht nur die kräftige auswärtige Politik zu führen, die dem mächtig gesteigerten Nationalgefühl entsprach, sondern auch im Innern eine Ära der Reformen einzuleiten, wie sie die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse immer gebieterischer forderte.

Das amerikanische Leben beruhte auf den beiden Grundpfeilern der Demokratie und des Individualismus, des Volksrechtes und des Rechtes der Einzelpersönlichkeit. Beide können an sich leicht auseinander- und gegeneinanderfallen. Der Volkswille kann dem einzelnen und der einzelne dem Volkswillen Gewalt antun. „La volonté générale n'est plus la volonté de tous“ hatte schon Rousseau festgestellt, und die französische Revolution hatte die Bestätigung geliefert. In Amerika aber war der Gegensatz lange ziemlich verhüllt geblieben. Es schien, als sei es den Verfassungen des Bundes und der Einzelstaaten gelungen, die widerstrebenden Kräfte glücklich auszubalancieren. Die Staatsgewalt blieb bescheiden im Hintergrund. Jefferson und seinen Nachfolgern galt als die beste Regierung die, die am wenigsten regierte. Andererseits die Einzelwillen waren ziemlich gleichartig, gerieten untereinander in keine allzu ernste Reibung und wurden erst recht dem Gesamtwohl nicht wirklich gefährlich. So ließ man ihnen getrost den Vorrang. Das Ideal der individuellen Freiheit überwog das der Demokratie. Der puritanische Prädestinationsglaube hatte von vornherein das Selbstgefühl gefördert: wer sich von Gott erwählt weiß, wird auf die irdische Obrigkeit nicht gar zu ängstlich Rücksicht nehmen. Im 18. Jahrhundert war die durch und durch individualistische Staatslehre der Aufklärung hinzugekommen: die Menschenrechte wurden dem Staat gegenüber ausdrücklich mit starken Schutzwehren umgeben. Und im 19. Jahrhundert steigerte die auf neuenglischem, also puritanischem Boden erwachsene Philosophie Emersons den Persönlichkeitskult. Alleinsein sei Weisheit, Alleinsein sei Glück, predigte der Weise von Concord. Das einzige Gesetz, das ihm heilig sei, sei das Gesetz seiner Natur, auf die Individualität müsse gebaut werden wie auf einen Felsen, jedes andere Gebäude stehe auf Sand. Alles das fand eine Stütze endlich in den unbegrenzten Möglichkeiten, die das Wirtschaftsleben zunächst noch bot. Das weite reiche Land

schien auch dem eigenwilligsten Mann die nötige Ellbogenfreiheit zu lassen.

Seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts aber schwand diese Ellbogenfreiheit mehr und mehr dahin. Neuland wurde knapp. Der berühmte Rat Horace Greeleys: „Zieh nach Westen, junger Mann", verlor seinen eigentlichen Sinn. Durchaus nicht mehr jeder landwirtschaftliche Arbeiter konnte sich selbständig machen. In wachsendem Maß traten Pächter an die Stelle freier Eigentümer, und sehr viele brachten es nicht einmal zum Pächter. 1900 zählte man 4 410 877 landwirtschaftliche Lohnarbeiter. Ungünstiger noch lagen die Dinge natürlich in der Industrie. Hier hatte es von jeher größerer Anstrengung oder Finanzkraft bedurft, um vorwärts zu kommen. Immerhin hatte der tüchtige und erfindungsreiche Einzelmensch sich durchsetzen können, solange die Maschinen noch einfach und die Betriebe klein gewesen waren. Die zunehmende Kompliziertheit und Kostspieligkeit der Maschinen, die ständige Vergrößerung der Betriebe und die Zusammenfassung der so vergrößerten zu Trusts aber engten die Betätigungsmöglichkeit des Einzelwillens vollkommen ein. Das ganze Wirtschaftsleben bekam etwas Unpersönliches. Wie der spätere Präsident Wilson 1912 klagte: „Wir sind alle in ein großes Wirtschaftssystem verstrickt, das herzlos ist. Früher standen die Menschen als Individuen zueinander in Beziehung. Es gab zwar Familie, Kirche und Staat, Einrichtungen, welche die Menschen zu bestimmten größeren Gemeinschaften zusammenschlossen. Allein in ihren gewöhnlichen Daseinspflichten, in der täglichen Arbeit, im Kreislauf des Alltags, da verkehrten die Menschen frei und unmittelbar miteinander. Heute weisen die alltäglichen Beziehungen des Menschen in großem Maßstab auf gewaltige unpersönliche Geschäftsgruppen und Organisationen und nicht auf andere individuelle Menschen." Die Entwicklung war nicht auf Amerika beschränkt. Sie lag tief im Wesen des Maschinenzeitalters. Aber nirgends war sie so rasch und von solchem Umfang. Angeregt durch die schwere Krisis von 1893, die die Gefahr des Alleinstehens gezeigt hatte, und begünstigt durch das Hochschutzzollsystem des McKinleytarifs, schossen, namentlich in den sechs Jahren von 1897 bis 1903, die Trusts zu gigantischen Bildungen empor. Der Stahltrust wurde mit einem Kapital von 1,1 Milliarden Dollar gegründet. Die 24 Männer, die ihn

beherrschten, hatten oder gewannen zugleich die Verfügung über den größeren Teil der Eisenbahnen, und von den Tarifen der Eisenbahnen wieder hingen Gedeih und Verderb fast jeden wirtschaftlichen Unternehmens ab. Die „Geldmacht" (money power), die seit Hamiltons Zeiten von besorgten Patrioten als die Gefahr der Gefahren an die Wand gemalt worden war, reckte sich nun wirklich tyrannisch auf. Sie diktierte den Inlandsverbrauchern Preise, die bis zu einem Drittel und mehr höher waren als die für die Ausfuhr, wie etwa dieselbe Nähmaschine in den Vereinigten Staaten mit 30, in Mexiko nur mit 18 Dollar bezahlt werden mußte; sie schlug jeden Widerstand anderer Produzenten erbarmungslos nieder durch Unterbieten, Kreditentziehung, Boykott, Sondertarife und zwang Angestellten und Arbeitern Bedingungen auf, die nicht überall, aber vielfach auf Raubbau an deren Kraft und Gesundheit hinausliefen. In manchen Fabriken mußten die Menschen sieben Tage in der Woche zwölf Stunden arbeiten. In anderen sehr zahlreichen wurde das Taylorsystem eingeführt, das unter dem freundlichen Aushängeschild wissenschaftlicher Ausnutzung der Arbeitskraft den Menschen zum exakt und rapid funktionierenden, schnell abgenutzten Maschinenteil macht. In großem Umfang wurden Kinder herangezogen: 1 750 000. Umgekehrt ältere Männer schloß man gern aus. Vielerorten galt der Grundsatz, keine Leute über Vierzig zu beschäftigen. Im Punkt des Arbeiterschutzes stand die Union nach einem Wort von Roosevelt hinter der ganzen zivilisierten Welt zurück. Jährlich fielen etwa 2 Millionen Verletzungen vor, von denen 30 000 bis 35 000 tödlich waren. Um Ersatz für Invaliden und Unzufriedene brauchten die Unternehmer ja nicht in Sorge zu sein. Die bis 1907 immer steigende Einwanderung sorgte für eine Reservearmee, in der überdies die anspruchsvolleren West- und Mitteleuropäer mehr und mehr von anspruchsloseren Ost- und Südeuropäern abgelöst wurden.

Gegen diese Einwanderung regte sich seit langem organisierter Widerspruch. Mit den Arbeitern, die sie aus Konkurrenzgründen einzuschränken suchten, verbanden sich besorgte Patrioten, die von dem Einströmen all der Millionen von Juden, Slawen, Ungarn und Italienern eine Verschlechterung der Rasse und der Sittlichkeit fürchteten. Es war klar, daß man sich an gesetzgeberischen Lösungen dieser Frage versuchen mußte. Aber so wichtig sie war, sie trat

doch zurück hinter der größeren und allgemeineren, wie das alte individualistische Ideal umgebildet werden sollte. In seiner bisherigen Form diente es unter den veränderten Wirtschaftsbedingungen nur, einige ganze wenige Milliardäre zu absoluten Herren der übrigen vielen zu erheben. Die Kapitalmacht war straff zusammengefaßt; die Staatsgewalt war es nicht. Die „Hemmungen und Gegengewichte", die die Väter so sorgfältig und umständlich geschaffen hatten, machten sie hilflos gegenüber der hemmungslos rasenden Maschine der Trusts. Wie leicht ließ sich bei der Geschäftsbehandlung im Repräsentantenhaus, wo die Kommissionen alles sind und das Plenum nichts, ohne viel Aufsehen ein unbequemes Gesetz ersticken und ein begünstigendes durchschmuggeln; zuweilen ohne daß die Mehrheit der Abgeordneten selbst gewahr wurde, was vorging. Der Senat aber galt längst als Hochburg der großkapitalistischen Interessen. Nicht ganz wenige seiner Mitglieder waren an den Geschäften der großen Verbände mittelbar oder unmittelbar als Anwälte oder Aktionäre beteiligt. Kam trotzdem einmal ein ärgerlicher Kongreßbeschluß zustande, so intervenierte das Oberste Bundesgericht, das zäh an der alten individualistischen Rechtsauffassung festhielt. In manchen Fällen auch half die streitige Kompetenz von Bund und Einzelstaaten. In anderen verließ man sich darauf, daß Verwaltungsbeamte und Polizei ein Auge zudrückten. Die Beamten bestellte am Ende die Parteimaschine, und die Parteimaschine wurde von den Geldern der Reichen gespeist, die, um ganz sicher zu gehen, wohl beide Hauptparteien mit Spenden bedachten. Der Individualismus war auf dem Punkt, die Demokratie in eine Plutokratie zu verwandeln. Nicht die Puppen in Washington, sondern die Herren Rockefeller, Vanderbilt, Morgan, Carnegie leiteten in Wahrheit die Geschicke der Nation. Die amerikanische Politik sah innen nicht so aus wie außen (Wilson). Dem Deutschen Theodor Barth schien die Demokratie „von kapitalistischen Polypenarmen umklammert"; und ein einheimischer Geistlicher, Dr. Gladden, klagte, indem er auch der moralischen Seite gedachte, des zunehmenden Materialismus und Genußlebens: „Wir haben erfahren, daß keine Form der Gesellschaft schneller höllenwärts führen kann als eine Demokratie unter dem Banner eines zügellosen Individualismus."

So hatten die Lehren der neuen, mehr sozial als indivi-

dualistisch gerichteten europäischen Demokratie in Amerika seit längerer Zeit Eingang gefunden (vergleiche oben S. 162). Gegen die Organisationen des Kapitals hatten sich Organisationen der Arbeit, Farmerbünde, Gewerkschaften und der große Gewerkschaftsverband der American Federation of Labor gebildet. Seit 1890 war die Volkspartei eine Macht. In den Jahren 1897 und 1898 wurde von Eugen V. Debs darüber hinaus eine richtige sozialdemokratische Partei begründet mit dem Programm, daß dem Volk alle Produktions- und Verteilungsmittel zurückgegeben werden müßten, um von der organisierten Gesellschaft im Allgemeininteresse verwaltet zu werden. Sonst waren populäre Forderungen: Beschneidung der großen Vermögen durch progressive Einkommen- und Erbschaftsteuern, verstärkter Arbeiterschutz, erleichterter Landerwerb für die Kleinbauern, flüssigerer und billigerer Kredit, Verstaatlichung der Verkehrsmittel, Sicherung der Naturschätze vor monopolistischem Aufkauf. Endlich, weil ohne das alles übrige zwecklos schien, verlangte man Reformen im Staat selbst, die den geheimen Einfluß des Großkapitals ausschalteten. Von Kongreß, Einzellandtagen, Stadtvertretungen, Parteikonventen erwartete man nach so vielen trüben Erfahrungen nichts Gutes mehr. Ihre Reden waren fürs Volk, aber ihre Taten waren für die Trustmagnaten. Lieber suchte man durch die Verwaltungsbehörden zu wirken, deren Verantwortung sich leichter feststellen ließ. In den Einzelstaaten zeigte sich seit Jahren die Tendenz, die Macht des Gouverneurs zu verstärken: jede Verfassungsänderung und jede neue Verfassung gab davon Kunde; und was die Städte anlangte, so wurde zuerst 1900 in Galveston der eigenartige Versuch gemacht, über den Kopf der unfähigen und bestechlichen ordentlichen Verwaltung eine außerordentliche Kommissionsregierung einzusetzen, die, aus ganz wenigen — fünf — Personen bestehend, diktatorische Befugnisse haben sollte. Natürlich wurde die Kommission hier, und wo das municipal government by commission Nachahmung fand, vom Volk gewählt. Denn das Volk unmittelbar zu Wort kommen zu lassen, die Verfälschung seines Willens durch die Zwischeninstanzen des Repräsentativsystems möglichst zu verhüten, erschien den Reformern als das eigentliche große Heilmittel. Die Bezeichnung der Kandidaten für Wahlämter und Parlamentssitze sollte statt von den Parteikon-

venten, wo doch nur die Bosse entschieden, in sogenannter direkter Vorwahl von allen Parteimitgliedern geschehen. Seit 1860 war dies System in der pennsylvanischen Grafschaft Crawford in Übung und hatte schon in den achtziger Jahren hier und da, zum Beispiel in Boston, Schule gemacht. Nun (1898) wurde unter Führung des feurigen La Follette ein eigener Verein gegründet, um die „politische Hauptreform der Gegenwart" durchzuführen. Ähnlich eine direkte Gesetzgebung im Weg von Initiative und Referendum wurde angestrebt. Ein bestimmter, nicht hoher Prozentsatz der Wähler (unter Umständen nur fünf oder acht Prozent) sollten durch Petition erreichen können, daß innerhalb einer gewissen Frist über die Einbringung einer von ihnen gewünschten Gesetzesvorlage oder über die Zulässigkeit eines bereits beschlossenen Gesetzes vom Volk selbst durch Ja oder Nein enschieden würde. Ansätze dazu fanden sich schon in der alten amerikanischen Übung, bei Verfassungsänderungen, die doch oft unter den Begriff eines gewöhnlichen Gesetzes fielen, das Volk im ganzen zu befragen. Dann wirkte das Beispiel der Schweiz. Dort studierte der amerikanische Schriftsetzer J. W. Sullivan die Einrichtung und empfahl sie 1892 in einem eigenen Buch mit dem Erfolg, daß die Volkspartei sie in ihr Programm aufnahm und 1898 zuerst Süddakota Initiative und Referendum wirklich einführte. Verwandt zugleich mit der direkten Vorwahl und der direkten Gesetzgebung war endlich die radikalste aller Forderungen, der Recall (Widerruf). Das Volk sollte auf Verlangen eines Teiles der Wähler, der aber größer sein mußte als bei Initiative und Referendum, 25 Prozent und mehr, darüber befragt werden, ob ein mißliebiger Beamter zu entlassen sei. Sogar auf Richter und richterliche Entscheidungen wünschten die Radikalen dies Recht des Widerrufs angewandt zu sehen. Auch Roosevelt ist später (1912) mit Energie gerade dafür eingetreten.

Im Anfang aber waren es weniger, als die politischen, die wirtschaftlichen Reformfragen, die neben den imperialistischen Plänen seine Aufmerksamkeit fesselten. Das Trustproblem erschien ihm als das Problem der Probleme. Gleich in seiner ersten Botschaft berührte er es, und seitdem kehrte es in jeder wieder. Dabei hütete er sich wohl, in das Horn derer zu stoßen, die die vollständige Vernichtung der großen Gesellschaften forderten. Er glaubte zu sehen, daß sie auch vielerlei Gutes gewirkt hätten, daß der unge-

heure Aufschwung der amerikanischen Volkswirtschaft ohne sie nicht denkbar sei, und vor allen Dingen, er erkannte, daß es sich nicht um willkürliche Bildungen, sondern um Resultate eines unvermeidlichen volkswirtschaftlichen Entwicklungsprozesses handle, daß die Zeit eine Zeit der Verbände, daß die Kapitalkonzentration nicht aufzuhalten und die Aufgabe also nur sei, die für das Volksganze daraus entspringenden Nachteile zu beseitigen. Zu diesem Zweck verlangte er zunächst einmal, daß der Staat allen Handelsgesellschaften gegenüber ein Aufsichtsrecht erhalte, wie es gegenüber den Nationalbanken bereits bestand. Insbesondere die Eisenbahngesellschaften, die die größte und gefährlichste Macht zu haben schienen, sollten derart in Schranken gehalten werden, indem das Gesetz über den zwischenstaatlichen Verkehr von 1887 sinngemäß ausgebaut und energischer durchgeführt würde. Hier hatte man bereits eine Aufsichtsbehörde, die Interstate Commerce Commission; doch empfahl der Präsident daneben die Errichtung eines eigenen Handels- und Arbeitsministeriums. Das würde dann, wie schon der Name besagte, nicht nur die Geschäftsgebarung der großen Gesellschaften gegenüber ihren Konkurrenten und dem Publikum, sondern namentlich auch die Beziehungen zur Arbeiterschaft zu prüfen und zu regeln haben. Das Problem des organisierten Kapitals hing für den Präsidenten ja aufs engste zusammen mit dem der organisierten Arbeit. Der Arbeiterbewegung brachte er volles Verständnis entgegen. Gerade ihr gegenüber ging es offenbar nicht an, sich auf den alten manchesterlichen Standpunkt zu stellen. Verkürzung der Arbeitszeit möglichst auf acht Stunden, Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, Arbeiterschutz mit Arbeitgeberhaftpflicht, Anerkennung der Gewerkschaften, Abwehr preisdrückender fremder Konkurrenz durch strengere Einwanderungsgesetze schienen ihm Forderungen, an denen auch der Staat ein Interesse habe. 1902 übernahm er, nachdem ihn die New Yorker Handelskammer erst vergebens darum ersucht hatte, schließlich doch die Vermittlung in dem großen Streik der pennsylvanischen Grubenarbeiter und verhalf ihren Wünschen wenigstens teilweise zur Erfüllung. Sein Satz war, daß das Eigentum nicht nur Rechte, sondern Pflichten mit sich bringe. Es sei weniger von Anarchisten und Sozialisten als von reichen Räubern bedroht. Deshalb befreundete er sich je länger, desto mehr auch mit dem Gedanken einer gerechteren Steuer-

politik, die durch progressive Erbschaft- und Einkommensteuern den Riesenvermögen zu Leibe ginge. Ja, darüber hinaus kam er zu fast sozialistischen Ansichten über eine notwendige gerechtere Verteilung des Arbeitsgewinnes. In seiner letzten Jahresbotschaft vom Dezember 1908 betonte er, daß alle Lohnarbeiter, möchten sie körperliche oder Kopfarbeit verrichten, für den Markt produzieren oder für die produzierten Artikel einen Markt suchen, an den Reichtümern, die sie schüfen, einen größeren Teil als bisher haben und instandgesetzt sein müßten, ihren Anteil in den Produktionsmitteln anzulegen. Mindestens wünschte er zu verhindern, daß das Großkapital seine Hand im voraus auf alle Naturschätze lege. In diesem Sinn hatte er schon 1906 empfohlen, alle noch nicht vergebenen kohlenhaltigen Ländereien als Staatseigentum zurückzuhalten, nicht damit der Staat später selbst die Gruben betriebe, aber damit er einen regulierenden Einfluß auf Förderung und Preisgestaltung übe. Ähnlich regte er Maßregeln zum Schutz der Wälder an und empfahl Ausbau der Wasserstraßen, dem bisher die Eisenbahngesellschaften durch ihren parlamentarischen Einfluß vielfach mit nur zu gutem Erfolg entgegengearbeitet hatten. In der Tariffrage blieb er anfangs durchaus auf dem Standpunkt McKinleys: Hochschutzzoll, ermäßigt durch Reziprozitätsverträge. Daß, wie die Demokraten gern behaupteten, das Prohibitivsystem der eigentliche Nährboden der Trusts sei, wollte er nicht gelten lassen. Nichts könne unweiser sein, erklärte seine erste Jahresbotschaft, als das Geschäftsleben des Landes durch eine allgemeine Tarifänderung zu stören. Allmählich aber kamen ihm doch Bedenken, ob der Dingleytarif nicht dieser und jener Interessentengruppe übermäßige Gewinne ermögliche und den auswärtigen Handel entmutige. 1904 und wieder 1907 empfahl er, das geltende Zollgesetz darauf durchzusehen.

Überhaupt zeigten seine Ansichten die Neigung, sich ins Radikalere zu wandeln. Ein Grund dafür war, daß die Schattenseiten der herrschenden Wirtschaftsordnung immer krasser hervortraten. Fast jedes Jahr brachte irgendwelchen Trustskandal. Über den ekelhaften Geschäftsbetrieb des Fleischtrusts, die wucherischen Preistreibereien des Öltrusts, die Korruption der großen Versicherungsgesellschaften kamen Einzelheiten ans Licht, die jedes gesunde Gefühl empörten. Riesige Unterschleife bei der Postverwaltung,

bei den staatlichen Landverkäufen wurden aufgedeckt. Ein Senator, Tillmann, fand sich des Landschwindels aktenmäßig überführt. Das reizte das moralische Gefühl des Präsidenten. Er überzeugte sich, daß die Reform nicht nur eine ökonomische, sondern eine ethische Notwendigkeit sei. Hinzukam persönlicher Ärger, der Trotz der selbstherrlichen Natur, die auf Hindernisse trifft. Er hatte mit seinen Reformvorschlägen anfangs einiges Glück gehabt. Das gewünschte Handels- und Arbeitsamt wurde 1903 wirklich errichtet, und der Kongreß genehmigte die Littlefieldbill, die die großen Gesellschaften der Aufsicht eines dem neuen Ministerium unterstellten Bureau of Corporations unterwarf. Bei der Wahl von 1904 stand die Partei in äußerlicher Einmütigkeit hinter ihm. Ihm fielen 7 677 544 Volks- und 336 Wahlmännerstimmen zu, während der Demokrat, diesmal nicht Bryan, sondern der rechtsstehende „Golddemokrat" Parker nur 5 079 704 und 140 aufbrachte. Als er seine zweite Amtszeit begann, schien er mächtiger und beliebter als irgendein Präsident seit Andrew Jackson. Dann aber regten sich in steigendem Maß Widerstände. Das Großkapital wurde unruhig. Es ließ seinen Einfluß im Kongreß spielen, und ohnehin ärgerte man sich dort, namentlich in dem ans Mitregieren gewöhnten Senat, über den Absolutismus des allzu eigenmächtigen und rücksichtslosen Präsidenten, der auf die Monarchie hinsteuere. Man bewilligte ihm zwar auch jetzt noch dieses und jenes. 1907 kam ein sehr einschneidendes Einwanderungsgesetz zustande, und 1908 wurden 500 Millionen Dollar für die Schaffung eines Großschiffahrtsweges von den Seen nach dem Golf von Mexiko (Lakes to the Gulf Waterway) angewiesen. Aber die meisten Wünsche sozialer, wirtschaftlicher und politischer Reform blieben unerledigt. Roosevelt mahnte und trieb vergebens, und je mehr ihm praktische Erfolge fehlten, desto mehr kam ein agitatorisches Moment in seine Reden und Botschaften. Er vergröberte seine Forderungen, damit sie über die „gekauften Politiker und Zeitungen" fort unmittelbar ins Volk drängen.

Diese Absicht denn wenigstens wurde auch erreicht. Über Roosevelt als praktischen Staatsmann können die Urteile auseinandergehen. Wenn ihm der damalige Kriegs- und spätere Staatssekretär Root 1904 nachrühmte, er habe einen Rekord tatsächlicher Leistung aufgestellt, so wird die Geschichte das höchstens für seine

auswärtige Politik gelten lassen können, in der inneren erfüllte er unzweifelhaft nicht die Erwartungen, die er rege machte. Da kamen seine Pläne nicht über den ersten Anfang hinaus und doch nicht nur, weil die entgegenstehenden Mächte zu stark waren, sondern weil es ihm selbst an Augenmaß, Geduld, Geschäftsverständnis fehlte. Die Herren in Wallstreet nannten ihn höhnisch Theodore the Meddler (Theodor Naseweis), und auch der fremde Beobachter denkt des englischen Sprichworts: Jack of all trades will never be rich (Hans in allen Gassen bringt es nie zu etwas). Aber sein Verdienst als das eines großen Anregers wird davon nicht betroffen. Die Sache der Reform gewann unendlich dadurch, daß er sein Temperament, sein agitatorisches Geschick, seine persönliche Beliebtheit in ihren Dienst stellte. Was für die Union im ganzen noch nicht gleich gelang, gelang in zahlreichen Einzelstaaten und Kommunen. Elf Staaten führten die direkte Vorwahl ein. Auch Initiative und Referendum und Recall setzten sich vielerorten durch, namentlich im fernen Westen, wo Oregon und Californien um den Ruhm der fortschrittlichsten Staaten stritten. Mit Vorliebe aber beriefen sich die Reformer überall auf das Beispiel des Präsidenten, der als der Bannerträger der neuen Bewegung erschien. Sein Name war fortgesetzt in aller Munde. 1904 hatte er bestimmt erklärt, 1908 nicht wieder kandidieren zu wollen. Aber als nun die neue Wahl herankam, wollten weite Kreise sich einfach nicht bei seinem Ausscheiden beruhigen. Es bildete sich ein eigener Verein zur Vertretung einer dritten Amtszeit, für deren Zulässigkeit geltend gemacht wurde, daß die erste ja nicht vollständig gewesen sei. Parteiversammlungen, selbst Landtage faßten Beschlüsse in diesem Sinn, und eine Farmerzeitung in Süddakota forderte gar eine Verfassungsänderung, die ermögliche, Teddy zum lebenslänglichen Präsidenten zu erheben. Auf und ab war das Feldgeschrei: Mehr Roosevelt.

Für den so Gefeierten war die Versuchung groß. Aber für diesmal blieb er bei seinem Wort und begnügte sich wie einst Jackson 1836 mit der Ehre, seinen Nachfolger zu bestimmen. Durchaus nur auf seine Empfehlung hin stellte der republikanische Nationalkonvent im Juni 1908 den Kriegssekretär William H. Taft als Kandidaten auf, der sonst, weil außer Zusammenhang mit dem Berufspolitikertum, sicher nicht in Frage gekommen wäre. Span=

nung auf den Ausgang der Wahl herrschte nicht. Die Demokraten, die nun doch noch einmal ihr Heil mit Bryan versuchten, schnitten zwar besser ab als vor vier Jahren. Aber trotz ihrer 6 409 104 Stimmen blieben sie hinter den Republikanern (7 678 908) gewaltig zurück. Nur 162 gegen 321 Wahlmänner konnten sie durchbringen. Am 4. März 1909 übernahm Taft die Regierung.

Der neue Präsident war ziemlich genau gleichaltrig mit seinem Vorgänger (geboren 1857) und hatte auch das mit ihm gemein, daß er aus guter Familie stammte, als Sohn eines angesehenen Juristen und Politikers aus Ohio, der unter Grant Minister und Botschafter war. Er hatte selbst Jura studiert und zwanzig Jahre lang verschiedene hohe richterliche Stellungen, seit 1896 daneben eine Professur an der Rechtsschule von Cincinnati verwaltet. Dann 1900 war er von seinem Landsmann McKinley nach den Philippinen geschickt worden, und von dort hatte ihn Roosevelt 1904 als Kriegssekretär an seine Seite berufen, um ihn außer für die Pflichten des Amtes, zu denen der Bau des Panamakanals gehörte, für zwei wichtige Sondermissionen, 1906 nach Kuba und 1907 nach Japan, zu gebrauchen. Bei all diesen Geschäften hatte er sich durchaus bewährt. Seine Gaben waren nicht glänzend, aber solid. Er besaß eine gute Bildung und gesundes Urteil. Als Richter hatte er Unerschrockenheit und Verstandesschärfe, als Gouverneur auf den Philippinen Wohlwollen und Festigkeit bewiesen. Seine Arbeitskraft war erstaunlich, sein Rechts- und Pflichtgefühl hochentwickelt. Dabei lag um die Erscheinung des ungewöhnlich großen und starken Mannes — er sollte über drei Zentner wiegen — doch eine Atmosphäre des Behagens und der Gemütlichkeit. Er freute sich gern mit den Fröhlichen. Sein ansteckendes Lachen war berühmt. Konflikte vermied er lieber, als daß er sie suchte. Man hatte gescherzt, der Kriegssekretär Taft sei eigentlich ein Friedenssekretär Taft. Alles in allem: Roosevelt schien nicht Unrecht zu haben, wenn er dem Nachfolger das Zeugnis ausstellte, daß nie ein Mann bessere Schulung, unerschrockeneren Mut, gesunderen Menschenverstand und höheren und schöneren Charakter für die Präsidentschaft mitgebracht habe.

Indessen fehlte es von vornherein auch nicht an bedenklicheren und kritischeren Stimmen. Der Präsident hatte von seiner langjährigen Richter- und Professorentätigkeit her eine gewisse Neigung,

abstrakt zu denken und an der formalen Seite der Dinge zu haften. Innerpolitische Erfahrung mußte ihm abgehen, da er bis 1904 nie ein politisches Amt oder Mandat gehabt hatte und auch nachher oft und lange von Washington abwesend gewesen war. Er kannte das Terrain nicht, und das Terrain war doch sehr schwierig. Zwar gab es im Kongreß eine sichere republikanische Mehrheit. Aber diese war in sich uneins und gespalten. Berufs- und Geschäftspolitiker alter Schule und Reformer im Sinne Roosevelts standen sich in nur wenig verhüllter Feindschaft gegenüber. Der Demokrat Bryan stellte deshalb sogleich die Prognose: „Der neu gewählte Präsident ist nicht imstande, die Erwartungen beider Gruppen zu befriedigen. Er hat die Stimmen der republikanischen Reformgruppe durch das Zeugnis gewonnen, das ihm Roosevelt gab; aber kann er sich diese Stimmen erhalten, wenn er an die wirtschaftlichen Fragen herantritt, die dringend ihrer Lösung harren? Wie kann er mit einem republikanischen Senat und einem republikanischen Repräsentantenhaus, in denen Leute die Oberhand haben, die Roosevelt als Reaktionäre bezeichnet, einem Konflikt entweder mit den republikanischen Führern oder mit den republikanischen Wählern im Mississippital entgehen?“

Tatsächlich ergab sich solch Konflikt und wurde seine Präsidentschaft eine der erfolglosesten, von denen die amerikanische Geschichte weiß. Schuld daran war vor allem seine falsche Stellung in der Zollfrage. Bei den Wahlen war viel von einer Tarifrevision die Rede gewesen, und Taft berief auch sogleich eine außerordentliche Kongreßsitzung zu diesem Zweck. Aber schon die Richtlinien, die er in seiner Antrittsbotschaft dafür gab, ließen keinen Abbau der Zollmauern erwarten, und bei den Kongreßverhandlungen wußten sich dann vollends die Hochschutzzollinteressen mit gewohntem Geschick durchzusetzen. Der Payne-Aldrichtarif, wie er bis zum 5. August 1909 zustande kam, bedeutete in allem wesentlichen noch eine Verschärfung des Dingleytarifes von 1897. Die Ermäßigungen, die des guten Eindrucks wegen in äußerlich beträchtlichem Umfang vorgenommen waren, betrafen zumeist wenig gangbare Artikel. Das Ganze sah wieder nach einer Schiebung aus und wurde mit Recht als ein Sieg des Großkapitals gebucht. Was half es, daß der Präsident andererseits den Kampf gegen die ungesetzlichen Praktiken der Trusts mit ehrlichstem, fast schon hitzigem Eifer

aufnahm. Der sehr energische Generalanwalt Wickersham strengte eine Unzahl von Prozessen an und erzielte eine lange Reihe von Verurteilungen. Die Ringe sollten aufgelöst, ihre Leiter ins Gefängnis gesteckt werden. Aber wie schwere Niederlagen sie im Gerichtssaal erlitten, die großen Gesellschaften fanden doch irgendwie Mittel fortzubestehen. Die Monopolpreise stiegen, statt zu sinken. Die Lage der arbeitenden Klassen blieb bedrängt, und die Unzufriedenheit im Land wuchs, um je länger, je mehr auf den Kongreß überzugreifen. Als der Staatssekretär des Innern Ballinger beschuldigt wurde, gewisse Trusts begünstigt zu haben, und der Präsident für ihn und gegen seine Ankläger Partei nahm, kam es Anfang 1910 im Repräsentantenhaus zu einer ersten förmlichen Auflehnung des linken republikanischen Flügels, der sich mit den Demokraten verband, um über den Kopf des Sprechers fort eine Untersuchungskommission einzusetzen. „Insurgenten" und „Korrekte" bekämpften sich einige Monate mit der ganzen Gehässigkeit zerfallener Parteifreunde, und wenn Mitte September eine äußerliche Versöhnung erfolgte, so wirkten die innere Spaltung und die allgemeine Mißstimmung doch daraufhin, daß die Republikaner bei den Herbstwahlen verhältnismäßig schlecht abschnitten. Zum erstenmal seit sechzehn Jahren gerieten sie in die Minderheit. Die Niederlage aber förderte den Zersetzungsprozeß, statt ihn aufzuhalten. Die Fortschrittler, wie sich die Frondeurs mehr und mehr nannten, verlangten nur um so ungestümer neue Männer und neue Methoden.

Dazu entwickelte sich ein Mißverhältnis zwischen Taft und Roosevelt. Roosevelt war nach dem Ende seiner Präsidentschaft zunächst auf Reisen gegangen, erst nach Afrika, dann in eine Reihe europäischer Hauptstädte. Die Tournee war nicht ganz so erfolgreich gewesen wie die Grants, die als Muster vorgeschwebt haben mochte. Mancherorten hatte er durch taktlose, vorschnelle Äußerungen und Handlungen sichtbaren Anstoß gegeben. Immerhin äußere Ehren waren ihm reichlich zuteil geworden. In Deutschland hatte ihm der Kaiser Truppen vorgeführt und die Universität Berlin nach einer Rede in der Aula die Doktorwürde verliehen. Auch in der Sorbonne und der Guildhall hatte er sich produzieren dürfen. Als er nach solchen Triumphen, mit außerordentlichem Lärm begrüßt, Mitte Juni 1910 wieder in Amerika landete, war der Zusammen-

stoß mit Taft eigentlich von vornherein gegeben. Ein Mann von seinem Temperament und Selbstgefühl konnte sich nicht mit der Rolle eines Zuschauers begnügen, während andererseits Taft doch zu sehr seinen Kopf für sich hatte, um unerbetenen Ratschlägen zu gehorchen. Es zeigten sich ärgerliche Meinungsverschiedenheiten in Fragen der allgemeinen Politik, auch in Personalfragen, und die natürliche Folge war, daß Roosevelt mehr und mehr die Führung der republikanischen Opposition übernahm. Bald war in diesen Kreisen davon die Rede, bei der Wahl von 1912 ihn statt des undankbaren und unfähigen Platzhalters auf den Schild zu erheben. Das Herkommen stände nicht entgegen, da es nur drei Amtszeiten hintereinander verbiete. Das war schon 1880 von den Grantfreunden behauptet worden. Überdies sei Roosevelt, streng genommen, überhaupt erst einmal 1904 als Präsident aufgestellt und gewählt worden. Ihn selbst packte der Wunsch, noch einmal ans Ruder zu kommen, mit elementarer Gewalt. Unter seiner eifrigen Teilnahme setzte eine rührige Agitation ein, und als im Juni 1912 der republikanische Nationalkonvent in Chicago zusammentrat, durfte man auf das Ergebnis gespannt sein. Das Klügere für die Partei wäre gewesen, Roosevelts Ehrgeiz zu befriedigen. Aber der Ärger über die Art seines Vorgehens, das Mißtrauen gegen seine fast schon sozialistischen Reformpläne, auch ein Gefühl der Rücksicht auf Taft und das alte Vorurteil gegen die dritte Amtszeit stellten sich dem entgegen. Die Entscheidung fiel schon bei den Wahlprüfungen, indem 78 Mandate von Rooseveltdelegierten für ungültig erklärt und dafür Taftanhänger zugelassen wurden. So wurde möglich, daß bei der wirklichen Eröffnung des Konvents mit ganz knapper Mehrheit: 558 gegen 502 Stimmen, der Führer der Taftpartei, Root, zum Vorsitzenden gewählt und einige Tage später (22. Juni) Taft nominiert wurde.

Die Parteitreue (loyalty to party), die der Amerikaner sonst so heilig hält, hätte für die Unterlegenen geboten, sich der Entscheidung zu fügen. Ein genügender sachlicher Grund für eine Sezession lag, wie die weitere Entwicklung gelehrt hat, trotz aller Verstimmungen zwischen rechts und links nicht vor. Aber Roosevelt machte eine ganz persönliche Politik. Er rief laut über Diebstahl und Betrug und kündigte die Gründung einer neuen Partei,

der republikanischen Fortschrittspartei, an. Wirklich trat diese mit einem ziemlich radikalen Programm und ihm als Kandidaten Anfang August in aller Form in den Wettbewerb ein. Damit war für die Republikaner eine Lage geschaffen, wie sie 1860 den folgenreichen Zusammenbruch der demokratischen Partei herbeigeführt hatte. Eine Wiederwahl von Taft war so gut wie ausgeschlossen. Die Verfügung über die Parteimaschine glich den Einfluß von Roosevelts Popularität nicht aus. Aber auch Roosevelts Aussichten waren nicht glänzend. Da sicher ein beträchtlicher Teil der Republikaner der alten Fahne treu blieb, konnte er nur durchdringen, wenn es ihm gelang, für seine neue Partei in großem Umfang demokratische Wähler zu gewinnen. Und dem hatte der demokratische Nationalkonvent in Baltimore klüglich vorgebeugt. Nach langem Hin und Her, erst bei der 46. Abstimmung, hatte er sich am 2. Juli für einen neuen Mann, den Gouverneur von New Jersey Woodrow Wilson, entschieden, der als entschlossener Reformfreund bekannt war. Diese geschickte Kandidatenwahl machte einen demokratischen Sieg von vornherein wahrscheinlich. Immerhin gab es einen lebhaften und interessanten Wahlkampf. Roosevelt schlug noch den Rekord Bryans von 1896. Er legte 19 000 Meilen zurück und sprach 275 000 Worte. Aber auch Wilson brachte es bei seinen Agitationsreisen auf 13 000 Meilen und 210 000 Worte, und diese Worte, wie sie alsbald in einem eigenen Buch „Die neue Freiheit" gesammelt wurden, hatten, ohne fortreißend zu sein wie die seines Hauptgegners, doch etwas Fesselndes und Überzeugendes. Jedenfalls erreichte er, daß die demokratische Partei beinahe geschlossen zusammenblieb. Seine Stimmenzahl (6 293 019) war nur ganz wenig geringer als die Bryans von 1908. Auch die republikanischen Stimmen hielten sich mit 7 604 463 ziemlich genau auf der Höhe der letzten Wahl; da sie sich aber fast gleichmäßig zwischen Roosevelt und Taft verteilten mit einem kleinen Vorsprung für Roosevelt, wurden in fünf Sechsteln der Staaten*) demokratische Wahlmänner gewählt. Auf Taft kamen nur 8, auf Roosevelt 88, während Wilson 435 stellte.

*) Ihre Zahl war jetzt 48; denn nachdem Utah 1896 und Oklahoma 1907 als Staaten aufgenommen worden waren, hatten eben unter Taft auch die letzten beiden alten Territorien Neu-Mexiko und Arizona Staatenrechte erlangt.

Die Demokraten hoben gern hervor, daß das die größte Zahl sei, deren sich je ein amerikanischer Präsident habe rühmen dürfen. Überhaupt machten sie das Mögliche aus ihrem Sieg und prophezeiten eine neue Ära der amerikanischen Geschichte. Auch im Ausland wurde die Wahl vielfach als epochemachendes Ereignis bewertet und mit denen von Jefferson, Jackson und Lincoln in Vergleich gestellt. Man erwartete sich wichtige innere Wandlungen. Aber niemand ahnte, welche ungeheuren Geschicke sich für Amerika und die Welt unter der neuen Präsidentschaft und mit sehr bestimmendem Einfluß des neuen Präsidenten entwickeln würden.

Sechzehntes Kapitel

Wilson und der Weltkrieg

Mit Woodrow Wilson kam zum erstenmal seit vierundvierzig Jahren ein Mann zur Präsidentschaft, dessen Wiege in einem der Südstaaten gestanden hatte. Er war in Staunton in Virginia am 28. Dezember 1856 geboren. Nun war seine Familie freilich nicht auch virginisch, sondern gehörte zu jenen schottischen Iren, die der Union so viele hervorragende Bürger gestellt hatten. Alle vier Großeltern von ihm, auch seine Mutter noch stammten aus Großbritannien, und der Vater war aus den Nordstaaten zugewandert. Andererseits Woodrow selbst wurde sehr bald wieder aus dem Süden herausgeführt. Dennoch ist es nicht gleichgültig, daß er seine Kindheits- und Jugendeindrücke dort und in den Zeiten des Bürgerkrieges und der Rekonstruktion empfing. Er gewann so gleichsam von Natur eine scharf kritische Stellung zu den in Washington herrschend gewordenen Methoden der Regierung durch den Kongreß und lebte sich vielmehr in die altamerikanischen Überlieferungen der großen virginischen Präsidenten ein. Im übrigen gab ihm das Elternhaus, da sein Vater ein sehr angesehener und reichgebildeter presbyterianischer Prediger war, die Richtung auf eine idealistische Lebensauffassung in der etwas engen und unfreien Art des angelsächsischen Puritanertums sowie frühe Gewöhnung an begriffliches Denken und formsicheres Reden. Er fand dann trotzdem, wie gerade hochbegabte junge Männer manchmal, nicht eben rasch seinen Weg. Erst mit fast dreißig Jahren 1885, nachdem er vorher einen ganz verunglückten Anlauf auf die Advokatur genommen hatte, erlangte er eine Lebensstellung, eine Professur für Geschichte und Politik an der neugegründeten Frauenuniversität Bryn Mawr. Fünf Jahre später schon durfte er an eine der vornehmsten und ältesten Hohen Schulen

des Landes, nach Princeton in New Jersey, übersiedeln. Dort führte er noch bis 1902 das Leben des einfachen Professors und Schriftstellers. Eine lange Reihe politischer und historischer Werke machten seinen Namen bekannt. Sie gingen nicht gerade tief im Punkte der Forschung, auch nie an die letzten Grenzen gedanklicher Durchdringung, fesselten aber durch originelle, lebendige Auffassung und einen Stil, der, obwohl etwas allgemein, doch von persönlicher Note und bei einer gewissen feierlichen Getragenheit nicht ohne Anmut und Leichtigkeit war. Auch als Lehrer und Erzieher gewann er sich Ruf. Einer seiner Schüler rühmt ihm nach, daß er in ganz ungewöhnlichem Maß Respekt und Bewunderung erweckt, Freundlichkeit, Strenge und Würde vereint habe. So konnte es geschehen, daß er 1902 zum Präsidenten seiner Universität gewählt wurde. Damit stand er endlich an führender Stelle; denn ein amerikanischer Universitätspräsident ist bei der dauernden und sehr weitgehenden Herrschaft, die er über Professoren und Studenten ausübt, eine moralische, intellektuelle und, wenn er will, auch politische Macht, namentlich wo es sich um eine der großen und alten Hochschulen handelt. Wilson war nicht der Mann, die Möglichkeiten, die in seinem neuen Amt lagen, ungenutzt zu lassen. Von früh an hatte man zwei beherrschende Charaktereigenschaften an ihm bemerkt, einen glühenden Ehrgeiz und ein eiferndes Streben, die Welt zu verbessern. Beides ging hier ausgezeichnet zusammen. Er konnte durch sachlich nützliche Reformen für sich persönlich Aufsehen erregen. Diese Reformen bewegten sich in einer Richtung, die er auch für den Staat schon mannigfach empfohlen hatte: die allmählich eingetretenen Verbildungen des Systems sollten dadurch beseitigt werden, daß man im Wege der „Vereinfachung", der Ausschaltung störender Zwischenglieder, die ursprünglichen gesunden Grundlagen wieder herstellte. In Princeton war die natürliche Gemeinschaft der Studenten untereinander und mit ihren Lehrern durch ein Überhandnehmen vornehmer Klubs zersetzt worden, da die Söhne der New Yorker Geldmagnaten den gewohnten Luxus nicht entbehren mochten. Wilson als Puritaner und Demokrat und erfahrener Pädagoge ging alsbald dagegen vor. Es entwickelten sich Konflikte mit dem Verwaltungsrat, von dem Princeton als Stiftungsuniversität abhängt, auch innerhalb des Verwaltungsrates selbst, und das Ende war, daß Wilson 1910 sein Amt niederlegte. Dieser Verzicht

schien — und war bis zum gewissen Grade — die Tat eines Mannes, der seiner Überzeugung ein großes Opfer bringt. Zugleich aber geschah er sicher mit einem Auge auf die politische Wirkung. Seit einigen Jahren — es heißt seit 1906 — erfüllte Wilson der Wunsch, Präsident der Republik zu werden. Nachdem er den besten Teil seines Lebens dem Studium der Geschichte und Regierung des Vaterlandes gewidmet hatte, meinte er selbst Geschichte machen und die Regierung in gesunde Bahnen lenken zu sollen. Eine Reihe von Reden schon, die er 1907 hielt und unter dem Titel „Konstitutionelle Regierung der Vereinigten Staaten" herausgab, enthielten eine Art Regierungsprogramm, indem sie allen Nachdruck auf die Weiterentwicklung einer starken Präsidentschaft im Sinne der von Cleveland und Roosevelt begonnenen Praxis legten. Der Präsident könne mit Hilfe der öffentlichen Meinung den Kongreß beherrschen und das Gewissen wie die vereinte Sachkunde des Volkes zur Geltung bringen. „Menschen von Durchschnittsbegabung werden da nicht mehr genügen. Wir werden immer gezwungen sein, unsere Präsidenten unter den weisen und klugen Kraftmenschen zu wählen." Daß er sich selbst als einen solchen ansah, wurde kaum noch verhehlt. Nun hatte der demokratische Nationalkonvent von 1908 trotzdem keine Notiz von ihm genommen. Aber dafür erreichte er im Zusammenhang mit der Princeton-Affäre, daß er noch 1910 als Gouverneur von New Jersey aufgestellt und gewählt wurde. Der Gouverneurposten war, wie die Fälle von Cleveland und Roosevelt bewiesen hatten, ein ausgezeichnetes Sprungbrett. Gewiß interessierte New Jersey weniger als New York. Aber schon wegen der Nachbarschaft des Empirestaats hatte es doch eine über seinen Umfang hinausgehende Bedeutung, insofern, als verlockt durch seine laxe Gesetzgebung und Verwaltung, eine Reihe der großen Finanz- und Industriegesellschaften des Landes ihren Sitz auf das New Jerseyer Ufer des Hudson verlegt hatten. Der Gouverneur von New Jersey fand sich also gerade mit dem Problem befaßt, das die Aufmerksamkeit der Nation vornehmlich beschäftigte. Wilson erkannte natürlich die Chancen, die sich hier boten. Er begann alsbald einen Feldzug gegen die Trusts und die von ihnen genährte parlamentarische Korruption. Dabei geriet er in vielfache Konflikte auch mit der eignen Partei, die die ärgerliche Folge hatten, daß bei den Landtagswahlen im Herbst 1911 die Republikaner siegten. Aber

er setzte sachlich doch allerlei durch, und vor allen Dingen die originelle Art, wie er den Kampf führte, durch persönliches Verhandeln im Landtag und immer wiederholten Appell an die öffentliche Meinung schuf ihm tatsächlich nationalen Ruf. „Er hat in fünf Monaten bewiesen," urteilte ein kanadischer Schriftsteller, „daß er ein Idealist ist, der es versteht, die Politiker einzuwickeln." Eine geschickte Reklame von Freundesseite kam hinzu. Genug, er wurde Präsidentschaftskandidat und konnte am 4. März 1913 als Erwählter der Nation ins Weiße Haus einziehen.

Verglich man ihn mit den beiden Rivalen, die er geschlagen hatte, so war er rein menschlich sicher sehr viel weniger anziehend. Taft wie Roosevelt waren warmblütige Männer mit geselligen Neigungen und Gaben. Wilson erschien als einsame, kalte Natur. Man sagte ihm nach, daß er eine gewisse Schwäche für das schöne Geschlecht habe. Sonst galten ihm Personen wenig. Es kostete ihm nichts, Freunde beiseite zu schieben, die ihm die namhaftesten Dienste geleistet hatten. Die schalten ihn dann nicht nur undankbar, sondern hart und grausam. Er sah nur immer die Sache und sich selbst. Die lebenslängliche Beschäftigung mit Büchern und die Gewohnheit, vom Katheder herab zu sprechen, hatten ihm etwas Doktrinäres und Autoritäres gegeben, wozu als Erbteil vom Vater her ein beträchtliches Maß pastoraler Salbung hinzukam. Weil er doch die Geschichte seines Volkes genau kannte, kopierte er bewußt oder unbewußt gewisse ihm wesensverwandte Züge der früheren großen Präsidenten: die Strenge Washingtons, die persönliche Schlichtheit Jeffersons, von Monroe den Enthusiasmus für die Weltmission Amerikas, von Jackson den Glauben an die Unfehlbarkeit des Volkes, von Lincoln die zögernde Rücksicht auf die sich bildende öffentliche Meinung, von Cleveland die bis zur Querköpfigkeit gesteigerte Selbständigkeit gegenüber dem Kongreß und der Partei. Aber, obwohl er so im einzelnen Nachahmer war, wirkte er im ganzen doch als ein Eigener, eine im hohen Grad geschlossene Persönlichkeit, bei der sich wohl Durchsichtigkeit, aber nicht Umrißlinie vermissen ließ. Übelwollende meinten, ihn als Professor abtun zu dürfen. Richtiger könnte man ihn mit einem Hohenpriester vergleichen; denn in der Art, wie er seine Ideen vertrat, war eine gewisse religiöse Hingerissenheit, auch wohl pfäffische Unduldsamkeit und Härte und jene selbstgerechte Überhebung, die leicht den Eindruck der Heuchelei macht. Von vorherein nahm er

die Haltung eines Moses an, der in ein gelobtes Land hinüberführen wollte, erst die Amerikaner, dann durch die Amerikaner die Menschheit im ganzen. Gleich seine Antrittsrede sprach davon, daß man sich einem neuen Zeitalter des Rechtes und der Befreiung nähere, und daß alle, deren Blick die Zukunft suche, an seine Seite gehörten.

Auch blieb es nicht etwa bei schönen Worten. Es zeigte sich bald, daß der Theoretiker Wilson mehr wirklich praktische Arbeit leistete als der „Tatmensch" Roosevelt. Doch nicht ohne Grund hat er später an der Schwelle seines zweiten Amtstermins von seinen ersten vier Regierungsjahren gesagt, vielleicht sei kein Zeitabschnitt von gleicher Länge in der amerikanischen Geschichte so fruchtbar an wichtigen Reformen gewesen und so voll von bedeutenden Veränderungen im Geist und Willen der amerikanischen Politik.

Zunächst wurde das Hochschutzzollsystem nun wirklich beseitigt. Der Präsident hatte in der Antrittsrede festgestellt: „Wir haben einen Zolltarif, der uns von dem gebührenden Anteil am Welthandel abschneidet, die Grundsätze einer gerechten Besteuerung verletzt und die Regierung zu einem bequemen Werkzeug in der Hand privater Interessen macht." Demgemäß berief er den neugewählten Kongreß schon auf den 8. April zu einer Sondertagung zum Zweck der Tarifreform. Auffallend war, daß er in der Eröffnungssitzung nicht eine Botschaft verlesen ließ, sondern, was seit John Adams nicht mehr geschehen war, selbst das Wort ergriff, um, wie er sagte, zum Ausdruck zu bringen, daß der Präsident eine lebendige Persönlichkeit und keine bloße Behörde sei. Auch in die Verhandlungen griff er mehrfach ein. Insbesondere wies er Ende Mai öffentlich auf die Machenschaften der Lobby- (das heißt der Vorsaal-) Agenten hin, die wie gewöhnlich mit allen Mitteln der Überredung und der direkten oder indirekten Bestechung die Interessen der einzelnen Industriegruppen bei den Abgeordneten durchzusetzen suchten. Der Erfolg dieser Taktik blieb hier ebensowenig aus wie in New Jersey. Bis Anfang Oktober wurde ein Zollgesetz, der sogenannte Underwoodtarif, verabschiedet, das sehr wesentliche Zollermäßigungen bei Industriewaren wie bei landwirtschaftlichen Produkten brachte. Die Wertzölle wurden von durchschnittlich 40 Prozent auf 26 Prozent und weniger ermäßigt, bei einer nicht kleinen Zahl von Artikeln trat Zollfreiheit ein, auch die Verzollungsvorschriften wurden er-

leichtert. Da die Folge davon ein erheblicher Einnahmeausfall sein mußte, ergab sich die Notwendigkeit, mit der einen gleich eine von den Massen fast ebenso leidenschaftlich geforderte zweite Reform zu verbinden, indem durch Gesetz vom 3. Oktober 1913 nach dem Muster von 1894, nur jetzt mit progressiven Sätzen eine Einkommensteuer eingeführt wurde. Der Einspruch des Obersten Bundesgerichts (vgl. oben S. 176) war nicht mehr zu fürchten. Noch unter Taft war bis zum 25. Februar 1913 ein 16. Verfassungsamendement zur Annahme gelangt, das dem Kongreß ausdrücklich das Recht zur Erhebung einer Einkommensteuer beilegte*).

Das erschien als ein nicht unbeträchtlicher Sieg über die „Geldmacht"; und erst recht als solcher wurde gepriesen, daß auch noch im Lauf des Jahres 1913, wenngleich erst in seinen allerletzten Tagen (23. Dezember), ein großzügiges neues Bankgesetz zustande kam. Nirgends vielleicht war eine Reform notwendiger; denn es fehlte dem Bankwesen an Einheitlichkeit und Beweglichkeit. Man zählte annähernd 7500 sogenannte Nationalbanken, zu denen dann noch einige Dutzend Staatenbanken kamen. Aber diese konnten dennoch den Kreditbedarf oft nicht befriedigen, da sie nicht das Recht des Wechselakzeptierens besaßen und in der Notenausgabe auch nach den Erleichterungen von 1900 noch immer durch unpraktische und veraltete Bestimmungen übermäßig beschränkt waren. Deshalb gab es nirgends so häufige und heftige Geldkrisen wie in den Vereinigten Staaten. Noch 1907 war eine solche zu verzeichnen gewesen. Die großen Bankhäuser in Wallstreet hatten dabei nicht schlecht abgeschnitten. Man hatte in New York für tägliches Geld 40 und 50 Prozent Zinsen nehmen dürfen. Aber die übrige Geschäftswelt und die Landwirte verlangten um so heftiger nach Abhilfe. Es war denn auch schon von republikanischer Seite durch Aldrich ein Reformplan vorbereitet worden, der eine Bank der Nationalbanken vorsah; aber erst Wilson und den Demokraten glückte eine wirklich zweckmäßige Lösung. Sie trugen den alten Vorurteilen gegen ein Zentralnoteninstitut insoweit Rechnung, als sie keine eigentliche

*) Ein 17. Amendement, das am 16. Mai 1912 vom Kongreß angenommen worden war und bis zum 31. Mai 1913 die Zustimmung der Staaten erhielt, brachte dann gleich noch die wichtige Neuerung, daß die Mitglieder des Senats fortan in direkter Wahl vom Volk statt von den Landtagen gewählt werden sollten.

Reichsbank schufen. Wohl aber setzten sie eine Bundesaufsichtsbehörde für das Bankwesen, das Bundesreserveamt (Federal Reserve Board) ein, bestehend aus dem Schatzsekretär, dem Währungskontrolleur und fünf vom Präsidenten auf zehn Jahre zu ernennenden Mitgliedern, und unterstellten ihm zwölf Bundesreservebanken (Federal Reserve Banks) in New York, Philadelphia, Boston, Cleveland, Richmond, Atlanta, Chicago, St. Louis, Minneapolis, Kansas City, Dallas, St. Francisco, an die die National- und Staatenbanken ihrer Bezirke zwangsweise angeschlossen wurden. Für die so zusammengefaßten Banken wurden dann von Bundes wegen einheitliche Noten, die Federal Reserve Notes, ausgegeben, die zu 40 Prozent durch Gold, daneben in voller Höhe durch Wechsel zu decken waren, und deren Einlösung die Bundesregierung verbürgte. Zugleich erhielten die Nationalbanken das Recht, Wechsel zu akzeptieren, Auslandsfilialen zu errichten und auf landwirtschaftlichen Grund und Boden Darlehen zu gewähren. So diente das Gesetz ganz wie der neue Zolltarif dem doppelten Zweck, die Lage der wirtschaftlich Schwächeren im Inland zu erleichtern und den Außenhandel zu beleben. Jetzt endlich wurde ein Dollarwechsel auf dem internationalen Geldmarkt möglich, während das amerikanische Einfuhr- und Ausfuhrgeschäft bisher mit dem Sterlingwechsel hatte arbeiten müssen.

Kaum war dann diese Reform unter Dach, so kam der Präsident dem Kongreß am 20. Januar 1914 schon mit einer großen Botschaft über die Trusts, die die Schaffung einer ähnlichen Aufsichtsbehörde verlangte, wie sie für die Bahnen in der Interstate Commerce Commission bestand, und es gelang ihm wirklich, die Einrichtung einer solchen „Handelskommission" durchzusetzen. Auch eine Verbesserung des Loses der Arbeiter lag ihm am Herzen. In seiner Antrittsrede hatte er ernst gesagt: „Wir sind stolz gewesen auf unsre industriellen Leistungen, aber wir haben bisher den Menschenwert nicht hoch genug angeschlagen, den Wert der ausgelöschten Menschenleben, der überbürdeten und zusammengebrochenen Existenzen." Die populären Forderungen des allgemeinen und unbedingten Verbots der Kinderarbeit, der Entschädigung bei Unfällen, ja selbst des Achtstundentages erschienen ihm berechtigt und dringend. Doch währte es bis zum September 1916, daß sie in einer Reihe von Gesetzen Erfüllung fanden.

Denn inzwischen hatten Aufgaben der äußeren Politik sehr stark von denen der inneren abgelenkt. Auswärtige Politik war an sich nicht Wilsons Feld. Er hatte sich nie eingehend mit ihr beschäftigt. Wie den meisten seiner Landsleute fehlte ihm eine klare Vorstellung der großen Weltverhältnisse und der besonderen Bedingungen, unter denen die einzelnen Großmächte lebten. Einen Berater, der den Mangel hätte ausgleichen können, besaß er nicht. Um eine Dankesschuld der Partei gegen ihren langjährigen Führer abzutragen, hatte er Bryan, also auch einen völligen Dilettanten in diplomatischen Dingen, zum Staatssekretär gemacht. Trotzdem meinte er nicht nur, die Geschicke der eigenen Nation ersprießlich leiten, sondern der ganzen Völkerfamilie Gutes tun zu können. Denn, setzte er auseinander, wenn die Welt täglich komplizierter werde und deshalb niemand sich rühmen dürfe, sie ganz zu verstehen, so gebe es glücklicherweise einige einfache Dinge in ihr; dazu gehörten Überzeugungstreue, Ehrlichkeit und Gerechtigkeitsliebe. Mit einer Entschiedenheit, wie es seit Gladstone kein leitender Staatsmann mehr getan hatte, stellte er die auswärtige Politik unter die Regeln der inneren. Ausdrücklich sagte er, er würde sich der Sterne und Streifen schämen, wenn unter ihnen außerhalb Amerikas jemals etwas geschähe, was man innerhalb Amerikas nicht zulassen würde. Im Gegenteil, die Vereinigten Staaten sollten den Gedanken des Rechts in der Welt draußen zu vermehrter Geltung bringen und die seiner Meinung nach nicht mehr ferne Zeit heraufführen helfen, wo das Licht der Gerechtigkeit Gottes ungetrübt strahle. Sei nicht die Nation seiner Zeit geschaffen worden, um für die Menschenrechte einzutreten? Schon in einer Ansprache in der Unabhängigkeitshalle in Philadelphia am Unabhängigkeitstage (4. Juli) 1914 bekannte er mit Worten, die in etwas anderer Form in den nächsten Jahren immer wiederkehren sollten: „Mein Traum ist, daß auch die Welt, wenn die Jahre hingehen und sie immer mehr von Amerika weiß, an seinen Quellen Jugend und Erneuerung trinken und sich die sittlichen Eingebungen, auf die sich jede Freiheit gründet, von Amerika holen wird. Daß die Welt niemals Amerika fürchten wird, es sei denn, daß sie etwas tut, was mit den Rechten der Menschheit unverträglich ist. Und . . . daß Amerika hoch das Licht emporhält, das über alle Generationen hinwegleuchten und den

Fuß der Menschheit zu dem Ziele der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Friedens führen wird."

Bloße schöne Phrasen waren das nicht. Dafür besaß man bereits einige Beispiele. Unter Taft war im August 1912 ein Gesetz über den Panamakanal ergangen, das den amerikanischen Schiffen, soweit sie in der Küstenschiffahrt verkehrten, Gebührenfreiheit gewährte. Diese Bevorzugung der einheimischen Reedereien stand in offenkundigem Widerspruch zu den Festsetzungen des Hay-Pauncefote-Vertrages von 1901 (vgl. S. 206) und rief deshalb den entschiedenen Einspruch Englands hervor. In der amerikanischen Öffentlichkeit und im Kongreß war viel Neigung, sich darüber mit sophistischen Interpretationen oder gar mit dem Hinweis auf das dem Vertrag vorgehende Interesse des Landes fortzusetzen. Wilson aber vertrat nach einigem Überlegen den Standpunkt, daß man die Ehre und den guten Namen der Vereinigten Staaten höher stellen müsse als Rücksichten des Geschäftsvorteils, und wirkte darauf hin, daß die umstrittene Bestimmung am 15. Juni 1914 aufgehoben wurde. In auffälligster Form ohne Scheu vor dem sicheren Tadel weiter Kreise warf er seinen ganzen Einfluß für die unpopuläre Sache in die Wagschale.

Nach der gleichen Richtung lag es, daß er den noch immer nicht erledigten Einspruch Colombias gegen die rechtswidrige Bildung der Republik Panama durch einen Vertrag zu beseitigen suchte, der Colombia das Bedauern der Union aussprach und eine Entschädigung von 25 Millionen Dollar bewilligte. Auch hier hatte er das Recht unbedingt für sich, mochte immer der Senat die Bestätigung verweigern und ein Teil der Presse sein Vorgehen als unamerikanisch verwerfen. Angreifbarer schon, obgleich von denselben idealistischen Beweggründen bestimmt, war seine Politik in China. Als er zur Regierung kam, lag ein großer Plan vor, nach dem Deutschland, England, Frankreich, Japan, Rußland und Amerika China eine Riesenanleihe gewähren und dafür natürlich weitgehende Kontrollrechte erhalten sollten. Man meint, daß das Abkommen für China ein Segen gewesen wäre und zugleich durch die Begründung eines großen gemeinsamen Interesses den längst bedrohten Frieden unter den Weltmächten erfolgreich hätte stützen können. Wilson aber, in der Vorstellung, daß die Rechte Chinas vergewaltigt würden,

hielt die amerikanische Großfinanz zurück*) und brachte dadurch die ganze Kombination, an die sich, wie es scheint, namentlich in Deutschland große Hoffnungen knüpften, zum Scheitern.

In Amerika erregte das begreiflicherweise nicht gar so viel Aufsehen. Das Interesse wurde zu stark durch Dinge in Anspruch genommen, die sehr viel näher: jenseits der mexikanischen Grenze lagen. Von Mexiko hatte man seit dem verunglückten Experiment mit dem Kaiserreich Maximilians in den Vereinigten Staaten gar so viel nicht gehört. 1876 war es einem Mann indianischen Stammes, dem General Porfirio Diaz, gelungen, die Präsidentschaft zu gewinnen, und er hatte dann, immer wiedergewählt, mit einer ganz kurzen Unterbrechung als faktischer Diktator geschaltet. Natürlich klebte an seiner Herrschaft mancherlei Blut und Schmutz. Mit reinen Händen läßt sich ein Land wie Mexiko schwer regieren. Aber er sorgte für eine Art äußerer Ordnung, unter der die Republik zu bedeutender wirtschaftlicher Blüte kam. Das ausländische Kapital faßte zunehmendes Vertrauen, namentlich englische und französische Gelder wurden in großem Umfang in Eisenbahn- und Bankgründungen angelegt; aber auch amerikanische Großunternehmer durften sich betätigen. Besonders die Ausbeutung der reichen Petroleumschätze des Landes lag größerenteils in ihren Händen. Man war in Wallstreet wie in Washington mit Diaz lange ganz zufrieden. Noch als 1908 der Harvard-Professor Coolidge sein ausgezeichnetes Werk über die Vereinigten Staaten als Weltmacht schrieb, sprach er lobend von der energischen Regierung des Präsidenten und dem vorzüglichen Verhältnis zu der Union. Unmittelbar danach jedoch trat eine Änderung ein. Diaz gewährte dem durch amerikanischen Einfluß gestürzten Präsidenten von Nicaragua Aufnahme. Er vergab die Nutzung einiger neuentdeckter Öllager an die englische Pearson-Company statt an den Standard Oil Trust, erlaubte derselben Gesellschaft den Bau und Betrieb einer Eisenbahn durch den Isthmus von Tehuantepec, die eine unbequeme Konkurrenz für den Panamakanal werden mußte, und weigerte sich, die gewohnten Schießübungen der amerikanischen Flotte in der Magdalenabai länger zuzulassen. Man meinte, daß er nicht nur mit England,

*) Später, im November 1916, wurde China dann durch eine Chicagoer Bank eine große Anleihe gewährt, ohne daß es politische Zugeständnisse hätte machen müssen.

Frankreich und Deutschland, sondern auch mit Japan liebäugele. Die Folge war, daß sogleich, namentlich wohl von seiten des Öltrusts, Intrigen gegen ihn einsetzten. Es gelang, einen der Großen des Landes, Madero, 1910 zu einer Erhebung aufzuputschen, die dann auf alle Weise durch Waffen, Geld, Preßpolemik unterstützt wurde, und im Mai 1911, unmittelbar nach seiner achten Wiederwahl, mußte der greise Präsident das Land verlassen, das ihm so vieles verdankte, um am 2. Juli 1915 in Paris zu sterben. Madero trat an seine Stelle. Aber der neue Herr vermochte sich nicht wirklich durchzusetzen. Überall loderte der Aufstand gegen ihn auf. Das Land versank in Anarchie. Nach dreiviertel Jahren schon, im Februar 1913, wurde er nach einem Straßenkampf in der Hauptstadt Mexiko selbst gefangen genommen und einige Tage später, angeblich bei einem Fluchtversuch, erschossen. Der Führer der Aufständischen, Huerta, Indianer wie Diaz, ergriff als vorläufiger Präsident die Gewalt. Huerta war ein fähiger und energischer Mensch. Man traute ihm zu, daß er mit eiserner Hand die Ordnung wiederherstellen würde. Die europäischen Regierungen und Japan machten keine Schwierigkeiten, ihn anzuerkennen. Auch die amerikanische hätte sich wahrscheinlich unter gewissen Bedingungen dazu bequemt, wenn Taft an der Spitze geblieben wäre. Wilson aber betrachtete die Frage rein von seinem abstrakten Rechtsstandpunkt aus. Huerta erschien ihm als Mörder und Usurpator, dem gegenüber es gelte, die verletzte Rechtsordnung wiederherzustellen und die Freiheit und Selbstbestimmung des mexikanischen Volks zu wahren. Vergebens trat der ordentliche Botschafter in Mexiko, Henry Lane Wilson, eifrig für Huerta ein. Der Präsident berief ihn ab und stellte die Forderung, daß Huerta bei der für den Oktober anberaumten Wahl nicht kandidieren dürfe. Zugleich begünstigte er eine aufständische Partei der sogenannten Verfassungstreuen unter Venustiano Carranza, die sich im Norden des Landes an der amerikanischen Grenze gebildet hatte. Schon in der Jahresbotschaft vom Dezember 1913 schlug er einigermaßen kriegerische Töne an, und im April 1914 ließ er auf Grund eines nicht sehr bedeutenden Zwischenfalles mit amerikanischen Matrosen in Tampico nach kurzer, sehr unnachgiebig geführter Verhandlung die wichtige Hafenstadt Veracruz besetzen, namentlich wohl, um Huerta die Zolleinnahmen abzuschneiden und die Waffeneinfuhr zu erschweren. Man erwartete außerhalb der

Union ziemlich allgemein, daß bald der offene Krieg folgen werde, auch amerikanische Zeitungen sprachen von der Notwendigkeit, Mexiko zu erobern und einzuverleiben. Dem Präsidenten aber lag solch Gedanke fern. Schon im Oktober 1913, in einer programmatischen Rede auf dem Südlichen Handelskongreß in Mobile hatte er unzweifelhaft ehrlich gesagt, daß die Vereinigten Staaten niemals mehr versuchen würden, einen Fußbreit Landes durch Eroberung an sich zu bringen. Sein Sinn stand auf friedliche Ausdehnung des wirtschaftlichen und politischen Einflusses der Union über das romanische Amerika, das europäischer Einwirkung möglichst entzogen werden sollte, und er sah natürlich, daß ein Krieg gegen Mexiko in Südamerika tief und dauernd verstimmen müsse. Deshalb nahm er zur Überraschung vieler ohne Zögern an, als sogleich nach der Besetzung von Veracruz die drei größten südamerikanischen Republiken Argentinien, Brasilien, Chile, die sogenannten ABC-Staaten, ihre Vermittlung boten (25. April). Am 20. Mai trat auf kanadischem Boden in Niagarafalls eine Friedenskonferenz zusammen. Sie verhinderte wirklich, daß es zu weiteren Feindseligkeiten zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko kam: Veracruz wurde bis zum November 1914 wieder geräumt. Dagegen gelang es ihr nicht, eine allen Teilen annehmbare Formel für die Beendigung der innermexikanischen Streitigkeiten zu finden. Wilson erlebte den persönlichen Triumph, daß Huerta am 15. Juli das Land verließ. Aber die Unruhen dauerten unter großer Vernichtung von Menschenleben und Gütern fort, und als der von Amerika begünstigte Carranza im November als Sieger in Mexiko einzog, ergab sich bald, daß er mindestens nicht bequemer war als Huerta. Wilson hatte weder für die besonderen amerikanischen Interessen noch für Recht und Menschlichkeit das geringste erreicht, sondern nur unsägliches Elend über das mexikanische Volk bringen helfen, als dessen Freund er doch überzeugt war, gehandelt zu haben. Einige Zeitungen zollten ihm Lob als einem andern Lincoln. Im allgemeinen aber höhnte man über seinen erhabenen Dünkel und fand, daß seine Politik durch eine merkwürdige Mischung von Starrsinn in der Zielsetzung und Unsicherheit, ja Inkonsequenz in der Wahl der Mittel charakterisiert sei. Als die Alumnen der Harvard-Universität im Juli 1914 ihr Schlußbankett feierten, führten sie einen neuen Tanz, den Wilson-

slide, auf: einen Schritt vorwärts, zwei Schritt rückwärts, Pause, Schritt zur Seite.

Um diese Zeit bereiteten sich in Europa Ereignisse vor, denen gegenüber die Fehler des Präsidenten in ganz ähnlicher Art, nur mit noch unendlich viel unheilvolleren und weiter reichenden Folgen zutage treten sollten. Am 23. Juli ließ Österreich das bekannte Ultimatum an Serbien ergehen. Am 1. August war der Krieg Rußlands und Deutschlands, am 4. August der Weltkrieg eine Tatsache.

Die Dinge entwickelten sich mit so atemraubender Schnelligkeit, daß für die Vereinigten Staaten kaum eine Möglichkeit war, das Verhängnis zu wenden. Ein auf eigene Hand unternommener ganz unbestimmter Schritt des amerikanischen Botschafters in Berlin, Gerard, am 30. Juli ist alles, was an Versuchen nach dieser Richtung bekannt geworden ist.

Als dann der Krieg da war, erklärte Wilson natürlich die Neutralität der Union. Eine andere Haltung war zunächst im Ernst nicht denkbar, obwohl einige Heißsporne wegen der Verletzung der belgischen Neutralität schon jetzt eine Parteinahme forderten. Es konnte geschehen, daß England wie Deutschland die Interessen ihrer Untertanen dem Schutz der Vereinigten Staaten als der größten neutralen Macht empfahlen.

Aber die Stellung der Amerikaner gegenüber den Kämpfenden war doch von vornherein nicht wirklich unparteiisch.

Zu Deutschland befand sich gerade der sozial und kulturell einflußreichste Teil des Volkes, der angelsächsische, seit langem in einem gewissen Gefühlsgegensatz. Es war zwar nicht ganz vergessen, daß sowohl beim Unabhängigkeitskrieg wie namentlich beim Bürgerkrieg die Deutschen in der alten und in der neuen Welt zum guten Ausgang wesentlich beigetragen hatten. Auch fehlten weder kulturelle noch geschäftliche Beziehungen. Nicht wenige Amerikaner holten sich ihre Wissenschaft an deutschen Universitäten oder reisten zu Handels- oder Vergnügungszwecken in deutschen Landen. Andererseits Millionen Deutscher waren im Laufe der Zeit nach Amerika hinübergegangen; allein im 19. Jahrhundert 5 009 280. Aber diese Deutschamerikaner wirkten doch nicht recht als Bindeglied zwischen ihrer alten und neuen Heimat. Politisch besaßen sie keinen ihrer Zahl entsprechenden Einfluß, obwohl in den letzten Jahren seit 1900

durch Gründung des Deutschamerikanischen Nationalbundes mit zuletzt eineinhalb Millionen Mitgliedern ein nicht unwichtiger Anfang gemacht war, und sozial wurden sie, so nützliche Bürger sie überwiegend waren, von den alteingesessenen Amerikanern nur zu gern über die Achsel angesehen. Man warf ihnen ihre Formlosigkeit vor, ihre geselligen Trinksitten und die angeblich weniger rücksichtsvolle Behandlung der Frau. Als Säufer und Frauenprügler wurden sie nicht ungern dem Gespött oder der Verachtung preisgegeben. Vom Deutschen Reich redete man mit mehr Respekt. Namentlich sein gewaltiger industrieller Aufschwung imponierte. Aber in die Bewunderung mischte sich selbst hier ein gut Teil Konkurrenzneid. Und sonst vollends waren es mehr Gefühle der Sorge und des Argwohns als der Liebe, die das rasche Wachstum Deutschlands erweckte. Durchaus ohne Verständnis für das Staatsideal Bismarcks und Wilhelms II. sah man das Reich als eine Art Militärdespotie an, die das freie Menschentum im eigenen Volk nicht aufkommen lasse und bei andern Völkern gefährde. Wenn man immer den Gegensatz amerikanischen und europäischen Wesens stark betont und empfunden hatte, so erschien jetzt das deutsche Wesen gleichsam als die gesteigertste Form dieses europäischen, und die Furcht war, daß es unter Verletzung der Monroedoktrin versuchen werde, nach Amerika überzugreifen. Wiederholt schon hatte man mehr oder minder ernste Zusammenstöße mit der deutschen auswärtigen Politik gehabt. Ende der achtziger und auch Ende der neunziger Jahre wegen der Samoainseln, die schließlich geteilt wurden, 1898 anläßlich der Anwesenheit des deutschen Geschwaders bei den Philippinen, 1900 über die Strafexpedition gegen die Boxer, 1902/3 wegen der Aktion gegen Venezuela. Namentlich die letzte hatte in Amerika das peinlichste Aufsehen erregt. Man meinte darin den Beweis zu haben, daß der deutsche Kaiser sich in Südamerika eine Herrschaft gründen wolle, für die außer Venezuela noch Brasilien mit seiner in einigen Provinzen sehr starken deutschen Ansiedlerschaft einen günstigen Boden zu bieten schien. Nun war von Deutschland manches versucht worden, um solchen Argwohn zu beschwichtigen. Gerade der Kaiser hatte sich die offenkundigste Mühe um die Gewinnung Amerikas gegeben. Manche seiner Maßregeln, wie die Sendung des Prinzen Heinrich im Winter 1902 und der regelmäßige Professorenaustausch zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten, hatten auch ganz günstig

gewirkt, während das Geschenk einer Statue Friedrichs des Großen als taktlos empfunden wurde. Schlecht war das Verhältnis der beiden Völker und Regierungen nicht. Aber ein rechtes Verstehen und Vertrauen fehlte; noch in der letzten Zeit hatte es einen üblen Eindruck gemacht, daß Deutschland der Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung gar so kühl und tatsächlich ablehnend gegenüberstand. Amerika, namentlich das junge, überwiegend von Frauen erzogene Amerika war pazifistisch. Unbeschadet der eigenen imperialistischen Pläne gewann der Gedanke des organisierten Weltfriedens eine stets größere und überzeugtere Anhängerschaft. Auch die Regierungen Tafts und erst recht Wilsons bekannten sich zu ihm. Wenn nun Deutschland widerstrebte, so schien die Deutung naheliegen, daß es kriegerische Hintergedanken habe. Von deutschamerikanischer Seite war die Gefahr klar erkannt. Man hatte in Berlin gewarnt und gemahnt. Aber der Erfolg war ausgeblieben.

Andererseits die Mächte der Entente hatten sich jederzeit bemüht, den amerikanischen Friedensbestrebungen Entgegenkommen zu zeigen. Überhaupt verstand man sich dort weit besser auf die Behandlung der amerikanischen Volksseele, und ohnehin war wenigstens für Engländer und Franzosen der Weg zu ihr leichter. Für Frankreich bestand noch von der Zeit des Unabhängigkeitskrieges her eine ausgesprochene Liebe, die sich seit der endgültigen Annahme der republikanischen Staatsform durch die Franzosen womöglich noch vertieft hatte. Lafayette war kaum weniger populär als Washington. 1908 wurde festgestellt, daß in den Vereinigten Staaten ein Berg, fünf Grafschaften, neunundzwanzig Bezirke, Hunderte von Straßen und eine Universität den Namen des französischen Freiheitshelden trugen, und sein Reiterstandbild im Garten der Tuilerien hatte von den Spargroschen amerikanischer Schulkinder errichtet werden können. Sehr viele Amerikaner sahen es dort. Denn Paris war eines der beliebtesten Reiseziele. Mindestens für Mode und bildende Kunst suchte man sich in der französischen Hauptstadt gern seine Muster. Politische und geschäftliche Beziehungen ergaben sich in geringerem Maß. Aber eben, weil das Geschäftliche nicht stark hervortrat, blieben die Gefühle ungestört. Sehr viel verwickelter und schwankender war das Verhältnis zu England. Dieselben Erinnerungen, die zu Frankreich hinführten, mußten von England eigentlich abziehen. Man hatte zwei der fünf Kriege, die die amerikanische Ge-

schichte bis dahin aufwies, gegen England ausgefochten, in einem dritten, dem Bürgerkrieg, die indirekte Gegenwirkung des britischen Kabinetts erfahren. Noch jetzt bestanden starke Interessengegensätze in Ostasien, in Mittel- und Südamerika, wegen Kanadas. Eigentlich solange es eine amerikanische Diplomatie gab, war es ihre Hauptaufgabe gewesen, sich irgendwie über irgend etwas mit England herumzustreiten. Eine statistische Übersicht der amerikanischen Staatsverträge weist sechsundachtzig mit England abgeschlossene Konventionen auf gegen dreiunddreißig mit Frankreich und fünfzehn mit Preußen-Deutschland. Aber aus diesen Zahlen erhellt doch zugleich, wie stark England und Amerika aufeinander angewiesen waren. Die uranfängliche geschäftliche und kulturelle Abhängigkeit vom Mutterlande wirkte immer noch nach. Sie war im Westen, im Mississippital oder gar an der pazifischen Küste, nicht so stark wie im Osten, wo man scherzte, die New Yorker schlügen sich die Hosen auf, wenn es in London regne, und die Bostoner niesten, wenn der König von England eine Prise nehme. Aber vorhanden war sie überall, dafür sorgte schon die gemeinsame Sprache und die gemeinsame Grundlage des Rechts- und Gesellschaftslebens. Gerade neuerdings seit dem spanisch-amerikanischen Krieg betonte man auf beiden Seiten des Wassers gern diese Zusammenhänge. Das Ideal der angelsächsischen Gemeinbürgschaft gewann an Herrschaft über die Gemüter. Noch im September 1910 anläßlich eines Flottenbesuches in England hatte Admiral Sims in einer Festrede gesagt, es sei seine persönliche Meinung, daß, wenn je eine Zeit käme, wo das britische Reich von einem äußeren Feind bedroht werde, es auf jeden Mann, jeden Dollar, jeden Blutstropfen der Stammverwandten jenseits des Ozeans rechnen könne.

So wären bei einem deutsch-englischen Kriege die Sympathien weiter und einflußreicher Kreise immer auf seiten Englands gewesen. Und hinzu kam jetzt, daß die Umstände, unter denen der große Kampf begann, für Deutschland im höchsten Maße belastend schienen. Deutschland trug nicht nur das Odium des Friedensbrechers, es leitete den, wie man meinte, frevelhaft entfesselten Krieg überdies mit der Vergewaltigung Belgiens ein, dessen Neutralität in feierlichsten, von ihm selbst unterschriebenen Verträgen verbürgt war. Dieser Vertragsbruch und die ungeschickte Art, wie der im Grunde selbst nicht einverstandene deutsche Reichskanzler ihn zu

entschuldigen suchte, mußte die von der Idee des formalen Rechts erfüllten Amerikaner unweigerlich gegen die deutsche Sache einnehmen. Die Verletzung der belgischen Neutralität war das Argument, gegen das keine deutsche Propaganda aufkommen konnte. Wo die Liebe für Frankreich und die enge Verbindung mit England etwa noch nicht genügten, um eine deutschfeindliche Stimmung zu erzeugen, tat das Mitleid mit dem armen Belgien das übrige, zumal die englischen und französischen Zeitungen alsbald entsetzliche Dinge über die „belgischen Greuel" mitzuteilen wußten, die gleichermaßen zu der amerikanischen Sensationslust und der amerikanischen Sentimentalität sprachen. Gewiß fehlte es in einer so bunt zusammengesetzten Bevölkerung wie der der Vereinigten Staaten nicht an Parteigängern der Mittelmächte. Natürlich die Deutschamerikaner, aber auch der größere Teil der Juden und der Iren gehörten dazu. Außerdem machte es in den Staaten der Westküste einen der Entente ungünstigen Eindruck, daß Japan auf deren Seite in den Kampf eingriff. Aber wenn man in Berliner Regierungskreisen von der japanischen Kriegserklärung geradezu eine Annäherung der Union an Deutschland gehofft hatte, so war das eine freundliche Illusion wie so viele andere. Die überwiegende Mehrzahl der politisch einflußreichen Amerikaner, insbesondere fast die ganze Intelligenz der östlichen Staaten, blieb bei einer leidenschaftlichen und unduldsamen Parteinahme für die Gegner Deutschlands.

Auch bildete sich neben dem gefühlsmäßigen sehr bald ein geschäftliches Interesse am Sieg der Entente heraus. Die Verbandsmächte hatten für ihre Heere einen gewaltigen Bedarf an Lebensmitteln, Pferden, Ausrüstungsgegenständen, vor allem Munition und Waffen, den die Produktion ihrer eigenen Länder nicht voll decken konnte. Da sie nun dank der englischen Flotte die See beherrschten, lag es nahe, das Fehlende aus Amerika zu ergänzen, und in Amerika begrüßte man die Aufträge mit um so mehr Freude, als das Geschäft infolge des neuen Zolltarifs vor dem Krieg sehr schlecht gegangen war und in den ersten Wochen des Krieges vollends zu stocken gedroht hatte. In stets wachsendem Maße stellte sich die amerikanische Industrie auf die Lieferungen an die Verbandsmächte ein. Schon um die Jahreswende wurde berechnet, daß wöchentlich für 70 Millionen Dollar Kriegsmaterial ausge-

führt würde. Jedenfalls waren die Ausfuhrziffern, die anfangs einen empfindlichen Rückgang gezeigt hatten, wieder in ständigem Steigen. Die Kriegslieferungen wandten die sonst unvermeidliche Wirtschaftskrisis ab. Wegen der Bezahlung brauchte man zunächst nicht in Sorge zu sein. England hatte gewaltige Guthaben in Amerika, man sprach, allerdings wohl übertreibend, von vier Milliarden Dollar. Auf die Dauer aber würden selbst diese nicht genügen. Es ließ sich voraussehen, daß Darlehen an die Verbandsmächte notwendig werden würden, deren Sicherheit dann natürlich von einem für die Schuldner günstigen Ausgang des Krieges abhing.

Kriegslieferungen für Deutschland in größerem Umfange verboten sich dadurch, daß seine Feinde die Seewege sperrten. Ja, sogar der Handel in anderen Waren wurde mehr und mehr abgeschnürt. Von Juni 1914 bis Februar 1915 ging die Ausfuhr nach Deutschland gegen die gleichen Monate im Vorjahre von 263 auf 29 Millionen Dollar zurück und die nach Österreich von 16 auf 1¼, wobei freilich nicht übersehen werden darf, daß der Verkehr mit den benachbarten neutralen Ländern: namentlich Dänemark und Schweden, beträchtlich stieg. In Deutschland hatte man vielfach erwartet, daß sich Handel und Schiffahrt der Mittelmächte unter amerikanische Flagge würden flüchten können. Am Ende war es überlieferte Politik der Union, für die Freiheit der Meere einzutreten. 1812 hatte sie deswegen Krieg mit England geführt. Lag es außer der Möglichkeit, daß sich auch jetzt aus diesem Anlaß schließlich ein Konflikt zwischen den beiden angelsächsischen Völkern entwickelte? Nun machte die amerikanische Regierung wirklich einen schüchternen Anlauf, um für das Recht der friedlichen Schiffahrt einzutreten. Schon am 6. August fragte der Staatssekretär Bryan in gleichlautenden Noten bei den Kriegführenden an, ob sie willens seien, nach der Londoner Erklärung von 1909 zu verfahren, die über Blockade, Durchsuchung, Prisenrecht, Konterbande vergleichsweise sehr freisinnige Grundsätze aufgestellt hatte. Die Londoner Erklärung war von den Vertretern aller Großmächte durchberaten und unterzeichnet worden. Aber der Widerspruch des englischen Oberhauses hatte verhindert, daß sie ratifiziert, also anerkanntes Recht wurde. Auch jetzt gab England eine ausweichende Antwort. Es wahrte sich das Recht, Änderungen und Zusätze zu machen, die es für notwendig

halte, um die Operationen zur See wirksam zu führen. In Washington nahm man sich einige Zeit, darüber nachzudenken. Am Ende beruhigte man sich vorläufig dabei. Am 22. Oktober erging eine neue Note, die sich auf den Standpunkt zurückzog, daß die Rechte und Pflichten der Vereinigten Staaten und ihrer Bürger im gegenwärtigen Krieg durch die bestehenden Regeln der internationalen Gesetze und der Verträge der Vereinigten Staaten, ohne Rücksicht auf die Londoner Deklaration, umschrieben würden. Für jeden Fall der Verletzung und Behinderung amerikanischer Rechte wurde Protest oder Anfrage vorbehalten.

Schon dies erste Zurückweichen ließ, obwohl es noch nichts entschied, doch erwarten, daß die Union den englischen Maßregeln zur Erdrosselung des deutschen Außenhandels nicht ernstlicher entgegentreten würde, und überhaupt hatte sich ja längst gezeigt, daß wie der einflußreichere Teil des amerikanischen Volkes auch die amerikanische Regierung mit ihrem Herzen im Lager der Entente war. Gewiß bemühte sich Präsident Wilson um eine unparteiische Haltung. Unaufhörlich mahnte er mit feierlichen Worten zu einer Neutralität nicht nur der Handlungen, sondern auch der Gedanken. Die Amerikaner, die aus allen Völkern zusammengewachsen seien, müßten sie alle verstehen, nicht Parteigänger sein, sondern Herolde und Propheten einer neuen Zeit. Aber die Vorstellung, die er von dieser neuen Zeit des Völkerrechts, der Völkerfreiheit und des Völkerbundes hatte, war weit mehr in Harmonie mit dem englischen als mit dem deutschen Denken. Sie mochte sich erfüllen bei einem unentschiedenen Ausgang des großen Ringens und vielleicht auch bei einem Sieg der Entente. Ein Sieg Deutschlands versperrte nach seiner Meinung den Weg dazu, warf die Welt zurück unter die Herrschaft einander bekämpfender und die Völker knechtender autokratischer Regierungen.

Eine erste noch vorsichtige Offenbarung dieser Auffassung war die Antwort, die er auf eine Beschwerde des deutschen Kaisers über Völkerrechtswidrigkeiten in der Kriegführung der Feinde Deutschlands im September erteilte. Sie gab sich als von Wohlwollen und Neutralität diktiert. Der Präsident erklärte, wie ein Freund zum Freunde zu sprechen. Aber im Kernstück hieß es mit Worten, die keinen freundlichen Klang oder Sinn hatten: „Ich bete zu Gott, daß dieser Krieg recht bald zu Ende sein möge. Der Tag der

Abrechnung wird dann kommen, wenn, wie ich sicher bin, die Nationen Europas sich vereinigen werden, um ihre Streitigkeiten zu beendigen. Wo Unrecht begangen ist, werden die Folgen nicht ausbleiben, und die Verantwortlichkeit wird den Schuldigen auferlegt werden. Die Völker der Erde haben sich glücklicherweise auf den Plan geeinigt, daß solch eine Abrechnung und Einigung stattfinden muß. Soweit jedoch ein solcher Plan unzureichend ist, wird die Meinung der Menschheit als letzte Instanz in all solchen Angelegenheiten ergänzend eingreifen."

Das war das Programm des Rechtsfriedens mit Bestrafung der Schuldigen und eine leise Hindeutung, daß bei der endgültigen Abrechnung unten den Völkern der Erde auch das amerikanische werde mitzureden haben, um die Stimme der Menschheit zu Gehör zu bringen.

Eine Teilnahme am Krieg freilich kam für den Präsidenten auch jetzt noch nicht in Frage. Während einzelne Republikaner, namentlich Roosevelt, bereits eine lärmende Agitation für Verstärkung der Rüstungen trieben, lehnte er noch in der Jahresbotschaft vom 8. Dezember mit tadelndem Seitenblick auf solche „nervösen und aufgeregten Leute" ausdrücklich ab, Amerika nach europäischem Muster in ein Heerlager zu verwandeln oder auch nur die Kriegsflotte in größerem Umfang auszubauen. Vielmehr sei die Aufgabe des amerikanischen Volkes, den Friedens- und Freundschaftsgedanken zu verkörpern. „Wir sind die Vorkämpfer des Friedens und der Einigkeit, und auf diese Auszeichnung, die wir zu verdienen getrachtet haben, sollten wir sehr eifersüchtig sein. Gerade jetzt sollten wir besonders eifersüchtig auf sie acht geben, weil es unsere liebste Hoffnung ist, daß uns dieser Charakter und Ruf, so Gott will, bald eine Gelegenheit geben wird, den Frieden in der Welt und eine Versöhnung und Gesundung vieler Elemente zu beraten und zu bewerkstelligen, die die Freundschaft unter den Nationen abgekühlt und unterbrochen haben." Auch früher schon hatte er die Regierungen wiederholt, zuerst gleich am 5. August, wissen lassen, daß er jederzeit bereit sei, als Vermittler zu dienen.

Aber für solche Vermittlung war nun doch die Lage noch lange nicht reif. Der große Krieg war noch in seinem Anfang. Keins der Probleme, die er aufgeworfen hatte, war durch die Waffen entschieden. Beide Teile hofften, den vollen Sieg zu erringen. Wohl

tauchten gelegentlich Gerüchte von Verhandlungen auf, und es wurde auch wohl hier und da unverbindlich hin und her gesprochen. Aber irgendwelche Bedeutung hatte solches Friedensgeraune und -gerede nicht. Das Völkerringen ging auf dem Festland mit unverminderter Heftigkeit fort und nahm auf dem Meer Formen an, bei denen sogleich die Erinnerung an den gewaltigen Kampf zwischen England und Frankreich vor einem Jahrhundert auftauchte.

Damals hatten sich die Gegner, indem England voranging, immer mehr in Willkür und Frevel hineingesteigert, bis zuletzt von den Rechten der Neutralen nichts mehr übrig blieb. Auch jetzt machte England den Anfang. Es verfuhr durchaus nach dem Grundsatz des alsbald zum Ersten Seelord erhobenen Admirals Lord Fisher, daß das Wesen des Krieges Gewalt und Mäßigung im Kriege Schwachsinn sei. Nicht nur die Londoner Deklaration, sondern auch die Haager Abmachungen von 1907, ja die Pariser Seerechtsdeklaration von 1856 wurden mit wachsender Rücksichtslosigkeit beiseite geschoben. Man dehnte den Begriff der relativen und absoluten Konterbande eigenmächtig aus, man beschlagnahmte oder zensurierte doch rechtswidrig die Post auf neutralen Schiffen und übte das an sich unbestreitbare Recht auf Prüfung der Schiffspapiere und Ladungen mit dem ungerechtfertigten Ziel, allen Verkehr, auch zwischen neutralen Häfen, von sich abhängig zu machen. Damit die Kontrolle leichter durchgeführt werden könnte, verkündete die Admiralität am 3. November, daß „infolge der willkürlichen Minenlegung durch deutsche Schiffe" die ganze Nordsee als Kriegsgebiet angesehen werden müsse, und riet allen nach Norwegen, der Ostsee, Dänemark und den Niederlanden bestimmten Handelsschiffen, durch den Ärmelkanal nach Dover zu gehen, wo ihnen sichere Wege angegeben werden würden. Die eingestandene Absicht von alledem war, über die Mittelmächte eine faktische Blockade zu verhängen. Der Feind sollte durch Hunger und Rohstoffmangel zur Kapitulation gezwungen werden. Daß Deutschland sich das nicht einfach gefallen ließ, war klar. Proteste halfen nicht. Die Schlachtflotte konnte der englischen die Seeherrschaft kaum streitig machen. Dafür glaubten die Marinekreise, in den Unterseebooten eine Waffe zu besitzen, die, richtig gehandhabt und entwickelt, England seinerseits noch viel vollständiger und sicherer von aller Zufuhr abschneiden würde. Seit Anfang November

wurde der Plan einer Unterseebootblockade der britischen Inseln im deutschen Hauptquartier erwogen, und am 4. Februar 1915 gewann er Gestalt. Eine Bekanntmachung des Admiralstabs erklärte die Gewässer rings um Großbritannien und Irland einschließlich des gesamten englischen Kanals für Kriegsgebiet und stellte in Aussicht, daß vom 18. Februar an jedes dort angetroffene feindliche Kauffahrteischiff zerstört werden würde. Auch neutrale Schiffe seien gefährdet, da es angesichts des von der britischen Regierung gerade kurz vorher (31. Januar) angeordneten Mißbrauchs neutraler Flaggen und der Zufälligkeiten des Seekrieges nicht immer vermieden werden könne, daß die auf feindliche Schiffe berechneten Angriffe neutrale Schiffe träfen.

Darin lag, wie sehr das Verhalten Englands in deutschen Augen die Maßregel begreiflich oder gerechtfertigt erscheinen ließ, vom neutralen Standpunkt eine schwer erträgliche Herausforderung. Die englischen Praktiken bedeuteten schließlich nur eine Geschäftsstörung und schlimmstenfalls einen Verlust an Gut. Auch lieferte die traurige Geschichte des Seerechts immer gewisse Präzedenzfälle. Die Anwendung der Unterseebootwaffe gegen Handelsschiffe dagegen war ein völliges Novum und ein Novum von äußerster Grausamkeit. Sie bedrohte nicht nur die Ladung, sondern das Schiff, ja nicht nur das Schiff, sondern die Besatzung. Friedliche Matrosen oder Passagiere auf friedlichen Kauffahrteischiffen mochten aus dem Hinterhalt durch einen unsichtbaren Feind fast im Augenblick zu Tode gebracht werden.

So machte die deutsche Proklamation vom 4. Februar 1915 überall in neutralen Ländern einen sehr schlechten Eindruck. In Amerika soll er panikartig gewesen sein. Denn weil doch die Vereinigten Staaten die größte neutrale Macht waren, lag auf ihnen offenbar die schwerste Verantwortung. Im amerikanischen Volk war gegen den Sommer und Herbst gerade ein gewisser Stimmungsumschlag festzustellen gewesen. Das Interesse am Krieg hatte, seit eine rasche Entscheidung nicht mehr zu erwarten war, außerordentlich nachgelassen, und soweit es bekundet wurde, zeigte sich immerhin weniger Deutschfeindlichkeit. Die großzügige Propaganda, die im deutschen Auftrage der frühere Staatssekretär Dernburg trieb, hatte, wenn sie schon nicht immer richtig berechnet war, doch unleugbare Erfolge. Ein Teil selbst der englisch geschriebenen Presse, namentlich der

große Konzern der Hearstblätter, nahm mehr und mehr die Partei der Mittelmächte. Vollends die Deutschamerikaner regten sich stark. Es gelang, eine Bewegung gegen das Waffengeschäft mit der Entente in Gang zu bringen, das als unmenschlich und kriegsverlängernd verurteilt wurde. Mitte Dezember wurden in beiden Häusern des Kongresses Anträge wegen eines Ausfuhrverbots von Waffen und Munition gestellt, und am 2. Februar gründeten Deutschamerikaner und Iren zusammen eine Neutralitätsliga mit dem erklärten Zweck, die Regierung zu wirklich neutraler Haltung zu veranlassen, den Kriegslieferungen ein Ende zu machen und dem amerikanischen Handel die freie und offene See zu sichern. Mindestens für den letzten Punkt dann hatten sie die Bundesgenossenschaft auch anderer Kreise, die an sich nicht prodeutsch waren. Denn die Handelssperre gegenüber Deutschland bedeutete für manche amerikanischen Wirtschaftsgruppen doch eine schwere, durch den vermehrten Export nach den Ententeländern nicht voll auszugleichende Schädigung. Namentlich die Baumwoll- und Kupferproduzenten klagten*), aber auch die Seeversicherungs- und Schiffahrtsgesellschaften verlangten Abhilfe.

Wilson hatte diese Stimmungen nicht ganz ignorieren können. Am 28. Dezember hatte er eine lange und ernstliche Beschwerdenote in London übergeben lassen. Aber das Aktenstück enthielt doch nur beschwörende Worte. Den Gebrauch irgendwelcher Druckmittel zog der Präsident nicht in Erwägung. Insbesondere ein Waffenausfuhrverbot erklärte er für eine unneutrale Handlung, derentwegen die Entente Amerika würde zur Verantwortung ziehen können. Er wäre entschlossen gewesen, einen bezüglichen Beschluß des Kongresses mit seinem Veto zu belegen. England sollte von Amerika aus nach Möglichkeit freie Hand haben. Die Frage war jetzt nach der Ankündigung des Unterseebootkrieges, ob er D e u t s c h l a n d ebenso gewähren lassen würde. In Berlin hatte man geglaubt, Grund zu der Hoffnung zu haben, daß die amerikanische Regierung sich mit einem mehr nur formellen Protest begnügen werde. Auch heißt es, daß in Washington wirklich einige Tage hindurch die Meinungen schwankten. Aber die endliche Entscheidung konnte bei Wilsons ganzer Geistesrichtung doch nicht zweifelhaft sein. Der Untersee-

*) Auf die Baumwollproduzenten nahm England schließlich Rücksicht, indem es eine Zeitlang, vom Dezember 1914 bis August 1915, die Einfuhr von Baumwolle nach Deutschland freigab.

bootkrieg war vollkommen unverträglich mit den Vorstellungen, die er von den Rechten der Menschen im allgemeinen und der Amerikaner im besonderen hegte. Ihn anerkennen oder auch nur hinnehmen hätte geheißen, dem deutschen Militarismus die Ideale seiner Demokratie preisgeben und womöglich dem Militarismus zum Sieg verhelfen. Lieber als das zu tun, entschloß er sich, trotz aller Friedensliebe die Verhandlungen sogleich auf eine Bahn zu schieben, an deren Ende der Krieg stehen konnte. Am 12. Februar ließ er in Berlin eine Note überreichen, die auf die sehr ernsten Folgen hinwies, die sich ergeben würden, wenn die deutschen Seestreitkräfte auf Grund der Proklamation vom 4. irgendwie Kauffahrteischiffe der Vereinigten Staaten zerstörten oder den Tod eines amerikanischen Staatsangehörigen verursachten. Die amerikanische Regierung mache die deutsche für jede solche unentschuldbare Verletzung neutraler Rechte streng verantwortlich und werde alle Schritte tun, die zur Sicherung des vollen Genusses der anerkannten Rechte auf hoher See für die Amerikaner erforderlich seien. Gleich jetzt wurde die Zusage verlangt, daß amerikanische Staatsbürger und Schiffe auch im Sperrgebiet nicht anders als im Wege der Durchsuchung belästigt werden sollten.

Damit hatte sich der Präsident sehr weit vorgewagt. Er konnte, da die öffentliche Meinung in diesem Zeitpunkt eine Kriegserklärung kaum gutgeheißen hätte, in eine peinliche Lage kommen, wenn Deutschland festblieb. Aber der deutsche Reichskanzler war selbst von vornherein kein Freund des Unterseebootkrieges, mit dem der Admiralstab ihn und den Kaiser halbwegs überrumpelt hatte. Auch meinte er sonst gerade Verwicklungen und Sorgen genug zu haben. Endlich spielten wohl Versuche einer Friedensunterhandlung hinein. So beliebte er eine Politik halben Nachgebens, die die Entscheidung zunächst in der Schwebe ließ. Die deutsche Antwort, schon vom 16. Februar, teilte mit, daß die Befehlshaber der Unterseeboote angewiesen seien, Gewalttätigkeiten gegen amerikanische Handelsschiffe zu vermeiden, soweit sie als solche erkennbar seien, und empfahl übrigens die Einrichtung von Geleitzügen. Darüber hinaus wurde der völlige Verzicht auf die neue Verwendung der Unterseebootwaffe in Aussicht gestellt, wenn die amerikanische Regierung einen Weg fände, die Beachtung der Londoner Seerechtsdeklaration durch die Verbandsmächte zu erwirken und dadurch Deutschland die

legitime Zufuhr von Lebensmitteln und industriellen Rohstoffen zu ermöglichen.

Der Gedanke einer solchen Lösung war naheliegend und gesund. Da der Unterseebootkrieg seinen Ausgang von der englischen Hungerblockade genommen hatte, mochten beide zugleich beseitigt werden. Die amerikanische Handelswelt hätte doppelt dabei gewonnen, und Wilson konnte sich deshalb der Pflicht nicht entziehen, in gleichlautenden Noten an die englische und die deutsche Regierung bestimmte Vorschläge in diesem Sinne zu machen (22. Februar). Aber in London traf er auf eine glatte Ablehnung. England fürchtete den Unterseebootkrieg zunächst gar nicht, weil es wußte, daß keine genügenden Streitmittel für seine Durchführung vorhanden waren. Andererseits durfte es gerade nach dem Verhalten Amerikas hoffen, daß Deutschland durch ihn in wachsende Schwierigkeiten mit den Neutralen geraten würde. Ein Verzicht auf die Blockade, um ihn abzuwenden, wäre als zwiefacher Fehler erschienen. Im Gegenteil, die Blockade wurde mit Berufung auf die neuen deutschen Gewaltmaßregeln verschärft. Mitte März verfügten die Verbandsmächte die Einbehaltung schlechthin aller von Deutschland kommenden oder nach Deutschland bestimmten Waren, gleichgültig auf was für Schiffen sie mitgeführt würden.

So nahm denn auch der deutsche Unterseebootkrieg seinen Fortgang, und während die diplomatische Lage ungeklärt blieb, traten, wie unvermeidlich war, durch die versehentliche Versenkung amerikanischer Fahrzeuge oder den Tod amerikanischer Bürger auf englischen Schiffen, alsbald Zwischenfälle ein, auf die die Drohungen Wilsons Anwendung fanden. Am 28. März ertrank bei der Torpedierung des englischen Passagierdampfers Falaba ein amerikanischer Staatsangehöriger. Einen Monat später (28. April) griff ein deutsches Flugzeug irrtümlich das amerikanische Schiff Cushing an. Am 1. Mai wurde die amerikanische Gulflight versenkt, wobei zwei Amerikaner umkamen, endlich am 7. Mai geschah das Tragische, daß der englische Riesendampfer Lusitania an der Südostküste Irlands einem deutschen Unterseeboot zum Opfer fiel. Von 2 160 Menschen, die mitfuhren, wurden nur 764 gerettet, zwei Drittel, darunter 114 amerikanische Männer, Frauen und Kinder, fanden ihren Tod in den Wellen. Seit dem Untergang der Titanic 1912 war eine ähnliche Schiffskatastrophe nicht dagewesen, und diesmal war sie

nicht durch die Tücke der Elemente verursacht, sondern durch das neue furchtbare deutsche Kriegsmittel. Der deutsche Botschafter in Washington hatte vor der Abfahrt in höchst ungewöhnlicher Form durch Zeitungsinserate vor der Benutzung englischer oder verbündeter Schiffe gewarnt*), und wenn sich der Unterseebootskommandant bei der Abfeuerung des Torpedos in Wirklichkeit nicht bewußt gewesen war, daß das angegriffene Schiff gerade die Lusitania sei, so mußte die Tat doch nach außenhin als vorbedacht erscheinen. In Deutschland war man geneigt, sie als Sieg zu feiern. Private Gewinnsucht ließ sogar Medaillen darauf schlagen. Zur Rechtfertigung hob man hervor, daß das Schiff Munition und andere Konterbande geladen gehabt und als Hilfskreuzer Abwehrgeschütze geführt habe. Das erste war richtig. Über 5 000 Kisten Patronen, dazu eine Menge Messing und Kupfer waren an Bord. Die Bewaffnung dagegen wurde von der Gegenseite bestritten. Und jedenfalls änderten die deutschen Feststellungen nichts an dem erschütternden Eindruck, den die Torpedierung der Lusitania in der ganzen feindlichen und neutralen Welt machte. Gerade auch in Amerika war die Aufregung ungeheuer. Die Nachricht wirkte kaum weniger als 1898 vor Ausbruch des Krieges mit Spanien das Telegramm über den Untergang der Maine. „Man kann sich", schreibt ein deutscher Beobachter (Professor Bonn), „schwer den Entrüstungssturm vorstellen, der damals die gebildeten Kreise Amerikas durchbrauste." Millionenstimmig erhob sich der Schrei nach Rache. Der Präsident hätte im Augenblick die öffentliche Meinung für sich gehabt, wenn er die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland abgebrochen und den Kongreß zum Zweck der Kriegserklärung berufen hätte.

Nun stand sein Sinn keineswegs auf solche äußersten Entschlüsse. Er mochte sich sagen, daß die Empörung, so hoch sie im ersten Moment aufloderte, doch viel von einem Strohfeuer habe, das in kurzer Zeit zusammensinken konnte, und daß man dann zweifeln würde, ob der Lusitaniafall bei aller Schwere ausreichend gewesen sei, um einen weitaussehenden Krieg zu beginnen, für den weder militärisch noch diplomatisch das geringste vorbereitet war. Auch blieb er seinen pazifistischen Idealen treu. Am 10. Mai schon, nur

*) Die Warnung war auf Dernburgs Vorschlag erfolgt und hatte auf die Lusitania ursprünglich keinen Bezug. Nur durch Zufall erschien sie am Tag der Ausreise des Schiffes (1. Mai) erstmals in den Zeitungen.

drei Tage nach dem Ereignis, sprach er in einer Rede vor den neueingebürgerten Amerikanern in Philadelphia die viel angegriffenen Worte: „Amerika muß ein besonderes Beispiel setzen, das Beispiel des Friedens, und zwar nicht nur, weil es nicht kämpfen will, sondern weil Frieden, nicht Kampf das heilende und erhebende Element der Welt ist. Es gibt einen Stolz, der zu groß ist, um zu kämpfen. Eine Nation kann so sehr im Recht sein, daß sie andere nicht durch Gewalt davon zu überzeugen braucht." Aber darum das Druckmittel der Kriegsdrohung aus der Hand zu geben, dachte er doch nicht. Sein Staatssekretär Bryan riet mit leidenschaftlicher Eindringlichkeit, sich lediglich auf freundschaftliche Überredung zu verlassen. Man möge Deutschland den Vorschlag machen, daß das Problem des Unterseebootkrieges von einer internationalen Kommission untersucht werden sollte, und einstweilen alle amerikanischen Staatsbürger warnen, durch Reisen auf Schiffen kriegführender Nationen sich und den Frieden ihres Landes in Gefahr zu bringen. Bryan nahm die Sache so ernst und schwer, daß er für den Fall anderen Vorgehens seinen Abschied anbot und am 9. Juni wirklich ging. Aber eben Wilson trennte sich lieber von dem in der Partei noch immer sehr mächtigen Mann und ersetzte ihn durch einen gefügigen Berufsbeamten, Lansing, als daß er seinen Rat befolgt hätte. Seiner Meinung nach mußte die Gelegenheit benutzt werden, um Deutschland die Unterseebootwaffe ein für allemal aus der Hand zu nehmen. In diesem Sinn verlangte er sogleich (15. Mai) Mißbilligung der Tat, Schadenersatz und Schritte zur Verhinderung ähnlicher Vorfälle und hielt, als die deutsche Regierung sich dem zu entziehen suchte, in zwei folgenden Noten (10. Juni und 23. Juli) mit Schärfe an der Forderung fest, indem er am Schluß der letzten erklärte, daß die Vereinigten Staaten eine Wiederholung von Handlungen, die Kommandanten deutscher Kriegsschiffe in Verletzung der neutralen Rechte begehen sollten, falls sie amerikanische Bürger beträfen, als vorsätzlich unfreundliche Akte betrachten müßten. Neben der Drohung allerdings fehlte die Lockung nicht. Der Präsident sagte dem deutschen Botschafter Grafen Bernstorff in einer von diesem erbetenen, übrigens in sehr freundlichen Formen verlaufenden Audienz am 2. Juni, Deutschland solle durch Preisgabe des Unterseebootkrieges einen Appell an die öffentliche Moral richten, da nur durch eine Verständi-

gung, nicht mehr durch die Waffen der Krieg endgültig entschieden werden könne. Er selbst sei bereit, falls Deutschland entgegenkomme, auf Aufhebung der englischen Aushungerungspolitik zu dringen, und glaube nach bestimmten Nachrichten aus London, sie erreichen zu können. Damit wäre dann ein Anfang gemacht für eine Friedensaktion im großen Stil, die er an der Spitze der Neutralen in die Wege leiten möchte. Auch in dem amtlichen Schriftwechsel klang das Thema mehrfach an. Die sonst so schroffe Note vom 23. Juli enthielt die Stelle: „Die Regierung der Vereinigten Staaten und die Kaiserlich Deutsche Regierung kämpfen für das gleiche große Ziel und sind lange zusammen eingetreten für Anerkennung eben jener Grundsätze, auf denen die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt so feierlich besteht. Sie kämpfen beide für die Freiheit der Meere. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird fortfahren, für diese Freiheit zu kämpfen, von welcher Seite auch immer sie verletzt werden möge, ohne Kompromiß und um jeden Preis. Sie lädt die Kaiserlich Deutsche Regierung zu praktischer Mitarbeit ein, im jetzigen Augenblick, wo diese Mitarbeit am meisten durchsetzen und dieses große gemeinsame Ziel am schlagendsten und wirksamsten erreicht werden kann. Die Kaiserlich Deutsche Regierung gibt der Hoffnung Ausdruck, daß dieses Ziel in gewissem Maße sogar vor dem Ende des gegenwärtigen Krieges erreicht werden möge. Dies kann geschehen. Die Regierung der Vereinigten Staaten fühlt sich nicht nur verpflichtet, auf diesem Ziel, von wem auch immer es verletzt oder mißachtet werden mag, zum Schutze ihrer eigenen Bürger zu bestehen, sie ist auch aufs höchste daran interessiert, dieses Ziel zwischen den Kriegführenden selbst verwirklicht zu sehen, und hält sich jederzeit bereit, als gemeinsamer Freund zu handeln, dem der Vorzug zuteil wird, einen Weg vorzuschlagen."

Ob der Präsident diese Versprechungen wahrgemacht haben würde, ist mit Sicherheit nicht zu sagen. Seine Scheu, England irgend weh zu tun, hätte im Wege gestanden. Aber andererseits entsprach die Rolle, als gemeinsamer Freund beider kriegführenden Teile die Freiheit der Meere und womöglich den Frieden überhaupt zu begründen, seinen Weltverbesserungsneigungen und bot die vielleicht einzige Möglichkeit, mit Ehren und ohne Preisgabe der einmal eingenommenen Haltung um den Krieg mit Deutsch-

land herumzukommen, der ihm an sich in diesem Zeitpunkt noch durchaus unerwünscht sein mußte. Auch war das Angebot an Deutschland so positiv, daß er mit Anstand überhaupt nicht mehr zurück konnte. So hätte die deutsche Regierung wahrscheinlich klug getan, sei es unter Vorbehalten, sei es mit großer Geste ganz und gar auf den Unterseebootkrieg als solchen zu verzichten (in der Form des Kreuzerkrieges durfte sie ihn fortführen) und den Vorschlag der Zusammenarbeit zur Herstellung der Freiheit der Meere, das hieß im Sinne Wilsons zur Aufhebung des Seebeuterechts, ausdrücklich anzunehmen. Nicht nur Graf Bernstorff, auch der Staatssekretär Helfferich riet es. Aber der unglückliche Zwiespalt zwischen der politischen und Marineleitung, die Furcht vor der durch die geschickte Agitation der Marine mächtig erregten öffentlichen Meinung, die Unfähigkeit des Kanzlers von Bethmann Hollweg, rechtzeitig klare Entscheidungen zu treffen, und auch wohl ein gewisses begreifliches Mißtrauen gegen Wilson standen im Wege. Auf die Note vom 23. Juli erfolgte überhaupt keine Antwort. Unterdessen gab es einen neuen Zwischenfall. Es waren zwar infolge der amerikanischen Drohungen sehr einschränkende Instruktionen an die deutschen Unterseebootskommandanten ergangen, insbesondere am 6. Juni der bestimmte Befehl, große Passagierdampfer überhaupt nicht mehr anzugreifen. Aber am 19. August torpedierte ein Unterseeboot dennoch den großen Passagierdampfer Arabic, angeblich, weil es sonst Gefahr gelaufen wäre, gerammt zu werden, und wenn die Katastrophe nicht an die der Lusitania heranreichte, so fanden immerhin neunundfünfzig Menschen, darunter drei Amerikaner den Tod. Die Folge war, daß sich der Konflikt neuerdings scharf zuspitzte. Man redete wieder von Abbruch der Beziehungen und Krieg. Roosevelt verlangte in öffentlicher Erklärung Taten, und eine Konferenz von zwanzig Staatsgouverneuren in Boston nahm eine Entschließung an, die dem Präsidenten „in der gegenwärtigen schweren Stunde“ die Versicherung gab, daß man ihm auf jedem Wege folgen werde, den er zum Schutze und zur Ehre des Landes, zur Aufrechterhaltung des Friedens und zum Wohlergehen des ganzen Volkes wählen sollte. Aber die Stimmung war doch entfernt nicht so kriegerisch wie im Mai. Im Gegenteil, die Agitation für Frieden, wirkliche Neutralität und Verbot der Waffenlieferungen hatte namentlich durch die Tätigkeit Bryans

ständig Boden gewonnen. Wilson durfte nicht wagen, wie er nach seinen Worten eigentlich verpflichtet gewesen wäre, zum äußersten zu schreiten. Andererseits in Deutschland hatte man auch keine Neigung, die Dinge auf die Spitze zu treiben. Der Kanzler, der, wie er sagte, nicht „dauernd auf Vulkanen wandeln" wollte, erfocht einen halben Sieg über den Staatssekretär des Reichsmarineamts Tirpitz. Er erreichte zwar nicht, daß man anbot, den Lusitaniafall einem Schiedsgericht zu übergeben; die grundsätzliche Frage blieb weiter ungelöst. Aber er durfte jenes geheime Verbot der Angriffe auf Passagierschiffe in Washington vertraulich mitteilen lassen: „Postdampfer werden von unsern Unterseebooten nicht versenkt werden ohne vorherige Warnung und ohne daß die an Bord befindlichen Nichtkämpfer in Sicherheit gebracht worden sind, vorausgesetzt, daß die Postdampfer nicht zu entkommen oder Widerstand zu leisten suchen." Bernstorff gestattete auf eigene Hand dann sogar die Veröffentlichung. Auch wurde nach einigen weiteren gereizten und kritischen Verhandlungen Anfang Oktober der anfänglich verweigerte Schadenersatz für die Opfer der Arabic zugesagt und das Verhalten des Unterseebootskommandanten mißbilligt und bedauert, indem der Botschafter hier allerdings wieder über seine Instruktionen hinausging. Ja, die deutsche Regierung versicherte, so strenge Weisungen erlassen zu haben, daß eine Wiederholung ähnlicher Zwischenfälle für ausgeschlossen gelten könne. Wirklich war am 18. September befohlen worden, den Unterseebootkrieg an der englischen Westküste und im Kanal ganz einzustellen und in der Nordsee nur nach der Prisenordnung zu führen.

Damit entfiel die Gefahr eines unmittelbaren Bruches, aber zu einer grundsätzlichen Einigung oder gar einer Zusammenarbeit war man nicht gekommen. Und schon das amerikanische Waffengeschäft sorgte dafür, daß die Beziehungen der Union zu den Zentralmächten gespannt blieben; denn natürlich versuchte man von Berlin und Wien aus auf alle Weise, es zu stören. Man polemisierte nicht nur in der Presse dagegen und protestierte in diplomatischen Noten, sondern bediente sich vor allem des Einflusses, den das Vorhandensein so vieler ehemaliger Untertanen in der Union geben mußte. Dabei begnügte man sich denn nicht mit den legitimen Mitteln politischer Aktion durch Zeitungen, Versammlungen, Petitionen, Kongreßanträge, die doch auch schon von der Regierung als

unerträgliche Einmischung empfunden wurden. Man veranstaltete daneben Streiks in den Munitionsfabriken und organisierte Spionage und Sabotage. Bald machte die öffentliche Meinung in Amerika die deutschen Intrigen für jeden der zahlreichen Unfälle verantwortlich, die bei der Herstellung von Munition durch oft ungenügend geschulte Arbeiter bei meist ungenügenden Vorsichtsmaßregeln naturgemäß eintraten. Später hat ein hervorragender amerikanischer Richter selbst festgestellt, daß von hundert sogenannten deutschen Verschwörungen neunundneunzig erfunden gewesen seien. Immerhin einiger Grund zur Beschwerde lag hier wirklich vor. Während des Weltkrieges haben sich die kriegführenden Parteien in den neutralen Staaten ganz allgemein in den bedenklichsten Formen von Bestechung, Spionage, Anstiftung bekämpft. Die deutsche und die österreichische Vertretung in Amerika machten keine Ausnahme davon. Auf österreichischer Seite kompromittierte sich sogar der Botschafter, der sehr angesehene und beliebte Dr. Dumba, indem er so unvorsichtig war, einem amerikanischen Zeitungskorrespondenten Dr. Archibald Briefe an den k. u. k. Außenminister mitzugeben, die von der Art handelten, wie man durch Veranstaltung von Streiks die Munitionserzeugung in den Schwabschen Stahlwerken von Bethlehem und im mittleren Westen auf Monate lahm legen könnte. Der deutsche Botschafter Graf Bernstorff hielt sich von so heiklen Geschäften persönlich fern. Dafür leiteten der Militär- und der Marineattaché, Hauptmann von Papen und Fregattenkapitän Boy-Ed, und einige andere Sonderbeauftragte, wie Geheimrat Albert von der Zentraleinkaufsgesellschaft, in New York Geschäftsstellen, in denen mancherlei geschah, was das Licht der Öffentlichkeit scheute und das Gastrecht verletzte, angefangen von verhältnismäßig harmlosen Sachen, wie Beschaffung falscher Pässe für heimkehrende deutsche Reservisten und Kohlenlieferungen für deutsche Kriegsschiffe, bis zur Anwerbung verwegener Gesellen für Zerstörungsakte in Kanada und Revolutionierung Indiens und Irlands. Natürlich ließ sich das Geheimnis nicht immer wahren. Geheimrat Albert wurde Anfang August auf der New Yorker Hochbahn eine Mappe mit kompromittierenden Papieren entwendet. Andere nicht weniger kompromittierende fand die englische Regierung bei jenem von Dumba entsandten Dr. Archibald. Darauf verlangte Wilson am 10. September die Abberufung

Dumbas und Anfang Dezember die von Papens und Boy-Eds. Er war über diese deutsche Gefahr im eigenen Hause persönlich auf das tiefste erregt und erzürnt. Seine Jahresbotschaft vom 7. Dezember 1915 besprach sie in langen Ausführungen, die eine einzige flammende Anklage gegen das namentlich allerdings nicht bezeichnete Deutschamerikanertum darstellten: „Ich bedauere sagen zu müssen, daß die schwersten Drohungen gegen unsern nationalen Frieden und unsere nationale Sicherheit innerhalb unserer eigenen Grenzen ausgestoßen worden sind. Ich schäme mich zugeben zu müssen, daß es Bürger der Vereinigten Staaten gibt, die unter andern Flaggen geboren das Gift des Landesverrats in die Adern unseres nationalen Lebens eingeflößt haben, die das Ansehen und den guten Namen unserer Regierung der Verachtung preisgeben und unsere Industrien, wo immer sie es für ihre verräterischen Zwecke für gut halten, zerstören, und unsere Politik fremden Ränken dienstbar machen wollen. Ihre Zahl ist nicht groß im Vergleich zu der Gesamtheit kraftvoller Scharen, um die unsere Nation in den letzten Geschlechtern aus starkem fremden Stamm bereichert worden ist. Aber sie war groß genug, um tiefe Schmach über uns zu bringen. Amerika hat niemals ähnliches gesehen. Niemals hätte ich auch nur im Traume für möglich gehalten, daß Männer von freiwillig erkorener Staatsangehörigkeit sich zu der Regierung und dem Volk, die sie willkommen geheißen und genährt haben, in einen so unheilvollen Gegensatz stellen und versuchen würden, dies stolze Land noch einmal zu einer Brutstätte europäischen Hasses zu machen. Aber das Häßliche und Unglaubliche ist geschehen, und wir sind ohne entsprechende Bundesgesetze, um ihm zu begegnen. Ich bitte Sie dringend, derartige Gesetze so schnell wie überhaupt möglich zu erlassen. Sie werden damit die Ehre und Selbstachtung der Nation retten. Solche Kreaturen des Hasses, der Verräterei und der Anarchie müssen ausgetilgt werden."

Diese Sprache an solchem Ort und zu solchem Zeitpunkt konnte nicht anders als Aufsehen erregen. Selbst Roosevelt, der doch den Kampf gegen die „Bindestrich-Amerikaner" zu seiner Spezialität gemacht hatte, war nie heftiger geworden. Immerhin war es nicht der Ausfall gegen die angeblichen Landesverräter im Innern, der der Botschaft ihren eigentlichen Akzent gab, sondern die starke Empfehlung eines umfassenden Rüstungsprogramms. Der Präsident erklärte zwar: „Wir leben im Frieden mit allen Staaten der

Welt, und es besteht Grund zu der Hoffnung, daß keine Streitfrage zu einem ernsten Bruch in den freundschaftlichen Beziehungen zwischen uns und anderen Regierungen führen wird, so schwer auch manche Meinungsverschiedenheiten in Haltung und Politik gewesen sind und sich noch in Zukunft erweisen mögen." Aber schon diese Sätze klangen doch nicht besonders zuversichtlich, und jedenfalls hatte Wilson bezüglich der Notwendigkeit einer nationalen Verteidigung gegen das Vorjahr gründlich umgelernt. Sie sei der Gegenstand, der im Vordergrund seines ganzen Denkens stehe, bekannte er jetzt. Das Heer sollte von 108 000 auf 142 000 Mann vermehrt und daneben eine ausgebildete Bürgerwehr von 400 000 geschaffen werden, die drei Jahre lang jährlich mindestens zwei Monate Dienst tun und sich weitere drei Jahre auf Anruf bereit halten müßten. Für die Flotte vollends wurde ein Bauplan aufgestellt, der innerhalb der nächsten fünf Jahre den Bau von zehn Schlachtschiffen, sechs großen und zehn kleinen Kreuzern, 50 Zerstörern und 100 Unterseebooten vorsah. Auch verlangte der Präsident eingehende Vorsorge, daß Verkehrsmittel, Industrien und Hilfsquellen des Landes eintretendenfalls für die Mobilmachung zugänglich und bereit seien. Es schien, als wollte er, der Pazifist, die Militarisierung Amerikas auf einmal zum Angelpunkt seiner Politik machen. Im neuen Jahr (1916) begab er sich alsbald (Ende Januar) auf eine Rundreise in die wichtigsten Städte des Westens, um dem gerade dort zunächst nicht populären Gedanken Anhänger zu gewinnen. Halb Souverän, halb Agitator, gelegentlich mit militärischem Gepränge empfangen, an der Seite seiner eben angetrauten zweiten Frau, die eine willkommene Sensation für sich war, erschien er in Massenversammlungen und redete, oft in sehr glücklichen, fortreißenden Worten, von der erhabenen Weltmission Amerikas und der Notwendigkeit, dafür gerüstet zu sein. Manchmal sprach er, als wenn der Krieg unmittelbar bevorstände. „Ich möchte", sagte er am 29. Januar 1916 in Cleveland, „bei Ihnen den ernsten Eindruck hinterlassen, daß wir täglich inmitten der schwersten Gefahren stehen, daß diese Gefahren nicht von uns heraufbeschworen sind und sich unserem Einfluß entziehen, und daß kein Mensch in den Vereinigten Staaten weiß, was die nächste Woche, der nächste Tag oder die nächste Stunde bringen mag."

Tatsächlich hatte sich damals das Verhältnis zu Deutschland

neuerdings auf das bedenklichste zugespitzt. Der Streit um die Unterseeboote war wieder aufgelebt. In Deutschland mochten sich die Marinebehörden und weite Kreise des Volkes nicht dauernd bei der Einschränkung des Tauchbootkrieges beruhigen. Wenn der Verzicht auf die Hauptwaffe gegen England im Herbst 1915 allenfalls noch möglich erschienen war, weil damals der Zusammenbruch der russischen Front Hoffnung auf ein nahes Kriegsende gegeben hatte, so galt er nicht länger für erträglich, seit man die Entscheidung zu Lande schließlich doch nicht hatte erzwingen können. Selbst der Generalstabschef von Falkenhayn, der bis dahin auf seiten des Reichskanzlers und seiner vorsichtigeren Politik gestanden hatte, trat aus diesem Grunde um Weihnachten 1915 für die rücksichtslose Verwendung der Unterseeboote ein. Hinzu kam, daß die Methoden des bloßen Kreuzerkriegs infolge der beinahe allgemein durchgeführten Bewaffnung der feindlichen Handelsschiffe die Unterseeboote in eine allzu ungleiche Lage brachten. Die deutsche Regierung war im Besitz von geheimen Instruktionen der englischen Admiralität, die Handelsschiffen ausdrücklich empfahlen, im Falle eines befürchteten Angriffs das Feuer zu eröffnen, noch ehe das Tauchboot eine feindliche Handlung begangen habe. Demgegenüber schien es unbillig, vom Unterseeboot erst Anruf und Durchsuchung zu verlangen. In Amerika verkannte man nicht, daß die deutsche Agitation für den unbeschränkten Unterseebootkrieg, die man mit ängstlicher Spannung verfolgte, hier ein schwer widerlegbares Argument hatte. Und man bemühte sich deshalb, es aus der Welt zu schaffen. Staatssekretär Lansing schlug am 18. Januar 1916 den Ententeländern vor, sie möchten auf die Bewaffnung ihrer Schiffe verzichten, während andererseits die Unterseeboote den Seekrieg nach den alten Regeln des Völkerrechts führen sollten. Die amerikanische Regierung finde die Auffassung verständlich, daß ein irgendwie bewaffnetes Handelsschiff im Hinblick auf die Schwäche der Verteidigungsmittel des Unterseeboots als Hilfskreuzer angesehen und als solcher sowohl von den Neutralen wie auch von den kriegführenden Mächten behandelt werden müsse. Sie ziehe ernsthaft in Erwägung, ihre Beamten demgemäß zu instruieren. Das schien eine außerordentliche Annäherung an den deutschen Standpunkt zu bedeuten und wurde in England, wo man von dem Abkommen eine schwere Schädigung hätte erwarten müssen und die angedrohte Gleichsetzung der bewaffneten

Handelsschiffe mit Hilfskreuzern als unzulässiges Druckmittel empfand, sehr ungnädig aufgenommen. Zugleich aber, wohl mit derselben Absicht, dem drohenden Wiederbeginn des unbeschränkten Unterseebootkrieges rechtzeitig vorzubeugen, kam Lansing Bernstorff gegenüber in den nie ganz unterbrochenen Verhandlungen über den Lusitaniafall sehr entschieden auf das alte Verlangen zurück, daß Deutschland nicht nur Schadenersatz leisten, sondern die Versenkung als ungesetzlich anerkennen sollte, womit dann der endgültige Verzicht auf die Politik des Sperrgebietes gegeben gewesen wäre. In Berlin war man nicht dazu zu bewegen. Eben auf diese Weigerung bezogen sich jene drohenden Andeutungen in Wilsons Agitationsrede. Der Reichskanzler betonte in einem alsbald veröffentlichten Interview mit dem Berichterstatter der New York World, keine deutsche Regierung vermöchte sich zu halten, wenn sie solcher Erniedrigung zustimmte. Er könne sich die Waffe der Unterseeboote nicht aus der Hand reißen lassen. Vielmehr wurde am 8. Februar, wenn auch nicht der unbeschränkte, so doch der sogenannte verschärfte Unterseebootkrieg erklärt. Die deutsche Regierung zeigte den Neutralen in einer ausführlichen Denkschrift über die Bewaffnung der Handelsschiffe an, daß ihre Seestreitkräfte nach einer kurzen, den Interessen der Neutralen Rechnung tragenden Frist Befehl erhalten würden, solche Schiffe als kriegführende zu behandeln und ohne Warnung anzugreifen. Den neutralen Mächten wurde anheimgegeben, ihre Angehörigen zu warnen, weiterhin Personen oder Vermögen den Kauffahrteischiffen der mit dem deutschen Reiche im Kriege befindlichen Völker anzuvertrauen.

Nach der Note Lansings vom 18. Januar hätte es für die amerikanische Regierung nahe gelegen, eine solche Warnung zu erlassen, und im Kongreß wurde das wirklich ernsthaft erörtert. Der Kongreß, wie er im Dezember 1915 neu zusammengetreten war, bot Wilson entfernt keine so zuverlässige Stütze wie der alte. Die Wahlen vom Herbst 1914, unter dem Eindruck der geschäftlichen Depression vorgenommen, hatten die Zahl der demokratischen Mitglieder des Repräsentantenhauses von 290 auf 227 zusammenschmelzen lassen, so daß die Partei hier nur noch 19 Stimmen Mehrheit hatte, und auch im Senat, wo ihre Stellung günstiger blieb, hatte sie an Stärke verloren. Hinzu kam, daß in den Reihen der demokratischen Abgeordneten selbst viel Mißstimmung gegen den

Präsidenten herrschte. Seine persönliche Kälte, die übertriebene Abschließung, in der er sich gefiel, die schulmeisterliche Eitelkeit seines Auftretens im Kongreß, die Eigenmächtigkeit und Eigenrichtigkeit seines Redens und Tuns hatten wachsenden Anstoß gegeben. Genug, die Beziehungen zwischen Kapitol und Weißem Haus waren alles eher als herzlich. Man nahm das Rüstungsprogramm des Präsidenten sehr kühl auf, und als er eben deshalb den Redefeldzug im Westen begann, verfolgte man diesen mit ausgesprochenem Mißtrauen und Mißbehagen. Es entstand der Argwohn, daß Wilson das Land in den Krieg hineinziehen wolle. Ein Krieg aber war im Augenblick durchaus nicht populär. Gewiß gab es fortgesetzt Kreise, die ihn forderten. Eigene Organisationen waren zu diesem Zweck gegründet worden und betrieben in Presse und Versammlungen eine sehr rücksichtslose Agitation. Aber gerade die offenbaren Übertreibungen, zu denen sie sich hinreißen ließen, wirkten ernüchternd. Weder mochte man anerkennen, daß ein Krieg „keine sehr ernste Sache", noch daß die Deutschen Feinde der Menschheit wären; denn wenn von Deutschland sonst manches geschah, was stark mißfiel, wie etwa die Hinrichtung der Miß Cavell, so hatte es doch Amerika seit Monaten alle mögliche Rücksicht gezeigt, während England mit dem amerikanischen Handel in einer Weise verfuhr, die selbst die Regierung Wilsons noch eben (5. November 1915) in einer großen Protestnote als ungesetzlich und unentschuldbar hatte bezeichnen müssen. Der Fall der Lusitania durfte sich natürlich nicht wiederholen. Aber war es ein Frevel, wenn ein bewaffnetes Munitionsschiff torpediert wurde, und sollte Amerika zum Kriege schreiten müssen, weil irgend einer seiner Bürger dabei zu Schaden kam, der aus Abenteuerlust mitfuhr oder — diese Praxis kannte man natürlich — als „Schutzengel" bezahlt war? Die Abgeordneten fanden sich, sobald aus den Reden Wilsons und der Kundgebung des deutschen Kanzlers der Ernst der Lage klar wurde, mit Briefen und Telegrammen bestürmt, keine gewaltsame Lösung zuzulassen. Also handelten sie entsprechend. In beiden Häusern wurden Resolutionen vorbereitet, nach denen ganz, wie es Deutschland gewünscht hatte, vor Reisen auf bewaffneten Schiffen gewarnt und erklärt werden sollte, daß solche Reisen auf eigene Gefahr erfolgten. Die Aufgabe sei, zwar alle amerikanischen Rechte aufrechtzuerhalten, aber auch mit Sorgfalt, Überlegung und Weisheit Handlungen zu vermeiden, die dazu

führten, amerikanische Bürger und amerikanische Interessen in die Kampfzone zu bringen. Gingen diese Resolutionen durch, so hatte Deutschland zwar nicht für den unbeschränkten, aber für den verschärften Unterseebootkrieg gewonnenes Spiel, und es ist wohl möglich, daß sich dann alles weitere friedlich entwickelt hätte. Wilson aber ließ das nicht zu. In einer Aussprache mit dem Vorsitzenden des herkömmlicherweise sehr einflußreichen Senatsausschusses für auswärtige Politik, Senator Stone, am 21. Februar erklärte er, daß er zwar bedauern würde, wenn England das von Lansing am 18. Januar vorgeschlagene Kompromiß ablehne, daß die Ablehnung aber völkerrechtlich wohl begründet sei und keine Veränderung in der Haltung Amerikas in der Unterseebootfrage zugunsten Deutschlands bewirken dürfe. Ja, er besann sich nicht, diesen Standpunkt gleich danach am 24. Februar in einem Brief an Senator Stone in denkbar entschiedenster Form festzulegen und den Brief in der Presse veröffentlichen zu lassen. Er könne in keine Verkürzung der Rechte amerikanischer Bürger einwilligen. „Die Ehre und die Selbstachtung der Nation stehen auf dem Spiel. Wir wollen den Frieden und werden ihn um jeden Preis bewahren außer um den des Verlustes der Ehre. Unsern Mitbürgern zu verbieten, ihre Rechte auszuüben, aus Furcht davor, wir könnten genötigt werden, sie zu verteidigen, wäre fürwahr eine tiefe Demütigung. Es wäre eine stillschweigende, ja beinahe eine ausdrückliche Zustimmung zur Verletzung der Rechte der gesamten Menschheit. Es wäre ein bewußter Verzicht auf unsere bisherige stolze Stellung als Wortführer für Gesetz und Recht, selbst inmitten des Kriegsaufruhrs. Es würde alles, was die Regierung während dieses schrecklichen Völkerringens erstrebt, und alles, was sie ausgerichtet hat, sinnlos und wertlos machen."

Das hieß den Marschallstab über die Mauern der zu erobernden Festung werfen. Wenn der Kongreß jetzt noch die unbequeme Resolution angenommen hätte, so wäre sein Beschluß einer Verleugnung des Präsidenten gleichgekommen, und die meinte die Mehrheit der Abgeordneten in einem Augenblick so großer internationaler Spannung weder vor dem eigenen Gewissen noch vor der öffentlichen Meinung verantworten zu können. Schon drohte Wilson ja, er würde nach solcher persönlichen Beleidigung bei der bevorstehenden Präsidentenwahl nicht mehr kandidieren, ja vielleicht schon jetzt sein

Amt niederlegen, und berief sich in öffentlicher Rede gegenüber den Intrigen des Kongresses auf den gesunden Sinn des Volkes. Seine Presse sprach höhnisch von dem Versuch, über dem Kapitol die deutsche statt der amerikanischen Fahne aufzuziehen, oder warf die Frage auf, wer den Kongreß in der Tasche habe, das amerikanische Volk oder Graf Bernstorff. Andererseits war der Präsident klug genug, seinen Gegnern den Rückzug zu erleichtern. Er betonte neuerdings wiederholt, er werde alles tun, was in seiner Macht stände, um die Vereinigten Staaten dem Kriege fernzuhalten, und ließ durch seine Freunde versichern, daß er die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland nicht abbrechen werde, ohne vorher die ganze Angelegenheit dem Kongreß vorgelegt zu haben. So wurden zwar in beiden Häusern noch mancherlei Reden gehalten, die ihm nicht angenehm in den Ohren klingen konnten. Man warf ihm seine Parteilichkeit für England und seine despotische Regierungsweise vor: sei man in Rußland oder in Amerika? Aber die Abstimmungen in den ersten Märztagen ergaben verhältnismäßig große Mehrheiten für den einfachen Übergang zur Tagesordnung: im Senat 68 gegen 14, im Repräsentantenhause 276 gegen 142 Stimmen. Die Episode, eine der merkwürdigsten und folgenreichsten der amerikanischen Parlamentsgeschichte, hatte mit einem unzweifelhaften Sieg des Präsidenten geendet.

Für die Gestaltung des Verhältnisses zu Deutschland konnte das nichts Gutes bedeuten. Wilson hielt jetzt keine Furcht vor dem Kongreß mehr zurück, die Kriegsfrage zu stellen, wenn sich unter der Herrschaft des verschärften Unterseebootkrieges Zwischenfälle ergaben. Und solche Zwischenfälle ließen denn nicht lange auf sich warten. In der zweiten Märzhälfte wurden eine Reihe von Schiffen mit amerikanischen Bürgern an Bord torpediert, darunter am 24. das französische Kanalboot Sussex, auf dem die Explosion nicht weniger als 80 von den 378 Passagieren und Matrosen tötete oder verletzte. Die Torpedierung der Sussex beruhte auf einem Irrtum. Der Unterseebootskommandant hatte geglaubt, einen Minenleger vor sich zu haben. Gestützt auf seinen Bericht dann, bestritt die deutsche Regierung anfangs jede Schuld und sprach die Vermutung aus, daß der Dampfer auf eine Mine gelaufen sei. Aber die Beweise für die Abfeuerung eines deutschen Torpedos waren so zahlreich und zwingend, daß der Ableugnungsversuch nur die Wirkung hatte,

den Zorn des Präsidenten zu verstärken. Wie es seine Gewohnheit bei wichtigen Entschließungen war, zog er sich acht Tage ganz zurück, indem er nur je und je einige vertraute Ratgeber anhörte. Am Ende entschied er, daß keine weiteren Erörterungen mehr zugelassen werden könnten. In einer langen Note faßte er noch einmal mit schärfsten Worten, gleichsam im Stil eines Kriegsmanifestes, alle Anklagen gegen die Methoden des deutschen Unterseebootkrieges zusammen und kündigte an, daß, wenn die deutsche Regierung nicht unverzüglich den Verzicht darauf erklären und durchführen sollte, er im Namen der Menschlichkeit und der Rechte der neutralen Nationen die diplomatischen Beziehungen abbrechen müsse. Am 18. April ging das Schriftstück ab. Einen Tag danach (19. April) erschien er vor dem Kongreß, um es diesem vorzulegen. Er drückte zum Schluß das Vertrauen aus, daß sein Standpunkt die Zustimmung und Unterstützung der Abgeordneten finden würde. Wirklich erhoben sie sich zum Zeichen des Beifalls. Aber man bemerkte, daß sie das langsam, nacheinander, fast widerwillig taten; das Verfahren des Präsidenten erschien vielen als im Widerspruch, wenn nicht mit dem Buchstaben, so doch mit dem Geist seiner eben erst gegebenen Zusagen, und Senator Stone hatte eine heftige Szene mit ihm. Bei einer ablehnenden Antwort aus Berlin wäre eine heillos verworrene Lage entstanden. Der Präsident hätte nicht zurückgekonnt, und der Kongreß würde nicht vorwärts gewollt haben.

Nun fehlte es in den leitenden Kreisen Deutschlands nicht an Leuten, die dringend rieten, fest zu bleiben. Auch im Volk war viel Stimmung dafür. Dem Reichskanzler aber galt der Bruch mit Amerika doch für eine zu ernste Sache. Von anderem abgesehen, hätte er gewisse Friedenshoffnungen vereitelt, die man gerade damals glaubte hegen zu dürfen. Der Kaiser, von seinen militärischen und zivilen Beratern in entgegengesetztem Sinne gleich eifrig bearbeitet, trat nach einigem Schwanken auf die Seite der letzteren. Nachdem der amerikanische Botschafter Gerard eine freundlich verlaufene Audienz im Hauptquartier zu Charleville gehabt hatte, wurde ihm am 4. Mai eine schriftliche Antwort übergeben, die nach würdiger Rechtfertigung des bisherigen deutschen Standpunktes doch die von Wilson geforderte Mitteilung enthielt, „daß Weisung an die deutschen Seestreitkräfte ergangen ist, in Beobachtung der allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätze über Anhaltung, Durchsuchung

und Zerstörung von Handelsschiffen auch innerhalb des Seekriegsgebietes Kauffahrteischiffe nicht ohne Warnung und Rettung der Menschenleben zu versenken, es sei denn, daß sie flüchten oder Widerstand leisten." Dann wurde allerdings die Erwartung ausgesprochen, daß die Vereinigten Staaten nunmehr auch von England die Beobachtung der völkerrechtlichen Normen der Seekriegführung verlangen und erwirken würden: sollten die Schritte der Union nach dieser Richtung nicht zu dem gewollten Erfolg führen, so würde Deutschland sich einer neuen Sachlage gegenüber sehen, für die es sich die volle Freiheit des Entschlusses vorbehalten müsse.

Der Vorbehalt ergab sich scheinbar natürlich aus der ganzen Lage. Dennoch war er verhängnisvoll; denn er verhinderte, daß die Unterseebootfrage Amerika gegenüber oder in Deutschland selbst zu wirklicher Ruhe kam. Wilson wies ihn sogleich sehr ungnädig ab in einer Note (9. Mai), deren unverbindliche Kürze peinlich auffiel. Die Verantwortlichkeit in diesen Dingen sei getrennt, nicht gemeinsam, absolut, nicht relativ. Eine Gleichsetzung der deutschen und der englischen Methoden erkannte er nun einmal nicht an. Wie er später gesagt hat: „Eigentum läßt sich bezahlen, das Leben friedlicher und unschuldiger Leute nicht." Auch war er sich bewußt, daß seine Hand England gegenüber durch das Waffengeschäft gebunden sei. Er ließ dem Grafen Bernstorff durch seinen vertrauten politischen Freund Oberst House bestellen, daß er angesichts der immer enger und vielfacher gewordenen Handelsbeziehungen nichts gegen die britische Seekriegführung tun könne.

Immerhin mehr Entgegenkommen bekundete er in einer anderen Sache, die die deutsche Diplomatie ebenfalls in gewissem Sinne mit der Einschränkung des Unterseebootkrieges zu verquicken versucht hatte. Von Anfang an war es, wie wir wissen, sein ehrgeiziger Traum gewesen, als Friedenstifter die aus den Fugen geratene Welt wieder einzurenken. Er hatte vor der Öffentlichkeit Andeutungen gemacht, und auch im geheimen scheint mehrfach darüber verhandelt worden zu sein. Schon Anfang September 1914 in den Tagen der Marneschlacht bot Bryan die Vermittlung Amerikas an. Später war Oberst House dreimal, im März 1915 und Januar und März 1916, zu mehrtägigem Aufenthalt in Berlin und konferierte mit den deutschen Staatsmännern, ohne daß jedoch etwas Positives

herausgekommen wäre. Dann in den ersten Apriltagen hatte Bernstorff wiederholt berichtet, daß Wilson in einigen Monaten Frieden stiften möchte. Anknüpfend daran sagte Bethmann zu Gerard bei dessen Besuch im Kaiserlichen Hauptquartier, er hoffe, daß jetzt, wo der Unterseebootstreit beigelegt sei, der Präsident die Güte haben werde, die Friedensfrage aufzunehmen. Auch in der Note vom 4. Mai wurde das Thema leise angeschlagen, und der Kaiser meinte gut gelaunt zu Helfferich, Gerards Äußerungen hätten ihm bestätigt, daß Wilson eine Leiter zu der neuen Präsidentschaft suche, da sei es besser, ihm die Friedensleiter hinzustellen als die Kriegsleiter. Wilson nun hielt am 27. Mai in Philadelphia vor dem ein Jahr zuvor gegründeten Weltbund zur Erzwingung des Friedens (World League to enforce peace) wirklich eine Rede, die sich wie die Einleitung eines diplomatischen Friedensfeldzuges las. Er begann damit, daß die ganze Welt sich immer lebhafter der Hoffnung auf Frieden zuwende und berechtigter Grund zu der Annahme sei, Amerika werde seinen Anteil an der Beratung dieses großen Gegenstandes haben. Der Union müsse ebenso wie den kriegführenden Staaten daran liegen, daß der Frieden Bürgschaft für Dauer und Sicherheit gebe, und daß in Zukunft Krieg und Frieden als Teil des Gemeinschaftsinteresses der Menschheit angesehen würden. Wenn es je das Vorrecht Amerikas sein sollte, eine Bewegung für den Frieden anzuregen oder durchzuführen, so werde es den Streitenden die Auseinandersetzung über ihre unmittelbaren Interessen überlassen, da es selbst keinen materiellen Vorteil erstrebe und in keiner Hinsicht Partei sei. Sein Interesse sei nur die Gewährleistung des Friedens und die Herstellung eines Völkerbundes zum Zweck der Sicherung der Freiheit der Meere und der Verhinderung künftiger Kriege. Ähnlich, wenngleich schon schwächer, hieß es in einer Rede vom 13. Juni in Westpoint: „Wir sind bereit, uns mit den anderen Völkern der Welt zu vereinen und dafür zu sorgen, daß die Gerechtigkeit, an die wir glauben, überall herrsche.“ Noch am 22. Juni meldete Graf Bernstorff, die Friedensvermittlung Wilsons sei im Lauf des Sommers bestimmt zu erwarten.

Aber den ganzen Sommer über wollte sich eine Lage, die eine Vermittlung zuließ, auf den europäischen Kriegsschauplätzen nicht ergeben. Seit Anfang Juni die russische Offensive Brussilows die unerwartete Wirkung gehabt hatte, die österreichische Front in Wol-

hynien und der Bukowina einfach zu zerschmettern, war für die Mittelmächte ein Schlag dem andern gefolgt. Der deutsche Angriff auf Verdun hatte sich endgültig festgelaufen. Andererseits war ein höchst gefährlicher Massenansturm der Franzosen und Engländer an der Somme im Gange. Die Italiener eroberten Görz. Schließlich Ende August trat Rumänien auf seiten der Entente in den Krieg ein, um zunächst fast ganz Siebenbürgen in raschem Zuge zu überrennen. Die Gegner Deutschlands schienen so sicher auf den Sieg rechnen zu dürfen, daß ein amerikanischer Schritt für den Frieden, hinter dem man Deutschland als Anstifter vermutet hätte, sicher ungünstig aufgenommen worden wäre.

Hinzu kam, daß die im November bevorstehende Präsidentenwahl Wilson zu doppelter Vorsicht und Zurückhaltung zwang. Seine Partei hatte ihn und den Vizepräsidenten Marshall auf dem Nationalkonvent von St. Louis am 15. Juni mit Akklamation wieder aufgestellt. Mochte er sich manchen alten Anhänger entfremdet haben, so schien doch seine persönliche Bedeutung durch so viele Erfolge im Innern und nach außen erwiesen. Jedenfalls war er der einzige Mann, mit dem die Demokraten Aussicht hatten, im Wahlkampf zu siegen; denn die politische Konjunktur, der sie den Triumph von 1912 verdankt hatten, bestand nicht mehr. Die feindlichen republikanischen Brüder wollten jetzt wieder vereint in den Kampf ziehen, nachdem sich die Fortschrittspartei Roosevelts als nicht lebensfähig gezeigt hatte. Immerhin waren die persönlichen und sachlichen Gegensätze im republikanischen Lager nicht wirklich überbrückt, auch war die Schwierigkeit, Kriegsfreunde und Kriegsgegner, Anglomanen und Deutschamerikaner unter einen Hut zu bringen. Bei der ersten Abstimmung auf dem Nationalkonvent von Chicago am 9. Juni wurden nicht weniger als einundzwanzig Kandidaten präsentiert, darunter von anerkannten Größen Roosevelt, Taft, La Follette, Root, der vielgefeierte Staatssekretär unter Roosevelt, und der als Politiker und Geschichtschreiber gleich ausgezeichnete Senator Henry Cabot Lodge. Am Ende einigte man sich auf eine weniger glänzende Persönlichkeit, den Richter am Obersten Bundesgericht, Charles Evans Hughes, der auch bei der ersten Abstimmung schon eine relative Mehrheit gehabt hatte. Hughes war ein mannigfach verdienter Mann. Pfarrerssohn wie Wilson (geb. 1862), hatte er sich nach erfolgreicher Anwaltstätigkeit in New York

erstmals einen größeren Namen gemacht, indem er 1905 die Untersuchung gegen das unredliche Geschäftsgebaren gewisser Versicherungsgesellschaften leitete, war daraufhin gegen den Willen der Parteibosse 1906 zum Gouverneur von New York gewählt worden und hatte dies Amt durch zwei Wahlzeiten bis 1910 mit entschiedenem Gelingen verwaltet. Man rühmte ihm unbestechliche Ehrlichkeit und großen Fleiß nach. Dazu besaß er eine gute allgemeine und juristische Bildung und hatte auf häufigen Reisen eine lebendige Anschauung europäischer Verhältnisse gewonnen. Da er nun sicher nicht selbstherrlich geschaltet, sondern die reichen politischen Intelligenzen zu Rate gezogen hätte, die seine Partei umschloß, wäre er für eine ersprießliche Leitung der auswärtigen Angelegenheiten wahrscheinlich geeigneter gewesen als Wilson. „Hughes denkt zuerst an Amerika," sagte ein früherer Freund Wilsons, Oberst Harvey, „und Wilson denkt zuerst an sich selber." Leider aber fehlte ihm alles Gewinnende und Imponierende. Man nannte ihn den Eisberg wegen seiner Reserve und vermißte an seinen Reden Schwung, Glanz, persönliche Note. Sachlich kam ihm zustatten, daß der ungeheure Einfluß von Wallstreet hinter ihm stand. So waren ihm die großen Industriestaaten sicher, obwohl Wilson noch eben (September 1916) den Industriearbeitern das Geschenk des Achtstundentags gemacht hatte. Auch die Deutschamerikaner setzten sich aus Empörung über die von Wilson erfahrenen Angriffe überwiegend für Hughes ein. Man sagte von ihnen, sie würden lieber für General Haig oder Brussilow als für den regierenden Präsidenten stimmen, den eins ihrer Organe höhnisch einem britischen Kolonialdirektor verglich. Überdies machte Hughes Andeutungen, als wolle er gegen die englische Handelstyrannei vorgehen. Aber ganz geschlossen war die Haltung des Deutschamerikanertums doch nicht. Manche fürchteten, daß Roosevelt, der unentwegt die Schlappheit der Regierung tadelte, unter der Präsidentschaft von Hughes gefährlichen Einfluß gewinnen könne. Andere ließen sich durch die von der deutschen Botschaft geteilte Hoffnung bestimmen, daß Wilson im Fall seiner Wiederwahl etwas Entscheidendes für den Frieden tun würde. Überhaupt nützte dem Präsidenten nichts so sehr wie die Vorstellung, daß er den Frieden geschützt habe und schützen werde. „Er hat uns aus dem Krieg ferngehalten (he kept us out of war)," war das beliebteste Schlagwort, fast das Motto der Agi-

tation. So durfte er namentlich auf die Stimmen der Weststaaten rechnen, wo ihm überdies die hohen Getreidepreise und gewisse Erleichterungen des ländlichen Kreditwesens die Anhängerschaft der Farmer sicherten. Im ganzen schienen die Aussichten annähernd gleich. Niemand recht traute sich, den Ausgang vorauszusagen. In New York standen die Wahlwetten, an denen es natürlich auch diesmal nicht fehlen durfte, zuletzt zehn für Hughes und acht für Wilson. Als dann am 6. November die Wahl wirklich stattgefunden hatte, wurde zuerst der Sieg von Hughes verkündet. Roosevelt triumphierte, daß die nationale Ehre gerächt sei. Auch andere in Amerika und außerhalb sprachen von Wilson als einem gestürzten Götzen. Bei genauerer Stimmenzählung aber ergab sich, daß in einer Reihe von Staaten, die Hughes zugerechnet worden waren, in New Hampshire, Norddakota und Californien vielmehr die Liste der demokratischen Wahlmänner mit ganz wenigen tausend Stimmen gesiegt hatte; die kleine Mehrheit von Hughes verwandelte sich in eine kleine Minderheit. Nur 254 Stimmen waren für ihn, während Wilson 277 hatte. Bei den Volksstimmen war das Übergewicht des Siegers größer: 9 129 269 gegen 8 547 328. Doch gaben sie ein unrichtiges Bild, da in den letzten Jahren elf Staaten das Frauenstimmrecht eingeführt hatten, also verhältnismäßig doppelt soviel Stimmen aufwiesen wie die andern und gerade diese fortschrittlichen Staaten überwiegend auf Wilsons Seite zu finden waren. Immerhin auch unter Berücksichtigung dieses Umstandes und der Volksvermehrung blieb der Stimmenzuwachs von fast drei Millionen gegen 1912 beträchtlich und ehrenvoll. Die Rooseveltanhänger von damals waren offenbar in nicht geringer Menge zu Wilson übergegangen. Unter den Demokraten war der Jubel groß. Man hob hervor, daß nun zum erstenmal wieder seit Andrew Jackson ein demokratischer Präsident zwei Amtszeiten hintereinander regieren werde.

Wilsons Stellung nach innen und außen war bedeutend gefestigt. Er hatte jetzt die nötige Autorität, um das Friedenswerk in die Hand zu nehmen. Auch die Verhältnisse in Europa hatten sich in den letzten Wochen dafür günstiger gestaltet. Unter Hindenburg und Ludendorff, die Ende August an die Spitze der Obersten Heeresleitung gestellt worden waren, war es den Deutschen gelungen, nicht nur die Fronten im Osten und Westen zu halten,

sondern gegen Rumänien eine großangelegte Offensive einzuleiten, die entscheidende Resultate versprach. Die Siegeshoffnungen im Ententelager waren stark herabgestimmt. Es schien zu hoffen, daß man dort einer amerikanischen Intervention nicht mehr durchaus abgeneigt sein werde. Andererseits Deutschland fuhr fort, darum nachzusuchen. Nicht nur mußte Graf Bernstorff bei Oberst House vorstellig werden. Als der Botschafter Gerard sich Ende September auf Urlaub nach Amerika begab, wurde er ebenfalls gebeten, den Präsidenten im Sinne einer Friedensaktion zu bearbeiten*). Ein Memorandum von der Hand des Kaisers unterstützte die Bemühungen des Auswärtigen Amts. Kaiser und Kanzler machten geltend, daß, wenn nicht bald Frieden käme, die deutsche Regierung nicht in der Lage sein werde, sich weiter an das sogenannte Sussexversprechen der Note vom 4. Mai zu halten, sondern dem Drängen auf Eröffnung des unbeschränkten Unterseebootkrieges werde nachgeben müssen.

Daß das keine leere Drohung war, wußte Wilson. Alle Nachrichten, die ihm sonst aus Deutschland zugingen, ließen erkennen, wie die Bewegung für den rücksichtslosen Gebrauch der Tauchboote dem deutschen Kanzler mit jedem Tag mehr über den Kopf wuchs. Schon im September hatte Bethmann sie eigentlich nur dadurch zurückhalten können, daß er sich auf das Urteil der Obersten Heeresleitung berief, die vor Abschluß des rumänischen Feldzuges ebenfalls Bedenken hatte, und Ludendorff war hier offenbar ein sehr unsicherer Bundesgenosse. Die Amerikaner kannten ihn als einen Mann, der immer zur Anwendung der schärfsten Mittel neigte und ihrem Land wegen des unneutralen Waffengeschäftes Gefühle leidenschaftlichen Zornes entgegenbrachte. Es war zu erwarten, daß, wenn der Krieg noch etwas länger fortging, er selbst auf die Gefahr des Bruches mit Amerika hin die Forderung der Marine zu der

*) Nach Gerards eigener Darstellung wäre er vom Staatssekretär von Jagow zur Reise überhaupt nur veranlaßt worden, um auf Wilson im Sinne des Friedens zu wirken. My four years in Germany p. 250. Aus Bernstorff, Deutschland und Amerika, S. 287, ergibt sich aber, daß das eigentliche und in Amerika bekannte Motiv der Wunsch war, den Botschafter, der sich gründlich unbeliebt gemacht hatte, mit guter Manier für einige Zeit oder auf immer aus Berlin loszuwerden.

seinen und damit bei seiner gewaltigen Autorität zu einer schlechthin unwiderstehlichen machen würde.

So war die Lage für die Vereinigten Staaten die, daß sie entweder bald einen Frieden herbeiführen oder gewärtig sein mußten, in Verfolg der von ihnen nun einmal eingeschlagenen Politik selbst in den Kampf verwickelt zu werden. Wilson erkannte diese Alternative ganz klar. Schon in den nicht sehr zahlreichen Kundgebungen, die er während der Wahlbewegung erlassen hatte, war er bemüht gewesen, der Nation und der Welt draußen die Vorstellung zu geben, daß Amerika Pflichten als Mitglied der Völkerfamilie habe; es müsse die volle Kraft seiner Begeisterung und seines Ansehens einsetzen, um den Frieden auf weltweiten Grundlagen zu errichten, die nicht leicht zu erschüttern wären, hatte er bei Annahme der Kandidatur am 2. September gesagt. Nun nach der Wahl arbeitete er sogleich eine Note aus, durch die er die Kriegführenden zum Austausch ihrer Ansichten über den Frieden und seine dauernde Verbürgung anregen wollte. Seit Mitte November lag sie fertig in seinem Pult. Nur den geeigneten Moment wartete er noch ab. Die unmittelbare Veröffentlichung schien ihm deshalb nicht möglich, weil die von der deutschen Obersten Heeresleitung veranlaßten Massendeportationen arbeitsloser Belgier in den Ententeländern und in Amerika selbst gerade wieder einmal eine Deutschland besonders ungünstige Stimmung erzeugt hatten. Er begnügte sich einstweilen, durch Oberst House an Bernstorff bestellen zu lassen, daß er so bald wie angängig, vermutlich noch vor Neujahr, einen Friedensschritt tun werde. Bis dahin möge man in Deutschland keine neuen Unterseebootskontroversen aufkommen lassen und möglichst wenig vom Frieden sprechen.

Das erste Unglück nun war, daß dieser Rat nicht befolgt wurde. In Deutschland war man angesichts der ewigen Zögerungen Wilsons allmählich ungeduldig geworden. Auch regten sich in wachsendem Maße Zweifel, ob er überhaupt ein wünschenswerter Vermittler sei. Das Volk hatte ihm immer mißtraut. Es betrachtete ihn überwiegend als einen an England verkauften Heuchler. Kaum einer der f e i n d l i c h e n Staatsmänner war so verhaßt. Und im Auswärtigen Amt meinte der neue Staatssekretär Zimmermann auf einmal auch, daß es besser sei, durch selbständiges Vorgehen in der Friedensfrage Herrn Wilson zu verhindern, seine Hand in

die Pastete zu stecken. Gewisse, seit längerer Zeit bestehende österreichische Wünsche kamen hinzu. Genug, als der Fall von Bukarest (6. Dezember 1916) die Möglichkeit zu zeigen schien, von Frieden zu reden, ohne sich dem Verdacht auszusetzen, daß der Beweggrund militärische Schwäche sei, beschloß man, die für günstig gehaltene Konjunktur nicht durch Warten auf Wilson zu verpassen. Am 12. Dezember ließen das Deutsche Reich und seine Bundesgenossen durch Vermittlung der Neutralen den Ententemächten eine Note zugehen, die in aller Form zur Eröffnung von Friedensverhandlungen einlud.

Die Aufnahme war so unfreundlich wie möglich. In England, in Frankreich und in Rußland, weniger in Italien behandelte man den Schritt des Vierbundes als eine plumpe Kriegslist, um die Meinung der Völker zu verwirren. Die leitenden Minister, allen voran Lloyd George, hielten schmähende Reden, die die Notwendigkeit betonten, den großen Kampf für das Recht fortzusetzen, bis die Ziele der Wiederherstellung, der Wiedergutmachung und der Sicherung erreicht seien. Kaum, daß ganz nebenher der Wunsch angedeutet wurde, die genauen Friedensbedingungen des Gegners kennen zu lernen. Da nun der gehässige Ton natürlich in Deutschland sogleich sein Echo fand, war die internationale Stimmung für die amerikanische Aktion gründlich verdorben.

Wilson beklagte das. Er sah in dem deutschen Vorgehen einen Mangel an Rücksicht und auch an Klugheit, insofern dadurch das Friedensbedürfnis der Zentralmächte zur Unzeit offenbart und die von ihm vorbereitete Note in das Licht einer von Berlin bestellten Arbeit gerückt schien. Dennoch meinte er, an seiner Absicht festhalten zu sollen; denn er konnte nicht anders als voraussehen, daß der Mißerfolg des deutschen Friedensschritts binnen kurzem zur Erklärung des unbeschränkten Unterseebootkrieges führen werde, die in der Tat sogleich von der Obersten Heeresleitung gefordert wurde. Es war also kein Augenblick mehr zu verlieren. Schon am 18. Dezember, nur sechs Tage nach der deutschen, brachte er seine Friedensnote heraus. Sie wies im Eingang ausdrücklich und nicht ohne Schärfe jeden Zusammenhang mit dem Vorschlag der Zentralmächte ab; der Präsident bitte, seine Anregung allein nach ihrem eigenen Wert und so zu beurteilen, als wäre sie unter anderen Umständen gemacht worden. Vielmehr war das Interesse unterstrichen, das

die Vereinigten Staaten von sich aus an der Beendigung des Krieges hätten, „damit“, wie es in deutlicher Beziehung auf den drohenden Unterseebootkrieg hieß, „die Lage der neutralen Staaten, die jetzt schon äußerst schwer zu ertragen ist, nicht ganz unerträglich wird, und damit vor allem die Zivilisation nicht einen niemals zu sühnenden oder gutzumachenden Schaden erleidet“. Die praktischen Vorschläge waren mit offenbarer Absicht sehr unbestimmt gehalten, wenn auch der Gedanke durchschimmerte, daß Amerika, wie man alsbald sagte, als clearing-house für die beiderseitigen Forderungen dienen könnte. „Der Präsident regt an, daß baldigst Gelegenheit genommen werde, von allen jetzt kriegführenden Staaten ihre Ansichten über die Bedingungen zu erfahren, unter denen der Krieg zum Abschluß gebracht werden könnte, und über die Vorkehrungen, die als Gewähr gegen seine Erneuerung oder die Wiederholung eines ähnlichen Konflikts in Zukunft für hinreichend gelten könnten, so daß sich die Möglichkeit böte, sie offen zu vergleichen. Dem Präsidenten ist die Wahl der zur Erreichung dieses Ziels geeigneten Mittel gleich. Er würde sich glücklich schätzen, in jeder annehmbaren Weise selbst dazu beizutragen oder gar die Initiative zu ergreifen. Er wünscht jedoch nicht, die Art und Weise und die Mittel zu bestimmen. Jeder Weg wird ihm recht sein, wenn nur das große Ziel, das er im Auge hat, erreicht wird.“ Nicht ohne Geschick wurde dann auseinandergesetzt, daß die allgemeinen Forderungen der beiden feindlichen Völkergruppen eigentlich die gleichen seien. Deshalb trat bezüglich der Möglichkeit einer Einigung ein Optimismus zutage, der in die Situation so ganz nicht mehr paßte und zeigte, daß die Abfassung der Note schon etwas zurücklag. Vielleicht sei der Frieden näher, als man glaube, und könnte der Meinungsaustausch den Weg zu einer Konferenz bahnen.

Der deutsche Botschafter bezeichnete solche Konferenz bereits als nahe bevorstehend. Er verbarg nicht seine große Befriedigung. Den Ententediplomaten versuchte Lansing die Sache durch Ausführungen schmackhaft zu machen, die, wenn sie aufrichtig gemeint waren, eine außerordentliche Parteilichkeit für die Verbandsmächte verrieten. Dem russischen Botschafter zum Beispiel sagte er, wenn Rußland die bedingungslose Räumung des ganzen von den Feinden besetzten Gebiets, die Annektierung Konstantinopels und eines Stückes von Österreich, die Aufteilung der Türkei und freie Hand

auf dem Balkan verlange, und die deutsche Regierung, wie zu erwarten, ablehne, so könne ihr die Schuld an der Verlängerung des Krieges zugeschoben werden. Sie werde die Sympathien aller neutralen Länder verlieren, ja das deutsche Volk, das zur Zeit vom rechten Wege abgeraten sei, werde aufwachen und danach trachten, bei der Lösung der Friedensfrage mitzuwirken, was zu einer gründlichen Änderung des deutschen Regierungssystems führen und den Militarismus ganz von selbst vernichten werde. Als Ersatz würde dann eine verantwortliche Regierung kommen, mit der man werde verhandeln können. Vielleicht könnten die Verbandsmächte auch von vornherein erklären, daß sie nicht verhandeln würden, ehe solche verantwortliche Regierung gebildet sei. Nicht weniger merkwürdig soll der Botschafter in Paris, Sharp, geäußert haben, die Note sei unter dem Druck der politischen Verhältnisse in Amerika selbst abgesandt worden mit dem Zweck, den Präsidenten dem Land gegenüber der Verantwortung zu entheben für den Fall, daß die Vereinigten Staaten in den Krieg hineingezogen würden.

Doch ist sehr möglich, daß Sharp, der von jeher ein eifriger Anwalt des Krieges für die Entente gewesen war, hier mehr sagte, als in seinen Instruktionen stand. Auch könnte der Pariser Botschafter Rußlands, Iswolski, aus dessen Bericht wir die Äußerung kennen, sie in naheliegender Absicht vergröbert haben. Jedenfalls reicht sie nicht aus, um daraufhin den Friedensschritt Wilsons als bloßen Schachzug in einem auf Krieg berechneten Spiel hinzustellen. Er wurde auch in den Ententeländern keineswegs so aufgefaßt. Wohl aber mochte man sich dort sagen, daß der Präsident bereits mit e i n e m Fuß im Lager des Verbandes stände und den andern werde nachziehen müssen, wenn seine Friedensbemühungen scheiterten. Seine Vermittlung flößte nicht den Respekt ein, der zum Erfolge nötig gewesen wäre. Man nahm also die amerikanische Note nicht viel besser auf als die deutsche. Die Presse durfte sich erregt über die beleidigende Gleichsetzung beider Parteien äußern, und als am 10. Januar 1917 eine amtliche Antwort erteilt wurde, erklärte sie ausdrücklich, daß es nach der Meinung der Verbündeten unmöglich sei, jetzt schon einen Frieden zu erreichen, der die Zukunft der europäischen Völker auf eine sichere Grundlage stelle. Immerhin kam sie dem Wunsch nach Mitteilung der Bedingungen vorläufig und in großen Zügen nach. Insbesondere verlangte sie die Räumung und

Herstellung aller von den Feinden besetzten Gebiete, die Wiederaufrichtung und Entschädigung der belgischen, serbischen und montenegrinischen Königreiche, Rückgabe von Elsaß-Lothringen, Befreiung der unter österreichischem Joch schmachtenden Italiener, Slawen, Rumänen und Tschechoslowaken, Verweisung der Türkenherrschaft aus Europa und Vereinigung von ganz Polen im Anschluß an Rußland.

Daß die Zentralmächte, die militärisch noch immer durchaus als Sieger dastanden, dergleichen Vorschläge auch nur in Erwägung ziehen könnten, war ausgeschlossen. Wilson machte sich darüber sicher keine Illusionen. Aber vielleicht hatte er geheime Nachrichten, daß die Entente ihrerseits mit sich reden lassen werde: auch in Deutschland wurde ja ihre schroffe Haltung von manchen als Maske betrachtet. Oder er glaubte, durch Verweigerung von Krediten und ähnliche Maßregeln einen Druck ausüben zu können*). Gerard versicherte nach seiner Rückkehr in Berlin wiederholt, daß der Präsident sehr weit gehen würde, um jede Nation, die sich gegen einen vernünftigen Frieden sperre, zu zwingen. Genug, er setzte seine Bemühungen unbeirrt fort. Durch Oberst House blieb er in dauernder Fühlung mit dem Grafen Bernstorff, und am 22. Januar entwickelte er, um eine Verhandlungsgrundlage zu schaffen, in einer großen Rede vor dem Senat ein eigenes Programm für einen „Frieden ohne Sieg", der, von Gleich zu Gleich geschlossen, nirgends den Stachel einer Demütigung zurücklasse. Auffallend darin war das starke Eintreten für ein geeintes, unabhängiges und selbständiges Polen. Sonst war von territorialen Fragen nicht die Rede, an denen der Präsident auch noch wenig Interesse nahm. Vielmehr handelte es sich um ziemlich allgemeine Sätze über den Schutz der kleinen Nationen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Freiheit der Meere und die Notwendigkeit sicherer Zugänge zur See, die so oder anders ausgelegt werden konnten, der Ausdrucksweise der Verbandsmächte stärker entgegenkamen, aber auch die Verständigung mit Deutschland nicht auszuschließen schienen. Zwei Tage später, am 24., ließ er durch Oberst House dem deutschen Botschafter

*) Ein erster wichtiger Schritt in der Richtung war bereits geschehen, insofern das Bundesreserveamt (s. o. S. 235) die Banken vor der Beleihung von Schuldverschreibungen kriegführender Staaten gewarnt hatte. Auch von einem Embargo auf alle Ausfuhr wurde gesprochen

in aller Form und unter Hinweis auf die eben gehaltene Rede seine Vermittlung anbieten. Deutschland müsse seine Bedingungen mitteilen — Lansing hatte schon vorher gemeint, sie möchten ebenso hoch geschraubt werden wie die der Entente —, dann werde sich der Weg zu einer Friedenskonferenz öffnen.

Ob solche Entwicklung möglich gewesen und auf der Konferenz ein annehmbarer Frieden zustande gekommen wäre, ist zweifelhaft. Die Meinung des Grafen Bernstorff, der es fest glaubt, hat, so beachtenswert sie ist, doch manches gegen sich. Die Probe aufs Exempel wurde unglücklicherweise nicht gemacht. Deutschland durchbrach die Verhandlungen mit der unvermittelten Erklärung des unbeschränkten Unterseebootkrieges. In Berlin hatte man sich zu der amerikanischen Note, um die man doch erst durch Monate gebeten hatte, von vornherein sehr kühl gestellt. Staatssekretär Zimmermann beantwortete sie (26. Dezember) mit sieben kurzen Sätzen, die unter Berufung auf den eigenen Friedensschritt eine Konferenz der Kriegführenden ohne Vermittler vorschlugen und das Verlangen nach Mitteilung der Bedingungen ganz unberücksichtigt ließen. Auch weiterhin wurde Bernstorff angewiesen, diesen Wunsch dilatorisch zu behandeln, wenngleich er seine Besprechungen mit House fortsetzen durfte. Die Friedensaussichten galten für so gering und ungewiß, daß man sich nicht mehr viel um sie kümmerte. Vielmehr wandten sich alle Gedanken der Fortsetzung des Krieges zu, und da schien den militärischen Ratgebern des Kaisers die einzige Gewinnchance, daß man so rasch wie möglich mit dem rücksichtslosen Unterseebootkrieg begann, um noch vor der neuen Ernte England durch Nahrungsmangel zum Frieden zu zwingen. Der Kaiser ließ sich überzeugen, der Kanzler war schwach genug, sich zu fügen. Am 9. Januar wurde auf Schloß Pleß beschlossen, vom 1. Februar an innerhalb eines genau bezeichneten Sperrgebietes um England, Frankreich, Italien herum und im östlichen Mittelmeer unterschiedslos jedes Schiff zu versenken. Einen Tag vorher, am 31. Januar, sollte den neutralen Mächten eine entsprechende Ankündigung zugehen, die für ihre Schiffe übrigens noch eine kleine Schonzeit festsetzte. Der Text der Note befand sich bereits seit Tagen in Graf Bernstorffs Hand, als Oberst House die letzte Unterredung wegen der Vermittlung mit ihm hatte. Natürlich bat der Botschafter, das Schriftstück zurückhalten zu dürfen. Sein Telegramm machte auf den

Kanzler auch einen großen Eindruck. Schließlich aber wurde er nur ermächtigt, die an sich verständigen deutschen Bedingungen zu Wilsons persönlicher Information mitzuteilen und in Aussicht zu stellen, daß der neue Unterseebootkrieg alsbald abgebrochen werden würde, wenn es den Bemühungen des Präsidenten gelungen sein werde, eine erfolgversprechende Grundlage für Friedensverhandlungen zu sichern. Im übrigen sollte es bei der Übergabe der Note sein Bewenden behalten.

Damit war das Verhängnis da. Wilson war auf das tiefste verletzt. Er kam sich blamiert und dupiert vor. Niemals hat er der deutschen Regierung das vergessen, was er als Doppelspiel empfand, wenn es auch mehr nur das Ergebnis einer zwiespältigen Staatsleitung war. In dem Versuch, die Friedensunterhandlungen fortzusetzen, sah er nichts als einen Trick, um ihn weiter hinzuhalten. Nach einer kurzen Überlegung, für die er sich immerhin die Zeit nahm, erschien er am 3. Februar vor dem Kongreß und erklärte, da Deutschland plötzlich und ohne vorherige Ankündigung das feierliche Versprechen vom 4. Mai 1916 zurückgenommen habe, sei der einzige mit der Würde und Ehre der Union vereinbare Weg, entsprechend seiner früheren Drohung die diplomatischen Beziehungen abzubrechen. Er habe Gerard abberufen und dem Grafen Bernstorff seine Pässe aushändigen lassen. Eine Kriegserklärung empfahl er zunächst noch nicht. Es bliebe abzuwarten, ob Deutschland wirklich amerikanische Schiffe zerstören und das Leben amerikanischer Bürger vernichten werde. Erst wenn solche offenen Akte der Feindseligkeit vorlägen, werde er den Kongreß bitten, ihn zum Gebrauch aller Mittel zu ermächtigen, die zum Schutz der Amerikaner bei ihren friedlichen und rechtmäßigen Reisen auf hoher See nötig sein würden.

Auch jetzt noch hatte er offenbar eine gewisse Scheu, den äußersten Schritt zu tun. Sein erster Gedanke war vielmehr, eine Art Generalprobe für den Völkerbund zu veranstalten und Deutschland durch eine große moralische Demonstration zur Umkehr zu bestimmen. Schon 1915 soll er versucht haben, das Gewicht der Vereinigten Staaten durch Abschluß eines kontinentalen Bündnisses mit den großen Republiken Südamerikas, Argentinien, Brasilien, Chile, Uruguay, zu verstärken, das aber abgelehnt wurde. Jetzt am 5. Februar 1917 ließ er allen neutralen Mächten vorschlagen, die

diplomatischen Beziehungen mit Deutschland abzubrechen. Bolivia und etwas später China folgten der Aufforderung. Die anderen antworteten sämtlich ablehnend, Schweden, indem es daran erinnerte, wie oft es bei Amerika vergebens ein gemeinsames Vorgehen gegen die englische Seetyrannei angeregt habe. Verhandlungen mit Deutschland, die durch den Schweizer Gesandten gingen, und über denen noch ein gewisses Dunkel liegt, führten zu keinem Resultat. Von deutscher Seite wurde alsbald öffentlich erklärt, daß es in der Frage des Unterseebootkrieges kein Zurück gebe. In Amerika selbst fand der Abbruch der diplomatischen Beziehungen allgemeinen Beifall. Auch die sonst deutschfreundlichen Kreise teilten die Entrüstung über die neueste deutsche „Kriegserklärung an den Handel, die Rechte und die Souveränität aller neutralen Staaten". Kaum irgendwo erhob sich eine Stimme der Verteidigung. Aber für eine Teilnahme Amerikas am Weltkrieg war doch außer in den Oststaaten immer auch noch recht wenig Meinung, schon weil der Glaube verbreitet war, daß das große Ringen seinem Ende zuginge. Selbst der Kongreß hätte eine Kriegspolitik jetzt noch kaum gutgeheißen. Wilson mußte die Dinge noch den ganzen Februar einigermaßen in der Schwebe halten.

Indessen auf die Dauer meinte er doch nicht, daß das möglich sei. Zunächst brachte der neue Unterseebootkrieg eine Stockung des Außenhandels, die für irgend längere Zeit unerträglich war. Die nach Europa bestimmten Schiffe wagten sich nicht aus den Häfen heraus. An allen Küstenplätzen trat eine Verstopfung der Lagerhäuser und Bahnhöfe ein. Abhilfe schien nur möglich, indem der Staat die Seeversicherung übernahm und den Handelsschiffen erlaubte, sich zu bewaffnen. Und auf diesem Weg lag fast notwendig der offene Konfliktsfall, der den Krieg brachte. Wilson erbat trotzdem am 26. Februar vom Kongreß die Ermächtigung zu solchen „und allen andern" Schutzmaßregeln, die er unter den Begriff einer bewaffneten Neutralität zu bringen suchte. Das Repräsentantenhaus entsprach seinem Wunsch. Im Senat, wo die Geschäftsordnung einen Schluß der Debatte nicht erlaubte, benutzte eine Gruppe von elf Friedensfreunden unter der Führung von Stone und La Follette diesen einer Obstruktion günstigen Umstand, um bis zum nahen Ende der Session am 4. März einen Beschluß zu verhindern. Inzwischen jedoch hatte die Sache des Friedens, die hier einen Pyr-

rhussieg errang, nach anderer Richtung eine weitere empfindliche Schädigung erfahren. Eben um diese Senatsopposition ins Unrecht zu setzen, hatte Wilson am 28. Februar ein vor einiger Zeit schon in seine Hände gefallenes Telegramm des Staatssekretärs Zimmermann veröffentlicht, das, vom 19. Januar datiert, also noch aus der Zeit der Friedensbesprechungen stammend, durch Vermittlung des Grafen Bernstorff den Generalkonsul in Mexiko beauftragte, für den Fall eines Krieges mit der Union Mexiko selbst und über Mexiko Japan ein Bündnis anzubieten. Mexiko wurde als Lohn finanzielle Hilfe und der Rückgewinn der verlorenen Gebiete von Neu-Mexiko, Texas und Arizona in Aussicht gestellt. Die Wirkung dieser Enthüllung war gewaltig. Konnte es einen besseren Beweis geben für den skrupellosen Macchiavellismus der deutschen Regierung und die Gefahren, die Amerika selbst von dieser Seite drohten? Man dachte in Berlin daran, drei Staaten, darunter einen der reichsten und blühendsten, aus dem Gefüge der Union zu reißen und der mexikanischen Anarchie auszuliefern! Gerade der ferne Westen, der bis dahin die Hochburg der Friedensfreunde gewesen war, fand sich am stärksten herausgefordert. Wieder einmal hatten sich, wie einer der Interventionspolitiker schadenfroh hervorhob, die Deutschen als die besten Verbündeten der patriotischen Amerikaner erwiesen. Die pazifistischen Senatoren wurden wegen ihrer Obstruktion ziemlich allgemein getadelt. Der sogleich berufene neue Senat änderte am 9. März die Geschäftsordnung, um ähnliche Vorgänge in Zukunft auszuschließen, und Wilson verkündete am 13., ohne noch einmal anzufragen, daß amerikanische Schiffe, die durch die Sperre führen, bewaffnet sein würden.

Ziemlich gleichzeitig dann (Mitte März) trat das Ereignis ein, das die Teilnahme Amerikas am Weltkrieg vollends entschied. In Rußland brach die Revolution aus und setzte sich mit überraschender Schnelligkeit durch. Ihr Einfluß lag nach zwei Seiten. Auf der einen Seite zeigte sie nun doch die Gefahr eines deutschen Sieges, die zuletzt sonst nur noch gering eingeschätzt worden war. Wenn, wie es möglich schien, die inneren Wirren die Aktionskraft Rußlands vorübergehend schwächten, so würden die Westmächte Mühe haben, sich ihrer Haut zu wehren, zumal auch der Unterseebootkrieg zunächst eine sehr viel größere Wirkung tat, als man in Amerika erwartet hatte. Es konnte des Anschlusses der Union bedürfen, um der En-

tente die Überlegenheit zurückzugeben. Zugleich aber — das war das zweite und für die meisten im Augenblick zweifellos schwerer wiegende Moment — gewann solcher Anschluß durch die Vorgänge in Rußland bedeutend an Reiz. Bis dahin hatte man es immer als einen Schönheitsfehler empfunden, daß die große Kampfgemeinschaft gegen Deutschland neben den freien Staaten des europäischen Westens und Südens ein Reich umfaßte, wo der ausgesprochenste Despotismus herrschte. Die russische Knute war am Ende doch noch schlimmer als der preußische Säbel. Namentlich die zahlreiche und in Finanz und Presse nicht einflußlose Judenschaft Amerikas hatte der Zarenherrschaft Gefühle leidenschaftlichen Hasses entgegengebracht. Ihr zuliebe war es vor dem Krieg wiederholt zu diplomatischen Zusammenstößen zwischen Washington und Petersburg gekommen. Jetzt nach dem Sturz des Zarenthrones konnten die Sympathien wieder aufleben, die früher wohl für Rußland bestanden hatten als das in seiner Weiträumigkeit und Großzügigkeit den Vereinigten Staaten am meisten verwandte Land. Zeitungen und Redner brachten begeistert der jüngsten Demokratie der Welt die Grüße der ältesten. Niemand schien mehr leugnen zu können, daß der Bund der Gegner Deutschlands ein Bund der freien Völker gegen die geknechteten, der Demokratien gegen die Autokratien sei. Der Krieg gewann jetzt vollends das Ansehen des Entscheidungskampfes zur Befreiung der Welt, bei dem Amerika seinen alten Idealen getreu dabei sein mußte. Ließ sich nicht sagen, daß er sogar zum Besten auch des deutschen Volkes sein würde? Warum sollte die Revolution an den Grenzen Rußlands haltmachen? Man wußte, daß in Deutschland und Österreich mancherlei Gärung war, daß die Kriegsleiden und Lasten mit wachsendem Unwillen getragen wurden. Konnte man diesen Unwillen nicht zum Ausbruch bringen, indem man die Regierungen der Hohenzollern und Habsburger, mindestens die der Hohenzollern, gleichsam in internationalen Verruf tat? Wilson hatte wohl von vornherein die Vorstellung gehabt, daß nur eine gründliche Änderung des militaristischen deutschen Regierungssystems den Frieden der Welt wirklich sichern würde. Wir hörten die merkwürdigen Äußerungen Lansings zur Rechtfertigung des Friedensschrittes vom 18. Dezember. Die bösen Erfahrungen des Januar dann hatten den Präsidenten weiter gegen die deutschen Machthaber eingenommen. Die russische Revolution entschied seine

Erwägungen. Er meinte jetzt klar seinen Weg zu sehen. Noch die sehr schöne und würdige Ansprache, mit der er (4. März) seine zweite Amtszeit begann, hatte bei aller Betonung der neuen Weltbürgerverpflichtungen Amerikas die Frage, ob Krieg oder Frieden, offen gelassen. Seit Mitte März dagegen wurde nach allen Richtungen der Krieg vorbereitet, und am 2. April erschien der Präsident vor dem Kongreß, um ihn in langer Rede aufzufordern, „die aufgezwungene Rolle des Kriegführenden in aller Form anzunehmen". Der Streit gehe um den endlichen Frieden der Welt und die Befreiung ihrer Völker, darunter auch des deutschen Volkes, für das Amerika kein anderes Gefühl habe als das der Sympathie und der Freundschaft. „Die Welt muß für die Demokratie gesichert, ihr Frieden auf die erprobten Grundlagen politischer Freiheit gestellt werden." Der Kongreß seinerseits machte keine Schwierigkeiten. Mochten immer noch starke Friedensströmungen sein, namentlich im mittleren Westen, so hatte sich die Kriegsstimmung in den letzten Wochen doch ungeheuer verbreitet und vertieft. Das ruhige Washington selbst war wie im Fieber patriotischer Erregung. Im Senat wagten nur sechs, im Repräsentantenhaus fünfzig Abgeordnete, sich dem Kriegsbeschluß zu widersetzen. Am 6. April konnte Wilson den Kriegszustand verkünden.

Hinter der Kriegserklärung aber stand die Absicht, wirklich Krieg zu führen. Die Botschaft vom 2. April hatte darüber bei niemand Zweifel lassen können. In feierlichsten Worten hatte sie davon gesprochen, daß man an die große Aufgabe die ganze Kraft der Nation setzen müsse, „unser Leben und unsern Reichtum, alles, was wir sind, und was wir besitzen". „Was das bedeutet, ist klar. Es bedeutet die angestrengteste praktische Zusammenarbeit in Rat und Tat mit den jetzt im Krieg mit Deutschland befindlichen Regierungen und als Folge davon die Unterstützung dieser Regierungen mit den weitesten finanziellen Krediten, damit unsere Hilfsquellen die ihren so viel wie möglich ergänzen. Es bedeutet die Organisation und Mobilmachung aller wirtschaftlichen Hilfsquellen unseres Landes zur Herstellung von Kriegsgerät und zur Befriedigung der damit zusammenhängenden Bedürfnisse der Nation in reichlichster und doch wirtschaftlichster und wirksamster Weise. Es bedeutet die sofortige volle Ausrüstung der Flotte in jeder Beziehung, besonders aber mit den besten Verteidigungsmitteln gegen die feindlichen

Unterseeboote. Es bedeutet die sofortige Vermehrung der für den Kriegsfall schon jetzt vorgesehenen Streitkräfte der Vereinigten Staaten um wenigstens 500 000 Mann, die meines Erachtens nach dem Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht ausgewählt werden sollten, und auch die Ermächtigung zu noch weiteren ähnlichen Heeresvermehrungen, sobald der Bedarf dafür und die Möglichkeit der Ausbildung da ist. Es bedeutet natürlich auch die Gewährung angemessener Kredite an die Regierung, die, soweit billig und möglich, noch während der gegenwärtigen Generation durch eine wohlgeordnete Besteuerung werden aufgebracht werden."

Das war ein großartiges Programm. Die Gerechtigkeit verlangt anzuerkennen, daß es in ebenso großartiger Form durchgeführt wurde. Die gewaltigen Wirtschafts- und Menschenkräfte des 105-Millionen-Volkes traten, ohne Hast und ohne Aufenthalt entwickelt, wahrhaft imponierend in die Erscheinung.

Am leichtesten mußte für ein so reiches Land die Bereitstellung der Geldmittel sein. Der Kongreß begann gleich mit der Bewilligung eines Kriegskredits von sieben Milliarden Dollar, der noch in derselben Tagung beträchtlich erhöht wurde. Für eine erste „Freiheitsanleihe" (liberty-loan of peace), wie man des besseren Eindrucks wegen statt Kriegsanleihe sagte, wurden im Juni 1917 drei Milliarden gezeichnet, von denen aber nur zwei zugeteilt wurden. Drei folgende, für die man den Zinsfuß von 3½ auf 4 und 4¼ Prozent erhöhte, brachten bis Ende Oktober 1918 weitere 14,8 Milliarden: vor Eintritt in den Krieg hatte die Staatsschuld der Union 1,2 Milliarden betragen. Daneben wurden die Steuern gewaltig erhöht. Im Rechnungsjahr 1913/1914*) hatte die Gesamtheit der inneren Steuern 380 Millionen Dollar jährlich ausgemacht, bis 1917/1918 wuchsen sie auf fast das Zehnfache, 3 695 Millionen. Die Einkommensteuer allein, 1913/1914 mit 71 Millionen berechnet, stand 1917/1918 mit 2 839 Millionen zu Buch.

Ein großer Teil des Geldes ging als Vorschuß an die Verbündeten. Es heißt, daß England, auf dem bis dahin die Sorge für die silbernen Kugeln allein gelastet hatte, im Winter 1917 am Ende seiner Kraft war. Eine Sondergesandtschaft unter Balfour, die sogleich abging, forderte dringend finanzielle Unterstützung. Ebenso

*) Das amerikanische Rechnungsjahr läuft vom 1. Juli bis 30. Juni.

die Franzosen Viviani und Joffre und der italienische Prinz von Udine stellten, indem sie Grüße und Komplimente für das große amerikanische Volk übers Wasser brachten, außerordentlich hohe Ansprüche. Die Union versagte sich ihnen nicht. Schon bis dahin hatten amerikanische Bankgruppen einigermaßen neutralitätswidrig sehr beträchtliche Valuta-Anleihen und Vorschüsse bewilligt. Jetzt griff die Regierung als solche ein. Gleich von den ersten Kriegskrediten wurden drei Milliarden Dollar ausdrücklich für die Verbündeten angewiesen. Demgemäß veranschlagte schon im Juli 1917 ein großes Schweizer Blatt die finanziellen Leistungen Amerikas für die Ententestaaten auf 3 573 Millionen Dollar. Im weiteren Verlauf sollte sich diese Summe mehr als verdreifachen. Als Ende 1919 davon die Rede war, alle einzelnen Anleihen und Vorschüsse an die Verbündeten aus der Kriegszeit mit den aufgelaufenen Zinsen in einer großen Anleihe zu konsolidieren, nahm man als deren Höhe dreizehn Milliarden in Aussicht.

Für die eigenen Rüstungen wurden zunächst einmal, einschließlich der riesenhaften Aufwendungen für den Flugdienst, 3 921 Millionen ausgeworfen. Denn auch hier dachte man ganze Arbeit zu tun. Ende Dezember 1914 hatte die New York Times höhnen können, die ganze amerikanische Armee finde bequem in der neuen Fußballspielbahn der Universität Yale Platz, die 70 000 Zuschauer fasse. Was seitdem zu ihrer Vermehrung geschehen war, wollte trotz alles Lärms, den die Bereitschafts-Agitation von 1916 gemacht hatte, sehr wenig bedeuten. Als der Präsident im Sommer 1916 angesichts gewisser Vorfälle an der mexikanischen Grenze, um die Brauchbarkeit der Heeresreserve zu erproben, 100 000 Mann Staatsmilizen aufbot, war das Resultat das denkbar kläglichste. 63 Prozent der Einberufenen hatten keine militärische Ausbildung. Die Offiziere erklärten verzweifelt, mit den Leuten nichts anfangen zu können. Es bedurfte offenbar einer Militärorganisation nach europäischem Muster, die auf die Grundlage des Zwanges statt der Freiwilligkeit gestellt war. Deshalb empfahl Wilson gleich bei der Kriegserklärung die Einführung der Dienstpflicht auf die Dauer des Krieges, und der Kongreß beschloß sie nach einigem Hin und Her wirklich für alle Männer von 21 bis 31 Jahren. Am 5. Juni wurden die Pflichtigen in Listen eingetragen. Es ergab sich, daß es zehn Millionen waren. Davon nahm man bis zum 1. Juli 500 000. Weitere

500 000 sollten am 1. Oktober einberufen werden. Natürlich forderte die Ausbildung Zeit. An eine Verwendung auf den europäischen Schlachtfeldern war fürs erste nicht zu denken. Man scherzte noch, der Krieg sei für die Amerikaner ein Christian Science-Krieg mit Behandlung des Patienten in Abwesenheit. Das erste größere Truppendetachement, aus der vorhandenen regulären Armee entnommen, landete in Frankreich Ende Juni, bis Ende September waren nicht mehr als 75 000 drüben, und an der Front erschienen die ersten im Oktober.

Eigentlicher Bedarf an Hilfstruppen lag dort ja einstweilen auch nicht vor. Da das revolutionäre Rußland immer noch beträchtliche deutsche Kräfte im Osten band, hatten Engländer und Franzosen auch ohne amerikanische Hilfe die volle Überlegenheit. An eine deutsche Offensive war vor dem Frühjahr 1918 nicht zu denken. Die Gefahr drohte zunächst nicht auf dem Lande, sondern von der See. Der Unterseebootkrieg war wirklich eine sehr ernste Sache. Die Versenkungsziffern der ersten Monate übertrafen noch die Erwartungen der deutschen Admiralität. Sollte England und damit die ganze Entente einer Katastrophe entgehen, so war für Amerika keine Aufgabe dringender, als der Zerstörung von Frachtraum entgegenzuwirken und neuen Frachtraum zu schaffen.

In Washington verkannte man das keinen Augenblick. Noch vor der Kriegserklärung, schon im März, wurde Admiral Sims nach London geschickt, um Vereinbarungen mit der englischen Marineleitung zu treffen. Amerikanische Kriegsfahrzeuge beteiligten sich dann von vornherein in großem Umfange an der Abwehr und Zerstörung der Unterseeboote. Nach einem Bericht des Staatssekretärs der Marine vom April 1918 waren damals zu diesem Zweck 150 Schiffe mit 35 000 Mann Besatzung in europäischen Gewässern stationiert. Andere in noch größerer Zahl besorgten die Sicherung der Geleitzüge. Das Personal der Flotte wuchs ständig, bis schließlich im November 1918 annähernd 500 000 Mann auf ihr in Dienst waren, und die Werften lieferten immer neue Kriegsschiffe, Zerstörer, Untersee- und Motorboote. Fast noch wichtiger war, daß ein Kauffahrteischiff nach dem andern auf Kiel gelegt wurde. Hier handelte es sich außer um die gemeinsame Sache um ein besonderes Interesse der Vereinigten Staaten. Seit langem war es der Kummer einsichtiger amerikanischer Staatsmänner und Volks-

wirte, daß die einst so blühende Handelsschiffahrt des Landes, nachdem sie der Bürgerkrieg zerstört hatte, sich nicht wieder hatte entwickeln wollen. Dieser und jener hatte versucht, ihr aufzuhelfen. Am Ende war doch nie etwas Rechtes erreicht worden. 1914 noch umfaßte sie, abgesehen von den auf den Binnengewässern beschäftigten Schiffen, wenig mehr als zwei Millionen Tonnen. Für die sogenannte große Fahrt in Betracht kamen sogar nur 800 000. Selbst von den in den Häfen der Union aus- und einlaufenden Schiffen führten nur 26 Prozent amerikanische Flagge. Wilson beklagte das namentlich unter dem Gesichtspunkt, daß der Mangel leistungsfähiger Dampferlinien die Herstellung der von ihm gewünschten wirtschaftlichen und politischen Interessenverbindung mit Südamerika hoffnungslos erschwerte. Er war von vornherein bemüht gewesen, Staatsmittel für die Hebung der Reederei flüssig zu machen, hatte aber beim Kongreß keine Gegenliebe gefunden. Erst als die zunehmende Vernichtung englischer Schiffe den Versand amerikanischer Waren unerträglich verteuerte oder behinderte, im September 1916, kam endlich ein einschlägiges Gesetz zustande. Es ermächtigte die Regierung, sich mit namhaften Summen (bis zu fünfzig Millionen Dollar) an der Gründung von Schiffahrtsgesellschaften zu beteiligen, und setzte zu diesem Zweck wie, um direkt Schiffe zu bauen, zu kaufen oder zu pachten, ein eigenes Schiffahrtsamt ein, das aus dem Marine- und dem Handelsminister und fünf vom Präsidenten ernannten Mitgliedern bestehen und eine Stellung ähnlich der Interstate Commerce Commission haben sollte. Der Schiffbau war schon unabhängig davon seit Kriegsbeginn stärker in Gang gekommen. Im ersten Kriegsjahre waren 266 Schiffe mit 216 000 Registertonnen, im zweiten 1 030 mit 350 000 fertiggestellt worden, während 200 Schiffe mit ¾ Millionen Tonnen die Flagge wechselten. So stand die amerikanische Handelsmarine im April 1917 bereits sehr wesentlich günstiger da als im August 1914. Aber es blieb doch noch viel zu tun und wurde viel getan. Die Zahl der Werften vermehrte sich von 51 im April 1917 auf 203 im September 1918. Schließlich waren 1 020 Hellinge in Betrieb, und da man zweckmäßige Anstalten traf, um im Wege des Serienbaus und durch Verwendung leicht zu verarbeitenden Materials die Herstellung außerordentlich zu beschleunigen — die Almeda-Werft in Californien rühmte sich, ein 12 000-Tonnenschiff nach vierundzwanzig, ein

zweites gar nach vierzehn Tagen von Stapel gelassen zu haben —, gelang es, die monatliche Produktion auf eine viertel und schließlich auf eine halbe Million Tonnen zu steigern. Weiteren Zuwachs brachten die beschlagnahmten feindlichen und gecharterten neutralen Schiffe, so daß der Leiter des Schiffahrtsamts, Edward N. Hurley, sich am 1. September 1918 rühmen konnte, neunundeinehalbe Million Tonnen zu seiner Verfügung zu haben. 1919 wurde berechnet, daß die amerikanische Handelsflotte 20,4 Prozent der Welttonnage ausmache gegen 4,5 Prozent vor Ausbruch des Weltkrieges. Patrioten träumen schon davon, daß sie die englische aus der ersten Stelle verdrängen werde.

Von der Sicherstellung ausreichender Transportmittel hing alles übrige ab. Doch bildete sie nur eine und nicht einmal die schwerste Seite des Problems der Bekämpfung der Unterseebootgefahr. Daneben war die Sorge für die Zufuhren selbst dringend. Die Abgesandten der Verbündeten kamen auch hier mit langen Wunschzetteln. Sie verlangten Lebensmittel, Kriegs- und Eisenbahnmaterial, Kohlen, Kupfer und Eisen. Ein größerer Teil der amerikanischen Produktion noch als bisher schon sollte ihnen dienstbar gemacht werden. Da nun die Aufstellung einer starken eigenen Armee diese Produktion ebenfalls in Anspruch nahm und zugleich einen Teil der produktiven Menschenkräfte band, mußten selbst für das Land der angeblich unbegrenzten Möglichkeiten Schwierigkeiten entstehen. Auch die Union sah sich gezwungen, ihre ganze Volkswirtschaft auf die Zwecke des Krieges umzustellen und dabei unter Preisgabe des freilich längst entstellten und entwerteten Ideals der individuellen Wirtschaftsfreiheit dieselben Methoden der Regelung von Verbrauch und Erzeugung anzuwenden, die Deutschland und ihm folgend die andern kriegführenden Staaten hatten einführen müssen. Gleich Anfang Mai 1917 trat der Präsident an den Kongreß mit dem Antrag heran, ihm weitgehende Verfügungsgewalt über das Wirtschaftsleben einzuräumen: zur Festsetzung von Höchst- und Mindestpreisen für alle Gegenstände des täglichen Bedarfs, zur Übernahme aller Fabriken, Werkstätten und Bergwerke, zur Enteignung aller von Privaten zurückgehaltenen Waren und Lebensmittel und zu einigen andern verwandten Handlungen. Am unmittelbar nötigsten schien die Staatsaufsicht über den Lebensmittelmarkt; denn Amerika, das

England vor dem Verhungern retten und noch einen Teil des kontinentalen Europa versorgen sollte, hatte selbst gerade gar keinen Überfluß. Nicht zuletzt im Hinblick darauf hatte sich die deutsche Regierung zu dem Wagnis des unbeschränkten Unterseebootkrieges entschlossen. Die Ernte des letzten Jahres war schlechter gewesen als irgendeine seit 1904. Eine Bestandsaufnahme vom 1. März 1917 hatte nur 101 Millionen Bushel Weizen ergeben gegen 244 im Vorjahr. Also war größte Sparsamkeit geboten. Der Kongreß nahm Ende Juni 1917 ein Lebensmittelaufsichtsgesetz an. Es enthielt unter anderm die Bestimmung, daß für menschliche Nahrung geeignete Stoffe nicht zur Herstellung geistiger Getränke benutzt werden dürften. Das war ein Sieg der seit langem in Amerika mächtigen Prohibitionsbewegung, die, nachdem sie bis dahin bereits eine große Reihe von Einzelstaaten „trocken" gelegt hatte, nun hoffen durfte, im ganzen Bereich der Union ihren tyrannischen Willen durchzusetzen. Bald danach, im Dezember 1917 schon, wurde wirklich ein seitdem ratifiziertes Verfassungsamendement angenommen, das die Herstellung, den Verkauf oder die Beförderung berauschender Getränke in den Vereinigten Staaten und allen ihrer Rechtsprechung unterworfenen Gebieten verbot. Im Augenblick waren andere Maßregeln noch wichtiger. Der zum Lebensmittelkontrolleur bestellte Herbert C. Hoover, rühmlichst bekannt bereits von seiner Tätigkeit an der Spitze der belgischen Unterstützungskommission, leistete ein ungeheures Stück erfolgreicher Arbeit. Er schränkte den Konsum ein: schon im Oktober 1917 wurde die Einführung eines „weizenlosen" Tages in der Woche verordnet und im Januar 1918 der Verkauf von Mehl auf drei Viertel der bisherigen Menge herabgesetzt. Er sorgte für Vermehrung der Anbaufläche, die gleich im ersten Jahr um achtzehn Prozent ausgedehnt wurde. Er streckte die Vorräte durch neue Ausmahlungsvorschriften und überwachte ihre Lagerung und ihren Transport. Ähnlich, in etwas geringerem Umfang, wurde der Verkehr mit Zucker und Fleisch geregelt. So gelang es, ohne daß im Innern, außer an einzelnen Orten und vorübergehend, Mangel eintrat, fortgesetzt große Mengen von Lebensmitteln für Europa verfügbar zu halten. Der Handel damit war dann natürlich auch wieder nicht frei. Für die Verschiffung von Getreide bedurfte es von vornherein besonderer Erlaubnisscheine. Weiterhin wurde die gesamte Ausfuhr und Einfuhr nach und aus allen Län-

dern an die Genehmigung des neu eingerichteten Kriegshandelsamts (War Trade Board) geknüpft.

Das hatte die wichtige Nebenwirkung, sehr stark auf die Neutralen zu drücken, die nun zum Teil dem amerikanischen Beispiel folgten und Deutschland den Krieg erklärten, zum andern wenigstens ihre Schiffe zur Verfügung stellen und ihren Handel mit Deutschland weiter einschränken mußten. Selbst um diesen Preis erhielten sie nur eben den äußersten Bedarf an Lebensmitteln und Rohstoffen. Daneben, wenn auch weniger schmerzlich, litten sie unter einem gewissen Mangel an amerikanischen Fabrikaten. Denn die Regierung hielt die Industrie mit allen Mitteln zur Produktion möglichst nur für Kriegszwecke an. Das war die andere Seite der amerikanischen Kriegswirtschaft. Die Banken wurden veranlaßt, bei der Kreditgewährung durchweg Unternehmungen der Kriegsindustrie zu bevorzugen, indem zu diesem Zweck schließlich im Frühjahr 1918 eine eigene Kriegshilfsbank (War Finance Corporation) begründet wurde mit 500 Millionen Dollar Kapital und dem Recht zur Ausgabe von 3 Milliarden kurzfristiger Obligationen. Andererseits nichtkriegswichtige Betriebe bekamen keine Kredite oder sahen die ihnen eingeräumten allmählich gekürzt. Ähnlich wurde Kohle, an der im Winter 1917/18 wegen Transportschwierigkeiten zeitweilig große Knappheit war, Eisen und Stahl den Werken je nach dem Grade ihrer nach vier Klassen berechneten Kriegswichtigkeit zugeteilt. Selbst mit den Arbeitskräften verfuhr man schließlich nicht anders. Im Mai 1918 verordnete die Aushebungsbehörde, daß alle Wehrpflichtigen, wenn sie nicht ins Heer eingestellt werden wollten, eine kriegswichtige Arbeit aufnehmen müßten. Da die Wehrpflicht bald darauf im August auf alle Männer zwischen 18 und 45 Jahren ausgedehnt wurde, leuchtet ein, welche Handhabe zur Beeinflussung der Industrie hier gegeben war. Weitere Möglichkeiten dieser Art boten sich durch die vielleicht einschneidendste aller wirtschaftlichen Kriegsmaßregeln, die Übernahme der gesamten Eisenbahnverwaltung seitens der Bundesregierung. Schon am 28. Dezember 1917 erließ Wilson kraft seiner Kriegsvollmachten eine bezügliche Verordnung, die natürlich mit den militärischen Interessen begründet wurde, und ein Gesetz vom 21. März 1918 regelte nachträglich die näheren Bedingungen: Es gab dem Präsidenten neben anderem das Recht, neue Anlagen auf Kosten der Gesellschaften vorzunehmen

und vorbehaltlich der Überprüfung durch die Interstate Commerce Commission die Tarife festzusetzen. An Dividenden durfte nicht mehr als der in den letzten drei Jahren vor dem 30. Juni 1917 übliche Satz verteilt werden.

Denn auch die amerikanische Kriegsgesetzgebung wie die der europäischen Staaten war getragen von dem Bemühen, die übermäßigen Gewinne des Großkapitals zu beschneiden. Der Präsident wandte sich im Juni 1917 in einer eigenen Proklamation gegen den Kriegswucher, und der Kongreß belegte die Kriegsgewinne mit hohen progressiven Steuern, die 1917 bis zu 30, 1918 gar bis zu 80 Prozent gingen. Daneben versuchte man durch behördliche Preisfestsetzungen den Eigennutz von Fabrikanten und Kaufleuten in Schranken zu halten. Der Erfolg war mindestens nicht besser als in Europa. Wucher und Schiebertum feierten dennoch Orgien. Eine Untersuchungskommission stellte im Sommer 1918 Gewinne bis zu 80 Prozent bei Banken, bis zu 236 Prozent bei Mühlen, bis zu 331 bei Warenhäusern, bis zu 596 bei Baufirmen, bis zu 2 000 Prozent bei einer Lebensmittelfirma fest. Die Preise stiegen entsprechend, der Brotpreis verdoppelte sich, und die weitere Folge der Kriegsgewinne wie der erhöhten Preise war, daß die Arbeiter höhere Forderungen stellten. Die Versuchung dazu war um so größer, als der Fortfall der europäischen Einwanderung und die Rückwanderung vielmehr von zahlreichen Angehörigen der Ententestaaten, namentlich von Italienern, sowie schließlich auch die Einziehungen für das amerikanische Heer das Überangebot von Arbeitskraft, die von Karl Marx sogenannte industrielle Reservearmee, gründlich beseitigten. Die Regierung ihrerseits nahm überwiegend die Partei der Arbeiterschaft. Wilson persönlich hatte sehr viel mehr Sympathien für sie als für das Großunternehmertum. In einer langen und herzlichen Ansprache auf dem Kongreß des Amerikanischen Arbeitsbundes in Buffalo machte er den Arbeitern das Kompliment, daß sie in einer größeren Zahl von Fällen Vernunft hätten obwalten lassen als die Kapitalisten. Ein früherer Arbeitersekretär, William B. Wilson, den er gleich 1913 an die Spitze des neuen Arbeitsministeriums berufen hatte, war sein vornehmster Berater in allen Arbeiterfragen. Mit dessen Unterstützung begründete er das Kriegsarbeitsamt (National War Labor Board), einen großen Schlichtungsausschuß, der aus je fünf Vertretern der Arbeitgeber und

Arbeitnehmern und zwei Vertretern der Allgemeininteressen, darunter Expräsident Taft, zusammengesetzt wurde.

So gelang es ihm, die maßgebendste Arbeiterorganisation des Landes, eben den Amerikanischen Arbeitsbund, auf seiner Seite zu halten. Dessen Präsident Gompers war geradezu eine der verläßlichsten Stützen seiner Kriegspolitik. Dagegen machten die radikaleren, mehr internationalen Organisationen der Industrial Workers of the World (Industriearbeiter der Welt, abgekürzt I. W. W.) und der Sozialisten Opposition. Die Sozialisten veröffentlichten im Juni 1917 einen feierlichen Protest gegen Amerikas Teilnahme am Krieg. Auch sonst fehlte sehr viel, daß eine einheitliche und starke Kampfstimmung geherrscht hätte. Man gab sich die größte Mühe, sie zu erzeugen. Der Macher der englischen öffentlichen Meinung, Lord Northcliffe, kam persönlich herüber, um die Propaganda aufzuziehen, und von französischer Seite war als Generalkommissar der franco-amerikanischen Kooperation der kluge und geschickte Tardieu auch nach dieser Richtung tätig. Ein eigenes Büro für öffentliche Aufklärung wurde eingerichtet, das 19 000 Wanderredner besoldete und Eisenbahnladungen populärer Schriften versandte, auch durch Filme, Schallplatten, Plakate und große Schaustellungen zu wirken suchte. Immer von neuem wurde dem Volk eingehämmert, daß der Krieg gegen den Kaiser, die „Bestie von Berlin", ein zweiter Unabhängigkeits-, ja ein zweiter Sklavenbefreiungskrieg sei, bei dem Amerikas eigene Freiheit und Sicherheit auf dem Spiel stehe. Zeitungsartikel führten aus, wenn die Alliierten verlören, so müßte jeder Mann in dem entferntesten Winkel der Vereinigten Staaten bereit sein, ein Halseisen made in Germany zu tragen, und Bilder stellten dar, wie es in dreißig Jahren in New York aussehen würde, wenn man jetzt auf einen schwachen Frieden einginge: die Wolkenkratzer in Flammen, Haufen von Zivilisten zur Füsilierung zusammengetrieben und Frauen und Kinder zur Deportation abgeführt. Die Wirkung war keineswegs gering. Die Volksleidenschaften wurden tatsächlich so stark aufgepeitscht, daß es hier und da zu häßlichsten Ausschreitungen gegen Pazifisten und Deutschamerikaner kam, die beraubt, mißhandelt, ja getötet wurden. Wilson selbst hielt es schließlich für nötig, vor Akten der Lynchjustiz zu warnen. Aber von solchen Exzessen zu einem allgemeinen und ernsten Kriegswillen war es weit. Noch im Juli 1917 klagte Senator

Borah im Kongreß, daß eine feste öffentliche Meinung, wie man sie zu erfolgreicher Durchführung des Krieges brauche, noch immer nicht vorhanden sei, weil es an konkreten, dem Volk verständlichen Kriegszielen fehle. Bei den Aushebungen mußte vieler Orten Militärgewalt angewandt werden, und im übrigen richtete sich ganz, wie es im Bürgerkrieg gegen die Copperheads geschehen war, ja noch darüber hinaus ein wahres Schreckensregiment mit Zeitungsverboten, Schutzhaft, Hochverratsprozessen auf. Schließlich (Mai 1918) wurde ein Aufruhrgesetz erlassen, das bis zu 20 Jahren Kerkerstrafe für jeden androhte, der die Aushebung oder die Kriegsindustrie behindere oder in Druckschriften die Nation, die Form ihrer Regierung, das Heer oder nationale Unternehmungen beschimpfe. Dennoch war die Agitation gegen den Krieg nie ganz zum Schweigen zu bringen. Fortgesetzt protestierten Massenversammlungen, und fand bei dieser und jener Wahl die Unzufriedenheit Ausdruck. Anfang November 1917 wurde in New York ein erklärter Gegner Wilsons, Hylan, zum Mayor gewählt, obwohl man ihn als Parteigänger der Hohenzollern verfemt hatte, und fast noch beschämender war, daß im Streit um das erledigte zweite Senatsmandat von Wisconsin trotz Aufbietung des gesamten Regierungsapparats ein Freund und Gesinnungsgenosse des pazifistischen La Follette den Sieg gewann.

Wilson verstimmten dergleichen Erfahrungen tief. Er klagte im Herbst 1917 in öffentlicher Rede, daß er sich in Washington manchmal einsam fühle. Ein englischer Besucher fand ihn stark verändert und mit allen Anzeichen einer tiefen Melancholie. Es hieß bereits, daß sein Nervensystem erschüttert sei. Aber wie schwer er an der ungeheuren Verantwortung trug, die der Krieg ihm auflegte, auch nicht einen Augenblick kam für ihn in Frage, den Kampf vorzeitig abzubrechen. Mit einer Art priesterlichen Fanatismus lebte er sich in die Idee ein, daß erst der Sieg des Rechts entschieden sein müsse, ehe man von Frieden reden könnte. Noch am 26. Oktober 1916 hatte er über den Ursprung des Weltkrieges zu den Frauen von Cincinnati die tiefeindringenden Worte gesprochen: „Ist Ihnen jemals bekannt geworden, was den gegenwärtigen Krieg hervorgerufen hat? Wenn ja, so wünschte ich, daß Sie es veröffentlichten, denn soweit ich unterrichtet bin, hat noch niemand es bekannt gemacht. Kein besonderer Anlaß hat ihn hervorgerufen, sondern die Gesamtheit der Umstände. Ein gegenseitiges Mißtrauen war in

Europa entstanden, ein gegenseitiger Argwohn bezüglich der Handlungen dieser und jener Regierung, eine Verstrickung in Bündnisse und Verständigungen, ein enges Netz von Ränken und Spionage, das mit Sicherheit die ganze Menschheitsfamilie jenseits des Wassers in seinen Maschen fangen mußte.“ Jetzt war solche Einsicht vergessen. Er erklärte kurzerhand, von keinem Zweifel mehr beschwert (12. November 1917): „Der Krieg ist von Deutschland begonnen worden. Seine Regierung bestreitet, ihn begonnen zu haben, aber ich lasse meine Feststellung ruhig den Urteilsspruch der Geschichte erwarten.“ Und die notwendige Folgerung daraus war für ihn, daß kein Frieden sicher sei, solange Deutschland keine von Grund aus andere Regierung habe. Sonst war im Sommer 1917 in der Welt viel von einer Beendigung des Kampfes die Rede. Das revolutionäre Rußland bemühte sich darum mit der Formel eines Friedens ohne Entschädigungen und ohne Annexionen. In Stockholm tagte eine Sozialistenkonferenz. Der deutsche Reichstag nahm eine Friedensresolution an (19. Juli). Der Papst forderte in beschwörender Note (1. August) zu Verhandlungen auf. Von den Ententemächten zeigte mindestens England Neigung, unter gewissen Bedingungen darauf einzugehen. Wilson warf seinen ganzen Einfluß dagegen in die Wagschale. Er sandte nach Rußland eine besondere Abordnung mit Senator Root an der Spitze, um vor einem Kompromißfrieden auf Grund der Herstellung des früheren Besitzstandes zu warnen: es gelte Sieg oder Unterwerfung. Er verweigerte den amerikanischen Sozialisten Pässe für Stockholm, und auf die Papstnote, die doch in ihrem Ton wie in ihren Einzelvorschlägen eigentlich nur das Thema seiner eigenen Friedensbotschaften vom 18. Dezember und 22. Januar aufnahm, erteilte er, bevor die anderen Verbündeten gesprochen hatten, am 27. August eine durchaus ablehnende Antwort, deren Sinn war, daß man erst eine gründliche Umwälzung in Deutschland abwarten müsse: „Wir können das Wort der gegenwärtigen Herrscher Deutschlands nicht als Bürgschaft für irgend etwas nehmen, was dauerhaft sein soll, wenn es sich nicht auf einen beweiskräftigen Ausdruck des Willens und der Absichten des deutschen Volkes stützt.“ Den Arbeitern in Buffalo am 12. November sagte er, der einzige Weg zum Frieden sei, den Krieg zu gewinnen, wenn anders man länger als auf ein paar Minuten Ruhe und Frieden haben wolle. Auch die Jahresbotschaft

vom 4. Dezember war durchaus noch auf diesen Ton gestimmt; man könne das Recht nicht als Schiedsrichter und Friedenstifter unter den Völkern einsetzen, solange Kräfte wie die, über die die gegenwärtigen Gewalthaber Deutschlands verfügten, ungefesselt und unbesiegt seien. Er beantragte und erreichte, daß der Krieg auch an Österreich erklärt wurde (7. Dezember), weil es nicht sein eigener Herr, sondern einfach der Vasall der deutschen Regierung sei.

Unmittelbar danach trat dann freilich eine vorübergehende Abwandlung in der Haltung des Präsidenten ein. Es waren am 22. Dezember in Brest-Litowsk Verhandlungen zwischen dem Vierbund und der neuen russischen Räteregierung eröffnet worden. Ein Sonderfrieden im Osten, der die Kräfte der Zentralmächte ganz für den Westen freimachte, schien im Bereich naher Möglichkeit. In London, in Paris und in Rom herrschte Sorge. Ernster noch als im Sommer vorher fragte man sich dort, ob es nicht besser sei, den Krieg mit einem Vergleich abzubrechen, statt im Streben nach entscheidendem Sieg die Gefahr einer schließlichen Niederlage zu laufen. Lloyd George hielt in diesem Sinn am 5. Januar 1918 eine aufsehenerregende Rede. Andererseits die Vertreter der Mittelmächte hatten zu Weihnachten in Brest-Litowsk feierlich ihre Bereitschaft kundgegeben, wenn die Gegner auf allgemeine Friedensverhandlungen eingingen, den Verzicht auf gewaltsame Gebietserwerbungen und Kriegsentschädigungen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Grundlage anzunehmen. Unter diesen Umständen sah Wilson wohl, daß er an seinem unnachgiebigen Standpunkt nicht ganz festhalten konnte. Er lenkte sehr stark ein. Eine Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918 schwächte die Forderung ab, daß Deutschland seine Regierung ändern müsse, um verhandlungsfähig zu werden. Es hieß jetzt nur noch, man müsse wissen, für wen die Wortführer Deutschlands sprächen, ob für die Reichstagsmehrheit oder die Militärpartei. Zugleich entwickelte der Präsident in 14 Punkten ein ausführliches Friedensprogramm, das sich nicht begnügte, gewisse allgemeine Forderungen zu stellen, wie Abschaffung der Geheimdiplomatie, Freiheit der Meere, Verzicht auf jeden Handelskrieg, Rüstungsbeschränkung, Völkerbund, sondern auch für alle besonderen durch den Krieg aufgeworfenen Probleme irgendwie eine Lösung suchte. Im ersten Augenblick schien es, als könnte das der Sache des Friedens wirklich nützen. Sowohl der deutsche Reichs-

kanzler wie der österreichische Außenminister setzten sich in längeren Reden eingehend mit den Vorschlägen auseinander, Graf Czernin voll eifriger Zustimmung, Graf Hertling mehr kühl und kritisch, und Wilson kam darauf einen weiteren Schritt entgegen. In einer zweiten Ansprache an den Kongreß am 11. Februar wollte er die 14 Punkte nur als eine provisorische Skizze, als eine Bezeichnung, nicht eine Entscheidung der Probleme betrachtet wissen, bezog sich vielmehr in auffälligen Wendungen auf die Friedensresolution des deutschen Reichstages vom letzten Sommer und machte den weiteren Austausch von Ansichten, wie ihn Graf Czernin zunächst für Österreich und Amerika angeregt hatte, nur noch von der Verständigung über vier ganz allgemeine Sätze abhängig, die den Gedanken eines Rechts-, nicht eines bloßen Gleichgewichtsfriedens entwickelten zum Besten der beteiligten Bevölkerungen statt im Interesse wetteifernder Staaten.

Der deutsche Reichskanzler erklärte am 25. Februar sein Einverständnis: ein allgemeiner Frieden auf solchen Grundlagen könne erörtert werden, aber der günstige Eindruck dieser Erklärung wurde vollkommen aufgehoben durch die Art, wie eben damals Ludendorff über Kanzler und Reichstagsmehrheit hinweg erst die Wiederaufnahme des Krieges mit Rußland, dann (3. März) den unhaltbaren Frieden von Brest-Litowsk durchsetzte. Einen schlagenderen Beweis schien es nicht zu geben, daß nicht Deutschlands Staatsmänner, sondern seine Generäle die Herren seines Geschicks wären. Wilson bezeichnete den Vertrag von Brest-Litowsk als eine Herausforderung, die man annehmen müsse mit dem grimmen Entschluß zum Sieg. Die Verhandlung ging nicht weiter oder hatte doch kein Ergebnis. Vielmehr trat der Krieg in seine gewaltigste Phase, und Amerika erhielt Gelegenheit, auch militärisch mit entscheidender Wirkung einzugreifen.

Von vornherein war ins Auge gefaßt worden, daß im Frühling 1918 ein stärkeres amerikanisches Heer an der französischen Front bereit sein sollte. Man hatte gerechnet, bis zum Juni 650 000 Mann, 21 Divisionen mit reichlichen Hilfs- und Ersatzmannschaften, hinüberzuschicken. In den Häfen der französischen Westküste, Brest, St. Nazaire, La Pallice und Bordeaux, namentlich in Bordeaux wurden unter amerikanischer Leitung gewaltige Anlagen für die Ausladung von Menschen und Material geschaffen. Ganz neue

Quais, Lagerhäuser, Barackenstädte entstanden. Auch neue Bahnlinien wurden gebaut. Alles in einem Ausmaß, in einem Tempo und mit einer Unbekümmertheit um Schwierigkeiten, Kosten und Privatwünsche der Einwohner, die das höchste Staunen der Franzosen erregten. Die Truppentransporte selbst hielten sich bis zum November in bescheidenen Grenzen. Im Dezember 1917 landeten 48 840 Mann. Januar und Februar brachten je ungefähr die gleiche Zahl, und im März wurden es gar 83 811, so daß man die amerikanischen Truppen in Frankreich damals auf insgesamt 300 000 berechnete.

Indem setzte denn aber auch die gefürchtete deutsche Offensive wirklich ein (21. März) und hatte zunächst die bedeutendsten Erfolge Gleich Ende März entstand eine sehr kritische Lage, insofern einige Tage der wichtige Eisenbahnknotenpunkt Amiens auf das schwerste bedroht schien. Die zweite Aprilwoche sah die Eroberung von Armentières und dem Kemmel durch die Deutschen. Ende Mai überrannten sie die französischen Stellungen am Damenweg und erreichten in raschem Vorstoß die Marne. In Paris herrschte eine Art Panik, zumal die Stadt aus einem Ferngeschütz beschossen wurde. Annähernd eine Million Menschen sollen geflohen sein. Auch die leitenden Kreise waren in großer Sorge. Anfang April war der französische General Foch mit dem einheitlichen Oberbefehl über die verbündeten Streitkräfte betraut worden. Er erstattete jetzt einen Bericht von großem Ernst. Der Feind habe 200 Divisionen gegen 162. Es sei Gefahr, daß der Krieg verloren gehe, wenn Amerika seine Truppen nicht möglichst bald auf 100 Divisionen bringe. Lloyd George, Clemenceau und Orlando, die zur Beratung zusammengetreten waren, gaben den Bericht und die Bitte am 2. Juni in beschwörendem Telegramm an Wilson weiter. Schon einen Monat zuvor bei einer Sitzung des Obersten Kriegsrats in Abbeville war beschlossen worden, alle andern Rücksichten des Seeverkehrs der einen unterzuordnen, wie man Schiffsraum für die amerikanischen Truppensendungen verfügbar mache. England hatte sich damals verpflichtet, im Mai für 130 000, im Juni für 150 000 Mann Transportschiffe bereitzustellen.

Das Großartige nun, von Freund und Feind für unmöglich Gehaltene war, daß Amerika nicht nur die Wünsche der Verbündeten voll erfüllte, sondern erheblich darüber hinausging. Indem man an

Uniformen und Ausrüstung nur das Notwendigste mitgab, für die Verpackung die zweckmäßigsten Anstalten traf und die Leute selbst aufs engste zusammenlegte (sie schliefen in Schichten), gelang es, die Transportziffer, die im April 117 212 gewesen war, im Mai auf 244 345, im Juni auf 276 372, Juli 306 185, August 290 818 zu steigern. Natürlich handelte es sich dabei großenteils noch um wenig ausgebildete Truppen. „Send the untrained (Senden Sie die Unausgebildeten)“ telegraphierte der Höchstkommandierende General Pershing am 5. Juli. Aber sie konnten in der Etappe oder an ruhigen Stellen der Front andere Kräfte freimachen. Auch wuchsen sich immer mehr Divisionen zu vollwertigen Kampfeinheiten aus. Am 25. Mai eroberte eine amerikanische Division die Höhen von Cantigny. Einige Tage später warfen sich andere amerikanische Regimenter „tapfer, aber nicht gut geführt“, wie Ludendorff sagt, den Deutschen bei Château-Thierry entgegen. Es war schon rein materiell eine Hilfe, deren Wert bei der Erschöpfung der englischen und französischen Reserven nicht wohl überschätzt werden kann, und zugleich machte es einen außerordentlich starken moralischen Eindruck. Der schon gesunkene Mut der Verbündeten mußte gehoben werden, indem sie die Sicherheit erhielten, daß in ununterbrochenem Fluß das gewaltige Menschenmaterial Amerikas zur Verstärkung ihrer dünn gewordenen, wankenden Linien herüberströme. Andererseits unter den Deutschen begann der Zweifel an dem ihnen als nahe in Aussicht gestellten Endsieg um sich zu greifen, seit sie wußten, daß die Feinde ihre Verluste durch ganz frische, vortrefflich ausgerüstete Truppen ersetzen konnten, die, was ihnen an Erfahrung abging, durch Schwung und Jugendkraft doppelt einbrachten. Schon im Laufe des Juni ließ die deutsche Siegeszuversicht nach. Im Juli dann kam der Umschwung, indem die Offensive Hindenburgs bei Reims mißlang (15. Juli) und die von Foch unmittelbar danach (18. Juli) südwestlich von Soissons glückte. Der Durchbruch englischer und französischer Divisionen zwischen Somme und Lucebach am 8. August entschied den Krieg vollends. Die deutschen Armeen sahen sich ganz in die Verteidigung gedrängt, von Stellung zu Stellung zurückgezwungen. Dabei wirkten die amerikanischen Truppen, die die ganze Entwicklung überhaupt erst ermöglicht hatten, auch im einzelnen in steigendem Umfang mit. Am 30. August wurde ihnen ein ganzer Frontabschnitt von Port sur Seille bis gegenüber

von Verdun eingeräumt. Am 12. September griffen sie die deutschen Stellungen im St. Mihielbogen an und errangen einen bedeutenden Sieg, indem sie um den vergleichsweise geringen Preis von 7 000 Toten und Verwundeten nicht nur ein strategisch wichtiges Gelände eroberten, sondern 16 000 Gefangene und 443 Geschütze erbeuteten. Ende September dann wurden andere starke amerikanische Kräfte etwas mehr nördlich zwischen Maas und Argonnen zu einer neuen Offensive angesetzt, die in allmählichem, mühsamem Fortschreiten bis Anfang November zur Durchbrechung der deutschen Linien an der Maas und zur Einnahme von Sedan führte (7. November)*).

Inzwischen war an einer ganz andern Stelle, fern in Osteuropa längst das Ereignis eingetreten, vor dem die Widerstandskraft der Mittelmächte endgültig zuschanden wurde, und auch dabei hatte Amerika, wenn nicht durch seine Waffen, doch durch seine Diplomatie und vielleicht durch sein Geld wichtige Beihilfe geleistet. Während die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland und Österreich und der Türkei aufhörten, war der amerikanische Bevollmächtigte in Sofia verblieben, weil es von vornherein möglich schien, das mannigfach unzufriedene, parteizerklüftete Bulgarien aus dem Vierbund abzuziehen. Wirklich nahm, ohne daß sich der Grad der amerikanischen Einwirkung genau abschätzen ließe, die Kriegs- und Bündnismüdigkeit im bulgarischen Heer und Volk während des Sommers 1918 gewaltig zu. Verrat schlich um, und es bedurfte schließlich nur eines vergleichsweise schwachen Angriffs der Ententetruppen, der ohne genaue Kenntnis der Stimmung an der bulgarischen Front nie unternommen worden wäre, damit diese in der zweiten Septemberhälfte wie ein Kartenhaus umfiel.

Die Lage, die dadurch für Deutschland und Österreich entstand, war, wenn man die gleichzeitige Hochspannung im Westen in Betracht zog, annähernd verzweifelt. Gerade in den leitenden militärischen Kreisen drängte man auf Friedensverhandlungen und Waffenstillstand. Die Regierung in Deutschland wurde unter demo-

---

*) Damals waren über 2 Millionen amerikanische Soldaten in Europa. Die Gesamtverluste gab der amtliche Bericht vom 28. November 1918 auf 236117 an, nämlich getötet und an Wunden gestorben 36154, an Krankheiten gestorben 14811, andere Todesursachen 2204, verwundet 179625, gefangen 2163, vermißt 1160.

kratischen Gesichtspunkten mit Einbeziehung der sozialdemokratischen Führer umgebildet und ließ es ihre erste Handlung sein, in der Nacht vom 4. zum 5. Oktober eine Note an den Präsidenten Wilson zu senden, die diesen bat, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen und den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen. Ausdrücklich wurde dabei mitgeteilt, daß Deutschland das von Wilson in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen aufgestellte Programm als Grundlage der Friedensverhandlungen annehme.

Seit Lees Kapitulation von Appomattox Court House am 9. April 1865 hatte die amerikanische Geschichte keinen so stolzen Augenblick aufzuweisen gehabt. Wilson schien dazustehen, wie er sich immer geträumt hatte, als Schiedsrichter der Welt. Ging er ohne Zögern und Feilschen auf das deutsche Angebot ein und gewann die Zustimmung auch seiner Kampfgenossen, so war der gerechte und dauernde Frieden, den er verheißen hatte zu bringen, wirklich in Reichweite. Aber die verschiedensten Umstände verhinderten eine so rasche und glatte Erledigung. Zunächst hatte er sich selbst noch eben am 27. September in einer Werberede für die vierte Freiheitsanleihe sehr stark auf den Standpunkt festgelegt, daß es keinen Frieden geben dürfe, der durch irgendeine Art von Handel oder Kompromiß mit den Regierungen der Mittelmächte gewonnen würde: „sie haben uns davon überzeugt, daß sie ohne Ehre sind und nicht Gerechtigkeit wollen. Sie beobachten keine Verträge und erkennen keinen Grundsatz an als den der Gewalt und ihres eigenen Interesses . . . Wir denken nicht in denselben Gedanken und sprechen nicht in derselben Vertragssprache." Dann kam in Betracht, daß Franzosen und Engländer durch die große Wendung des Krieges in einen Siegesrausch versetzt worden waren, dem nur die völlige Vernichtung der feindlichen Heeresmacht Genüge tun konnte, und endlich war diese Stimmung für Ausnutzung des Sieges bis zum letzten auch in Amerika selbst sehr stark. Roosevelt hatte eine große Gefolgschaft hinter sich, wenn er ausrief: „Wir wollen keinen Frieden annehmen außer demjenigen, welcher bedingungsloser Übergabe folgt, und wir werden diesen Frieden erlangen mit dem Maschinengewehr, nicht mit der Schreibmaschine." Dabei standen die Kongreßwahlen vor der Tür, für die der Präsident sich

hüten mußte, die ohnehin schlechten Chancen seiner Partei weiter zu gefährden. Höchste Vorsicht und Umsicht schienen ihm geboten.

So nahm der Notenwechsel mit Deutschland einen für alle Teile sehr unglücklichen Gang. Die erste Antwort vom 8. Oktober klang noch entgegenkommend, wenn sie auch als Vorbedingung jeder weiteren Erörterung die uneingeschränkte Verpflichtung auf die amerikanischen Bedingungen sowie die Zustimmung zur Räumung der besetzten Gebiete verlangte und die peinliche Frage aufwarf, ob der deutsche Kanzler nur für diejenigen Gewalten spreche, die bisher den Krieg geführt hätten. Aber als dann die Aufnahme im eigenen Land und bei den Bundesgenossen unfreundlich war, begnügte sich der Präsident nicht mit der sofort erklärten Bereitschaft Deutschlands, sondern erhöhte in auffälligster Weise Ton und Forderungen. Insbesondere gab er mit wachsender Deutlichkeit zu erkennen, daß er die Abdankung des Kaisers und den Thronverzicht des Kronprinzen verlange. Hätten sich Kaiser und Kronprinz rechtzeitig zu diesem Opfer entschlossen, so ist gerade von deutscher Seite angenommen worden, daß er in den sachlichen Fragen entschiedener für seinen großen Grundsatz des Rechtsfriedens eingetreten sein würde. Er hätte dann auf einen weithin sichtbaren Erfolg hinweisen können, der seine Stellung gegenüber den einheimischen und auswärtigen Chauvinisten verstärkt hätte. Die bloßen Verfassungsänderungen, mit denen, da der Kaiser zur Niederlegung der Krone nicht zu bewegen war, Regierung und Reichstag den amerikanischen Forderungen zu begegnen suchten, machten keinen genügenden Eindruck. Das amerikanische Publikum wußte viel zu wenig vom deutschen Staatsrecht, um ihre Tragweite zu ermessen. Auch die Preisgabe des Unterseebootkrieges, zu der man sich in Berlin nach vielem Überlegen entschloß, tat keinerlei Wirkung, zumal amtlich nur versprochen wurde, daß keine Passagierschiffe mehr torpediert werden sollten. Wilson blieb durchaus ohne den nötigen Rückhalt an der öffentlichen Meinung und bequemte sich in der Hauptsache den Wünschen der Gewaltpolitiker. Es gelang Lloyd George und Clemenceau, die endgültige Annahme des deutschen Friedensgesuches so lange hinauszuzögern, bis Österreich und die Türkei abgefallen und in Deutschland selbst auf der Flotte und an der Wasserkante die ersten Akte der Revolution geschehen waren. Für den Waffenstillstand wurden Bedingungen festgesetzt, die ihn zu einer Kapitulation

auf Gnade und Ungnade stempelten, und wenn dem Frieden das amerikanische Programm zugrunde gelegt werden sollte — das war immerhin kein geringes Zugeständnis —, so erlitt es doch in zwei Punkten von vornherein sehr einschneidende Veränderungen. Die Verpflichtung zur Herstellung der besetzten Gebiete wurde dahin erweitert, daß Deutschland für allen durch seine Angriffe zu Wasser und zu Lande und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schaden Ersatz zu leisten habe. Andererseits fiel die England unbequeme Forderung der Freiheit der Meere faktisch unter den Tisch. Der Präsident mußte zulassen, daß die verbündeten Mächte sich diesbezüglich für die Friedenskonferenz volle Freiheit vorbehielten, da der Begriff verschiedene Auslegungen einschließe, von denen sie einige nicht annehmen könnten. Indem er diese Vorbehalte mitteilte, gab Lansing endlich am 5. November der deutschen Regierung Kenntnis, daß die verbündeten Mächte zu Waffenstillstand und Friedenschluß auf Grund der Wilson-Bedingungen bereit seien.

An demselben 5. November fanden in der Union die Kongreßwahlen statt. Ihr Ausfall war für Wilson durchaus ungünstig. Die Republikaner gewannen im Repräsentantenhaus 239 Mandate gegen 195 demokratische und ein sozialistisches. Auch im Senat konnten sie auf eine Mehrheit von 49 gegen 47 Stimmen rechnen. Im kritischsten Augenblick schien die Nation ihren Präsidenten verleugnet zu haben, während er ausdrücklich ein Vertrauensvotum gefordert hatte. Er besaß kaum noch das Recht, im Namen Amerikas zu sprechen.

Ohnehin aber hatte die Stimme Amerikas die alte Bedeutung nicht mehr; denn inzwischen reiften in Mitteleuropa die bösen Früchte der hinhaltenden Taktik, die Wilson beliebt oder zugelassen hatte. Österreich-Ungarn, mit dem er aus Rücksicht auf Tschechoslowaken und Südslawen eine Verhandlung überhaupt zunächst abgelehnt hatte, löste sich in seine Teile auf, und Deutschland sah eine Revolution unter der roten Fahne (9. November), bei der mit dem Kaisertum auch Bundesrat und Reichstag dahinfielen, um zunächst einem Volksbeauftragten-Regiment nach russischem Muster Platz zu machen. Die Mittelmächte waren nicht nur besiegt; sie schieden als Subjekt der Politik ganz aus. England, Frankreich und Italien brauchten von ihren bisherigen Feinden nichts mehr zu fürchten als allenfalls

die Ansteckung durch das revolutionäre Gift. Amerikas Hilfe war ihnen nicht mehr nötig. Seine Rolle war die des Mohren, der gehen mochte, nachdem er seine Schuldigkeit getan hatte. Man würde es natürlich hören mit dem Respekt, der einer wirtschaftlich und militärisch so starken Macht immer noch gebührte; aber irgendwelchen schiedsrichterlichen Ansprüchen würde man nicht länger mehr nachgeben.

Es ist nicht zu sehen, ob und wieweit etwa Wilson diese veränderte Lage erkannte. Indem er am 11. November dem Kongreß anzeigte, daß Deutschland die Waffenstillstandsbedingungen angenommen habe und der Krieg damit faktisch zu Ende sei, gedachte er in gütigen Worten der bedrückten Bevölkerungen der Mittelmächte und sprach durchaus noch im alten Stil des berufenen Völkerlehrers und -beglückers: man wolle einen Frieden, der das Sehnen der ganzen Welt nach selbstloser Gerechtigkeit erfülle und auf etwas viel Besserem und Dauerhafterem beruhe als den selbstischen, widerstreitenden Interessen mächtiger Staaten. So erfüllt war er von der Größe und Heiligkeit dieser Aufgabe und zugleich von der Bedeutung seiner eigenen Persönlichkeit, daß er sich entschloß, selbst an der Friedenskonferenz in Paris teilzunehmen, obwohl es unerhört und in vieler Hinsicht bedenklich war, daß ein Präsident während seiner Amtszeit außer Landes ging. Es sei seine Pflicht, entwickelte er dem Kongreß in der Jahresbotschaft vom 2. Dezember, soweit es in seiner Macht stehe, dafür zu sorgen, daß seinen Idealen keine falsche oder irrtümliche Bedeutung beigelegt, und daß nichts versäumt werde, um sie zu verwirklichen.

Als er dann noch vor Weihnachten tatsächlich in Europa erschien, ließ der äußere Erfolg zunächst nichts zu wünschen übrig. In Frankreich, in England, in Italien brachte man ihm Huldigungen dar als dem großen Retter und Erlöser, über die er mit einer Reihe seiner schönsten Reden quittierte. Er pries den mächtigen Atem moralischer Kräfte, der durch die Welt gehe, er prophezeite noch einmal wie so oft den Anbruch eines neuen Zeitalters, in dem eine neue Staatskunst die Menschheit zu neuen Höhen des Strebens und Vollbringens emporheben würde, und nannte sich einen Diener der Menschheit, einen modernen Kreuzfahrer. Aber schon ließen einzelne Wendungen erkennen, daß er in seinen Besprechungen mit den fremden Staatsmännern manche Widerstände gefunden hatte,

und daß er vor diesen Widerständen zurückweichen würde. Er sah die Dinge von zu hoher Warte, so daß ihr Bild undeutlich und verschwommen wurde. Die europäischen Verhältnisse waren ihm im einzelnen wenig bekannt, und ihre Neuordnung interessierte ihn deshalb nur sehr in zweiter Linie. Worauf es ihm ankam, war die Begründung des Völkerbundes. Ihn stellte er in den Vordergrund als die große, abschließende Unternehmung der Menschheit, als den Schlußstein des ganzen Plans, der die Ziele und Ideale der Verbündeten im Weltkrieg verkörpere. Habe man ihn, so könnten falsche Einzellösungen der Territorialfragen, die unvermeidlich seien, mit der Zeit nachträglich befriedigender gestaltet werden*).

Clemenceau und Lloyd George hätten weniger gewiegte Politiker sein müssen, als sie waren, um nicht rasch zu sehen, welche Vorteile ihnen diese Auffassung bot. Sie gaben den Völkerbundsliebhabereien des Präsidenten nach, freilich auch nicht, ohne daß sie seine liberaleren Vorschläge im Sinn ihrer Machtinteressen verkürzt oder umgebogen hätten, und rangen ihm übrigens die Zustimmung zu einer Abweichung nach der andern von seinen berühmten 14 Artikeln ab. In Amerika gegenüber dem Kongreß und der Presse hatte er mehrfach großes taktisches Geschick bewiesen. Im Sitzungssaal von Versailles erschien er schon wegen des Mangels an Sprachkenntnissen ungewandt bis zur Hilflosigkeit, als die blinde Kuh der Konferenz, wie ein englischer Teilnehmer später höhnisch sagte. Man spielte Komödie mit ihm, indem man Forderungen stellte, die nicht ernst gemeint waren, und von denen er dann das Aufgeschlagene abhandeln durfte und nicht einmal immer ganz abhandelte, so daß Bestimmungen in den Vertrag kamen, die ihre Urheber selbst nicht

*) Rede in Manchester, 30. Dezember 1918. Die Stelle ist zu bezeichnend und vom Standpunkt der für Deutschland notwendigen Revision des Versailler Friedens zu wichtig, um nicht wörtlich angeführt zu werden: „Ich habe wenig Hoffnung, daß die einzelnen Bestimmungen des Vertrages, den wir versuchen wollen zu schließen, ganz zufriedenstellend ausfallen. Man braucht nur an die Fragen der Grenzregelung, des Souveränitätswechsels und der Rassenbestrebungen zu denken, um sich klar zu machen, daß kein Mensch, keine Versammlung von Menschen imstande sein wird, sie richtig zu lösen. Indessen, da wir doch einmal unbefriedigende Abmachungen treffen müssen, so muß dafür gesorgt werden, sie mit der Zeit befriedigender zu gestalten, indem wir nachträgliche Änderungen ermöglichen. Wir müssen die Mittel zu Abänderungen vorsehen, damit wir den Weg zur Freundschaft finden."

wirklich gewollt hatten, oder man schüchterte ihn durch den Vorwurf der Deutschfreundlichkeit ein, den er bei seiner fortdauernden Abneigung gegen deutsches Wesen besonders scheute, oder suchte ihm durch Briefe und Zeitungsartikel nachzuweisen, daß die öffentliche Meinung Amerikas andere Wege ginge. Dagegen fuhr er dann wohl heftig auf. Auch sonst hatte er Augenblicke, wo er trotz der gesellschaftlichen Triumphe, die man ihn feiern ließ, verärgert und bedrückt war und an den guten Absichten der Verbündeten zweifelte. Als er Ende Februar vorübergehend in die Heimat zurückkehrte, sprach er beim Empfang in Boston Worte, die eine deutliche Mahnung nach Europa hin enthielten: „Ich will nicht unehrerbietig gegen andere große Völker sein, wenn ich sage, daß Amerika die Hoffnung der Welt ist. Wenn es diese Hoffnung enttäuscht, so ist unausdenkbar, was geschehen wird. Die Menschen werden nicht nur der Bitterkeit der Enttäuschung, sondern auch der Bitterkeit der Verzweiflung in die Arme geworfen werden. Alle Staaten werden wieder zu feindlichen Lagern, und die Teilnehmer an der Friedenskonferenz werden gesenkten Hauptes heimkehren und wissen, daß sie gescheitert sind." Aber ihm selbst war solche Einsicht schließlich verloren. Sobald er wieder in Versailles war, umspannen ihn die alten Künste der Genossen im Obersten Rat. Vergebens warnte ihn die eigene Delegation, aus der im Mai sechs Mitglieder im Unmut schieden. Ohne daß er widersprach, oder doch ohne daß sein Widerspruch Erfolg gehabt hätte, wurde Deutschland in Verhandlungsformen, für die es kein Beispiel gab, ein Friedensvertrag auferlegt, der in seiner Gesamthaltung wie in sehr vielen seiner Einzelheiten ein Hohn auf Wilsons Zusagen und Verheißungen war, ja gegenüber der amerikanischen Note vom 5. November 1918, auf Grund derer der Waffenstillstand geschlossen war, geradezu einen Rechtsbruch darstellte. Wilson beteiligte sich an der Unterzeichnung am 28. Juni 1919, indem er dem Vertrag so auch äußerlich die volle Stütze seiner Autorität lieh. Unmittelbar danach schiffte er sich nach Amerika ein. Das Gefühl einer Niederlage hatte er nicht. Mochte das Friedensbuch sonst manches enthalten, was nicht nach seinem Sinn war, die ersten 26 Artikel begründeten den Völkerbund, der so auch äußerlich allem andern übergeordnet war. In diesem Punkte wenigstens meinte er in Europa seinen Willen durchgesetzt zu haben.

Aber nun geschah es, daß man ihm in Amerika die Gefolgschaft verweigerte. Gleich sein Empfang war weit entfernt, herzlich oder begeistert zu sein. Es fehlte nicht an Leuten, die den Frieden als für Deutschland zu hart empfanden. Schon im Mai hatte die New York World geschrieben, diesem Vertrag werde ein Jahrhundert der Rache folgen. Später redete eine öffentliche Kundgebung von der Kreuzigung des deutschen Volkes. Und wenn solche Stimmen wegen der noch immer sehr starken Hetze gegen alles Deutsche nicht sehr zahlreich oder laut sein konnten, so tadelte man um so allgemeiner, daß die beiden großen weltpolitischen Rivalen der Union, Japan und England, in gefährlicher Weise verstärkt seien, Japan durch Überlassung der Rechte an Kiautschou und Schantung, England durch die restlose Vernichtung der deutschen See-, Handels- und Kolonialmacht. Gerade gegen England zeigte sich eine auffallende Eifersucht, die besonders von den Iren geschürt wurde, aber auch in gewissen Stimmungen und Verstimmungen der Armee- und Marinekreise Nahrung fand. Man höhnte, Wilson sei der beste amerikanische Präsident, den England je gehabt habe. Man hielt ihm vor, daß er die Freiheit der Meere auf seine Fahne geschrieben habe, um schließlich die Seeherrschaft Englands fester als je zu begründen, und wies auf die ungebührliche Bevorzugung hin, die die Völkerbundsakte England gewährte, indem sie den wichtigen Posten des ersten Generalsekretärs erstmalig an einen Engländer, Sir James Eric Drummond, gab und in der Bundesversammlung dem britischen Reich und seinen Dominions: Kanada, Australien, Südafrika, Neuseeland und Indien sechs Stimmen einräumte gegen nur eine der Vereinigten Staaten. Überhaupt fand der Völkerbund sehr wenig Gnade. Für die Idee, solange sie im Phrasennebel blieb, hatte man sich begeistert; die praktische Lösung erregte die schwersten Bedenken. War nicht zu fürchten, daß die Union dadurch einerseits dauernd in die europäischen Wirren verwickelt und andererseits in ihrer Bewegungsfreiheit auf dem amerikanischen Kontinent z. B. gegenüber Mexiko auf das ärgerlichste beschränkt würde? Die erste Sorge wurde noch verstärkt, als bekanntgegeben wurde, daß Amerika und England, um Frankreichs Verzicht auf die militärische Rheingrenze zu erreichen, in einem besondern Vertrag die Verpflichtung übernommen hätten, im Fall eines nicht herausgeforderten Angriffs durch Deutschland den Franzosen zu Hilfe zu kommen. Der angesehene

californische Senator Johnson erklärte, er wolle England und seinen Verbündeten ihre Vorteile sonst nicht weiter mißgönnen, aber amerikanische Soldaten dürften nicht den Raub garantieren und für eine englische Welt bluten. Andere sprachen davon, daß Amerika nicht überall auf der Erde den Gendarmen spielen solle. Je mehr während des Sommers und Herbstes die Einsicht wuchs, daß Europa aus den Versailler Abmachungen zerrissener und friedloser hervorgegangen sei, als es irgendwann vor 1914 gewesen war, desto mehr verbreitete sich die Stimmung, die alte Welt wieder wie früher sich selbst zu überlassen. Der Nationalismus sei eine gesundere Grundlage für die amerikanische Politik als der Internationalismus. Vom Standpunkt des Nationalismus aber konnte der Völkerbund kaum anders denn als Fessel erscheinen. Man schob ihm die Absicht unter, den einfältigen Riesen Amerika zu binden, bevor er zum Bewußtsein seiner vollen Kraft gelangt sei. So trafen sich die Einwendungen der Imperialisten mit denen der Pazifisten. Die Leute um Lodge opponierten ebenso wie die um La Follette, und da nun auch der Wunsch der Republikaner hineinspielte, dem demokratischen Präsidenten eine Demütigung zu bereiten, so war sehr bald zweifelhaft, ob sich im Senat die nötige Zweidrittelmehrheit für Annahme des Friedensvertrages finden würde.

Vielleicht wäre es Wilson dennoch schließlich gelungen, wie schon so manches Mal die öffentliche Meinung umzustimmen und der parlamentarischen Gegnerschaft Herr zu werden. Er begab sich im Spätsommer auf eine Redereise zur Verteidigung seines Werkes, die sich nicht ungünstig anließ. Aber eben auf der Reise mitten in einer Rede brachen seine durch die Aufregungen, Reisen und Feste des letzten Jahres überanstrengten Nerven zusammen (Ende September). Als ein Schwerkranker, der fortan kaum noch sichtbar war, mußte er ins Weiße Haus zurückgebracht werden. Auf die Ausübung der Macht verzichtete er auch jetzt nicht. Im Gegenteil, sein Eigensinn und seine Unverträglichkeit wuchsen. Sowohl in die europäischen wie in die amerikanischen Dinge suchte er mehrfach einzugreifen. Aber in Europa hörten die verbundenen Mächte kaum noch auf den unbequemen Mahner, und in Amerika war das Ende langhinziehender parlamentarischer Beratungen und Intrigen, daß, nachdem der Frieden durch Ratifikation von Deutschland, England, Frankreich und Italien längst in Kraft getreten war, der Senat am

19. März 1920 wirklich die Annahme ablehnte. Der darauf unternommene Versuch, den Friedenszustand mit Deutschland unabhängig vom Versailler Vertrag durch vereinte Resolution beider Häuser herzustellen, scheiterte dann wieder Ende Mai an dem nicht zu überstimmenden Veto des Präsidenten, der eine solche Art des Friedensschlusses mit der Würde der Nation für unvereinbar erklärte.

Was das Ende sein wird, läßt sich noch nicht voraussehen. Doch wäre zu wünschen, daß sich die weitere Entwicklung, wenn auch nicht im Sinn der praktischen Politik Wilsons, doch nach seinen Idealen vollzöge. Nachdem Amerika einmal in den Weltkrieg eingegriffen und ihn entschieden hat, kann es nicht einfach und ungestraft in die frühere Isolierung zurückkehren. Zu viele Beziehungen sind begründet, zu viele Verantwortungen übernommen worden. Die Vereinigten Staaten müssen die Wunden heilen helfen, die sie geschlagen haben. Schon die innere Unruhe, die das ungelöste, durch den Krieg überall in den Vordergrund gestellte Problem des Verhältnisses von Kapital und Arbeit auch in Amerika sehr stark erregt hat, enthält die ernste Mahnung dazu.

In den ersten Wochen nach der Kriegserklärung am 30. Mai 1917 hatte Wilson feierlich gesagt: „Mit Gottes Hilfe wird Amerika noch einmal Gelegenheit haben, der Welt zu zeigen, daß es zum Dienst der Menschheit erschaffen wurde.“ Möchte die Geschichte der Vereinigten Staaten, ruhmvoll und groß, wie sie bis dahin war, auch diese letzte und höchste Verheißung erfüllen!

Literaturverzeichnis*)

I. Allgemeines

Nachschlagewerke: The Americana (Herausg. F. C. Beach); Harper's Encyclopaedia of United States History.

Quellenkunde: Edward Channing und Albert B. Hart, Guide to the study of American History. — J. N. Larned (for the American Library Association), The literature of American History. A bibliographical guide (mit Supplement für 1900 und 1901 von Philip P. Wells).

Urkunden- und Quellensammlungen zum Handgebrauch: William Macdonald, Select charters and other documents illustrative of American History 1606—1775. — Derselbe, Select documents illustrative of the history of the United States 1776—1861. — Derselbe, Select statutes and other documents illustrative of the history of the United States 1861—1898. — Albert B. Hart, American History, told by contemporaries. 4 Bde.

Sammelwerke und Gesamtdarstellungen: The History of North America (Herausg. Guy Carleton Lee und Francis N. Thorpe). 20 Bde. — The American Nation. A History (Herausg. Albert B. Hart). 27 Bde. — The Cambridge Modern History, Bd. VII: The United States. — Woodrow Wilson, History of the American People. 5 Bde — James A. Woodburn und Thomas F. Moran, American History and Government. — Ernst Otto Hopp, Bundesstaat und Bundeskrieg in Nordamerika (Allgemeine Geschichte in Einzeldarstellungen, Herausg. Wilhelm Oncken, 4. Hauptabteilung, 4. Teil). — Otto Hötzsch, Die Vereinigten Staaten von Nordamerika (Monographien zur Weltgeschichte. Bd. 20). — Ernst Daenell, Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika (Aus Natur und Geisteswelt. Bd. 147). — Paul Darmstaedter, Die Vereinigten Staaten von Amerika (Bibliothek der Geschichtswissenschaft). — Eduard Meyer, Die Vereinigten Staaten von Amerika. Geschichte, Kultur, Verfassung und Politik (Angewandte Geographie, Serie V, Heft 1/2).

Land und Leute: Friedrich Ratzel, Die Vereinigten Staaten. 2 Bde. — Emil Deckert, Nordamerika. — Hugo Münsterberg, Die Amerikaner. 2 Bde.

---

*) Die hier gegebene Liste erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Sie möchte nichts sein als eine erste Orientierung für solche Leser, die meine Darstellung nachprüfen oder sich in Einzelfragen eingehender unterrichten wollen.

Verfassung, Verwaltung, Parteiwesen: Alexis de Tocqueville, De la démocratie en Amérique. Erste Ausgabe 1835. — James Bryce, The American Commonwealth. 2 Bde. — James A. Woodburn, Political parties and party problems in the United States. — William M. Sloane, Die Parteiherrschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Auswärtige Politik: Archibald C. Coolidge, Die Vereinigten Staaten als Weltmacht. Deutsch von Walter Lichtenstein. — Willis F. Johnson, America's Foreign Relations. 2 Bde.

Finanzen, Wirtschaft, Statistik: Davis R. Dewey, Financial History of the United States. — Franz Erich Junge, Amerikanische Wirtschaftspolitik. — J. Laurence Laughlin, Aus dem amerikanischen Wirtschaftsleben (Aus Natur und Geisteswelt. Bd. 127). — Ugo Rabbeno, The American Commercial Policy (übersetzt aus dem Italienischen). — Adolf Hasenkamp, Die Geldverfassung und das Notenbankwesen der Vereinigten Staaten. — Statistical Abstract of the United States. Department of Commerce (mir zugänglich Ausgabe 1916)

Kirchenwesen: Wilhelm Müller, Das religiöse Leben in Amerika.

Geistesleben: Alphonso Smith, Die amerikanische Literatur. Vorlesungen, gehalten an der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin 1910/11. Bibliothek der Amerikanischen Kulturgeschichte. Bd. II.

Deutschtum: B. Faust: Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten.

II. Einzelne Perioden

1607—1763 (Kapitel I und II): George Bancroft, History of the United States (bis 1789). 6 Bde. — Heinrich Handelmann, Geschichte der Vereinigten Staaten. Erster und einziger Band: Die historische Entwicklung des Landes, des Volkes und der Verfassung. Zweite Ausgabe 1860. — Henry Cabot Lodge, A short history of the English colonies in America. — Peter J. Hamilton, The colonization of the South (History of North America III). — Frederick R. Jones, The colonization of the Middle States and Maryland (H.N.A. IV). — Bartlett B. James, The colonization of New England (H.N.A. V). — Cyrus Thomas, The Indians of North America (H.N.A. II). — Francis Parkman, France and England in North America. A series of historical narratives. 9 Bde. — Georg Friederici, Indianer und Angloamerikaner.

1763—1783 (Kapitel III und IV): Bancroft und Handelmann s. oben. — C. William A. Veditz und Bartlett B. James, The Revolution (H.N.A. V). — George O. Trevelyan, The American Revolution (am leichtesten zugänglich in der Tauchnitz Edition 3349/50). — Albert Pfister, Die amerikanische Revolution 1775—1783. 2 Bde. — William E. H. Lecky, History of England in the 18th Century. Bd. III. — William Hunt, The History of England from the accession of George III. to the close of Pitt's first administration 1760—1801. — Halvdan Koht, Ge-

nesis of American Independence (Christiania Videnskabs-Selskabs Forhandlinger for 1910. No. 3). — Worthington C. Ford, Journals of the Continental Congress 1774—1789. — John Adams, Works (Herausg. Charles F. Adams). 10 Bde. — John T. Morse, John Adams. — Benjamin Franklin, Complete Works (Herausg. John Bigelow). 10 Bde. — Thomas Jefferson, Writings (Herausg. Paul L. Ford). 10 Bde. — George Tucker, The life of Thomas Jefferson. 2 Bde. — John T. Morse, Thomas Jefferson. — George Washington, Writings (Herausg. Worthington C. Ford). 14 Bde. — Henry Cabot Lodge, George Washington. 2 Bde. (Deutsche Ausgabe in Bibliothek der Amerikanischen Kulturgeschichte. Bd. I, 1, 2.)

1783—1815 (Kapitel V—VII): Bancroft, Handelmann und die Literatur über John Adams, Jefferson und Washington s. oben. — John B. McMaster, History of the people of the United States from the revolution to the civil war. 8 Bde. — James Schouler, History of the United States of America under the constitution. 6 Bde. — Hermann von Holst, Verfassung und Demokratie der Vereinigten Staaten von Amerika. — Thomas F. Moran, The formation and development of the constitution (H.N.A. VIII). — Gustav Hägermann, Die Erklärungen der Menschen- und Bürgerrechte in den ersten amerikanischen Staatsverfassungen. — Charles Meyerholz, Die Federalkonvention vom Jahre 1787. — James Madison, Papers, being his correspondence and reports of debates during the Congress of the Confederation and his reports of the debates in the Federal Convention (Herausg. Henry D. Gilpin). 3 Bde. — Sydney H. Gay, James Madison. — Alexander Hamilton, Complete works (Herausg. Henry Cabot Lodge). 9 Bde. — Henry Cabot Lodge, Alexander Hamilton. — Curtis M. Geer, The Louisiana Purchase and the westward movement (H.N.A. VII). — Rossiter Johnson, History of the war of 1812—1815.

1815—1848 (Kapitel VIII—X): McMaster und Schouler s. oben. — Richard T. Stevenson, The growth of the nation 1809—1837 (H.N.A. XII). — Enoch W. Sikes und William M. Keener, The growth of the nation 1837—1860 (H.N.A. XIII). — Alcée Fortier und John R. Ficklen, Mexico and Central America (H.N.A. IX). — Hermann von Holst, Verfassungsgeschichte der Vereinigten Staaten von Amerika seit der Administration Jacksons. 4 Bde. — Thomas H. Benton, Thirty Years View or a history of the working of the American government 1820—1850. 2 Bde. — Daniel C. Gilman, James Monroe. — Georg Heinz, Die Beziehungen zwischen Rußland, England und Nordamerika im Jahre 1823. Beiträge zur Genesis der Monroedoktrin. — Herbert Kraus, Die Monroedoktrin in ihren Beziehungen zur amerikanischen Diplomatie und zum Völkerrecht. — John Quincy Adams, Memoirs, comprising portions of his diary from 1795 to 1848 (Herausg. Charles F. Adams). 12 Bde. — John T. Morse, John Quincy Adams. — William Graham Sumner, Andrew Jackson as a politician. — Carl Schurz, Life of Henry Clay. 2 Bde. — Henry Cabot

Lodge, Daniel Webster. — John C. Calhoun, Correspondence (Herausg. J. F. Jameson). Annual Report of the American Historical Association for the year 1899, Bd. II. — Hermann von Holst, John C. Calhoun. — Carroll, Die Amerikaner in Texas. — Francis Lieber, Life and letters (Herausg. Thomas S. Perry). — Harriet Martineau, Die Gesellschaft und das soziale Leben in Amerika. Nach dem Englischen von E. Brinkmeier. 2 Bde. — Frederick Douglaß, Life and times by himself. — Friedrich Kapp, Geschichte der Sklaverei in den Vereinigten Staaten von Amerika.

1848—1865 (Kapitel XI und XII): McMaster (bis 1861), Schouler, von Holst (bis 1861) s. oben. — James F. Rhodes, History of the United States from the compromise of 1850. 7 Bde. — Ernst von Halle, Baumwollproduktion und Pflanzungswirtschaft in den nordamerikanischen Südstaaten. Zweiter Teil: Sezessionskrieg und Rekonstruktion. Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen. Herausg. von Schmoller. Heft 120. — Salmon P. Chase, Diary and Correspondence. Annual Report of the American Historical Association for the year 1902. — John G. Nicolay und John Hay, Abraham Lincoln: a history. 10 Bde. — John T. Morse, Abraham Lincoln. 2 Bde. — Carl Schurz, Lincoln. Aus dem Englischen von M. Nolte. — Derselbe, Lebenserinnerungen. Bd. II und III. — Ulysses S. Grant, Personal memoirs. 2 Bde. — William R. Garrett und Robert A. Halley, The civil war from a southern standpoint (H.N.A. XIV). — Francis N. Thorpe, The civil war: the national view (H.N.A. XV). — James K. Hosmer, The American civil war (The American Nation XX, XXI). 2 Bde. — Wilhelm Kaufmann, Die Deutschen im amerikanischen Bürgerkrieg.

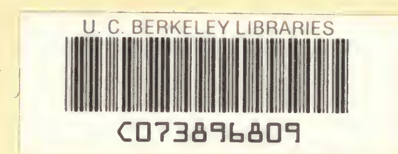
1865—1897 (Kapitel XIII und XIV): Rhodes, von Halle, Schurz s. oben. — Peter J. Hamilton, The reconstruction period (H.N.A. XVI). — Philip A. Bruce, The rise of the new South (H.N.A. XVII). — Joseph M. Rogers, The development of the North since the civil war (H N.A. XVIII). — Hermann Gerhard, Die volkswirtschaftliche Entwicklung des Südens der Vereinigten Staaten von Amerika von 1860—1900 (Angewandte Geographie, Serie I, Heft 12). — Davis R. Dewey, National Problems 1885—1897 (American Nation XXIV). — Elisha B. Andrews, The history of the last quarter-century in the United States 1870—1895. 2 Bde. — Harry T. Peck, Twenty years of the republic 1885—1905. — James G. Blaine, Twenty years of Congress from Lincoln to Garfield. 2 Bde. — John Sherman, Recollections of forty years in the House, Senate and cabinet. 2 Bde. — Gilder, Grover Cleveland.

1897—1913 (Kapitel XV): John H. Latané, America as a World Power (American Nation XXV). — Henry C. Lodge, The war with Spain. — Max Kullnick, Vom Reitersmann zum Präsidenten. Ein Lebensbild Theodor Roosevelts. — Derselbe, Präsident Taft. — Theodor Roosevelt, Amerikanismus. Schriften und Reden, ins Deutsche übertragen von Paul Raché (Reclams Universalbibliothek Nr. 4919). — Robert Coester, Verwaltung und Demokratie in den Staaten von Nordamerika. — Ernst C. Meyer, Wahl-

amt und Vorwahl in den Vereinigten Staaten von Nordamerika (Beiträge zur Kultur- und Universalgeschichte. Herausg. von Karl Lamprecht. Heft 5). — Gustavus Myers, Geschichte der großen amerikanischen Vermögen. 2 Bde. — Theodor Barth, Amerikanische Eindrücke. — C. A. Bratter, Amerika (in Ullsteins Männer und Völker). — Ludwig M. Goldberger, Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. — A. Holitscher, Amerika heute und morgen. — Karl Lamprecht, Amerikana. — Albrecht Penck, U.S.-Amerika. — Ernst Schultze-Großborstel, Streifzüge durch das amerikanische Wirtschaftsleben. — H. G. Wells, Die Zukunft in Amerika. — Woodrow Wilson, Die neue Freiheit. Mit einer Einleitung von Hans Winand. — Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jahrgänge 1897—1913.

1913—1920 (Kapitel XVI): Daniel Halévy, Präsident Wilson. Übersetzt von Hans Fritsche. — M. J. Bonn, Präsident Wilson. — Wilson, Das staatsmännische Werk des Präsidenten in seinen Reden (Herausgegeben von Georg Ahrens und Carl Brinkmann). — Graf Johann-Heinrich Bernstorff, Deutschland und Amerika. Erinnerungen aus dem fünfjährigen Kriege. — James W. Gerard, My four years in Germany. — Albert B. Hart, America at war. A Handbook of patriotic education references. — The World 1919. Almanac and Encyclopedia. — Schultheß' Europäischer Geschichtskalender. Jahrgänge 1914, 1915. — Deutscher Geschichtskalender, begründet von Karl Wippermann. Jahrgänge 1914—1918. — Otto Hötzsch, Der Krieg und die große Politik. 3 Bde. — Volkswirtschaftliche Chronik für das Jahr 1913, 1914, 1915, 1916, 1917, 1918. — Ernst Müller (Meiningen), Weltkrieg und Völkerrecht. — M. J. Bonn, Amerika als Feind. — Derselbe, Was will Wilson? — George D. Herron, Woodrow Wilson und der Weltfriede. — O. Krahl, Die Rolle Amerikas im Weltkrieg. — Eugen Kühnemann, Deutschland und Amerika. — Eduard Meyer, Der amerikanische Kongreß und der Weltkrieg. — Karl Helfferich, Der Weltkrieg. Bd. II und III. — Alfred von Tirpitz, Erinnerungen. — Erich Ludendorff, Meine Kriegserinnerungen. — Rittmeister Graf von Hertling, Ein Jahr in der Reichskanzlei. — Johannes Hohlfeld, Der Kampf um den Frieden 1914—1919. — Vorgeschichte des Waffenstillstands. Amtliche Urkunden, herausgegeben im Auftrage des Reichsministeriums von der Reichskanzlei. — Friedrich Wündisch, Der Friedens-Vertrag vom 28. Juni 1919. — John Maynard Keynes, The economic consequences of peace.

Register


U. C. BERKELEY LIBRARIES
C073896809